2003

# Rechtsextremismus und demokratiegefährdende Phänomene in Berlin-Marzahn-Hellersdorf und Möglichkeiten der demokratischen Intervention

Bea Dorn, Silke Meier,
Desirée Pilz, Kerstin Sischka
Moritz Blanke, Dierk Borstel,
Philipp Otto

Schriftenreihe
Zentrum
Demokratische
Kultur

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH

# Rechtsextremismus und demokratiegefährdende Phänomene in Berlin-Marzahn-Hellersdorf und Möglichkeiten der demokratischen Intervention

## Eine Kommunalanalyse im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf

Herausgegeben vom:

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH
Projektbereich Zentrum Demokratische Kultur „Community Coaching"
Mühlenstr. 47
13187 Berlin

info@zentrum-demokratische-kultur.de

Leitung und Öffentlichkeitsvertretung: Kerstin Sischka (wissenschaftliche Leitung)
Dierk Borstel

Autorinnen und Autoren: Bea Dorn, Silke Meier, Desirée Pilz, Kerstin Sischka
Moritz Blanke, Dierk Borstel, Philipp Otto

Berlin 2003

## Impressum

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH
Mühlenstr.47
13187 Berlin
Geschäftsführer: Diplom-Kriminalist Bernd Wagner
Telefon: 0174 3706792
Telefax: 03212 4517890
E-Mail: info@zentrum-demokratische-kultur.de | bernd.wagner@zentrum-demokratische-kultur.de

Der Projektbereich Zentrum Demokratische Kultur „Community Coaching“ wird gefördert und unterstützt von folgenden Partner:

Berlin, Februar 2003

Xenos
Leben und Arbeiten in Vielfalt

Bundesministerium
für Arbeit und Sozialordnung
Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Der Beauftragte für
Integration und
Migration in
BĘŘŁŸÑ

AG NETZWERKE
RECHTSEXTREMISMUS GEGEN

MUT
GEGEN RECHTE GEWALT

EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds

Verbundnetz
Gas AG

## Inhaltsverzeichnis

**1. Einleitung** **1**

**2. Das Forschungskonzept** **4**
2.1. Konkretisierung der Forschungsfragen 4
2.2. Verhältnis Quantitative und Qualitative Sozialforschung 5
2.3. Charakterisierung unseres Forschungsstils 6
2.4. Konkretisierung der Methoden 7
2.5. Aufbereitung und Auswertung des empirischen Materials 9

**3. Begriffsdiskussion** **10**
3.1. Rechtsextremismus 10
3.2. Positive Leitbilder
Pluralistische Demokratie, Grund- und Menschenrechte 12
3.3. Demokratiegefährdende Phänomene 14
a) Das Syndrom Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 14
b) Soziale Desintegration und Autoritarismus 15
c) Rechtspopulistisches Mobilisierungspotenzial 17

**4. Annäherung an den Bezirk** **19**
4.1. Vorgeschichte 19
4.2. Architektonisches/Städtebauliches 23
4.3. Marzahn-Hellersdorf in der Statistik 23
4.4. Kurzcharakterisierung der Stadtteile 26
4.5. Die politische Situation 29

**5. Zivilgesellschaftliche Potenziale und Ressourcen** **31**

**6. Analyse Rechtsextremismus** **35**
6.1. Einleitung 35
6.2. Wahlergebnisse für rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien 35
6.3. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
und Junge Nationaldemokraten (JN) 36
6.4. Sonstige rechtsextremistische und rechtspopulistische Parteien 52
6.5. Aktionsorientierter Rechtsextremismus/ Freie Kameradschaften 52
a) Nationaler Widerstand Berlin-Brandenburg (NWBB) 55
b) Kameradschaft Tor (KS Tor) 55
c) Autonome Nationalisten Berlin (ANB) 57

6.6. Rechtsextremismus und Jugendliche – Möglichkeiten und Grenzen in der pädagogischen Arbeit 61
6.7. Outfit und Lifestyle im Kontext rechtsextremer Erscheinungen 69
6.8. Generationenübergänge – Familie – Jugendkultur 73
6.9. Stadtteile und soziale Räume - Aspekte rechtsextremer Erscheinungen 79
a) Der Cecilienplatz 80
b) Helle Mitte – Das Zentrum von Hellersdorf 81
c) Hellersdorf Nord – Problematische Quartiere 84
d) Marzahn-Mitte 86
e) Marzahn-Nord 90
f) Grün- und Erholungsflächen 92
6.10. Straftaten – Gewaltdelikte 95
6.11. Gesamtfazit Rechtsextremismus 105

**7. Rassismus 108**
7.1. Begriffsdiskussion - Ressentiments, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit 108
7.2. Rassismusdefinition 114
7.3. Rolle der ‚Opferperspektive` in der Analyse 115
7.4. Situation Schwarzer Deutscher 115

**8. Migration – Rassismus– Perspektiven von Interkulturalität 124**
8.1. AussiedlerInnen 124
8.2. Rassismus und soziale Konflikte 125
8.3. Dominanz, ‚Nationale Leitkultur‘ und ‚Etabliertenvorrechte‘ 126
8.4. Die Perspektive von Aussiedlerinnen/ ‚Opferperspektive‘ 128
8.5. Dimensionen von Integration 131

**9. Sozialpolitische Dimensionen – Sichtweisen auf Demokratie – Alltagskultur 132**
9.1. Theoretische Einleitung 132
9.2. Sozialer Wandel und Migration 132
9.3. Soziale Lagen – Anerkennung – Demokratievertrauen 135
9.4. Wahrnehmung von Demokratie und Demokratiezweifel 138
9.5. Etabliertenvorrechte – Autoritarismus - Rechtspopulistische Potenziale 141

**10. Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf 147**
10.1. Soziale Desintegration in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen 147
10.2. Außerschulisches Lernumfeld und Mobilität 155

10.3. Bestätigung von Alltagsrassismus in Nachbarschaft und Wohnumfeld 155
10.4. Jugend und Politik –
Das Verhältnis zur Demokratie und politischen Parteien 156

**11. Fallbeispiele 160**
11.1. Fallbeispiele Rassistische Übergriffe 160
11.2. Fallbeispiele Öffentlichkeit 164

**12.Praxiskapitel – Kommunale Demokratieentwicklung 169**
12.1. Die pluralistische Demokratie 170
12.2. Zivilgesellschaft 173
12.3. Handlungsfelder und Potenziale 178

12.3.1. Schule 178
12.3.2. Kinder – Eltern –Familie 192
12.3.3. Jugendarbeit 197
12.3.4. Stadtteil- und Nachbarschaftsarbeit 210
12.3.5. Perspektiven zur Stärkung demokratischen Bürgerengagements 215
12.3.6. Öffentlicher Raum und Sicherheit 220
12.3.7 Kooperation von Bezirkspolitik und Zivilgesellschaft 224

12.4. Möglichkeiten und Anregungen zur Arbeit mit der Kommunalanalyse in Marzahn Hellersdorf 228
12.5. Öffentlicher Diskurs – Fachdiskussion – lokaler Bezug 228
12.6. Stadtteil und Sozialraumbezug - Angebot der Diskussion vor Ort 229

**13.Literaturliste 231**

## 1. EINLEITUNG

**Liebe Leser und Leserinnen,**

der Projektbereich Community Coaching im Zentrum Demokratische Kultur hat im Zeitraum 2003/04 eine Kommunalanalyse zu „Rechtsextremismus und Demokratiegefährdenden Phänomenen in Berlin Marzahn-Hellersdorf und Möglichkeiten der demokratischen Intervention" erstellt.

Diese Studie bündelt Erkenntnisse einer mehrmonatigen wissenschaftlichen Arbeit und bietet sich allen Interessierten und Engagierten in Marzahn-Hellersdorf und darüber hinaus als Diskussionsanregung oder Arbeitsgrundlage an.

Wir wollen jene Kräfte im Bezirk stärken, die sich für demokratische Werte engagieren und dem Rechtsextremismus entgegenstehen. Um dieses tun zu können, bedarf es einer differenzierten Analyse der Situation.

Diese Arbeit wäre ohne den Auftrag und die Unterstützung der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz und insbesondere vom Büro des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration nicht möglich gewesen.

Zu nennen sind aber auch zivilgesellschaftliche Fachinstitutionen, die uns mit eigenen Erfahrungen wichtige Rückmeldungen gaben und den Prozess der Erstellung der Studie begleiteten. Dazu gehörten *„Ostkreuz* – Netzwerke gegen Rechts", die „Mobile Beratung für menschenrechtsorientierte Demokratie und kulturübergreifende Integration" der Stiftung SPI, die MigrantInnenbeauftragte Frau Marburg und *Miteinander*, die *Civitas-Netzwerkstelle* von FiPP e.V.

Besonderer Dank geht an alle unsere Interview- und GesprächspartnerInnen. Nur mit ihrem Vertrauen und Ihrer Unterstützung konnte diese Studie gelingen.

**Was ist eine Kommunalanalyse?**

Eine Kommunalanalyse ist ein Instrument praktischer Demokratieentwicklung, welches vom Projektbereich Community Coaching im Zentrum Demokratische Kultur konzipiert wurde. Ihr Anliegen besteht in der Stärkung einer demokratischen Kultur, zu der Minderheitenschutz, Pluralismus und Gleichwertigkeit als Grundsätze der Menschenrechte gehören.

Im Zentrum der Kommunalanalyse stehen daher:

a) Die Problemanalyse: die Analyse Demokratie gefährdender Phänomene, insbesondere der Problemspektren Rechtsextremismus, Rassismus, Minderheitenfeindlichkeit und Antisemitismus

b) Der konstruktive Aspekt: die Beschreibung der bisherigen Praxis vor Ort (Potenziale, Stärken und Ressourcen) in der demokratischen Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen.

Im Laufe der letzten Jahre hat sich gezeigt, dass Rechtsextremismus und antihumane Bestrebungen im kulturellen und politischen Kontext mancher Städten erfolgreich sind, während sie in anderen auf Widerstand stoßen. Abhängig ist dies von einer Vielzahl von Faktoren: der lokalen und der allgemeinen politischen Kultur, dem Handeln von Bürgerinnen und Bürgern, dem Handeln kommunaler RepräsentantInnen, dem Vorhandensein von Netzwerkstrukturen sowie vielfältigen Rahmenbedingungen und politischer Unterstützung für demokratiebezogene Maßnahmen. Empirisch zeigt sich auch, dass VorreiterInnen wichtig sind, ebenso wie die Frage der Einbettung demokratischer Aktivitäten. Dabei stellt sich insbesondere die Frage, welche lokalen Akteure im politisch-kulturellen Interaktionskontext für die Sicherung der Verbindlichkeit demokratischer Grundwerte und Rechtsnormen eintreten, ob und wie sie zusammenwirken und wo es Entwicklungspotenziale gibt.[1]

Ziel einer Kommunalanalyse ist die Entwicklung einer empirisch begründeten Theorie, die verlässliche Aussagen darüber zulässt, wie sich Demokratie gefährdende Phänomene im konkreten lokalen Kontext gestalten, wie damit bereits umgegangen wird und die Diskussionen anregt, wie zukünftig damit umgegangen werden könnte. Die Kommunalanalyse versteht sich als Bestandteil einer längerfristigen Auseinandersetzung mit Demokratie und ihren Gefährdungen.

Von den Analysen versprechen wir uns Folgendes:

- Anregung einer Diskussion über Demokratie gefährdende/antidemokratische Phänomene im Bezirk
- Abgleich der unterschiedlichen Wahrnehmungen

[1] Vgl. auch Strobl/Klemm/Würtz 2002

- Die Formulierung von realistischen Handlungsoptionen für die Engagierten/mit den Engagierten vor Ort
- Die im Folgeschritt von *Community Coaching* begleitet und gecoacht werden (können)

Strategien bzw. Handlungsschritte, die sich aus den Erkenntnissen der Kommunalanalyse bzw. aus der darauf folgenden Diskussion ergeben, können in einem Empfehlungskatalog (für spezifische Handlungsfelder), lokalen Aktionsplänen oder einem kommunalen Handlungskonzept zusammenfließen.

**Von der Konzipierung zur Durchführung der Studie**

In der Erstellung der Studie erwies es sich als wichtig, von vornherein verschiedene Interessenlagen und Fragen von PartnerInnen und interessierten Akteuren zu berücksichtigen. Aus diesem Grund führten wir vor Beginn auch Gespräche vor Ort, mit Fachinstitutionen und Betroffenen, die schließlich in die Detailkonzeptionierung dieser Studie mündeten.

Hervorheben möchten wir, dass es verschiedene Modelle gegeben hätte, uns der Situation anzunähern – wir haben uns schließlich für ein etwas komplexeres und auch anspruchsvolles Modell mit folgenden Grundsätzen entschieden:

a) Offenheit: wir haben uns darum bemüht, mit einer möglichst großen Offenheit im Bezirk aktiv zu werden; Offenheit sowohl in bezug auf unsere Methoden als auch in bezug auf unser Handeln als ForscherInnen im Bezirk. Ganz bewusst wählten wir einen qualitativen Ansatz, führten Gespräche, Interviews, Gruppendiskussionen durch und verschafften uns durch eigene Beobachtungen einen Eindruck.

b) Berücksichtigung von Entwicklungsprozessen: die vorliegende Studie ist keine Momentaufnahme des Jahres 2003, sondern sie analysiert rechtsextreme und demokratiegefährdende Phänomene im Zeitverlauf der Jahre 1998 – 2003. Durch diesen Ansatz ist es möglich geworden, grundlegende Entwicklungsdynamiken und Mechanismen transparent zu machen.

c) Kontextualisierung: Des weiteren ist zu betonen, dass wir uns um eine durchgehende Kontextualisierung der untersuchten Probleme bemüht haben, wir haben also auch auf ein Verständnis von Hintergründen und sozialen Prozessen Wert gelegt

d) Problem- und Potenzialanalyse: Und schließlich ist zu betonen, dass die vorliegende Studie aus zwei Teilen besteht: der Problemanalyse und der Beschreibung von im Bezirk vorhandenen Ressourcen, Entwicklungspotenziale und Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen und demokratiegefährdenden Phänomenen. Dies steht ohnehin in Übereinstimmung mit unserem klassischen Arbeitsansatz

Im Laufe der Projektdurchführung 2003 erhielten wir von einem Teil der kontaktierten Akteure große Unterstützung für die Idee einer Kommunalanalyse, der andere Teil begegnete uns eher skeptisch. Das Interesse an einer klaren und differenzierten Analyse und die Befürchtung einer ‚Stigmatisierung' des Bezirkes hielten sich oftmals die Waage. Ganz bewusst haben wir danach gefragt, was sich unsere Interview- und GesprächspartnerInnen von einer solchen Studie versprechen

Insgesamt stießen wir auf viel Interesse und das Bedürfnis nach inhaltlicher Auseinandersetzung. Wir hoffen auch, dass es uns gelungen ist, alle Fragen unserer GesprächspartnerInnen zu berücksichtigen.

**Der Projektbereich *Community Coaching***

Bevor wir auf unser Forschungskonzept und die gewählten Methoden eingehen, einige Details über uns als AutorInnen der Studie und *Community Coaching*:

Der Projektbereich *Community Coaching* wurde 1999 im *Zentrum Demokratische Kultur* gegründet. Die Initiative für den Projektbereich ging von Bernd Wagner, dem Leiter des *Zentrum Demokratische Kultur* aus und konnte auf langjährige Erfahrung im *Mobilen Beratungsteam Brandenburg* (MBT) (im Rahmen des Handlungskonzeptes ‚Tolerantes Brandenburg') aufbauen.

Im Jahr 2003 hat sich die „ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur" gegründet, unter deren Trägerschaft *Community Coaching* in Zukunft weiterarbeiten wird. Diese gemeinnützige GmbH ist eine Ausgründung aus der RAA Berlin. Gesellschafter sind die Freudenberg Stiftung und die Amadeu Antonio Stiftung; Geschäftsführer ist Bernd Wagner.

Das zentrale Merkmal von *Community Coaching* ist fachliches Engagement zur Förderung einer menschenrechtsorientierten De-

mokratie an der Schnittstelle von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik. Zentral ist dabei die Analyse von Demokratiegefährdungen mittels empirischer Methoden und die darauf folgende Förderung demokratischer Diskurse und Handlungsstrategien mittels der wissenschaftlichen Erkenntnisse.

Die Externe Unterstützung, die *Community Coaching* leistet, ist kein kurzfristiger oder rein ergebnisorientierter Einschnitt, sondern ein gemeinsamer Prozess, bei dem die relevanten Schlüsselsituationen für die kommunale Demokratieentwicklung definiert und an ihnen nachhaltige Veränderungsperspektiven aufgezeigt werden.

Politisch verfügt das Projekt über die Freiheit, Probleme auch dann zu benennen, wenn ihre Formulierung im Bezirk selbst nicht immer gerne gehört wird. Parteiisch sind wir bewusst nur in zwei Punkten:

1. in der strikten Ablehnung rechtsextremer, Menschen verachtender oder anderer antihumanistischer geistiger Strömungen und Erscheinungsformen

2. in der Befürwortung demokratischer Wertvorstellungen

**Schwerpunktregionen von Community Coaching**

Unser Konzept der „Kommunalanalyse" haben wir seit unserer Gründung kontinuierlich weiterentwickelt und es hat sich als Instrument der Demokratieentwicklung sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum bewährt.

**Berlin Friedrichshain-Kreuzberg**

In der Berliner Öffentlichkeit breit diskutiert und von vielen Akteuren als hilfreicher fachlicher Impuls betrachtet wurde z.B. unsere Studie „Demokratie gefährdende Phänomene in Friedrichshain-Kreuzberg und Möglichkeiten der demokratischen Intervention". Im Auftrag des Bezirks hat *Community Coaching* im Jahr 2002-2003 in diesem Ost-West-Bezirk eine Pilotstudie erstellt, in der das erste Mal der Fokus auch auf Erscheinungen und Strukturen des politischen Islam gelegt wurde.

**Berlin Lichtenberg**

Bereits im Jahr 1999/2000 führte *Community Coaching* eine Kommunalanalyse „Rechtsextreme Erscheinungen und Erfordernisse demokratischen Handelns in Berlin-Hohenschönhausen" im Auftrag des Bezirksamtes Berlin-Hohenschönhausen durch. Im Bezirk Berlin-Hohenschönhausen stellte diese Studie in den letzten Jahren einen der zentralen Impulse in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus dar. Nach der Fusion der beiden Altbezirke Lichtenberg und Hohenschönhausen, verabschiedete die Bezirksverordnetenversammlung einen Beschluss, dass *Community Coaching* in Berlin Lichtenberg weitergeführt werden soll. Das mündete dann auch in die Entscheidung, Elemente des „Aktionsplans für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" inhaltlich zu erarbeiten, um dessen Erstellung sich der Bezirk bei der Landeskommission Berlin gegen Gewalt beworben hatte. Es handelte sich dabei um ein Kooperationsprojekt mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR).[2] Das Projekt *Community Coaching* hat wesentlich zur Erschließung bisher wenig bearbeiteter Handlungsfelder beigetragen. Die Situationsanalysen für die Problemfelder Rassismus und Antisemitismus und die Entwicklung der Handlungsempfehlungen für die Bereiche „Schule", „Wohnen und Nachbarschaft", „Öffentlicher Raum und Sicherheit" konnte die thematische Fokussierung auf die Bereiche der Rechtsextremismusanalyse und die Handlungsfelder „Jugendarbeit", „Zivilgesellschaft", „Kommunale Politik und Verwaltung" erweitern.

**Berlin Treptow-Köpenick und Berlin Mitte**

In Berlin hat *Community Coaching* außerdem Kommunalanalysen in den Bezirken Treptow-Köpenick und Berlin Mitte durchgeführt. Darüber hinaus kooperieren wir in anderen Bundesländern mit zahlreichen PartnerInnen in Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik, führen Studien durch und begleiten Prozesse kommunaler Demokratieentwicklung. Berlin ist jedoch einer unserer Schwerpunkte.

**Arbeit mit der Kommunalanalyse in Marzahn-Hellersdorf**

Natürlich ist die vorliegende Studie nicht für die Schublade Ihres Schreibtisches gedacht. Sie kann vor Ort vielerlei Nutzen bringen, auch wenn sie sicherlich nicht überall auf Zustimmung oder Gegenliebe stößt, da sie Probleme benennt.

[2] „Community Coaching" und die MBR werden ab Mitte 2004 innerhalb neuer, selbständiger Trägerstrukturen – der „ZDK – Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH" und dem „Verein für Demokratische Kultur – Initiative für urbane Demokratieentwicklung e.V. (VDK)" in Kooperation mit der RAA Berlin als Partner agieren.

Einerseits kann die Studie eine Unterstützung für bereits stattfindende Strategien gegen Rechtsextremismus innerhalb verschiedener Handlungsfelder sein (z.B. im Bereich Jugend, Bildung, Kultur und Soziales) und im optimalsten Fall ist die Kommunalanalyse ein konstruktiver Beitrag auf dem Weg zu einem bezirklichen, integrierten Handlungskonzept für Demokratie und Menschenrechte, welches Aspekte eines interkulturellen Zusammenlebens ebenso wie die Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus berücksichtigt. Die Kommunalanalyse weist auf den Bedarf eines solchen Handlungskonzeptes hin und bietet sich Bürgerinnen und Bürgern, Institutionen und Initiativen, Bezirksamt und Politik zur praktischen Nutzung im eigenen Handlungsfeld an.

Es geht also keinesfalls um eine Stigmatisierung des Bezirks Marzahn-Hellersdorf als ‚rechtsextreme Dominanzzone' oder ähnliches. Im Zentrum des Projektvorhabens steht die Förderung einer wirksamen und zielorientierten Auseinandersetzung mit Demokratiegefährdungen vor dem methodischen Hintergrund von deren konkreter Beschreibung und der normativen Orientierung an den Menschenrechten.

Unser Angebot als externes Team die Ergebnisse mit allen Interessierten zu diskutieren und über daraus abzuleitende Strategien nachzudenken, möchten wir bereits an dieser Stelle bekräftigen; wesentliche Konkretisierungen können Sie am Ende der Studie (Kapitel Handlungsfelder) nachlesen.

**Phasen der Arbeit mit der Kommunalanalyse**

Gemeinsam mit lokalen PartnerInnen haben wir folgendes Modell anvisiert, um abzusichern, dass die Kommunalanalyse ein konstruktiver Beitrag zur Stärkung einer demokratischen Kultur sein kann.

1. Phase: Kommunalanalyse

Vorbereitung und Durchführung der Studie, Auswertung und Verschriftlichung des Materials. Diese Phase ist beendet.

2. Phase: Öffentliche Diskussion der Studie, Fachdiskussion, lokaler Bezug

In dieser Phase streben wir an, die Ergebnisse der Kommunalanalyse in verschiedenen Kontexten (z.B. Jugend, Schule, Stadtteilarbeit/ BürgerInnenvereinen, MigrantInnenprojekte) zu diskutieren. Ziel ist erstens eine Sensibilisierung für Demokratiegefährdungen, d.h. eine Stärkung der konkreten Problemwahrnehmung in den Bereichen Rechtsextremismus, Rassismus und Minderheitenfeindlichkeit. Des weiteren kann es hier auch um eine Verständigung über good practices zivilgesellschaftlicher Projekte und ihrer kontextspezifischen Entwicklung gehen. Diese Phase ist u.E. in enger Abstimmung und Kooperation mit lokalen Akteuren zu realisieren. In diesem Zusammenhang werden von der Kommunalanalyse auch Ergebnisse zur praktischen Beratung von Akteuren für die Entwicklung einer reaktionsfähigen Stadtgesellschaft erwartet.

3. Phase: Dokumentation der Ergebnisse

Wünschenswert, jedoch abhängig von unseren Kapazitäten, ist eine Dokumentation des Prozesses und der Ergebnisse aus der Arbeit mit der Studie. Eine solche Dokumentation beinhaltet neben den wissenschaftlichen Erkenntnissen auch die Ergebnisse des partizipativen Prozesses aus Fach- und Regionaldiskussionen. Auf diesem Wege könnten Handlungsstrategien konkretisiert werden, die im Bezirk selbst auf breite Zustimmung stoßen und getragen werden und deren Notwendigkeit anerkannt wird. Im besten Fall kann hier auch eine stadtteilbezogene/sozialräumliche Differenzierung vorgenommen werden.

## 2. DAS FORSCHUNGSKONZEPT

Doch auf welchem Wege haben wir diese Studie nun erstellt?

Dies darzustellen ist eine Anforderung an jede ernstzunehmende wissenschaftliche Arbeit. Daher werden wir im folgenden erläutern, wie wir methodisch vorgegangen sind. Dabei bemühen wir uns um eine auch für ‚wissenschaftliche Laien' verständliche Darstellung.

### 2.1. Konkretisierung der Forschungsfragen

Die forschungsleitende Fragestellung lässt sich wie folgt formulieren:

A) Analyse des Problemfeldes Rechtsextremismus und Demokratie gefährdende Erscheinungen

- Welche Erscheinungen treten im Bezirk bzw. in den einzelnen Stadtteilen auf?
- Welche Sichtweisen auf dieses Problemfeld gibt es im Bezirk?

- Wie ist die Wahrnehmung seitens explizit Betroffener?

B) Im Bereich Demokratieentwicklung geht es um

- eine exemplarische Bestandsanalyse von Maßnahmen, Aktivitäten, Projekte und Konzepte mit dem Ziel der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Minderheitenfeindlichkeit,
- eine exemplarische Beschreibung von interessanten Praxisbeispielen bzw. Handlungsstrategien
- Ein besonderes Augenmerk wird auf die Realität zivilgesellschaftlich-demokratischer Vernetzung gelegt: Wie gestalten sich im Bezirk Kooperationsverhältnisse? Inwiefern spielen verschiedene Deutungen des Problemfeldes eine Rolle bei der Entwicklung einer reaktionsfähigen Stadtgesellschaft?

Eine Frage ist, anhand welcher Methode, mit welchem Konzept wir diesen Fragen nachgegangen sind. Traditionell werden zwei Forschungsmethoden unterschieden: Die sogenannte quantitative und die qualitative Sozialforschung.

## 2.2. Verhältnis Quantitative und Qualitative Sozialforschung

In der empirischen Sozialforschung haben sich in den letzten Jahrzehnten zwei eigenständige Forschungszweige entwickelt, die zum Teil parallel zueinander laufen und zunehmend auch miteinander verbunden werden. Die „qualitative" Sozialforschung unterscheidet sich vom „quantitativen" Ansatz in ihrem Zugang zum Forschungsfeld, im Ansatz der Datenerhebung und ihrem spezifischen Forschungsinteresse. Dieses gilt es zu erläutern:

Quantitative Forschung

Umgangssprachlich steht die qualitative Sozialforschung für einen beschreibenden Ansatz während die quantitativen Forschungen messen. Quantitative Forschungen benötigen ein sehr gut bekanntes und klar begrenztes Forschungsfeld.[3] Ihr Ziel ist es, repräsentative Daten durch hohe Standardisierung der Fragen und der Auswahl der Befragten zu erreichen. Die ForscherInnen selber sei dabei im Sinne Webers[4] der „Wertfreiheit" verpflichtet; das heißt, sie seien frei von eigenen Wertmaßstäben und beobachteten bzw. dokumentierten soziale Abläufe, ohne sie durch die eigene Wahrnehmung zu verfälschen.

In der Praxis benötigen ForscherInnen sehr gute Vorkenntnisse des Forschungsfeldes. Sie stellen eine Theorie auf und versuchen diese Theorie durch gezielte Fragestellungen zu verifizieren. Die Fragen sind sogenannte geschlossene Fragen, die mit „Ja" oder „Nein" beantwortet werden können und einer repräsentativen Auswahl von Personen vorgelegt werden.

Zu den bekanntesten quantitativen Forschungen gehört die sogenannte „Sonntagsfrage": wen würden sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Die Befragten haben dabei die Möglichkeit, ein "Kreuz" bei einer ihr bekannten Partei zu machen. So entsteht aus einer repräsentativen Befragung ein aktuelles Stimmungsbild. Alle „Zwischentöne" gehen dabei verloren: so kann nicht parallel erhoben werden, ob nicht eine große Gruppe der X-Partei-WählerInnen sehr am „schwanken" waren, ob sie nicht Y wählen sollten.

Diese Forschung würde dabei skurrile bis verfälschende Ergebnisse liefern, wenn das Forschungsfeld, hier die Parteienlandschaft, den ForscherInnen nicht vertraut wäre. Zur Verdeutlichung: Würden us-amerikanische Soziologen ein Forschungskonzept, das in den USA angewendet wird, ohne Kenntnis der bundesdeutschen Parteienlandschaft in der BRD anwenden und beispielweise bei der Sonntagsfrage nur die Optionen „Republikanisch", „Demokratisch" und „Anderes" anbieten, kämen sie auf ein überraschendes Ergebnis. Das zeigt, dass ForscherInnen Vorkenntnisse benötigen. Gleiches gilt für die Befragten selber. So müssen beispielsweise alle Fragen, Antworten und Sinninhalte müssen verständlich gewählt und formuliert werden.

Qualitative Forschung

Die qualitative Forschung steht im Gegensatz zur quantitativen Variante dem Forschungsfeld offen gegenüber, richtet seine Methoden an den konkreten Gegebenheiten aus und ist im Forschungsprozess offen für Veränderungen, Variationen und Überraschungen.[5] Sie eignet sich damit besonders für unbekannte bzw. wenig erforschte Forschungsgebiete und damit auch für offene

[3] Ein fundierte Kritik des quantitativen Ansatzes bietet Siegfied Lamnek 1995
[4] Vgl. Max Weber 1991a und Max Weber 1991b

[5] Sehr gute Übersichten bieten: Uwe Flick 1998 und Uwe Flick / Ernst von Kardoff / Ines Steinke (Hrsg.) 2000. Kurze Einführungen bieten: Harald Witt 1997; Gerhard Kleining 1982 und Ulrich von Alemann 1995

Forschungsfragen, das heißt für Fragen, für deren Beantwortung noch keine Theorie bzw. kein Erfahrungswissen vorliegt.

Die ForscherInnen selbst begeben sich dabei auch auf die Suche nach Theorien. Ihr Bild von der gesellschaftlichen Realität entsteht jedoch erst im Forschungsprozess und ist noch nicht von Beginn an vorgegeben. Sie nähern sich ihrem Forschungsfeld offen an und bemühen sich, die möglicherweise sehr unterschiedlichen Perspektiven der Beteiligten auf den Forschungsgegenstand vorurteilsfrei darzustellen und über diese unterschiedlichen Perspektiven zu einer Beschreibung der gesellschaftlichen Realität zu kommen. Die ForscherInnen begeben sich dabei selbst ins Feld und werden somit Teil des gesellschaftlichen Prozesses. Sie sind damit verpflichtet, ihre eigenen Wahrnehmungen gekennzeichnet in die Beschreibung einfließen zu lassen und ihre möglicherweise die jeweilige Realität verändernde Position im Forschungsprozess beständig zu reflektieren.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied zur quantitativen Forschung besteht in der Erhebung der jeweiligen Stichprobe. Die quantitative Sozialforschung erhebt repräsentative Querschnitte und befragt diese. Der qualitativen Forschung gelingt dieses nicht immer. Ihre Auswahl ist vom konkreten Forschungsvorhaben und der jeweils handlungsleitenden Frage abhängig und somit unbedingt zu kennzeichnen, um abgeleitete Theorien begründen zu können.

Zusammenspiel Qualitative und Quantitative Sozialforschung

In der Forschungsrealität stehen sich VertreterInnen der jeweiligen Ansätze häufig kompromisslos gegenüber. Inhaltliche Gründe können dafür nicht ausschlaggebend sein, so macht ein Methodenzusammenspiel aus beiden gleichberechtigten Ansätzen durchaus Sinn. Quantitative Daten können z. B. mit qualitativen Bildern unterlegt werden, um ihre Bedeutung verständlicher zu formulieren. Qualitative Daten können mit quantitativen Daten in neue Bedeutungszusammenhänge gestellt werden, indem Mengenangaben auch zusätzliche Relevanz- und Bedeutungsangaben sein können. In dieser Studie bemühen sich die ForscherInnen deshalb, ihre qualitativen Daten mit vorliegenden quantitativen Beständen zu koppeln.

Als Projekt anwendungsorientierter Demokratieforschung kann die vorliegende Kommunalanalyse durch das Prinzip der Balance zwischen Offenheit und Theoriegeleitetheit charakterisiert werden.

Dies macht es auch notwendig eigenes theoretisches Vorwissen offen zu legen, bevor die empirischen Erkenntnisse dargestellt werden. Daher nehmen wir im folgenden eine Diskussion für diese Studie zentraler Begriffe vor: Rechtsextremismus, Demokratie und Demokratiegefährdungen. Doch zunächst zum Forschungsstil.

## 2.3. Charakterisierung unseres Forschungsstils

Um die Forschungsfragen beantworten zu können, ist es außerdem notwendig, sich nicht nur zwischen den grundlegenden Ansätzen quantitativer oder qualitativer Forschung zu entscheiden, sondern geeignete Methoden für die Materialerhebung ausfindig zu machen. Einleuchtend ist sicherlich, dass bereits die gewählte(n) Methode(n) festlegen, welche Informationen und Einblicke sich mit ihnen gewinnen lassen. Durch alleinige Beobachtungen beispielsweise kommt man zu anderen Erkenntnissen, als wenn man eine Reihe von Gesprächen führt.

Zu erinnern ist an dieser Stelle noch mal an das grundsätzliche Anliegen der Kommunalanalyse:

Einer Kommunalanalyse geht es um die Erfassung einer komplexen Realität einschließlich damit verbundener sozialer und politischer Prozesse. Es geht nicht nur um das Feststellen Demokratie gefährdender Erscheinungen, sonder um die Förderung eines Diskurses über diese Erscheinungen, ihre Entwicklung und Dynamik in einem konkreten sozialen Kontext. Nur wenn es gelingt, Probleme nicht nur festzustellen, sondern auch die damit verbundenen Interaktionen zu beschreiben und die darin enthaltenen Mechanismen transparent zu machen, können unseres Erachtens auch Bewusstsein und Handlungskompetenz in der Auseinandersetzung mit Demokratie und ihren Gefährdungen entstehen.

Charakteristisch für eine Kommunalanalyse ist daher die Einbeziehung verschiedener Perspektiven, der damit verbundenen Deutungsmuster und der daraus resultierenden Handlungsorientierungen. Diese Herangehensweise basiert auf Erfahrungen der vergangenen Jahre, denn immer wieder stellen wir fest, dass vor Ort Einzelwahrnehmungen dominieren, mit denen zum Beispiel LehrerInnen aus ihren Schulen, SozialarbeiterInnen aus ihren Clubs, die Polizei von ihrer

Arbeit und die Verwaltung von ihrem Ärger mit rechtsextremer Propaganda berichten. Meist fehlt ein umfassender und differenzierter Blick auf den Bezirk als Ganzes, ohne den auch kein Übereinkommen gemeinsamen Handelns möglich ist. Einen differenzierten Überblick zu ermöglichen und über den Zugang zu verschiedenen Wahrnehmungen aller Beteiligten Voraussetzungen für zivilgesellschaftliche Prozesse zu schaffen sind daher Ziele unserer wissenschaftlichen Arbeit.

Zu betonen ist aber noch mal, dass es sich hier um eine explorative Studie ohne Anspruch auf Repräsentativität handelt. Es ist weder unser Anspruch noch unser Ziel, alle Problemlagen im Spannungsfeld von Demokratie und Rechtsextremismus im Detail zu erforschen. Vielmehr geht es bei explorativen Studien wie dieser Kommunalanalyse darum, die Perspektive, unter denen ein ‚Forschungsgegenstand' untersucht wird, maximal zu variieren, um ihn von mehreren Seiten betrachten zu können.

Aus diesem Grunde haben wir uns dafür entschieden, verschiedene Methoden miteinander zu kombinieren, obwohl es auch in der qualitativen Forschung gängig ist, sich auf eine konkrete Erhebungsmethode festzulegen, Wir haben **leitfadenorientierte Interviews**, **Gruppendiskussionen** und **teilnehmende Beobachtungen** durchgeführt. Des weiteren fanden **zahlreiche Informationsgespräche** und **Alltagsgespräche** statt, deren wesentliche Inhalte als Gesprächsnotiz- oder Gedächtnisprotokoll festgehalten worden sind. **Material- und Dokumentensammlungen**, **Presse-/Literatur- und Onlinerecherchen** rundeten das ganze ab.

Insgesamt hat unser Forschungsstil starke Ähnlichkeiten mit der „Ethnographie" oder „ethnographischen Feldforschung". Wahrscheinlich könnte man ihn am treffendsten als **einen an der Ethnographie angelehnten Forschungsstil** bezeichnen, denn es gibt aufgrund der spezifischen Rahmenbedingungen, die Forschung im Konfliktfeld von Rechtsextremismus und Demokratie mit sich bringt, auch einige sehr relevante Unterschiede bzw. Besonderheiten. Daher versuchen wir unsere Methodologie noch ein wenig genauer zu beschreiben bevor wir zur Erläuterung der Einzelmethoden übergehen. Wir werden im folgenden die methodischen und technischen Aspekte unseres Vorgehens, die mit dem Zugang zum Feld verbundenen Probleme, die angewandten Erhebungsmethoden, Transkriptions- und Auswertungsverfahren darstellen.

Ein klassisches Konzept ethnographischer Feldforschung zu wählen war von uns einerseits nicht gewollt und es war auch nicht möglich. In diesem Zusammenhang gewann der methodische Ansatz der **Triangulation** (Methodenpluralität und Methodenflexibilität) in der Durchführung der Studie an zunehmender Bedeutung: „Am Ende steht weniger die wechselseitige Validierung der Erkenntnisse, die mit den einzelnen Methoden gewonnen wurden, als eine Erweiterung der Erkenntnismöglichkeiten über den untersuchten Lebensbereich."[6]

Während sich in der Ethnographie von impliziter Triangulation sprechen lässt, da die verschiedenen Methoden wie Beobachtung und Befragung eher ad hoc in der Situation der längeren Teilnahme kombiniert werden, ist bei unserem Ansatz von expliziter Triangulation zu sprechen. Interviews und Gruppendiskussionen wurden mit einem an der Ethnographie orientierten Forschungsstil – basierend auf Beobachtungen, Alltagsgesprächen und Materialsammlung – gezielt kombiniert.

### Zugang zum Feld

In der Phase der Konzipierung der Studie fand eine Reihe von ausführlichen Expertengesprächen mit Fachinstitutionen, potenziellen PartnerInnen und Schlüsselpersonen im Bezirk statt. Dies mündete in die Festlegung einer Forschungsstrategie und die Entwicklung eines Leitfadens als Orientierungshilfe für die Durchführung weiterer Gespräche und Interviews[7]. In der ersten Phase der Erhebung gingen wir mit Experteninterviews in die Breite und trafen dann eine Auswahl notwendiger InterviewpartnerInnen, die sukzessive im Forschungsverlauf ergänzt wurde. Wir haben versucht verschiedene Handlungsfelder und Akteure verschiedener Ebenen einzubeziehen, sowie GesprächspartnerInnen aus den verschiedenen Stadtteilen zu gewinnen. Im Zeitverlauf der Erhebung sind wir bei der Analyse der Situation zunehmend zu den Details vorgedrungen.

## 2.4. Konkretisierung der Methoden

### Interviews, Gespräche, Gruppendiskussionen

Insgesamt wurden für die Studie 63 transkribierte leitfadenorientierte Interviews, 10 transkribierte Gruppendiskussionen, 17 Informationsgespräche (Dauer: 30 min bis

[6] Flick 1998, S. 56
[7] Der Interviewleitfaden kann im *Zentrum Demokratische Kultur, Community Coaching* erfragt werden.

2 Stunden), von denen Gesprächsprotokolle vorliegen und zahlreiche ethnographische Gespräche (Gedächtnisprotokolle) ausgewertet.

Die leitfadenorientierten Interviews wurden eingesetzt, um die verschiedenen Perspektiven auf das Problemfeld Rechtsextremismus, Rassismus, Minderheitenfeindlichkeit, sowie Deutungen eigener und fremder Reaktionen auf diese Erscheinungen zu erfassen. Dabei geht es auch um die Rekonstruktion der Handlungsorientierungen der interviewten Akteure anhand von konkreten Schlüsselsituationen. Hinzu kommt, dass Interviews ein Element der Selbstverständigung sein können; im Interview können Fragen reflektiert werden, die möglicherweise im Alltag eher einer unsystematischen Betrachtung unterliegen.

In folgenden Feldern fanden Interviews, Expertengespräche und Gruppendiskussionen statt:

- Bezirkspolitik/Parteien/Jugend-BVV (8 Interviews)
- Bezirksamt/Verwaltung (11 Interviews)
- Jugendeinrichtungen (JFE und freie Trägerschaft) sowie mobile Jugendarbeit (15 Interviews (darunter 2 Gruppendiskussionen))
- Nachbarschaftseinrichtungen/ Quartiersmanagement (4 Interviews)
- Verschiedene Projekte freier und kirchlicher Träger/Vereine (12 Interviews (darunter 1 Gruppendiskussion))
- Polizei (Insgesamt 4 Expertengespräche)
- Schule (Insgesamt 11 Interviews und Expertengespräch (darunter 3 Gruppendiskussionen))
- Zivilgesellschaftliche Akteure (11 Interviews und Expertengespräche (darunter 4 Gruppendiskussionen))

In allen Handlungsfeldern wurden außerdem mehrere, meist situative Informationsgespräche geführt. In den Bereichen Jugend Schule und Zivilgesellschaft haben wir außerdem mit Jugendlichen und Erwachsenen gesprochen, teilweise Interviews durchgeführt, die Opfer/potenzielle Opfer rechtsextremer Gewalt sind.

**Leitfadendimensionen**

Den Interviews lag ein Leitfaden zugrunde, in welchem die folgenden inhaltlichen Dimensionen festgelegt waren:

- Allgemeiner Einstieg zum Arbeiten und Leben in Marzahn-Hellersdorf/ Beschreibung des Tätigkeitsfeldes
- Thematischer Einstieg – Probleme und Konflikte im Zusammenleben, deren Wahrnehmung und Deutung durch die GesprächspartnerIn
- Rechtsextremismus (rechtsextreme Erscheinungen, Einstellungen, Gruppen, Szenen, Organisationen, Vorfälle, Symbole etc.) im Kontext von Jugend- und Erwachsenenwelt
- Wahrnehmungen von Ausmaß und Wirkung rechtsextremer Phänomene im Kontext des Bezirks
- Eigener Begriff, subjektive Theorien über Erscheinungen, Zusammenhänge und Ursachen
- Verhältnis der Generationen
- Verhältnis von gesellschaftlichen Gruppen, Mehrheiten und Minderheiten
- Wahrnehmungen von Rassismus und Minderheitenfeindlichkeit
- Fallbeispiele
- Initiativen, die Gesprächspersonen bekannt sind; Aktivitäten, Maßnahmen, Projekte, Konzepte
- Kriterien für Erfolg und Misserfolg, Rahmenbedingungen für diese Initiativen etc.
- Netzwerkstrukturen und kommunale Interaktionsverhältnisse
- Wechselseitige Erwartungen und Kooperationen
- Zukunft und Veränderungswünsche
- Nutzen der Studie
- Vermittlung weiterer Gesprächspersonen

**Interviewtranskription/**

**Gesprächsprotokolle**

Sofern die GesprächspartnerInnen ihr Einverständnis gaben, wurden die Interviews auf Band aufgezeichnet. Die aufgenommenen Interviews wurden fast alle in vollständiger Form transkribiert. Jene, die auf Wunsch der Interviewten nicht auf Band aufgenommen werden konnten, wurden ausführlich durch schriftliche Notizen festgehalten, aus denen dann Gesprächsprotokolle erstellt wurden.

**Beobachtungstouren, Teilnahme an Veranstaltungen, Gedächtnisprotokolle.**

Beobachtungstouren wurden in solchen Handlungsfeldern durchgeführt, die öffentlich zugänglich sind, bei denen es aber keinen Verantwortlichen gibt, dem die Bitte um Teilnahme hätte mitgeteilt werden können. An öffentlichen Veranstaltungen mit verantwortlichen Veranstaltern nahmen Teammitglieder auf Einladung und unter Bekanntgabe ihrer Funktion und ihres Interesses teil. Für die Beobachtungen wurden Kriterien[8] darüber festgelegt, was zu beobachten war sowie Techniken dafür, wann und wie die Beobachtungen protokolliert werden. Das jeweilige Erkenntnisinteresse bestimmt den Gegenstand von Beobachtungen. Es wurden folgende Dimensionen im Beobachtungsleitfaden festgelegt: Der situative Zusammenhang, die Anzahl der Teilnehmer, die Zeitdauer der Beobachtung bzw. der Situation, Abweichungen von Normen und Widersprüchlichkeiten. Des weiteren war festzustellen, ob (und wenn ja, welche) rechtsextremen verbalen Äußerungen auftraten und ob (und wenn ja, welche) rechtsextreme Symbolik und Kleidung getragen wurde. Ebenso waren Interaktionen zwischen über äußere Erkennungsmerkmale als rechtsextrem orientiert eingeschätzten Personen mit anderen Teilnehmern der sozialen Situation zu beobachten.

Folgende Techniken[9] zur Herstellung von Gedächtnisprotokollen wurden zugrundegelegt: Wenn möglich, waren während der Beobachtung Notizen anzufertigen, wenn nicht, unmittelbar nach Verlassen der Situation, spätestens aber innerhalb einer Stunde. Dabei war bezüglich prägnanter verbaler Äußerungen auf wörtliche Wiedergabe zu achten, bei anderen Phänomenen darauf, zunächst genaue und detaillierte Beschreibungen anzufertigen. Diese handschriftlichen Notizen wurden spätestens nach Ablauf eines Tages zu einem maschinenschriftlichen systematischen Protokoll auf der Grundlage von aus den Beschreibungen gewonnenen bzw. den im Beobachtungsleitfaden genannten Dimensionen ausgearbeitet.

**Weitere Materialsammlung: Internet- und Zeitungsrecherche; Literaturrecherche und Dokumentenanalyse**

Öffentlich zugängliches und verschriftlichtes Material von amtlichen Stellen und nicht amtlichen Initiativen/Organisationen wurden gesichtet, ebenso die Bezirk- und Stadtteilzeitungen und gemäss der Gesamtfragestellung inhaltsanalytisch ausgewertet. Des weiteren wurde Internetrecherche betrieben und Primärquellen von rechtsextremen Akteuren bzw. Gruppierungen in die Materialsammlung einbezogen.

## 2.5. Aufbereitung und Auswertung des empirischen Materials

Unser Auswertungsverfahren orientierte sich im weitesten Sinne an der „Grounded Theory". Grounded Theory lässt sich als gegenstandsbegründete oder –verankerte Theorie übersetzen.[10] Sie erlaubt auf der Basis empirischer Forschung in einem bestimmten Gegenstandsbereich eine dafür geltende Theorie zu formulieren, die aus vernetzten Konzepten besteht und geeignet ist, eine Beschreibung und Erklärung der untersuchten sozialen Phänomene zu liefern – in unserem Fall über die kommunale Ausprägung von Rechtsextremismus/demokratiegefährdenden Phänomenen und der bestehenden Potenziale und Erfahrungen des Umgangs damit. Datenerhebung, fortlaufende Analyse und Theorieformulierung sind in der Grounded Theory ineinander verschränkt.

**Vorgehen**

Unser Datenmaterial wurde in seiner Gesamtheit als Textbasis in den Auswertungsprozess einbezogen. Es handelte sich um die Transkriptionen der Interviews und Gruppendiskussionen, um Gesprächsprotokolle und Gedächtnisprotokolle von Beobachtungen, sowie um das gesammelte Material über Projekte und Aktivitäten, Konzepte und Dokumente bzw. Material aus Presse, Internet, und Literatur.[11]

Die wichtigste Tätigkeit im Auswertungsprozess besteht im Vergleichen. Hiermit ist weniger die Suche nach identischen Inhalten gemeint, sondern nach Ähnlichkeiten und Unterschieden. In den Daten haben wir zunächst Indikatoren für die interessierenden Phänomen gesucht und vom Text ausgehend Konzepte entwickelt, die schließlich als Elemente für ein theoretisches Modell

[8] Vgl. Lamnek 1995: 295 ff.
[9] Ebd.: 299

[10] Auch in anderen Projekten empirischer Forschung im Spannungsfeld von Demokratie und Rechtsextremismus hat sich ein solches Vorgehen methodisch bewährt

[11] Zu erinnern ist nochmal daran, dass sich unsere Datensammlung am Modell des „Theoretical Sampling" orientierte: In der Anfangsphase wurden alle möglichen Personen, Situationen und Dokumente ausgewählt, um Daten zu gewinnen, die das ganze Spektrum zur Forschungsfragestellung abdecken. Später wurden Daten gesucht, die die bereits vorläufig entwickelten Kategorien der Theorie bestätigen bzw. differenzieren. So haben wir uns zum Beispiel ausgehend von ersten Auswertungsschritten nach der Hälfte der Projektzeit entschieden, welche Aspekte der Analyse sich aufgrund der sich entwickelnden Erkenntnislage noch (stärker) in die Untersuchung einbezogen werden sollten.

genutzt werden konnten. Die im Auswertungsprozess sich entwickelnden theoretischen Elemente, die Erkenntnisse entlang der Fragestellung beinhalten, werden in der Grounded Theory in aufeinander aufbauenden Schritten herausgearbeitet. Im Fortgang der Analyse werden sie differenzierter, zahlreicher und abstrakter. Dabei stellen die ForscherInnen theoriegenerierende Fragen und nutzen ihr Hintergrundwissen über den Kontext der untersuchten Textpassagen sowie generell ihr Wissen über den untersuchten Bereich. Dies erlaubt ihnen unterschiedliche Aspekte oder Eigenschaften des untersuchten Phänomens zu benennen.

Nach einer ersten Auswertungsphase haben wir eine vorläufige Gliederung der Studie erstellt, in der zunächst allgemeine Kapitel festgelegt wurden, die dann zur Bearbeitung an verschiedene AutorInnen verteilt wurden. Von hier aus haben die AutorInnen weiter nach dem Ansatz der Grounded Theory ihr Material ausgewertet. Das AutorInnen-Team hat sich grundsätzlich darauf geeinigt, dass die empirische Verankerung zentrales Prinzip ist und wir anstreben unser Material auch in seinem Reichtum zur Geltung kommen zu lassen. In allen Kapiteln war es uns wichtig, die zentralen Phänomene in ihren wesentlichen Aspekten zu erfassen und zu veranschaulichen und dabei auch immer Zusammenhänge und Mechanismen aufzuzeigen.

Abweichungen in der Materialauswertung und –formulierung werden in einzelnen Kapiteln deutlich, sie sind einerseits in der Auswertungsstrategie der einzelnen AutorInnen begründet und hängen andererseits mit den Themen der einzelnen Texte zusammen.

Der Grad der Verallgemeinerbarkeit einer so gewonnenen Theorie hängt von ihrem Abstraktionsgrad ab. Da wir uns um eine starke Nähe zum empirischen Material bemüht haben und für den Bezirk Marzahn Hellersdorf spezifische soziale und historische Gegebenheiten gelten, die sich nicht beliebig reproduzieren lassen, ist die Möglichkeit der Verallgemeinerbarkeit der auf den Bezirk bezogenen Grounded Theory sehr begrenzt. Kennzeichen der Grounded Theory ist, dass wir uns relativ weit von bestehenden Theorien gelöst haben und uns darum bemüht haben, theoretische Schlussfolgerungen aus den Daten erwachsen zu lassen. Ein Vergleich zu anderen Versuchen der Analyse wird deutlich Unterschiede zeigen, denn viele Analysen bewegen sich stark theoriegeleitet auf einem hohen Niveau von Abstrahierung und damit ist auch wenig Anschaulichkeit für die lokale Situation impliziert. Eigentlich müssten Theorieansätze als Hypothesen erneut an die Alltagswirklichkeit heran tragbar und an dieser überprüfbar sein. In diesem Sinn haben wir uns in der vorliegenden Studie um eine reale empirische Verankerung bemüht und haben damit eine hohe Wahrscheinlichkeit, den vorgefundenen Phänomenen gerecht zu werden.

## 3. BEGRIFFSDISKUSSION

### 3.1. Rechtsextremismus

Die Rechtsextremismusforschung in Deutschland verfügt über keine kontinuierliche Geschichte und ist geprägt durch zeithistorisch bedingte konjunkturelle Phasen, in denen das Thema mal mehr, dann wieder weniger behandelt wurde.[12] Dabei ist es bisher weder zu einer einheitlichen Theoriebildung noch zu einer Klärung diverser Forschungsfragen gekommen.[13] Dies gilt auch für den Grundbegriff ´Rechtsextremismus` selber. Jürgen R. Winkler stellt dazu fest:

> „Der Rechtsextremismusbegriff gehört zu den amorphsten Begriffen der Sozialwissenschaften. Er wird für unterschiedliche Sachverhalte in Anspruch genommen; es besteht keine eindeutige Zuordnung zwischen dem Zeichen Rechtsextremismus und dem, wofür es steht. Die nicht hinreichend festgelegte Verwendung des Ausdrucks erschwert die Verständigung, fördert Missverständnisse und behindert in vielen Bereichen den Vergleich von Forschungsergebnissen."[14]

Andere Autoren teilen diese Kritik. Stellvertretend sei Pfahl-Traughber zitiert:

> „Die inflationäre Verwendung des Begriffs Rechtsextremismus bildet nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Politikwissenschaft vielfach einen eigentümlichen Kontrast zu seiner mangelnden theoretischen Reflektiertheit. Allgemein herrscht eine Begriffskonfusion vor, die noch durch die Verwendung anderer Bezeichnungen erhöht wird."[15]

Um Klarheit in Bezug auf die Arbeitsgrundlagen zu gewinnen, ist es unerlässlich, zu Beginn der Arbeit die eigenen Begriffe konkret zu bestimmen und gegebenenfalls von anderen Begriffen oder Definitionsverständ-

[12] Vgl. Butterwegge 1996: 31ff; Kühnl 1995
[13] Vgl. Butterwegge 1997; Stöss 1994a; Druwe 1996
[14] Winkler 2000: 39
[15] Pfahl-Traughber 1993: 14

nissen abzugrenzen, In Deutschland existieren mehrere Schulen der Rechtsextremismusforschung mit einem unterschiedlichen Verständnis ihres Forschungsgebietes. Eine wesentliche Richtung bezieht sich auf den „Rechtsextremismus als amtlichen Begriff", wie Stöss es nennt.[16]

Diese Richtung begreift den Rechtsextremismus als einen Unterbegriff des Oberbegriffes „Extremismus", der parallel mit anderen Formen des „Extremismus", nämlich „Linksextremismus" und „Ausländerextremismus" genannt wird. Als „extremistisch" gelten nach diesem Verständnis alle Bestrebungen,

> „... die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben."[17]

Die wesentlichen Vertreter dieser Richtung, Uwe Backes und Eckhard Jesse, verstehen dabei politischen „Extremismus"

> „... als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen (...) die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen."[18]

Mittelpunkt dieses Verständnisses von Extremismus ist die Definition der zitierten ‚freiheitlich demokratischen Grundordnung', die erstmals 1952 vom Bundesverfassungsgericht im Parteiverbotsverfahren gegen die Sozialistische Reichspartei Deutschland definiert wurde. Konkret heißt es dort:

> „So lässt sich die freiheitlich demokratische Grundordnung als eine Ordnung bestimmen, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und der Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition."[19]

Nach dem Verständnis von Backes und Jesse sind politische Bestrebungen also dann als „extremistisch" zu bezeichnen, wenn sie diese demokratische Grundordnung infrage stellen.

Es handelt sich somit um eine reine Negativdefinition, das heißt sie grenzt sich ab und bestimmt nicht die Eigenschaften der politischen Bestrebungen, sondern heftet ihnen nur ein Kürzel „rechts", „links" oder gar „ausländisch" an. Trotz einiger Versuche von Backes und Jesse Gemeinsamkeiten „extremistischer" Positionen zu definieren[20], blieb dieser Definitionsansatz in der wissenschaftlichen Debatte nicht unwidersprochen. Beispielsweise beklagt Neugebauer

> „... die Eindimensionalität des Konzepts und seine Ausrichtung an einem normativen Demokratiebegriff (...) Damit wird es der Komplexität der Verhältnisse nicht gerecht."[21]

Als problematisch wird insbesondere die Gleichsetzung von „Rechten", „Linken" und weiteren Bestrebungen betrachtet, die Differenzierungen vermissen lassen. Man bedenke alleine die unzähligen Debatten, was eigentlich eine z. B. linke Politik überhaupt sei, die Bibliotheken füllt.[22] Sinnvoll erscheint es deshalb, sich von einer Negativ- zu einer Positivdefinition vorzuwagen, die den unterschiedlichen Strömungen und Ausrichtungen der Realität gerecht wird.

Eine vielseitige Definition liefert dazu Jaschke. Er erklärt:

> „Unter ‚Rechtsextremismus' verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Un-

[16] Stöss 2000: 13
[17] ebenda, S. 16
[18] Backes / Jesse 1993:40
[19] zitiert nach Stöss 2000:15
[20] Vgl. Backes 1989: 289ff
[21] Neugebauer 2000: 31
[22] zur Einführung in diese Debatten eignen sich: Vgl. Bobbio 1994; Rotbuch Taschenbuchverlag (Hrsg.) 1993; Hobsbawm 1998; Markowitz / Gorski 1997

terordnung [der Bürgerin oder] des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter ‚Rechtsextremismus' verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen."[23]

Nach diesem Verständnis reduziert sich das Problem des Rechtsextremismus nicht auf Strukturen sondern umfasst u.a. folgende Phänomene:

- Rechtsextreme Einstellungen bzw. die Verbreitung von Teilideologien des Rechtsextremismus z. B. Rassismus oder Antisemitismus in allen Gesellschaftsschichten.
- Rechtsextreme Jugendkulturen, Szenen
- Rechtsextrem motivierte Formen der Gewalt
- Rechtsextreme Organisationswelten
- Rechtsextrem motivierte Handlungsoptionen, z. B. Demonstrationen, Nationale Jugendarbeit etc.

Der Vorteil der Jaschke'schen Definition liegt vor allem darin, dass er den inhaltlichen Kern rechtsextremer Bestrebungen mit den inhaltlichen Kernen der Demokratie, d.h. dem Pluralismus, der Gleichwertigkeit der Menschen, individuellen Freiheiten und den Menschenrechten in ihrer Gesamtheit kontrastiert.

Auch wir sind der Ansicht, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus nicht nur aus der negativen Abgrenzung heraus erfolgen sollte, sondern ein Positivkonzept zugrundelegen sollte. Dieses Positivkonzept können nur die pluralistische Demokratie und ihr Kern, die Menschenrechte, sein. Folgende werden daher definitorisch kurz umrissen und später wieder aufgegriffen:

[23] Jaschke1994: 31

## 3.2. Positive Leitbilder:

### Pluralistische Demokratie, Grund- und Menschenrechte

Wir schließen uns im Wesentlichen dem von Ernst Fraenkel in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückten Pluralismuskonzept an. Pluralismus ist das wesentliche Strukturelement einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die sich dem Erhalt einer heterogenen Gesellschaft verschrieben hat und die Besonderheit jedes Menschen bewusst anerkennt.[24]

„Sie [die pluralistische Demokratie, d. Verf.] nimmt den Umstand, dass es weite Gebiete des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens gibt, über deren Regelung Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Gruppen existieren, nicht nur mit Gleichmut hin, sondern erachtet dies als unvermeidliche, ja geradezu als ein Indiz eines in Freiheit pulsierenden öffentlichen Lebens."[25]

Eine pluralistische Gesellschaft ermöglicht jeder/m Einzelnen einen größtmöglichen Spielraum für die Verwirklichung individueller und gruppenspezifischer Verhaltensweisen. Die wesentlichen Merkmale des Pluralismus sind eng verknüpft mit der Bewahrung der Menschen- und Grundrechte, mit dem Gemeinwohl und Gerechtigkeitssinn und (auf staatlicher Ebene), mit dem positiven Recht (Rechtsstaatlichkeit) sowie den politischen Spielregeln (Parlamentarismus).

Homogene Demokratieauffassungen im Widerspruch dazu konterkarieren diese Auffassung und setzen sich, weil sie von einem eindeutig bestimmbaren, vorgegeben Gemeinwohl ausgehen, über das konkrete Wohl der einzelnen Mitglieder hinweg. Sie schränken die Freiheitsrechte des Einzelnen ein und diskriminieren Minderheiten, die in der homogenen Gesellschaft keine Platz haben dürfen.

### Grundrechte

Die pluralistische Demokratie ist die Demokratie der Grundrechte. Mehrheitsentscheidungen, die für alle Mitglieder des Gemeinwesens Gültigkeit haben, können, wenn sie den Grundrechten widersprechen, angefochten werden. Wesentlicher Bestandteil der Grundrechte sind die vor- bzw. überstaatlich festgeschriebenen Menschenrech-

[24] In den 1950er Jahren entwickelte Ernst Fraenkel mit dem Pluralismuskonzept das Modell der „dialektischen Demokratie" weiter, mit dem er sich 1932 für den Erhalt der Weimarer Republik eingesetzt hatte. Vgl. Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Frankfurt/M. [7]1979, S. 297-325.

[25] Vgl. Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, S. 301.

te. In der ersten Forderung nach der Unantastbarkeit der Würde des Menschen kommen sie bereits im ersten Artikel des Deutschen Grundgesetzes zum Ausdruck.26 Darum seien hier die wesentlichen im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechte noch einmal erwähnt:

1. An erster Stelle stehen die Freiheitsrechte. Sie umfassen u.a. die Freiheit auf Entfaltung der Persönlichkeit, Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Glaubens- Gewissens und Bekenntnisfreiheit, Meinungs- und Informationsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereins- und Koalitionsfreiheit, Berufsfreiheit, Freizügigkeit sowie die Unverletzlichkeit der Wohnung.
2. Die Gleichheitsrechte bedeuten Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichberechtigung von Frauen und Männern und Diskriminierungsverbote. Dazu heißt es wörtlich: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzug werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden."
3. Weitere Grundrechte sind Verfahrensrechte. Sie betreffen den Rechtsschutz und Rechtswegegarantien, Garantie des rechtlichen Gehörs und des gesetzlichen Richters sowie das Asylrecht für politisch Verfolgte.
4. Schließlich sind auch institutionelle Garantien für Ehe und Familie, Eigentum, Erbrecht, Ausbildung, Wehr- und Dienstpflicht als Grundrechte festgeschrieben.

**Rechtsextremismus und pluralistische Demokratie: ein permanenter Konflikt**

Der gegenwärtige Rechtsextremismus hat sich insbesondere die pluralistische Demokratie der heterogenen Gesellschaft zur Zielscheibe gemacht. Als Idealbild verfolgt er die Vorstellung eines homogenen Volkes mit einer für alle gültigen Leit- und Herrschaftskultur, in der sowohl Interessen als auch Werthaltungen homogen sind.

Eine solche Variante kommt z.B. im Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) zum Ausdruck. Darin wird die pluralistische Gesellschaft nicht als Bereicherung angesehen, sondern als kulturlos denunziert.[27] Dass es der NPD um Macht und nicht um Recht geht, zeigt die Forderung nach der Neu-Organisation der Staatsgewalt:

> „Politische Organisationsformen müssen so geordnet sein, dass sie handlungsfähige Organe ermöglichen, die in Übereinstimmung mit den Grundzielen des Volkes handeln. Der Staat hat dabei über den Egoismen einzelner Gruppen zu stehen und die Gesamtverantwortung wahrzunehmen."[28]

Die Demokratieauffassung des NPD-Parteiprogramms ist die des völkischen Staates. Darin wird eine wechselseitige Identifikation von Herrschenden und Beherrschten angestrebt, wodurch die gesellschaftliche Aushandlung von politischen Entscheidungen nicht mehr gebraucht wird. Die völkische Gemeinschaft ist eine, in der Konflikte nicht mehr stattfinden. Das aus einer gemeinsamen Wurzel stammende Volk braucht kein Parlament, keine politischen Parteien, keine Interessensverbände und sonstige Zusammenschlüsse. Praktisch bedeutet dies die De-Facto-Herrschaft von Wenigen, welche die Macht haben, alles zu regeln und sich dadurch über das konkrete Wohl der einzelnen Mitglieder hinwegsetzten.

Die pluralistische Demokratie hingegen braucht den gesellschaftlichen Konflikt. Durch das Mit- und Nebeneinander einzelner Personen, Interessensgruppen und gesellschaftlicher Verbände und die Austragung von Konflikten über ihre Interessen und Überzeugungen definieren sich die Prinzipien des Gemeinwohls. Entscheidungen kommen durch Diskussion und Abstimmung zustande, deren Procedere durch Regeln festgelegt ist. Die Überstimmten haben dabei immer das Recht, diese Entscheidung anzuzweifeln und Mehrheiten für eine neuerliche Entscheidung zu suchen. Opposition und das Infragestellen von Entscheidungen gehören zum Alltag der pluralistischen Demokratie.

Der Konflikt zwischen Rechtsextremismus und pluralistischer Demokratie ist das bestimmende Thema der vorliegenden Untersuchung.

Hinzu kommen jedoch weitere Aspekte, die untersucht worden sind, und die wir im folgenden unter dem Oberbegriff ‚Demokratiegefährdende Phänomene" subsumieren.

[26] Dieses erste Grundrecht ist im Deutschen Grundgesetz die eindeutige Reaktion auf die Menschenverachtung des Nationalsozialismus. Vgl. Hans Otto Mühleisen, Die Grundrechte im Grundgesetz, in: Grundrechte, *Informationen zur politischen Bildung*, 239 (1998), S. 19.

[27] Vgl. Parteiprogramm der NPD, Absatz 1.

[28] Vgl. ebenda, Absatz 3.

## 3.3. Demokratiegefährdende Phänomene

Mit diesem Oberbegriff geht unser Projekt neue Wege. Natürlich gibt es in der wissenschaftlichen Landschaft dafür keine kompakte Definition. Wirft man einen Blick auf aktuelle empirische Forschungen und Analysen, zeigen sich jedoch Aspekte, die sich auch für unsere Studie verwenden lassen. Besonders weiterführend sind aktuelle Studien des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung unter Leitung des Soziologen Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer. Unterstützt von der Volkswagen-Stiftung führt eine Forschungsgruppe unter der Leitung von Heitmeyer jährlich repräsentative Erhebungen zum Zustand der Demokratie durch, in deren Kontext verschiedene Phänomene und Zusammenhänge geprüft werden.

Zentrale Problemlagen und erklärende Konzepte, die auch im oben beschriebenen Forschungsverbund bearbeitet werden, möchten wir unter dem Aspekt demokratiegefährdende Phänomene auch in unserer Kommunalanalyse aufgreifen:

1. Das Syndrom „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit"
2. Soziale Desintegration und die Herausbildung einer „prekären Normalität" in der Gesellschaft
3. Rechtspopulismus als Politikstil und Einstellungspotenzial

### d) Das Syndrom Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Im Rahmen des Instituts für Gewalt- und Konfliktforschung der Universität Bielefeld wird nicht mit dem ‚harten' Begriff des Rechtsextremismus gearbeitet[29], sondern ein Konzept näher untersucht, welches als Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) bezeichnet wird. Diese Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

> „meint kein individuelles Feindschaftsverhältnis zu einem anderen Menschen, sondern bezieht sich auf Gruppen: ‚Werden Personen aufgrund ihrer gewählten oder zugewiesenen Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig markiert und feindseligen Mentalitäten der Abwertung, Ausgrenzung etc. ausgesetzt, dann sprechen wir von GMF, so dass die Würde der betroffenen Menschen antastbar wird oder zerstört werden kann. Das besondere Kennzeichen dieses Begriffs ist seine Spannweite. Sie ergibt sich aus dem Phänomen selbst, denn nicht nur Personen fremder Herkunft sind mit Feindseligkeiten und Gewalt konfrontiert, wenn sie bestimmten Gruppen zugeordnet werden, sondern auch Menschen gleicher Herkunft, deren Verhaltensweisen oder Lebensstile als ‚abweichend' von der beruhigenden Normalität empfunden werden."[30]

In die Konzeption der GMF sind sieben Elemente eingegangen:

- Rassismus
- ‚Fremdenfeindlichkeit'
- Antisemitismus
- Heterophobie
- Etabliertenvorrechte
- Sexismus

Da Ungleichwertigkeit den „gemeinsamen Kern aller Elemente ausmacht" wird von einem Syndrom[31] gesprochen.[32]

Dieser „Syndrom-Charakter stellt ein besonderes Problem dar, aufgrund dessen wir das Konzept der GMF auch unter dem Oberbegriff der „Demokratiegefährdenden Phänomene" verorten und als solches untersuchen.

> „Die einzelnen Elemente des Syndroms [hängen] in unterschiedlich enger Weise zusammen. Dies muß betont werden, weil dadurch deutlich wird, dass erstens eine Kette der Vergiftung einer liberalen Atmosphäre an verschiedenen Stellen des Syndroms entstehen und intensiviert werden kann. Mit anderen Worten, sie kann bei unterschiedlichen Gruppen ansetzen, also bei jenen, die schon ‚traditionelle' Opfer sind, wie ethnische oder religiöse Gruppen, oder denen, die etwa aufgrund von Kapitalinteressen wie z.B. Obdachlose vermehrt aus öffentlichen Räumen vertrieben werden sollen. Infolgedessen ist besonders auf die Gefahr des Überspringens von feindseligen Attitüden gegen weitere Gruppen in einem

[29] In früheren Werken Heitmeyer (1987)arbeitete Heitmeyer mit einer Begriffsdefinition „Rechtsextremismus", die zwei Kernelemente enthielt:
- Die Ideologie der Ungleichheit der Menschen
- Akzeptanz von Gewalt

Er konzentrierte sich somit wesentlich auf die ideologische Grundstruktur, die sich durch das rechtsextreme Weltbild durchzieht.

[30] Wilhelm Heitmeyer 2002, S. 19

[31] Heitmeyer 2002:23

[32] Eine Begriffsdefinition der obigen Syndromelemente nehmen wir an dieser Stelle nicht vor. In Teilen folgen wir den Definitionen Heitmeyers, in einigen Aspekten teilen wir die definitorischen Grundlagen jedoch nicht. Im Prozess der Kommunalanalyse werden die entsprechenden Überschneidungen und Differenzen weiter konkretisiert.

Klima der Vergiftung zu verweisen. Die unterschiedlich starken Zusammenhänge zwischen den Syndromelementen verweisen auf die gefährlichen ‚Chancen', wenn z.B. Ideologien der Ungleichwertigkeit von Eliten u.a. aus Politik, Wirtschaft und Medien aktiviert werden."[33]

Seit dem Jahr 2002 werden bis 2010 jährliche Erhebungen dieser Einzelelemente durchgeführt, deren latente Ausprägung im Vordergrund steht.

Der Forschungsverbund unter Leitung des Bielefelder Soziologen Heitmeyer geht jedoch noch weiter: Es werden nicht nur die Einzelelemente erhoben, sondern auch Zusammenhänge zwischen ihnen untersucht und Erklärungskonzepte zu ihrer Entstehung geprüft. Der Zustand der Demokratie als solcher interessiert. Es geht um die problematischen Phänomene, ihre Erklärungen und die Veränderung über die Zeitachse hinweg.

Das Untersuchungskonzept zur Erklärung der GMF setzt sich aus mehreren Elementen zusammen. Objektive Kontextbedingungen (z.B. sozialstrukturelle Faktoren), Einstellungen und Erfahrungen von Individuen werden einbezogen, ebenso wie die Frage, ob sich moderierende Elemente, die zwischen den Faktoren vermitteln - Zusammenhänge verstärken oder abschwächen – auffinden lassen.[34]

Insbesondere das in den letzten Jahren stark weiter entwickelte Konzept der „sozialen Desintegration" kann als ein zentraler Ausgangspunkt eingeordnet werden, an dem sich weitere demokratiegefährdende Prozesse und Phänomene veranschaulichen lassen:

### e) Soziale Desintegration und Autoritarismus

Das dem Desintegrationsansatz zugrunde liegende Integrationskonzept basiert auf drei Dimensionen, die sowohl gesellschaftlich durch Angebote als auch individuell durch Aktivitäten zu lösen sind:

- die individuell funktionale Systemintegration (sozial-strukturelle Dimension)
- die kommunikativ-interaktive Sozialintegration (institutionelle Dimension)
- Die kulturell-expressive Sozialintegration (sozial-emotionale Dimension)

Desintegrationsprobleme treten erstens dann auf, wenn die Teilhabe an Arbeit, Bildung etc. strukturell oder konjunkturell gefährdet ist. Desintegrationsprobleme in der zweiten Dimension treten auf, wenn politische Partizipation und die Realisierung von Grundnormen wie Gerechtigkeit als unzureichend empfunden werden. Die dritte Dimension bezieht sich auf den gemeinschaftlichen Lebensbereich. Desintegrationsprobleme werden dann sichtbar, wenn u.a. diese sozialen Beziehungen als labil wahrgenommen werden.

In diesen drei Dimensionen weist das Konzept auf die Relevanz von Teilhabe, Teilnahme und Zugehörigkeiten hin und betont die hohe Bedeutung von Anerkennungsmöglichkeiten aber auch schwerwiegende Folgen wenn es subjektiv zu wahrgenommenen Anerkennungsbedrohungen oder objektiven Anerkennungsverlusten kommt."[35]

Erste Erkenntnisse aus den Erhebungen 2002 und 2003 zeigen bezüglich der Integrationsqualität der Gesellschaft, dass sich im jährlichen Vergleich ein „negativer Trend" ankündigt.

> „Insbesondere die Aussichten für die Zukunft, was Arbeit, Lebensstandard und soziale Sicherung anbetrifft, werden in der Bevölkerung deutlich mit pessimistischen Tönen versehen. Im Hinblick auf die politische Partizipation und die Chancen zur Mitwirkung an der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit zeigt sich ein ähnliches Bild. Die Einflusssuche trifft mit der Erkenntnis zunehmender Einflusslosigkeit zusammen. In dieses Bild passen auch die Entwicklungen zur Wahrnehmung von Gerechtigkeit. Der schon 2002 große Teil der Bevölkerung, der eine soziale Spaltung dieser Gesellschaft registrierte, ist weiter angewachsen."[36]

Dieser Trend bezieht sich auf alle drei Dimensionen, wobei anzumerken ist, dass innerhalb der Gesellschaft die Sozialgruppen unterschiedlich betroffen sind. Gesprochen wird von eher integrationsgefestigten und eher desintegrationsbedrohten Sozialgruppen, während dies bei letzteren die sozial-strukturelle, institutionelle und sozial-emotionale Dimension auf verschiedene Weise betrifft.

[33] Heitmeyer 2002, S. 21
[34] Im Jahr 2002 wurden einstellungs- und erfahrungsbezogene Ansätze, wie soziale Desintegration, relative Deprivation, Anomia, Autoritarismus etc. als Erklärungskonzepte herangezogen. Für 2003 sind Variationen konzipiert worden und es werden erklärende bzw. moderierende Konzepte wie objektive Kontextfaktoren, Wertorientierungen und die Frage von Akzeptanz bzw. Distanz gegenüber dem demokratischen System und seiner wahrgenommenen Qualität erhoben und geprüft.
[35] Heitmeyer 2002, S. 22
[36] ebenda

Im Kontext der Diskussion über demokratiegefährdende Phänomene ist die Beschäftigung mit dem Konzept der sozialen Desintegration vor allem in zweierlei Hinsicht relevant. Erste Ergebnisse quantitativer Studien zeigen dass komplexe Zusammenhänge zum Syndrom „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" und komplexe Zusammenhänge zum Problem der „Demokratieentleerung" vermutet werden können.

*„Soziale Desintegration" und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*

Komplexe Zusammenhänge gibt es zwischen negativen Trends, die auf die Integrationsqualität der Gesellschaft bezogen sind sowie Einstellungen und Verhaltensbereitschaften gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten. Ihnen gegenüber „deutet sich ein Abwertungspotenzial an, das bis hin zu gestiegener Aggressivität reicht."[37]

So ist auf den ersten Blick festzustellen, dass in denjenigen Sozialgruppen, die von Desintegrationsbelastungen in den drei Dimensionen betroffen sind und die nicht in der Lage sind, eigenständig eine „ausgeglichene Anerkennungsbilanz" herzustellen, in überdurchschnittlichem Maße diskriminierende Verhaltensintentionen bzw. Gewaltbereitschaften auftreten. Heitmeyer schreibt über jene Sozialgruppen: „Eine vergleichende Sicht macht die Komplexität deutlich. Es ist nicht die einfache Addition von Integrationsproblemen, die in einem folgenreichen Zusammenhang mit menschenfeindlichen Einstellungen und diskriminierenden Verhaltensintentionen stehen. Es sind die spezifischen Kombinationen und die in weiteren Analysen noch zu untersuchenden Wirkungszusammenhänge in den Clustern. Je mehr Desintegrationsprobleme sichtbar werden, desto stärker müssen deren qualitative Kombinationen im Zusammenhang mit den Ausprägungen des Syndroms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit betrachtet werden."[38]

Wesentlich ist in der Berücksichtigung dieser noch weiter zu analysierenden Zusammenhänge, dass die Desintegrationstheorie keinen Determinismus unterstellt, sondern „immer die subjektiven Deutungen, Problemgewichtungen und Verarbeitungsprozesse der Menschen als wichtigen Faktor berücksichtigt." Offenkundig sei, dass Menschen ihre Erfahrungen je nach Handlungskompetenz verarbeiten, „indem sie z.B. negative Situationen in einem Bereich durch positive Möglichkeiten in einem anderen Bereich kompensieren, um so ein befriedigendes ‚Gleichgewicht' der je eigenen Anerkennungsbilanz zu erreichen."[39]

Die Erhebung im Rahmen des GMF-Survey zeigt eindrucksvoll, dass nicht primär eine verhältnismäßig gute ökonomische Lage und soziale Absicherung, also materieller Wohlstand es sind, die den auffallenden Werten des Syndroms (Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Etabliertenvorrechten insbesondere Diskriminierungsbereitschaft gegenüber MigrantInnen) entgegenwirken. Eine bisher unterschätzte Rolle spielen prekäre sozial-emotionale Situationen und im Bereich der institutionellen Dimension Ohnmachtserfahrungen bezüglich politischer Einflussnahme.

Des weiteren muss hier berücksichtigt werden, dass es neben dem Konzept der sozialen Desintegration verschiedene weitere Einflussfaktoren gibt, die auf die Ausprägung menschenfeindlicher Einstellungen wirken. Besonders hervorzuheben ist dabei die Bedeutung des Autoritarismus: „Die Befunde zeigen, dass in fast allen Sozialgruppen vor allem Autoritarismus für menschenfeindliche Positionen mit verantwortlich ist." „Die Zusammenhänge von Autoritarismus und erfahrener Orientierungslosigkeit, sozialer Bindungslosigkeit und mangelnder sozialer Unterstützung mit den Elementen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeigen auch komplexe Wirkungen in verschiedenen Sozialgruppen."[40]

So gebe es positive Korrelationen zwischen den Konstrukten der „Orientierungslosigkeit"/ "Bindungslosigkeit" und „Autoritarismus": „Befragte mit einem höheren Niveau von Orientierungslosigkeit und Bindungslosigkeit vertreten auch autoritäre Überzeugungen. Autoritär eingestellte Personen haben auch die Tendenz sich in hohem Maße in ihrer Orientierung verunsichert zu fühlen, fehlende soziale Unterstützung zu beklagen und utilitaristische Positionen im Hinblick auf soziale Beziehungen aufzuweisen, die die Erfahrungen von Bindungslosigkeit mit sich bringen."[41]

*Ausblicke und Fragen*

In aktuellen Forschungsprojekten (im Rahmen des GMF-Survey) wird angestrebt komplexere Zusammenhänge zu erfassen, zu denen es bisher wenige empirisch gesicherte Erkenntnisse gibt. Dabei geht es beispielsweise um die Frage, inwiefern sozi-

[37] Heitmeyer 2003: 51
[38] ebenda
[39] ebenda, S. 52
[40] ebenda, S. 54
[41] ebenda, S. 64

ale Situationen bzw. die subjektive Interpretation der eigenen sowie der gesellschaftlichen Lage und dabei die von Individuen wahrgenommenen Risiken (Desintegration) sich auf die Einschätzung der Funktionsfähigkeit der demokratischen Strukturen niederschlagen (Demokratieentleerung) und über diese zur Verstärkung und / oder Verfestigung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beitragen.

Hier handelt es sich noch um empirisch ungenügend untersuchte Fragen. Es ist lediglich festzustellen, dass sich komplexe Zusammenhänge zwischen den Dimensionen sozialer Desintegration, der Art und Weise der Verarbeitung solcher Erfahrungen, Demokratiezweifeln und der Aufkündigung des demokratischen Grundsatzes der Gleichwertigkeit, d.h. Reziprozität, andeuten. Heitmeyer schreibt: „Wird Ungerechtigkeit gegenüber der Eigengruppe wahrgenommen, also deren Anerkennung als verletzt angesehen, und kann diese Verletzung durch Eingriffe der politischen Akteure nicht beseitigt werden, dürfen auch andere Gruppen kaum Anerkennung erwarten, kurz: die Reziprozität als wesentliches Merkmal der Anerkennung von Gleichwertigkeit und physischer wie psychischer Integrität verliert an Bedeutung. Damit können sich feindselige Mentalitäten der Mehrheit entwickeln und ausbreiten."[42]

Qualitative Forschung kann hier zur weiteren Hypothesenentwicklung beitragen.

Dies leitet unmittelbar auch über zu der Notwendigkeit, historische Hintergründe stärker zu berücksichtigen und die dadurch geprägte subjektive Dimension der mit Desintegrationsprozessen konfrontierten Individuen. Insbesondere verweisen diese offenen Fragen auf den Bedarf einer stärkeren Auseinandersetzung mit dem Verhältnis individueller und kollektiver Geschichte in der Aneignung von sozialen und politischen Orientierungen, Deutungsmustern und Handlungskompetenz, um auch Korrelationen von Desintegration, Demokratieentleerung und GMF besser zu verstehen.

### f) Rechtspopulistisches Mobilisierungspotenzial

Der Rechtspopulismus gehört zu den umstrittensten Begriffen in den aktuellen Debatten der Sozialwissenschaft. Mindestens zwei Richtungen stehen sich gegenüber: Für die Einen ist der Rechtspopulismus ein eigenständiger Begriff mit einer eigenen Ideologie und Phänomenologie.[43] Andere bestehen auf die Verwendung eines allgemeinen „Populismus" Konzeptes. So ist zum Beispiel für Herzinger der Populismus keine Ideologie, sondern lediglich eine in der Moderne begründete Stimmung, die sich rechts, links aber auch liberal äußern könne.[44]

Populismus ist zunächst einmal als eine „Politikform" zu betrachten, als ein Mittel zum Transport von Ideologie[45] Heitmeyer konkretisiert:

> „Rechtspopulismus ist als eine Mobilisierungsstrategie zu verstehen, in deren Zentrum es steht, Stimmungen gegenüber Schwächeren zu erzeugen, um über erzielte Wahlerfolge dann mittels demokratisch erworbener Macht die Gesellschaft autoritär umzubauen."[46]

Und auch andere AutorInnen fassen wesentliche Geistesmomente der rechten Variante des Populismus zusammen:[47]

1. Ethnischer oder / und nationalistischer Kollektivismus, der sich gegen eine Vielzahl von Minderheiten richtet
2. Biologistisch begründete antiemanzipatorische soziale Ordnungsvorstellungen
3. Obrigkeitsstaatliches und autoritäres Denken
4. Ablehnung von Parteiendemokratie und Pluralismusvorstellungen
5. Neigung zu verschwörungstheoretischen Deutungsmustern in Geschichte und Politik

Allgemein werden Personen dem rechtspopulistischen Potenzial zugerechnet, die auf drei spezifische Themenkomplexe positiv reagieren:

1. Erstens stimmen sie Law and Order-Forderungen zu,
2. Des weiteren äußern sie fremdenfeindliche Einstellungen
3. Als dritter Aspekt kommt noch ein sekundärer Antisemitismus hinzu, der sich dahingehend manifestiert, dass die Auffassung vertreten wird, Juden würden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen.

[42] Heitmeyer 2003: 64
[43] Vgl. Frank Decker (2004)
[44] Vgl. Herzinger (2002), Vgl. Wolfgang Abendroth (1988): 29-40; Helga Grebing (1973): 40ff
[45] Vgl. Armin Pfahl-Traughber 1994: S. 17ff
[46] Heitmeyer :2002, 124
[47] Vgl. Ursula Birsl/ Peter Lösche 2001: S.347

Bezüglich der verwendeten populistischen Stilmittel bietet Decker eine Liste an, die im europäischen Vergleich entwickelt wurde.[48] Wesentliche Merkmale rechtspopulistischer Parteien sind:

- *Die Vorliebe für Radikallösungen*: Es tauchen regelmäßig „Alles oder Nichts"-Argumentationen auf. Kompromisse werden missachtet
- *Die Gegenüberstellung von einfachem Volk und abgehobener Elite*: Keine populistische Partei verzichtet darauf, sich Anwalt der „kleinen" Leute gegen des Establishment und das „System" an sich zu deklarieren.
- *Verschwörungstheorien und Denken und Feindbildern* gehört zur Grundausstattung rechtspopulistischer Agitation. Es werden Freund-Feind-Kriterien gebildet.[49]
- *Provokationen und Tabubrüche:* Beliebt ist auch die Feststellung, es gebe Tabus, die es zu brechen gelte. Aktuelles deutsches Beispiel ist der Streit darüber, ob es möglich sei, Israels Staatspolitik zu kritisieren. Behauptet wird von rechtspopulistischer Seite, dass jeder Israelstaatskritik ein Antisemitismusvorwurf folge, was es zu beheben gelte. Aktuelle Beispiele dieser und ähnlicher Diskurse, die nicht selten in Identitätsdiskursen enden, bieten u.a. die „Walser[50]"- und die „Möllemann"-Debatten. [51]
- *Verwendung von biologistischen und Gewaltmetaphern*: An dieser Stelle sind deutliche Anknüpfungspunkte zur „alten" Rechten" und ihr biologistisches Weltbild erkennbar.[52]
- *Emotionalisierung und Angstmache:* Nicht selten werden gesellschaftliche Untergangsszenarien entworfen.

**Zusammenfassung zu den Phänomenen, die im Zentrum der Untersuchung stehen:**

Auf diesen Diskussions- und Erkenntnisstand bezieht sich auch die vorliegende Studie. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen Rechtsextremismus und Erscheinungen „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit". Berücksichtigt wird die dynamische Einbettung dieser Bedrohungen demokratischer Kultur in soziale und politische Prozesse, was auch den Blick auf Phänomene sozialer Desintegration und rechtspopulistische Potenziale richtet.

[48] Vgl. Frank Decker (2004); S.35ff
[49] Zum ideologischen Ursprung dieser Kategorie des Denkens vgl. Carl Schmitt (1963): besonders Seite 26ff
[50] Vgl. zur Übersicht Hajo Funke / Micha Brumlik / Lars Rensmann (2000)
[51] Vgl. zur Übersicht Michael Naumann (2002)
[52] Vgl. H. Joachim Schwagerl (1994): Seite 101ff

## 4. ANNÄHERUNG AN DEN BEZIRK

Marzahn-Hellersdorf liegt am nordöstlichen Stadtrand Berlins. Im Norden und Osten teilt er seine Grenze mit dem Land Brandenburg, im Westen und Süden mit den Großbezirken Lichtenberg und Treptow-Köpenick. Zum Bezirk gehören die fünf Ortsteile Biesdorf, Hellersdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf und Marzahn.

Wie alle Bezirke Berlins entstand dieser formale Bezirk Marzahn-Hellerdorf mit dem Gebietsreformgesetz vom Juni 2001, das die Fusion der 23 bisherigen Berliner Bezirke zu zwölf größeren Distrikten festlegte. Im Fall von Marzahn-Hellersdorf ist die Zusammenlegung der Bezirke Marzahn und Hellersdorf eine Refusion. Der Bezirk mit genau diesen fünf Orts- bzw. Stadtteilen bestand bereits von 1979 bis 1986 (vor 1979 gehörte das Gebiet Hellersdorfs zum Ortsteil Marzahn im Berliner Bezirk Lichtenberg). Die bekannten „Platten" der sogenannten Großsiedlungen, die zumindest architektonisch das Image der Bezirke Marzahn und Hellersdorf prägen, entstanden kurz vor oder in dieser Zeit.

Sie stehen nach wie vor neben den anderen Wohngebieten, die alle bereits im 14. Jahrhundert urkundlich erwähnt werden. Im Folgenden geben wir einen kurzen Einblick in diese Geschichte des Bezirkes, sein geographisches und historisches Verhältnis zur Stadt Berlin und die daraus resultierende aktuelle Situation des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf.

### 4.1. Vorgeschichte

Zunächst entstanden zwischen Ende des 12. und Beginn des 14.Jahrhunderts im Zuge der sogenannten deutschen Ostsiedlung (Ostkolonisation) viele der heute noch namentlich existierenden Orte als Siedlungen und Dörfer der Region um Berlin[53]. Teile der frühgotischen Dorfkirche in Alt Mahlsdorf sind beispielsweise noch aus der Zeit ihrer Erbauung im 13 Jahrhundert erhalten und wurde in den letzten Jahren restauriert.

Während „Morczane" (auch Murtzane/Mortzan) und „Helwichtstorff/Helwichstorpp" zunächst wenig Besieldung aufwiesen, entwickelten sich „Malterstorp", „Bysterstorff" und „Caulstorp" zu vergleichsweise starken Bauern-, Gutshöfen und Schäfereien. Trotz der Nähe zu und auch der teilweisen Verwicklung in die politischen Kämpfe der Städte Berlin und Cölln, blieben die Dörfer strukturell relativ selbständig innerhalb der üblichen Lehnbeziehungen und kirchlichen Strukturen. In der folgenden Krisenphase der Kriege und Bürgerkriege und dem „Dreißigjährigen Krieg" im 17. Jahrhundert, reduzierte sich auch die Bevölkerung der fünf Dörfer oft um mehr als die Hälfte.

Beispiel Biesdorf:

In Biesdorf etwa gab es 1624 neunzehn Bauernfamilien, dreizehn Kossätenhöfe (kleinere, i.d.R. nicht selbständige Höfe) jeweils mit Mägden und Knechten, einen Hirten/Schäfer und einen Schmied. 1652, vier Jahre nach dem Westfälischen Frieden, lebten dort noch vier Bauern- und sechs Kossätenfamilien. Zu Beginn des 18.Jahrhundert stieg die Zahl hier auf dreizehn Bauern- und acht Kossätenfamilien an. Wie in vielen anderen Dörfern blieb diese Zahl das gesamte 18.Jahrhundert konstant.

**19.Jahrhundert**

Viele der denkmalgeschützten Gebäude in Marzahn-Hellersdorf wurden im 19. Jahrhunderts erbaut[54], wie der überwiegende Teil der Wohnhäuser, das Gutshaus Mahlsdorf, die Dorfkirche Marzahns und das Schloss Biesdorf. Andere erhaltene Gebäude wurde wiedererrichtet oder restauriert, dazu zählen u.a. die Dorfkirchen Alt Biesdorf und Alt Kaulsdorf. Gegen Ende des Jahrhunderts wurde das heutige „Wilhelm-Griesinger-Krankenhaus" als „Heil- und Pflegeanstalt Wuhlgarten" gegründet.

Nicht nur im architektonischen und infrastrukturellen Bereich, auch für die kommunale Verwaltung und Selbstverwaltung wurden Weichen gestellt. Mit dem Inkrafttreten der Verfassung des Deutschen Reiches fanden erste RepräsentantInnenwahlen – Vorläufer der 1891 mit den preußischen Reformgesetzen angelegten Kommunalwahlen – in den Gemeinden statt. Das Dorf Marzahn wurde dem Amtsbezirk Hohenschönhausen unterstellt, Kaulsdorf und Mahlsdorf dem neuen Amtsbezirk Biesdorf und etwas später kaufte Berlin das Gut Hellersdorf auf.

[53] Die Geschichte der heute unter Denkmalschutz stehenden Gebäude, und die Geschichte der Dörfer, die heute den einzelnen Stadtteilen und Ortsteilen Marzahn-Hellersdorfs ihren Namen geben, ist detailliert auf den Websites des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf und des Heimatvereins nachzulesen: www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/derbezirk/geschichte/index.html und www.heimatverein-marzahn.de (Link Geschichte, Beiträge zu Marzahn und Beisdorf einerseits und Hellersdor, Kaulsdorf und Mahlsdorf andererseits) und www.linie7.de

[54] Eine vollständige Liste im Pdf-Format unter: www.berlin.de/imperia/md/content/ bamarzahnhellersdorf/3.pdf

## 20.Jahrhundert

Kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges wurde mit der Gründung des Zweckverbandes Groß-Berlin ein erster Versuch unternommen, in der Region einheitliche Strukturen herzustellen. Diese Bemühungen wurden acht Jahre später nach dem Waffenstillstandsabkommen und den Novemberrevolutionen wieder aufgenommen. Sie entsprachen den Anstrengungen, dem jungen ‚Deutschland' und seiner Hauptstadt eine einheitliche Form zu geben, die der der europäischen Nationalstaaten nicht wie bislang in jeder Hinsicht nachstand. Denn die Deutsche Republik war nicht nur alles andere als eine nationale Union, auch setzte die seit Jahrzehnten andauernde Migration vieler ArbeiterInnen und Bäuerinnen und Bauern in die Städte den urbanen Strukturen auch in Berlin zu: die Mietpreise schossen in die Höhe, die Mietskasernen im Stadtkern bargen mehrere hunderttausend Menschen auf engstem Raum und die Versorgung konnte nicht ausreichend gewährleistet werden– kurz Berlin als eine der größten europäischen Städte wurde dem Glanz einer Metropole nicht ausreichend gerecht. Die sogenannte Eingemeindung sollte diese und andere Probleme lösen – was nicht nur auf Zustimmung in den Gemeinden stieß.

Mit dem Entwurf der formalen Groß-Gemeinde Berlin 1920 (als eine der später vierzehn Provinzen des Landes Preußen) wurden dem Stadtkern Berlins insgesamt sieben umliegende Städte, 59 Land- oder Dorfgemeinden und 27 Gutshöfe, die bislang zu einem der Landkreise zählten, angeschlossen[55]. Damit wurden auch die Dörfer Biesdorf, Hellersdorf, Marzahn, Mahlsdorf und Kaulsdorf plötzlich Teile eines der neuen Verwaltungsbezirke, was sich natürlich direkt auf die ökonomische und kommunale Infrastruktur der Gemeinden auswirkte. Die Ortsteile des heutigen Marzahn-Hellersdorf gehörten zunächst zum 17. Verwaltungsbezirk, dem Bezirk Lichtenberg.

## Vorabend des NS und NS

Politisch unterschied sich die Region nur wenig vom Rest der Republik. Während Berlin bei den Nationalsozialisten als problematische ‚rote' Hochburg galt und sich kommunistische ArbeiterInnen beispielsweise im Wedding und Neukölln wechselseitig Straßenschlachten mit Nationalsozialisten und Polizei lieferten, blieben die äußeren Stadtbezirke zurückhaltend.

Im Jahre 1932 sprach Goebbels, seit 1926 NSDAP-Gauleiter Berlins, auf einer Wahlkampftour auch vor einem ansehnlichen Publikum in Kaulsdorf. Die Wahlergebnisse der für die NSDAP maßgeblichen Reichtagswahlen im selben Jahr und 1933 im Bezirk Lichtenberg, weichen nur unerheblich von den Ergebnissen Berlins und der gesamten Republik ab[56]. Die Wählerinnen und Wähler bestätigen die NSDAP in ihrer Position als stärkste Partei auf allen Ebenen: in den Stadtverordnetenversammlungen Berlins, im Preußischen Landtag und zuletzt im Reichstag. Sie ermöglichten der NSDAP damit die notwendige Regierungsmehrheit.

Kurz nach den Wahlen wurden die kommunalen Strukturen Berlins den NSDAP-Strukturen angeglichen. Die kommunale Verwaltung, die Stadtverordnetenversammlung und Bezirksversammlungen wurden im September 1933, fünf Monate nach Einsetzung eines NS-Staatskommissars für ganz Berlin (mit unbeschränkten Vollmachten), aufgelöst. Im Jahr 1934 wurde Berlin aus der Zuständigkeit der Provinz Brandenburg ausgegliedert, etwas später die einzelnen Verwaltungsbezirke, deren Grenzen während des NS an wenigen Stellen unwesentlich verschoben wurden, durch die Bezirksbürgermeister der Leitung des Oberbürgermeisters direkt unterstellt.

Im Lichtenberger Stadtteil Biesdorf wurde 1932 der Bau einer sogenannten vorstädtischen Kleinsiedlung für Erwerbslose, die Zuziehende aus der Innenstadt, aber auch aus den angrenzenden Bezirken aufnehmen sollte, begonnen. Zu diesem Zeitpunkt lebten im Bereich des Stadtteils Kaulsdorf über 8000 Menschen, in Hellersdorf lediglich knapp 300, in Mahlsdorf über 10000, in Biesdorf und Marzahn etwa 8000. Das nächste Bauvorhaben begann im Nationalsozialismus, 1933, und wurde zwei Jahre später abgeschlossen: das Getreideviertel, das schon Teil der Albert Speer'schen Architektur für die Umwandlung Berlins in die Utopie-Hauptstadt Germania war.

Die traditionellen Bauernhöfe der ehemaligen Dörfer bewarben sich nach dem Erlass des „Reichserbhofgesetzes" 1933 teils darum, zu Erbhöfen erklärt zu werden. Dazu mussten die Besitzer der Höfe den auch aus anderen Berufständen bekannten ‚Ariernachweis' erbringen, also die ‚arische' Ab-

[55] Die sechs Alt-Berliner Bezirke Mitte, Tiergarten, Wedding, Prenzlauer Berg (Prenzlauer Tor), Friedrichshain Kreuzberg (Hallesches Tor) und die neuen Bezirke Charlottenburg, Spandau, Wilmersdorf, Zehlendorf, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof, Neukölln, Treptow, Köpenick, Lichtenberg, Weißensee, Pankow, Reinickendorf. Marzahn, Hellersdorf und Hohenschönhausen waren die einzigen Neugründungen.l

[56] Lichtenberg lieg mit 26% bzw. 24,3% im Jahr 1932 und 32,7% im Jahr 1933 etwas unter dem Berliner Durchschnitt (28,6% bzw. 26,1% und 34,6%). Berlin wiederum liegt etwas unter dem Durchschnitt des „Deutschen Reiches" mit 37% bzw. 33,09% und 43,9%).

stammung ihrer Familien ab 1800 nachweisen. Natürlich wirkte sich diese Ernennung auch auf die Angestellten Mägde, Knechte und die angegliederten Kossätenfamilien aus. Mit sieben Erbhöfen verfügte Marzahn über die höchste Dichte an Erbhöfen im Bezirk Lichtenberg. Auf ihnen, wie auf fast allen Höfen der fünf ehemaligen Dörfer, arbeiteten bald aus dem ‚Generalgouvernement' Polen, aus der Ukraine und aus anderen Gebieten verschleppte ZwangsarbeiterInnen. Der Einsatz der sogenannten FremdarbeiterInnen wurde vor allem seit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 mit dem Abzug vieler männlicher Arbeiter an die Front begründet. Eine stärkere Motivation war wohl die über mehrere Jahre kostenlose Arbeit und die geringen Unkosten für Unterbringung und Verpflegung der ArbeiterInnen, von denen alle ArbeitgeberInnen nachhaltig profitierten.

Ab 1933 wurden in allen Berufszweigen die schrittweise Zurückdrängung der von den Nationalsozialisten als jüdisch definierten ArbeiterInnen und BürgerInnen aus dem öffentlichen Leben eingeleitet, die schließlich in der Ermordung von 6 Millionen Jüdinnen und Juden mündete. Auch in Marzahn-Hellersdorf verloren bereits 1933 BürgerInnen ihre Stellungen: der Oberarzt der Heil- und Pflegeanstalt Wuhlgarten, Dr. Berndt Götz beispielsweise, wurde entlassen und konnte glücklicherweise später nach Israel (Palästina) fliehen.

Im Rahmen der Verfolgung und Vernichtung erhielt das Gebiet des heutigen Marzahn-Hellersdorf 1936 tragische Bedeutung, als Berlin für die Olympiade präpariert wurde: in der Stadt wurden alle Hinweise, die auf die Verfolgung der Jüdinnen und Juden hinwies beseitigt und alle Sinti und Roma als ‚Zigeuner' in ein Zwangslager nördlich des Marzahner Friedhofes deportiert. Berlin sollte ‚zigeunerfrei' sein. Die 2000 Sinti und Roma überlebten das 3. Reich nicht, sie wurden 1943 nach Auschwitz und Bergen-Belsen gebracht und getötet.

1940 stellte das Maschinenbau-Unternehmen Hasse & Wrede, sogenannter ‚Leitbetrieb der deutschen Wehrwirtschaft' war und ab 1944 "Nationalsozialistischer Musterbetrieb" sein sollte und ein Tochterunternehmen des auch heute noch bekannten Konzerns Knorr Bremse war, im Norden Marzahns (in Brücknersfelde) neue Werksbauten fertig. Zahlreiche Beschäftigte des Unternehmens waren auch hier ZwangsarbeiterInnen, die teils als Jugendliche aus Osteuropa verschleppt und in zwei Lagern auf dem Firmengelände festgesetzt wurden. Sie stellten während des Krieges vornehmlich Werkzeugmaschinen für die Rüstungsindustrie und Waffen her.

Auf dem Gebiet des heutigen Bezirkes wurden ab 1940 noch zwei weitere Zwangsarbeitslager errichtet. Zudem mietete die Firma AEG Räume der Gaststätte "Lindengarten" in der heutigen Prignitzstraße an, um die bei ihnen arbeitenden ZwangsarbeiterInnen einzuquartieren. Die vielen anderen Arbeitgeber der Gehöfte und ansässigen Firmen brachten ihre ZwangsarbeierInnen in den Gebäuden und Scheunen des alten Dorfes Marzahn ebenfalls unter unmenschlichen Bedingungen unter.

Im selben Jahr wurden mindestens 689 PatientInnen der Heil- und Pflegeanstalt Wuhlgarten deportiert und getötet, viele der PatientInnen waren gemäß dem NS-Gesetz zur „Verhinderung erbkranken Nachwuchses" bereits zwangssterilisiert worden.

Dabei sind einige Fälle von Widerstand auch in den Stadtteilen des heutigen Marzahn-Hellersdorfs bekannt geworden. So agierte eine kleine Gruppe von KommunistInnen bei Hasse&Wrede, zwei Familien sollen Jüdinnen und Juden versteckt und so vor der Deportation bewahrt haben.

Mit dem Einmarsch der Roten Armee am 20.April 1945 wurde den deutschen Verhältnissen auch in den Stadtteilen Biesdorf, Hellersdorf, Marzahn, Mahlsdorf und Kaulsdorf im Bezirk Lichtenberg ein Ende gesetzt. Alle Verwaltungsvollmachten wurden von der Sowjetunion übernommen, Güter, Höfe und Firmen gingen in sowjetischen Besitz über. Das Werk Hasse&Wrede wurde nach dem Einmarsch der Roten Armee demontiert und Ende 1947 der „Deutschen Treuhandverwaltung" unterstellt.

### 1945-1989 Nachkriegszeit und DDR

Am 24. April ernannte das Oberkommando der Roten Armee einen Stadtkommandanten für Berlin, noch im Mai 1945 setzten die sowjetischen Militärbehörden wieder einen Magistrat ein, der noch während der Zeit der Vier-Mächte-Verwaltung Berlins (Juli 1945 bis Juni 1948) durch Gesamtberliner Wahlen zu Stadtverordnetenversammlungen demokratisch besetzt wurde.

Am 30. November 1948 wurde mit dem sogenannten Stadtstreich in den sowjetischen Besatzungsbezirken Ostberlins ein eigener Magistrat eingesetzt und damit die formale administrative Trennung Ostberlins von Westberlin vollzogen. 1949 werden dann die sowjetischen Verwaltungsbezirke Ostberlins Hauptstadt der DDR. Erst 1962

sollte der sowjetische Stadtkommandant von einem Kommandanten der DDR abgelöst werden.

Wirtschaftlich wurden auch die Stadtteile Lichtenbergs neu strukturiert. Für die Landwirtschaft entstehen LPGs wie die Kaulsdorfer LPG „Freie Erde" gegründet, die PGH Elektromechanik Kaulsdorf wird als Vorläuferin der VEB gegründet, die einer der wichtigsten Produzentinnen für Kaffeemaschinen der DDR werden sollte.

1960 nach der Niederschlagung des Aufstandes vom 17.Juni 1953 und kurz vor dem Bau der Mauer lebten in Kaulsdorf über 12000, in Mahlsdorf mehr als 18500 Menschen

Auf den schwächer besiedelten Gebieten der Ortsteile Hellersdorf und Marzahn begannen die Erschließungsarbeiten für den Bau der Großsiedlungen: in Marzahn 1975, in Hellersdorf 1980. Die ersten MieterInnen konnten 1977 und 1981 die sogenannten Platten beziehen. Ein weiteres Wohngebiet entstand 1981 auf Flächen der ehemaligen Biesdorfer LPG "Morgenrot". Durch den Bau der Großsiedlungen wurden die Gebäude des Dorfes Marzahn und das angrenzende Siedlungsgebiet von Hochbauten umschlossen, einige Gebäude am östlichen Rand des Dorfes wurden abgerissen. Bereits 1982 wurde dann die Rekonstruktion des märkischen Angerdorfes Marzahn als ein Denkmal des Städtebaus und der Architektur beschlossen.

Die Errichtung der sogenannten Großsiedlungen hatte letztendlich die Entstehung von insgesamt drei, in Marzahn-Hellersdorf von zwei neuen Stadtbezirken, den einzigen Neugründungen seit 1920 (und bis heute) zur Folge: Berlin-Hohenschönhausen, Berlin-Marzahn 1979 (mit den Stadtteilen des heutigen Bezirks Marzahn-Hellersdorf) und später Berlin-Hellersdorf 1986 (Hellersdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf). 1986 fand das erste Hellersdorfer Erntefest statt, das bis heute jedes Jahr gefeiert wird und auf das wir später genauer eingehen werden.

**Nach 1989 – Wende und neue BRD**

Nach der Öffnung der DDR-Grenze nach Westberlin 1989, fanden bereits im Mai 1990 erste freie Kommunalwahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen in Marzahn und Hellersdorf statt. Die ersten Gesamtberliner Wahlen zum Stadtparlament fanden Ende des Jahres, gemeinsam mit den ersten Gesamtdeutschen Bundestagswahlen statt. Im Januar 1991 wurde der Senat als Gesamtberliner Landesregierung mit einem Regierenden Bürgermeister – Eberhard Diebgen – gewählt.

Die Bezirke Marzahn und Hellersdorf geraten mit anderen Ostberliner Bezirken ab Beginn der 90er Jahre vermehrt wegen auffälligen Neonazis und RechtsextremistInnen in die Schlagzeilen. Im Bezirk bemühen sich Behörden, Polizei und zivilgesellschaftliche Akteure, dem Phänomen Herr zu werden. Die vielfältigen und wertvollen Erfahrungen aus dieser Zeit haben dazu beigetragen, dieser Studie eine stabile Basis zu geben. Einer der bekanntesten Übergriffe ist der Überfall Beginn der 90er Jahre auf ein Fest auf dem Gutshof Mahlsdorf, das Charlotte von Mahlsdorf ausrichtete. Die Transsexuelle, die Zeit ihres Lebens im Bezirk wohnte und arbeitete, verließ den Bezirk noch in den Neunziger Jahren und emigrierte nach Schweden.

Auch in der Bebauung und Infrastruktur wurde viel verändert. In Marzahn eröffnete 1993 der rekonstruierte Schlosspark Biesdorf, der 1998 um ein Teehaus und einen Lesegarten erweitert wurde. 1997 wird das für die Infrastruktur des Bezirkes wesentliche Zentrum Helle Mitte eingeweiht, 1998 eröffnete dort das Rathaus Hellersdorf, das heute als Rathaus des gesamten Bezirkes fungiert. Einen Monat später begann die sozialpädagogische Alice-Salomon-Fachhochschule im Zentrum Helle Mitte StudentInnen aus ganz Berlin zu unterrichten.

Im Mai 2001 weihte die schon erwähnte Knorr Bremse AG, die ihren Sitz 1945 von Berlin-Lichtenberg nach München verlegte, ihr neues Werk in Berlin Marzahn auf dem ehemaligen Gelände der Tochterfabrik Hasse&Wrede ein. Der Knorr Bremse AG, die zwischen 1933 und 1945 einen Großteil des deutschen Marktes mit Bremssystemen versorgte – wie Eisenbahnwaggons und Lastkraftwagen, die während des 3. Reiches dringend benötigt wurden – gelang es, nach 1945 auch den internationalen Markt zu erschließen.

Im Juni 2001 entstand der Bezirk Marzahn-Hellersdorf in seine heutigen Form, in seiner Architektur spiegelt sich die lange Besiedlungsgeschichte der Region wieder.

## 4.2.Architektonisches/ Städtebauliches

### „Großsiedlung" und „Siedlungsgebiete"

Ganz grob kann man den Bezirk heute also aufgrund der Siedlungsdichte und der Art der Bebauung in die in den 70er und 80er Jahren entstandenen Stadtteile Marzahn und Hellersdorf, die sogenannten Großsiedlungen einerseits, und die „Siedlungsgebiete", die Stadtteile Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf andererseits einteilen. Während die Großsiedlungen flächenmäßig kleiner, bevölkerungsreicher sind und über eine gute Verkehrsinfrastruktur verfügen, sind die Siedlungsgebiete flächenmäßig größer, bevölkerungsärmer und infrastrukturell schlechter erschlossen. Die zwei sehr unterschiedlichen Siedlungsstrukturen, aus denen der Bezirk besteht, waren auch Grundlage der Strukturierung der Sozialräume.

### Stadtteile und Sozialräume

Aufgrund der flächenmäßigen Ausdehnung und großen Bevölkerungszahl der Stadtgebiete sind die Ortsteile in neun Stadtteile und 33 Sozialräume unterteilt worden.

Dieser Aufgliederung in Stadtteile und Sozialräume liegen neben der Siedlungsstruktur Kriterien wie: Flächenstruktur, EinwohnerInnenzahl, städtebauliche und natürliche Barrieren, gewachsene historische Zusammenhänge und kommerzielle Angebotszentren zugrunde.

### Architektur

Die für die Großsiedlungen jetzt so bestimmende Hochhausbebauung entstand wie erwähnt erst in den 70er und 80er Jahren, zu einer Zeit, in der Wohnungsbau ein wichtiges Thema in der Politik der DDR darstellte. Ab 1977 zogen hauptsächlich junge Familien aus allen Ost-Berliner Bezirken in die neuen Wohnungen (Einwohnerzahl 1989 knapp 290.000). Im Vergleich zu den Altbauten waren die Wohnungen moderner ausgestattet, zusätzlich machte ein breites Angebot an Krippen, Kitas und Schulen die ‚Platten' attraktiv. In den Siedlungsgebieten, ist die Einfamilienhausbebauung teilweise in den 30er Jahren entstanden, wie etwa das „Getreideviertel".

Nach 1989/1990 hat sich Marzahn-Hellersdorf stark verändert: Die vielen Sanierungen fallen ins Auge, viele Wohnungen sind mit modernen Standards ausgestattet worden. Ein besonderes Thema ist und bleibt jedoch die Frage nach der Zukunft der Hochhaussiedlungen, insbesondere in Marzahn: Die drei wichtigsten Themenkomplexe dieser Diskussion sind:

- das Wohnen selbst. Sollen die Plattenbauten überhaupt abgerissen bzw. „rückgebaut" werden? Was käme nach dem Abriss? Wie können die serienmäßig erbauten Blocks gemäß dem heutigen Bedürfnis nach individueller Gestaltung umgebaut werden? Wie kann die ursprünglich einseitige Ausrichtung Marzahns auf Wohnen weiter überwunden werden? Was könnte beispielsweise Investoren anziehen?
- Die Frage des Zusammenlebens der Mieter, bei der offenbar die grundsätzliche Sorge mitschwingt, dass Besserverdienende diese Stadtteile verlassen und weniger gut Verdienende hinzu ziehen: „Die soziale Stabilität muss erhalten bleiben." Wie werden MieterInnen motiviert, sich für ihre Belange zu engagieren? Wie lassen sich die Mieten (und Ausstattungen) der Wohnungen so differenzieren, dass für die verschiedensten Ansprüche etwas dabei ist?

Das Image des Bezirks: Auch wenn das Mieterbarometer der WBG Marzahn immer wieder ergibt, dass sich um die 80% der MieterInnen wohl fühlen, wo sie leben, hat der Bezirk unter vielen, die ihn von außen wahrnehmen, einen schlechten Ruf, der durch die Abrissdiskussionen nicht besser wird. Was würde den Bezirk nach außen hin attraktiver erscheinen lassen?

## 4.3. Marzahn-Hellersdorf in der Statistik

Die Zahl der EinwohnerInnen in den Großsiedlungen ist zurückgegangen, doch dieser Wegzug wird teilweise durch den Zuzug von „NeumarzahnerInnen" ausgeglichen, Menschen aus anderen Berliner Bezirken oder anderen Bundesländern, sowie AussiedlerInnen und SpätaussiedlerInnen aus den Nachfolgestaaten der GUS.

### Bevölkerungstand und soziale Struktur

| Bevölkerungsstand (31.12. 2002) | Marzahn-Hellersdorf |
|---|---|
| Einwohner insgesamt | 252 802 |
| davon männlich | 124 767 |
| davon weiblich | 128 035 |

1994 lebten noch ca. 45.700 Menschen mehr in den beiden Bezirken. Von den über

250.000 BewohnerInnen des Bezirkes leben drei Viertel in den Großsiedlungen. In Marzahn-Nord (24.000), Marzahn-Mitte (46.000) und Marzahn-Süd (36.000) sind es insgesamt 106.799 Menschen. In Hellersdorf-Nord (33.000), Hellersdorf-Ost (20.000) und Hellersdorf Süd (26.000) insgesamt 79.897. In Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf leben ca. 68.000 Personen.

**Altersstruktur**

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf zeichnet sich durch die hohe Anzahl junger Menschen aus.

Alter in Jahren

| | |
|---|---|
| unter 7 | 12 219 |
| 7 - 15 | 21 563 |
| 15 - 18 | 14 181 |
| 18 - 25 | 30 478 |
| 25 - 50 | 98 912 |
| 50 – 65 | 47 225 |
| 65 und mehr | 28 224 |

Durch diese Besonderheit gilt Marzahn-Hellersdorf als ‚jüngster Berliner Bezirk', der eine entsprechend besondere soziale Dynamik entwickelt. Doch weshalb entstand diese Dominanz junger Menschen und wie ist das Alter innerhalb des Bezirkes verteilt?

In die 100 000 Neubauwohnungen der Großsiedlungen vor zwei etwa Jahrzehnten vorwiegend junge Familien mit kleinen Kindern. Die Bevölkerung expandierte in kurzer Zeit. Gegenwärtig beträgt das Durchschnittsalter 33 Jahre. Fast jeder Dritte ist ein Kind bzw. ein Jugendlicher.

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 27 Jahren beträgt 31% der Gesamtbevölkerung im Gesamtbezirk. Im Berliner Durchschnitt sind 24% unter 25 Jahren alt.[57] In einem Teil der Großsiedlung liegt dieser Anteil noch beträchtlich höher:

Marzahn-Nord: 41 Prozent der Einwohner sind unter 27 Jahre alt

Marzahn-Mitte: 33 Prozent sind unter 27 Jahre alt

Hellersdorf Nord: 39%

Hellersdorf Ost: 37 %

Hellersdorf Süd: 34 %

Der Anteil der Kinder von 0-14 ist in Hellersdorf Nord mit 18% und in Hellersdorf Ost mit 17,7 % am höchsten.[58] Obwohl Marzahn-Hellersdorf durchschnittlich noch der jüngste unter den Berliner Bezirken ist, ist eine Konsequenz des plötzlichen Geburtenrückgangs nach 1989/1990, dass Kitas und Schulen geschlossen bzw. zusammengelegt wurden und noch werden.

**Einkommenssituation, Arbeitsmarkt, Sozialhilfe**

Mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 1675 EUR liegt der Bezirk an zweiter Stelle hinter Steglitz-Zehlendorf, da er aber auch die größten Familien hat, liegt er beim durchschnittlichem Pro-Kopf-Einkommen von 875 EUR jedoch – neben Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte - weit hinten.[59]

Im Jahr 2002 betrug die Arbeitslosenquote 17,9 Prozent in Marzahn-Hellersdorf. Im Berliner Vergleich lag der Durchschnitt bei 17,5 Prozent. Im Vorjahr waren es 15,1 Prozent.

Der Sozialhilfebezug ist folgendermaßen verzeichnet. Von 257.700 EinwohnerInnen im April 2002 bezogen ca. 14.000 Personen Sozialhilfe. Man könnte auch sagen, dass jedeR 17. BürgerIn im Bezirk auf Sozialhilfe angewiesen ist. Die Mehrheit (57 %) der Hilfeempfänger sind Kinder und Jugendliche und junge Erwachsene[60].

„Im Vergleich zum Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung sind diese Altersgruppen unter der Bevölkerung mit Sozialhilfebezug deutlich überrepräsentiert. Während nur 13% der Gesamtbevölkerung des Bezirks Kinder unter 15 Jahren sind, gehören 34 % der Sozialhilfeempfänger/innen zu dieser Altersgruppe. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den 18 < 25 Jährigen."[61]

**Regionale Verteilung der SozialhilfeempfängerInnen**

Von den insgesamt 14.438 im Bezirk lebenden HilfeempfängerInnen leben

23,8 % in Marzahn-Mitte

20,9 % in Marzahn-Nord

20,6 % in Hellersdorf Nord

13,6 % in Marzahn-Süd

7,3 % in Hellersdorf Ost

[57] Vgl. Berlin-Statistik 2003

[58] Jahresgesundheitsbericht 2002, Teil II, S.10-11

[59] . vgl. Berliner Statistik, Juni 2002; Statistisches Landesamt; Jahresgesundheitsbericht 2002

[60] Junge Frauen sind dabei „aufgrund eigener Kinder" häufiger auf Sozialhilfe angewiesen.

[61] Vgl. Sozialhilfebericht 2002

8,8 % in Hellersdorf Süd

94,4 % der HilfeempfängerInnen leben in der Großsiedlung und 5,6 % im Siedlungsgebiet.[62]

Eine verlässliche Aussage allerdings kann nur die „Sozialhilfedichte im Stadtteilvergleich" machen.

„Die Sozialhilfedichte bezeichnet den Anteil der Sozialhilfeempfänger/innen an allen Einwohner/innen in einem Gebiet."[63] „Die Sozialhilfedichte stellt einen unmittelbaren und auch sehr weitreichenden Gradmesser für die ‚soziale Belastung' eines Gebietes dar, sowohl hinsichtlich des mit der Sozialhilfe im Kontext stehenden administrativen Interventions- und Handlungsbedarfs als auch für ein erhöhtes Risiko, von weiteren Leistungen der Verwaltung abhängig zu sein."[64] Der Anteil der Sozialhilfeempfänger/innen an den Einwohner/innen in den einzelnen Stadtteilen schwankt zwischen 12,4 % in Marzahn-Nord und 0,6% in Mahlsdorf. Deutliche Unterschiede gibt es zwischen Großsiedlungen und Siedlungsgebieten; während in den Großsiedlungen die Sozialhilfedichte durchschnittlich 7,4 % beträgt, liegt sie in den Siedlungegebieten bei 1,2%.

**Sozialhilfedichte nach Stadtteilen in Marzahn-Hellersdorf**

Marzahn-Nord: 12,4 %

Marzahn-Mitte: 7,5 %

Marzahn-Süd: 5,2 %

Hellersdorf-Nord: 8,9%

Hellersdorf Ost 5,3 %

Hellersdorf Süd 4,9 %

Biesdorf: 2,0 %

Kaulsdorf 0,9 %

Mahlsdorf 0,6 %

Großsiedlungsgebiet: 7,4 %

Siedlungegebiet 1,2 %

Betrachtet man die Zahlen der Sozialhilfedichte genauer, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Sozialräumen eines Stadtteils. So hat der einwohnerstärkste Sozialraum in Hellersdorf-Ost eine Sozialhilfedichte von lediglich 3,1 %, im Sozialraum 19 beträgt sie hingegen 10 %.

SozialhilfeempfängerInnen und Sozialhilfedichte nach Sozialräumen:

Marzahn-Nord

- durchschnittlich: 12,4%
- SR 01: 11,9 %; SR 02: 12,6%

Marzahn-Mitte

- durchschnittlich: 7,5%
- SR 04: 9,3%, SR 06: 8,0%

Marzahn-Süd

- durchschnittlich: 5,2%
- SR 09 6,2 %

Hellersdorf Nord

- durchschnittlich: 8,9 %
- SR 12: 12,0 %; SR 13: 5,2 %; SR 14: 8,1 %; SR 15: 9, 2%; SR 16: 10,3 %

Hellersdorf Ost

- durchschnittlich: 5,3 %
- SR: 17:3,1 %; SR 18: 5,9 %; SR 19: 10,0 %

Hellersdorf Süd

- durchschnittlich: 4,9%
- SR 21: 7,0%

Biesdorf

- durchschnittlich 2,0%
- SR 25: 6,8 %

In Marzahn-Nord und Marzahn-Mitte gibt es aufgrund von EinwohnerInnenverlusten und wachsenden Sozialhilfezahlen einen starken Anstieg der Sozialhilfedichte.

Entwicklungstendenz:

Insgesamt zeichnet sich bisher im Bezirk eine fortschreitende Polarisierung zwischen den nördlichen Stadtteilen der Großsiedlung (Marzahn-Nord, Marzahn-Mitte und Hellersdorf Nord), als sozial stärker belasteten Gebiete und den südlichen Stadtteilen der Großsiedlung (Marzahn-Süd, Hellersdorf-Ost und Hellersdorf-Süd) mit sich stabilisierenden Sozialstrukturen ab.

[62] Sozialhilfebericht Marzahn-Hellersdorf 2002:26
[63] Ebenda S.30
[64] ebenda

## 4.4. Kurzcharakterisierung der Stadtteile

### Marzahn-Nord

Marzahn-Nord ist ein kleiner Stadtteil, der an die Stadtgrenze zu Ahrensfelde und Eiche stößt und durch die S-Bahnlinie in die Teile Nord und West unterteilt wird. Die nordwestliche Grenze des Stadtteils ist die Ahrensfelder Chaussee.

Der Berliner Senat stufte Marzahn-Nord 1999 als „Stadtteil mit einem besonderen Entwicklungsbedarf" ein, womit soziale, städtebauliche, wirtschaftliche und ökologische Aufgaben verbunden sind.

Ein Schwerpunkt liegt hier auf der „Stabilisierung der Bevölkerungsstruktur", da Marzahn-Nord einer der Bezirksteile ist, der vom Wegzug am stärksten betroffen ist, wo es aber auch eine große Anzahl von Kindern und Jugendlichen gibt. Zu konstatieren ist auch, dass es im Stadtteil große soziale Probleme gibt, (worauf später genauer eingegangen wird).

Marzahn-Nord ist der einzige Stadtteil im Bezirk, in dem ein Quartiersmanagement arbeitet. Die Wohn- und Lebensbedingungen sollen verbessert werden – ein besonderes Anliegen ist die Integration der Aussiedlerinnen und Aussiedler. AnwohnerInnen haben dort die Möglichkeit, sich zu informieren und Entwicklungen, die den Stadtteil betreffen, im Rahmen des BewohnerInnenrates oder der Selbstorganisierung mitzugestalten. Mit dem Projekt AoA (AussiedlerInnen orientieren AussiedlerInnen) gibt es auch eine selbstorganisierte Struktur von AussiedlerInnen.

Zentrale Orte in Marzahn-Nord sind der Barnimplatz und der Clara-Zetkin-Park. Das Havemann-Center ist ein zentraler Teil der sozialen und ökonomischen Infrastruktur. Wie bereits erwähnt, soll durch Stadtumbauprojekte versucht werden, MieterInnen breiterer Schichten in den Nordosten zu ziehen. Ein solches Projekt ist in Marzahn-Nord „Ahrensfelder Terrassen" der Wohnungsbaugesellschaft Marzahn. Um die Havemannstraße sollen Elfgeschosser auf drei bis sechs Etagen verkleinert und saniert werden.

Mit einem Blick auf die soziale Infrastruktur ist auch zu erwähnen ist, dass es eine Haupt- und eine Realschule, jedoch kein Gymnasium im Stadtteil gibt. Zwei kommunale Jugendfreizeiteinrichtungen sowie einige Projekte freier Träger haben Angebote für Jugendliche verschiedener Altersstufen. Gangway und Outreach betreiben Straßensozialarbeit mit Jugendlichen. Der Stadtteil hat, wie einige andere auch, ein Büro der Jugendförderung, das den erwähnenswerten, mehrstufigen "Lokalen Aktionsplan für Toleranz und Demokratie in Marzahn-Nordwest" erarbeitet hat. Die Wahlergebnisse der NPD liegen in Marzahn-Nord überdurchschnittlich hoch. In einer Studie zu Lebenssituationen und Einstellungen von Jugendlichen in Marzahn, durchgeführt von M. Fahr, meinten viele der befragten Jugendlichen, sie würden auf keinen Fall in diesen Stadtteil ziehen wollen. Die Begründungen variierten von „Da muss man schon am Tage Angst haben, dass man beklaut wird" bis zu „wegen der vielen Nazis und Russen". Marzahn Nord stellt, auch wenn es viele Bemühungen gibt, die Situation zu verbessern, einen sozialen und politischen Brennpunkt dar.

Der „Landschaftsraum Seelgraben", ein großes grünes Gebiet, trennt Marzahn-Nord von dem im Süden anschließenden Stadtteil Marzahn-Mitte.

### Marzahn-Mitte

Marzahn-Mitte ist der größte und bevölkerungsreichste Stadtteil des Altbezirks Marzahn. Er grenzt im Osten an die Ahrensfelder Berge und im Westen an den Lichtenberger Stadtteil Hohenschönhausen, wobei das Gewerbegebiet Marzahn zwischen der Großsiedlung und Hohenschönhausen liegt. Eher südlich grenzt Marzahn-Mitte über die „Neue Wuhle" bereits an Hellersdorf-Nord und den Erholungspark Marzahn.

Die Märkische Allee und parallel zu ihr, die S-Bahnlinie mit den Stationen Mehrower Allee, Marzahn und Raoul-Wallenberg Straße durchzieht den Bezirk von Süden nach Norden.

Marzahn-Mitte ist der bevölkerungsreichste Stadtteil Marzahns und auch ein recht junger Stadtteil, der stark von Umzugsbewegungen geprägt ist. Die meisten Aussiedlerinnen und Aussiedler leben hier. Die Leerstandsproblematik, die in Marzahn-Nord virulent ist, ist hier noch nicht so ausgeprägt: feststellbar ist eine starke soziale Spaltung.

Der Stadtteil hat(te) sein Zentrum an der Marzahner Promenade, dort sind bedeutende Bestandteile der Infrastruktur dort weggebrochen. Beispielsweise wurden die Ringkollonaden, ein komplettes Einkaufs- und Kulturzentrum geschlossen.

In Marzahn-Mitte gibt es jedoch noch kommunale Jugendeinrichtungen, auch hier sind Träger der Straßensozialarbeit aktiv und eine Regionalverantwortliche aus dem Bereich der Jugendförderung der Verwaltung. Im Bereich freier Träger ist besonders Plattenverbund e.V. zu erwähnen, die als Träger des Kiezhauses (früher Kinder- und Jugendhaus) ein interessantes alters- und generationenübergreifendes Projekt ins Leben gerufen haben. Was die Ausstattung des Stadtteils mit Schulen anbelangt, so finden sich hier vier Gesamtschulen – zwei davon mit gymnasialer Oberstufe – eine Realschule und eine Hauptschule.

Bezüglich sozialer Infrastruktur war auch der Sozialraum Ost in Marzahn-Mitte damit konfrontiert, dass soziale und Dienstleistungseinrichtungen schließen mussten, was nach Aussagen von GesprächspartnerInnen eine „Verslumung" nach sich zog.

Der Bürgerpark Marzahn, eine Anlage im Zentrum des Stadtteils, wurde in einigen der Interviews als konfliktreich und gefährlich bezeichnet. Ganz in der Nähe gibt es einige kommerzielle Freizeiteinrichtungen, wie das Karree um den Eulenspiegel in der Jan Petersen Straße.

Als Ressourcen und Stärken des Stadtteils ist erwähnenswert, dass es gut funktionierende Kooperationsstrukturen im Bereich Schule-Jugend-Zivilgesellschaft gibt. Besonders hervorzuheben ist das Schülernetzwerk MUT im Umfeld der Rudolf-Virchow-Oberschule oder die Zusammenarbeit zwischen der Thüringen Oberschule, Eltern und dem Deutschen Roten Kreuz im Bereich der interkulturellen und Integrationsarbeit.

**Marzahn-Süd**

Markzahn-Süd ist der älteste Marzahner Stadtteil, wo auch die ersten Neubauten Ende der 70er Jahre entstanden. Der Stadtteil liegt südlich der Landsberger Allee und grenzt im Osten an Friedrichsfelde Ost (Stadtteil des Bezirks Lichtenberg). Im Osten grenzt die Kleingartenanlage Kienberg an die Wuhle und an den Wuhleteich. Dort beginnt dann Hellersdorf. Ein Zentrum ist die Einkaufsgegend am Helene-Weigel Platz und der Springpfuhlplatz. Die Allee der Kosmonauten durchschneidet als zentrale Hauptstraße diesen Stadtteil. Der Erholungspark Marzahn mit Chinesischem Garten und zukünftig auch dem Japanischen Garten ist ein Teil von Marzahn-Süd.

In Marzahn-Süd gibt es drei Gymnasien und zwei Realschulen, sowie drei kommunale Jugendfreizeiteinrichtungen. Biesdorf und Marzahn-Süd haben eine gemeinsame Regionalverantwortliche der Jugendförderung mit Stadtteilbüro. Dieser Bezirksteil ist altersdurchschnittlich der älteste, was in Konflikten zwischen älteren Generationen und jugendlichen BewohnerInnen mitunter seinen Ausdruck findet.

**Biesdorf**

Biesdorf liegt westlich der Wuhle und südlich der Elisabethstraße. Im Süden grenzt der Bezirk Treptow-Köpenick an diesen Stadtteil, der S-Bahnhof Köpenick ist für die Biesdorfer EinwohnerInnen nicht weit entfernt. Im Westen grenzt Biesdorf an Friedrichsfelde Ost bzw. an den Tierpark Friedrichsfelde. Biesdorf ist eine Gegend, in der es vor allem Einfamilienhäuser bzw. eine lockere Bebauung mit Gärten und Kleingartenanlagen gibt – es ist nicht Teil der Großsiedlung, sondern Siedlungsgebiet. Im Südwesten grenzt Biesdorf an Kaulsdorf, welches ebenfalls Siedlungsgebiet ist. Dazwischen liegen der Wuhletalwanderweg und der Wuhlesee. Am Blumberger Damm, der als zentrale Hauptstraße Biesdorf bis runter nach Köpenick durchschneidet, am Rande eines kleinen Neubaugebietes, liegt das Wohnheim „Pro Sozial", in welchem neben Wohnungslosen, Auszubildenden, einigen AussiedlerInnen und auch Flüchtlinge leben und die verschiedensten anderen sozialen Projekte angesiedelt sind. Ganz in der Nähe, im Kornmandelweg, ist 2003 ein Flüchtlingswohnheim geschlossen worden. Das bekannte „Wilhelm Griesinger-Unfallkrankenhaus" Berlin liegt in diesem Stadtteil Marzahns. An Grünanlagen gibt es außer dem Wuhletalwanderweg noch den Baggersee Biesdorf direkt an der U5 und den Stadtpark Biesdorf, der in Gesprächen in etwa als Gegenstück zum Bürgerpark Marzahns beschrieben wird: dort träfen sich eher alternative Jugendgruppen, u.a. die lokale Punkszene.

Biesdorf ist eher vom Zuzug Besserverdienender geprägt, in den letzten Jahren wurde hier viel gebaut, Interviewte merkten eine starke soziale Spaltung an.

Die B1 – Alt Biesdorf – durchschneidet den Stadtteil im Süden, sie führt aus Berlin raus in Richtung Frankfurt Oder. Die U5 geht direkt durch Biesdorf durch, eine der zentralen Stationen ist der Elsterwerdaer Platz, wo sich auch ein Einkaufszentrum befindet und ein „Entwicklungsgebiet Biesdorf Süd" nahe des Elsterwerdaer Platzes.

Wichtige Einrichtungen sind in Biesdorf z.B. das soziokulturelle Zentrum im Schloss

Biesdorf und die vom Civitas-Programm geförderte Netzwerkstelle „Miteinander" von FiPP e.V. und die Jugendeinrichtung FiPP-Cafe. Kommunale Jugendeinrichtungen gibt es hier nicht. Eine Realschule liegt in Biesdorf, weiterhin gibt es zwei Gymnasien. Eines davon, das Otto-Nagel-Gymnasium, beteiligt sich regelmäßig an demokratiepädagogischen Programmen und Maßnahmen und hat einige sehr engagierte SchülerInnen, die sich für Menschenrechte und eine demokratische Kultur einsetzen.

**Hellersdorf-Nord**

Hellersdorf-Nord wird im Westen vom Erholungspark Marzahn, im Süden von der U5, die bis Hönow führt, und im Norden von der Berliner Stadtgrenze – Hönow und die Hönower Weiherkette – begrenzt. Das Zentrum Hellersdorfs – Helle Mitte, liegt am U-Bahnhof Hellersdorf. Dort gibt es nicht nur Einkaufszentren, sondern auch Kinos, das Rathaus mit den Abteilungen einiger Bezirksstadträte, die Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin. Im Osten grenzt Hellersdorf Nord an die Wuhle, an kleineren Plätzen gibt es den Gothaer Platz und den Theaterplatz.

In den Wahlbüros westlich der Kastanienallee gaben überdurchschnittlich viele WählerInnen NPD-Kandidatinnen und –Kandidaten ihre Erststimme. In diesem Gebiet liegt auch das Haus Babylon von Babel e.V., wo interkulturelle Arbeit stattfindet und wo sich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund engagieren. Der Stadtteil wird von der Hönower Weiherkette durchzogen, die uns als Gegend beschrieben wurde, in der sich viele Jugendliche treffen. Auch in Hellersdorf-Nord ist eine Regionalverantwortliche der Jugendförderung tätig. Ein Quartiersmanagement, wie in Marzahn-Nord, gibt es jedoch nicht. Im Gegensatz zu manchen anderen Stadtteilen sind hier sehr viele Oberschulen angesiedelt, nämlich zwei Gesamtschulen (eine davon mit gymnasialer Oberstufe), drei Hauptschulen, zwei Realschulen und ein Gymnasium. Es gibt eine kommunale Jugendfreizeiteinrichtungen und verschiedene Projekte freier Träger, in denen sowohl mit Jugendlichen, aber auch mit Kindern bzw., mit Erwachsenen gearbeitet wird, z.B. im Familien- und Nachbarschaftszentrum.

Der Stadtteil hat einen Teil Bevölkerung mit großen sozialen Problemen und ist von Wegzug geprägt, je nach Wohnungsgesellschaft ist auch der Wohnbestand sehr unterschiedlich. In Hellersdorf Nord leben die meisten Kinder und Jugendlichen, was daraus resultiert, dass viele junge Paare und Familien hierher zogen, als kurz vor der Wende dieser Stadtteil entstand.

**Hellersdorf-Ost**

Hellersdorf-Ost liegt südlich der U5 bis zur Grottkauer Straße. Das Bezirksamt liegt an der Riesaer/Jenaer Straße. Hier befinden sich mit dem Jugendamt und der Außenstelle der Schulverwaltung jene Abteilungen, die nicht in Helle Mitte oder Marzahn-Mitte gelegen sind. Grünes Zentrum von Hellersdorf Ost ist der Schleipfuhl, eine waldähnliche Grünanlage. Dort gibt es ein Naturschutzzentrum, eine Schule und Projekte, die mit Jugendlichen arbeiten. Im Osten grenzt Hellersdorf-Ost an Brandenburg, hier endet der Bezirk mit einigen Kleingartenanlagen. Der Paul Levy Platz (und Branitzer Platz) ist ebenfalls ein relativ zentraler öffentlicher Platz.

Hellersdorf Ost verfügt über zwei Realschulen und ein Gymnasium, ferner über zwei kommunale Jugendeinrichtungen und Jugendprojekte in freier Trägerschaft. Wie auch in anderen Teilen von Hellersdorf gibt es eine gute Struktur an Sportplätzen, Basketballplätzen und Plätzen für Skater bzw. Spielplätzen. Der Stadtteil ist auch recht jung von seiner Altersstruktur her.

**Mahlsdorf**

Mahlsdorf grenzt im Norden an Hellersdorf-Ost, im Osten an Brandenburg (Dahlwitz) und im Süden an Köpenick. Der Lebensstandard in Mahlsdorf ist höher als in den nördlichen Teilen Hellersdorfs, einige Jahre lang gab es einen starken Zuzug nach Mahlsdorf, der nun abgeflaut ist. Mahlsdorf ist eher von Einfamilienhäusern mit Garten geprägt, ein kleines Zentrum hat es am S-Bahnhof Mahlsdorf, etwas nördlich von der Kreuzung der Straßen Alt-Mahlsdorf und Hultschiner Damm.

Über Mahlsdorf hinaus bekannt ist Charlotte von Mahlsdorf, die ehemalige Besitzerin des Gutshauses, in dem das Gründerzeitmuseum untergebracht ist. 1991 wurde ein Fest im Gutshaus von Neonazis überfallen, was Charlotte alias Lothar bewog, noch in den 90er Jahren das Land zu verlassen. Auf einem Besuch in Berlin verstarb Charlotte im Jahre 2002 , auf dem Gut steht heute eine Gedenktafel.

**Hellersdorf-Süd**

Dieser kleine Stadtteil erstreckt sich vom U-Bahnhof Cottbuser Platz entlang der U5 (Neue Grottkauer Straße, Kaulsdorf Nord)

an der Wuhle entlang bis zum S+U Bahnhof Wuhletal. In Hellersdorf Süd führt der Boulevard Kastanienallee von der Hellersdorfer Straße fast bis zum Schleipfuhl. Dort hatten sich, so Interviewte, in den letzten Jahren zahlreiche Geschäfte angesiedelt, von denen aber viele mittlerweile Konkurs gingen, was auch mit der Einkommenssituation von Teilen der Bevölkerung zu tun haben dürfte. Die soziale Lage in Hellersdorf Süd ist zwar nicht so brisant wie in einigen Gegenden von Hellersdorf Nord, aber auch hier ist eine soziale Spaltung deutlich zu spüren. Neben den Einheimischen wohnen hier auch mittlerweile AussiedlerInnen und ehemalige Flüchtlinge. Gegenwärtig existiert in der Tollensestraße noch ein Wohnheim für Flüchtlinge und AussiedlerInnen, ganz in der Nähe gibt es das Nachbarschaftshaus mit Freizeit- und Beratungsangeboten sowie Jugendeinrichtungen. Das Einkaufszentrum „Spreecenter" und der Cecilienplatz sind kleine Zentren, an denen sich auch immer wieder Jugendliche treffen, ebenso wie die drei kommunalen Jugendfreizeiteinrichtungen. Es gibt im Stadtteil ein Gymnasium, eine Gesamtschule (mit 10 Schuljahren), eine Realschule und eine Hauptschule.

**Kaulsdorf**

Kaulsdorf grenzt ans Wuhletal und an Treptow-Köpenick. Als Hauptstraße zieht sich Alt Kaulsdorf/Alt Mahlsdorf quer durch den Stadtteil. Charakteristisch sind die drei Kaulsdorfer Seen - Butzersee, Elsensee, Habermannsee – die von Kleingärten (Kleingartenanlage Kaulsdorfer Busch) und Einfamilienhäusern mit Gärten umgeben sind Jugendeinrichtungen gibt es in Kaulsdorf nicht. Die einzige Oberschule ist eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe. Auch Kaulsdorf ist von Zuzug sozial besser gestellter Personen geprägt, manche der Häuser hier sind aber auch Wochenendhäuser.

**Fazit**

Alle diese Stadtteile haben ihre Ressourcen, ihre Probleme und ihre Entwicklungspotenziale. Unübersehbar ist jedoch, dass die nördlichen Stadtteile und dortige Sozialräume andere Probleme haben als die Siedlungsgebiete. Zum Teil existieren hier Brennpunkte, auf die wir auch im Verlauf der Studie eingehen werden.

In einem Bezirk, wie Marzahn-Hellersdorf Politik zu machen, dürfte ein spannendes, mitunter jedoch auch sehr schwieriges Unterfangen sein.

Bevor wir zur Analyse des Rechtsextremismus überleiten, noch einige Anmerkungen zur allgemeinen politischen Situation, zum Lebensgefühl im Bezirk und zu zivilgesellschaftlichen Potenzialen.

## 4.5. Die politische Situation

**Kommunalpolitisches**

Die Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf hat 56 Mitglieder: 31 PDS, 9 CDU, 13 SPD, 2 FDP

BVV-Vorsteherin: Petra Wermke (PDS)

Bezirksbürgermeister: Dr. Uwe Klett (PDS)

Im Bezirk gibt es traditionell eine starke PDS. Ihr folgte bisher die SPD und erst dann die CDU. In quantitativem Umfang spielten die Grünen bisher eine geringe Rolle, auch wenn sie sich in die Bezirkspolitik einbringen.

Die Berliner Wahlen (zum Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlung) von 2001 waren die ersten nach der Bezirksfusion. Bei diesen Wahlen konnte die PDS, die in beiden Altbezirken eine ähnliche Mehrheit hatte – 43,7 % in Hellersdorf und 47,5 % der Erststimmen in Marzahn – ihr Wählerpotenzial noch stärker an sich binden und gewann eine absolute Mehrheit von 52,9 %. Die Wahlbeteiligung lag bei 60 %.

Hervorzuheben ist aber zweierlei: die geringe Wahlbeteiligung und die im Vergleich zu anderen Berliner Bezirken hohen Ergebnisse der NPD.

Marzahn Hellersdorf hatte bei fast allen letzten Wahlen die niedrigste Wahlbeteiligung von ganz Berlin.

Insbesondere ist hier die niedrigste Berliner Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2002 zu nennen, die bei 71,7 % lag und gegenüber 1998 von 79,2% um 7,5 %zurückgegangen war, was im Vergleich zu anderen Berliner Bezirken auch sehr viel war. (Der Berliner Durchschnitt liegt der Rückgang hier bei 3,5 %.)

Wir möchten an dieser Stelle folgende Erkenntnisse und Fragen zur Diskussion stellen:

1. Könnte es Zusammenhänge zwischen dem hohen Anteil der Jugendlichen im Bezirk und Wahlbeteiligung geben?

Zu prüfen wäre unseres Erachtens, ob es unter den jüngeren, aber wahlberechtigten Teilen der Bevölkerung Marzahn-Hellersdorfs eine geringere Beteiligung

gab/gibt. Dem würde sich die Frage anschließen, warum gerade hier eine geringe Wahlbeteiligung existiert. Wir halten das – sollte sich diese Annahme bewahrheiten – für eine höchst relevante Frage zur weiteren Auseinandersetzung und Förderung demokratischer Kultur.

2. Könnte es Zusammenhänge zwischen sozialen Brennpunkten in den nördlichen Teilen des Bezirks bzw. in verschiedenen Sozialräumen der Großsiedlung und der Wahlbeteiligung geben?

Wirft man einen Blick auf die Aufschlüsselung der Wahlbeteiligung nach Wahlbezirken wird folgendes deutlich: Im Abgeordnetenhauswahlkreis 1 (entspricht großen Teilen von Marzahn-Nord) lag die Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2002 bei 63,2%. In Hellersdorf Nord und Hellersdorf Ost lag sie bei 65,2 %. In manchen Sozialräumen, war anhand der dort befindlichen Wahlbüros abzulesen, dass die Wahlbeteiligung nur knapp über 50 % bewegte. Mit Blick auf die Siedlungsgebiete ist festzustellen, dass die Beteiligung an der Bundestagswahl dort durchweg beträchtlich höher war: In Biesdorf lag sie bei 76,6 und in Kaulsdorf und Mahlsdorf bei 82,2 Prozent.

Die PDS stellt den Bürgermeister Herrn Dr. Uwe Klett, während die StadträtInnen für verschiedene Parteien kandidierten:

Vier der sechs StadträtInnen werden von der PDS gestellt, nämlich in den Ressorts Haushalt und Verwaltung (ebenfalls Dr. Klett), Jugend, Familie und Gesundheit (Dr. Manuela Schmidt), Soziales, Wirtschaft und Beschäftigung (Dagmar Pohle) und Ökologische Stadtentwicklung (Dr. Heinrich Niemann). Die SPD stellt mit Marlitt Köhnke die Bezirksstadträtin für Bildung, Kultur und Sport, das Ressort Wohnen, Bauen und Bürgerdienste wird von Svend Simdorn (CDU) geleitet.

## Das Lebensgefühl im Bezirk Marzahn-Hellersdorf

Wie gesagt sind die Stadtteile Marzahn und Hellersdorf sehr junge Stadtbezirke, was die Alterstruktur angeht. Erst eine Generation ist hier aufgewachsen, dennoch fühlen sich viele als „MarzahnerInnen" und „HellersdorferInnen".

Die meisten nennen als wichtigsten Pluspunkt die großzügige Begrünung des Bezirks, die die Wohnqualität steigert. Im Vergleich zu den Innenstadtbezirken sei es darüber hinaus ruhiger.

Von BewohnerInnen wurde jedoch auch viel – und sehr unterschiedliche – Kritik geäußert bezüglich ihres Alltags. Thematisiert wurde die Schließung von Einrichtungen, das Wegbrechen von Infrastruktur, was nicht nur dazu führt, dass bestimmte Dienstleistungen und Angebote nicht mehr unmittelbar in der Nähe seien, sondern was auch zu einem Bruch in der Identität führt.

Auch allgemeine Unsicherheitsgefühle scheinen recht verbreitet zu sein und sich teilweise auch auf bestimmte Plätze und besonders auf die Abendstunden zu beziehen. Wohnungsgesellschaften lassen Wachschutz patrouillieren, es lassen sich Dialoge wie der folgende zwischen älteren Bewohnerinnen hören:

A: „Die Veranstaltung geht bis drei Uhr nachts..."

B: „Und dann einen Begleitschutz nach Hause?"

A: „Den braucht man auch tagsüber. Dort wo ich mich immer mit Freundinnen auf die Bank setze, wurden wir neulich von Kindern, etwa elfjährigen, mit Dreck beworfen!"

Natürlich gibt es unterschiedliche Sichtweisen auf den Bezirk und manchen BürgerInnen fällt es einfacher als anderen sich in die Sichtweise anderer hineinzuversetzen, besonders wenn Aspekte von Identität berührt sind und die geäußerten Erfahrungen sich widersprechen.

Bereits an dieser Stelle soll jedoch hervorgehoben werden, dass es in Teilen der Bevölkerung eine starke Orientierung an „Etabliertenvorrechten" gibt und Mechanismen von Rassismus und Diskriminierung gegenüber Gruppen, die als „nichtzugehörig" betrachtet werden. Wie virulent dies ist, zeigte u.a. auch die schon erwähnte Studie von M. Fahr, in der zum Beispiel Jugendliche interviewt wurden, die darüber Auskunft gaben, wie es für sie ist im Bezirk zu leben.

Für die Entwicklung des Bezirkes stellt sich daher die Herausforderung, den Bezirk für alle attraktiv zu gestalten und vor dem Hintergrund von Demokratie und Menschenrechten.

Wenn im folgenden diese Probleme benannt werden, möchten wir noch mal hervorheben, dass unsere Intention nicht die Stigmatisierung des Bezirkes, sondern, der Versuch ist, die Stärken im Bezirk zu aufzudecken. Probleme offensiv anzugehen und dafür vorhandene zivilgesellschaftlichen

Potenziale zu nutzen und zu stärken, ist auch hier noch immer die beste Variante.

## 5. ZIVILGESELLSCHAFTLICHE POTENZIALE UND RESSOURCEN

In den letzten Jahren haben sich im Bezirk neben interessanten Projekten und Aktivitäten zur Stärkung einer demokratischen Kultur, auf die wir im Praxiskapitel der Studie detaillierter eingehen, auch zivilgesellschaftliche Netzwerke und Fachinstitutionen entwickelt. Es gab Foren, mit denen versucht wurde, Zivilgesellschaft und Politik zusammenzubringen und es gibt Projekte, die sich sehr kontinuierlich in der Auseinandersetzung mit Rassismus und für interkulturelle Perspektiven einsetzen. Einige dieser Strukturen nennen wir exemplarisch bereits an dieser Stelle und weitere werden im Praxiskapitel als Ressource hervorgehoben

**Eltern-Lehrer-Netzwerk gegen Rechte Gewalt, Rassismus und Antisemitismus und Schülernetzwerk „Für Menschlichkeit und Toleranz" (MuT)**

Im März 2001 gründete sich in Marzahn-Hellersdorf das „Eltern-Lehrer-Netzwerk gegen Rechte Gewalt, Rassismus und Antisemitismus". Darin engagieren sich neben Lehrerinnen aus verschiedenen Marzahner und Hellersdorfer Schulen auch Eltern. In der Vergangenheit waren es vor allem Mütter, die sich am Netzwerk beteiligten. Das Eltern-Lehrer-Netzwerk reagiert auf aktuelle Ereignisse, organisiert Gedenkstättenfahrten, Theatervorstellungen mit anschließenden Diskussionen oder auch Gedenkveranstaltungen auf dem jüdischen Friedhof in Weißensee. Im September 2001 fand eine Fahrt mit 278 Schülerinnen und Schülern nach Buchenwald statt, wo die Jugendlichen die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers besichtigten. Sie hatten die Möglichkeit mit ehemaligen Häftlingen zu sprechen, die geduldig die vielen Fragen der Jugendlichen beantworteten. Für die Mehrzahl der SchülerInnen war es das erste Treffen mit ZeitzeugInnen.

Das Netzwerk führte außerdem Diskussionen und Ideenbörsen durch zum Thema: „Was können Marzahner und Hellersdorfer SchülerInnen gegen rechte Tendenzen tun?"

Kurz nach der Buchenwald-Fahrt gründeten SchülerInnen dann ein eigenes Netzwerk, das Schülernetzwerk „Für Menschlichkeit und Toleranz", kurz MuT.

Beide Netzwerke arbeiten seitdem eng zusammen. Punktuell zu verschiedenen Aktivitäten gibt es auch eine Vernetzung mit anderen Jugendgruppen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf.

Im Mai 2003 fuhr das MUT-Netzwerk mit ca. 85 Schülerinnen und Schülern in die Gedenkstätte des ehemaligen Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück. Diese Fahrt war vom Schülernetzwerk inhaltlich und organisatorisch eigenständig vorbereitet worden. Der Erfolg dieses Projektes zeigt sich darin, dass sich nun weitere SchülerInnen am Netzwerk beteiligen und auch weitere Aktionen geplant und durchgeführt werden, darunter eine Ausstellung von Karikaturen gegen rechte Gewalt an der Rudolf-Virchow-OS, gemeinsame Aktivitäten mit Jugendlichen nicht-deutscher Herkunft, verstecktes Theater in der U-Bahn oder auch verschiedene soziale Hilfseinsätze.

Das Eltern-LehrerInnen-Netzwerk unterstützt die Schülerinnen und Schüler bei der praktischen Umsetzung ihrer Ideen und gemeinsam wird versucht in die Stadtteile hineinzuwirken und sich auf andere Bezirke auszudehnen

**Das „Miteinander-Netzwerk" zur Stärkung demokratischer Strukturen von FiPP e.V.**

Zivilgesellschaftliches Engagement zeichnet sich dadurch aus, dass Menschen im Alltag für eine demokratische Kultur und im Sinne der Menschenrechte aktiv werden. Unterstützungsstrukturen oder Fachinstitutionen, die engagierte Menschen, ihre Ideen und Erfahrungen zusammenbringen oder Foren dafür schaffen, sind dafür sehr wichtig. Mit diesem Ziel arbeitet die Netzwerkstelle „Miteinander", die bei FiPP e.V. angesiedelt ist. Sie wird im Rahmen des Civitas-Programms „Initiativ gegen Rechtsextremismus" gefördert. Die Netzwerkstelle versteht sich einerseits als Servicestelle zur Bereitstellung und Verbreitung von Informationen hinsichtlich demokratiefeindlicher Tendenzen und möglicher Gegenstrategien. Ihre Zielstellung ist es außerdem, die bestehenden Vernetzungsstrukturen zu nutzen und auszubauen. Sie richtet sich an Akteure aus ganz unterschiedlichen Bereichen: z.B. Jugendhilfe, Schule, Familienhilfe, Erwachsenenbildung, Parteien, Kirche, MigrantInnenvereine, Wirtschaft, Vereine, Initiativen, deren Zusammenarbeit sie mit verschiedenen Methoden zu stärken versucht, um gezielt Synergieeffekte gegen Rechtsextre-

mismus, Rassismus und Antisemitismus zu erreichen. Außerdem ist die Netzwerkstelle Ansprechpartner bei konkret vorliegenden Problemen und unterstützt Projekte und Initiativen bei Antragstellungen im Rahmen des Civitas-Programms. Wichtiges Medium der Netzwerk ist das Internet, welches auch als Forum zum Austausch genutzt werden kann[65] Als öffentlichkeitswirksame Veranstaltung vermittelt insbesondere die „Bildungsbörse – Ansätze und Methoden antirassistischer Bildungsarbeit", die im November 2003 stattfand, einen Eindruck von gelungener Netzwerkarbeit. Die Bildungsbörse war eine Veranstaltung für MultiplikatorInnen aus Schulen, Jugendclubs, Kitas und der außerschulischen Bildungsarbeit, die ihnen einen Überblick über die verschiedenen Methoden und Ansätze der antirassistischen Bildungsarbeit ermöglichte. Die Bildungsbörse stellte unterschiedliche Konzepte vor, bot Informationen und konkrete Hilfestellungen an, um zentrale Fragen zur Zielgruppenorientierung etc. zu beantworten.

### *Ostkreuz* – Netzwerke gegen Rechts

*„Ostkreuz* – Netzwerke gegen Rechts" ist das Mobile Beratungsteam der Stiftung SPI in Berlin.

Die Arbeit des Mobilen Beratungsteams zielt inhaltlich darauf ab, Ideologien der „Ungleichwertigkeit von Menschen" eine demokratische, gemeinwesenorientierte Kultur entgegenzusetzen. Im Zentrum stehen dabei die Anerkennung, der Schutz und der Respekt gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten. Insbesondere sollen Initiativen und Strukturen unterstützt werden, die humanitäre und solidarische Werte vermitteln und das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Fremdenhass, Rassismus, Antisemitismus und Minderheitenfeindlichkeit stärken.

Die Mobile Beratung *Ostkreuz* leistet prozessbegleitende Beratung und sozialraumorientierte Strukturarbeit. Sie orientiert sich in ihrem Angebot an den Bedürfnissen der einzelnen Projekte und versteht sich als Dienstleistungsplattform, deren Arbeit von den verschiedensten Akteuren genutzt wird.[66] So bietet *Ostkreuz* u.a. folgendes an

- Informationsdienst in Form eines Newsletters
- Fachbibliothek zum Thema Rechtsextremismus
- Hilfe beim Erkennen rechtsextremer Erscheinungsbilder in Alltagskultur und Lebensweisen
- Bereitstellung von Arbeitsmaterialien und Fachinformationen zum Nationalsozialismus, zu rechtsextremen Jugendkulturen und Codes, Ideologie, Musik, Organisations- und informellen Strukturen sowie zu Migration und Minderheiten
- Mitwirkung bei der Entwicklung und Gestaltung von Angeboten für die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung
- Kooperative Mitwirkung bei der Erarbeitung von lokalen Handlungskonzepten und -strategien für ein solidarisches und tolerantes Gemeinwesen
- Beratungen (z.B. der Mitarbeiter/innen von Jugendfreizeiteinrichtungen und für Lehrer/innen)
- Workshops und Fortbildungen für Multiplikatoren und Interessierte
- Kontaktvermittlung zwischen Akteuren und zu professionellen Beratungsstellen für Migrant/innen, Flüchtlinge und Opfer rassistischer Gewalt

Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf kooperiert das MBT *„Ostkreuz* – Netzwerke gegen Rechts" eng mit dem Projekt „Netzwerk Miteinander" von FiPP e.V. Beide Institutionen haben auch die Erstellung der vorliegenden Studie fachliche begleitet.

### Reach Out[67]

Die Beratung für Opfer rassistischer und rechtsextremer Gewalt *Reach Out* ist bezirksübergreifend tätig. Sie wendet sich sowohl an direkt Betroffene von Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung als auch an Angehörige oder Freunde der Opfer. Die Opferberatung umfasst:

- Aufsuchen der KlientInnen zu Hause bzw. In ihrem unmittelbaren Umfeld,
- erste Intervention zur Bewältigung der Gewalterfahrung und emotionale Unterstützung,
- Psychosoziale Beratung,
- Klärungshilfen

[65] vgl. www.miteinander.org

[66] Darunter Jugendsozialarbeit (Jugendfreizeiteinrichtungen und Straßensozialarbeit) Kommunale Verwaltungen (Bezirksamt, Stadträte), Polizei und Justiz Lehrer, Schüler und Eltern sowie deren Gremien Lokale Interessengemeinschaften und Vereine (Sport, Wirtschaft, Mieter, etc.) Kirchengemeinden und Glaubensgemeinschaften Kommunale Netzwerke, lokale (Basis-)Initiativen und Projekte, engagierte Gruppen und Einzelpersonen Örtliche Gliederungen politischer Parteien und Jugendorganisationen, Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Abgeordnetenhauses von Berlin mit Wahlkreis in den Schwerpunktbezirken, die Bezirksverordnetenversammlungen und die dort vertretenen Fraktionen

[67] www.reachoutberlin.de

- Vermittlung von therapeutischen Angeboten oder Maßnahmen zur Rehabilitierung bei Traumatisierungen
- Hinweise zu juristischen Möglichkeiten (Anzeige Nebenklage etc.); Unterstützung bei der Suche nach RechtsanwältInnen, Beratung über finanzielle Unterstützung zu den Prozesskosten,
- Begleitung zu Polizei, Behörden, ÄrztInnen,
- Vor- und Nachbereitung von und Begleitung zu Gerichtsverfahren und
- Vermittlung von Beratungsstellen bei aufenthaltsrechtlichen Problemen

**Die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V. (RAA)**

Die RAA Berlin ist freier Träger der Jugendhilfe und handelt stadtteilbezogen, vor allem in Schule und Schulumfeld mit dem Ziel, dort wie gesamtgesellschaftlich ein demokratisches, offenes, kreatives Klima zu gestalten. Als Dienstleistungsagentur zur Entwicklung von Zivilgesellschaft stellt sie die notwendige Verbindung zwischen Schul-, Jugend- und Sozialarbeit her. Neben den Bezirken Pankow, Lichtenberg, Mitte und Kreuzberg ist die RAA mit Projekten auch in Marzahn-Hellersdorf vertreten.

Alle Aktivitäten der RAA Berlin themen- und bereichsübergreifend angelegt. „Demokratie lernen und leben" ist die Überschrift für mehrere Ansätze der Arbeit der RAA Berlin. Dazu gehören u.a.

- die Projektleitung für die Berliner Projekte "Demokratische Schule - Verständnisintensives Lernen und kompetentes verantwortliches Handeln" im Rahmen des BLK Programmes
- Training von jugendlichen peer leaders zum Thema „Demokratische Bildung und Interkulturelle Kompetenz"
- Schülerclubs
- Arbeitsstelle für Schule und Jugendhilfe: Beratung für Schülerfirmen, freiwilliges Engagement von Jugendlichen und
- Berufliche Bildung türkischer Azubis
- Roma- und Flüchtlingsarbeit (u.a. Equal Entwicklungspartnerschaft)
- Beratung jüdischer Zuwanderer/innen aus der ehemaligen UdSSR
- das Projekt "Standpunkte": Fortbildung für Demokratie - gegen Rechtsextremismus für Berliner Lehrkräfte und Unterstützung von Schüler- und Lehrernetzwerken.

Die RAA Berlin arbeitet mit Jugendlichen wie mit erwachsenen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vor Ort, setzt auf deren Kompetenz und erarbeitet mit ihnen Modellprojekte. Sie kooperiert mit Verwaltung und Wissenschaft, um die Entwicklung innovativer Handlungskonzepte und den Transfer von Erfahrungen zu sichern.

**Interkulturelle Projekte: Das Beispiel „Haus Babylon" von Babel e.V.**

Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf gibt es verschiedene Projekte, die sich die Entwicklung eines interkulturellen Zusammenlebens zum Ziel setzen. Einzelne Einrichtungen engagieren sich bereits sehr lange und kontinuierlich gegen Rassismus und Rechtsextremismus, für kulturübergreifende Integration und Interkulturalität. Besonders Babel e.V. mit dem Nachbarschaftszentrum „Haus Babylon" in Hellersdorf Nord möchten wir exemplarisch hervorheben. „Haus Babylon" versteht sich als Begegnungsstätte. Beispielsweise finden dort jedes Jahr im Rahmen der „Interkulturellen Woche" vielfältige Veranstaltungen statt.

Außerdem initiiert Babel e.V. Schul- und Jugendprojekte für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund, engagiert sich mit Bildungsangeboten "für Toleranz" und „gegen Gewalt"; außerdem vermittelt Babel e.V. Beratung zu verschiedenen rechtlichen Fragen (z.B. für binationale Familien) und leistet psychosoziale Unterstützung. Mit dem Aktionsprojekt "Hilfe zur Selbsthilfe" leistet Babel e.V. Soforthilfe an Kleidung aller Art, bietet Sprachunterricht, Hausaufgabenhilfe für Kinder an und organisiert Angebote für SeniorInnen im multikulturellen Bereich.

In den letzten Jahren stand die Existenz der Begegnungsstätte „Haus Babylon" jedoch immer wieder in Frage. Die Angebote konnten und können oftmals nur ehrenamtlich und mit einem überdurchschnittlichen Engagement aufrecht erhalten werden.

**PartnerInnen in Politik und Wissenschaft**

Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf gibt es im Bereich der Politik und der Wissenschaft wichtige PartnerInnen für zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke. Hervorzuheben sind hier insbesondere die MigrantInnenbeauftragte Frau Elena Marburg und die Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin.

In Marzahn-Hellersdorf hat die BVV ein „Fachkonzept für die interkulturelle Arbeit" beschlossen. Dieses fachlich wegweisende Konzept wurde von der Marzahn-Hellersdorfer MigrantInnenbeauftragten entwickelt und durch einen BVV-Beschluss hat sich der Bezirk verpflichtet dieses Konzept in die Praxis umzusetzen. Es handelt sich um ein langfristiges Vorhaben zur interkulturellen Öffnung des Bezirks, insbesondere der sozialen Dienste. Die Vision des Konzeptes ist, dass Marzahn-Hellersdorf ein „menschenoffener und europäischer Bezirk" werden solle mit einer „interkulturellen Orientierung, welche von BürgerInnen, der Struktur und der Verwaltung getragen" werde.

Hervorzuheben sind enge Kooperationen der MigrantInnenbeauftragten mit sich interkulturell orientierenden Projekten und zivilgesellschaftlichen Initiativen im Bezirk, sowie mit der ASFH und politischen Stiftungen. So fand im September 2003 in der ASFH eine Fachtagung zur „Interkulturalität und Pluralität in Verwaltungen und sozialen Diensten" statt.

Auch Kooperationsveranstaltungen im Rahmen kommunaler Demokratieentwicklung finden in den Räumen der ASFH statt. Dazu gehörte z.B.

Eine von Babel e.V. initiierte Gesprächsreihe „Talk mit Babel", in deren Rahmen im Dezember 2003 Persönlichkeiten aus Politik, Polizei, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über „Rassismus im Alltag sowie Handlungsmöglichkeiten und Konzepte der interkulturellen Sozialarbeit" diskutierten. Frau Prof. Rommelspacher moderierte diese Veranstaltung, an der neben Herrn Dr. Shiferaw (Babel e.V.) auch Herr. Prof. Knape (Polizeidirektor), Frau Dr. Conto-Obregon (Dozentin an der ASFH), Herr Dr. Klett (Bürgermeister von Marzahn-Hellersdorf), Herr Basu (Opferberatung Reach Out), Frau Marburg (MigrantInnenbeauftragte MH) und Fr. Prof John (ehem. AusländerInnenbeauftragte Berlin) teilnahmen.

# 6. ANALYSE RECHTSEXTREMISMUS

## 6.1. Einleitung

Rechtsextremismus beschreibt einen komplexen Bereich, der aus Organisationen und Strukturen, aber auch aus Ideologielementen und kulturellen Phänomenen besteht.

Die folgende Analyse basiert auf einem umfangreichen Quellen- und Datenmaterial. Von zentraler Bedeutung sind – wie auch in den anderen Kapiteln – die qualitativen Interviews, die im Rahmen dieser Studie mit GesprächspartnerInnen aus den bereits dargestellten Bereichen und Handlungsfeldern geführt wurden. Die Einschätzungen dieser Personen beruhen auf ihren Erfahrungen aus der Arbeit und auch auf ihren persönlichen Alltagswahrnehmungen im Bezirk.

In die Analyse wurden außerdem Materialien aus dem Bereich Auswertung des Zentrum Demokratische Kultur, allgemeine Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Forschung und aus dem Verfassungsschutzbericht einbezogen. Methodisch werden die Einschätzungen, Urteile und Wahrnehmungen der GesprächspartnerInnen mit den faktischen Formen von Rechtsextremismus und rassistischer Gewalt in Marzahn–Hellersdorf gegengezeichnet.

Zunächst einmal stellen wir die Entwicklung, die Aktivitäten und die Bedeutung gegenwärtig in der Öffentlichkeit auftretender organisierter rechtsextremer Strukturen mit ihren Auswirkungen für den Bezirk Marzahn–Hellersdorf dar. Beginnen wollen wir mit den rechtsextremen Parteien und ihren Wahlergebnissen.

## 6.2. Wahlergebnisse für rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Marzahn–Hellersdorf

### Bundestagswahl 2002

Die Wahlergebnisse[68] der letzten Bundestagswahl vom September 2002 zeigen, dass Marzahn–Hellersdorf im Berliner Vergleich der Bezirk mit den höchsten Stimmenanteilen rechtsextremer Parteien ist. Die Ergebnisse liegen hier deutlich über dem Berliner Durchschnitt.

[68] Daten aus Statistisches Landesamt Berlin 2002

### Stimmenanteil der NPD in den Quartieren und Sozialräumen

Insgesamt entfielen 2,7% der im Bezirk abgegebenen **Erststimmen**[69] auf die "Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)", während es im Berliner Durchschnitt 0,6% sind.[70]

Diese numerischen Wahlergebnisse können Ausgangspunkte sein, um auch lokale Schwerpunkte im Bezirk festzustellen: Wirft man einen Blick auf das Wahlverhalten in den Wahlkreisen und Wahlbezirken in Marzahn–Hellersdorf, können mehrere Gebiete mit weit überdurchschnittlichem Erststimmenanteil für die NPD identifiziert werden:

In Marzahn–Ost lagen die NPD-Wahlergebnisse zwischen 5 und 5,3%, an der Marzahner Promenade zwischen 4,7 und 5,4%. In Marzahn-Süd fallen die Wahlbüros in der Kienbergstraße/Bärensteinstraße mit 7,9%, der Wohnbereich um die Pöhlbergstraße mit 4% auf, ebenso wie Bereiche in der Allee der Kosmonauten mit 4,3 % und das Wahlgebiet an der Wuhlestrasse/Buckower Ring mit 4,2 %. Deutlich ins Auge fallen viele Wahlbüros in Marzahn-Nord, wo die Wahlergebnisse zwischen 5 und 7% lagen.

Diese sozialräumlichen Ergebnisse liegen selbst im innerbezirklichen Vergleich – 2,7 % - weit über dem Durchschnitt.

In Hellersdorf fällt besonders der gesamte Sozialraum nördlich der Zossener Straße mit 5 bis 6,9 % der abgegeben Stimmen für die NPD auf. Des weiteren gab es mit 6,2 % hohe Ergebnisse im Sozialraum Carola-Neher-Straße/ Etkar-Andre-Straße/ Heartfieldstasse/ Maxie-Wander-Straße. In einigen weiteren Wahlbüros lag der Stimmenanteil für die NPD ebenfalls überdurchschnittlich zwischen 3 und 5 %.

Bei den abgegebenen **Zweitstimmen** erzielten sowohl die NPD als auch die Republikaner und die rechtspopulistische Schill-Partei (PRO) in Marzahn–Hellersdorf im Berliner Vergleich hohe bzw. höchste Wahlergebnisse, insgesamt 4,9% der abgegebenen Stimmen. Hierbei entfielen auf die NPD 1,6%, auf die REP 0,8%[71] und die Schill-Partei (PRO) 2,5%.

Bei der Berliner **Abgeordnetenhauswahl 2001** erzielten die rechtsextremen Parteien

[69] "Die Republikaner" (REP) und die rechtspopulistische "Partei Rechtsstaatlicher Offensive /Schill-Partei" (PRO) traten jeweils nicht mit eigenen DirektkandidatInnen an

[70] Direktkandidat war: Wichmann, Matthias.1998 war es: Storr, Andreas

[71] Durchschnitt Zweitstimmen Berlin: REP 0,7%, NPD 0,6%, PRO 1,8%

in Marzahn–Hellersdorf ebenfalls ein hohes Ergebnis, das deutlich über dem Berliner Durchschnitt[72] lag. Insgesamt entfielen auf die NPD 2,3% und die REP 1,4% der abgegebenen Zweitstimmen. Keine der Parteien war mit DirektkandidatInnen für das Abgeordnetenhaus angetreten.

Bei der Wahl zur **Bezirksverordnetenversammlung (BVV) 2001** in Marzahn–Hellersdorf entfielen auf die NPD 2,6% und auf die REP 1,6% der abgegebenen Stimmen. Für die Republikaner kann im Vergleich zur BVV-Wahl 1999 vor der Bezirksreform in Marzahn[73] und Hellersdorf[74] ein deutlicher Rückgang der erreichten WählerInnenstimmen festgestellt werden, während die NPD recht stabil blieb.

**Zwischenfazit**

Rechtsextreme Parteien waren in den letzten Jahren in Marzahn–Hellersdorf in der Lage im Berliner Vergleich hohe Wahlergebnisse zu erreichen. Gegenwärtig gilt dies besonders für die NPD und scheint insbesondere dann der Fall zu sein, wenn rechtsextreme Parteien auch mit DirektkandidatInnen antreten. Die NPD zeigt sich bei den Wahlen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf als rechtsextreme Partei mit Kontinuität, die in ihren Wahlergebnissen bisher stabil blieb. Die zur Bundestagswahl 2002 erstmals angetretene rechtspopulistische Schill-Partei (PRO) erreichte mit 2,5% in Marzahn–Hellersdorf im Vergleich zu 1,8% Berlinweit ein hohes Ergebnis. Sie war nicht mit DirektkandidatInnen vertreten.

**WählerInnenpotenzial – Einstellungspotenzial**

Zwar sind – ausgehend von der Bundestagswahl 2002 - die Wahlergebnisse der rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien in Marzahn–Hellersdorf die höchsten in allen Berliner Bezirken. Aber die prozentualen Ergebnisse sind nur ein Indikator für ein tieferliegendes Problem: Sie lassen nicht auf das tatsächliche rechtsextreme Einstellungspotenzial schließen. Die reine Fokussierung auf Wahlergebnisse führt oftmals dazu, dass die entsprechenden Einstellungspotenziale unterschätzt werden. Beispielsweise haben die Berliner Politikwissenschaftler Stöss und Niedermayer mit einem bewährten Instrumentarium an Fragen in den letzten Jahren ein rechtsextremes Einstellungspotenzial (zwischen 10 und 24% in Berlin und Brandenburg) erhoben. Dieses ist wesentlich größer als das der Personen, die mit rechtsextremen oder/und rechtspopulistischen Parteien sympathisieren (WählerInnenpotenzial) oder diese gewählt haben[75] (Wählerstimmen).

Wenig berücksichtigt wird oft auch, dass bei Umfragen, die auf die Erhebung von Einstellungspotenzialen im Zusammenhang mit WählerInnenpotenzialen abzielen, meist nur die Altersgruppen der wahlberechtigten Personen befragt werden. Interessant ist an der 2002 durchgeführten Studie von Stöss/Niedermayer, dass auch die Altersgruppe der 14-18-jährigen einbezogen wurde: Dieser Erhebung zufolge liegt das rechtsextreme Einstellungspotenzial im Berlin-Brandenburger Durchschnitt bei den 14-17jährigen bei 20%, bei den 18-24-jährigen liegt es bei 17% und bei den 25-34jährigen bei 11%.

## 6.3. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Junge Nationaldemokraten (JN)

**Die NPD Marzahn–Hellersdorf**

Die NPD spielt eine zentrale Rolle im organisierten Rechtsextremismus, obwohl sie zur Zeit bundesweit lediglich 6100 Mitglieder verzeichnet (mit sinkender Tendenz)[76]. Als politisch-strategisches Vorgehen der NPD wurde 1997 erstmals in einem Positionspapier ein "Drei-Säulen-Konzept" skizziert. Dieses im Jahr 1998 auf dem Bundesparteitag als verbindlich festgelegte Konzept setzt sich aus den drei Komponenten "Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente"[77] zusammen.

Alle drei Aspekte wurden seit 1998 auch in Marzahn–Hellersdorf praktiziert und werden im folgenden ausgehend vom empirischen Material analysiert. Dabei wird sowohl auf die Wahlkampfaktivitäten und Wahlkampfstrategien des NPD-Kreisverbandes Marzahn–Hellersdorf eingegangen, als auch auf vielfältige weitere Aktivitäten , die sich in die Strategie einordnen.

[72] Abgeordnetenhauswahl 2001Berlin: NPD 0,9%, REP 1,3%
[73] Bezirksverordnetenwahl 1999 Marzahn: NPD: 2,9 %, REP 3,0%
[74] Bezirksverordnetenwahl 1999 Hellersdorf: NPD 2,6%, REP 2,9%

[75] Vgl. auch: Oskar Niedermayer / Richard Stöss, Politische Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg, Berlin 2002:
[76] Verfassungsschutzbericht 2002, S. 26
[77] Zitiert nach Grumke, Thomas und Wagner, Bernd (Hg.): Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 407

**Struktur des NPD-Kreisverbandes Marzahn–Hellersdorf**

Der Kreisverband der NPD Marzahn–Hellersdorf wurde Anfang 1998 gegründet. Die Initiative zur Gründung des Kreisverbandes ging von einer Gruppe junger NPD-Mitglieder aus, die zum großen Teil in den Bezirken Marzahn und Hellersdorf wohnten oder aus diesem Grund ihren Wohnsitz dorthin verlegten. "Wenn die Aktivisten nicht vor Ort gewohnt hätten, wäre es nicht dazu gekommen", erzählt ein Bürger über die Zeit der Gründung des Kreisverbandes.

In Marzahn und Hellersdorf vermutete die NPD hohe Erfolgschancen für die Teilnahme an Wahlkämpfen. In Kneipen oder bei Gesprächen mit BürgerInnen sei ein "ziemliches rechtes Gedankengut" feststellbar gewesen.

Innerhalb des Bundesverbandes hat sich die Marzahn-Hellersdorfer Gruppe mit ihrem Vorhaben der Gründung eines Kreisverbandes durchgesetzt, denn während in der "älteren Herrenriege" der noch sehr westdeutsch geprägten NPD dieser Zeit die "Berührungsängste" gegenüber militanten neonazistischen Organisationen relativ hoch waren, hatte der Nachwuchs aus dem Osten Berlins diese "Berührungsängste" mit Personen aus der verbotenen FAP, der NF - mit Personen, die "einschlägig bekannt" waren - überhaupt nicht. Der Marzahner und Hellersdorfer "Führungskern" ist in Berlin "der Motor" in die "national-revolutionäre" Richtung der NPD gewesen. Verbunden mit einer deutlichen Absage an das "nationaldemokratische Lager" hat er zu einem "Kurswechsel" in der NPD beigetragen: es gab Kooperationen, teilweise sogar eine "enge Verflechtung" bei Demonstrationen und im Wahlkampf zwischen Kameradschaften bzw. "freien" Rechtsextremen, dem neu gegründeten NPD-KV und der Jugendorganisation JN.

In den Jahren nach seiner Gründung versuchte sich der Kreisverband der NPD zu vergrößern und zu festigen. Die JN war dabei die treibende Kraft und eine zeitlang konzentrierte sich sogar die Berlinweite Arbeit der Jungen Nationaldemokraten auf Marzahn und Hellersdorf. Ende der 90er Jahre erlebte der Kreisverband eine Weile lang einen deutlichen Aufschwung. Interviewte erinnern sich, dass viel Material und Werbung verteilt wurde, dass es viele "Interessenten" insbesondere unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegeben habe. Die "Rückläufe" z.B. bei "Briefkasteneinwürfen" seien im Berliner Vergleich ziemlich hoch gewesen:

Ein Interviewter erinnert sich: "Es waren immer 7-8% Rückläufe." Frage: "Was heißt Rückläufe?" "Dass der Coupon ausgefüllt und zurückgeschickt wird. Dass Interesse an Veranstaltungen bekundet wird, an der Deutschen Stimme..."

Auf die Frage, wie das zu erklären sei, heißt es: "1996/1997 war die Zeit, wo die NPD/JN sich wieder in Berlin gezeigt hat, durch Demonstrationen schwerpunktmäßig im Ostteil". "Im Bewusstsein der Leute war die NPD ziemlich schnell wieder vorhanden gewesen, als neue rechte Kraft."

Es fanden Werbegespräche, Interessentenversammlungen und regelmäßige Mitgliederversammlungen statt.

Ein Bezirkspolitiker berichtet:

"Da haben wir in Marzahn–Hellersdorf eine Gruppe von ungefähr 20 älteren Menschen, die also richtig auch in Kneipen gehen, die Clubs aufsuchen und versuchen Leute in diese Richtung zu schulen und auch zu überzeugen. Die lehnen Gewalt ab. Gerade in Wahlkämpfen, wenn die NPD hier im Bezirk plakatiert, dann wünschen die natürlich nicht, dass es zu Übergriffen kommt, weil die sich zumindest als Demokraten darstellen wollen."

In den ersten Jahren wurde ein Großteil der NPD-Aktivitäten, die sich vor allem auf die Teilnahme an den Wahlkämpfen beschränkte, von der JN ausgeführt. Dazu gehörte auch das Sammeln von "Wahlunterstützungsunterschriften" für die Berliner NPD, von denen viele in Marzahn und Hellersdorf gesammelt wurden.

"Die meiste Arbeit wie Unterschriften sammeln, Plakate kleben wurde vom Umfeld gemacht, von Leuten, die in Kameradschaften tätig waren oder die Sympathisanten waren und sich nicht einbinden wollten", erinnert sich ein Interviewter.

Jugendliche, die zunächst einmal in der JN angefangen hätten, seien nicht selten "nahtlos" in die NPD eingetreten. Es habe einen "fließenden Übergang" und viele "Doppelmitglieder" gegeben.

Anzunehmen ist, dass der KV Marzahn-Hellersdorf zu Hochzeiten 30 Mitglieder hatte, von denen durchschnittlich 10-15 sehr aktiv waren.

Für die Wahlen der letzten Jahre konnte der NPD/JN-Kreisverband auch immer wieder Kandidatinnen und Kandidaten mobilisieren.

Einen Höhepunkt erreichte der Wahlkampf bei den Berlin-Wahlen 1999, als die NPD in allen Marzahner und Hellersdorfer Wahlbezirken DirektkandidatInnen für das Abgeordnetenhaus aufstellte und mit einer umfangreichen Liste für die jeweiligen BVVs in Marzahn und Hellersdorf kandidierte.[78]Die Kandidaturlisten der verschiedenen Wahlen - Bundestagswahlen 1998 und 2002, Berliner Wahlen 1999, Berliner Wahlen 2001 – verweisen jedoch auf eine hohe Fluktuation. Nur wenige Personen ließen sich immer wieder als KandidatInnen aufstellen. [79]

Eine Besonderheit des Kreisverbandes ist, dass der aktive "Führungskern" der NPD eine deutliche kommunalpolitische Strategie verfolgt. Neben den Themen, die landes- und bundespolitisch festgelegt sind, werden auch Fragen aufgegriffen, die als besonders relevant für den Bezirk eingeschätzt werden.

Einerseits zeigen die übergreifenden Wahlkampfinhalte der NPD den Versuch auf, die soziale Frage, sowie ordnungspolitische, finanz- und Europapolitische Themen zu besetzen:

"Wir sind die echte Opposition! Soziale Gerechtigkeit durchsetzen. Wir schaffen Arbeitsplätze!" oder: "Damit sich wirklich etwas ändert: NPD", "Weil Arbeitsplätze nicht mit LINKS zu schaffen sind! Weil nur eine echte Opposition etwas verbessern kann", oder: "D-Mark statt Teuro!"

Ein Kenner der lokalen NPD erläutert die Strategie bei den Wahlen der letzten Jahre: "Der Anspruch, den die NPD hat, ist ins Volk zu wirken, es für die Wahlen zu kriegen. Deswegen wurden Themen genommen, die das Volk bewegen, nicht die Szene. Das Bestreben ist, dass Leute die NPD wählen, obwohl sie nie rechts waren. Deswegen wurde mit einfachen Themen, wie ‚Arbeit zuerst für Deutsche' [geworben]. Das hat ja viele betroffen, gerade aus dem Arbeitermilieu. Dann kam: ‚Erst der Euro, dann die Pleite'. Die meisten Themen waren auf der sozialen Frage beruhend, Existenzängste schürend...."

Diese Form der Propaganda ist 1998 und 1999 "Neuland" gewesen für die NPD in Berlin.

Andererseits zeigen folgende Wahlkampfparolen einen Eindruck davon, wie die NPD ihre Themen in Verbindung mit völkischer, rassistischer oder/und autoritärer Propaganda vermittelt.

"Berlin statt Bürlyn", "Normal, nicht schwul!", "Nationale Wende oder multikriminelles Ende", "National total normal!", "Politkriminelle in den Knast!", "Deine Rache:" dann "Jetzt www.NPD.net" "Erst der Euro, dann die Pleite. NPD macht Ordnung!"

Was bei den Jugendlichen im Bezirk "angekommen" sei, sei jedoch vor allem die Propaganda der JN gewesen: "Die Wahlkampfthemen waren auf die Jugend ausgerichtet, einfache Sprüche, auf Rassismus beruhend oder auf ‚linkem' Terror. Die meisten Themen waren auf das ‚Ausländerproblem' oder ‚Ausländerrückführung' angelegt. Die Zielgruppe 18-25 sind die treusten Wähler. Der ‚Euro' war mehr für die Älteren", beschreibt ein Gesprächspartner.

Die Formen des Wahlkampfes wurden prinzipiell ambivalent aufgenommen, bezüglich der Inhalte nahmen viele Interviewte einen hohen Grad an Zustimmung in ihrem direkten Umfeld wahr.

Exemplarisch sei die Einschätzung einer Projektleiterin aus der Jugendarbeit genannt:

"Die Wahlplakate der rechten Parteien, die hingen ja überall hier. Das wurde sehr viel nachgeplappert: ‚Genau! Die hätte ich gewählt! Arbeit zuerst für Deutsche!', das fanden einige Jugendliche völlig in Ordnung: ‚Also wenn ich hätte wählen gehen können, ich hätte die gewählt!'"

Es fanden auch Wahlwerbetouren mit Lautsprecherwagen statt, die bei einem Teil der Bevölkerung positiv aufgenommen wurden, andere eher störte.

Eine Schülerin erzählt:

"Letztes Mal, als die Wahlen waren, sind die bei uns an der Schule vorbeigefahren mit so 'nem Wagen und haben ganz laut durch Lautsprecher rumgegrölt. Ich fand das blöd mitten im Unterricht, hat sowieso keiner wahrgenommen, aber ein paar Leute haben aus dem Fenster geguckt und meinten: ‚NPD'!"

Der Blick auf die Altersgruppe der Kandidierenden bei den verschiedenen Wahlen zeigt, dass ein großer Teil der KandidatInnen zwischen 20 und 35 Jahren alt war und es nur einzelne ältere Personen im Kreisverband gibt. Unter den Berufen, die die KandidatInnen angeben müssen, dominieren Männer als Arbeiter, Handwerker und Angestellte. Akademische Berufe sind nicht, Frauen allgemein unterdurchschnittlich vertreten.

[78] Die Liste der NPD-Kandidatinnen und Kadidaten bestand 1999 aus 16 Personen
[79] So etwa Storr (1998, 1999, 2001), Wichmann (1999, 2001, 2002); Synowiec (1999, 2001)

Auch gerade volljährige Jugendliche wurden als Kandidaten in den Wahlkampf einbezogen. Im Jahr 1999 traten beispielsweise ein 18jähriger und ein 19jähriger Kandidat zur BVV an.

Einer unserer Gesprächspartner erklärt sich die Kandidaturen wie folgt: "Die NPD hat nicht viele Leute gehabt, die Mut haben zu kandidieren. Also wird auch jeder genommen. Meistens waren es Notlösungen. Wer wollte, konnte antreten. Da waren immer viele bei, die im Alkoholmilieu waren. Wären die in die BVV gekommen, das wäre peinlich. Auch von der Artikulation und vom Niveau her."

Bei den beiden Jugendlichen könne vermutet werden, dass es auch "Abenteuerlust" und "jugendliches Imponiergehabe" gewesen sei, auf dem Wahlzettel zu stehen. Beide haben sich aktuell vermutlich aus der Politik zurückgezogen.

Als Idealbild eines "jungen Mannes, der kandidiert", galt innerhalb des Kreisverbandes Marzahn-Hellersdorf u.a. Jörg Hähnel – ein "Niveauvoller mit Geist" meinte einer unserer Interviewten über den langjährig aktiven jungen Rechtsextremisten, der sich an der Gitarre versucht. "Aber die meisten hatten das Niveau nicht, haben einmal kandidiert und waren nach der Wahl nie wieder gesehen". Auch das Ziel, eine Mischung aus Älteren und Jüngeren, Arbeitern und Intellektuellen für die Kandidatur zu gewinnen, hat die NPD in Marzahn-Hellersdorf bisher nicht erreichen können. Mit viel Euphorie sei in den Wahlkampf gegangen worden, aber wenn sich der Erfolg nicht einstellte, begann die Fluktuation.

Dennoch gab und gibt es einige Leute mit hoher Kontinuität. Dazu gehörte bis ins Jahr 2001 Andreas Storr und bis jetzt ist Matthias Wichmann eine zentrale Person im Kreisverband. Storr hatte den KV mit aufgebaut und war extra aus diesem Grund nach Marzahn gezogen. Dort bemühte er sich aktiv, jüngere Leute für die Parteiarbeit zu gewinnen, zu schulen und somit Nachwuchskader heranzubilden. 2001 war er dann im Wahlbezirk sechs (in Hellersdorf) der Direktkandidat der NPD für das Abgeordnetenhaus. Dort ist es ihm gelungen als Einzelperson 3,8% der Erststimmen zu gewinnen, was unter anderem auch dadurch zustande kam, dass er in seinem näheren Umfeld (Alte Hellersdorfer Straße, Gothaer, Suhler Straße) 7 bis 8,5% (Erich-Kästner-Straße, Neue Grottkauer Straße, Peter Edel Straße) der WählerInnenstimmen für sich mobilisieren konnte. Hier ist eine Verallgemeinerung möglich: Dort, wo die NPD hohe Wahlergebnisse in den lokalen Wahlbüros erzielt, wohnen oft Führungspersonen oder sehr aktive Personen aus NPD und JN. Mit Blick auf Leute, wie Andreas Storr ist zu vernehmen: "Wenn Leute im Wohnbereich aktiv sind, dann ist da was los. Und wenn die wegbrechen, was bei der NPD vorkommt, oder dass Leute auf vielen Hochzeiten tanzen, wie der Andreas Storr, viele Funktionen haben, dann muss er irgendwann die Arbeit vor Ort streichen."

Über die Jahre hinweg gab es eine Verschiebung der Aktivitätenschwerpunkte der NPD von Marzahn nach Hellersdorf. Möglicherweise ist dies als eine Art Kräftebündelung vor dem Hintergrund des im Jahr 2000 heraufziehenden Verbotsverfahrens zu interpretieren.

Zu den mittlerweile in Hellersdorf lange aktiven Führungspersonen gehört auch Matthias Wichmann. Der jetzt 31jährige ist seit dem Entstehen des Kreisverbandes dabei und noch länger in der rechtsextremen Szene aktiv. Der gelernte Maurer mit Wohnsitz in Hellersdorf Nord ist 2002 als NPD-Direktkandidat für die Bundestagswahl aufgetreten.

In seinem Umfeld wird Matthias Wichmann als "Staatsfeind", beschrieben: "Er ist ein politisch Verrückter, der in einer anderen Welt lebt und sagt, wenn ich mich einer Sache verschrieben habe, bleibe ich ihr treu. Es gibt solche Verrückten, die immer weiter machen. Sie sind Staatsfeinde, das treibt sie an, der große Umsturz. Der ‚Machtwechsel' ist so ein großer Ansporn, dass sie immer weiterkämpfen..."

Folgendes Beispiel veranschaulicht Agitationsformen dieser NPD-Führungsperson auf Bezirksebene.

Matthias Wichmann: Anfrage an die BVV zur Förderung von Projekten, die interkulturelle Arbeit machen.[80]

"Wie viel Geld wurde in den letzten Jahren in den Bereichen Kultur, Gesundheit und soziales für Ausländer ausgegeben?", "Wer ist in der BVV eigentlich bereit, die Gelder für Ausländer zu streichen?"

Argumentation: während Projekte schließen müssen, scheint Babel e.V., ein interkulturell orientierter Verein in Hellersdorf Nord, von Schließung ausgenommen

Wichmann: "Dieser Verein soll ... Menschen unterschiedlicher nationaler, ethnischer und

[80] Ein Gesprächspartner aus der Bezirkspolitik hat uns über diese Anfrage in Kenntnis gesetzt.

kultureller Herkunft zusammenführen (verschmelzen). Nebenbei gesagt, habe ich keine Veranstaltung in diesem Faltblatt entdeckt, wo von einem Kennenlernen der deutschen Kultur die Rede ist."

**Verbotsverfahren – die Jahre 2001 bis Anfang 2003**

Die Aktivitäten der NPD in den Jahren 2001 bis Anfang 2003[81] müssen vor dem Hintergrund des damals laufenden Parteiverbotsverfahren beurteilt werden. In diesem Zusammenhang wundert es auch nicht, dass Andreas Storr 2001 der einzige Direktkandidat für das Abgeordnetenhaus war, während im Jahr 1999 bei den Berliner Wahlen die NPD noch in allen Wahlkreisen der Altbezirke Marzahn und Hellersdorf KandidatInnen aufstellte: Das Verbotsverfahren hat zu einer Zurückhaltung bei den Wahlkampfaktivitäten und in der öffentlichen Positionierung geführt.

Es ist jedoch wichtig darauf hinzuweisen, dass das Verbotsverfahren auf den Kern von NPD/JN und das Umfeld bzw. die nicht so stark gefestigten Mitglieder unterschiedliche Auswirkungen gehabt hat: Verunsicherung einerseits und ein "Zusammenrücken" andererseits.

Ein Interviewter meint auf die Frage: "Wie hat das Verbotsverfahren gewirkt? Können Sie beschreiben, wie es in der Szene diskutiert wurde?"

"Bei den Außenstehenden sind Leute, die Angst um ihren Job haben oder vor polizeilichen Ermittlungen. Da fallen viele Mitglieder ab. Beim harten Kern ist das Gegenteil der Fall. Der innere Kern ist sehr ruhig geblieben. Die Führungskräfte der NPD hatten gesagt, dass das Verbot nicht durchkommt. Da war vorher klar, dass es nicht viele Ansatzpunkte gibt, um dieses Verbotsverfahren durchzukriegen. Das wurde immer so verkauft, dass die NPD als Sieger da rausgeht und stärker. Die NPD war immer sicher, dass sie nicht verboten wird. Das war der Tenor in der Partei."

Ein ehemaliger in der Szene Aktiver meinte: "Der meiste Stress oder Erfolg des Verbotsverfahrens ist der, dass die Leute sich jetzt misstrauen, weil viele Agenten oder Spione zutage gefördert wurden und immer noch in der NPD arbeiten."

Auf das Verbotsverfahren hat die NPD mit einer eigenen Öffentlichkeitskampagne reagiert, in deren Kontext auch Flugplätter in Marzahn–Hellersdorf kursierten. In diesen stellt sich die NPD als Opfer staatlicher Zensur dar.

Auf dem Flyer heißt es: "Argumente statt Verbote. Nein zum NPD-Verbot!" Auf einem Bild ist der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt zu sehen mit einem Band über dem Mund, auf dem "BRD-Maulkorb" steht.

In einem anderen Flugblatt schrieb die NPD: "Die ‚Freiheit', die sie meinen: Versammlungsverbote! Meinungsverbote! Parteiverbote! So nicht, Herr Schily! Mehr Demokratie wagen: NPD"

Typisch und zynisch ist hier auch das Zitat: "mehr Demokratie wagen" aus der berühmten Ansprache Willy Brandts. Die NPD versucht über diese Bedeutungsverschiebung feststehende historische Zitate umzudeuten und für sich zu besetzen, um eine Position im demokratischen Parteiensystem einzufordern.

Das Verbotsverfahren, das die NPD von diesem Platz verweisen sollte und dessen argumentative Grundlage in der Feststellung bestand, dass die NPD aktiv mit militanten Rechtsextremisten, freien Kameradschaften bzw. neonazistischen Kräften kooperiert, änderte nichts daran, dass der Kampf um die Straße und die Köpfe bis heute fortgesetzt wird.

Ein Verbot der NPD hätte Kameradschaften zu Auffangbecken der ehemaligen Mitglieder gemacht. Die parteilich öffentlichen Strukturen wären somit in einen weniger öffentlichen Bereich verschoben worden. In Marzahn–Hellersdorf registrierten viele Gesprächspersonen, dass sich die NPD mit eigenen Veranstaltungen zurückhielt. "Als das Verbot vom Tisch war, sind die Aktivitäten wieder angestiegen", so Experten vom LKA.

**Bezirkspolitische Aktivitäten der NPD**

Im folgenden gehen wir noch genauer auf die Aktivitäten der NPD im Bezirk Marzahn-Hellersdorf ein und analysieren dabei auch das Verhältnis zur JN und zur rechtsextremen Jugendszene.

Bereits dargestellt wurde, dass ein Großteil des Wahlkampfes der NPD von der JN und ihren SympathisantInnen bestritten wurde. Es wurde Werbung verbreitet, also Plakate, Briefkastensendungen und Aufkleber. Es fanden Informationsstände statt und politisch-kulturelle Veranstaltungen.

[81] Während des Verfahrens wurde deutlich, dass verschiedene Verfassungsschutzämter der einzelnen Bundesländer eine nicht geringe Zahl von bezahlten Informanten innerhalb der NPD hatte, was zur sogenannten V-Mann-Affäre führte, da sich die Beweise in den Anträgen gegen die NPD zu einem großen Teil auf Aussagen dieser Personen stützten. Daraufhin teilte das Bundesverfassungsgericht (BVG) am 18. März 2003 mit, dass das Parteiverbotsverfahren gegen die NPD eingestellt wurde

Ein Bezirkspolitiker schildert seine Wahrnehmungen aus dem Wahlkampf:

"Ich war Wahlkampfleiter 1999 und da haben wir fokussiert auf die Siedlungsgebiete Wahlkampf gemacht. Und da war dann auch so ne Truppe mit einem Eimer Kleister und Plakaten. Da habe ich sie also dann mal getroffen, also die NPD. Da habe ich, ich würde mal sagen, politische Handlanger getroffen. Junge Leute, sehr jung! Und die haben am selben Mast, wo wir unsere Plakate aufgehangen haben, ihre aufgehangen. Und da sind wir ein bisschen ins Gespräch gekommen, weil ich mal abklopfen wollte, wie tiefgründig deren ideologische Überzeugung ist neben der optischen Erscheinung, die eindeutig war. Und das war ziemlich platt."

Auf diesem Wege erfolgt unter Umständen eine Festigung von politischer Identität und Gruppenzusammenhalt. Die Teilnahme am Wahlkampf stellt insbesondere für die Jüngeren ein Lernfeld dar. Die daraus resultierenden Konflikte und ‚Machtkämpfe' erstreckten sich bis ins nachbarschaftliche Umfeld – dort ging es dann nicht mehr um den Kampf um die Straße, sondern um den Kampf um den Hausflur:

Ein Bürger beschreibt:

"Wir haben einem jungen Mann, der in unserem Haus wohnte ausgeredet, die Klebezettel in unserem Haus anzubringen. Wir haben gesagt, das könnte man doch in den Häusern eigentlich lassen. Also am Ende haben wir einen Hausflur, der vollgekleistert ist. Wollen wir eigentlich nicht! Die Familie war auch der Meinung, dass es nicht zweckmäßig ist, den politischen Papierkrieg im eigenen Haus auszutragen

Ein ehemals in der Szene Aktiver berichtet: "Man lebt in den Wahlkämpfen in der Aggressionszeit. Es gab ja viel Gewalt in Form von Schrift-Pamphleten. ‚Wahlkampf ist Krieg' war das Motto. Da haben Leute versucht, mit Worten den Aggressionen, die sie hatten, Luft zu machen. Viele haben sich dabei auf die NPD berufen, obwohl sie die NPD niemals kennen gelernt haben. Jeder, der in Marzahn-Hellersdorf rechts aussah, wurde der NPD zugeordnet."

Besonders die Einbindung von Jugendlichen aus der Skinheadkultur war jedoch innerhalb der NPD nicht unumstritten. Sie wurden vor allem als "Bürgerschreck" betrachtet und es gab Diskussionen darüber, ob man sie überhaupt brauche.

Der Interviewte deutet an, er sei eigentlich "gegen diese Skinheadkultur" gewesen. In der NPD wurde "zwar offiziell gesagt: Wir binden die Jugendlichen ein, für Demonstrationen oder Wahlkampfhelfer, aber in weiten Teilen der NPD hat man sie toleriert, aber nicht gemocht." Zu hören ist: "Bei 100 Skins waren einer oder zwei, die auch mal nachgedacht haben, der Rest waren nur Prols." Oder: "Es war immer eine Diskussion: Brauchen wir die wirklich oder ist das nur Stimmvieh?" Bei Aktionen seien diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen "abschreckend für die Bevölkerung" gewesen.

Hervorzuheben ist jedoch, dass der gebündelte Kräfteeinsatz von NPD und JN auch dazu beitrug, dass die Wahlwerbung zur Bundestagswahl 1998 und 2002 und zur Abgeordnetenhauswahl 2001 besonders massiv ausfiel.

Deutliche Bemühungen der NPD-Führungskräfte im Bezirk zielten und zielen darauf ab, sich in der Bezirkspolitik zu etablieren. Verschiedene Aktivitäten sind vor dieser Zielstellung zu reflektieren. Schon sehr frühzeitig wurden ausgesprochen bürgerInnennahe Aktionen durchgeführt, bei denen auch ‚weiche' Themen (z.B. Naturschutz) eine Rolle spielten. Erste Experimente mit solchen Aktivitäten reichen bis ins Jahr 1996 zurück, in dem NPD-nahe Personen eine Aktion zum Schutz von Straßenbäumen durchführten.

Zu solchen bürgerInnennahen Aktivitäten gehören auch Informationsstände, bei denen es der NPD um den sogenannten Kampf um die Köpfe geht. Einzelne Menschen sollen vom Engagement und der politischen Position der Partei überzeugt werden. Solche Informationsstände fanden z.B. während des Erntefestes statt.

Ein Teilnehmer solcher Aktionen erinnert sich: "Bei einem gewissen Niveau des Infostandes, wenn man 2-3 Frauen da hatte, keine Skinheads, war das Gefühl der Leute ziemlich gut. Es kamen viele Gespräche zustande, der Frust, die Sorgen der Leute wurden besprochen, Arbeitslosigkeit und so. Das Feed-back war ziemlich gut gewesen, ziemlich offen. Wenig Ablehnung, ziemlich breite Zustimmung. Die NPD wurde schon als ganz normale Partei im Spektrum wahrgenommen."

Die lokale NPD bemühte sich bei solchen BürgerInnenaktionen aktuelle Themen aufzugreifen und in eigenen Argumentationszusammenhänge einzubauen.

Je nach Aktualität sind solche Diskursthemen z.B.

- Kriminalität

- Drogen
- Armut, Renten, Sozialkürzungen etc.
- Globalisierung
- Irak-Krieg

Über das Verhältnis von potenziellen NPD und PDS-Wählern heißt es: "Eigentlich sind die PDS-Wähler unser Wahlklientel, viele wählen die PDS als Protest, unter den PDS-Wählern gibt es eine relativ große Ausländerfeindlichkeit, unter den spießigen, konservativen PDS-Wählern, die in Hellersdorf-Marzahn wohnen."

Und: "Man merkt schon, dass man bei Linken ein offenes Ohr findet". Mit PDS-Mitgliedern bzw. der PDS nahe stehenden Personen habe es "ziemlich lockere" und auch "intensive" Gespräche gegeben. Man könne "unabhängig von Parteigrenzen" mit Leuten aus der PDS reden. Deswegen sei es auch das Ziel gewesen, gezielt "PDS-Wähler anzusprechen".

Auch zum Thema "Gewalt an Schulen" versuchte die NPD/JN sich im Bezirk zu profilieren. Ein Bezirkspolitiker erzählt:

"...als wir als Junge Union eine Veranstaltung gemacht haben zum Thema Schule und Bildungspolitik in Hellersdorf, hatten wir uns den Baukasten angemietet, in Helle Mitte. Und wir haben zu dieser Veranstaltung auch - "einen Aufmarsch erlebt" möchte ich nicht sagen - aber eine Teilnehmerzahl von 15 Jugendlichen gehabt, die man der NPD oder den Republikanern zuordnen kann... Da ging es um Gewalt an Schulen. Und zu diesem Thema sind die Herrschaften dann mit 15 Mann gekommen oder haben daran teilgenommen, was man ja nicht verhindern konnte und auch nicht will, wir sind ja ein demokratisches Land und da ja jeder das Recht hat an der Diskussion und sie waren durchaus konstruktiv, also das war kein hohles Gepöbel. Wie erwartet hatte auch ich Angst, ich war froh, dass ein Mannschaftswagen davor stand, und drinnen zwei Zivilpolizisten saßen."

Deutlich wurde jedoch, dass es für die NPD schwer war, mittels der JN Jugendliche langfristig an sich zu binden bzw. für eine direkte Mitarbeit in der Partei zu gewinnen. Jahrelang waren es vor allem die Wahlen und die darauf bezogenen Aktivitäten, die für die Anbindung an die Partei gesorgt haben. Die Aussicht auf Wahlerfolge vermittelte auch den rechtsextrem orientierten Heranwachsenden ein Gefühl der Euphorie. Gesprächspartner berichteten:

"Ende der neunziger Jahre waren ja ziemlich viele Wahlkämpfe, Europawahlkampf, Berlinwahlkampf. Die Leute haben sich dann auch jeden Tag gesehen. Es hat zwar auch viel Stress gegeben, weil viel Druck war. Tags waren viele arbeiten und abends haben sie Plakate geklebt."

"Wenn der Erfolg nicht da war, war Stress vorprogrammiert. Teilweise ging es auch um private Sachen."

Und: "Es ist erst ein Hochgefühl, aber wenn die Wahlerfolge sich nicht einstellen und die Erfolge, die man so haben will, dann gibt es auch schnell wieder eine Rückwärtsbewegung ins Tal. Die Leute trinken Alkohol und wollen Spaß haben, Politik ist dann mehr so sporadisch."

Hinzu komme, dass die internen Parteistrukturen der NPD für potenziellen Nachwuchs so abschreckend seien, dass auch in der Hochphase der NPD/JN davon schnell Abstand genommen wurde, oder eine große Fluktuation erfolgte:

"Wer einen NPD-Parteitag miterlebt hat, als junger Mensch – der ist eher abschreckend. Da ist viel parteigesetzmäßig und bürokratisch. Junge Leute wollen ja was erleben. Fünf Stunden Parteigremien. Das ist für Jugendliche "abtörnend". Die meisten wollten Aktion, Plakate kleben, am Wochenende vielleicht zu einem Konzert irgendwo in Deutschland fahren. Wenige Leute haben alles organisiert, haben versucht, andere einzubinden, die Einbindung war meistens nur der Wahlkampf gewesen."

Dem Ziel, Heranwachsende an die Partei zu binden, entspricht eigentlich die Jugendorganisation JN. Diese jedoch hat ihren Charakter über die Jahre hinweg auch gewandelt und kann nicht als "Anhängsel" der NPD eingeordnet werden, so dass wir darauf nun ausführlicher eingehen:

**Junge Nationaldemokraten (JN)**

Die Jugendorganisation der NPD, die JN (Junge Nationaldemokraten), nimmt bundesweit eine wichtige Brückenfunktion in der Vernetzung der Partei mit freien Kameradschaften und einer rechtsextrem orientierten Jugendszene ein. In der Vergangenheit untrennbar mit dem Kreisverband der NPD in Marzahn-Hellersdorf verbunden, entwickelte sich hier eine aktive Sektion der JN, die wesentliche Teile der Arbeit der NPD machte. Bis vor wenigen Jahren lag sogar der Schwerpunkt der Berlinweiten JN-Arbeit im Bezirk Marzahn-Hellersdorf.

Die JN versteht sich als "national-revolutionäre" Organisation. In den Online-Informationen des Bundesvorstandes der JN[82] ist über das Selbstverständnis zu lesen:

"Die Jungen Nationaldemokraten verstehen sich als eine weltanschaulich-geschlossene Jugendbewegung neuen Typs mit revolutionärer Ausrichtung und strenger innerorganisatorischer Disziplin, deren Aktivisten hohe Einsatz- und Opferbereitschaft abverlangt wird."

Ihr Verhältnis zur ‚Elternpartei' NPD:

"Wir bewegen uns ... nicht mit dem Schattendasein [gemeint ist ‚im Schatten', d.V.] unserer Mutterpartei, sondern entwickeln vielmehr als revolutionäre Bewegung für junge Nationalisten zwischen 14 und 35 Jahren autonome konzeptionelle Vorstellungen."

Als ‚Jugend' wird von der JN vornehmlich die Gruppe männlicher Erwachsener bis 35 erreicht. Wie in den 20er Jahren des 20.Jahrhunderts wird versucht, über eine apokalyptische Endzeitstimmung nicht mehr ganz jungen Männern den revolutionären Charakter einer sozialen Bewegung zu vermitteln, der sich mit den propagierten eingestaubten Methoden und Idealen (Ordnung, Unterordnung, Disziplin, Herrschaft) im Grunde schlecht verträgt. Dieser Spagat zwischen Bewegung und Ordnung prägte schon immer die nationale Jugendarbeit. Die von der JN propagierte nationale Revolution ist jedoch eine Disziplinierung:

"Fressen, saufen, vor der Glotze Videos schauen, "Bravo" und "Bild" lesen, der Discobesuch am Wochenende, das schnelle Auto und der Joint mal so eben zwischendurch - soll das der Inhalt der unserer vielbeschworenen Freiheit, der Sinn unseres Lebens sein?"

Originäre links-revolutionären Thesen wie:

"Nur wenn der Mehrheit der Jugend bewusst wird, dass es eine Alternative zum herrschenden System gibt, können politische Veränderungen in der Zukunft Realität werden",

werden inhaltlich gekoppelt:

"BRD heißt das System, morgen wird es untergehn!"

und BürgerInnennähe propagiert:

"Den Schwerpunkt unseres politischen Kampfes sehen wir in der Basisarbeit in den Städten, Landkreisen und Gemeinden"

Da die JN als von der NPD in vielen Punkten unabhängige Organisation konzipiert wurde, steht ihr auch eine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit zu. Im Stadtbild von Marzahn–Hellersdorf sind Aufkleber und anderes propagandistisches Material von NPD und JN überdurchschnittlich oft aufzufinden.

Hier eine Auswahl:

Rassismus:

"Einbürgerung? Wir sagen NEIN!" (Bild: Bosnisch-herzegowinischer Pass, halb verdeckt von einem deutschen Pass)

JN: "Auch das ist Völkermord" (Bild: Die Hände eines Schwarzen umfassen den Körper einer Weißen Frau)

JN-Aufkleber: "Einwanderung ist Landraub" (Bild von Betenden in Koranschule)

JN: "Einwanderung stoppen – Widerstand jetzt. Aktion Widerstand"

Geschichtsrevisionismus:

JN: "Deutschland ist größer als die BRD (Karte inkl. Österreich, Schlesien, Ostpreußen, Südtirol u.a.)

"Nur Volksverhetzer beleidigen die Soldaten ihres eigenen Volkes!" Initiative "Deutsche Jugend schützt die Ehre deutscher Soldaten von Wehrmacht und Waffen-SS" (Bild kämpfender Soldaten)

Für "Volksgemeinschaft", gegen Kapitalismus: JN: "Das Volk blutet! Das System verwaltet! Das Kapital kassiert!" (Bild: Menschenauflauf vor dem Arbeitsamt)

Drogen:

JN: "Nationalisten gegen Drogen, kämpft mit uns!"

Antifaschismus:

"Keine Macht den Zecken", "Organisiert die Anti-Antifa! ...überall!" (Bild: Demo mit Transparent: Stoppt Rotfront-Terror!")

Auch hier wird sehr deutlich, dass konkrete politische Themen mit rassistischen Zuweisungen verbunden werden. In jüngerer Zeit wird im Zuge Wiederbelebung der national-revolutionären Idee das "ideologische Arsenal von Volk und Nation [...] um Kampfbegriffe wie Globalisierung, Imperialismus und Identität erweitert und damit auch international kompatibel gemacht"[83].

[82] www.jn-buvo.de

[83] Grumke, Thomas/ Wagner, Bernd (Hrsg): Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 389.

So findet verstärkt nach dem 11. September 2001 ein gefestigter Anti-Amerikanismus in den Berliner Veröffentlichungen der JN und bei Demonstrationen Ausdruck. Beides zeigt sich an folgenden Materialien sehr deutlich:

Den Imperialismus durch revolutionären Nationalismus besiegen!" (Bild: schlechte Qualität, vermutlich ein vermummter Typ, mit Arafat-ähnlichem Tuch um Kopf), Bochum

März 2002 an der Tramhaltestelle Brodowiner Ring: NPD "Schluss mit den US-Angriffskriegen. Stoppt den Weltbrandstifter USA und seine deutschen Kollaborateure. Gegen die Unterdrücker, für die Unterdrückten"

April 2003 am Spreecenter: NPD "Keinen Cent für Kriegstreiber! Boykott. Kauft keine US-Waren!"

Jahrelang hat die JN eine offensive Jugendarbeit in Marzahn-Hellersdorf betrieben. Es gelang ihr in die rechtsextrem-orientierte Jugendszene hineinzuwirken, um sich unter Jugendlichen eine Basis zu verschaffen. Wenn es einen "inneren Führungskern" oder "Leute" gebe, die viel "organisieren", "dann ist es halt zwangsläufig, dass von dort die ganzen Aktivitäten ausgehen", war zu hören.

Ein Hellersdorfer Bürger meinte zur Anwerbe- und Propagandastrategie der NPD/JN:

"Da werden auch richtig Schulungen durchgeführt, auch in Gaststätten, wo die Kameradschaft geschult wird. Und unter anderem werden die dann dazu angehalten, dann bestimmte Standorte anzulaufen und da mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Da akquirieren die, geben dann ihre Aufkleber rum oder mal ein Bier aus und da ist es ihnen auch recht, wenn gewalttätige mit dabei sind."

Der Kern der NPD/JN steht in einem engen Kontakt zum rechtsextremen Szeneumfeld; es wird versucht, Jugendliche für die Ideen und Werte der NPD zu gewinnen und enger an die Partei zu binden.

Insgesamt stützte sich die JN auf ein umfangreiches Repertoire an kulturellen und erlebnisbetonten, politischen und ideologischen Strategien. Regelmäßige Treffen der Gruppe, Stammtische und Liederabende, Fahrten und Besuche von Veranstaltungen (z.B. Fußball oder Eishockey oder Konzerten), Teilnahme an Demonstrationen und eben die Erfüllung von Aufgaben für die Mutterpartei NPD sind nur ein kleiner Ausschnitt aus diesem Repertoire.

Ein Interviewter aus Brandenburg erinnert sich:

"Man hat sich einmal im Monat getroffen, mit einem Referenten, der aus Berlin kam. Lichtbildervortrag über Ostpreußen oder aktuelle Dinge, danach mit Diskussion und Musik, also Lieder."

Außer diesen regelmäßigen Treffen, gab es auch andere kulturelle Events. Dazu gehörten jährlich wiederkehrende Fest- und Feiertage: "Sommer-, Wintersonnenwende, Fasching, Erntedankfest, das sind die vier primäre Tage und Osterfest. Dann noch Tanz in den Mai, Walpurgisnacht. Da werden so kulturelle Sachen gepflegt, mit großen Veranstaltungen. Vom Niveau her recht ansprechend für die rechte Szene."

Es fanden auch viele Liederabende statt, unter anderem mit dem NPD-Aktivisten Jörg Hähnel, der sich an der Gitarre versucht. "Er hat viele Kameradschaftsabende oder Liederabende bestritten." "Er hatte eine große Vorbildwirkung: Gitarre spielen lernen, Rennicke-Lieder nachzuspielen."

Auch ein Konzert des Liedermachers Frank Rennicke[84] gehörte zu den Szene-Höhepunkten im Bezirk, ebenso wie Fahrten zu Großveranstaltungen der JN ins Brandenburger Umland.

Zu erfahren von einem Gesprächspartner aus dem Kulturbetrieb war auch, dass es eine "Volkstanzgruppe" gebe, die für das "Umfeld" gegründet wurde: "Walzer und Polka" seien die "Haupttanzschritte."

"Es war nicht vordergründig ein rechter Betrieb, man konnte es sich vielleicht denken. Vordergründig war es ein Verein..."

Diese Gruppe trat auch überregional auf:

"Es wurden auch viele Fahrten gemacht, die sind aufgetreten in Passau beim Tag des nationalen Widerstands, vor 6.000 Leuten. Die meisten, die mitgemacht haben, waren kulturell bewandert. Das war nicht das Stimmvieh oder das Umfeld von Skinheadmusik, sondern Leute, die an sich selber einen kulturellen Anspruch haben. Sie hatten auch Trachten. Sie sind auch gegen Geld aufgetreten."

"Spaß" zu haben, stehe für die Teilnehmer im Vordergrund:

"Es war Erholung vom politischen Alltag." Aus vielen "Strömungen" habe sich diese

[84] Wahlveranstaltung der NPD. Helle Mitte, 15.10.2001

Gruppe zusammengesetzt: "Bund heimattreuer Jugend, Freibund, diese völkische Schiene, diese Wiking-Jugend-ähnliche Sache. Und viele aus der Partei. Berlinweit gibt es jetzt einen großen Volkstanzkreis."

Auch der Sportbereich spielte eine wesentliche Rolle.

So wurden Fußball- oder Volleyballturniere organisiert und in der JN gab es längere Zeit eine "Kampfsport"-Ausbildung. Ein Gesprächspartner erinnert sich, dass sogar die Idee kursierte, einen eigenen Sportverein zu gründen.

**JN-nahe Jugendszene/ "freie Kräfte"**

In Marzahn–Hellersdorf gab es in den letzten Jahren eine zahlenmäßig umfangreiche rechtsextreme Szene und rechtsextrem orientierte Jugendszene, in der sich eine deutliche Sympathie für die JN entwickelte. Allerdings zeigt der Rückblick, dass die Mehrzahl der sympathisierenden Jugendlichen sich organisatorisch nicht binden lassen wollte:

"Einige Sympathisanten haben es kurzzeitig mit Kameradschaften versucht, aber die meisten wollten frei bleiben, die wollten nicht als zahlende Mitglieder eingebunden werden. Sie hat der Mitgliedsbeitrag abgeschreckt und die Strukturen."

Man kann sogar sagen, dass die JN in Marzahn-Hellersdorf mit ihrem Habitus, "politische Soldaten" für die "Rettung des Volkes" heranzuziehen, auf starke Unlust bei einem großen Teil der rechtsextrem orientierten Jugendkultur stieß. Der Schritt in die politische Organisierung erfolgte nur bei Einzelnen. Insgesamt ist anzumerken, dass es viele alltägliche Hürden in der "nationalen Jugendarbeit" gab: Jugendliche mit sozialen Problemen, Demotivierung, die nicht viel von der Disziplinierung und "kulturellem Anspruch" etc. halten oder nicht genügen können.

Rückblickend reflektiert ein ehemals in der Szene Aktiver: "Die Jugend ist nach meinem Empfinden in den letzten drei, vier Jahren auch äußerlich unpolitisch geworden. Spaßgesellschaft - sie versuchen sich mit Kumpels zu treffen. Die Jugend wählt vielleicht noch rechts, ist aber nicht mehr bereit etwas "für die Sache" zu machen."

Dass diese These von der Wahlbereitschaft auch für Jugendliche unter 18 Jahren zutrifft, zeigen Ergebnisse der U-18 Jugendwahl:

**U18 – Jugendwahl "unter 18":**

Die U18 -Wahl richtet sich an Jugendliche, die noch nicht volljährig und damit noch nicht wahlberechtigt sind. Sie können sich im Rahmen des U18-Projektes mit den kandidierenden Parteien und dem bundesdeutschen Wahlsystem auseinandersetzen und schließlich auch ihre Stimme abgeben. Teilnehmen können alle interessierten Jugendlichen. Die U18-Jugendwahl ist ein Kooperationsprojekt verschiedener Träger und Einrichtungen; Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Wahl werden von Jugendarbeit und Schule übernommen.

Auch in Marzahn–Hellersdorf beteiligten sich 2002 Jugendeinrichtungen und Schulen, in denen insgesamt über 2000 Jugendliche ihre Wahlentscheidung abgaben. Die Ergebnisse wurden zentral registriert und im Internet veröffentlicht[85].

Die Ergebnisse für den Bezirk Marzahn–Hellersdorf der U18-Wahl September 2002[86]:

| | | |
|---|---|---|
| SPD | 759 | 36,77% |
| CDU/CSU | 264 | 12,79% |
| PDS | 353 | 17,1% |
| B90/Grüne | 156 | 7,56% |
| FDP | 77 | 3,73% |
| NPD | 182 | 8,82% |
| Sonstige | 273 | 13,23%[87] |
| ungültig | 14 | 0,68% |

Mit 8,82 % liegt die NPD hier weit über dem Berliner Durchschnitt (4,27%). In einigen U18-Wahllorten des Bezirks ‚wählten' bis zu 15 und 20% der Jugendlichen NPD. Auf die Frage, wie diese hohen Zahlen zu erklären seien, meinten Interviewte, die "Jugendarbeit" der NPD und ihr "Biedermeier-Stil" komme bei Jugendlichen an. Ein Sozialarbeiter hebt hervor, dass ein großer Teil der Heranwachsenden "Hass" auf AussiedlerInnen und MigrantInnen empfinde und artikuliere.

Die JN steht immer wieder vor der Herausforderung, sich wirksame Strategien einfallen zu lassen, um attraktiv zu erscheinen und attraktiv zu bleiben. Natürlich gehen jegliche Aktivitäten, die auf das Bedürfnis nach Erlebnis, Spaß und Identität eingehen

[85] www.u18.org
[86] 2001 beteiligten sich in Marzahn-Hellersdorf aus verschiedenen Gründen nur 319 Jugendliche an der U18-Wahl, von ihnen entschieden sich 18,8% für die NPD, 21,8% für die PDS, 29,8% für die SPD und 12,3% für die CDU. Ergebnisse unter: www.u18w.claranet.de/ergebnis.html
[87] Sonstige sind DKP, DVU, KPD, PRO und REP

in diese Richtung. In diesem Zusammenhang sind Erfahrungen von GesprächspartnerInnen (insbesondere aus dem Bereich von Jugendarbeit und Schule) sehr ernst zu nehmen, dass jüngere Heranwachsende sehr beeinflussbar seien, besonders wenn ihnen attraktive Angebote durch scheinbar starke Gruppen unterbreitet werden. Eine Interviewte erzählt über die Jugendlichen ihrer Zielgruppe, die sie als politisch desinteressiert beschreibt:

"Also ich denke wenn man ihnen was anbietet, was ihnen die Langeweile nimmt, und jetzt so was, wie wir jetzt machen, Fahrten, Feuerchen, Grillen, ..spannende Sachen, Abenteuer, was ihnen sonst so fehlt im Leben, dann denke ich schon, dass man sie durchaus damit kriegen könnte und sie in eine bestimmte politische Richtung drängen könnte. Wenn man ihnen irgendwas bietet, was anders ist, dass man sie dadurch kriegt, das denke ich schon. Also wenn jetzt jemand käme und erzählt, komm wir fahren ins Zeltlager, machen Spiele, Feuer, Gemeinschaft und hastenichtgesehen, und dann so politisches Bewusstsein unterschieben, das würde klappen, das denke ich schon.

**Mobilisierende Themen in der JN-nahen Jugendszene: "Gegen Links" und "gegen Ausländer"**

Das scheinbare Desinteresse für Politik sollte jedoch nicht täuschen, denn insbesondere der JN nahestehende Jugendliche und jungen Erwachse ließen und lassen sich für spontane politische Aktivitäten durchaus aktivieren. Wie bereits dargestellt war dabei die in der Szene verankerte Feindbildorientierung "gegen Ausländer" und besonders auch "gegen Linke" sehr mobilisierend:

"Die meisten waren sporadisch da, wenn es z.B. eine linke Demo gab und sie ausspionierten, was die machten. Dann waren schon mal 40 Leute am U-Bahnhof gewesen. Aber bei Sachen, die keinen Spaß machen, wie Plakate kleben, waren es bloß 10. Da ist abhängig von der Lust und Laune gewesen. Die Leute sind auch abhängig von anderen Leuten: Wenn der eine kommt, kommt auch der andere, eine Kettenreaktion. Wenn es um Stress geht mit Linken oder mit der Polizei oder Abenteuer, Nervenkitzel, dann sind 40 Leute da gewesen. Bei Infoständen mit Polizeischutz sind 10, 15, 20 Leute gewesen. Wo es um Imponieren ging, da war die Szene verstärkt."

Die feindbildorientierte Spontanität aus der Szene heraus führte auch dazu, dass sich an verschiedenen Orten von Marzahn-Hellersdorf "no-go-areas" bzw. "Angstzonen" für potenzielle Opfer herausbildeten. Diese waren und sind oft temporär und räumlich dynamisch. In manchen Fällen wurde dies durchaus gezielt betrieben, im Sinne einer "ausländerfreien" oder gar "national befreiten Zone":

Ein Lehrer beschreibt:

"Es gab vor Jahren in Marzahn auch Plätze, die als ‚Ausländerfreie Zone' deklariert wurden. Das ist wieder besser geworden. Das war unter anderem der Platz gegenüber dem Dorf Alt-Marzahn. Kienbergschule, da war [eine] Schule direkt daneben, hier: [zeigt auf die Bärensteinstraße], da gab es so ein Gebiet mit Kaisers-Kaufhalle, das als "ausländerfrei" definiert wurde, von diesen Leuten. Also ich muss ehrlich sagen, dass das keine reine Vermutung ist. Das ging schon los damit, dass auf einmal Plätze so definiert wurden, als ‚national befreite Zonen', das hat man dann als Lehrer mal von Schülern gehört."

Für die Alltagserscheinung bedeutet der Versuch einer Durchsetzung einer "National Befreiten Zone", dass konkrete Bereiche nur noch von den Personen aufgesucht werden können, die den anwesenden Rechtsextremen ‚gefallen'. So können öffentliche Plätze oder Parks, Einkaufszentren oder ganze Straßen durch die Präsenz von Rechtsextremen no-go-areas für "Andersaussehende" oder "Fremde" werden.

Da solche no-go-areas sich auch verschieben, auflösen oder temporär organisiert sein können, gilt für obiges Beispiel, dass sich die Situation aktuell geändert haben soll:

"Das hat sich aber wieder nach meiner Auffassung geändert. Da steht jetzt zum Beispiel auch ein Türke, der da Fruchthändler ist, vorne auf der Ecke. Insofern hat sich das entweder nicht durchgesetzt oder, ich kann noch nicht mal sagen, dass es aufgrund von aktiven Gegenkräften nicht mehr so ist, das will ich auch nicht behaupten, aber das war so eine Angstzone."

Im Rahmen einer solchen Dynamik wurde in Hellersdorf 2002 ein türkischer Imbiss angegriffen und abgebrannt, wobei dieser Angriff wohl der Jugendeinrichtung "Kiste" gegolten hatte[88]. Ein Interviewter meinte: "Die NPD zieht solche Gewalttypen aus der Skinheadszene an. Dass da Leute austicken, ist vorprogrammiert."

[88] 1.Februar 2002, siehe Kapitel "Übergriffe"

In Marzahn und Hellersdorf versuchten NPD, JN und unmittelbares Umfeld immer wieder – teils erfolgreich – Orte und Einrichtungen zu dominieren. Eine Mitarbeiterin eines Jugendclubs erinnert sich:

"Es kamen Jugendliche ins Haus, die erst auch noch neutral waren, würde ich jetzt mal so sagen. Und die dann mit anderen in Kontakt gekommen sind, die dann auch deutlich älter waren und die dann auch ein bisschen die rechten Tendenzen reingetragen haben ins Haus und wo sich dann auch was verfestigt hat. Dann wurde das auch wirklich so ein richtiges Rechten-Nest, das kann ich wirklich so sagen"

In Hellersdorf ist die entsprechende Szene lange durch den öffentlichen Raum "gewandert", und zeigte in verschiedenen Jugendeinrichtungen Präsenz. Dies mündete schließlich in die Forderung nach einer eigenen Jugendeinrichtung. Aus der Verwaltung ist zu hören:

"Es gab vor zwei drei Jahren mal massive Auseinandersetzungen zwischen den rechten und linken Jugendlichen. Wo genau klar war, welche Einrichtung für die Linken da war und dann die Rechten meinten: "So, jetzt wollen wir auch unsere Einrichtung haben!" Das haben die dann natürlich gar nicht verstanden, dass man das dann ihnen nicht sofort zur Verfügung stellte. Das hat sich aber nach manchen Übergriffen des Einen auf den Anderen bis heute beruhigt."

**Verhalten von Führungspersonen der NPD/JN**

Interessant ist auch, wie in diesem Zusammenhang Führungspersonen bzw. politisch aktive Personen aus der NPD und der JN von Interviewten wahrgenommen wurden:

Ein Interviewter aus der Sozialarbeit meint:

"Und was wir festgestellt haben, es gab Verbindungspersonen zwischen denen die eben so aussahen wie Rechte und den politisch Rechten, die eben versucht haben, in diese Gruppen hineinzuinfiltrieren und eben bestimmte Meinungsbilder zu machen und bestimmte Musik da reinzubringen. Das habe ich schon festgestellt. Da ist natürlich von politischer Seite auch versucht worden, diese jungen Leute für ihre Zwecke zu gebrauchen, aber nicht von Leuten, die dann eben ne Glatze getragen haben, sondern von Leuten die mit Anzug gekommen sind und bei denen man nicht gesehen hat, dass sie irgendwas mit dieser Szene zu tun haben. Die haben versucht in unser Haus zu kommen, ja. Wir haben das aber nicht zugelassen, wir wollten unsere Jugendlichen schützen. Wir wollten auch nicht als rechter Club verschrien werden..."

Wenn mit den Teilen der rechtsextremen Jugendszene pädagogisch gearbeitet wurde – und sich vielleicht erste Erfolge zeigten –, versuchten mitunter organisierte Rechtsextreme einzugreifen und die Heranwachsenden wieder stärker zu binden. Innerhalb der Kontexte Jugendarbeit, Straßensozialarbeit und Polizei gab es in dieser Zeit vielfältige Berührungen mit organisierten Kadern:

"Es gab Versuche der Streetworker mit diesen Gruppen, auch mit den Führern, ins Gespräch zu kommen, was sich nicht als sonderlich produktiv erwies, einfach nur um Gefahren zu verhindern, Übergriffe zu verhindern."

Ein Streetworker erzählt, dass ihm organisierte NPD-Funktionäre mit Drohungen gegenüber getreten sind:

"Vor ein oder vor zwei Jahren hatte ich mich auch mit zwei jungen NPD-Funktionären [unterhalten] und die haben gesagt: Na ja, wir kriegen Sie, wir wissen wo Sie sind! Und wir beobachten Sie! Und da kam ich natürlich auch ins Grübeln..."

"Ich hab dann auch längerfristig mit zwei Älteren zu tun gehabt, die waren auch schon 23-24. Die haben auch am Anfang, wo ich näher in Kontakt getreten bin, ein paar Drohungen gegen mich losgelassen, weil die auch dachten, ich würde ihnen ihr Fußvolk wegnehmen. Na ja: ‚wir werden dann sowieso irgendwann das politische Sagen haben...!' – das ist zwei Jahre her – und na ja: sie werden sich ‚schon die Gesichter merken' und so..."

**Erfahrungen der Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen**

Sofern Gruppen rechtsextremer Jugendlicher in den Einrichtungen auftraten – und es gibt hier eine lange Geschichte in Marzahn–Hellersdorf – wurde sehr unterschiedlich damit umgegangen. (Wir gehen später noch genauer darauf ein.) Festzuhalten ist an dieser Stelle jedoch, dass es neben allen Schwierigkeiten und Konflikten auch erfolgreiche Episoden der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen gab, die u.a. dazu beitrugen, dass sich manifeste Szenen auflösten. Ein Sozialarbeiter erzählt:

Die Einrichtung "hat gesagt, ihr könnt hier rein aber keine politischen Orientierungen, keine Symbole, haltet Euch an die Regeln, sonst müsst ihr wieder raus. Und ... der hat auch erlebt, dass [...] ältere Herrschaften, also um die 35, immer versucht haben die-

se Jugendlichen da wieder rauszuholen, das habe ich auch schon erlebt, weil diese Älteren gedacht haben, die nehmen ihnen ihr Fußvolk weg..."

Organisierte Personen haben also sehr gezielt versucht, die rechtsextrem orientierten Heranwachsenden möglichst fest an die NPD/JN zu binden. Das kann – sicherlich mit Unterschieden – sowohl für Marzahner als auch für Hellersdorfer Stadtteile gesagt werden. Insbesondere in Hellersdorf Nord und Hellersdorf Süd hatte sich bis ins Jahr 2002 eine quantitativ umfangreiche rechtsextreme Szene gebildet, in der altersübergreifend Jugendliche und Erwachsene vertreten waren. Dass es unter solchen Voraussetzungen kaum noch möglich war Einfluss zu nehmen, stellt ein Streetworker dar:

"Sobald Erwachsene dabei sind, ist das äußerst schwierig, dann ist es eigentlich unmöglich in diese Gruppen reinzukommen. Man muss also warten, bis die Erwachsenen weg sind. Da waren keine Eltern dabei in dieser rechten Gruppe, das waren keine Eltern. Das war ganz eindeutig diese zusammen gerufene Truppe aus anderen Stadtbezirken. Das wird ja auch noch immer schwieriger, wenn da Jugendliche kommen, die man nicht kennt. Das war ne 40 Mann starke Truppe."

Die Sozialisationserfahrungen in einer solchen Szene waren für einen Teil der Heranwachsenden nachhaltig. Seitens organisierter Personen wird hier mit einer komplexen Mischung aus Gruppendruck, Emotionalisierung sozialer und politischer Themen, Motivierungs- und Anerkennungsstrategien, aber eben auch bis hin zu Drohungen bei einem potenziellen Ausstieg gearbeitet. Solche Prozesse wirkten dann in der Szene eigendynamisch weiter, es handelte sich dabei um eine Art autoritäre und kollektivistische Gruppendynamik.

Die Erkenntnis, letzten Endes jemand zu sein, der die "Drecksarbeit" macht, kann in diesem Zusammenhang ein Impuls zur Distanzierung oder gar zum Ausstieg sein:

"Die von oben, die politischen intelligenten Führungspersönlichkeiten, diese Leute die so 'ne führende Rolle spielen, die sind ja sehr gefährlich. Die lassen sich auch nicht in die Karten gucken. Aber diese kleinen, diese Mitläufer, die die Drecksarbeit machen, die wirklich benutzt werden, die werden irgendwann vor die Entscheidung gestellt, entweder rutsche ich tiefer rein oder ich steige aus. Man muss ja irgendwie doch von irgendwas leben."

Auch aus anderen Bereichen ist zu hören: "Auch bei den rechten Jugendlichen hat sich so eine Leck-mich-am-Arsch-Stimmung breitgemacht. Hauptsache ich bekomme einen Job, das andere ist mir egal."

Ein anderer Interviewter meinte, da viele Leute "ziemlich jung zur NPD/JN stoßen und im Leben eine Entwicklung mitmachen", würden sie irgendwann beginnen, "die Sachen zu hinterfragen". "Dieser ewige Druck von oben, von der Partei, von staatlichen Stellen, von linken Gruppen. Irgendwann sagen sie sich, warum tue ich mir das an? Ich muss Geld in die Sache reinbuttern, ich bin bei Wahlkämpfen kostenloser Mitarbeiter, also ehrenamtlich oder idealistisch. Das Gemeinschaftsgefühl ist auch nicht mehr da wie früher. Es gibt es in allen Vereinen, auch bei der NPD, private Probleme, wo die Leute ihr wahres Ich zeigen. Die Leute verlieren dann schnell die Lust an politischen Organisationen."

Und ein Sozialarbeiter reflektiert:

"Und es gibt viele Jugendlichen, denen wird das im Rahmen dieser Auseinandersetzungen, wegen der Straftaten und den anschließenden Sanktionen zu bunt. Da entwickelt sich dann irgendwie diese AUCH-Mentalität: Ich möchte auch was haben! Manchmal sind sie dann ungewollt Vater geworden und denn müssen sie sich Gedanken machen: Nicht doch ne eigene Wohnung haben? Nicht doch irgendwie mal'n Führerschein machen? Irgendwie vielleicht doch mal verreisen, oder so. Da braucht man doch Geld!! Und ewig von Stütze? Also viele aus dieser rechten Szene, die einfachen Mitläufer, die leben vielfach von Stütze, was sie selbst nicht wahrhaben wollen und da müssen sie sich dann entscheiden. Also entweder ich rutsche weiter rein mit den Konsequenzen, die das hat oder ich sehe zu, wie ich mit dem Arsch an die Wand komme".

Ein Mitarbeiter eines Nachbarschaftsprojekts beschreibt, dass junge Leute unter Druck gesetzt würden, die bereits sehr tief in der Szene waren und jedoch den Eindruck vermittelten, sie würden sich lieber zurückziehen oder aussteigen:

"Es ist ja auch nicht ganz ungefährlich jahrelang in so 'ner Szene gewesen zu sein und dann aus so 'ner Szene rauszugehen. Also einige haben sich wirklich ganz weit weg verabschiedet. Wenn Sie in so 'ner Szene drin sind und Sie sind so 'n Leitbild. Dann sind Sie ja wichtig für diese Szene und wenn Sie dann da rausgehen, sich anders orientieren, dann kann es schon mal

passieren dass sie dann auch zusammengeschlagen werden. Sie sind ja ein schlechtes Vorbild für die anderen. Wenn man da rausgeht, dann macht man sich ganz große Feinde"

**Aktuelle Trends**

Hinzu kommt der aktuelle Trend, dass innerhalb der JN weniger auf ein offensives Auftreten nach außen hin, die Unterstützung der NPD bei Wahlkämpfen bzw. auf die Teilnahme und Organisierung von Demonstrationen gesetzt wird, sondern auf "Kaderbildung" nach innen. Es werde mehr auf "Qualität" geachtet, als auf Quantität, war von Gesprächspartnern zu vernehmen.

Sehr deutlich spiegelt sich dies auch in der Entwicklung von regelmäßig erscheinenden und mittlerweile professionell erstellten Schulungsmaterialien wieder, die für aktive Kader eine Handlungsgrundlage im Umgang mit Jugendlichen darstellen. Seit Mitte der 90er Jahre gab es für solche Zwecke z.B. Broschüren, wie "Der Aktivist", "Jungsturm" und vor allem auch die Zeitschrift "Jugend wacht". Zentrale Autorinnen und Autoren von JN-Publikationen stammen auch aus dem Bezirk Marzahn–Hellersdorf. In den genannten JN-Organen wurden und werden pädagogisch weitreichende Konzepte einer Jugendbildung formuliert, die auf einem stark rassistischen, nationalistischen, völkischen und biologistischen Konzept und Weltbild basieren.

Die Professionalisierung dieser Schulungsarbeit lässt sich sehr deutlich an der Zeitschrift "Jugend Wacht" nachvollziehen. Während die oben genannten Materialien lange Zeit eher als unprofessionell gestaltete lose Blattsammlungen erschienen, ist die "Jugend wacht" seit Beginn ihres Entstehens als anspruchsvoll layoutete A4-Zeitung erschienen. Ein deutlicher qualitativer Unterschied zeigt sich mit dem Jahr 2003. Seitdem erscheint die "Jugend wacht" sowohl im Internet als auch als Zeitschrift. Besonders in der Anfangszeit haben vor allem AutorInnen aus Marzahn–Hellersdorf die Zeitschrift erstellt.

Auch die Erstellung und Verbreitung solcher Propaganda- und Schulungsmaterialien ist mit einer politisch-kulturellen "Kaderbildung" verbunden. Auf diese würde in Kreisen der "Jugend wacht" viel Wert gelegt, war zu erfahren. Potenzielle Nachwuchspersonen würden gezielt "ausgesucht":

"Bei der Kaderbildung kann es sein, dass die Leute sich nicht nur nach außen darstellen, sondern auch im inneren Zirkel ihre Politik machen. Diese Leute wollen dann morgen Führungspositionen bei einem "Machtwechsel" übernehmen."

Und:

"Das ist der neue Weg, sich übers Internet darzustellen und nicht die Fehler zu nachen wie die NPD, mit Demos und Skinheads, die abtörnend für die Bevölkerung sind. Für so elitäre Kreise, die sich abschotten, ist das der neue Weg, die auf Fahrten und kulturelle Sachen mehr Wert legen als auf Wahlkämpfe. Das wird diesen Leuten völlig am Arsch vorbeigehen. Viele haben gesehen, dass die Wahlen nichts bringen."

"Es geht mehr um Gemeinschaftssinn, einen inneren Kern", reflektiert ein Interviewter. Außerdem könne durch Versandhandel per Internet Geld gemacht werden.

Als Fazit wird bei all dem deutlich, dass gegenwärtig die Eigenständigkeit der JN von der NPD zunimmt, immer mehr koppelt sich die JN von der NPD ab, "fährt eine andere Linie" als die Partei.

Wirft man einen resümierenden Blick auf die Aktivitäten von NPD und JN im Bezirk Marzahn Hellersdorf kann man einiges für die zukünftige Praxis der Auseinandersetzung lernen. Bevor diesbezüglich ein reales Fazit gezogen wird, gehen wir noch auf Aspekte der bisher geführten zivilgesellschaftlich-demokratischen Auseinandersetzung ein:

**Demokratische Auseinandersetzung mit der NPD/JN**

Die politische Strategie der NPD/JN zeichnete sich in den letzten Jahren im Bezirk dadurch aus, dass ein Kreisverband aufgebaut worden ist, Heranwachsende mit kulturellen und politischen Szeneaktivitäten gebunden worden sind, harte und weiche politische wie bezirkspolitische Themen aufgegriffen wurden (von Ökologie bis hin zu Arbeit) und sich die Führungskräfte mit ihrem unmittelbaren Umfeld auch in zentrale zivilgesellschaftliche Veranstaltungen eingeklinkt haben.

Die Interviewten haben daran mehr oder weniger genaue Erinnerungen. Beispielsweise wurde rekapituliert, wie sich nach Auseinandersetzungen zwischen linken und rechtsextremen Personen am S-Bahnhof Wuhletal 1997 die NPD/JN an den Runden Tisch begab; die Konflikte um den ersten Mai 2001 wurden erzählt; die Präsenz bei der CDU-Veranstaltung zu Gewalt an der Schule; die Forderung nach einer eigenen Jugendeinrichtung; der szeneinterne Dis-

kurs über den 11.9.2001 und die US-Intervention im Irak, die zu Friedenspostulaten führte; aber auch eine Strategie, sich gegen die Kürzungen des rot-roten Senats zu positionieren.

Ein besonderes Beispiel der Auseinandersetzung mit NPD und JN ist der "Runde Tisch gegen Gewalt und für Menschenrechte" (existierte bis September 2003), an dem auch lokale Führungskräfte eine zeitlang teilnahmen.

Führte die anfängliche Verunsicherung der demokratischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Runden Tisch zunächst zu einem Raum für rechtsextreme Positionen, so wurden die Rechtsextremen später eher marginalisiert und blieben dem Gremium fern.

Ein weiteres Beispiel für die demokratische Auseinandersetzung mit der NPD und mit Rechtsextremen ist eine Podiumsdiskussion zur Abgeordnetenhauswahl 2001, bei der sich die Kandidatinnen und Kandidaten des Bezirks vorstellten. Auch hier forderte ein NPD-Kandidat einen Platz auf dem Podium. Als die KandidatInnen von Bündnis 90/die Grünen und der PDS für diesen Fall ihre Absage androhten, wurde dem NPD-Kandidaten das Podium verwehrt.

Das bereits beschriebene Beispiel zu der Veranstaltung der Jungen Union, bei der Personen aus dem NPD-Umfeld mitdiskutierten, verdeutlicht eine gewisse Schwierigkeit, Positionen der NPD zu erkennen und außerhalb des demokratischen Konsenses einzuordnen. Anknüpfungspunkte und auf den ersten Blick ähnliche Positionen werden zum Teil erfolgreich von rechtsextremer Seite genutzt, um im Diskurs einen Platz zu finden.

Zur Strategie der NPD äußert ein Interviewter folgendes: "Wichtig war denen, sich selbst darzustellen, mit dem politischen Gegner zu diskutieren, Positionen klar zu machen und Präsenz zu zeigen. Es wurde in Zeitungen geguckt, wann wo was ist und drei, vier Leute sind hingegangen. Die reden konnten, haben sich eingebracht."

Dabei sei keine große "Vorplanung" erfolgt, sondern versucht worden "dort zu Wahlkampfzeiten in Erscheinung zu treten, um Presse zu kriegen", oder um sich "als Machtfaktor in Marzahn-Hellersdorf darzustellen."

Es sei versucht worden "außerhalb der Szene Erfahrungen zu sammeln und Diskussionsstoff zu liefern und zu provozieren, um eine Pressemitteilung zu kriegen." Und es sei darum gegangen, "bezirkliche Themen aufzunehmen" und einen "Einblick in die Bezirkspolitik zu kriegen". Dahinter stand die Annahme, dass es möglich gewesen wäre, die eigenen national-revolutionären Positionen "glaubwürdig zu verkaufen", wäre die NPD in die BVV gewählt worden.

Ein Interviewter, der damals der NPD nahestand erinnert sich: "Es war so eine Neugierigkeit, aber auch Vertrautheit da. In den Marzahner Diskussionsrunden wurde es damals von der NPD erwartet, dass Leute kommen."

Ein Interviewter aus einem Kulturprojekt beschreibt:

"Mit ausgesprochen fanatischen Anhängern der NPD habe ich noch nicht diskutiert, es sei denn bei diesen eine zeitlang existierenden Arbeitskreisen zur Rettung der Demokratie, wo die NPD sich zu jeder Frage geäußert hat. Die kam da mit `ner starken Fraktion hin, verstanden zwar nicht alles, was da gesagt wurde, äußerten sich aber zu allem. Aufgefallen ist mir, dass sie immer wieder versucht haben, die Angriffe gegen die sogenannten Kameradschaften zu entkräften oder ganz abzuwehren"

Eine andere Interviewte aus der Jugendarbeit erzählt:

"Ich hab die sicherlich interessanteste und härteste Veranstaltung erlebt, das ist bestimmt drei oder vier Jahre her, und da ist sozusagen zu einer Diskussion eingeladen worden aus Jugendclubs verschiedene Leute, die Mut-Initiative, paar vom Jugendamt, und ein paar sehr interessante Leute von der NPD waren da. Das war ziemlich haarsträubend. Sie hatten natürlich Jugendliche dabei die begeistert berichtet haben vom - ich sag mal – verdrehten Geschichtsunterricht, also Auschwitz, solche Geschichten. Ich war schon auch ein Stück entsetzt über die Souveränität, die Cleverness... Das hat damals moderiert, sehr souverän, der Pfarrer, der auch diesen Runden Tisch `für Menschlichkeit, gegen Fremdenfeindlichkeit´ moderiert hat. Das war extra ein Termin an dem Nachmittag. An diesem Würfel dort, am Hauptbahnhof Hellersdorf. Das waren Bürgerkriegähnliche Zustände, überall Polizei."

Auf einigen Veranstaltungen störten VertreterInnen der NPD massiv (durch Zwischenrufe und Aktionen):

"Da kam es auch immer wieder vor, dass ... ganz massiv eine Gruppe von Nationaldemokraten gestört hat. Da ging es auch gerade darum, dass das NPD-

Verbotsverfahren heraufzog, da hatten die dann, wo der Klett da war ein Plakat entrollt (zum Thema Meinungsfreiheit)"

Von wechselseitigen Gesprächen, die es z.B. bei einer Veranstaltung im "Baukasten" vor einigen Jahren am ersten Mai gab, berichtet eine der OrganisatorInnen:

"Es kam dazu, dass Rechtsextreme mit Besuchern sich zusammengesetzt haben und einfach mal ihr Gedankengut ausgetauscht haben, also versucht haben, sich zu verständigen, das ist sehr gut gelaufen".

Fraglich ist hierbei, wer in solchen Diskussionen mehr Vorteile gewinnt. Die Strategie der NPD, sich im Kampf um die Köpfe in Diskurse im Bezirk einzumischen und diese Auseinadersetzungen auch zu dominieren, geht oft ganz und gar auf.

Ein damals in der Szene Aktiver erwiderte auf die Frage: "Hat Dich mal jemand richtig zum Nachdenken gebracht über Deine eigenen Positionen?"

"Wenn man in der Szene ist und in diesem Rausch lebt, nimmt man diese Gegenargumente nicht wahr. Durch Argumente vom Gegner werden die wenigsten überzeugt. Da muss etwas passieren, innerlich..., Erlebnisse, Familiengründung, viele Wahlkämpfe und diese Pseudomoral."

**Zwischenfazit**

Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf gibt es eine lange Geschichte aktiver NPD/JN-Strukturen. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Bedeutung der NPD im Bezirk nach wie vor groß ist, auch wenn der Kreisverband eine zeitlang weniger öffentlich wahrnehmbar war. Phasen, in denen NPD oder JN im Bezirk nicht so präsent sind, sollten nicht irritieren. Es kann sein, dass sich die Organisation gerade in einer Neustrukturierung befindet, was mit einem Rückblick auf das 2003 eingestellte Verbotsverfahren und momentane Konflikte in der Berliner Führungsebene der NPD wahrscheinlich ist. Gerade zeitweilige Ruhephasen können jedoch auch ein Hinweis auf die Anpassungsfähigkeit der Partei und ihrer Unterorganisationen sein. Immer wieder aktualisieren oder modernisieren sie, wie die Bestrebungen der JN im Zusammenhang mit den freien Kameradschaften und losen Szenezusammenhängen zeigen, ihre Methoden und Strategien bei gleichbleibenden politischen Zielen. Gerade diese Anpassungsbemühungen machen die NPD/JN nach wie vor attraktiv, obwohl sie innerhalb des rechtsextremen Spektrums natürlich nicht unumstritten sind.

Aus der beschriebenen Situation leiten sich verschiedene Herausforderungen für demokratiefördernde Handlungsstrategien ab. Diese richten sich insbesondere an die demokratischen Parteien aber auch an Jugendarbeit und Projekte politischer Bildung, ebenso wie zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen.

Nun gehen wir zu anderen rechtsextreme und rechtspopulistischen Parteien über.

## 6.4. Sonstige rechtsextremistische und rechtspopulistische Parteien

### Die Republikaner (REP)

Die Aktivitäten der Republikaner in ihren einstigen Hochburgen Wedding, Hohenschönhausen, Weißensee und Hellersdorf sind einhergehend mit den aktuell eher niedrigen Wahlergebnissen in Marzahn–Hellersdorf rückläufig. Gleichwohl sind im Bezirk Marzahn–Hellersdorf in den vergangenen Jahren immer wieder Flugblätter und Wahlkampfwerbung der Republikaner aufgetaucht. 1998 war darin der Slogan "Deutsche Interessen zuerst" zu lesen, im September 2001 hieß es auf einem Flugblatt in schwarz-rot-gelber Schrift "Nichtwählen ändert nichts! Protestwählen schon!"

### Deutsche Volksunion (DVU)

Die Deutsche Volksunion ist in Marzahn–Hellersdorf in den letzten Jahren nicht in besonderem Maße in Erscheinung getreten.

### Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO)

Die Partei Rechtstaatliche Offensive lud im September 2003 zu einer Informationsveranstaltung. in die Erlebnisgaststätte "Eulenspiegel" ein, die als Treffpunkt der rechtsextremen Szene in Marzahn–Hellersdorf bekannt ist. Die rechtspopulistische Partei grenzt sich damit weder von der rechtsextrem-orientierten Klientel des Lokals ab, noch verbirgt sie ihre Ambitionen, exakt dieses Klientel im Bezirk anzusprechen

Auf dem Flyer, der zum Stammtisch einlädt, bei dem die Partei sich vorstellen möchte, hieß es:

> "Partei Rechtstaatliche Offensive: Wir laden ein zum Stammtisch.
>
> Wo?: Eulenspiegel, am 3.09.2003, um 19.00 Uhr.
>
> Thema: Eine neue Partei stellt sich vor!
>
> (alle freigegebenen Getränke 1 Euro)"

## 6.5. Aktionsorientierter Rechtsextremismus/ Freie Kameradschaften

### Einleitung

Im organisierten rechtsextremen Spektrum gibt es neben den Parteien und den Jugendorganisationen organisierte Gruppierungen, die nicht den Status einer Partei oder eines Vereins haben, sondern sich unabhängig strukturieren. Insbesondere die sogenannten Autonomen oder Freien Kameradschaften, auch Freundeskreise, Freie Nationale Strukturen oder Freie/Autonome Nationalisten sind zentraler Teil dieses nicht-parteiförmig strukturierten, sondern "aktionsorientierten" Rechtsextremismus.

Bundesweit gibt es über hundert regional und überregional agierende Kameradschaften, mit steigender Tendenz

Eine Kameradschaft setzt sich in der Regel aus einer Anzahl von maximal zwanzig überwiegend männlichen Personen zwischen 16 und 28 Jahren zusammen. Nach innen sind die Gruppen ausgesprochen hierarchisch und autoritär strukturiert, wobei es sich dabei sowohl um informelle Hierarchien, als auch um formale Rollenverhältnisse handelt. Besonders letzteres hat für Freie Kameradschaften den Nachteil, dass der soziale Zusammenhang gefährdet ist, wenn eine zentrale Person den Wohnort wechselt oder anderweitig ‚ausfällt'.

Im Bezirk Marzahn–Hellersdorf gibt es Freie Kameradschaften seit Mitte der 90er Jahre. Wie auch in anderen Regionen gibt es hier einen direkten Bezug zu davor existierenden überregionalen rechtsextremen Strukturen. So fielen zu Beginn der 90er Jahre besonders die FAP (Freiheitliche Arbeiterpartei), NF (Nationalistische Front), die "Nationalen e.V." und die rechtsextreme Rockergruppe "Vandalen" ins Auge. In diesen Gruppen versammelte sich bundesweit das militante rechtsextremistische Spektrum. Bereits damals verfügte die Szene über ein breites Repertoire an kulturellen und politischen Aktivitäten, um sympathisierende Jugendliche an das rechtsextreme Milieu zu binden.

Im Bezirk Marzahn–Hellersdorf fanden Anfang der 90er Jahre auch Wehrsportübungen statt. Eine Interviewte aus der Jugendarbeit erinnert sich:

"Wir hatten mal eine Gruppe, die hat sich in Hönow getroffen und hatte dort ihre Ausbildung gehabt. Da haben sie schießen gelernt und mit dem Messer umgehen. Da ham wer Jugendliche gehabt, die waren noch nicht richtig rechts, haben dann aber von dem Camp erzählt, die wussten noch nicht richtig, was sie da tun."

Einen traurigen Höhepunkt, der auf eine Präsenz des militanten Rechtsextremismus im untersuchten Bezirk verwies, stellte das Attentat Kai Diesners auf einen Marzahner Buchhändler dar, bei dem dieser durch einen Schuss einen Teil des Arms verlor.

Insbesondere die Nationalen e.V. wirkten nach den Verboten der neonazistischen Nationalen Front (NF) Ende 1992 und der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) Anfang 1995 auch in Marzahn-Hellersdorf darauf hin, Strukturen Freier Kameradschaften aufzubauen. Insofern gibt es eine gewisse inhaltliche Kontinuität von freien Kameradschaften, die sich Mitte der 90er Jahre auch in Marzahn–Hellersdorf zu entwickeln begannen bis in die Gegenwart.

Bedeutung kommt Kameradschaften auch durch die Verbindung zur Jugendkultur bzw. rechtsextremen Jugendlichen und ihren Cliquen zu. Aus diesem Feld wird Nachwuchs gewonnen und die politische Einstellung durch Codes nach außen vermittelt. Manche Kameradschaftsstrukturen verstehen sich in diesem Kontext als Sammelbewegung.

**Verhältnis von Kameradschaften und NPD/JN in der jüngsten Vergangenheit**

In diesem Kapitel erfolgt eine Analyse der für den Bezirk relevanten Kameradschaftsstrukturen. Einbezogen – im Sinne eines Rückblicks – werden sowohl ältere Gruppierungen, die momentan nicht mehr auftreten als auch aktuelle Strukturen. Ein Schwerpunkt wird auf die Analyse der "Kameradschaft Tor" und der "Autonomen Nationalisten Berlin" (ANB) gelegt.

Doch zunächst einige weitere Anmerkungen zum gegenwärtigen Verhältnis von NPD/JN und Kameradschaften. Das Landesamt für Verfassungsschutz weist in seinem Lagebild aus dem November 2003 darauf hin, dass die NPD in weiten Teilen des aktionsorientierten Rechtsextremismus als "nicht mehr akzeptabel" und als "Systempartei" angesehen werde.[89]

In der Tat war die jüngste Vergangenheit von tiefgreifenden Konflikten und lediglich taktischer Zusammenarbeit, z.B. bei Demonstrationen, geprägt. Interviewte meinten zu diesem Verhältnis:

"Es ist eine Hassliebe: Kameradschaften haben immer die NPD/JN kritisch gesehen, nur bei Demonstrationen, z.B. zur Wehrmachtsausstellung, wurde offiziell zusammengearbeitet. Bei Demonstrationen wurden freie Kräfte eingebunden, haben sich aber nichts sagen lassen."

Oder:

"An sich war ein tiefe Feindschaft da."

"Das ist ein ewiger Streit in der rechten Szene. Ideologiestreits, persönliche Abneigungen..."

Will man eine Grundlage haben, um die gegenwärtige Dynamik zu verstehen, ist jedoch daran zu erinnern, dass der NPD/JN-Kreisverband Marzahn-Hellersdorf ein exemplarisches Beispiel dafür ist, wie versucht wurde, die NPD auf einen "neuen Kurs" zu bringen. Dieser spiegelte sich auch auf der Bundesebene wieder, wo Ende der 90er Jahre "Abgrenzungsbeschlüsse" gegenüber anderen rechtsextremen, auch gegenüber neonazistischen Strukturen und Gruppen aufgehoben wurden. Die NPD öffnete sich in alle Richtungen:

"Bundesweit hat die JN die NPD auf einen neuen Kurs gebracht, durch die Wahl von Udo Voigt, die von der JN initiiert war. Die Abgrenzungsbeschlüsse wurden aufgehoben, so dass die JN für viele Seiten offen wurde und die NPD zwangsläufig auch. Die JN hat den Umdenkungsprozess der NPD in den letzten Jahren maßgeblich mitgetragen, weil dieser Nationalsozialismus wurde schon in die NPD getragen. Die JN ist immer noch nationalrevolutionär, sieht sich als revolutionärer Geist. Momentan ist erreicht, dass die NPD sich äußerlich anders gibt, aber innerlich auf dem gleichen Kurs ist."

Sehr ernstzunehmen ist, dass es aus der rechtsextremen Szene heraus aktuelle Bemühungen gibt, angesichts der Zersplitterung und der Abgrenzung seitens freier Kameradschaften wieder eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. Der neueste Ausdruck solcher Bestrebungen, die auch intensiv von Berliner Kameradschaften (z.B. Kameradschaft Tor) vorangetrieben werden, ist der Aufruf für eine rechtsextreme 1.Mai Demonstration 2004 unter dem Motto "Volksgemeinschaft statt Globalisierungswahn" in dessen Kontext ein "Schulterschluss" aller "Nationalisten" gefordert wird. Möglicherweise zeichnet sich hier eine neue Tendenz ab.

[89] Landesamt für Verfassungsschutz 20, S.4

Zunächst jedoch erst einmal ein Rückblick:

**Kameradschaften in Marzahn**

In Marzahn hat es seit Mitte der 90er Jahre mindestens zwei Kameradschaften gegeben, die zeitweilig parallel zueinander existierten.[90]

Eine dieser Kameradschaften wurde vom NPD/JN-Funktionär Andreas Storr gegründet, um das Umfeld der Partei zu erreichen. Der Kern dieser "Kameradschaft Marzahn" überstieg vermutlich nie die Anzahl von zehn Personen und das öffentliche Auftreten beschränkte sich auf das Verteilen von schlecht layouteten Handzetteln oder Plakaten mit abgekupferten Parolen und Drohungen.

Eine zweite Marzahner Kameradschaft ging aus der FAP oder ihrem Umfeld hervor. Ein Gesprächspartner erinnert sich: "Sie waren ziemlich elitär, die meisten kannten sich noch aus FAP-Zeiten." "Sie hatten eine Anziehungskraft auf Skinheads wegen Konzertbesuchen, keinen Beiträgen, keinen Parteistrukturen. Das meiste lief über private Bekanntschaften."

Ein Lehrer erinnert sich:

"Es gab vor Jahren auch mal eine Zusammenarbeit mit der "Kameradschaft Treptow" und die haben hier wohl versucht, das ist meine Vermutung, eine eigene Kameradschaft Marzahn aufzubauen, vielleicht hat es die mal kurzzeitig sogar gegeben, aber das ist wohl doch nicht ganz gelungen, hoffe ich jedenfalls, man weiß nicht, was im Untergrund so alles läuft!"

In der Tat gab es auch zu dieser Zeit regelmäßige "Kameradschaftsführungstreffen" und eine enge Vernetzung mit militanten Kameradschaftsstrukturen in Treptow.

**Die Kameradschaften „Hellersdorf" und „Mahlsdorf"**

In der gleichen Zeit entstanden auch die "Kameradschaft Hellersdorf" und die "Kameradschaft Mahlsdorf". Beide existierten über einen etwas längeren Zeitraum und vernetzten sich ebenfalls bezirksübergreifend. "Die waren in diesem Berlinweiten Gefüge verflochten, wo auch die Kameradschaft Treptow war. Es war auch ein ziemlich elitärer Kreis gewesen, der sich nach außen abgeschottet hat. Im Bezirk hatten sie keine Verankerung."

In der Kameradschaft Mahlsdorf seien auch Jugendliche gewesen, die bereits als 14-16-Jährige zur FAP gekommen seien. Als diese dann verboten wurde, hätten sich einige als 18-19jährige in der Kameradschaft organisiert. Für Andere wiederum gilt: "Viele haben nur sone Modewelle mitgemacht und waren dann auch schnell wieder weg..."

Die bezirksübergreifende Vernetzung der Kameradschaften Mahlsdorf und Hellersdorf zeigte sich auch an einzelnen Propagandamaterialien:

Vor einer von der Antifa initiierten Demonstration in der Hellen Mitte wurden Aufkleber mit folgender Aufschrift geklebt:

> "Hellersdorf gegen Rotfrontterror und Multikulti!"
>
> V.I.S.D.P. KS- Mahlsdorf/KS Marzahn/KS Hohenschönhausen/KS-Hellersdorf und andere, KS Preußen (14 words[91]), KKK (KluKluxKlan[92])mit Lebensrunen

Die Kameradschaft Mahlsdorf existierte bis ins Jahr 2001, Einzelpersonen sind dann in überbezirkliche Kameradschaften gewechselt und andere haben sich aus der Szenepolitik zurückgezogen.

Einem Interviewten fällt zur ehemaligen Kameradschaft Mahlsdorf ein:

"Also [die Gaststätte XY] war mal so 'n richtig großer Treffpunkt und einige Ältere haben sich in der [XY-]-Straße niedergelassen, haben da ne Wohnung Vom Optischen her haben se sich angepasst, also das ist jetzt nicht mehr so, dass man vom Optischen her was sieht. Das sind wirklich so alte Kontakte, die dann da vielleicht noch zustande kommen."

**Kameradschaft 1375**

Die "Kameradschaft 1375" präsentierte sich erstmals im Jahr 2001 im Internet. Sie bestand aus vorwiegend jugendlichen Mitgliedern aus Hellersdorf. Die Zahl in ihrem Namen bezieht sich auf die erste urkundliche Erwähnung des Dorfes „Hel-

[90] Vermutlich waren es sogar drei oder mehr, wobei jene sich öffentlich nicht positionierten.

[91] Mit den sogenannten 14 Worten ist der rassistische Slogan *we must secure the existence of our people and a future for White children* gemeint.

[92] Rassistische Freiwilligen-Organisation, die ausschließlich zur Terrorisierung und Vernichtung von unzähligen Schwarzen existierte. Gegründet im Rahmen des amerikanischen Bürgerkrieges 1866 in Tennesee als religiöse Organisation, die sich in weißen Kutten und vermummt mit Spitzkappen ausgestattet mit Fackeln um ihre Schwarzen Opfer stellte und sie vor allem (meistens unter Mitwirkung der Weißen Bevölkerung) an Kreuzen anzündete. Deshalb auch Klu Klux Klan, nach dem griechischen ‚Klukos'= Rad, Kreis. Zu Beginn die "heimliche Regierung des Südens", verlor der Klan nach dem Krieg an Mitgliedern und avancierte erneut zu Beginn des 20.Jahrhunderts zu einem bedeutenden Verein mit fünf Millionen Mitgliedern, die sich bis 1944 weiterhin der Verfolgung, Vergewaltigung, Folter und Ermordung Schwarzer widmete. Heute ist der KKK – abgesehen von seinem historischen ‚Kultstatus' – faktisch bedeutungslos. www.kkklan.com

wichtstorff/Helwichstorpp" als Vorläufer Hellersdorfs im Jahre 1375. Laut Eigenbeschreibung ist die Kameradschaft "eine kleine Gruppe mit großen Zielen". Die Aktivität der Gruppe beschränkte sich – laut Verfassungsschutzbericht – bislang auf die Teilnahme an rechtsextremistischen Demonstrationen und der Ausrichtung eines Fußballturniers. Die Bedeutung der Kameradschaft ist gegenwärtig als gering einzuschätzen.

**Aktuelle Kameradschaftsstrukturen**

Wie eng die rechtsextreme Ideologie, ein militanter neonazistischer Habitus und eine aktionsorientierte jugendkulturelle Orientierung miteinander verknüpft sind, wird vor allem anhand überbezirklicher Berliner Kameradschaftszusammenhänge wie dem Nationalen Widerstand Berlin-Brandenburg (NWBB), der Kameradschaft Tor (KS Tor) oder den Autonomen Nationalisten Berlin (ANB) deutlich.

Nach der ersten ‚Gründungswelle' der Kameradschaften in den 90ern setzte vor etwa vier Jahren der Trend ein, kleinere Kameradschaften aufzulösen und sich zu bezirksübergreifenden oder Berlinweiten Kameradschaftsstrukturen zusammenzuschließen. Dieser Trend hält ungebrochen an. So gründete sich zunächst der Kameradschaftsbund Germania, der sich jedoch 2002 wieder auflöste und im NWBB (Nationalen Widerstand Berlin-Brandenburg) aufging. Die heutige Bedeutung dieser Gruppierung ist anhaltend hoch.

**d) Nationaler Widerstand Berlin-Brandenburg (NWBB)**

Der Nationale Widerstand Berlin-Brandenburg (NWBB) ist ein Zusammenschluss von Kameradschafts- und NPD-AktivistInnen, der von den Rechtsextremen Oliver Schweigert (Berlin) und Gordon Reinholz (Brandenburg) geleitet wird. Er erfüllt die Funktion einer Vernetzungsstelle und ist deshalb von größerer Bedeutung. Die öffentliche Wahrnehmbarkeit wird durch die Teilnahme an Demonstrationen und einem Internet-Auftritt gewährleistet. Auf dieser Website werden neben Informationen über Aktionen aus der Neonaziszene, Artikeln mit rechtsextremistischen Inhalt und Informationen über Aktionen aus der Neonazi-Szene auch Propagandamaterialien angeboten.

Im Bereich Marzahn-Hellersdorf aktiv: Kameradschaft Tor und Autonome Nationalisten Berlin

**e) Kameradschaft Tor**

Die "Kameradschaft Tor Berlin" gründete sich im Juli 2000, wobei sich Tor nach Angaben der Kameradschaft auf den Ort ihrer Gründung in Friedrichshain bezieht. Auf ihrer Homepage bezeichnet sie sich als Zusammenschluss "junger und politisch interessierter Menschen", die es sich zur Aufgabe gemacht haben, "politische und soziale Probleme in unserer Umgebung aufzugreifen und mit der erforderlichen Brisanz öffentlich zu machen." (www.kstor.tk)

Vor einigen Jahren war die Kameradschaft Tor Mitglied im "Kameradschaftsbund Germania", im "Kameradschaftsbund Berlin" und ist auch gegenwärtig auf sehr hohem Niveau in Berlin und darüber hinaus vernetzt. Hervorgehoben werden von der Kameradschaft insbesondere die Kontakte ins neonazistische Spektrum der Kameradschaften Mecklenburg-Vorpommerns (z.B. Pommersche Aktionsfront), zum "Märkischen Heimatschutz", sowie zum "Nationalen Widerstand Berlin Brandenburg".

Ein Blick auf die Website der Gruppe vermittelt einen Eindruck von den zahlreichen lokalen, regionalen und überregionalen Aktivitäten.[93]

In Berlin hebt die Gruppe die Altbezirke Lichtenberg, Hohenschönhausen, Weißensee, Hellersdorf und Marzahn als Schwerpunkt ihres Handelns hervor. Ihre Kontakte in den Bezirk Marzahn-Hellersdorf begannen bereits vor einigen Jahren. So wurde in Hellersdorf im Jahr 2002 ein "Kraft durch Freude-Fußballturnier" organisiert und es gab verschiedene Kontakte in den Bereich der JN, die insbesondere in Lichtenberg sehr stabil waren.

Wahrzunehmen ist auch eine starke Kampagnenorientierung. So sieht sich die Kameradschaft Tor folgenden, in der Kameradschaftsszene aktuell stattfindenden Kampagnen verbunden bzw. organisiert diese aktiv mit:

- "Keine Agenda 2010" mit dem Slogan: "Gegen System und Kapital – unser Kampf ist national!"
- "Volksgemeinschaft statt Globalisierungswahn!" - Aufruf für einen "revolutionären Block" auf der "nationalen" 1.Mai-Demonstration in Berlin
- "Horst Wessel Wochen"

[93] "Kulturfahrten" und kulturelle Aktivitäten (Ausstellungsbesuche z.B.), Zeltlager, Fußballturniere, Teilnahme an Demonstrationen, es werden die szenetypischen Feiertage begangen; vor allem jedoch fällt die "Anti-Antifa"-Arbeit auf und die Kampagnenorientierung. (vgl. www.kstor.tk)

An diesen übergreifenden Aktionsformen und ihren Inhalten wird auch die grundsätzliche Orientierung der KS Tor deutlich. Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Ideologie werden verschiedene soziale Themen aufgegriffen und soll Alltagskultur geprägt werden.

Besonders wesentlich für eine Einschätzung der Gruppe sind die aktuellen Aktivitäten der KS Tor für ein "nationales und soziales Jugendzentrum". Diese nahmen ihren Beginn als die Kameradschaft Tor gemeinsam mit der neugegründeten Berliner-Alternative-Süd-Ost (BASO) im Oktober 2003 im brandenburgischen Schönfließ eine "symbolische Hausbesetzung durchgeführt" hat: "Dies ist der Anfang einer Kampagne in Berlin", heißt es dort und: "Wir werden durch die verschiedensten Aktionen darauf aufmerksam machen, dass zig tausend Wohnungen und Häuser ungenutzt sind und die Berliner Jugend (egal ob rot oder braun) auf der Straße sitzt. Unsere Forderung ist ein eigenes nationales und soziales Zentrum."[94]

Wesentlich ist auch die Begründung für diese anvisierte Kampagne, die sich sehr stark am Konzept der "Befreiten Zonen" orientiert, wie es Anfang der 90ger Jahre vom Nationaldemokratischen Hochschulbund dargestellt wurde:

"Warum brauchen wir befreite Zonen? Der Kampf für die Sache des Volkes ist ein langes und zähes Ringen um die Herzen und Hirne der Menschen. Die Volkskämpfer brauchen Bereiche, wo sie Kraft tanken, Zuversicht und Mut schöpfen können. In einem Meer der Dunkelheit brauchen sie Orte der Helle. Befreite Zonen sind aber auch Plätze, wo die Menschen unsere Worte an unseren Taten messen können. Sie sind Mikrokosmen der Gesellschaft, die wir für ALLE anstreben. Befreite Zonen in unserem Sinn sind Bereiche, wo der zentrale Widerspruch unserer Zeit, nämlich der Widerspruch Identität/Entfremdung zugunsten der Identität aufgelöst wird. Es sind Orte der Geborgenheit, des Dazugehörens, der Wärme, der Solidarität. Sie sind Heimat für die Heimatlosen. Befreite Zonen sind sowohl Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiete für die Nationalisten Deutschlands."[95]

Damit im Einklang steht, dass die Kameradschaft Tor am 6.12.2003 auch an der von der Berliner-Alternative-Süd-Ost (BASO) organisierten Demonstration "Freiräume schaffen, nationale Zentren erkämpfen!" teilnahm. In einem Bericht über die Demonstration wird einiges zur Strategie des inhaltlichen und äußeren Erscheinungsbildes deutlich. Die KS Tor teilte mit, dass auf den mitgebrachten "Fronttransparenten" stand "Support Your Local Black Block, seit (Rechtschreibfehler der Kameradschaft Tor) Aktiv und Kreativ". Auf den Seitentransparenten habe gestanden "Rigaerstraße 94 bleibt! Mietverträge jetzt auch für nationale Jugendclubs!" und "Nationale Freiräume schaffen!" Diese Slogans führten dazu, dass die Gruppe um die KS Tor kurzzeitig für "Antifas" gehalten, von der Polizei aufgehalten wurde.

Die KS Tor bekennt sich deutlich zu diesem Auftreten. Der Ansatz des "Black Block", der innerhalb der Kameradschaftsszene nicht unumstritten ist, wird verteidigt. Die KS Tor, ebenso wie die Kameradschaft Hohenschönhausen und auch die Autonomen Nationalisten Berlin (ANB) gehören neben weiteren Gruppen zu den MitaufruferInnen für einen "Nationalrevolutionären Block" auf der rechtsextremen Demo am 1.Mai in Berlin. Im Aufruf heißt es: "Für einen nationalrevolutionären Block am 1.Mai! Autonome Nationalisten im Januar 2004. Wir glauben nicht daran, dass das kapitalistische System reformiert oder verbessert werden kann – das vorherrschende System IST der Fehler und muss durch eine neue, freie, gerechte und NATONAL UND SOZIALE Gesellschaftsform ersetzt werden." Bezogen auf das äußere Erscheinungsbild ist zu vernehmen: "Die schwarze Kleidung ermöglicht uns, dass wir von ANTIFAS, Bullen und anderen nicht mehr auseinander gehalten und erkannt werden können." Allerdings gehe es vor allem um die Inhalte betonen die Protagonisten dieser Kampagne, der in den Aufruf mündet: "Support your local ns black block!" Den LeserInnen wird also freigestellt, was das Kürzel ns zu bedeuten haben könnte. (vgl. www.autonom.biz/aufruf_wir.html )

In diesem Zusammenhang ist es relevant, die historischen, thematischen und mit großer Wahrscheinlichkeit personellen Überschneidungen der KS Tor zur ANB zur Kenntnis zu nehmen. Diese werden an der Aktionsform, den vertretenen Inhalten und lokalen Handlungsschwerpunkten deutlich.

### f) Autonome Nationalisten Berlin (ANB)

Die Autonomen Nationalisten Berlin (ANB) sind ein weiterer überbezirklicher Zusammenhang der Kameradschaftsszene der verstärkt auch in Marzahn–Hellersdorf aktiv

[94] gl. www.kstor..tk
[95] Vgl. ebenda

ist. Bisher sind sie primär durch Aufforderungen zum militanten Vorgehen gegen politische Gegner aufgefallen. Der Verfassungsschutz sieht in den ANB einen Versuch führender KameradschaftsaktivistInnen, aktionsorientierte Jugendliche zu mobilisieren und an sich zu binden. Die Mittel denen sich die ANB hierbei bedienen sind unterschiedlich. So wurden in Marzahn–Hellersdorf an verschiedenen Orten Aufkleber der ANB verklebt, die immer Aufrufe zur Gewalt enthielten oder eine deutliche Sympathie mit dem Nationalsozialismus veranschaulichen. Auf solchen Materialien der ANB heißt es z.B.

Linke Zentren zerschlagen – national befreite Zonen schaffen!

Keinen Fußbreit den Antifaschisten

Feind erkannt, Stein zur Hand, Gleiches mit Gleichem, Vergeltung für Opfer linker Gewalt!!!

Macht Hellersdorf-Marzahn Antifaschistenfrei

Antifaschisten bekämpfen

Pro NS – zum Kampf bereit – ANB für alle Zeit

Hellersdorf bleibt Adolf-Hitler-Gau

Ja, wir sind Nationalsozialisten genannt. Als 5. Sturmabteilung bekannt.

Wir wissen die Antwort für diese Mordtat wird dereinst einem deutschen Gericht überlassen werden müssen. – Rache für Wessel. [ANB] Autonome Nationalisten Berlin

Rache für Horst Wessel!!!

Horst Wessel – ein Toter ruft zur Tat!

Lodernde Flamme, die nimmer verblich, Kamerad Wessel, wir rächen dich!

Wer uns die Hand gibt, dem geben wir sie auch, wer uns aber die Faust zeigt, dem brechen wir sie auf.

Für jeden der als Freiheitspfand sein junges Leben lässt, stehn hundert auf im ganzen Land und stehn zur Fahne fest.

Fight back Combat 18

Good Night left side ANB

C4 for Reds ANB

fight back... have no fear... fight them all... good night left side (ANB)

Fight the fucking system and burn it to the ground

Know your local enemy!

Smash ABM – support ANB

Die Parolen der Aufkleber wie "Pro NS – zum Kampf bereit – ANB für alle Zeit" oder "C4 for Reds" lassen einerseits an der Urheberschaft und ihrer nationalsozialistischen Orientierung keinen Zweifel und illustrieren andererseits den bereits oben veranschaulichten Trend im aktionsorientierten Rechtsextremismus: Die Verwendung der englischen Sprache ist für diese Gruppen kein Tabu mehr. Um ihren Gewaltaufrufen einen jugendlich-schicken Anschein zu geben, bedienen sie sich einer Sprache, die sonst eher abgelehnt wird.

Sprüche wie "Hellersdorf bleibt Adolf-Hitler-Gau" demonstrieren stark den Just-for-fun-Effekt, da sich die AutorInnen scheinbar nicht die Zeit für eine flüchtige Recherche ihrer politisch-historischen Bezüge nehmen können. Die politischen Strukturen des NS, die Aufteilung der NSDAP-Gaue und Ortsgruppen (die mitnichten nach Hitler benannt waren) und die Regionalgeschichte des traditionell roten Berlins sind der ANB offensichtlich nicht bekannt. Das ist nicht von Belang, da die Zielgruppe der ANB weniger die Fakten kennen, als die Botschaft verstehen muss. Diesem Muster folgt ein Großteil rechter Propaganda.

Aber nicht nur durch Aufkleber sind die ANB in Marzahn–Hellersdorf präsent, auch rechtsextreme und rassistische Sprühereien an U-Bahnhöfen und Jugendclubs waren mit ANB unterzeichnet. Hier war dasselbe Muster vorhanden: Es wurde, teilweise wiederum in englischer Sprache, zur Gewalt gegen politische Gegner aufgerufen. "Smash Antifa ANB, & Reds better run, when were on the attack – C18 & ANB is watching You!"

Auf rechtsextremen Demonstrationen treten KameradschaftsaktivistInnen mit ANB-Transparenten auf, die teilweise an die traditionelle Ästhetik linker Gruppen angelehnt sind. So war auf einer rechtsextremen Demonstration in Neuhardenberg im Oktober 2002 ein Transparent mit der Aufschrift "Organisiert den nationalen schwarzen Block – unterstützt örtliche Anti-Antifa-Gruppen. Wehrt Euch, schlagt zurück!" zu sehen. Gehalten wurde dieses Transparent unter anderem von einem Mitglied der "Kameradschaft Tor" aus Lichtenberg. Der Versuch, linke Parolen umzudeuten, steht im Zusammenhang mit Versuchen Rechtsextremer, Jugendkulturen jenseits der Skinheadszene zu beeinflussen. Indem sie den internationalistischen Gestus oder militante Parolen imitieren, wollen sie interes-

sant für Jugendliche werden, die sich nicht positiv auf den Nationalsozialismus als Ganzes beziehen wollen.

Eine neue Qualität in der Region Marzahn-Hellersdorf ist es, gezielt gegen namentlich benannte Personen zur Gewalt aufzurufen. Handlungen wie diese zeigen, dass die sogenannte Anti-Antifa-Arbeit durchaus ernst zu nehmen ist.

An die Wand des Kinos Kiste sprühten ANBler: "Björn Th. Wir kriegen dich!".

Die Berliner Zeitung berichtete:

"Nachdem gegen die PDS-Bezirksverordneten Zoe Heinze und Bjoern Thielebein Drohungen auf Flugblättern der so genannten Autonomen Nationalisten verbreitet wurden, hat Bürgermeister Uwe Klett (PDS) den Staatsschutz eingeschaltet. Beide Kommunalpolitiker engagieren sich im PDS-nahen Verein Kupedo, der das Haus "La Casa" in einer ehemaligen Kita im Hellersdorfer Neubaugebiet betreibt. Gegen den 19-jährigen Thielebein gibt es außerdem Androhungen zu Gewalt auf einer Internet-Seite, die von den Rechtsextremen betrieben wird." (aus: Berliner Zeitung, 07.10.02)

Mitte November 2003 sei die ANB "erstmals" dazu übergegangen, konkret Gewalt gegen politische Gegner auszuüben, so der Verfassungsschutz. Es handelt sich dabei um Steinwurf auf eine Person in einer Straßenbahn, die der Geschädigte auf sich persönlich bezogen sieht, zumal er in der Vergangenheit Aufkleber der ANB entfernt habe.[96]

**Weitere organisierte rechtsextreme Strukturen**

Neben den genannten freien Kameradschaften sind in der Vergangenheit im Bezirk Marzahn–Hellersdorf auch Akteure in Erscheinung getreten, die deutlich einem besonders militanten Milieu mit rechtsterroristischen Übergängen zuzuordnen sind:

**Weiße Arische Bruderschaft**

Als eine organisierte rechtsextremistische Vereinigung trat die dem ehemaligen "Blood &Honour"-Netzwerk zuzurechnende, Gruppierung "Weiße Arische Bruderschaft" in Erscheinung. Die Bruderschaft war für den Bezirk Marzahn–Hellersdorf von großer Bedeutung, bis ihr Clubheim in Marzahn im Oktober 2002 nach einer polizeilichen Durchsuchung (die öffentlich hohe Wellen schlug[97]) geschlossen wurde. Aufgrund der verborgenen Arbeitsweise, der Verstrickung in teils militante rechtsextremistische Netzwerke und der infrastrukturellen Verankerung ist die Relevanz für den Bezirk, trotz des Verlustes des angestammten Clubheims anhaltend hoch.

**Vandalen, Landser ("Endlösung")**

Die "Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft" bestehen vermutlich aus weniger als 20 Mitgliedern. Laut Verfassungsschutz handelt es sich um eine "abgeschottete, festgefügte Neonazi-Funktionärsgruppe". Einige werden der bundesweit bekannten Rechtsrock-Band "Landser" zugerechnet. Laut dem Berliner Verfassungsschutzbericht 2002 ist der Anführer der Vandalen Initiator und Sänger von "Landser" und genießt mittlerweile Kultstatus in der rechtsextremen Szene. Die militant-rechtsextreme Gruppierung der "Vandalen" wurde 1982 in Ost-Berlin gegründet und war über Jahre in Nord-Ost-Berlin sehr stark verankert. Nach einer großangelegten Polizeiaktion verlor sie ihr Vereinshaus in Berlin-Weißensee. Doch die Aktivitäten waren damit nicht vorbei. Ende September 2002 feierten Vandalen und Landser ihr 20jähriges Bestehen in der Marzahner Disko- und Bowlingbahn "Erlebnistreff Eulenspiegel". Nur durch ein großes Polizeiaufgebot konnte verhindert werden, dass ca. 200 organisierte Rechtsextremisten, die bundesweit und aus ganz Europa angereist waren, ihre Veranstaltung durchführen konnten. Besondere Brisanz erlangte die Veranstaltung durch die Enttarnung eines informellen Verfassungsschutzmitarbeiters, der direkt an Vermarktung und Vertrieb der "Landser"-CD`s beteiligt und im Zusammenhang mit der Personalienfeststellung aufgeflogen war.

Laut des Berliner Verfassungsschutzes haben die "Vandalen" innerhalb des aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin" die "Wortführerschaft" übernommen und bilden eine wichtige Schnittstelle zwischen rechtsextremen Rockermilieu, Aktivisten der Kameradschaften, einer Anzahl von NPD-Kadern und ehemaligen Mitgliedern des 2001 verbotenen neonazistischen "Blood&Honour"-Netzwerkes.

[96] Diese Tat fand jedoch nicht im Bezirk Marzahn-Hellersdorf statt.

[97] Die taz vom 23.07.02: "Ein Spezialeinsatzkommando der Polizei hat in der Nacht zum Sonntag ein Klubheim der Neonazigruppierung "Weiße Arische Bruderschaft" in Marzahn gestürmt. Nach einem Bericht des Tagesspiegels hätten sich dort mehr als hundert Rechtsextremisten zu einem Konzert versammelt, bei dem offenbar auch die White Aryan Rebels auftreten sollten. Die Band ruft in ihren Texten zum Mord an Prominenten wie Michel Friedman, Alfred Biolek und Rita Süssmuth auf. Mehrere Neonazis seien festgenommen worden. Unter den Festgenommenen befinde sich der mutmaßliche Anführer der Band, "die bekannte Berliner Szene-Figur Lars E."

Anfang des Jahres 2004 wurden die Mitglieder von Landser, die sich selbst als "Terroristen mit E-Gitarre" bezeichnen vom Berliner Landgericht wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung teilweise zu empfindlichen Haftstrafen verurteilt.

**Berlin-Brandenburger Sturmkommando**

Eine eindeutig dem militanten Neonazispektrum zuzuordnende Gruppierung ist das "Berlin-Brandenburger Sturmkommando". Der Verfassungsschutz zählt diese ebenfalls geheim operierende Organisation zu den sogenannten Neonazicliquen. Gegründet wurde sie durch ehemalige Kader der 1995 verbotenen FAP. Diese Vorläufergruppierung der aktuellen Entwicklung der Kameradschaftsszene trat hauptsächlich durch die Ausübung schwerer Gewalttaten in Erscheinung.

**Vereitelter Anschlag in München**

Im Zuge der Ermittlungen gegen eine Neonazigruppe in München, die einen Sprengstoffanschlag auf die Grundsteinlegung des jüdischen Gemeindezentrums geplant hat, fand im September 2003 eine Hausdurchsuchung bei einem bekannten Neonazi aus Marzahn-Hellersdorf statt. Er soll engen Kontakt mit den AttentatsplanerInnen gehabt haben. Bei der Durchsuchung in der Maxie-Wander-Strasse wurden Waffen sichergestellt.

**Zwischenfazit**

Die zunehmenden Aktivitäten der Berliner Kameradschaftsszene, ihre Wiederbelebung nach einer Stagnationsphase, spiegeln sich auch in Marzahn-Hellersdorf wieder.

Es besteht die Gefahr, dass der Versuch der Kameradschaftsszene Themen, wie die soziale Lage von Jugendlichen zu besetzen und Aktionsformen zu kopieren, die auch in der linken/alternativen Szene lange Zeit praktiziert wurden, auch im untersuchten Bezirk zum Tragen kommt. In Treptow-Köpenick ist dies bereits der Fall, wie die Kooperation von BASO und Kameradschaft Tor zeigt.

In Marzahn-Hellersdorf konzentrierte sich das Wirken der beiden hervorgehobenen Kameradschaften Tor und ANB bisher auf Anti-Antifa-Arbeit, die sich wahrnehmbar radikalisiert, sowie auf das Verteilen neonazistischer Propaganda und entsprechende Sprühereien. Insbesondere seitens der Kameradschaft Tor gibt es jedoch durch kulturelle Aktivitäten und eine Nähe zur JN auch Kontakte in den Bezirk. Es besteht Grund zur Sorge, dass sich rechtsextrem orientierte Jugendliche, die bisher das Klientel der JN darstellten, auch von im Bezirk agierenden Kameradschaften faszinieren lassen. Insbesondere dürfte dies der Fall sein, wenn die Kameradschaftsszene auch hier jugendgemäß die "soziale Frage" (gegen Sozialabbau etc.) versucht zu besetzen. Übergreifende Kampagnen z.B. für ein "nationales und soziales Jugendzentrum" oder die Werbung für einen "nationalrevolutionären" Block auf der rechtsextremen 1.Mai-Demo knüpfen auch an Stimmungen und Bereitschaften eines Teils der Heranwachsenden im Bezirk an. Hier gibt es ein Potenzial, welches schwer zu quantifizieren ist.

Außerdem ist es sehr relevant, die Schnittmengen und Verbindungen von NPD/JN sowie Kameradschaften im Auge zu behalten, die sich bisher im Bezirk Marzahn-Hellersdorf ergeben haben und möglicherweise auch weiter ergeben werden.. Insbesondere vor dem Hintergrund des anstehenden 1.Mai 2004 und aktueller Bemühungen um "Geschlossenheit":

Im 1. Mai-Aufruf für 2004 heißt es:

"Bereits 2003 haben sich die gutwilligen Kräfte im nationalen Widerstand wieder aufeinander zu bewegt. Erste Zeichen waren im Spätsommer das DS-Pressefest mit 3.800 Besuchern und nur zwei Wochen später der Rudolf-Hess-Marsch in Wunsiedel mit über 4.000 Teilnehmern. Es wurde deutlich, welch großes Mobilisierungspotential in unseren Reihen steckt, wenn persönliche Befindlichkeiten oder auch verschiedene Auffassungen in taktisch-strategischer Hinsicht zum Wohl des gemeinsamen Ganzen hintenanstehen. Um diesen Prozess weiter voranzutreiben, haben sich die NPD-Parteiführung und freie, parteiungebundene Kräfte entschlossen, erstmalig nach dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren gemeinsam eine zentrale Veranstaltung zum Tag der deutschen Arbeit am 1. Mai zu organisieren. Damit wollen wir ein eindrucksvolles Fanal für die Zukunft setzen, dass sich der nationale Widerstand nicht länger auseinanderdividieren lässt."

Nicht aus den Augen verloren werden sollte auch der Bereich des nach innen orientierten militanten neonazistischen Spektrums und der Bereich der Mischszenen von rechtsextremistischen Skinheads, Neonazis und aktionsorientierten Rechtsextremisten aus dem Hooligan- und Rockermilieu.

Herausforderungen angesichts dieser Entwicklungen leiten sich sowohl für das Handeln von Jugendarbeit, Bezirkspolitik, zivil-

gesellschaftlichen Initiativen aber auch für Polizei und im öffentlichen Raum tätige Akteure ab.

**EXKURS - Infrastruktur, Ressourcen und szenetypische Anlaufpunkte im Bezirk**

Für die NPD/JN, Kameradschaften und "freie" Rechtsextremisten war und ist es oft schwierig Räume für öffentliche oder szeneinterne Veranstaltungen zu finden. Über die Jahre hinweg ist es ihnen jedoch immer wieder gelungen auch im Bezirk Marzahn-Hellersdorf Räume für ihre Aktivitäten ausfindig zu machen, sowie diese ereignisabhängig oder über längere Zeiten hinweg zu nutzen.

Sofern Schwierigkeiten bestanden, offiziell Räume für Veranstaltungen vermietet zu bekommen, wurden oft andere Gründe angegeben: So haben sich z.B. rechtsextreme Gruppen als private Feier, Geburtstagsparty, als Faschingsfeier, Buch- oder Singclub getarnt, um Zugang zu Räumen zu bekommen. Auch Kleingärten oder Gärten in den Siedlungsgebieten sind Orte gewesen, an denen Treffen und Veranstaltungen stattfanden.

Im Bezirk mussten in den letzten Jahren verschiedene Kneipen, die von der rechtsextremen Szene frequentiert wurden, wegen Insolvenz schließen. – Insbesondere trifft dies, so Erinnerungen von Gesprächspartnern, für Bierstuben zu, die sich nach der Wende gegründet haben. Manche Kneipen haben sich aufgrund nachdrücklicher Hinweise von Polizei und Ämtern dagegen entschieden, sich für rechtsextreme Veranstaltungen, insbesondere der NPD/JN, zu öffnen.

Gegenwärtig, so war aus dem LKA zu vernehmen, seien "rechte Lokale" "dünn gesät", dennoch machen die Organisatoren von Veranstaltungen immer wieder Gaststätten und Kneipen mit ausreichend Raum/Extraraum ausfindig. Zu hören ist, dass letzten Endes die Aussicht auf Umsatz das Attraktive für die Wirte sei.

Innerhalb der Szene wird bemängelt, dass es vor allem "Italiener" und "Griechen" seien, die in diesem Bereich aktiv seien. Die eigene Kneipenszene sei gegenwärtig "sehr überschaubar".

Viel spiele sich im privaten Kontext ab, immer wieder gibt es Leute, die ihre Wohnung, ihren Hauskeller oder ihren Garten für Treffen zur Verfügung stellen. Ernstzunehmen ist, dass in vergangenen Jahren in Marzahn-Hellersdorf mehrfach darüber diskutiert wurde, eine "eigene Kneipe aufzumachen", - das ehemals existierende "Cafe Germania" in Lichtenberg bot dafür das Vorbild.

Die Entscheidung sich selbständig zu machen und ein eigenes Gewerbe, eine eigene Firma oder ähnliches aufzubauen, bietet – sofern dies erfolgreich ist – einen Rahmen, um auch politisches Engagement oder darauf bezogene soziale Aktivitäten zu realisieren. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass es auch in Marzahn–Hellersdorf "rechte Szeneläden" gibt, in denen Accessoires, wie Bekleidung, Schuhwerk, und andere szenetypische Dinge erworben werden können. Von Seiten des LKA wird darauf hingewiesen, dass es gegenwärtig mehrere "rechte Szeneläden" in Marzahn–Hellersdorf gibt. Im bundesweiten Vergleich zeigt sich des weiteren, dass es verschiedene Gewerbe gibt, in denen sich auch rechtsextreme Personen bzw. der Szene nahestehende Akteure selbständig gemacht haben: darunter sind auch Tattoostudios oder private Sicherheitsdienste. Entsprechende Beispiele können aktuell für den Bezirk aber nicht belegt werden.

## 6.6. Rechtsextremismus und Jugendliche - Möglichkeiten und Grenzen in der pädagogischen Arbeit

Von Jugend-, Sozialarbeit und Schule sind die bisher beschriebenen Erscheinungen in der Vergangenheit unterschiedlich und meist ausschnittartig wahrgenommen worden. Daher schlagen wir nun einen Bogen zu den Möglichkeiten und Grenzen pädagogischer Praxis in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus.

**Exkurs zur Notwendigkeit einer neuen Fachdiskussion**

Orte, die eine gewisse Infrastruktur bieten und an denen es möglich ist, sich zu treffen und auszutauschen, stellen ein Bedürfnis für fast alle Jugendlichen dar. In den 90er Jahren wurden in Marzahn und Hellersdorf sehr viele Jugendclubs von Gruppen frequentiert, die mehr oder weniger stark einer rechtsextrem orientierten Jugendkultur und Szene zugerechnet werden konnten. Einige Einrichtungen waren längere Zeit "fest in der Hand" der rechtsextremen Szene. Die gravierenden Konsequenzen, die daraus für nicht-rechte Jugendliche, potenzielle Opfer von Gewalt oder auch für das nachbarschaftliche Umfeld resultierten, lassen sich rückblickend kaum angemessen beschreiben.

Die übergreifende Fachdiskussion der 90er Jahre war geprägt von der Auseinandersetzung über die sogenannte "akzeptierende" Jugendarbeit. Im Rückblick ist differenzierend anzumerken, dass sich in der Praxis eine Bandbreite von durchaus nuancierten und spezifischen Umgangsweisen mit rechtsextremen und rechtsextrem orientierten Jugendlichen/jungen Erwachsenen herausbildete. Generell von einer gescheiterten Fachdiskussion auch auf eine grundsätzlich gescheiterte Praxis zu schließen, wäre daher unangemessen und würde jene Ansätze, die vor Ort Früchte trugen, mit jenen Ansätzen in einen Topf werfen, die wirklich als gescheitert zu betrachten sind.

Der Blick in die letzten Jahre vermittelt den Eindruck, dass weder "good practices" ausreichend dokumentiert, noch real gescheiterte Ansätze wirklich aufgearbeitet wurden. Beides wäre eigentlich nötig gewesen, um einer "Qualitätsdiskussion" hilfreiche Impulse zu vermitteln. Auch für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf gilt beides: Es gab sowohl "good practices" und es gab auch eine Geschichte "akzeptierender Jugendarbeit" im kontraproduktiven Sinne.

Die Analyse des empirischen Materials wird ein wenig Einblick in diese Zeit vermitteln – ein großes Anliegen war es uns jedoch, sowohl Erfolge als auch Misserfolge herauszuarbeiten. Es ist unser Ziel, zu einer neuen Fachdiskussion anzuregen. Der Hintergrund ist folgender:

Ende der 90er Jahre fand ein Paradigmenwechsel in der Jugendarbeit statt, wobei die "akzeptierende" Jugendarbeit einer kritischen Diskussion unterzogen, die Notwendigkeit von Qualitätsstandards betont und gescheiterten Praxisformen (z.B. Einrichtungen rechtsextrem-orientierten Gruppen in Selbstverwaltung zu überlassen) eine klare Grenze gesetzt wurde. In diesem Zusammenhang tauchte dann eine künstliche Polarisierung der Frage auf, ob denn überhaupt mit rechtsextrem-orientierten Heranwachsenden gearbeitet werden solle, oder ob sich dies verbiete, zumal eher "nicht-rechte", "demokratische" oder "alternative" Jugendkulturen zu fördern seien. Ein jugendpädagogischer und ein politisch-zivilgesellschaftlicher Ansatz standen sich plötzlich konträr gegenüber. Die Frage, wie denn mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen oder Gruppen pädagogisch umzugehen sei, wurde dadurch natürlich nicht beantwortet. Vor dem Hintergrund der Lernprozesse, die auch im Bezirk Marzahn–Hellersdorf stattgefunden haben, ist es Zeit, neben der unbedingt aufrecht zu erhaltenden Förderung von nicht-rechten Jugendlichen auch die Frage neu aufzuwerfen, wie denn mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ihren spezifischen sozialen Kontexten gearbeitet werden könne. Letzteres verlangt nach der Entwicklung und Erprobung einer pädagogischen Praxis, die eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem rechtsextremen Weltbild einschließt, den sozialen und gesellschaftlich-politischen Kontext berücksichtigt und dafür die notwendigen Rahmenbedingungen sichert. Folgendes Kapitel versucht eine solche Praxis anzuregen.

**Rückblick**

In den ersten Jahren nach der Wende entwickelte sich in den neuen Bundesländern eine rechtsextrem orientierte Jugendkultur, die vor allem durch die Skinheadbewegung geprägt war bzw. diese - getrennt von ihren eigentlichen Ursprüngen - als rechtsextreme Subkultur adaptierte. Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich an der Skinheadkultur orientierten oder

auf andere Weise einen Lebensstil praktizierten, in welchem sich verschiedene Elemente einer rechtsextremen Orientierung zusammenfügten (z.B. eine Verherrlichung des NS, verbunden mit einer Feindbildorientierung gegenüber nicht-rechten Jugendkulturen), gehörten zum Klientel eines relevanten Teils der in Marzahn und Hellersdorf existierenden Jugendeinrichtungen.

Dementsprechend wurden sie sowohl durch dort tätige SozialpädagogInnen, aber auch durch die Straßensozialarbeit wahrgenommen. Interviewte erinnern sich:

"Ich habe nach der Wende hier als Streetworker gearbeitet. Richtig an der Basis. Das Problem war, dass nach der Wende in keiner Weise klar war, wie mit diesen rechts orientierten Jugendlichen, verfahren wird. Outfit, Musik und mit einer sehr hohen Gewaltbereitschaft. Dinge, die in den Medien beschrieben wurden, waren schon stimmig: Es sind oftmals Familien, wo die Eltern zu den so genannten Wendehälsen gehörten. Sie kamen aus behüteten Familienverhältnissen, wo vorher auch bestimmte Regeln geschaffen wurden, politisch gesehen, und die umkippten, wo die Jugendlichen zwischen 14 und aufwärts überhaupt nicht klarkamen. Gefährlich war schon, dass nach der Wende auch viele mit Anzug und Schlips kamen, die doll organisiert waren, und da ein Potenzial gesehen haben und viele Jugendlichen auch ansprangen. Oft ging es um den Faktor ‚Spaß haben und sich gerne kloppen wollen'. Das Gespräch, um an sie ranzukommen, warum sie das tun, war schwierig. Ich habe '92 mit solchen Gruppierungen gearbeitet, wo das Niveau relativ unten war. Diese ganze Thematik, wie "was ist Schwulsein" und ... dass Außenseiter für sie die Schuld hatten, dass sie keine Lehrstellen bekamen. Das hat sich für mich wie ein roter Faden durchgezogen, dass sie Schuld für ihr eigenes Schicksal anderen Menschen geben, generell, und denen die schwächer sind und nicht so die Kraft haben, sich zu wehren."

In den Jugendeinrichtungen in Marzahn und Hellersdorf hat es über die Jahre hinweg sehr schwierige Konflikte und auch Lernprozesse gegeben. Diese resultierten aus den Erfahrungen, die Einrichtungen mit den rechtsextremen Szenen und deren Reaktionen gemacht haben. Wirft man einen Blick auf die Problemlagen, die in den Einrichtungen wahrzunehmen waren, eröffnet sich ein komplexes Bild.

Eine ehemalige Sozialarbeiterin erzählt:

"Der ersten Club, den ich übernommen habe, war ein stark rechter. Da waren ganz viele Jungen, kaum Mädchen, da hat es wirklich anderthalb Jahre gedauert, bis ich einen Fuß in die Tür gekriegt habe. Ich musste für mich selbst erst mal ein System finden. Wir haben zunächst versucht, die patriarchalen Strukturen erst mal zu durchbrechen. Eine Erkenntnis war, dass wenn mehr Mädchen in den Club reinkommen, sich bestimmte Gewichte verändern. Also, wir hatten zwei Arten von Jugendlichen, Jugendliche oder junge Erwachsene und Personen, die aus diesem Alter eigentlich schon herausfallen. Wir haben versucht gerade diese letzteren zurückzudrängen. Also, das kann man zum einen mit Angeboten machen und zum anderen auch mit beispielsweise Clubverboten, also das ist eine ganze Palette, die da gemacht werden muss."

Das Klima der Einrichtung wird folgendermaßen beschrieben:

"Ich muss sagen, dass die Älteren, die ich da so kennen gelernt habe, so Ende 18/19 bis 27, die waren absolut auf Dominanz ausgelegt, waren unheimlich kriminell, haben alles an Drogen genommen, haben Drogen selber vertickt, die haben geklaut wie die Raben, waren gewalttätig bis zum Abwinken, wirklich körperlich gewalttätig, hatten Dominanzveralten und waren patriarchal. Und die zweite Gruppe, die dort drin war, das waren, glaube ich, Jüngere, die sich versuchten nach den Älteren zu orientieren. Nachdem wir dann die Älteren rausgeschmissen hatten, da hat sich herausgestellt, dass einer der Jüngeren dann so der "King" sein wollte. Da mussten wir die Hierarchie wieder aufbrechen und sagen: "Ne, ne, jetzt nicht hier." Die wollten sofort `ne neue Struktur einführen, weil sie gemerkt haben, jetzt sind sie sozusagen dran und da wollten sie ihre Hackordnung, die hatten ja nichts anderes, wieder fortsetzen. Das war noch mal schwer, weil sich das sozusagen verselbständigt hatte. Die hatten eine starke rechte Orientierung, was die Ausländerfeindlichkeit angeht. Antijüdisch auch, Judenwitze waren Gang und Gebe. Wir hatten da einen Honorarmitarbeiter, der war Slowene, und der wurde halt zusammengeschlagen, und das war dann sozusagen der Auslöser, dass wir die Gruppe rausgekriegt haben."

Und eine andere Sozialarbeiterin erinnert sich an die erste Hälfte der 90er:

"Zum Beispiel 1992 im Plattenbaugebiet: es gab echt viele rechte Jugendliche drin. Rich-

tig schlimm. Bei Diskotheken und so weiter und anderen Veranstaltungen musste ich immer Wachschutz anfordern. Es war heftig schlimm deshalb weil der Klub wurde unterwandert in irgendwelchen Diskos."

"Wann war das?"

"Es war 1992-1993, es kamen Jugendliche aus Neukölln die bei einer Vereinigung da geschult worden sind. Ich habe den Name leider vergessen. Alle Jugendklubs hatten Anfang der 90er dasselbe Problem."

In einer weiteren Einrichtung wird die Zeitphase von Mitte der 90er Jahre bis Anfang 2000 beschrieben:

"Es war so, dass [die Einrichtung] Anfang 1999 geschlossen wurde. Weil da hatten sich 30 ‚Rechte', ich sage immer ‚rechts Orientierte' oder ‚rechts Gerichtete', angesiedelt. Die Betreuerin war dem nicht mehr Herr. Die haben dann irgendwann die Regie übernommen und das Haus sah von innen auch so aus und nach außen kam der Ton raus: Nazimusik und Symbole an den Wänden und auf den Tischen. Diese rechte Musik, das war ganz stark vertreten. Natürlich haben sie da an den Höhen rumgespielt, aber was durchkam, hörte man ja: ‚deutsch, deutsch, deutsch'. Viele von ihnen waren bei einer Gerüstbaufirma beschäftigt, die hat wahrscheinlich auf die Arbeitskräfte gesetzt, auf das Pünktliche. Sie waren so: Achtung vor dem anderen, immer geputzte Stiefel, immer so gekleidet, wie ein Rechter eben aussieht. Und sie haben natürlich zusammengehalten. Sie haben diese Tugend entwickelt: wenn einer dahin geht ist, sind fünf andere mit. Das war nie so, dass einer erzählt hat: ‚Ich war da alleine und haben den zusammengehauen, zusammengefaltet'. Sie waren immer in der Gruppe. Dann waren sie die Starken. Auch die, die sonst vielleicht nicht so..., haben auch mit reingehauen. Die haben sich auch stark gefühlt. Selbst wenn sie mal ein blaues Auge hatten. Wenn sie am Anfang der Woche zurückkamen, erzählten sie, dass sie da wieder welche geschlagen hatten, dass es da Auseinandersetzungen mit drei Linken gab, dass sie da irgendwo zum Fußball gefahren sind und für Randale gesorgt haben, immer mit welchen aus Templin und aus Brandenburg. Das war eine Hochburg für die, wo sie sich ausgetauscht haben."

Ein anderer Interviewter erzählt, dass es zwar klare Regeln gegeben habe – keine rechtsextreme Musik, verbotene Symbolik und keine Gewalt – es aber schwer war, diese durchzusetzen:

"Wir hatten unsere klaren Regeln, es gibt ihre Musik bei uns nicht und wir dulden manche Sachen nicht,. Aber es gab auch mal 'nen Fall wo irgendwie 'n Afrikaner am Haus vorbeigelaufen ist und 'ne Gruppe von Jugendlichen hinter ihm her ist. Dem haben se zwar nichts getan, aber ich hab dann mitbekommen, dass einer 'ne Waffe bei hatte, die hab ich ihm dann hinterher abgenommen und gesagt: Du läufst aus meinem Club und schlägst jemanden auf der Straße zusammen... also so geht das nicht! Da haben wir schon unsere Regeln aufgestellt dafür. Das hat auch Akzeptanz gefunden, weil sie wollten ihre Grenzen auch irgendwo."

All dies ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den bereits etwas länger zurückliegenden Erfahrungen in verschiedenen Jugendeinrichtungen. Ohne weitere Kommentare lassen wir dieses Material für sich sprechen, denn zweierlei wird daran sicher deutlich:

1. wo wirklich Grenzen zu setzen sind, was also keineswegs im Rahmen der Jugendarbeit geduldet werden darf
2. und dass es durchaus Bemühungen gab, sich mit solchen – oftmals verfahrenen – Extremsituationen wirksam auseinanderzusetzen.

**Der Brand in der Muchte – "Die haben diese Einrichtung genutzt, um ihren Alkoholkonsum nicht auf der Parkbank machen zu müssen"**

Das Setzen von Grenzen gegenüber Gruppen, mit denen eine pädagogische Arbeit im Rahmen offener Jugendarbeit nicht mehr möglich ist, zog auch Reaktionen dieser Gruppen nach sich, die bis zum Brandanschlag auf eine Jugendeinrichtung reichten: Eine Interviewte erzählt:

"Die Muchte ist gezielt von Jugendlichen, die nicht mehr Nutzer sein konnten, wo wir gesagt haben hier ist die Grenze, wo wir mit euch arbeiten können, angezündet worden. Das haben wir ja nie (im Detail) recherchiert gekriegt. Die ist abgebrannt. Eine Woche vor der Eröffnung. Und das haben wir dann wieder mit Jugendlichen gemeinsam mit dem Team und mit Sponsoren aufgebaut. Das war 2001 und 2002 haben wir dann wieder eröffnen können."

An anderer Stelle heißt es:

"In der Jugendeinrichtung Muchte haben wir das mal versucht, einer Clique einen Raum zur Verfügung zustellen. Aber in der Muchte hat das nicht funktioniert. Das waren eben

die Herthafrösche, die waren aus meiner Sicht sehr stark rechtsorientiert und da gab‘s auch richtige Vorfälle das ist aber schon länger als zwei Jahre her... dort wurde ein Mitarbeiter auch zusammengeschlagen. Die haben auch diese Einrichtung nur genutzt um ihren Alkoholkonsum nicht auf der Parkbank machen zu müssen. Also das war keine pädagogische Arbeit, die da passiert ist, das ist z.B. ne Jugendgruppe, die wir wirklich rausgedrängt haben, weil die nicht bereit waren sich an die Regeln, die wir dort gemeinsam aufgestellt haben zu halten."

"War danach auch die Sache mit dem Brand?"

"Ja, wir sehen da schon Zusammenhänge aber beweisen konnten wir nichts."

Die Konsequenz aus solchen und anderen Erfahrungen könne daher nur folgende sein, meint die Interviewte:

"Also wir werden jeden im Rahmen unserer offenen Arbeit aufnehmen, der zu uns kommen will, werden mit jedem arbeiten, wenn er Probleme hat. Wenn er sich äußert werden wir darauf reagieren und wir werden auch was entgegenzusetzen haben aber wir werden es nicht unterstützen, das Jugendgruppen, die direkt organisiert sind oder auch ihre Sachen bei uns in der Einrichtung ausleben wollen, das werden wir nicht dulden bei uns in der Einrichtung, also da ist für mich auch wirklich die Grenze, wenn die nicht bereit sind mit uns zu reden, ehrlich zu sein und zu sagen, warum sie so denken oder sich so verhalten. Da ist für mich die absolute Grenze!"

In diesem Fall ist also die einzige und sicherlich auch beste Entscheidung gewesen, der Gruppe die Nutzung der Einrichtung zu verweigern.

### "Die haben richtig böse Umsatz gemacht!" - Rechte Feten im Lubminer

Die sehr differenzierte und auch fundierte Position, die im obigen Zitat von einer Mitarbeiterin der Jugendförderung bezogen wird, scheint aber nicht für alle Jugendfreizeiteinrichtungen selbstverständlich zu sein. Beispielsweise hat eine Hellersdorfer Einrichtung ihre Räume mehrere Male an Angehörige der rechtsextremen Szene, darunter Mitglieder von NPD und JN vermietet, die Räume für Partys und Feiern gesucht haben. Die Zuordnung dieser Personen war der Einrichtung bekannt, aber offenbar wurde ein ‚Auge zugedrückt‘, um sich den finanziellen Umsatz nicht entgehen zu lassen.

Ein ehemals der rechtsextremen Szene Angehöriger erinnert sich:

"Die meisten Sachen wurden im Lubminer gemacht, weil es billig war und weil die uns privat kannten. [Der Lubminer war] der einzige Club, den wir hatten, der sehr frei war für alle Sachen, der war bekannt. Dort wurden Faschingsfeiern, Geburtstagsfeiern gemacht. Das war für die Leute im Lubbi auch gewinnträchtig, die verkaufen ja Alkohol und wollen auch überleben. Die haben richtig böse Umsatz gemacht, mussten nach drei Stunden 20 Kisten Bier nachkaufen oder so. Es waren viele Rechte da gewesen, aber auch mit Familie, Frauen, es war nicht immer nur rechts, hatte auch privaten Charakter. Natürlich wurde bei Fasching manchmal mit Ku-Klux-Klan-Sachen gearbeitet, es war eine Verschmelzung zwischen privaten und politischen Sachen. Für den Club ging es darum, dass alles ordentlich verlief, ohne Schlägereien, und dass sie Umsatz machen. Es wurde mindestens 4-5 Mal im Jahr dort gefeiert."

„Die wussten aber, dass einige der Leute aktiv in der NPD sind?"

„Ja."

„Auch in Führungspositionen..."

„Nicht gleich, aber ein Jahr später."

„Da hat sich nichts geändert, dass sie kritischer geworden sind?"

„Nee. Die Musik war auch harmlos, Schlager und Ende der 80er Jahre-Musik. In der ersten Zeit gab es mal Landser zu hören und einmal kam beim Fasching die Polizei vorbei, die hatte einen Tipp bekommen, der Staatsschutz."

Eine Auseinandersetzung gab es darüber offenbar nicht. Die AutorInnen dieser Studie sehen hier einen Klärungsbedarf bezüglich des Konzeptes und des Selbstverständnisses der Einrichtung.

### "Wenn ihr friedlich seid ist alles kein Problem, aber nehmt euren eigenen Müll weg!" - Ordnung und Sauberkeit statt inhaltlicher Arbeit?

In manchen Fällen, in denen Einrichtungen von rechtsextrem-orientierten Gruppen besetzt waren, ging es primär um ordnungsrechtliche Fragen bzw. um die Sekundärtugenden Ordnung, Sauberkeit und Disziplin und weniger um eine inhaltliche Aus-

einandersetzung. Im folgenden Beispiel waren die Konsequenzen für das Umfeld insofern eine Katastrophe, als dass eine rechtsextreme Gruppe es erreichte, nicht nur die in Selbstverwaltung befindliche Einrichtung, zur "National befreiten Zone", sondern auch das Umfeld zur "Angstzone" zu machen. Vermutlich handelte es sich hier auch um eine der JN-nahestehende Gruppe.

Ein Interviewter erzählt:

"Als die [Einrichtung] in die Selbstverwaltung von Jugendlichen überging, die durchaus so dem rechten Spektrum zuzuordnen waren oder daraus kamen, das waren also so glatzige Jungs, da haben die Anwohner auch erst mal Zeter und Mordio geschrieen. Dann war das erste und hauptsächliche Problem, dass es im Umfeld durch irgendwelche Gelage Riesenberge von Müll gab und das war – also so banal das Problem war – das war ein Problem, da hat man sich dann also kurzgeschlossen, Anwohner, Einrichtung, Polizei und gesagt: Leute, wenn ihr friedlich seid, ist alles kein Problem aber nehmt Euren eigenen Müll weg! Da haben die 'nen eigenen Müllsammeldienst eingerichtet, dann ging das und auf einmal waren die Bürger zufrieden. Als es dann mal gelegentlich zu Lärmbelästigungen kam, man konnte wirklich am nächsten Tag hinstapfen und sagen: Leute, das haut nicht hin und wenn ihr so weiter macht...! Wenn ihr das noch mal macht, dann is nicht mehr und da die ja selber daran interessiert waren, IHRE [Einrichtung] da zu behalten, haben die einfach mitgespielt..."

Ein anderer Interviewter aus der Jugendarbeit spricht aber auch von grundsätzlichen Bemühungen um eine Veränderung der Situation:

"In dem Gebiet um [die Einrichtung herum gab es keine Auseinandersetzungen. Dort hatten sie die Hoheit. Es hat sich kein anderer an [die Einrichtung] rangetraut. Das war ja unser Ziel, das zu ändern."

### Versuch nicht-rechte Einrichtungen zu besetzen – Ein Beispiel einer kreativen Zurückeroberung

Häufig kam es auch dazu, dass rechtsextrem orientierte Gruppen, auf der Suche nach einem Domizil in Einrichtungen auftauchten, in denen eigentlich nicht-rechte Jugendliche beheimatet waren – als Stammpublikum – und versuchten solche Einrichtungen für sich zu besetzen. In manchen Fällen führte dies dazu, dass die bisherigen Clubbesucher begannen Sympathie mit den "Neuen" zu entwickeln und sich so sukzessive ein "rechter Club" herausbildete. Im folgenden Beispiel ist es jedoch gelungen, dass so etwas nicht geschieht:

"Da gab es mal ein Ereignis in der Klinke, einer linken Einrichtung, wo plötzlich eine Gruppe von Rechten aufschlug und da waren natürlich fix ganz viele Mitarbeiter auch aus anderen Einrichtungen dort und haben das Team unterstützt. Die Gruppe war eine richtige kleine Glatzengruppe mit Renées und wollte da Randale machen. Die OGJ[98] haben wir dann auch verständigt. Die haben gesagt: "Wir kennen diese Gruppe", das wären keine Organisierten. Obwohl da auch einer dabei war, der versucht hat, Leute zu rekrutieren. Die Gruppe war aber nicht richtig gewalttätig. Die vom Club haben dann versucht, mit einigen zu sprechen, sie könnten dort sein und auch Musik machen, wenn sie das wollten. Dann hat sich aber der alte Club wieder aktiviert, die Älteren sind dann auch wieder gekommen und waren wochenlang dann so häufig präsent, dass sich diese rechte Gruppe wieder verzogen hat. Die Gruppe der Rechten hätte sich einfach nicht mit der Einrichtung vertragen. Und das Treibhaus hat sich dann dafür bereiterklärt, diese rechten Jugendlichen zu übernehmen und mit denen zu arbeiten, aber die haben sich dann dort auch wieder verkrümelt."

Auch andere Beispiele sind bekannt, wo solche Gruppen dann zwar nicht in der jeweiligen Einrichtung bleiben konnten, von den pädagogischen MitarbeiterInnen in Absprache mit anderen Einrichtungen und den Trägern jedoch andere Einrichtungen als Mitnutzer angeboten bekamen. Oft kam es jedoch auch vor, dass die entsprechenden Gruppen sich aus den Einrichtungen zurückgezogen haben, wenn ihnen die Regeln zu eng wurden:

"Also in Hellersdorf-Süd, da hatten wir welche, die waren im Sport-Jugend-Club, das ist eine Einrichtung, die die einzige auf ihrem Gebiet ist und den Jugendlichen ein Programm angeboten hat. Da waren den Jugendlichen aber zu viele Regeln und auch der Raum war zu eng, so dass die dann weitergezogen sind und in Hellersdorf-Nord aufgetaucht sind, auf der Straße oder in anderen Einrichtungen. das war ne richtig große Gruppe, das waren so 40 Leute, die dann weitergezogen sind."

[98] Operative Gruppe Jugendgewalt der Polizei

**Rückzug ins homogene Gruppenmilieu – Vermeidung von "Vielfalt"**

Dass es dabei auch eine Rolle spielt, sich als Gruppe aufrechtzuhalten und der Konfrontation mit "Vielfalt" und potenziellen inhaltlichen Auseinandersetzungen aus dem Weg zu gehen, zeigt folgendes Beispiel:

"Wir hatten ganz dolle Ideen, dass wir wirklich den Kern dieser Truppe wirklich rechtsorientierter Jugendlicher, also der Chef war Pitbull-(gekleidet), tätowiert und die sind offen auch mit ihrer Einstellung umgegangen. Wir haben die mit den Streetworkern genommen und haben die in den Renner gebracht, ganz bewusst hin begleitet, wir haben gesagt, wir bieten euch Räume an, ihr braucht euch nicht draußen zu treffen und das hat sechs Wochen funktioniert. Ich hab's mir angeguckt, es war schon witzig muss ich Dir sagen, und die Renner-Jugendlichen, wie gesagt sehr selbstbestimmt auch aus der Punk Szene und so haben das wirklich geduldet, haben das akzeptiert. Aber es war schon witzig zu beobachten, wie die rechtsorientierten Jugendlichen dort mit unserer Kollegin Scrabble gespielt haben und da gekickert haben. Die haben sich da versucht einzupassen, es hat auch funktioniert aber eben nur 6 Wochen, weil dann der Chef von dieser Gruppe ne Wohnung gekriegt hat und die waren einfach raus, die waren einfach raus. Die waren nicht mehr greifbar für uns. Die haben's sich gefallen lassen, haben sich auch nicht unwohl gefühlt, aber es hat gereicht, sie waren wieder weg."

Die Autorität der gruppeninternen Anführer war oftmals stärker, als die der Einrichtungen; nur manchmal blieben einzelne Jugendliche dann in anderen Einrichtungen hängen. Sind stabile Beziehungen zu SozialarbeiterInnen vorhanden, bleiben manche der Jugendlichen auch im Gespräch.

„Das liegt wirklich aus meiner Sicht ganz stark an Leuten, die das auch können, das kann man nicht aus dem Bauch heraus, so was. Diese Jugendlichen verschwinden ganz einfach wenn der direkte Ansprechpartner mal ein paar Tage nicht da ist."

Auch folgendes Schulbeispiel zeigt, dass es nicht einfach ist, den Kontakt soweit herzustellen, dass eine inhaltliche Auseinandersetzung möglich ist. Innerhalb der Szene dominiert die Einstellung, sich nicht auf Gespräche mit SozialarbeiterInnen oder anderen pädagogischen Personen oder gar der Polizei einzulassen. Auch jüngere rechtsextreme Cliquen, die im Kontakt mit Älteren Organisierten stehen, haben sich diese Vorgaben mitunter zu eigen gemacht.

Eine Interviewte erzählt, wie Ihr das erste Mal explizit organisierte Jugendliche in der Schule aufgefallen sind und wie sich der Kontakt entwickelte:

"Das erste Mal, dass die so zusammengehalten haben – also das war nicht sofort sichtbar – wurde das auf dem Sportfest sichtbar. Es gab zwei Gruppen, also drei bis vier Leute in der Zehnten und drei bis vier Leute in der Achten und die haben sich dann zum Sportfest vereinigt und der eine Häuptling hat gesagt, na sie haben jetzt ne Kameradschaft gegründet, das war so zwei Wochen vor Schuljahresende. Ich frage, was sie da machen: Na ja, sie kleben eben NPD-Aufkleber. Er hatte auch die ganze Tasche voll, das gibt er mir immer, bevor sie durch die Gegend ziehen und das geklebt haben, hat er mir das gezeigt. Nun wollte ich gerne mit ihnen über die Inhalte diskutieren, aber das haben se immer abgelehnt. Ich hab Gespräche angeboten, die wollten se aber nicht."

Auch aus der Jugendarbeit ist die Dynamik oft zu beobachten, dass dort, wo ein Angebot oder Versuch unternommen wird, inhaltlich mit den entsprechenden Jugendlichen und ihrer Gruppe zu arbeiten, dass diese sich dann wieder an andere Orte, in den kommerziellen Freizeitbereich oder in den privaten Kontext zurückzogen.

**Wanderungen durch den öffentlichen Raum -Spaltung der Szene**

In verschiedenen Interviews wurde deutlich, dass solche Gruppen dann eine Weile lang durch den Bezirk wanderten und damit auch den öffentlichen Raum verunsicherten.

"Also diese große Gruppe, die sich getroffen hat, die haben sich an verschiedenen Stellen getroffen. Diese große Gruppe, die war erst in der City Meile, is dann rübergegangen in die Stendaler Straße. Immer so Wanderungsbewegungen. Citymeile hoch, dann die Tangermünder Straße, da war so 'n Brunnen, so 'n Springbrunnen, dann sind sie rüber in die Tangermünder, runter in die Stendaler Straße, Kastanienboulevard runter über die U-Bahn, also Kastanienallee – Kastanienboulevard, da gibt's 'nen Erntekranz, gleich neben dem Till Regner Haus, das ist so 'n Haus für Behinderte, dann sind die immer den Kastanienboulevard, zum Erntekranz runter, ehemalige Kaisers Kaufhalle, da gab's dann auch dann diesen Vorfall mit dem Dönerimbiss der wurde dann

abgefackelt, da weiß ich auch nicht wie sich das dann verhalten hat, weiter runter Richtung Schleipfuhl Naturschutzzentrum und immer hin und her, dann sind die irgendwann wieder zurück, den Kastanienboulevard hoch und sind [in der Jugendeinrichtung XY] aufgeschlagen." Oder: „Es gab auch mal wo ne Kita plötzlich nicht mehr bewirtschaftet wurde, da haben sich dann auch rechte Jugendliche hingezogen, die dann auch immer gleich wieder aufgesucht wurden von den Streetworkern und daher wissen wir auch, mal sitzen se dort und dann sind se da verschwunden und dann sind se wieder verschwunden. Also die wandern glaube ich sehr gerne, um ihre Ruhe zu haben."

In verschiedenen Einrichtungen haben Teile der Gruppe versucht sich zu verankern, haben die Einrichtungen aber immer wieder verlassen, bis schließlich ein Teil der Szene in einer Einrichtung in freier Trägerschaft "aufschlug".

Bei diesem Beispiel ist auch zu hören, dass die Arbeit mit einigen dieser Jugendlichen auch erfolgreich war, denn sie blieben in der Einrichtung und lösten sich auf diesem Weg von der Szene.

Einer der Sozialarbeiter erklärt:

"Das Problem war ja, es gab ja eigentlich immer Jugendliche, die sich rechts orientiert haben bzw. die rechts auffällig waren, weil sie eben vermeintlich als Skinheads zu erkennen waren durch ihre Äußerlichkeiten und sich als Gruppen getroffen haben und versucht haben an verschiedenen Orten in verschiedene Jugendeinrichtungen reinzukommen und sie ja gar keine Chance hatten, weil sie gleich wieder rausgeflogen sind und an den Orten wo sie waren sind sie ja von der Polizei regelmäßig verdrängt worden. Bis dann im Jahr 2000 der Punkt war, wo die Jugendlichen in unsere Einrichtung kamen und dann in unserer Einrichtung monatelang betreut worden sind und dann innerhalb kürzester Zeit gab es so eine Art Bruch in der Szene. Das heißt also, dass viele junge Leute sich neu orientiert haben, haben ne Berufsorientierung gefunden oder 'ne Freundin gefunden, die dann eben gesagt hat, du ich komm mit deinem Outfit nicht klar und dadurch ist es dann viel ruhiger geworden um diese Szene herum."

Hervorzuheben ist hier insbesondere der nachhaltige Einfluss durch neue soziale Beziehungen, Freundschaften oder sich eröffnende Lebensperspektiven. Diese Faktoren verändern sicherlich nicht von heute auf morgen auch "Weltbilder", aber darin liegen Potenziale die zu berücksichtigen sind in der Arbeit mit rechtsextrem-orientierten Personen innerhalb von Gruppenkontexten.

In manchen Fällen gelang es im Rahmen der Jugendarbeit die nicht gefestigten ‚MitläuferInnen' aus solchen Gruppen zu lösen, was an sich schon ein großer Erfolg ist, auch wenn die Kerne solcher Gruppen weiterexistierten.

Für den Kern der rechtsextremen Szene bzw. die Organisierten Akteure war dies ein Anlass, sehr deutlich die Forderung nach einer "eigenen" Jugendeinrichtung zu artikulieren

"Ich denke, dass ist auch die Zeit von 1996 bis 2000 gewesen, das war so die Zeit wo sie eigentlich auf der Suche waren, irgendwo unter zu kommen, einen Club zu finden, wo sie dann auch dafür gekämpft haben, mal ein eigenes Gebäude zu kriegen und da gab's ja wohl auch Verhandlungen mit dem Bezirk bzgl. der Übernahme einer Kita, was dann glücklicherweise auch abgeblasen worden ist. Und durch diesen Verdrängungsprozess hat man das Problem zwar wahrgenommen aber immer wieder verschoben..."

### „Dann haben die mich blöd angeschaut und sofort gepöbelt." - Aktuelle Situationen

Deutlich wurde, dass aufgrund eines sukzessiven Zugewinns an Negativ- und Positiverfahrungen seitens der Jugendeinrichtungen und auch aufgrund struktureller Bedingungen rechtsextreme Jugendliche und ihre Gruppen mehr als früher "austesten" mussten, wie und wo sie sich aufhalten können. Dies geschieht auch vor dem Hintergrund, dass im Bezirk Marzahn–Hellersdorf heute durch die mit der schlechten Haushaltslage begründeten Schließung von Jugendeinrichtungen eine weit geringere Zahl von Jugendclubs als noch in den 90ern existiert. Diese Grenzen führen auch aktuell immer wieder zu Forderungen seitens der organisierten Rechten nach ‚eigenen' Jugendeinrichtungen, denen, wie deutlich wurde, nicht nachgegeben werden darf.

Die meisten Jugendeinrichtungen verfügen inzwischen über klar definierte Konzepte, die rechtsextremen oder rechtsorientierten Jugendliche Grenzen setzen. Eine relevante Frage ist jedoch, inwieweit sich die Zielgruppen mit solchen Grenzen scheinbar arrangieren, um weiterhin Zugang zu Freiräumen in den Einrichtungen zu haben.

„Ich denke, es gibt sicherlich solche Tendenzen, aber die sind versteckter als noch vor drei, vier Jahren. Es gibt jetzt nicht mehr diese Wünsche, dass sie versuchen, irgendwelche Jugendeinrichtungen zu übernehmen und zu sagen, das ist eine befreite Zone", und: "Ich denke, dass man heute mit seiner Einrichtung etwas verkörpert und dass die Jugendlichen dahin gehen, wo sie wissen, da wird darüber diskutiert, also das stört dann vielleicht, wo solche Sachen nicht geduldet werden und dass sie sich schon ganz genau aussuchen, wer wirklich so eine Denkweise hat...."

Folgendes Beispiel zeigt, wie wichtig die Auseinandersetzung mit der Perspektive potenzieller Opfer von rechtsextrem motivierter Gewalt auch in der Jugendarbeit ist:

Frage: "Gibt's denn Jugendclubs, die ihr kennt, wo eher Jugendliche hingehen, die so 'ne rechte Orientierung haben?"

Gesprächsperson 1: "Die Wurzel"

Frage*: „*In Marzahn Nord ist das oben?"

Gesprächsperson 1: „Genau, S-Bahnhof Ahrensfelde, [bei der] Schranke, nicht außerhalb von Berlin, sondern wieder rein, nach links, die Straße entlang, dort."

Frage "Was sind das für Leute da? Kannst Du die ein bisschen beschreiben, wie Du die so wahrnimmst?"

Gesprächsperson 1: "Das sind, ich war da neulich erst, weil ich die Telefonnummer, e-Mail Adresse und alles so was raus bekommen wollte, und ich bin rein gegangen und wurde sofort mit bösen Blicken attackiert, von Menschen die irgendwie...die waren alle Klischee, so Klischee angezogen rechts, Bomberjacke, so Karottenhosen und so mit ihren Springern hoch geschnürt, die Springer müssen natürlich draußen sein und all so was, dann haben die mich blöd angeschaut und sofort gepöbelt, und die meisten hatten entweder so 'n kurzen Haarschnitt, oder Haare ganz ab. Ich bin fünf Minuten in diesem Club drin gewesen, hab mich mit ‚nem Leiter unterhalten und wurde zwei Minuten später vom Club verwiesen um Streit zu vermeiden."

Frage "Wer hat dich denn da weg geschickt?"

Gesprächsperson 1: "Ich konnte gar nicht die Namen in Erfahrung bringen, ich hab nach der Adresse gefragt und dann hat der gleich gesagt: ‚Bitte, um Stress zu vermeiden, geh raus'. Weiter bin ich da nicht gekommen. Also das hat man einfach gemacht, um Streit zu vermeiden, was ich in dem Augenblick sehr positiv fand. Aber die Menschen haben mich wirklich angeschaut wie ‚Was bist du denn? Wo kommst du denn her?'

Frage "War das ein Erwachsener der dich raus geschickt hat?"

Gesprächsperson 1: "Ja, das war ein Leiter, das war quasi ne Ansprechperson, die Verantwortung hatte in diesem Club"

Gesprächsperson 2: "Der weiß doch auch mit Sicherheit, wie seine Leute da drinnen sind."

Gesprächsperson 3: "Der wollt Dich bestimmt nicht da als Sandsack hängen lassen."

**Zwischenfazit**

Es gibt also nach wie vor einen starken Bedarf an Konzeptentwicklung im Umgang mit rechtsextrem orientierten und rechtsextremen Jugendlichen, dieser bezieht sich nicht nur auf die Arbeit mit Gruppen, sondern auch auf die Arbeit mit Einzelnen und vor allem auf die Auseinandersetzung mit dem Weltbild. Dies stellen wir so stark in den Vordergrund, weil sich an der Phänomenologie der Szene in den letzten Jahren sehr viel geändert hat.

## 6.7. Outfit und Lifestyle im Kontext rechtsextremer Erscheinungen

Rechtsextreme Szene und rechtsextrem orientierte Jugendkultur unterliegen in ihren Erscheinungsbildern einem dynamischen Wandel, der auch in den Interviews beschrieben worden ist.

Rechtsextreme Szene im öffentlichen Raum

Nach Darstellungen verschiedener GesprächspartnerInnen kann die gegenwärtige Situation dadurch charakterisiert werden, dass größere Personenzusammenhänge aktuell nicht wahrnehmbar sind:

"Dieses große rechte Szene in Hellersdorf hat sich für mich also offensichtlich erst mal aufgelöst, diese großen Gruppen, also ich hab den Eindruck, dass diese Problematik immer in zeitlichen Intervallen zu bestimmten Anlässen auftritt. Man hat immer den Eindruck, das kocht mal hoch kurzzeitig, dann sind auch Wahlen und dann passiert so was. Was ich im Augenblick beobachte, ist so, dass sich die Situation scheinbar beruhigt hat"

Oder: "Optisch treten solche Gruppen in den letzten Jahren weniger als Gruppe in Erscheinung, sondern immer mehr als Einzelperson, mal so Zweier- oder Dreiergruppen, wo wir vor fünf sechs sieben achte Jahren immer noch Gruppen hatten, die mit 20 bis 30 Personen auftraten und dann durch die Großsiedlungen wanderten, auf der Suche nach irgendeinem Partner, mit dem man sich dann messen konnte"

Beschrieben werden als mögliche Ursache auch lebensphasenspezifische Aspekte der Gründung von Familie und Berufswahl. Hervorzuheben ist jedoch zunächst einmal, dass lediglich eine Veränderung des Äußerlichen vorliegt. Es kann nicht auf das Weltbild geschlossen werden.

In der Tat öffnet sich nämlich die rechtsextreme Szene momentan zunehmend im Kleidungsstil in eine gesellschaftlich akzeptiertere Richtung. Somit haben sich rechtsextreme und gewaltbereite junge Erwachsene nicht bezüglich ihrer politischen Orientierung gewandelt sondern sind, wenn sie in kleineren Gruppen und in sich ändernden Outfits auftreten, schwerer zu identifizieren – was im Übrigen fatale Auswirkungen auf die Situation potenzieller Opfer rechter Gewalt hat. Gerade die nachwachsende Generation rechtsextremer Jugendlicher kann sich mit dem alten rechten Outfit nicht mehr anfreunden. Daher im Folgenden eine genauere Analyse des Phänomens.

**Rückgang des klassischen Outfits und Kontinuität der Einstellungswelten**

Outfit und Lifestyle sind fast immer eine Form gemeinsam geteilter Ästhetik. Kleidung bietet nicht nur eine gewisse Identitätsstiftung, sondern markiert auch die Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder jugendkulturellen Richtung. Dadurch ist Kleidung Teil der alltäglichen Kommunikation im Bezirk.

Was die rechtsextreme Szene im Allgemeinen und deren Umfeld betrifft, hat sich in den letzten Jahren der Kleidungsstil grundlegend verändert: bestimmte Kleidungsstücke (Kapuzenpullover), –farben (schwarz) oder –formen (weite Hosen) werden nicht mehr der linksorientierten Szene überlassen, sondern adaptiert. Diese Durchlässigkeit bezieht sich jedoch nur auf die rechte Szene (es werden nicht umgekehrt rechtsextreme Outfitelemente von linken Jugendlichen übernommen).

Auch in Marzahn–Hellersdorf lässt sich dieser neue Dresscode beobachten. Zwar trifft man im öffentlichen Leben des Bezirks nach wie vor auf Gruppierungen von "klassischen Skins" – rasierter Kopf, Bomberjacke, Röhrenjeans und Springerstiefel mit weißen Schnürsenkeln – sie sind jedoch seltener anzutreffen.

Einige Ausschnitte aus den Interviews:

"Also ich denke mal, was wir hier momentan feststellen, ohne das jetzt näher ausführen zu können, woran das jetzt wirklich genau liegt, ist dass die Tendenz beendet ist, die wir bis vor zwei Jahren hatten, dass nämlich Jugendliche sich zunehmend in Richtung Skinheads entwickeln, oder auch äußerlich als der Rechten Szene zugehörig erkennbar kleiden. Die sichtbare Jugend, die haben diese Kluft abgelegt, also das äußere Erscheinungsbild hat sich verändert, diese Bomberjacken und diese Springerstiefel. Das haben die alles nicht mehr an. Das ist im Augenblick schwer erkennbar. Vor zwei Jahren war alles noch klar und sichtbar, da sind die und die und da gibt es Verbindungen zwischen denen und den rechten Jugendlichen sind ganz eindeutig, aber das ist alles zum gegenwärtigen Zeitpunkt für mich nicht erkennbar..."

Oder:

"Ja, das geht weg vom Nazi mit Springerstiefeln mit weißen Schnürsenkeln hin zu einem etwas zivilerem Auftreten. Man muss

auch nicht mehr kurze Haaren haben, um rechtsextrem zu sein. Der Kleidungscodex hat sich insgesamt verändert."

Auf ein Weiterwirken von Einstellungsmustern verweisen folgende Wahrnehmungen:

"Das sind alles mehr oder weniger versteckte ruhige Sachen, das ist nicht mehr so offensichtlich, also ich sehe keinen, der uniformiert rumrennt, das mit diesen offensichtlichen Klamotten, das ist eigentlich gar nicht mehr so, ich habe so das Gefühl, das verfeinert sich so, das man gar nicht so den Faschisten raushängen lässt mit Stiefel-Klamotten und Kleidung, mehr eben mit verbalen Äußerungen zumindest, die aber mehr so rassistisch sind. Es gibt eben auch viele, die nicht in Springerstiefeln rumlaufen und die trotzdem üble Äußerungen auf der Zunge haben."

In diesem Zusammenhang und zur Illustration ein konkretes Fallbeispiel:

"Wir hatten hier mal ein Mädchen und die war am Anfang eine, die sich immer ganz schick gemacht hat, und irgendwann hatte sie dann einen Freund gefunden, da ist sie dann mit Lonsdale rumgelaufen und ich glaube, sie hat sich der rechten Szene zugeordnet. Ihr Freund, der wohnt auch gleich bei der Schule. Ich hatte wirklich Angst vor dem. Auf jeden Fall hat der in letzter Zeit in komischen Wandel gemacht: Am Anfang hatte er richtige Springerstiefel, das, was man kennt. Und dann ist er irgendwann mit einer Lederjacke angekommen und hatte Hopperhosen an, zwischendurch. Jetzt hat er sich einen Iro rasiert, vorher hatte er richtig kurze Haare. Er ist normal geworden, aber ich glaube nicht, dass er deswegen seine Meinung geändert hat. Er ist noch mit den gleichen Leuten unterwegs. Aber ansonsten sind da meiner Meinung nach auch viele HipHopper unterwegs. Obwohl ich kritisieren würde, dass manche das auch bloß anziehen und dann trotzdem Alltagsrassisten sind und alle ihre Freunde "Nigger" nennen. Total Scheiße."

Beobachtungen im öffentlichen Raum, die das Projektteam der Kommunalanalyse gemacht hat, bestätigen diesen Hinweis explizit.

**Neue Trends und Schnittmengen zwischen Rocker-, Hooligan-, Heavy-Metal- und Skinheadszene**

Trotz dieser Phänomene gibt es im rechtsextremen Spektrum auch neue Trends, das heißt Trends, in denen neue Elemente mit bekannten Elementen verbunden werden.

Als neuer Trend wurde in einigen Interviews auf den sogenannten "Südstaatlerlook" hingewiesen, der sich wiederum mehr an der Rockerszene orientiert. Ausdruck dieses Selbstverständnisses sind Symboliken, die der germanischen Mythologie entlehnt sind, wie beispielsweise Anhänger und Abzeichen in Form von schwarzen Sonnen, Runen, Triskelen und Thorshämmer. An Stelle von kahlrasierten Köpfen kann man längere Haare und oft ein Spitzbärtchen beobachten. Die Kleidungscodes hierbei sind eher Jeans- und Lederjacken und Motorradstiefel, wie sie bei den Vandalen und ähnlichen Gruppen festzustellen sind.

Schnittmengen gibt es hier zwischen Rocker- und Heavy Metal- sowie Skinheadszene.

In diesem Zusammenhang wird dann auch eine Ästhetik wahrnehmbar, die man mehr als sportliches Outfit, Körperkult, und maskulines Auftreten beschreiben könnte. Hier werden auch Schnittmengen zur Hooliganszene deutlich. So sind die sogenannten College-Jacken, Turnschuhe und ein Körperkult, der auf Fitnesstraining und Solarium schließen lässt, auffällig.

**Strategische Erscheinungsbilder**

Insbesondere bei organisierten Personen aus dem rechtsextremen Spektrum kann seit längerem ein Trend festgestellt werden, sehr strategisch und flexibel mit dem eigenen äußerlichen Erscheinungsbild umzugehen. Zum einen gibt es unter rechtsextremen Kadern ohnehin die Tendenz, sich unauffällig zu kleiden, um auch beispielsweise öffentliche Veranstaltungen unerkannt besuchen zu können.

Eine Interviewte hält fest:

"Es gibt organisierte Gruppen, die im öffentlichen Raum auftreten, die aber meistens einen Anführer haben, wie man das immer so schön sagt, möglichst mit Schlips und Kragen, also nicht das typische optische Bild, was man so hat von einem rechts Orientierten"

Ein ehemals in der rechtsextremen Szene Aktiver berichtet:

"Mein Sicherheitsbestreben war so, dass ich mich immer so gekleidet habe, dass man mich nicht als Rechten erkennt. Manchmal bei Demos sogar linke Sachen, mit Kapuzen-T-Shirt und Sonnenbrille. Mein Modebewusstsein war schon anders. Es gab so Kleinigkeiten, dass man keine Jeans trägt, wegen "Levi ist jüdisch und amerikanisch". Mehr Cordhosen oder Leinenhosen, das

haben viele beachtet. Äußerlich sah ich nicht als Rechter wahrnehmbar aus.

Angedeutet wird im obigen Zitat ein mittlerweile verbreiteter Trend, der sich auf die eingangs erwähnte Adaption eines Outfits bezieht, welches Verwechslungen mit bisher alternativen, nicht-rechten oder sogar linken Jugendkulturen hervorrufen kann: Als jüngstes Beispiel für diese Entwicklung waren auf der von der Berliner-Alternative-Süd-Ost organisierten Kameradschaftsdemonstration in Rudow am 6. Dezember 2003, neben roten Fahnen und sogenannten Palästinatüchern auch T-Shirts mit dem Aufdruck Ché Guevaras zu sehen waren. Interviewte des LKA weisen darauf hin, dass es auch sogenannte "Aufklärer" (aus dem Anti-Antifa-Bereich) in der rechtsextremen Kameradschafts-Szene gebe, die gezielt versuchen, im "Antifa-Outfit" aufzutreten, um bei ihrer Tätigkeit unerkannt zu bleiben.

**Anpassung und Markenorientierung – Abhängigkeit von sozialen Submilieus**

"Alte" Markenartikel, die nach wie vor in der rechtsextremen Szene beliebt sind, sind Pit Bull Sweatshirts, Fred Perry Hemden, Alpha-Jacken, Helly-Hansen Jacken, Everlast Sweatshirts und New Balance Turnschuhe, um nur einige zu nennen. Die gewohnten Zusammenstellungen dieser Outfits werden aber gerade bei Jugendlichen zunehmend durch modischere Kombinationen und auch durch teurere andere Marken ersetzt bzw. erst gar nicht adaptiert.

In diesem Zusammenhang ist dann zu hören:

Frage: "Wenn wir den Blick hier auf die Lebenswelt von Jugendlichen hier in Marzahn Nord richten, welche Szenen oder Gruppen gibt es denn hier? Lässt sich eine Einteilung vornehmen?"

"Ein Großteil sind die "Stinknormalen", die sich nicht einordnen lassen. Aber das sogenannte ‚Marzahner Outfit'– eine Bomberjacke ist schon schick oder ein bestimmter Haarschnitt, aber hat nicht unbedingt etwas mit verinnerlichtem Gedankengut zu tun. Man gleicht sich einander an. Dann gibt es die Gruppe von HipHopper, die mit Skateboard unterwegs sind, oder Graffiti machen. Die sind wesentlich weniger. Dann gibt es verschiedenste Gruppen von Aussiedlern..."

Oder:

"Es gibt eben HipHopper, dass man eben weite Hosen trägt etc., vielleicht nicht diese politische Ansicht hat [die der HipHopper], aber so gekleidet ist, vom Codex her. Bei vielen Jugendlichen, die nicht so wissen, wo sie hingehören ist es aber so, dass sie die Kleidung der Rechtsextremen übernehmen, um sich irgendwie anzupassen, sich in eine Gruppe zu integrieren. Das können diese New-Balance-Schuhe sein, dann diese stark geriffelten Kordhosen, Lonsdale Sachen oder Troublemaker."

Ein anderer Interviewter erwähnt:

"Lehrer an Schulen sagen uns auch, dass zur Zeit die neue Tendenz sich eher an Modeszenen orientiert, also Musikszenen oder so, und das diese Jugendliche eher apolitisch sind. Gerade an den Realschulen und an den Gymnasien hat sich das ziemlich deutlich durchgesetzt. An den Hauptschulen gibt es noch einen Teil der Jugendlichen, die sich nach Außen deutlich als Rechte zu erkennen geben. Aber das ist eher zurückgegangen, das ist ein Phänomen, was ich mir so nicht erklären kann."

Und auch folgender Interviewte hebt eine deutliche Orientierung an Kleidungsmarken als durchgängiges Charakteristikum in der Jugendkultur hervor:

"Aber ich muss sagen, die Erscheinungen von Rechtsradikalen haben in der letzten Zeit abgenommen"

Frage: "Gibt es da eine Tendenz?"

"Ja, ganz gewiss! Was wir haben in Marzahn- Hellersdorf, ist ein ausgeprägter Markenfetischismus, also Buffalo-Schuhe, Techno Klamotten. Bei der Loveparade, das ist mein Eindruck, kommen ja 50 Prozent aus Marzahn–Hellersdorf" [lacht]

"Und im Kontext von Diskotheken, was ist da Deine Wahrnehmung?"

"Ja, also, wie gesagt, welldressed, ein gewisser Markenfetischismus. Was auch dazu führt, dass, wenn einer da so ein ideologisches Kostüm anzieht, um bei den Mädels anzukommen, dass der da ziemlich schnell auffallen würde."

Dass in den Möglichkeiten den eigenen Stil zu gestalten auch die soziale Schicht bzw. das sozialkulturelle Milieu samt des darin wirksamen ‚kulturellen Kapitals' eine Rolle spielen zeigt folgendes Zitat einer Sozialarbeiterin über Jugendliche aus der Freizeiteinrichtung:

"Also ich würde sagen dass sind Jugendliche die dem durchschnittlichen Schönheitsideal versuchen zu entsprechen und die alles das mitmachen, was gerade in ist. Wenn jetzt die hohen Buffalos in sind, kommen sie in denen, wenn die Hüfthosen in sind und

bauchfrei, dann kommen sie alle in dem Outfit. Also die schwimmen echt mit und versuchen dem bürgerlichen, dem gesellschaftlichen Idealbild zu entsprechen." Weiter heißt es: "Was wir immer feststellen, zumindest empfinden wir das, dass viele sehr ordinär wirken, weil die Klamotten auch billig sind. Das sind alles Billig-Klamotten, denen man es auch an sieht, dass die kein Geld kosten und trotzdem auf schick gemacht sind. Das sind alles Ramsch-Tisch-Klamotten, weil die haben auch echt wenig Geld zu Hause. Also bei 10% haben die Eltern zu Hause Arbeit und ist ein bisschen Geld da. Aber der Großteil, pfeift finanziell aus dem letzten Loch."

Feststellbar ist also, dass abhängig von den verschiedenen Altersgruppen und Submilieus die äußeren Erscheinungsbilder und Stile variieren und das eher homogene rechtsextreme Outfit, welches sich noch vor einigen Jahren auf ein überschaubares Ensemble bevorzugter Marken reduzierte, verdrängen.

**Opferperspektive**

Das eigentliche Problem an den veränderten Outfits rechtsextremer Personen ist die Schwierigkeit für potenziell bedrohte Menschen, gefährliche Personen zu erkennen. Diese permanente Verunsicherung im öffentlichen Raum spielt für die Entstehung einer rechten Dominanzkultur eine zentrale Rolle.

Eine junge Schwarze Deutsche gibt diese persönliche Verunsicherung sehr anschaulich wider:

"Also, das find ich sehr gefährlich, was jetzt gerade hier in Hellersdorf passiert, weil früher war das so, da hat man die in Springerstiefeln und Bomberjacke gesehen und wusste: ‚Jetzt geht man denen mal lieber aus dem Weg' und jetzt ist es so, dass Menschen, die vermeintlich normal aussehen, sich anders entpuppen und die einen dann wirklich anschreien und: ‚hä – von dem hätt' ich das jetzt gar nicht erwartet'. Das empfinde ich als sehr gefährlich, weil anders kann man den Leuten aus dem Weg gehen, aber so weiß man nicht, an wen man gerät." "Ich weiß noch, also 1997 ungefähr, da war es noch so gewesen, dass man jeden erkannt hat. Es gab niemanden, den man wohl nicht erkannt hat. Die Rassisten hatten 'nen bestimmten Stil von Klamotten gehabt. Die hatten dann Lonsdale-Pullover oder so. Aber jetzt, man zieht sich einfach normaler an wie der Durchschnittsbürger und von daher, das empfinde ich als ganz schön gefährlich."

Frage: "Weil du dann auch nicht mehr einschätzen kannst, wem du aus dem Weg gehen musst und wem nicht?"

"Genau. Also, das ist ja mit den Jahren ganz langsam so gekommen. Das ist mir auch vor kurzem erst aufgefallen als ich dann wirklich doof angemacht wurde öfters. Da ist mir aufgefallen, dass ich nicht weiß, wen ich angucken darf und an wem ich vorbeilaufen darf und an wem nicht. Also, ich bin schon verunsichert, wen ich jetzt frage nach der Zeit. Da guck ich mir dann wirklich, gerade wenn's Jugendliche sind – bei Frauen, sag ich mal hab ich nicht so `nen Problem damit, da bin immer guter Dinge, dass sie mich jetzt vielleicht nicht beleidigen. Aber bei Männern, dann guck ich die schon länger an und guck, ob die mich seltsam angucken und dann frag ich erst."

**Zwischenfazit**

Rechtsextreme Mode und Lifestyle erleichtern für andere Jugendkulturen den Einstieg in die Szene. Jugendliche, die gefährdet sind, weil sie eine Offenheit für rechtsextreme Orientierungen haben, können über diese Ansatzpunkte mit den Elementen des organisierten Rechtsextremismus in Kontakt kommen und auch fasziniert werden.

Problematisch ist, dass durch Stiländerungen der Kleidung die Präsenz und Dominanz rechtsextremer sowie rechtsextremorientierter Jugendlicher in der Öffentlichkeit als rückläufig empfunden wird

Rechtsextreme und rassistische Einstellungspotenziale bleiben jedoch trotz wechselnder Moden bestehen. Insgesamt lässt sich die These formulieren, dass das äußere Erscheinungsbild auch mit einer Art Generationenwandel und mit einer fortschreitenden Pluralisierung von Stilen verbunden ist.

## 6.8. Generationenübergänge – Familie – Jugendkultur

Es gibt komplexe Zusammenhänge zwischen politischen Orientierungen und Weltbildern, die durch ein spezifisches Outfit individuell und kollektiv in den öffentlichen Raum übertragen werden und von dort über symbolische Interaktionsprozesse wieder individuell relevante Auswirkungen haben. Schlussfolgerungen, die vom Verschwinden oder vom Rückgang des klassisch-rechtsextremen Szeneoutfits auf einen Rückgang entsprechender Orientierungen schließen, verbieten sich jedoch.

Wir heben das so explizit hervor, weil ein Teil unserer Interviewten sich verleiten ließ, von einer aktuellen Nicht-Existenz quantitativ starker rechtsextremer Szenen und vom Rückgang des damit verbundenen Outfits auf dahinter stehende Orientierungen zu schließen: "die schlimmste Zeit ist einfach vorbei".

Das hier keineswegs von einer Entwarnung gesprochen werden kann, wird in der Auswertung von weiterem empirischen Material deutlich.

Allgemein kann man sagen, dass es über die Jahre mehrere ‚Generationen' ineinander geschobener politisch-kultureller Strömungen des Rechtsextremismus gab, in denen Kernelemente des Weltbildes vorhanden blieben und lediglich ihre unmittelbare Ausdrucksweise variierte.

Akteure der rechtsextremen Szene und Jugendkultur werden als Personen und Milieus von solchen Wandlungsprozessen erfasst, sind mehr oder weniger selbst ProtagonistInnen und werden vor allem herausgefordert, dies auch mit eigenen biographischen Prozessen zu vereinbaren. Die Frage des Älterwerdens, des unmittelbaren sozialen Bezugssystems und beruflicher Perspektiven wirkt dabei unmittelbar darauf ein, wie sich die Einzelnen in ihrer politisch-kulturellen Orientierung verorten.

In Marzahn-Hellersdorf sind diese Übergangsprozesse von einer Generation in die nächste deutlich zu sehen:

Frage: "Diese Generation, die vor ein paar Jahren so aggressiv aufgetreten ist, wie würdest du die jetzt beschreiben? Wie sind die jetzt drauf?"

"Es gibt auch immer noch ein paar Jugendliche, die ich noch von früher kenne, die haben sich nicht verändert, machen immer noch den gleichen Schwachsinn und rennen noch genauso rum. Sie sind nur älter geworden. Es gibt auch einen Teil von Jugendlichen, die nicht mehr so extrem wie damals sind, aber letztendlich irgendwo stehen geblieben sind. Und es gibt ein paar Leute, die noch einen Knacks gekriegt haben, und die haben einen Plan für das Leben. Die sagen jetzt: ‚was wir für einen Schwachsinn gemacht haben'. Heute sind die teilweise selbstständig, haben gute Jobs. Das ist beeindruckend, aber man sieht auch immer wieder das genaue Gegenteil."

Folgendes Beispiel einer jungen Frau, die für eine kurze Zeit komplett aus der Szene ausgestiegen war, ohne ihre Einstellungen zu verändern, illustriert die problemlose Einbindung in die Szene über familiäre Strukturen:

"...ihr Freund waren eben so 'n Naziführer im Bezirk, der im Knast saß und als er dann aus dem Knast rauskam, und die beiden wieder zusammen kamen, sie hatten auch schon ein kleines Kind, hat sie alles hingeschmissen und ist wieder voll in der Szene untergetaucht"

Das rechtsextreme Weltbild bietet hier praktische Lebensansätze, deren Bewährung historisch belegt werden kann: der Nationalsozialismus verfügte über sehr differenzierte und nach wie vor gesellschaftlich wirksame Familienbilder, die rechtsextreme Orientierungen mit einer ‚guten' Vater- und Mutterrolle nahtlos zusammenfügen.

Auch eine Sozialarbeiterin nannte Beispiele für das Phänomen, dass Männer Ihre Funktionen als Väter scheinbar gut mit ihrer politischen Aktivitäten vereinen können:

"Das hat sich alles etwas verschoben, neulich bin ich an einer Kita vorbeigekommen und seh' da auf einmal so' n par Rechte, aber einzeln. Und ich denk, was ist denn hier los? Die haben einfach ihre Kinder aus der Kita abgeholt. Und dadurch hat sich einiges, was die Erscheinungen angeht, geändert. Das zeigt sich dann nicht mehr so, die sind dann plötzlich Familienväter, auch wenn die noch rumlaufen wie die Glatzen."

Anders formuliert sind diese Männer nach wie vor Rechtsextremisten, die plötzlich als Familienväter auftreten.

Besonders ernst zu nehmen ist all dies, weil sich darin ein neuer Handlungsbedarf für die Arbeit mit Familien und Erwachsenen zeigt. Komplementär zu einer ausstiegsorientierten Jugendarbeit wäre hier wohl so etwas – durchaus etwas visionär gedacht -,

wie eine ausstiegsorientierte Familienarbeit erforderlich.

Folgende Wahrnehmungen von Interviewten untermauern dies noch. Eine Sozialarbeiterin erzählt:

"Es gibt auch deutsche Familien, wo die Kinder inzwischen zu uns kommen, z.B. die Kinder von einem Vater, der ist also Nazi, sag ick, der also vom Outfit her, der ist schon Mitte dreißig. Und der hat drei Jungs und ein Mädchen, und wo er und sie arbeitslos waren, also das ist so ein richtiges Beispiel, da haben die ihre Kinder zu uns geschickt, einfach um ihre Ruhe zu haben. Und als die Kinder dann schon etwas älter waren, kamen dann [in der Freizeiteinrichtung] solche Sprüche wie: "Ej du Kanake" zu den Albanern oder den anderen, oder: ‚Kohle' oder wat denn so."

Frage: "Kohle?"

"Ja, die haben dann zu den Schwarzen ‚Kohle' gesagt. Und da habe ich sie geschnappt und da haben wir schon irgendwie rausgekriegt, dass diese Sprüche von dem Vater kamen. Und da kam der Vater sich beschweren, weil seine Jungs beschimpft worden wären. Und da habe ich mit ihm gesprochen und da hat der auch zugegeben, dass er seine rechte Musik nur im Auto hört. Und da habe ich gesagt, dass das seine Kinder aber mitbekommen, dass die Kinder seine Sprache sprechen, und dass die Ausdrücke seiner Kinder von ihm sind und nicht von woanders."

In eine ähnliche Richtung geht die Erfahrung einer Pädagogin, die auch andeutet, wie sich der Konflikt der Einstellungswelten mitunter durch die ganze Familie zieht:

"Wir hatten z.B. zwei kleine Mädels, die waren ab der 7. Klasse schon 'rechts'. Sie haben gesagt, sie sind rechts und fanden das toll. An den beiden haben wir allerdings auch gearbeitet. Wir hatten verschiedene Projekte... Die beiden hatten später mit rechts nichts mehr am Hut. Papa war immer noch klassisch mit Glatze. Ich hatte die einmal zusammen gesehen, da war mir klar, wo es herkommt. Er war aktiver Rechter hier in Hellersdorf, aber sie [die Mutter, d.V.] hatte sich völlig distanziert...."

Das Bindeglied hin zum Rechtsextremismus ist oftmals neben autoritären Aspekten ein deutlicher Alltagsrassismus:

"Also zwei haben wir, die sagen ihr Vater wäre deutlich rechts. Die Väter vertreten sehr rechte Ansichten und würden nie dulden, dass eine ihrer Töchter mit einem Ausländer zusammen wäre . Die beiden Töchter (15,17) finden dass selber auch nicht gut."

Seitens rechtsextremer Organisationen und Kulturverbände gibt es vielfältiges Material für Eltern, die Hinweise zur Kindererziehung geben. Einer unserer Interviewten hat sich auch dazu geäußert, dass in solchen Familien wirklich versucht werde, die Kinder "völkisch" zu erziehen. Allerdings sei dies sehr schwer:

Wenn Leute älter werden und Familien gründen, nicht mehr politisch aktiv sind, sich aber immer noch in diesem Weltbild bewegen, wie wachsen die Kinder auf? Beobachtest Du das?

Bei der Namensgebeung kann man erkennen, dass die Leute meistens deutsche, germanische und heidnische Namen nehmen. Die Leute versuchen, ihre Kindern kulturelle Sachen zu vermitteln, vielleicht sie eines Tages im Bund heimattreuer Jugend unterzubringen. Aber die Realität ist anders. Die Kinder wachsen im Kindergarten auf. Man versucht, Kinder so zu erziehen, aber da müsste man abgeschottet von anderen leben, weil die Einflüsse auf die Kinder sind so groß, dass sie mit amerikanischen Wörtern aufwachsen oder Musik hören, die den Eltern nicht so gefällt. Das kann nicht dogmatisch durchgezogen werden. Man kann zwar dem Kind rechte Werte mitgeben, aber das wird sehr dosiert. Das Leben holt die Familien schnell ein.

Die Arbeit mit Heranwachsenden aus solchen Familien dürfte ebenfalls für Kita, Schule und Hort Fragen aufwerfen, die bisher zu wenig diskutiert worden sind.

Wie wir im vorhergehenden Kapiteln bereits beschrieben haben, spiegelt sich all dies unter Umständen nicht nur in der Familie oder im familiären Umfeld wieder, sondern eben auch im öffentlichen Raum, wenn organisierte Rechtsextreme Heranwachsende rekrutieren:

"Optisch ist heute festzustellen, dass nicht nur Jugendliche in der Pubertät, sondern verstärkt auch Erwachsene bis Mitte/Ende 30 als rechtsextrem auffallen, die sich als solches auch verbal outen auch vor Jugendgruppen. Und die meinen dann, sich als Führer von solchen Gruppen aufführen zu können, also da gab es mehrere Fälle in den letzten zwei bis drei Jahren, wo man dann schon relativ krampfhaft so ne Sachen trennen musste..."

**Hoffnungsvolle Beispiele – AussteigerInnen aus dem Weltbild**

Dennoch gibt es natürlich auch jene, die sich wirklich nicht nur aus der Szene, sondern auch aus dem Weltbild gelöst haben.

"Nach ein Jahren habe ich welche getroffen, jetzt sind viele Familienväter und würden gerne diese Zeit aus ihrem Leben streichen, weil sie ihrem Kind Werte vermitteln wollen, die sie selber mit Füßen getreten haben. Ich kann jetzt nicht für alle sprechen, aber für einige."

Etwas ironisch meint ein anderer Interviewter:

"Das interessante ist, dass so viele, die aus dieser Szene rausgegangen sind, die sind heute genau das Gegenteil zu dem was sie mal waren. Früher waren sie richtig die Deutschen, die versucht haben, ihre deutsche Gesinnung zu leben. Und heute sind sie eben doch die Döneressenden HipHopper, so will ich das mal sagen, weil die sind ja nun genau das Gegenteil, was überhaupt nicht zusammenpasst. Das was sie früher verfolgt haben, das sind sie heute geworden. Sie haben neue Freunde kennen gelernt, sie haben sich mit anderen Menschen auseinandergesetzt, sie haben wahrscheinlich auch 'nen Halt im Leben gefunden, weil sich schulisch was verändert hat und beruflich was verändert hat."

Auch hier wird noch einmal die Relevanz von Umfeldveränderungen sichtbar - unabhängig ob diese sich im beruflichen Kontext oder im Rahmen anderweitig bedeutsamer Sozialbeziehungen abspielen.

Einer der Interviewten hebt hervor, dass die Manifestierung bzw. Aktualisierung solcher Haltungen auch von konkreten gesellschaftlichen Ereignissen und persönlichen Lebenslagen und ihrer Verarbeitung abhänge:

"Ich hab auch so das Gefühl wenn auch auf den ersten Blick keine richtige Szene mehr da ist, denke ich auch, dass rassistische, antisemitische Ressentiments latent vorhanden sind, ganz stark vorhanden sind, nicht bewusst aber doch vorhanden sind. Die sind Teil des Alltags und die werden bei irgendeiner Gelegenheit dann wieder herausgekramt. In Situationen, wenn's einem schlecht geht: Wieder mal keine Arbeit, wieder mal `ne Ablehnung. Oder wenn dann mal irgendjemand auftaucht, der so ein Feindbild hat."

Im Zusammenhang mit diesen Prozessen ist auch auf die grundlegende Erkenntnis der sozialwissenschaftlichen Einstellungsforschung hinzuweisen, dass sich rechtsextreme Orientierungen durch alle Altersschichten hindurchziehen.[99]

**Aktuelle Wahrnehmungen über soziale und politische Haltungen bei Jugendlichen und Kindern**

Dargestellt wurde im letzten Teilkapitel, dass sich momentan weniger Jugendliche durch ein eindeutiges Outfit einer rechtsextremen Szene oder Jugendkultur zuordnen. Beschrieben wurden Wandlungsprozesse, die mit Fragen von Generation, Milieu und sozialer Dynamik zu tun haben.

Im Folgenden gehen wir noch ein wenig der Frage nach, wie Heranwachsende im Alter von 14-18 und Kinder bis 14 Jahre von den Interviewten bezüglich ihrer sozialen Haltungen und Einstellungsdimensionen gegenüber stigmatisierten Gruppen und gesellschaftlichen Minderheiten wahrgenommen werden. Dabei ist darauf zu verweisen, dass es hier wiederum nicht um repräsentative Aussagen geht, sondern um einen Ausschnitt aus dem Alltag, der allerdings, so wie er sich uns darstellt, bedenklich genug ist:

Ein Interviewter aus der Jugendarbeit reflektiert:

"Bei einem großen Teil der Jugendlichen sind jedoch ausländerfeindliche Tendenzen, rassistische Tendenzen auch außerhalb dass man in der Szene organisiert ist, sozusagen im Allgemeinbewusstsein auch mit drin. Das ist aber was anderes als die, die der rechten Szene zuzuordnen sind. Aber das könnten die dann sein, die wegsehen, wenn dann mal irgendetwas ist. Das sind Leute, im tiefsten Inneren Probleme haben ‚Fremdes' oder Menschen, die anders leben wahr zu nehmen oder auch ernst zu nehmen."

Hierzu gehören bereits häufig extrem abwertende verbale Positionierungen:

Dazu sagt ein ehemalige Sozialarbeiterin:

"Dies findet meistens gegenüber Ausländern, gegenüber Mädchen statt. Um wo es auch ganz extrem ist, das ist gegenüber Schwulen und schwuler Lebensweise. Das ist aber ein Aspekt, der ist eigentlich durchgängig, den haben ganz viele, auch Normalos, sag ich jetzt mal. Und was im Jugendbereich dann wieder auffällig ist, ist, dass

[99] Einen Einblick vermitteln folgende repräsentative Umfragen: "Politische Einstellungen in Deutschland", kostenlos bestellbar bei sfic.schaefer@t-online.de; "Politische Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg" unter www.polwiss.fu-berlin.de/osi/forschung.htm und "Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland" ebenfalls unter www.polwiss.fu-berlin.de/osi/

Rechtsextremismus oft mit direkter, also körperlicher Gewalt verbunden ist."

Oder ein Interviewte aus der Arbeit mit Kindern:

Frage: "Haben Sie mit Personen zu tun, die ausgrenzende Ansichten zum Ausdruck bringen?"

"Die hört man immer wieder. Zum Beispiel über Behinderte, die "Spast" genannt werden. Oder gegen Juden"

Oder ein Schulsozialarbeiterin:

"Es ist oftmals auch Unbedachtheit. Genauso wie sie oftmals sehr sexistische Ausdrücke benutzen und dann oft gar nicht denken was sie damit sagen, hauen sie dann auch die Sprüche raus, die Scheiß-Kanaken. Aber ich denke dass ist auch nicht wirklich reflektiert. Genauso wie manche sagen: ‚Ey du Hure!', wo ich dann denke: ‚Mann Leute, wisst ihr was ihr da sagt...' Aber das ist eben auch deren Chargon. Ich denke dass die nicht sehr viel Meinung dazu haben, außer dass sie immer sagen Ausländer sind Scheiße..."

Von einer Schule war zu hören:

"Wir haben hier eine Schülerschaft, wo eine latente Gefahr da ist. Ich will nicht sagen, dass sie offensiv rechtsradikal sind und wissen, was sie da tun. Sondern wir haben die dumpfe Mitläuferschaft, die aus Gruppendynamik da mitspielt, weil im Umkreis alle Bekannten so rumrennen, obwohl das gewaltig nachgelassen hat. Vor 5-6 Jahren hatten wir hier wirklich Springerstiefel, die passende Jacke und Hose dazu. Das findet in dem Maße nicht mehr statt. Wir haben aber Schüler, die da latent empfänglich sind."

In den Interviews kam immer wieder zum Ausdruck, dass das Phänomen des Rechtsextremismus in Marzahn–Hellersdorf z.T. auf "fruchtbaren Boden" fällt, das heißt, dass eine intolerante, antihumane und gerade auch chauvinistische Alltagskultur besonders unter Jugendlichen die Entstehung rechtsextremer Phänomenen begünstigt. Rassistische oder rechtsextrem motivierte Diskriminierung und Gewalt bauen meistens auf eine bereits verbreitete Alltagskultur der Ausgrenzung auf.

Solche Haltungen bestätigen und festigen sich natürlich im Kontext der eigenen Clique und peer group – besonders dann, wenn in der Familie, der Schule oder in anderen sozialen Kontexten, z.B. der Jugendarbeit, keine Infragestellung und inhaltliche Auseinandersetzung mit solchen ‚Selbstverständlichkeiten' stattfindet.

Dass daraus auch ein Bedarf für die demokratieorientierte der Arbeit mit Kindern – z.B. in Form einer vorurteilsbewussten und interkulturellen Pädagogik – gibt, zeigen folgende Erfahrungen von GesprächspartnerInnen:

"Wir waren unlängst zu einer Art Interviewtermin mit Kindern beim Bundespräsidenten Thierse. Für uns auch erstaunlich, wie viele politische Fragen sie gestellt haben, ne, das war alles in einer Grundschule mit einer Ausnahme. Sie haben in der Klasse auch überlegt, welche Fragen oder Antworten sie neugierig wären, und da kam als Frage auch ‚Ist es so, dass Ausländer den Deutschen die Arbeit weg nehmen?' weil die Kinder spüren natürlich schon Belastung, wenn Eltern über Jahre arbeitslos sind, und, na ja, entsprechende Diskussionen zu hause dann geführt werden, das kriegen se mit."

Aufgrund des sozialen Umfeldes und eben auch familiärer Verhältnisse wachsen bereits Kinder in die entsprechenden Haltungen hinein. Aus dem Schulbereich ist zu hören:

"Man hat das Gefühl, es ist so etwas Latentes, Unbedachtes. Wir haben hauptsächlich mit den Lückekindern zu tun. Da ist wahnsinnig viel dummes Geschwafel, wo ich so wichtig finde, dass man nachfragt: "Weißt du, was du jetzt gesagt hast?" Es ging immer um die platte Geschichte "die Ausländer nehmen uns die Arbeit weg..." Für mich ist das ein Moment gewesen, wo ich dachte, es ist schon latent vorhanden. Es braucht nur einen kleinen Stups, um in die oder die Richtung zu gehen. Ich befürchte, wenn da nicht gearbeitet wird mit den Jugendlichen selbst dass da ein Abgleiten sehr schnell passiert. Die brauchen nur einen Älteren treffen, der das ein bisschen kanalisiert und ihnen ein bisschen ne Heimstatt gibt in irgendeiner Form, das Gefühl der Zusammengehörigkeit..."

Pädagogisch tätige Interviewte machten deutlich, dass Kinder und Heranwachsende im Übergang ins jugendliche Alter sehr beeinflussbar sind, was Deutungsangebote von älteren, als charismatisch empfundenen Bezugspersonen anbelangt:

"Aufgrund der demographischen Struktur ist es so, dass die Jugendgruppen jünger werden, also mehr in Richtung Lückekinderalter gehen, nicht ausschließlich aber viele, es gibt z.B. viele Kinder im öffentlichen Raum,

die durch die Angebote der Jugendhilfe fallen und für die wenig Angebote da sind. Das sind Kinder zwischen 10,11,12,13 die sind meiner Ansicht nach sehr anfällig für demagogische Anschauungen, also wenn da jemand kommt mit sehr viel Charisma und denen irgendwas erzählt und diesen Kindern einfache aber übersichtliche Antworten gibt könnte ich mir denken, dass die sehr anfällig sind. Das ist ein Problem für uns. Ich denke mal schon, dass die Kinder gerade wenn die 11-12 sind und anfangen Fragen zu stellen und von den Falschen die Antworten bekommen, die zweifeln ja nicht**...** Gerade in der Pubertät, wo diese Ablösung aus dem Elternhaus sich vollzieht, wenn Jugendliche fremde Erwachsene suchen oder ande**r**e Jugendliche an denen sie sich orientieren und es gibt kaum Sozialarbeiter..."

**Zwischenfazit**

Das Interviewmaterial zeigt sehr deutlich, dass pädagogische Einrichtungen und Institutionen, die mit Jugendlichen arbeiten, mit folgenden Phänomenen konfrontiert waren und es bis heute in sich wandelnder Form sind:

a) Übergänge von einer rechtsextrem orientierten Jugendkultur zur rechtsextremen Szene, wobei organisierte Akteure eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten.

b)Jugendliche mit Haltungen der Ungleichwertigkeit, sowie einer Gewaltakzeptanz/Gewaltbereitschaft, wobei hier Rassismus, Homophobie, Sexismus und andere Formen der Abwertung/Diskriminierung und manifesten Unterdrückung in unterschiedlichem Maße eine Rolle spielen. Dies erstreckt sich bis in die sogenannte alternative oder/und nicht-rechte Jugendkultur,

Die gesamte Entwicklung macht es nicht einfacher, rechtsextreme Erscheinungen zu erkennen, die Auseinandersetzung mit dem Weltbild bleibt als Alternative. Besonders zu berücksichtigen im genaueren Verständnis der aktuellen Entwicklungen sind Fragen des Verhältnisses von erwachsenen, Jugendlichen und Kindern – Generationenverhältnisse im weitesten Sinne – ebenso wie Fragen nach dem sozialen Umfeld bzw. Perspektiven von Umfeldänderungen, die sich auch auf die Haltungen und Einstellungsmuster auswirken können.

Herausforderungen aus den Analyseerkenntnissen ergeben sich sowohl für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, als auch mit Erwachsenen und Familien. Angesprochen sind demzufolge sowohl Schule und Jugendarbeit, aber auch Nachbarschaftszentren, Beratungsprojekte, Projekte der Familienarbeit/Familienförderung, ebenso wie Projekte politischer Bildung.

**EXKURS - Musik und Rechtsextremismus**

Die Bedeutung von Musik als Transmitter von rechtsextremistischen Inhalten ist sehr groß. Vertrieben werden die CDs – auch verbotene Ware – problemlos über das Internet oder ‚unter der Hand' in einschlägigen Szeneläden oder Kneipen.

Die bekannte rechte Hardcore-Musik, die für Außenstehende nicht von der ursprünglichen alternativen Hardcore-Musik zu unterscheiden ist, wird von Szenegrößen wie der bereits beschriebenen Vandalen-Band "Landser" (ursprünglich "Endlösung"), aber auch von nicht-deutschen Bands wie "Skrewdriver" aus Großbritannien oder Bands aus dem US-amerikanischen Raum vermarktet. In Berlin existieren momentan mehrere rechtsextremistische Bands dieses Genres, deren Konzerte überregional Anlaufpunkt der Szene sind. Dazu kommen sogenannte "LiedermacherInnen", die völkisch-nationalistische Bezüge zum Nationalsozialismus herstellen und sich gerade für generationsübergreifende Wahlveranstaltungen der NPD einspannen lassen.

Rechtsextreme Ideologie beschränkt sich aber nicht mehr nur auf Skinheadbands oder LiedermacherInnen sondern greift in verschiedene Stilrichtungen ein.

Ein Interviewter beschreibt:

Früher war es eigentlich ziemlich einfach. Es gab diese Rennicke-Geschichte oder Skinheadmusik von Landser bis zu anderen Gruppen. Der Einstieg wird meistens über rechte Musik gemacht. Selbst Leute, die nicht so rechts sind, haben diese Musik zu Hause als mp3. Hard Rock oder Rechtsrock waren auch oft Einstieg, gegen den Staat und brüllen und laute Musik, schnelle Takte. Heute hat sich das ziemlich gewandelt, diese Facetten sind größer geworden. Das Spektrum reicht von Gothic Musik bis Dark Metal, da gibt es viele Richtungen. Es gibt auch Rapper, die den Hitlergruß zeigen. Da ist verzwickt."

Auch der Leiter eines Jugendclubs meinte, dass es sowohl rechtsextreme HipHop- und Technomusik gebe, als auch rechtsextreme Gothic-Musik. Einerseits sei hier eine Strategie zu sehen, die rechtsextreme Inhalte in alle Szenen transportieren soll, andererseits

handele es sich schlicht um eine Dynamik von Angebot und Nachfrage: Es gebe in all diesen Musikbereichen "Bedarf", der momentan weltweit erfolgreichste Bereich der ‚Black-music' natürlich ausgenommen.

Die Strategie ist dabei einfach und perfide. Um mehr Personen für eine rechtsextremistische Ideologie anzusprechen werden die Zugangsmöglichkeiten erweitert. Die Anknüpfungspunkte sind hierbei die bereits von Jugendlichen genutzten Codes und Stilrichtungen. Die musikhistorische Entwicklung spielt nur noch eine geringe Rolle.

HipHop beispielsweise als Folgeentwicklung des Schwarzen Raps hat seine historischen Wurzeln in den Schwarzen Ghettos der USA. Die Entstehung des Weißen HipHops, der mitnichten Political Correctness beansprucht, ist mit Rassismus und Ungleichwertigkeitsideologien mühelos zu vereinbaren. Dasselbe gilt natürlich auch für den Weißen Rock und Pop.

Tatsächlich relevant werden hier die Texte. Wie aus der Sprachwissenschaft bekannt ist, werden auditiv unbewusst Informationen und sprachliche Codes adaptiert.

Die Brückenfunktion der Musik zwischen der Besetzung des vorpolitischen Raumes und dem Einstieg in die rechtsextremistische Szene bis hin zur Ausübung von Gewalttaten, wird trotz einer verstärkten gesellschaftlichen Sensibilität gegenüber Rechtsextremismus noch nicht ernst genug genommen. Eine Sozialarbeiterin beschreibt das Phänomen folgendermaßen:

..und die Musik, über Musik wird sehr viel rechte Ideologie transportiert, da muss kein klares weltanschauliches Bild dahinter sein, aber über Musik wird sehr viel transportiert."

Musikstile und -richtungen, die mit rechtsextrem-orientierten Textelementen arbeiten, Rassismus oder Ungleichwertigkeitsvorstellungen transportieren werden von den verantwortlichen Erziehungspersonen noch zu wenig erkannt. Hier besteht ein deutlicher Fortbildungsbedarf.

## 6.9. Stadtteile und soziale Räume - Aspekte rechtsextremer Erscheinungen

In der bisherigen Analyse sind wir sowohl auf die organisierten Formen des Rechtsextremismus als auch auf den Wandel seiner kulturellen Erscheinungsformen eingegangen. An einzelnen Stellen wurde diskutiert, wie sich dieses Problem für die Jugendarbeit darstellt bzw. wie damit umgegangen wurde und wird. Im folgenden richten wir den Blick auf den städtischen Raum Marzahn–Hellersdorfs und analysieren das empirische Material anhand der Frage, in welchen Stadtteilen und Sozialräumen von den Interviewten bzw. von unserer Seite als BeobachterInnen in der jüngsten Zeit rechtsextreme bzw. demokratiegefährdende Erscheinungen wahrgenommen werden konnten. Um möglichst konkret bleiben zu können, werden wir auch Orte benennen, allerdings nicht mit dem Ziel, diese Orte zu stigmatisieren, sondern die Frage aufzuwerfen, wie dort mit den entsprechenden Problemen umgegangen werden kann.

In den Interviews haben wir unseren GesprächspartnerInnen die Frage gestellt, wo sie in jüngster Vergangenheit rechtsextreme Phänomene, insbesondere rechtsextrem orientierte Jugendszenen, wahrgenommen haben. So gibt eine Interviewte einen Überblick:

"Ne zeitlang hatten wir große Probleme in Helle Mitte, da ist ein neues Zentrum entstanden und oft ist es ja so, da wo neue Zentren entstehen, wo eine Stadt in der Stadt entsteht, da werden erst mal viele angezogen, und da werden eben auch solche Gruppen angezogen, die schlecht in Einrichtungen zu integrieren sind, die für sich selbst sein wollen und da hatten wir in Helle Mitte Probleme. Wir hatten ein Problem in Kaulsdorf, am U-Bahnhof Kaulsdorf dort in der Ecke Cecilienplatz, wir haben im Siedlungsgebiet Hultschiner Damm unten, aber da wirklich ne Gruppe, wo schon andere Instanzen dran sind. In Marzahn kenne ich mich nicht so aus. Ich weiß nur, dass die Marzahner Promenade immer wieder ein Krisenpunkt ist für solche Gruppen..."

Zu berücksichtigen ist im Bezug auf Orte eine Erfahrung aus dem LKA. Ziel der Operativen Gruppe des LKA in den Berliner Stadtbezirken ist es, die rechtsextreme Szene aus der Anonymität zu heben. Dies geht mit einem Wechsel von Trefforten einher. So wurde aus dem LKA signalisiert, dass es zwar keinen quantitativen Rückgang der rechtsextremen Szene gebe, sondern dass es Verdrängungseffekte von einem Ort an den anderen gebe und auch, dass es "vom Äußeren her nicht leichter geworden ist" die entsprechenden Protagonisten aus Szene und Jugendkultur zu erkennen.

Es gebe fließende Übergänge von Jugendcliquen hin zu festeren Szenegruppen oder gar zu Kameradschaften. Jugendcliquen seien oft "anpolitisierte" Gruppen, die "situationsbedingte Handlungen" begehen. Gewalt ergebe sich hierbei aus der Situation, ein "Vorbeugekonzept" gebe es dafür nicht. Aus solchen "anpolitisierten" Gruppen sei es aber auch möglich, dass es "Überläufer" in organisiertere Strukturen gebe".

Im Folgenden werden detaillierte Ausführungen über Situationen in den Stadtteilen Hellersdorf-Süd, Hellersdorf-Nord und Ost, Marzahn-Mitte und Marzahn-Nord gemacht. Dabei wird ein Schwerpunkt auf die Analyse in konkreten Quartieren, Sozialräumen bzw. an den kulturellen Zentren und zentralen Plätzen gelegt. Beginnen wollen wir mit der Auswertung des Materials zum "Cecilienplatz":

### a) Der Cecilienplatz

Der Cecilienplatz ist ein runder Platz nahe des U-Bahnhofs Kaulsdorf , wo sich in den unteren Passagen der zirka sechsstöckigen Wohnblöcke Restaurants etc. befinden. Die Wohnblöcke sind im Rondell um den Cecilienplatz gebaut, in dessen Mitte Steinskulpturen und niedrige Steine als Sitzmöglichkeit stehen.

Ein Teil der Interviewten stellte eigene Erlebnisse und Erfahrungen rund um den Cecilienplatz dar. So hat eine Gesprächspartnerin mit einer Freundin und Kindern über das dortige Wohnklima gesprochen:

"Der Cecilienplatz ist ein absoluter Treff. Ich weiß es von einer Freundin, die hier seit drei Jahren lebt, jetzt weggezogen ist. Die guckte direkt auf den C-Platz. Sie sagte, das Absingen von Liedern und Hymnen ab 10 Uhr abends war da völlig normal. Und keiner sagt irgendwas. Die Kindern sagen: "Jaja, das ist da üblich und raus gehe ich abends nicht mehr." Aber das ist Alltag. Sie beschreiben das so: "Das ist halt so, da sind die Rechten.

Frage: "Die sitzen da und trinken Bier auf den Steinen?"

"Nee, auf den Balkons, die wohnen da. Die treffen sich gar nicht unten, sondern mal auf dem und mal auf dem Balkon. Und die Polizei mischt sich nicht ein. Meine Freundin hat das ein paar Mal versucht, die Polizei sagt: "Ja, wissen wir. Wir haben ja den Überblick, da mischen wir uns nicht ein. Und auch unten trifft man sich."

Ein anderer Interviewter ist, als er vom Bahnhof kam, einer Gruppe rechtsextremer Personen begegnet und schildert seine Ängste:

Frage: "Kannst Du schildern, was Dir da am Cecilienplatz passiert ist?"

"Das ist sehr glimpflich verlaufen. Ich bin nach Hause gekommen, das war ein Samstag Abend. Gegen 21.00 Uhr bin über den Cecilienplatz gegangen, dort am Internetcafé "Hellnet" vorbei, wo sich des öfteren auch mal so kleinere Grüppchen von Rechten treffen. An dem Tag war es extrem krass, das waren 10 bis 15 Leute, und ich hatte wirklich schon wieder Angst, meine Beine haben gezittert, und man kennt das ja. Ich hab da auch schon oft erlebt, dass man so etwas hinterhergerufen bekommt, wie: "Hey, Zecke!" oder so. Das war da nicht der Fall. Ich bin einfach vorbeigegangen. Aber ich hab` mir gedacht, wenn `de jetzt irgendeinen Ton von dieser Gruppe hörst dann rennst du einfach los und rennst und rennst und hörst nicht mehr auf. Das ist dieses Angstgefühl, was man dann spürt."

Frage: "Kannst Du diese typischen Beschimpfungen noch mal etwas genauer beschreiben?"

"Das ist halt "Zecke", das ist der Szenebegriff für Linke, der von den Nazis verwendet wird, und jetzt neulich erst: "Könnt ihr nicht arbeiten gehen" oder so. Oder eben: "Kuck Dir ihn doch mal an!" Also so herablassend eben."

Der Cecilienplatz ist nur einer der öffentlichen Plätze in einem der Wohngebiete Hellersdorfs. In einem Teil der Interviews wurde auch über andere öffentliche Räume in den Wohngebieten und Nachbarschaften berichtet, oft wurden Andeutungen gemacht, denen in nachfolgenden sehr kleinteiligen Analysen mehr auf den Grund gegangen werden müsste. An dieser Stelle belassen wir es daher bei diesem Beispiel und wenden uns den kulturellen Zentren und anderen Stadtteilen zu.

### b) Helle Mitte – Das Zentrum von Hellersdorf

Helle Mitte ist das geschäftliche und kulturelle Zentrum von Hellersdorf. Dort befinden sich neben verschiedenen Läden und Malls auch ein Kino, verschiedene Restaurants und Imbisse, außerdem ein Teil des Bezirksamtes mit dem Sitz des Bürgermeisters. Direkt im Zentrum befindet sich auch die Alice-Salomon-Fachhochschule (ASFH).

In Helle Mitte gibt es mindestens einen Bekleidungsläden, der auch Marken anbietet, die von rechtsextremen Personen und in rechtsextrem-orientierten Mischszenen viel getragen werden .Solche Läden stellen sich durchaus mit ihrem Angebot auf die aktuellen Trends ein, um bei ihren Kunden attraktiv zu bleiben.

Außerdem befindet sich direkt neben dem Kino in Helle Mitte ein Irish Pub, welches auch von Personen besucht wird, welche durch ihr äußeres Erscheinungsbild, Kleidung und Tattoos eine Nähe zur rechtsextremen Szene signalisieren. GesprächspartnerInnen sprachen sehr direkt an, dass ein Teil der Kunden des Irish Pub dieser Szene zuzuordnen sei.

In den Interviews werden verschiedene Wahrnehmungen über Helle Mitte geäußert. So heißt es beispielsweise:

"Auf jeden Fall Helle Mitte, gerade wenn dort diese Feste sind, wie Erntedankfest usw., dann halte ich mich dort nie auf, weil es dann sein kann, dass man dort 20 bis 30 Nazis sieht."

Es ist aber auch darauf hinzuweisen, dass ein Teil der Interviewten betont, die Situation habe sich in den letzten zwei Jahren gewandelt. Der Wahrnehmung zugrunde liegt dabei das klassische rechtsextreme Auftreten als "Skinhead" oder "Glatzkopf", das sich ja, wie ausführlich diskutiert, zurückentwickelt hat.

Ein Teil der Interviewten bezieht die eigenen Erfahrungen und Wahrnehmungen auf ganz konkrete Ereignisse, während ein anderer Teil eher den Alltag beschreibt. Häufig wird auf das Erntefest und insbesondere den Rummel während des Erntefestes Bezug genommen, ebenso wie auf Konzerte in naheliegenden Jugendeinrichtungen oder andere Freizeitereignisse, die auch attraktiv für Gruppen und Personen der rechtsextremen Szene und Jugendkultur sind.

*Das Erntefest und der Rummel*

Das jährlich im Herbst stattfindende Erntefest war über die Jahre ein starker Anzie-

hungspunkt für Rechtsextremisten. Es besteht aus einer Festmeile mit Ständen und einem Rummel und spricht alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen an. Über viele Jahre hinweg existierte dort ein Informationsstand der rechtsextremistischen NPD.

In Interviews und in Gesprächen mit potenziellen Opfern und deren Angehörigen wurde uns berichtet, dass sich viele Jugendliche gar nicht mehr aufs Erntefest getraut haben, da "dort überall nur Nazis" seien. Das Erntefest sei geprägt von körperlichen Auseinandersetzungen und rassistischer Bedrohung. Dementsprechend wurde der Besuch des Festes für von den Rechten als "Nicht-Deutsche" definierte lebensgefährlich.

Im Winter wurde in vergangenen Jahren regelmäßig in der Hellen Mitte eine Eislaufbahn aufgebaut. Diese entwickelte sich zum Treffpunkt der rechtsextremistischen Szene Berlins und Brandenburgs. Durch diese Dominanz im Zentrum des öffentlichen Lebens in Hellersdorf wurde die Nutzung der Eislaufbahn für nicht-rechte Jugendliche unmöglich, wenn sie sich nicht den Kommentaren und den Bedrohungen aussetzen wollten. Das soziale Klima in Helle Mitte wurde durch die Besetzung dieses Raumes deutlich geprägt. Mittlerweile wird die Eislaufbahn nicht mehr installiert.

Der aktuelle Rückgang an äußerer Eindeutigkeit (Outfit und Gruppenbildung) der rechtsextremen Szene sollte auch bei der Betrachtung des Erntefestes nicht dazu führen, die Existenz von rechtsextremen BesucherInnen zu verneinen. Diese sind weiterhin Teil des Festes. Unsere eigenen Beobachtungen auf dem Erntefest bestätigen das. So waren durchaus Personen mit T-Shirts wahrzunehmen, auf denen entweder "Landser", "White Power" (rassistischer Slogan für Weiße Dominanz), "Walhalla" (nicht nach dem deutschen Nationaldenkmal im bairischen Donaustauf[100], sondern nach der Burg Walhalla am Rhein aus dem Ring des Nibelungen und dem germanischen Heidentum), "14 words"[101] und Runensymbole abgebildet waren.

Besonders Tatoos mit szenetypischen Inhalten sind unverändert häufig zu sehen.

Im Jahr 2003 gab es ein recht facettenreiches Repertoire an Marken und Stilen, über das die Jugendlichen und jungen Erwachsenen als BesucherInnen des Erntefestes verfügten. Zu beobachten war aber auch, dass es Jugendcliquen gibt, in denen jene Marken verbreitet sind, die bislang innerhalb der rechtsextremen Szene bevorzugt getragen wurden: die Frankfurter Hooligan-Marke Pit Bull, die ehemalige Boxermarke Lonsdale und das Zeichen des usamerikanischen Militärbekleidungshersteller Alpha Industries (dessen Markensymbol deckende Ähnlichkeit mit dem zivilen Abzeichen der SA hat). Eine der von uns beobachteten Jugendcliquen bestand aus ca. 15 Personen, vorrangig männlichen Geschlechts. Auffällig war aber auch dass neben zwei bis vier jungen Frauen auch zwei Mädchen im Alter von ca. 10-12 Jahren dabei waren – möglicherweise kleinere Schwestern von Jugendlichen aus dieser Gruppe. Die Gruppe war nach innen stark hierarchisch strukturiert und wurde vornehmlich von zwei jungen Männern unter Kurzbefehlen wie: "Bleibt zusammen!" "Guckt das die Gruppe sich nicht verliert!" vom Kastanienboulevard gezielt in Richtung Schießstand dirigiert, wo sie einen Teil des Abends verbrachte. Diskriminierende Bemerkungen "Das ist ja hier wie auf dem Polenmarkt!" und sexistisches Verhalten gegenüber den weiblichen Mitgliedern, sowie männliches Anführergehabe kennzeichneten das soziale Verhalten. Über das weitere Einstellungspotenzial kann hier keine Aussage gemacht werden, die Kombination von sozialem Auftreten, Kleidung, primärer Interessenslage – Schießstand – und einigen verbalen Äußerungen deutet jedoch auf ein Problem hin.

Neben dieser und ähnlichen Jugendcliquen waren auch geschlossen erscheinende altershomogene Gruppen wahrzunehmen, die unseres Erachtens durchaus der rechtsextremen Szene zugeordnet werden können. An einem der Bierstände verbrachte beispielsweise eine ca. fünfköpfige Gruppe (Männer im Alter von 30 bis 35 Jahren) an strategisch gutem Platz, bekleidet mit grünen Bomberjacken, ‚festem' Schuhwerk und Glatze den Abend. Und direkt dahinter, im Imbiss Cottbuser Platz, vergnügte sich eine Gruppe, die ebenfalls szenetypische Merkmale aufwies. Darunter fielen insbesondere zwei junge Frauen – Partnerinnen der Männer – durch Thorshammer-Anhänger auf.

Besonders bedenklich ist das Auftreten einer auf den ersten Blick der linksautonomen Szene zuzuordnenden Gruppe von fünf bis sechs Personen Anfang – Mitte 20, die bei näherem Hinsehen Druckschriften rechtsextremer Musikbands und Runensymbole auf ihren T-Shirts und Rucksäcken

[100] In die "Ruhmeshalle" des Denkmales Walhalla wurden im Übrigen zuletzt Albert Einstein und die Widerstandskämpferin im Nationalsozialismus Sophie Scholl aufgenommen

[101] Die 14 Worte sind: we must secure the existence of our people and a future for White children

trugen. Diese Gruppe trat bemerkenswert zielstrebig, selbstbewusst und geschlossen auf.

Am gleichen Abend des Festes wurden Flugzettel mit nationalsozialistischer Propaganda auf dem Fest mit verteilt. Darunter folgende Slogans:

| |
|---|
| Macht Hellersdorf Marzahn Antifaschisten-frei |
| Antifaschisten bekämpfen |
| Fight back Combat 18[102] |
| Good Night left side ANB |
| C4 for Reds ANB |
| Fight the fucking system and burn it to the ground |
| Linke Zentren zerschlagen |
| Hellersdorf bleibt Adolf-Hitler-Gau |

Die Flyer sind der ANB zuzuordnen, die also auch auf dem Erntefest vertreten waren.

Insofern ist das Fazit zu ziehen, dass sich das äußere Erscheinungsbild der BesucherInnen– oberflächlich betrachtet – ein wenig pluralisiert hat, was jedoch nicht auf politische und soziale Orientierungen der Gäste schließen lässt. Eine klimatische Entspannung bzw. eine Reduzierung des Bedrohungspotenzials für Opfer rechter Gewalt ist damit nicht gegeben.

*Fremdenfeindlich bzw. rechtsmotivierte Delikte in Helle Mitte*

Nach Aussagen des LKA, ist der größte Anteil der bekannt gewordenen fremdenfeindlichen Delikte in Marzahn–Hellersdorf in Helle Mitte begangen worden. Im Jahr 2002 waren es ca. 50 %; unter diesen Straftaten war ein hoher Anteil Gewaltdelikte.

Im Rahmen der empirischen Erhebung haben einige Interviewte von in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Gewalttaten erzählt. Es wurden aber weitere Taten berichtet, die nicht angezeigt wurden und die die Interviewten selbst erlebt oder von Bekannten erfahren haben. Dadurch ergibt sich ein – natürlich unvollständiger – Überblick über die sozialen Gruppen, die Opfer von fremdenfeindlich oder rechtsmotivierten Gewalttaten wurden und auch über die Struktur der Taten. Die üblichen willkürlich als ‚nicht-deutsch' definierten Personengruppen wurden Opfer: Schwarze Deutsche und MigrantInnen -MigrantInnen, die als solche zu erkennen waren oder für solche gehalten wurden-, alternative und linke Jugendliche bzw. Jugendliche, die als nichtrechte zu erkennen waren. Unter den Taten sind verbale Bedrohungen ebenso wie körperliche Angriffe – ein Teil der Opfer konnte sich der Situation entziehen. Beispielhaft die Erzählung eines Interviewten, der darstellt, wie er nur knapp und mit der Hilfe einer couragierten und aufmerksamen Bürgerin einem Übergriff entfliehen konnte.

Frage: "Kennst Du noch andere Fallbeispiele von rechtsextremen Phänomenen bzw. Übergriffen?"

"Ja, da kann ich aus eigener Erfahrung berichten. Das war in der Nähe des Marktplatz Centers am U-Bahnhof Hellersdorf. Das war vor diesem Fanshop, den gibt's jetzt nicht mehr. Da bin ich lang gegangen und hatte auch meinen Rucksack mit, wo auch dieser Patch drauf ist mit der Aufschrift: "Halte deine Umwelt sauber" [Ein Strichmännchen wirft ein Hakenkreuz in einen Mülleimer]. Und da habe ich schon gesehen, dass aus Richtung der U-Bahn zwei kahlrasierte rechtsextreme Jugendliche kamen. Ich bin dann weitergegangen in Richtung des Centers, die haben mir dann irgend etwas hinterher gerufen. Ich hab erst nicht darauf reagiert, weil ich dachte, dass ich vielleicht so davon komme, bis ich mich dann doch mal umgedreht habe, weil die immer näher rankamen und da dachte ich; "Wenn ich jetzt nichts mache, dann treten die mich von hinten zusammen." Die haben mich dann zur Rede gestellt, warum ich diesen Patch auf dem Rucksack habe und haben mich gefragt, ob ich ihn selber abmachen will oder ob sie es machen sollen. Ich hab überlegt, was ich mache. Mein Herz hing ganz weit unten, meine Beine haben total gezittert. Ich wusste nicht soll ich jetzt rennen oder soll ich jetzt nicht rennen, bis dann `ne Frau auf einem Fahrrad vorbeigekommen ist und die hat mich gefragt, ob sie ihr Handy rausholen soll und die Polizei rufen soll. Darauf hab ich dann gesagt: "Ich glaube das wäre besser!" Ich hab mich dann umgedreht, die beiden Nazis haben nichts gemacht, und bin bis zum Center gelaufen. Da muss ich sagen, da habe ich Glück gehabt, das hätte ziemlich böse ausgehen können..."

Frage: "Ist die Frau dann dabei geblieben, oder ist die dann weiter gefahren?"

"Na, sie hat gefragt, ob sie ihr Handy rausholen soll und da haben dann die beiden Rechten nichts mehr gesagt, und da hab ich mich umgedreht und bin weggegangen. Ich

[102] 18 bedeutet vermutlich: 1. und 8. Buchstabe des Alphabetes; also AH, Adolf Hitler

weiß nicht mehr, ob sie gleich weggefahren ist oder noch stehen geblieben ist."

Frage: "Auf jeden Fall hat die `ne wichtige Rolle gespielt!?

"Die hat mich sozusagen gerettet."

Die Erfahrung, dass die Mehrheit der Bevölkerung im allgemeinen jedoch untätig bleibt oder – wenn überhaupt – nur Einzelne helfen, hinterlässt ihre Spuren bei potenziellen Opfern:

"Das war jetzt so vor einem Jahr, da wurden am U-Bahnhof Hellersdorf drei libanesische Frauen angepöbelt von drei oder vier Nazi-Skins und die Straßenbahn war voll besetzt. Es war nachmittags um vier und da hat nur ein Fahrgast eingegriffen. Es ist nicht nur dieses "sich nicht Trauen" sonder auch diese Gleichgültigkeit "sollen `se doch machen", weswegen die Rechtsextremen sich dann auch stabilisieren und etablieren."

Solche Erfahrungen prägen nicht nur das Lebensgefühl der Betroffenen, sondern werden in Erzählungen natürlich auch im sozialen Umfeld weitervermittelt.

In den Interviews haben wir von verschiedenen Personengruppen gehört, dass sie sich in Helle Mitte nur mit großer Vorsicht und Ängsten bewegen oder diesen Ort meiden:

Aus einer Gruppendiskussion:

Gesprächsperson 1: "Am ‚le Prom' würd' ich nie lang laufen...

Gesprächsperson 2: "Ich auch nicht, ich würd' auch nicht in Helle Mitte rumlaufen."

Gesprächsperson 3: ...weil da ist immer was los, und da kannste schnell mal unter die Fittiche von den Rechten kommen. Darauf hätt' ich keinen Bock."

In einem anderen Gespräch zeigt sich sehr deutlich, wie eng Befürchtungen, Ängste konkrete Erfahrungen miteinander verflochten sind:

"Ich bin mit ein paar Freunden ins Kino gegangen, in Hellersdorf, in Helle Mitte, am U-Bhf. Hellersdorf. Wir waren da auf diesem Bhf. Er (einer der Freunde) ist so der HipHop-Typ, hatte eine rote Mütze auf. Jemand ist gekommen, mit Bier in der Hand, seine Hose richtig hochgezogen, Springerstiefel an. Der hat ihm seine Mütze weggerissen, hat ihn angemacht, die Mütze angezündet. Mein Freund ist ganz ruhig geblieben und hat gesagt: "Scheiße, ich wusste, dass hier heute irgendwas passiert." Das war ne Gruppe. Es waren vielleicht drei Jungs und vier Mädchen. Ich hatte Angst vor denen."

Helle Mitte wird insbesondere in den Abendstunden, bei größeren Festlichkeiten und kulturellen Ereignissen von potenziellen Opfern rechter Gewalt gemieden oder nur mit Vorsicht durchquert. Für Menschen, die sich sichtbar von der homogenen Weißen deutschen Gesellschaft unterscheiden – Schwarze und MigrantInnen – gilt dies noch in besonderem Maße. SozialarbeiterInnen, die mit dieser Zielgruppe arbeiten, haben stellvertretend z.B. folgendes erzählt:

"Es sind viele Dinge hier in Marzahn–Hellersdorf vorgekommen. In der S-Bahn, Straßenbahn. Wir haben eine Menge Kubaner hier unter dem Publikum, wo ein Elternteil Schwarz ist. Dass die angemacht werden, erzählen sie schon. Dass die Leute weg gucken, macht Angst."

Oder:

"Das hat etwas mit dem Abendstunden zu tun. Die Jugendlichen sagen, dass es bestimmte Gegenden gibt, wo man sich nicht aufhalten sollte. Ich kenne Brennpunkte wie Helle Mitte am Kino. Da sammelt sich einiges..."

und:

"Was ich weiß, ist, dass die Kinder richtig Angst haben... Das ist für sie ein Ort, wo etwas passiert. Sie sagen, dass dort bestimmte Jugendliche, diese Glatzen, sich versammeln und wenn jemand vorbeikommt, sind sie ganz aufmerksam. Wenn sie merken oder nur ahnen, dass man sich unterscheidet, können sie ihn anpöbeln oder schlagen. Viele haben auch erzählt, dass Helle Mitte auch so ein Ort ist."

Auch Studierende der ASFH haben wiederholt Erfahrungen mit Beleidigungen, Diskriminierungen und heftigen Bedrohungen gemacht.

Zwischenbemerkung: Herausforderungen in Helle Mitte beziehen sich auf die Schaffung eines gewaltfreien öffentlichen Klimas, welches mit Sicherheit nicht nur auf repressivem Wege entstehen kann. Als Akteure angesprochen sind dabei sowohl der Kultur-, Gewerbe- und Dienstleistungsbereich, als auch Bezirksamt, ASFH, zivilgesellschaftliche Akteure und Angehörige potenzieller Opfergruppen. Eine Klimaveränderung kann nur Resultat kooperativen Handelns von Wirtschaft –Politik und Zivilgesellschaft bezogen auf das kulturelle und ökonomische Zentrum Hellersdorfs sein.

### c) Hellersdorf Nord – Problematische Quartiere[103]

In Hellersdorf Nord kann für einige Quartiere bzw. Sozialräume von einer sich verschärfenden Problemsituation gesprochen werden, die von einer Überlagerung sozialer und politischer Problemlagen, politisch motivierter Delikte und ‚normaler' Kriminalität gekennzeichnet ist.

Von den Interviewten vorrangig thematisiert wurden dabei die Sozialräume 12, 13, 14, 15 und 19 bzw. einzelne Quartiere in diesen Sozialräumen. Besonders benannt wurden hier die Quartiere um den Kastanienboulevard, die Kastanienallee, die Quartiere in der Citymeile (um die Stendaler und Tangermünder Straße) und der Sozialraum nördlich der Zossener Straße.

In einigen dieser Sozialräumen brach in jüngster Vergangenheit ein Teil der ökonomischen Infrastruktur weg:

"In der City Meile, da sind sehr viele Geschäftsleute weggegangen. Sehr viele Geschäfte haben aufgegeben."

Oder: "Der Kastanienboulevard, der ist dermaßen pleite, da sind kaum noch Geschäfte, die noch am Leben sind."

Milieubeschreibungen machen deutlich, dass sich verschiedene Problemaspekte überlagern. Ein Sozialarbeiter erklärt:

"Und dann haben wir aktuell ziemlich viele Fälle in der Citymeile, wo sich die Wohnungsbaugesellschaft schon einen Wachschutz zugelegt hat. Da gibt es aber eine Art Mischung, was wieder mehr mit rechten Erwachsenen zu tun hat, mit Anführertum, mit Rekrutierung, was aber auch mit Vernachlässigung von Jugendlichen zu tun hat. Also wenn man so um 23/24.00 Uhr immer noch Fünfjährige auf der Straße hat, dann kann das ja auch nicht mehr so normal sein. In der Citymeile baut sich da so ne komische Mischung auf schon die ganzen Sommermonate, wo wir auch sehr aktiv mit der OGJ da dran sind."

Und ein Streetworker beschreibt:

"Bei der City Meile, da sind sehr viele solcher nicht altershomogenen Gruppen und da waren in der Vergangenheit sehr viele rechte Jugendliche und dadurch dass das solche altersinhomogenen Gruppen sind beeinflussen die Älteren natürlich die Jüngeren, mit unklaren Weltbildern, mit Halbwahrheiten, mit Sprüchen. Das sind ja meistens Sprüche, also keine klar strukturierten Orientierungen, sondern meistens so ein Wirrwarr, so was Diffuses."

Jugendliche, die selbst aus problematischen sozialen Verhältnissen kommen, haben uns in einer Gruppendiskussion eine Ahnung davon vermittelt, wie komplex die Milieusituation in diesen Quartieren ist. Indem sie von "Prolls" sprechen, verweisen sie im Prinzip auf ein desintegriertes Sozialmilieu, in dessen Zusammenhang es zu einer Verbindung von psychosozialen Problemen und politischen Stimmungen kommt:

Gesprächsperson 1: Also ich denke das sind hauptsächlich nur Prolls hier in der Gegend, hauptsächlich am Boulevard...

Gesprächsperson 2: "Aber hier auf dem Kastanienboulevard da gibt es ja auch so einen, der denkt, er ist übelst rechtsradikal, ist 44 oder so, und rennt hier mit 12jährigen Kindern rum, spielt den kleinen Kindern am Puller rum, hab ich alles schon gehört so wat. Der ist echt nicht ganz sauber.

Gesprächsperson 3: Also ich kann auch nur hier für die Gegend sprechen. Die setzen sich da einfach auf die Bank und trinken und denken sie sind übelst rechts und laufen hier mit HipHoppern rum. Das sind alles so ne Prolls. Die denken Hitler ist cool gewesen. Die haben überhaupt keine Ahnung, wer Hitler überhaupt war."

An anderer Stelle zeigte die empirische Analyse bereits, dass Hellersdorf Nord im innerbezirklichen Vergleich hohe NPD-Wählerzahlen hat (bis knapp 7%), dass zudem eine überdurchschnittlich hohe Nichtwählerschaft besteht und in einigen Quartieren eine hohe Sozialhilfedichte (zwischen 8 und 12%).

(Weitere) rechtsextreme und rassistische Erscheinungen sind in diese Gesamtproblematik eingelagert. So beschrieb ein Interviewter, dass er in der Gegend des Kastanienboulevards momentan Jugendcliquen wahrnimmt, die diesen Sozialraum immer wieder mit rechtsextremen Aufklebern "zupflastern":

"Also ein Treffpunkt ist zum Beispiel der Boulevard Kastanienallee. Da hängen die Jugendlichen ab und ab und zu kommen die "Kollegen" [organisierte Kader, meist NPD/JN, d.V.] dann mal vorbei. Wenn de dann wieder zurückläufst, dann siehst'e, dass da an jedem Laternepfahl so ein JN-Aufkleber ist."

[103] Quartiere, die bezüglich sozialer Desintegrationsprozesse (und des Sicherheitsgefühls der BewohnerInnen, insbesondere potenzieller Opfer) auf der Kippe stehen/ Quartiere, in denen sich immer wieder Brennpunkte bezüglich rassistisch motivierter Gewalt herausbilden.

Besonders jedoch fallen Alltagsrassismus und rassistische Gewalt ins Auge.

Das empirische Material verweist sowohl auf Angriffe, als auch auf verbale Stigmatisierungen, die das Lebensgefühl von Zuwanderern und Deutschen mit Migrationshintergrund negativ beeinträchtigen. Eine Interviewte beschreibt, wie AussiedlerInnen begegnet wird:

"Also es gibt viele Fälle, wo ich persönlich beobachtet habe, also so vor Einkaufsstellen, wo unsere deutschen Mitbürger sich ja darauf eingerichtet haben, dort ihr Bier aus Büchsen zu trinken, und wenn dann Aussiedler einkaufen gehen, was sie ja meistens in kleinen Gruppen machen, wo man von der Straße her schon erkennt, dass es Aussiedler sind, also da kommt es schon zu verbalen Auseinandersetzungen. Nach dem Motto: "Macht Euch nach Hause", "Was wollt Ihr hier", "Ihr nehmt uns unsere Arbeit weg". Aber meistens bleibt's beim verbalen Schlagabtausch und die laufen dann weiter und die anderen pöbeln weiter. Also ich denke, dass die sich das schon ganz schön zu Herzen nehmen."

Frage: "Bei den Pöbeleien, was sind denn da so die Schimpfwörter?"

Na ja, "Du Russensau", oder so. Aber das hat ne ganze Menge schon wieder mit Alkohol intus und so zu tun. Ich beobachte, dass das eigentlich sehr viel von den Erwachsenen ausgeht und weniger von den Jugendlichen."

Auch von rassistisch motivierten Angriffen ist in dieser Region zu hören. Ein Interviewter erinnert sich an ein Beispiel eines Migranten mit palästinensischem Hintergrund, der "in Hellersdorf schon seit langem wohnte und von seinen Kindern aus Kreuzberg Besuch bekam":

"Die Gruppe wurde in der Zossener Straße von Rechtsextremen bzw. Skinheads angegangen und dann bis in die Teupitzer Straße gejagt. Die Palästinenser konnten dann eine Wohnungstür eintreten und sich in ein Haus "retten", wurden aber auch dorthin verfolgt. Erst als schließlich die Polizei eintraf, haben die Skins das Weite gesucht. Keine der BürgerInnen bzw. ZeugInnen des Vorfalls ist eingeschritten. Als Reaktion auf dieses Ereignis ist der Palästinenser, nachdem er zehn Jahre in Hellersdorf gewohnt hatte, nach Kreuzberg gezogen, eigentlich weil er seine Familie weiterhin sehen wollte und den Kindern verboten worden war, jemals wieder nach Hellersdorf zu gehen...."

Und ein weiterer Angriff zielte gegen Schwarze Personen, die ebenfalls in dieser Gegend unterwegs waren[104].

In Interviews haben wir nach der Sicherheitseinschätzung einzelner Quartiere bzw. Sozialräume gefragt:

"Diese City Meile ist abends nicht ohne Probleme, dit is diese heruntergekommene Straße gleich bei der Hellen Mitte, wo ich nicht unbedingt als jemand rein gehen würde, als jemand, der sich nicht verteidigen kann, weil da in der Vergangenheit doch viel rechte Szene gewesen ist. Ich würde mal sagen, City Meile, keene schöne Gegend!! Ziemlich schwierig!"

Nach ihrer Einschätzung gefragt, meinten auch nicht-rechte Jugendliche auf die Frage, ob sich MigrantInnen sicher in der Gegend bewegen können:

"Also ich würde auf jeden Fall raten sich von den ganzen Leuten fernzuhalten, die hier auf dem Kastanienboulevard rumrennen. Auf jeden Fall einen ganz großen Bogen rumzumachen."

Und schließlich wird auch die Gegend um die Zossener Straße herum als problematisch eingeschätzt in Hinblick auf die Sicherheitssituation von potenziellen Opfern rassistischer Gewalt:

"Also in Gegenden, wo relativ viele Aussiedler oder Vietnamesen wohnen, da wird abends schon mal aufgelauert. Die Chance, dass da einer kommen könnte, ist da ja relativ groß. Solche Gegenden sollte man dann meiden. Also hier oben Zossener Straße, Alte Hellersdorfer Str. und Klausdorfer Straße. Also da sollte man nachts nicht alleine rumlaufen."

Frage: "Hat das zugenommen oder ist das eher gleich geblieben?"

"Das geht immer mal hoch mal runter, je nachdem wie das dann auch in der Presse ist. Das ist mal mehr und dann flaut das wieder so ab, aber es schwebt immer so allgemein im Raum."

Im Sozialraum erfahrene Personen weisen noch darauf hin, dass solche Brennpunkte wechseln können:

"Ich habe auch manchmal den Eindruck, das sind meistens so partielle Sozialräume, so fließende Standorte, die im Grunde genommen wechseln, wandern."

Es sei notwendig, dafür Indikatoren ausfindig zu machen. Einige solcher Indikatoren,

[104] Die Berliner Morgenpost berichtete u.a. am 27.06.2002

die auf Problemquartiere hinweisen, nennt der Interviewte selbst:

"Es ja nicht so einfach potenziell risikoreiche Räume rauszufiltern. Also für mich muss das dann schon offensichtlich sein: nicht altershomogene Gruppen, relativ starke soziale Entmischung, überwiegend Deutsche, weniger Aussiedler. Dann könnte ich mir schon vorstellen, dass das für jemanden riskant ist, in so 'nen Raum reinzugehen, ob er nun Aussiedler ist, Ausländer ist, der nicht dieses typisch "deutsche Erscheinungsbild" hat. Das könnte riskant sein für so jemanden."

Auch hier stellt sich die Frage nach der Schaffung von Sicherheit, langfristig jedoch nach einer klimatischen Veränderung in den Quartieren und Nachbarschaften von Hellersdorf Nord. Für einige soziale Räume ist der Handlungsbedarf massiv. Zusammenwirken können hier neben AnwohnerInnen auch Nachbarschaftszentren, Jugendarbeit, Polizei und lokale Gewerbetreibende ebenso wie die ortsansässigen Schulen. Weitere Akteure, die zu einer Sicherung von demokratischer Kultur beitragen können, sollten ausfindig gemacht werden.

### c) Marzahn-Mitte

Marzahn-Mitte ist der größte und bevölkerungsreichste Stadtteil Marzahn–Hellersdorfs.

Es ist auch der Stadtteil mit den aktuell stärksten (Umzugs-) Bewegungen der Bevölkerung. Hinzu kommt, dass es hier in der jüngsten Vergangenheit einige grundlegende Umbrüche im Bereich der Infrastruktur gab: kulturelle Einrichtungen, Dienstleistungsangebote und Bestandteile der ökonomischen Struktur sind weggefallen oder – wie im Bereich der Jugendeinrichtungen - grundlegend umorganisiert worden. Hervorhebenswert ist, dass es trotz großer Umbrüche ein interessantes und auch kontinuierlich arbeitendes Netz zivilgesellschaftlicher Akteure gibt, die sich in der Auseinandersetzung mit Demokratie gefährdenden Phänomenen engagieren. Unter diesen Akteuren sind jene, die sich mit Rassismus und Rechtsextremismus befassen und andere, die sich für Interkulturalität und Integration engagieren.

Dennoch sollten diese Ressourcen, die insbesondere im Bereich von Initiativen auch auf langer und geduldiger Arbeit von einzelnen Personen beruhen, nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch in diesem Stadtteil demokratiegefährdende Erscheinungen gibt.

**Infrastruktur**

In den Interviews wurden einige Ausführungen darüber gemacht, was sich in der Infrastruktur Marzahn Mitte alles verändert hat und welche Wirkungen das im Alltag hat. So heißt es beispielsweise:

"Im Stadtteil war so ein ‚Dienstleistungswürfel', so hießen die ja zu DDR-Zeiten, wo eben ein Friseur drin war, so ein kleines Stadtteilzentrum und das ist alles weggebrochen in den letzten Jahren und es kam dadurch zu einer richtigen Verslumung in diesem Stadtteil."

Oder:

"Mit den Ringkollonaden sind kulturelle Einrichtungen einfach plattgemacht worden im Stadtteil..." Oder: "In den Ringkollonaden waren Kulturangebote, ne geschlossene Bibliothek, die freien Träger sind alle raus." Der "Kulturstandort ist leer."

Eine Interviewte aus einem Projekt erzählt:

"Wir waren ja vorher im Kulturzentrum Ringkolonnaden. Die eine Seite ist ja völlig leer gezogen. Und dort ist kaum noch eine ganze Fensterscheibe drin. Das heißt, sobald diese Räume unbewohnt waren, ist einfach Vandalismus da gewesen. Es ist alles völlig sinnlos zerstört worden. Und das gleiche Problem hat sich nun mit dem Auszug aus den Ringkolonnaden auf der zweiten Seite gezeigt, dass dort, sobald ein Geschäft raus gegangen ist, sofort zerstört worden ist. Es ist jammerschade um die Ringkolonnaden, aber wir konnten auch aus Sicherheitsgründen nicht mehr dort bleiben."

Eine andere Interviewte erzählt:

"Dort gab es eine Bibliothek in den Ringkolonnaden z.B., die ist angezündet worden. Da wird es einem doch schon ganz anders, wenn da Bücher angezündet werden, in der deutschen Geschichte."

Und auch folgende Erfahrung wird beschrieben:

"Da gab's auch ne ganz starke Bürgerbewegung in dem Sozialraum, aber Angebote wie Bibliothek usw. sind dort unwiederbringlich weg und das ist sehr schade."

Und auch über Jugendeinrichtungen und diverse Projekte freier Träger ist zu hören: "Das ist alles zurückentwickelt worden"

Die Grundstimmung bei einem Teil der Engagierten ist:

"Hier wird ein Jugendclub nach dem anderen geschlossen, die Bibliotheken werden dichtgemacht, die anderen Häuser die wir noch haben sind bedroht von Schließung, die freien Träger können nicht mehr finanziert werden in dem entsprechenden Umfang, die Probleme nehmen immer weiter zu..."

Im Bereich freier Träger – das gilt für den ganzen Bezirk – haben Kürzungen existenzielle Folgen gehabt:

"Und gerade mit den drastischen Kürzungen zu Beginn dieses Jahres, haben eigene Projekte in der Tat die Segel streichen müssen."

Wesentlich ist sicherlich auch die Wirkung auf Jugendliche, die sich mit Protest gegen solche Konsequenzen gewehrt haben:

"Ja, ich denke, die Jugendlichen, die sich zum Jahresbeginn intensiv an den Protesten beteiligt haben, natürlich leider auch die Erfahrung gemacht, zwar öffentlich den Protest artikulieren zu können, aber an der Entwicklung lässt sich nichts ändern. Ich fürchte, dass das für nen bestimmten Teil schon bedeutet, dass sozusagen Politik was unglaubwürdiges, unbeeinflussbares ist."

Dennoch ist auch zu vernehmen: "Es ist ganz erstaunlich mit wie viel Kraftaufwand und immer mehr Ehrenamtlichkeit bestimmte Projekte am Leben erhalten werden, auch über Stiftungen und Sammlungen."

In den Interviews wurde deutlich, dass es Bemühungen gibt, mit diesen Problemlagenkonstruktiv umzugehen. In den Interviews heißt es, das "Jugendamt hat versucht die Infrastruktur aufzuwerten" und es gebe eine "Infrastruktur-AG" in Marzahn-Mitte:

"Das Jugendamt setzt sich dafür ein, dass dort wieder innerstädtisches Bauen passiert, Einrichtungen wieder installiert (werden), wie Ärzte, ne Sparkasse, ordentliche Einkaufsmöglichkeiten."

Zu hören war auch, es sei wichtig, auf die Potenziale und Ressourcen zu schauen, denn schließlich könnten "leere Einrichtungen auch eine Ressource sein, um bestimmte Probleme zu lösen im Stadtteil".

Trotz solcher Bemühungen stellen sich die Stimmungslagen bei einem zunehmenden Teil der BürgerInnen als sehr bedenklich dar:

"Sie sagen: das ist bewusst, dass Marzahn plattgemacht wird! Dass sie sich sehr stark eben mit ihrem Kiez weiter identifizieren, dass sie sich von Politik so verlassen fühlen, ist gerade – Berlin sowieso – aber auch in bezug auf den Bezirk sehr stark."

Festgestellt werden kann also, dass es bei einem relevanten Teil der Bevölkerung einen Trend der Entfremdung von der aktuellen Politik gibt, unabhängig davon, wie Bemühungen um eine Veränderung der Situation auf verschiedenen Ebenen aussehen. Dieser Trend ist bei einem Teil der BürgerInnen, der hier nicht quantifiziert werden kann, auch ein Trend nach rechts außen:

"Ich bin eher in der Kulturarbeit und mit älteren Menschen tätig.... es ist ein allgemeiner Rechtstrend erkennbar."

Bereits jetzt sind die NPD-Wahlergebnisse an der Marzahner Promenade höher als der Durchschnitt im Stadtteil und viel höher als im Bezirk selbst. Auch hier verknüpfen sich Prozesse sozialer Desintegration mit einer Distanzierung und starken Zweifeln an demokratischen Prozessen.

**Rechtsextreme Erscheinungen in Marzahn-Mitte**

In das Spektrum rechtsextremer Phänomene gehören nicht nur die überdurchschnittlichen Wahlergebnisse für die NPD an der Marzahner Promenade, sondern auch szenespezifische und jugendkulturelle Erscheinungen, sowie Probleme der Bedrohung und Gewalt gegenüber verschiedenen sozialen Minderheitengruppen.

In jüngster Vergangenheit gab es im FAIR, der Jugendeinrichtung im Freizeitforum, die Entwicklung, dass rechtsextrem orientierte Jugendliche und Jugendliche, die bereits enger in die Szene eingebunden waren, sich das FAIR als Treffpunkt auserkoren hatten. Welche inhaltlichen Anforderungen dadurch an das pädagogische Team im FAIR gestellt wurden, haben wir bereits angedeutet. In diesem Fall haben die Jugendlichen mit dem sozialpädagogischen Team um die Einrichtung gekämpft, es kam auch zu Übergriffen auf andere Jugendliche und Bedrohungen von SozialarbeiterInnen, so dass die OGJ hinzugezogen wurde. Ein Teil der rechtsextremen Jugendszene vorm FAIR wurde auch von Seiten der OGJ als ausgesprochen gewaltbereit eingeschätzt:

"Und genauso war das auch mit dem FAIR, erst wollten se rein, dann kamen se nicht rein, dann waren se davor, dann haben se da die ganze Zeit Rambazamba gemacht und als sich herausstellte, dass die also Argumenten nicht so richtig zugänglich waren wurden se mit Maßnahmen überzogen.

Immer und immer wieder Polizei und kontrolliert, immer im Rahmen des rechtlich Möglichen, und das ist denen irgendwann so fürchterlich auf die Nerven gegangen, dass sie gesagt haben: O.k. jetzt reicht‘s uns."

Momentan sei die rechtsextreme Jugendszene in Marzahn-Mitte ein wenig zerfallen, es gebe eher kleine Cliquen als große zusammenhängende Szenen. Diese hätten sich auch stark in den privaten Raum bzw. an Orte außerhalb von Jugendeinrichtungen zurückgezogen, dazu gehören in der warmen Jahreszeit auch öffentliche Orte. Viele Aktivitäten würden sich im privaten oder halböffentlichen Raum abspielen, mitunter gebe es Hauskeller, die für den Freizeitvertreib genutzt würden, vor allem jedoch gebe es Imbisse bzw. Stammkneipen:

"Es gibt einige Treffpunkte. Was immer noch nen kritischer Punkt ist, ist hier bei Kaisers, die sich da treffen und da schon morgens stehen."

"Was sind das für Leute?"

B: "Das sind Arbeitslose, Alkoholiker und Rechtsradikale. Es ist sozusagen ein Gemisch. Die sitzen da immer hinter der Imbissstube"

"Da denke ich schon, dass es so ist, auch in Marzahn Mitte, dass sich vor bestimmten Imbissen wirklich schon auch Gruppen treffen von Jugendlichen, wo man platt vom Äußeren her schon, weil se bestimmte Jacken anhaben oder bestimmte Zeichen auf den Jacken haben, sagt, die trinken jetzt hier zwar `n Bier, aber die gehören auch sonst zusammen und werden auch über den Bezirk hinaus sicherlich Kontakte haben. Aber das sind Leute, die so nicht auffällig sind, sich mit anderen nicht anlegen."

Hervorgehoben wird:

"Was erstaunlich ist, habe ich festgestellt, dass im letzten dreiviertel Jahr sich das Öffentlichkeitsbild verändert hat und die sogenannten– in Anführungsstrichen – Glatzen weniger wahrnehmbar sind."

Grundsätzlich ist zu sagen, dass es einen Wandel in der Szene auch hier gibt, der verbunden ist mit der nicht so deutlichen Präsenz im öffentlichen Raum und sich eher auf kleine Gruppen reduziert hat. Dennoch gebe es durchaus stabile Kontakte von einzelnen Heranwachsenden zu älteren organisierten Rechtsextremen. In Gesprächen wird hervorgehoben, dass es einzelne Orte gibt, die nicht nur vom Sympathisantenumfeld der NPD frequentiert werden, sondern auch von Organisierten.

Doch ganz unabhängig von solchen Orten ist für Marzahn-Mitte eine Situation zu skizzieren, die nach wie vor – trotz Auflösung der quantitativ auffälligen rechtsextremen Jugendszene in kleinere Cliquen – auf Teile des öffentlichen Raums als Gefahrenorte für potenzielle Opfergruppen verweist. Immer wieder ist von Bedrohungen und Angriffen zu hören, die u.a. auch von Personen verübt werden, die nicht mehr äußerlich eindeutig dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden können.

Als gefährlich empfundene Orte werden die Marzahner Promenade, der Bürgerpark, die Gegend um das Le Prom und die Gegend um den Erlebnistreff Eulenspiegel genannt:

**Marzahner Promenade**

Nicht-rechte und alternative Jugendliche berichteten vom aggressiven und gewaltbereiten Auftreten rechtsextrem orientierter Jugendlicher auf der Marzahner Promenade, die diese Gegend als ihr "Revier" begreifen, für das sie ‚Platzverweise‘ erteilen:

Frage: ".Wenn Du da (an der Marzahner Promenade) zu bestimmten Zeiten unterwegs bist, fühlst Du dich da sicher?"

"Ein Kumpel von mir, der hat da schon oft genug ein paar auf die Fresse gekriegt, auch die Nase gebrochen, drei Mal und der hat auch von denen (rechtsextremen Jugendlichen) Promenadenverbot gekriegt. Ich wohn da auch ziemlich in der Nähe und ich kenn auch ein paar Leute dort und höre auch abends wenn ich das Fenster auf habe Schlägereien und so was."

Frage: "Und die Sache mit dem Promenadenverbot? Du hast grad gesagt, dass da irgend jemand..."

"So wie ich ihn kenne – und ich kenn ihn seit neun Jahren – rennt er nicht zu ‚ich will jetzt Streit haben‘. Also so ist der nicht wirklich. Also wenn die da gerade lang laufen und ihn sehen, eben auf dieser Promenade, die ja ihr Revier ist, wenn er sich dann nicht schnell verpisst, dann kriegt er ein paar auf die Fresse."

Aus dem Bereich der Sozialarbeit ist zu vernehmen:

"Wir haben die Streetworker dort, die auch einschätzen dass es schon Jugendliche gibt, die sich im Bereich der Promenade treffen, die sicher auch rechtsorientiert sind aber auch sehr gewaltbereit sind und sich eben gerne auch anlegen mit anderen Jugendgruppen."

**Bürgerpark**

Als bedrohlicher Ort wird auch der Bürgerpark beschrieben. Jugendliche, die sich bewusst von Rechtsextremismus abgrenzen, meiden diesen Ort – in der jüngsten Vergangenheit sei es dort wiederholt zu Übergriffen gekommen. Der Park sei in der warmen Jahreszeit dominiert von rechtsextrem orientierten Jugendlichen und es sei nicht ratsam, ihn zu durchqueren.

InterviewpartnerInnen schildern die Situation im Bürgerpark als bedenklich:

"Was richtig schlimm ist, ist jetzt dieser Bürgerpark, das ist mittlerweile, würd ich mal so sagen, ein gefährlicher Ort im Stadtteil, seit Jahren ein Treffpunkt."

Als Initiative beschrieb eine Interviewte:

"Ne Sache, die wir uns im Stadtteil ganz stark vorgenommen haben, wir nennen das Stadtparkbelebungsprojekt. Das haben wir aus New York geklaut. Wir wollen mit der Sozialarbeit da in einen Austausch gehen und gemeinsam sehen, wie wir diesen Bürgerpark belebt kriegen, wie wir ihn bespielen, wie wir diese dollen Zerstörungen, die da auch an den Spielplätzen passieren, in Griff kriegen."

**Kulturelle Zentren – Le Prom und Erlebnistreff Eulenspiegel**

Interviewte Angehörige von potenziellen Opfergruppen und Jugendliche haben uns auch ihre Wahrnehmung des Klimas an kulturellen Zentren in Marzahn-Mitte beschrieben. Einige Jugendliche haben auf ihr Unsicherheitsgefühl am „Le Prom" hingewiesen, beschrieben Erlebnisse mit Aggressivität und Gewalt und hoben dabei aber auch hervor, dass es manchmal schwer sei, zwischen politisch motivierter und ‚normaler' sozialer Gewalt zu unterscheiden. Folgender Auszug aus einer Gruppendiskussion zeigt insbesondere auch die Wandlungen und Diffusionen äußerer Erscheinungsbilder. Dass sich von einer Wandlung des Outfits nicht auf eine Veränderung des Weltbildes schließen lässt, haben Jugendlichen aus diesem Beispiel anhand der unveränderten oder sogar verstärkten Gewalt schnell bemerkt:

Gesprächsperson 1: "Eigentlich würd' ich sagen, es ist schlimmer geworden, wenn ich daran denke, dass wir neulich irgendwo kamen und am "le Prom" ne Messerstecherei war, fand ich das auch nicht mehr so lustig."

Gesprächsperson 2: "Diese ganzen Leute die jetzt älter geworden sind, Familie haben und so was, die haben diesen Scheiß einfach vergessen [...] Das [jetzt] sind diese "Turnschuh-Fachos" die immer gerne irgendwelche zusammentreten: ‚Du siehst anders aus als wir, du kriegst ein paar aufs Maul'."

Gesprächsperson 1: "Na ja, aber die hauen ja bestimmten Leuten auf die Fresse [...] Ich meine du siehst das doch heute keinem mehr an wirklich, dass er rechts ist! Meistens sind's trotzdem die Leute, egal wie sie aussehen, die haben trotzdem ne rechte Meinung sonst würden die das nicht machen..."

**Diskothek und Bowlingbahn "Erlebnistreff Eulenspiegel"**

Im Karree um den „Erlebnistreff Eulenspiegel" gibt es auch noch andere kommerzielle Freizeit- und Konsumangebote. Es ist ein Beispiel dafür, wie sich im sozialen Raum eine rechtsextrem orientierte Dominanzkultur herausbilden kann. Hier können sich auch rechtsextrem-orientierte Erwachsene und Jugendliche austauschen, ohne von Polizei oder anderen, nicht rechtextrem-orientierten Jugendgruppen gestört zu werden.

Der "Erlebnistreff Eulenspiegel" in Marzahn ist für viele zunächst eine Option für die Freizeitgestaltung in Marzahn. Im Rahmen der Studie erlangt die "Eule" – wie schon erwähnt – vor allem als Treffpunkt organisierter RechtsextremistInnen Relevanz. Das Publikum der Wochenend-Diskothek reicht von sogenannten unpolitischen über rechtsextrem-orientierten Jugendlichen bis hin zu Personen, die eindeutig der gewaltbereiten Skinheadszene zuzuordnen sind. Hierbei ergeben sich gefährliche Synergieeffekte im öffentlichen Raum.

Die Möglichkeit in einem zunächst unpolitischen Raum Personen, die aus Männlichkeits-, Mode-, oder Akzeptanzgründen der Musik oder rechtsextremen Outfit nicht abgeneigt sind, anzusprechen und politisch zu beeinflussen, stellt eine große Gefahr dar. Das massive Auftreten und damit die Dominanz rechtsextrem-orientierter Personen beeinflusst die Zusammensetzung des Publikums der „Eule" und stellt für nicht-rechtsextrem-orientierte Jugendliche eine massive Einschränkung auch im öffentlichen Raum um die „Eule" zu bestimmten Tages- und Nachtzeiten dar.

Initiativen aus dem Bezirk, den Betreiber des "Eulenspiegel" auf die tatsächliche Situation hinzuweisen und Abhilfe zu schaffen, scheiterten. In einem Artikel in dem der

Alltag der "Erlebnisgaststätte" beschrieben wurde, bezeichneten die AutorInnen des Jugendmagazins "Mono" die "Eule" als Treffpunkt von Rechtsextremisten. Die Betreiber strengten eine Unterlassungsklage gegen diese Zuschreibung an, die abgewiesen wurde.

Als – wie schon erwähnt – im September 2002 die rechtsextremistische Rockergruppe "Die Vandalen" im "Eulenspiegel" ihr 20jähriges Jubiläum feierten, zu dem über 200 europaweit bekannte Rechtsextremisten angereist waren, wurde die Bedeutung des Clubs für die organisierte rechtsextremistische Szene nicht nur in Marzahn sondern auch darüber hinaus deutlich.

Zwischenbemerkung:

Auch für Marzahn-Mitte zeigt sich ein deutlicher Bedarf zur Auseinandersetzung mit rechtsextremen Erscheinungen und problematischen Trends, in denen sich Demokratiezweifel/Demokratieentfremdung, Rechtsextremismus und die Gefahr rechtspopulistischer Potenziale verknüpfen. Wichtig wäre es, Ansatzpunkte ausfindig zu machen, wie mit der auch hier existierenden Überlagerung von politisch motivierten Delikten (z.B. Übergriffen auf alternative Jugendliche), Rohheitsdelikten und verschiedenen Formen anderer Gewaltkriminalität umgegangen werden könnte. Auch die jüngste Vergangenheit zeigt, dass es immer wieder zu Eskalationen kommen kann bis hin zu Auseinandersetzungen mit Todesfolge. Besonders in diesem Zusammenhang besteht die Notwendigkeit einer sehr differenzierten Aufmerksamkeit gegenüber dabei wirkenden rechtsextremen Erscheinungen, die möglicherweise auf den ersten Blick (z.B. über Outfit) nicht mehr erkennbar sind. Es geht darum, Ansatzpunkte für die Schaffung von Sicherheit für potenzielle Opfer rechter Gewalt in diesem Stadtteil ausfindig zu machen und weiteres zivilcouragiertes Engagement zu fördern. Eine Vertiefung der hier nur oberflächlich angerissenen Analyse ist – auch angesichts aktueller Ereignisse - besonders in Marzahn-Mitte sehr notwendig.

### d) Marzahn-Nord

Marzahn-Nord ist der Stadtteil, der in der Vergangenheit am stärksten von Wegzug betroffen war und dadurch einen beträchtlichen Teil seiner Bevölkerung verloren hat. Aufgrund der starken sozialstrukturellen Veränderungen wurde Marzahn-Nord vor einigen Jahren als Sonderregion eingestuft, so dass es dort ein Quartiersmanagement gibt, welches sich die Aufwertung des Stadtteils und eine Beteiligung der Bevölkerung an der Stadtteilentwicklung zum Ziel gesetzt hat. Es gibt einen Bewohnerbeirat und engagierte MigrantInnen, die mit dem Quartiersmanagement assoziiert sind. Hinzu kommt eine enge Kooperation mit Jugendarbeit und Schule, so dass es ein Netz von Akteuren gibt, die in ihrem Bereich zielgruppenspezifisch arbeiten, sich aber auch mit der Perspektive von Marzahn-Nord befassen.

Eines der Hauptprojekte dieses Netzwerkes war ein „Aktionsplan für Demokratie und Toleranz", in dessen mehrjährigem Verlauf Jugendliche und MultiplikatorInnen qualifiziert worden sind, Partnerschaften und Begegnungen mit anderen Berliner Stadtbezirken stattfanden und zahlreiche Aktivitäten mit dem Ziel der Förderung einer demokratischen Kultur und Interkulturalität im Stadtteil realisiert werden konnten.

Doch auch in Marzahn-Nord überlagern sich nach wie vor verschiedene Probleme und es gibt bedenkliche Trends. Im innerbezirklichen Vergleich ist in diesem Stadtteil die höchste NPD-Wählerquote vorzufinden (4-7 %), lange Zeit gab es eine aktive Kerngruppe der NPD und eine quantitativ starke rechtsextreme Szene. In Marzahn-Nord befand sich in der Nähe des S-Bahnhofes Ahrensfelde bis vor einigen Jahren auch der rechtsextreme Szeneladen Odin. Die Auflösung des Ladens ist ein Beispiel für erfolgreichen zivilgesellschaftlichen Protest. Das Kleidungs- und Devotionaliengeschäft, das zum Szenetreff avancierte, verkaufte neben den handelsüblichen Marken auch szenetypische Eigenmarken. Das Jugendantifabündnis Marzahn hatte auf die Bedeutung des Ladens aufmerksam gemacht, woraufhin sich ein breiterer Protest gegen das Geschäft formierte und zu dessen Auflösung führte.

Eine Anwohnerin erinnert sich:

„Eines hab ich erlebt, da hab ich mich auch gefreut. Wir hatten vorne `nen Waffenladen gehabt und da war `ne Demo, die war nicht riesig, das waren 300, 400, 500 Mann vielleicht, da kam dann auch berittene Polizei, das fand ich sehr attraktiv. Aber die haben das wirklich geschafft, den Laden wegzukriegen. Das fand ich toll."

Dies ist nun einige Jahre her und es ist anzunehmen, dass die Schließung des Geschäftes und die Auflösung seiner Infrastruktur deutlich zur Schwächung der lokalen rechtsextremen Szene beitrug. Von einigen Gesprächspartnern wird betont, dass

vornehmlich kleinere Gruppen und Einzelpersonen der rechtsextremen Szene wahrnehmbar seien, die allerdings auch nicht mehr durch ein „eindeutiges" Äußeres in Erscheinung treten.

Wie in den anderen Stadtteilen wird beschrieben, dass sich Angehörige der noch vor zwei bis drei Jahren massiven Szene unter anderem an Imbissen oder im privaten Kontext treffen würden oder – durchaus als Gruppe – in andere Stadtteile und Bezirke ausgewichen seien. Ein Beobachter erzählt, dass auch private Konflikte zu dieser Entwicklung ihren Beitrag geleistet hätten, auch wenn dies sicherlich nicht der alleinige Grund ist:

„Es kam dann ein Zeitpunkt, wo sie angefangen haben, untereinander die Mädels zu tauschen, es gab Streit untereinander, sie sind ein bisschen von selbst auseinander gefallen. Da sie dann nicht mehr das Feld hatten, haben sie sich andere Orte gesucht. Ich weiß, dass ein Teil in Hohenschönhausen einen Schwerpunkt gesucht hat, aber jetzt sollen sie wohl in Karlshorst sein."

Auch andere Interviewte nehmen wahr, dass sich im Umfeld von Imbissen Personengruppen treffen, die zum einen durch rassistische Äußerungen auffallen und unter denen auch einige Personen als der rechtsextremen Szene zugehörig eingeordnet werden können.

„Aus der Trinkerfraktion, die an Kiosken steht, hörst du immer wieder Sprüche, die ins rassistische gehen. Es eskaliert nur nicht gewalttätig, man spricht nur unter seinesgleichen darüber („die Scheißrussen werden immer mehr.")"

Die beschriebenen Situationen machen deutlich, dass sich hier soziale Verwahrlosung und ein demokratiefeindliches Weltbild – mit rechtsextremen Ideologieelementen – verbinden:

„Vorne beim Havemann-Center, da gehe ich eigentlich ziemlich oft vorbei und ich sehe hauptsächlich welche, die da an diesem einen Cafe sitzen, und die haben alle möglichen Themen drauf recht dreckig manchmal und obszön, aber nicht politisch motiviert."

Und:

„Bei mir hinten im Hof höre ich da auch manchmal das Gebrülle und Gegröle. Aber das formiert sich nicht so richtig. Ich hab das Gefühl das ist dann einfach so ein Saufgelage. Aber direkt so mit Programm und bestimmten Themen, das hab ich noch nicht erlebt."

Dass die aktuelle Situation keinen Anlass zur Entwarnung gibt, wird deutlich wenn man einen Blick auf das alltägliche Verhältnis eines Teils der einheimisch-deutschen Bevölkerung zu den in Marzahn Nord sehr zahlreichen MigrantInnen wirft. Dieses Verhältnis ist zum einen von Ethnisierungsprozessen gekennzeichnet und in den Orientierungsmustern vieler Einheimischen von Rassismus und Abwertung. Möglicherweise gibt es hier auch Ansatzpunkte rechtspopulistischer WählerInnenpotenziale.

„Das Unmittelbare, der Treffpunkt mit den Rechten hat sich entschärft oder ist zerfallen, aber es gibt sehr viele, die einen Hass auf die Russlanddeutschen, gegen Ausländer, Aussiedler haben. Die gibt es nach wie vor in großer Anzahl in dieser Region. Wir haben auch im vergangenen Jahr und in dem Jahr davor die U18-Wahl gemacht. Dies war die Region, die am stärksten rechts gewählt hätte.

Frage: Wie viele waren das dann?

„Es können sogar 20% gewesen sein. Im Jahr davor waren es 15-17%. Es war sehr massiv im Verhältnis zu anderen Regionen. Man merkt es auch im Umgang mit den älteren Jugendlichen und mit vielen Erwachsenen.

„In der Anfangszeit waren um das (Havemann-)Center rum regelmäßig Polizeieinsätze. Größenordnungen von 60-80 Jugendlichen... Sie haben gewartet, bis jemand eine Bierpulle fallengelassen hat, eine Flasche geworfen hat, ihn angerempelt hat. Das hat sich entspannt."

Und: „Oft war es so, dass wenn man abends am Center lang ging, saßen auf dieser Seite 30 Russlanddeutsche und auf der anderen Seite 30 "Deutsche". Manche von den Bürgern sind da gar nicht mehr durchgegangen, weil sie Angst hatten."

Diese Situation hat sich entspannt, in anderen Gesprächssequenzen und Interviews werden jedoch durchaus Eskalationspotenziale beschrieben, die auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden können. Festzuhalten ist definitiv, dass sich – trotz praktischer Bemühungen um eine interkulturelle Pädagogik, wie sie z.B. seitens der Jugendförderung stattfinden – im Alltag eher ein ‚Nebeneinanderherleben' statt eines Miteinanders entwickelt hat

Obwohl in Marzahn-Nord die Hochphase der organisierten Rechten erst mal vorbei ist, (Wegzug von Kadern, Odin weg, gestärkte Zivilgesellschaft), gibt es nach wie vor alarmierende Situationen: hohe NPD-

Wählerschaft, große soziale Probleme, Ethnisierungsprozesse. All dies ist eine Herausforderung für vernetztes und kooperatives Handeln im Stadtteil. Dafür gibt es gute Voraussetzungen an der Schnittstelle von Jugendförderung, Nachbarschaftsarbeit und Quartiersmanagment, die gesichert und weiterentwickelt werden sollten. Insbesondere die Frage nach Möglichkeiten der demokratiestärkenden Aktivierung von BürgerInnen mit und ohne Migrationshintergrund stellt sich, die vorbildhaft die Interkulturalität des Stadtteils entwickelt.

### e) Grün- und Erholungsflächen

Als idealer Ort für den Kontakt rechtsextrem orientierter Jugendlicher und junger Erwachsener und für die Herausbildung dieser Szenen scheinen auch Treffpunkte unter freiem Himmel zu sein. Der Bezirk Marzahn Hellersdorf hat zahlreiche Grünflächen und einige Orte, die auch Erholungswert haben. Einige davon sind in der Vergangenheit als Treffpunkte aufgefallen. Genannt wurden hier die Wuhle und der Wuhletalwanderweg, aber auch die Kaulsdorfer Seen und das Sendegebiet, sowie der Biesdorfer Baggersee und die Hönower Weiherkette. Beschrieben werden im folgenden Einzelphänomene, die auf Interviews und Beobachtungen beruhen:

**Kaulsdorfer Seen und Sendegebiet**

"Es gibt Treffpunkte aber die ändern sich auch immer wieder. Also ein Treffpunkt war zum Beispiel eine ganze Zeitlang im Siedlungsgebiet, in Kaulsdorf die Kaulsdorfer Seen oder diverse Kioske..."

Eine Sozialarbeiterin beschreibt die Situation wie folgt:

"Wir hatten ja ne relativ große Bewegung gehabt an den Kaulsdorfer Seen und am Sendegebiet unten. Da ist ja dieser Grünstreifen zu Köpenick hin, ne herrliche Aufenthaltsfläche, da gab's auch Auseinandersetzungen das war jetzt vor 4 bis vor einem Jahr. Da waren die Jugendlichen sehr massiv unterwegs. Das waren so 40-50 Leute, die auch einige Auseinandersetzungen hervorgerufen haben aber die haben natürlich jetzt zum Teil Strafverfahren, sind ruhiger und sind älter geworden, sind durch den Druck der Polizei natürlich auch nicht mehr vordergründig auffällig, sind "angepasst".

Oder:

„Das alte Sendegebiet, zwischen Hellersdorf und Köpenick, das war in der Vergangenheit sehr attraktiv für verschiedene Gruppen, da gab's riesige Hallen, Bunkeranlagen, da waren rechte Jugendliche. Da konnte man sich drin verlaufen. Das Sendegebiet hat aber seine Attraktivität verloren, weil da viele Hallen abgerissen worden sind."

Von Seiten der OGJ war für das Jahr 2003 zu hören:

„Das einzige, was jetzt in den letzten Monaten aufgefallen wäre sind die Seen in Kaulsdorf, aber da war es dieses Jahr vergleichsweise friedlich. Also in den letzten Jahren war da weitaus mehr jetzt zum Thema Schlägereien. Das war in den Vorjahren ein beliebtes Spiel, dass sich da dann durchaus auch rechtsorientierte Jugendliche mit Spätaussiedlern, alle Mann besoffen, zu fortgeschrittener Tageszeit mächtig ins Kabbeln gekommen sind.

Im Zusammenhang mit der Frequentierung der Kaulsdorfer Seen sei es auch immer wieder zu Zerstörungen im Siedlungsgebiet gekommen. Ein Interviewter beschreibt die Reaktionen der AnwohnerInnen:

„Wie die Anwohner darauf reagiert haben, können Sie sich ja vorstellen. Dass man das, wofür man gearbeitet hat, nicht gerade zerstört bekommen möchte, und wenn es dann aus der rechtsextremistischen Szene kommt, da ist der Unmut schon zu spüren. Wobei man das Problem in den Griff bekommen hat, man hat das durch verstärkte Polizeipräsenz eindämmen können."

Berichtet wurde auch von Bedrohungen und Angriffen in dieser Gegend, die sich im Bereich der S-Bahn, im Bus oder eben auf der Straße abspielten, wie in folgendem Beispiel:

„Ich kenne das von einem Jugendlichen, die sind zu dritt nachts durch die Stadt gelaufen, zwei Jungen und ein Mädchen und die Jungen schon mal an den langen Haaren optisch erkennbar, keine Glatzen. Und die sind in Kaulsdorf, da an so einem Treffpunkt von Nazis zufällig vorbeigekommen und wurden dann auch verfolgt und einer von den dreien, der nicht schnell genug war, auch wirklich krankenhausreif geschlagen. Weil diese Jugendlichen offenkundig ne linke Einstellung hatten, sind sie zum Opfer geworden"

Für die Kaulsdorfer Seen lässt sich festhalten, dass sie noch immer – obwohl sich die langjährige Dominanz rechtsextrem orientierter Jugendlicher und junger Erwachsener etwas vermindert zu haben scheint – Angstzonen für potenzielle Opfer sind. Sie werden insbesondere von Schwarzen Deutschen und MigrantInnen nicht als innerstäd-

tisches Ausflugsziel genutzt. An einigen Orten, z.B. am Biesdorfer Baggersee, hat sich in der warmen Jahreszeit ein soziales Milieu herausgebildet, das von starken Verwahrlosungstendenzen, exzessivem Alkoholkonsum, allgemeiner Aggressivität geprägt ist und wo auch rechtsextremszenetypische Symbole auftreten.

In einigen Sozialräumen von Hellersdorf Nord (z.B. 14 und 16) hingegen werden die öffentlich zugänglichen Plätze eher von Jugendlichen genutzt, die nicht-rechten Cliquen angehören. Das betrifft vor allem die Basketballplätze und die Skating-Anlagen. Hier versammelt sich eine eher nicht-rechte Jugendkultur, wobei anzumerken ist, dass auch diese nicht frei von diskriminierenden Haltungen ist. Von ihnen geht jedoch zunächst keine Bedrohung aus.

Während diese Flächen natürlich vor allem im Sommer genutzt werden, sind die kulturellen Zentren in Marzahn und Hellersdorf das ganze Jahr über Anlaufpunkte. Entsprechende Problemlagen wurden ja bereits skizziert.

**Private Räume**

In einer demokratischen Gesellschaft sollte die Privatsphäre einem besonderen Schutz unterliegen. Die rechtsextreme Ideologie wird jedoch nicht weniger politisch, wenn sie „nur" im privaten Kontext verbreitet wird.

Aus diesem Grund diskutieren wir im folgenden einige Beispiele, die uns auch von Interviewten aus ihrem alltäglichen Lebensumfeld berichtet wurden:

„Also bei mir in der Nachbarschaft gab's immer Feiern und ne Zeitlang war die Schwester von unserem Nachbarn, die war verheiratet mit einem richtig krassen Nazi. Mit dem hab ich auch immer nett Skat gespielt und der konnte so quatschen, seinen Senf abgeben und die haben denn alle gesagt, gehört sich ja, ist ja seine politische Ansicht und das interessiert uns jetzt nicht. Also die haben das nicht für gut gehalten, aber die hat das auch nicht gestört. Das hat irgendwie keinen interessiert. Der konnte da seine rechtsextremistischen Parolen ablassen und die waren wirklich krass rechts. Und das hat mich also insofern gewundert, dass man größtenteils als Nazi weniger ausgeschlossen oder gar nicht ausgeschlossen wird, wo man eigentlich so ein innerlichen Abwehrimpuls haben sollte.

Frage: Woran könnte das denn liegen?

„An ner bestimmten Nicht-Politisiertheit, so, die treffen ja die große unpolitische Schicht, wie ich vermute. Und da wird halt auch Rechtsextremismus als Problem nicht wahrgenommen. Also die merken nicht, dass das wirklich schlimm ist wenn man mit Nazis zusammen gerät. Die erkennen die Probleme vielleicht nicht.

Eine andere Interviewte aus der Bezirkspolitik kommt – ausgehend von Wahrnehmungen der Erwachsenenwelt – auf folgende Befürchtungen zu sprechen:

„Im Familienkreis, in Vereinen, ist eine unterschwellige Ablehnung da, gegen Ausländer. Dass alle so denken, merkt man, wenn ein ausländerfeindlicher Witz gerissen wird und alle lachen. Da hat selten jemand den Mut zu sagen, ohne mich, ich gehe jetzt. Es ist ein latenter Antisemitismus, eine latente Ausländerfeindlichkeit, die unter den jetzigen gesellschaftlichen Bedingungen aber niemals zum Tragen kommen würde. Aber wenn es wieder wäre wie `33, mit einer hohen Arbeitslosigkeit, mit den gesellschaftlichen Strukturen, wenn es einen „Führer" geben würde und so eine Partei an die Macht käme, sehe ich, wie sie wieder alle dem Führer hinterher rennen würden.

Der private Kontext ist oft der Ort, an den sich rechtsextreme Gruppen dann zurückziehen, wenn ihnen keine anderen Orte zur Verfügung stehen. In den letzten Jahren ist es für die rechtsextreme Szene, insbesondere organisierte Gruppen, nicht einfacher geworden, Tagungsorte für rechtsextreme Aktivitäten zu finden, erst recht für Konzerte oder größere Veranstaltungen. Daher finden Treffen inzwischen im kleineren Rahmen und auch im privaten Raum statt. Das gilt für alle Stadtteile.

"Ich denke, das passiert alles in Privatwohnungen. In der Vergangenheit war es so, die ganzen Leute, die irgendwie anheizen oder die was zu sagen haben, meiner Ansicht nach, die waren auch finanziell, materiell besser gestellt, kamen aus dem kleinbürgerlichen Milieu, Handwerker, Kleinunternehmen und vor fünf bis sechs Jahren. Da war das ganz klar."

Diese Wahrnehmung ist insofern wichtig, da sie der weit verbreiteten Annahme, rechtsextreme Personen seien vor allem in sozial schwächeren Milieus verankert, etwas Gegenteiliges gegenüber stellt.

In den Interviews kamen Situationen zur Sprache, in denen sowohl klare neonazistische, den NS verherrlichende, Ideologieelemente und Bilder im privaten Kreis ver-

mittelt wurden, als auch rassistische und antisemitische Haltungen.

Angedeutet wurde auch, dass es neben dem rein privaten Kontext auch manchmal – insbesondere in der Großsiedlung – Hauskeller gibt, die gemeinschaftlich genutzt werden und wo es auch immer wieder vorkam, dass rechtsextreme/rechtsextrem orientierte Gruppen diese für sich in Anspruch nahmen. Hier reagieren inzwischen vermehrt die Wohnungsgesellschaften.

Eine Interviewte hat die Erfahrung gemacht von einem Nachbarn in dessen rassistische Ambitionen einbezogen zu werden: Jener versuchte im Haus die Stimmung gegenüber einem Migranten zu bündeln und anzuheizen. Die Interviewte hat sich aber deutlich distanziert:

„Das habe ich im eigenen Haus. Da gibt's einen, der weiß alles, der kennt alle. Der hat z.B. eines Tages mich auch mal drauf aufmerksam gemacht, ob ich wüsste, dass neben mir ein ‚Kanake' eingezogen ist. Ich sag, Wieso, was ist das Problem? Na ja: der kann da einfach einziehen. Da ist ein junges Mädel, was da unmittelbar neben mir wohnt und die hat einen ausländischen Freund, welcher Herkunft weiß ich nicht. Aber solche Sachen passieren eben. Der Hat sich dann mit mir auch nicht weiter unterhalten, weil er merkte, er stößt da nicht auf so fruchtbaren Boden. Das ist einfach auch ein richtig verbohrter Mensch, der hörte mir gar nicht zu."

Verschiedene Probleme gehen ineinander über: Alltagsrassismus, ein weit verbreiteter Mangel an interkultureller Kompetenz im Bereich der Kommunikation und migrationsspezifischer Prozesse. Sofern in einem von Rassismus gekennzeichneten sozialen Raum Akteure eingreifen, die dem rechtsextremen Spektrum angehören, kann es zu schwierigen Problemsituationen kommen, die ein klares zivilgesellschaftliches Handeln erfordern. Auch Wohnungsgesellschaften sind darin zentrale Akteure, die einen Beitrag zur demokratischen Kultur leisten können.

## 6.10. Straftaten – Gewaltdelikte

### Einleitung

Die Wahrnehmung von Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund beschränkt sich zumeist auf polizeiliche Kriminalitätsstatistiken, mediale Thematisierung oder individuell erlebte oder gehörte Ereignisse. Eine umfassende und objektive Wahrnehmung ist für viele Akteure im gesellschaftlichen Kontext nur teilweise möglich und hängt stark mit Bildungshintergrund, beruflicher Aufgabenstellung, politischer Sensibilität und persönlicher Wertung zusammen.

Die Schwierigkeiten, die sich aus diesen ganz unterschiedlichen Sichtweisen ergeben erschweren ein umfassenderes, vereinheitlichendes Verständnis. Durch das Zusammentragen der unterschiedlichen Herangehensweisen, Perspektiven und Erfahrungen im Rahmen dieser Studie, ergibt sich jedoch durchaus ein differenziertes Bild, das sowohl Erkenntnisse als auch Entwicklungen im Bereich der rechtsextremistischen Straftaten aufzeigt und sie somit einer objektiven Auslegung und vor allem auch einem demokratischen Diskurs zugänglich macht.

### Berlin-Statistik „Politisch motivierte Kriminalität Rechts"

Die Statistik „Politisch motivierte Gewalt rechts" führte für den Zeitraum 2002 in ganz Berlin 948 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund auf. Hiervon waren 52 Gewaltdelikte.[105] Im Jahresvergleich 2002-2003 deutet sich weiterhin ein hohes Niveau rechtsextremistischer Straftaten an: 2003 wurden 944 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund verübt, darunter 70 Gewaltdelikte. Es zeigt sich also, dass gegenüber dem Jahr 2002 eine deutliche Steigerung der Fallzahlen Politisch motivierter Gewaltkriminalität im Bereich „Rechts" zu verzeichnen ist: von 52 auf 70. Den Schwerpunkt machen dabei die Körperverletzungsdelikte aus. (44 im Jahr 2002 und 55 im Jahr 2003). Von diesen Körperverletzungsdelikten, so kann u.E. aus der Statistik geschlossen werden, liegt einem relevanten Teil eine „fremdenfeindliche" Motivation zugrunde. Insgesamt sind die fremdenfeindlichen Gewaltdelikte von 28 im Jahr 2002 auf 43 Fälle im Jahr 2003 angestiegen. Insgesamt haben die fremdenfeindlich motivierten Straftaten - als Teilmenge der PMK-Rechts - von 138 Fällen auf 150 Fälle zugenommen. Seitens des LKA werden fremdenfeindliche Straftaten als „Teil der „Hasskriminalität".

Der große Nachteil der Berlin-Statistik besteht darin, dass sie nicht für die einzelnen Berliner Bezirke getrennt ausgeworfen wird. Im Allgemeinen lässt sich aus ihr keine Aussage über Entwicklungen und Veränderungen in Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick oder Lichtenberg etc. ablesen. Dennoch werden natürlich bezirksspezifische Unterschiede bei genauerer Analyse sichtbar. So war in der Auswertung der fremdenfeindlichen und rechtsextremen Delikte für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2002 ein sehr problematisches Bild sichtbar. Dieser Bezirk sei im Berliner Vergleich besonders auffällig, war aus dem LKA zu vernehmen. Wirft man einen Blick auf die registrierten Straftaten, zeigt sich, dass ein hoher Anteil davon hier stattgefunden hat. 41 % aller Berlinweit verübten Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund wurden 2002 in Marzahn–Hellersdorf begangen.

Aus polizeilicher Sicht wurden trotz des Nichtvorhandenseins einer Bezirksstatistik dennoch vorsichtige Einschätzungen über die Trends von 2002-2003 in der Region Marzahn-Hellersdorf gegeben. Und auch in der Presse war bereits zu Beginn des Dezembers 2003 eine Lageeinschätzung veröffentlicht. In der Berliner Zeitung war zu lesen unter dem Titel „Neonazis schlagen öfter zu": „Körtings Abteilung Verfassungsschutz stellte fest, dass sich die Schwerpunkte rechter Gewalt von Marzahn-Hellersdorf nach Treptow-Köpencik, Pankow und Neukölln verschoben haben. Allein 34 Prozent dieser Gewalttaten würden inzwischen auf Treptow-Köpenick entfallen." (vgl. Berliner Zeitung, 4.12.2003)

Ein Interviewter Polizeibeamter äußerte sich wie folgt zur rechtsmotivierten Gewaltkriminalität in der Region Marzahn-Hellersdorf:

„Ich kann also nur sagen, was mein persönliches Empfinden ist, das Empfinden eines Einzelnen aus diesem kleinen Bereich und ich hab also festgestellt, dass es in den letzten drei Jahren nach einem leichten Anstieg rapide abgeflacht ist insbesondere im letzten Jahr aus ganz handfesten Gründen. Das hatte damit zu tun insbesondere im letzten Jahr, dass viele insbesondere unserer Marzahner rechten Gewalttäter nunmehr den Bogen überspannt hatten und deswegen teilweise zu empfindlichen Haftstrafen verknackt wurden. Wo unsere rechten Gewalttäter zu teilweise 4,5 – 5,5 Jahren verknackt wurden, jetzt also einfach weg sind von der Straße. Das waren einfach ständige Unruheherde und Rädelsführer und wenn man innerhalb von einem Jahr 12 Leute aus der Szene einbuchtet. Dann hat das einfach ne

[105] Im Erfassungszeitraum 2001 wurden 455 einschlägige Straftaten festgestellt. Dies bedeutet einen Anstieg von über 100 %, der teilweise auf die Veränderung der Bewertungskriterien von 2001 auf 2002 zurückzuführen ist.

spürbare Auswirkung. Die sind dann einfach als Kristallisationspunkt für jede Art von Gruppendynamik in diesem Bereich weg und dann macht sich in den Bereichen, wo die sich rumgetrieben haben, erst mal Ruhe und Frieden breit..."

Auch in anderen Gesprächen mit PolizeibeamtInnen wurde hervorgehoben, dass die „Belastung" mit fremdenfeindlichen und rechtsextremen Straftaten „Veränderungen unterworfen" sei, die wiederum von verschiedenen Faktoren abhängig seien. Angedeutet wird übergreifend, dass Verurteilungen besonders gewaltbereiter Personen aus der rechten Szene zu einer gewissen „Beruhigung" im Bereich fremdenfeindlicher Gewaltdelikte führten.

Vor dem Hintergrund unseres eigenen Erkenntnisstandes, der sich aus der Untersuchung ergibt, möchten die AutorInnen der Studie jedoch folgendes zu bedenken geben:

Das alleinige Zugrundelegen von Kriminalitätsstatistiken für eine umfassende Einschätzung von rechtsmotivierter Kriminalität und Gewalt unterliegt regelmäßig großen Problemen.

1. So wird erst das als kriminell definiert, was kriminell sein soll. Veränderungen von inhaltlichen Schwerpunkten, Reformen des Strafrechts und Einordnung verschiedener Delikte in eine oder verschiedene Kategorien der Erfassung verwischen eine realistische Sicht auf Quantität und Qualität bei der Ermittlung von statistischen Daten.

2. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist das Anzeigeverhalten der Bevölkerung. Der Erfassung von Straftaten geht die Anzeige der Bürgerin oder des Bürgers, die polizeiliche Ermittlung und die anschließende Verurteilung der TäterInnen voraus. Ob eine Anzeige gemacht wird hängt von unterschiedlichen Faktoren ab. Im Bereich der rechtsextremistischen Straftaten verhindert oftmals Angst oder Scham vor den TäterInnen oder der Polizei eine Anzeige des Opfers.

Interviewauszug mit einem Schwarzen Jugendlichen

„Hast du jemals irgendwas angezeigt von den Sachen, die dir passiert sind?"

„Nee, also einerseits, wenn mir noch mal so was passieren würde, ich wüsst' nicht, ob ich denjenigen anzeigen würde, weil ich weiß, wenn er im selben Bezirk wohnt wie ich, ist es gut möglich, dass er mich kennt und weiß, wo ich wohne und das find ich eigentlich das Schlimmste, dass man Angst haben muss, auch was zu sagen. Also jetzt zum Beispiel auch bin ich ganz froh, dass mein Name nicht gesagt wird, weil ich Angst hätte, dass jemand irgendwie auf die blöde Idee kommt und mich – keine Ahnung – meinen Wohnort kennt und mir was antun will oder meiner Familie."

Auch Bedrohungen, bei denen die Opfer gerade noch fliehen konnten, wurden meist nicht angezeigt. Folgendes Beispiel, bei dem alternative Jugendliche verfolgt wurden, illustriert dies:

Frage: „Ich hab noch eine andere Frage, hast du denn jemals von Übergriffen auf Leute die du kennst, gehört? Mal abgesehen von dem was sich auch in der Medienberichterstattung niederschlägt."

„Das kommt nicht in den Medien, wenn abends, das hörste an jeder Ecke, das ist jetzt nichts ungewöhnliches, ich hatte ne Freundin, die sah halt nach links aus und die musste auch schon ein paar mal, wenn sie abends mit dem Nachtbus nach hause kam, vor den Nazis wegrennen. War aber halt meine Generation oder halt Leute mit bunten Haaren, die dann halt ihre Problemchen kriegten, wenn dann halt Skins und Nazis sechs oder zehn in den Bus steigen, oder Typen die einfach nur so zusammen geschlagen werden. Das kommt natürlich nicht in den Medien, das wird ja nicht mal der Polizei gemeldet."

Auch Vorbehalte, ob die Polizei helfen würde, spielen bei Angehörigen von Opfergruppen mitunter eine Rolle. Ein Schwarzer Interviewter meint:

„Na ja die Polizei, die Polizei ist ja eigentlich unser Beschützer und irgendwie hab ich aber da das Gefühl, dass die mich nicht in dem Sinne beschützen wie ich es brauche. Also wie gesagt, ich bin mir nicht sicher, dass die, die da im Auto sitzen, mir auch helfen. Da hat ne Freundin die Erfahrung mit denen gesammelt, dass sie dann gesagt haben: „Ja und, die greifen dich grad an, bist selbst dran schuld", oder „Hast sie selbst provoziert", obwohl's 'nen Mädchen war und das war ne Gruppe von Rechten gewesen, wo sich kein Mensch traut, nicht mal 'nen deutsches Mädchen, 'nen blondes Mädchen, sag ich mal, die zu provozieren, weil sie einfach Angst hätte, weil sie erst mal getrunken haben und dann noch sehr, sehr aggressive Typen sind."

Ebenso verhindern Unkenntnis über Verfahrensweise und Unterstützungsmöglichkeiten für die Betroffenen die Nutzung des formalen Weges. Es ist allerdings auch zu erwähnen, dass sich nach Erfahrung des LKA das Anzeigeverhalten in der Bevölkerung verbessert hat. Ob dies auch mit einem höheren Vertrauen bei Betroffenen marginalisierter Gruppen (z.B.

Schwarzen) korrespondiert, wurde unsererseits nicht weiter analysiert.

Das Anzeigeverhalten ist Ausdruck dessen,, was der Durchschnitt der Bevölkerung als normal empfindet. Werden im sozialen Umfeld Vorkommnisse als normal definiert, sinkt trotz vorhandener strafrechtlicher Relevanz die Anzeigenbereitschaft. Andersherum kann eine Verletzung der gesellschaftlich normierten Befindlichkeit zu besonders sensiblen Reaktionen führen. Somit ist das Anzeigeverhalten ein unsicherer Faktor und hängt stark von der persönlichen Einstellung und sozialer Zugehörigkeit ab.

3. Kriminalitätsstatistiken beziehen sich auf die bekannt und juristisch verwertbar gewordene Anzahl von Straftaten. Dies wird mit Hellziffer bezeichnet. Darüber hinaus existiert aber eine ungleich höhere Anzahl von strafrechtlich relevanten aber entweder nie zur Anzeige gebracht oder nicht als solchen wahrgenommenen Taten. Die Wissenschaft beschreibt dies als Dunkelziffer. Da die Dunkelziffer um ein vielfaches höher liegt als die Hellziffer ist davon auszugehen, dass nur ein Bruchteil der strafrechtlich relevanten Taten in Kriminalitätsstatistiken aufgeführt ist.
4. Nicht zu letzt können auch die Intensivierung von polizeilichen Maßnahmen und die Schwerpunktsetzung bei Ermittlungen die Anzahl der zur Anzeige gebrachten Straftaten deutlich erhöhen oder verringern.

Insbesondere die Erfassung der Tatumstände und der Motivation hier für die Bewertung als „rechts" in den Blickpunkt zu nehmen. Seitens des LKA werden der Politisch motivierten Kriminalität – Rechts – Straftaten zugeordnet, „wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z.B. nach der Art der Themenfelder) einer rechten Orientierung zuzurechnen sind, insbesondere wenn Bezüge zu

- Völkischem Nationalismus
- Rassismus
- Sozialdarwinismus
- Nationalsozialismus

ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elements der freiheitlich demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss."

Die Schwierigkeiten zugrundeliegende Motivationen zu erfassen, stellen sich insbesondere bei sog. „fremdenfeindlich motivierten" Straftaten und Gewaltdelikten. Ein interviewter Beamter meint auf die Frage, welche Gewalttat als fremdenfeindlich motiviert gilt: „Gewaltdelikte, wo die Zielrichtung des Täters ganz eindeutig ist, den Anderen, den Schwulen, den Juden, den Ausländer zusammenzuschlagen." Das sei „rein deliktisch" zwar „normale Körperverletzung", von der Motivation her aber fremdenfeindlich bzw. rassistisch. Angedeutet wird auch, dass es bei Gewalttaten, die politisch motiviert sind, schwierig sei, damit umzugehen, „weil da muss man erst mal erkennen, dass diese Motivation zugrunde liegt."

Es stellen sich verschiedene Fragen, die unsererseits nur aufgeworfen, aber nicht abschließend geklärt werden können: Wie werden z.B. Delikte eingeordnet, die sich gegen Angehörige von spezifischen sozialen bzw. kulturellen Minderheiten richten, die keine MigrantInnen sind/bzw. ohne Migrationshintergrund? Wie werden Bedrohungen oder Angriffe auf Schwule oder Lesben, auf Angehörige explizit nichtrechter Jugendkulturen oder Wohnungslose eigentlich eingeordnet? Diese Frage sei hier gestellt, aber offen gelassen. Sie kann nur durch die entsprechenden ExpertInnen der Polizei beantwortet werden.

Somit ist die politische und wissenschaftliche Arbeit und Auswertung von Kriminalitätsstatistiken mit Vorsicht zu genießen. Sie sind lediglich als Indikator einer Entwicklung zu sehen und nicht als alleiniges qualitatives Bewertungsmittel.

**Unterteilung der Delikte**

Im Bereich der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund unterscheiden wir zwischen Propagandadelikten, Sachbeschädigungsdelikten, Bedrohungsdelikten und Gewaltdelikten. Im Zusammenhang mit diesen Deliktgruppen werden im folgenden die Informationen in den Zusammenhang mit im Rahmen der Studie erhobenen qualitativen Daten gestellt, d.h. auch subjektive Einschätzungen, Erfahrungs- und Presseberichte werden einbezogen.

Ins Zentrum werden die Erfahrungen der verschiedenen potenziellen Opfergruppen von rechtsextremer und rassistischer Gewalt gestellt; Übergangsbereiche von Bedrohung und Gewalt werden diskutiert und die Brücke zu den Kontexten solcher Taten wird hergestellt. Auch das gesellschaftliche Klima, das Bedrohungssituationen begünstigt oder verhindern kann, soll thematisiert werden.

**Zivilgesellschaftliche Verantwortung**

Hervorzuheben ist bei den Bemühungen um eine Eindämmung des Rechtsextremismus

bzw. rechtsmotivierter Kriminalität und Gewalt die gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Der Einsatz von Mitteln der Polizei und Justiz ist nur ein Mittel neben vielen anderen und kein Ersatz für zivilgesellschaftliches Handeln. Wirft man den Blick lediglich auf die polizeilichen Interventionen, um eine qualifizierende Aussage zum Rechtsextremismus im Bezirk zu machen, werden wichtige Gesichtspunkte der sozialen-politischen Auseinandersetzung, der familiären Entwicklung oder möglicher strategischer Zurückhaltung der Szene übersehen.

Beispielsweise wird in der aktuellen sozialwissenschaftlichen Gewalt- und Rechtsextremismusforschung betont, dass rassistische Gewaltdelikte von verschiedenen Bedingungen beeinflusst werden. Wagner et al. schreiben: „Die Bestandteile gruppenbezogener Gewalttaten lassen sich grob in drei Bereiche ordnen: Es sind dies erstens die individuellen Merkmale der Täter, wie beispielsweise Gewaltbereitschaft und Einstellungen der Akteure. Offensichtlich spielen Vorurteils- und Aggressionsbereitschaft bei verschiedenen Tätertypen eine unterschiedliche Rolle. Zweitens müssen die Handlungsbedingungen berücksichtigt werden. Hier sind bestimmte Gelegenheitsstrukturen wie die Existenz von Opfergruppen sowie situative Elemente wie Alkohol- und Musikangebote zu nennen, die dazu beitragen, Gewaltbereitschaft zu ‚entsichern'. Schließlich aber tragen drittens auch die Einflüsse bestimmter Gruppen zur Eskalation oder Deeskalation bei: Die Aktivierung von Gewaltpotenzialen hängt von Ideologien ab, die im politischen Diskurs zur Verfügung gestellt werden, von der Berichterstattung in Medien über die ‚Erfolge' gruppenbezogener Gewalt, von der Rolle der Kontrollinstitutionen wie Polizei und Justiz und schließlich, wie insbesondere aus der Beschreibung und Beobachtung von Tathergängen deutlich wird, von stützenden oder ablehnenden Einstellungen in der Bevölkerung..."[106]

**Rassistisch/rechtsextrem motivierte Gewaltdelikte und Opfergruppen**

Die Analyse der Verteilung der kriminalitätsstatistisch erfassten Gewaltdelikte und die Analyse des empirischen Materials aus Interviews, Gesprächen und Presse machen deutlich, dass verschiedene Opfergruppen differenziert werden können.

Personen, die aufgrund erworbener oder zugeschriebener Merkmale innerhalb des rechtsextremen Weltbildes als minderwertig betrachtet werden gehören dazu bzw. Angehörige sozialer, ethnischer und kultureller Minderheiten: Dies können MigrantInnen, auch AussiedlerInnen, Asyl Suchende, Schwarze Deutsche, Jüdinnen und Juden, Homosexuelle, Behinderte, zivilgesellschaftlich aktive Personen oder andere Menschen sein.

Für einen Teil dieser Personengruppen sind auch in Marzahn–Hellersdorf Bedrohungen und Angriffe bekannt geworden. Obwohl eine Quantifizierung große Probleme mit sich bringt – denn die Frage wer „am meisten betroffen" ist, – führt nicht unbedingt weiter – ist doch darauf hinzuweisen, dass insbesondere deutsche Schwarze oder Schwarze MigrantInnen zu den häufigsten Opfern gehören.

**Deutsche Schwarze/Schwarze MigrantInnen**

Ein Überblick über das Material zeigt, dass es im Bezirk Marzahn–Hellersdorf in den letzten Jahren sowohl Gewaltdelikte gegen Schwarze Personen gab, aber auch Übergriffe unterhalb der Schwelle direkter körperlicher Gewaltanwendung. Dazu gehören Beleidigungen, Bedrohungen und symbolische Drohkulissen sowie rechtsextreme Propaganda. Die Betroffenen sind sowohl erwachsene Personen, als auch Jugendliche und in einem uns bekannt gewordenen Fall ein Kind.

Da die besondere Situation Schwarzer Personen in Marzahn–Hellersdorf in einem späteren Kapitel noch vertieft wird, werfen wir im folgenden nur einen Blick auf einzelne – u.a. auch in der Presse verarbeitete - Geschehnisse der letzten 3 Jahre.

So war 2002 beispielsweise eine Schwarze Studentin an der Tram-Haltestelle Springpfuhl in Marzahn-Süd von rassistisch orientierten Jugendlichen angegriffen worden und machte die Erfahrung verweigerter Hilfeleistung von BürgerInnen und einem Straßenbahn-Fahrer. In der im Bezirk beheimateten Alice-Salomon-Fachhochschule wird mit jedem beginnenden Erstsemester eine Veranstaltung speziell für die ausländischen Studenten gemacht, in der auf die Sicherheitslage im Bezirk und auf Verhaltensoptionen hingewiesen wird. Das dies notwendig erscheint, ist äußerst bemerkenswert. Ein ausländischer Student beschreibt seinen Umgang mit Rassismus und Rechtsextremismus in Marzahn–Hellersdorf:

„Sie [die Polizisten] versuchten, uns ein positives Bild von Hellersdorf zu vermitteln und davon, wie sie die Rassisten von Hellersdorf in die Außenviertel von Hellersdorf vertrieben haben. Ich war sehr interessiert daran, zu sehen, ob das wahr ist. Ich ging daher sehr häufig in die Stadt, um die Reaktion der Leute auf mich als Schwarzen Mann in Hellersdorf zu beobachten.

Frage: „Und wie war die Realität? Was hast du beobachtet?"

[106] Wagner et al. (Hrsg.) „Deutsche Zustände II", 2003, S. 144

„Ich bin weit entfernt von der Auffassung der Polizei, die uns erzählt hat, es gäbe keinen Rassismus in Hellersdorf. Das ist nicht wahr."

**MigrantInnen**

Neben Schwarzen Deutschen sind eine weitere potenzielle Opfergruppe MigrantInnen, die als solche erkennbar sind oder Menschen, die für MigrantInnen gehalten werden und sich als BürgerInnen, BesucherInnen oder Arbeitende in Marzahn–Hellersdorf aufhalten. Der Blick in die jüngste Vergangenheit zeigt ein Spektrum an rassistisch motivierten Übergriffen, die von jenem sehr bekannt gewordenen Gewaltangriff auf drei Libanesinnen in der Straßenbahn reichen, bis hin zur Verfolgung und Bedrohung von Migranten im Bereich von Bahnhöfen bzw. S-Bahn. Eingeschlossen sind aber auch aggressive Handlungen gegenüber Gewerbetreibenden, denen eine rassistische Haltung zugrunde liegt.

Eine größere Gruppe unter den wenigen im Bezirk lebenden MigrantInnen – sieht man mal von den AussiedlerInnen ab - bilden im Bezirk die ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter der DDR und vietnamesische Flüchtlinge, die in den 90er Jahren einreisten. Auch diese gesellschaftliche Gruppe ist von Bedrohungen und Angriffen betroffen, wie uns von Interviewten auch geschildert wurde.

In einem großen Teil der Interviews kamen unsere GesprächspartnerInnen, als wir sie nach positiven Entwicklungen und nach Problemen im Verhältnis von einheimischer Bevölkerung und MigrantInnen fragten, auf ihre Wahrnehmung der AussiedlerInnen zu sprechen, die die größte Gruppe der MigrantInnen im Bezirk stellen. Häufig wurde als erste Assoziation von gruppenbezogenen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen gesprochen, wobei die einen als die „rechten kurzhaarigen deutschen" Jugendlichen beschrieben wurden und die anderen als „die AussiedlerInnen" oder „Aussiedlerjugendlichen".

Bei der von vielen Interviewten vorgenommenen reinen Fokussierung auf die Auseinandersetzung zwischen Jugendgruppen geht ein differenzierter Blick auf soziale Beziehungen zwischen Einheimischen und MigrantInnen verloren.

Auf die besondere Situation der AussiedlerInnen und anderen MigrantInnen im Bezirk sind wir im Bezug auf ihre Perspektive im Kapitel „Rassismus" ausführlich eingegangen.

Eine ebenfalls oft marginalisierte Gruppe Opfer sind alternative Jugendliche und zivilgesellschaftlich aktive Personen.

**Alternative und linke Jugendliche als Opfer rechter Gewalt und Bedrohung**

In verschiedenen Interviews wurde darauf hingewiesen, dass auch junge Leute , die sich mittels ihrer Jugendkultur gegen Rechtsextremismus positionieren, in der Vergangenheit Opfer von Übergriffen wurden.

„Es sind auch Menschen betroffen, die hier ganz offen Stellung nehmen, sich äußern; die laufen Gefahr, dass sie Schaden an Leib und Seele nehmen und natürlich alles, was anders aussieht und ihrem Deutschbild nicht entspricht, die sind gefährdet."

So sind auch linke bzw. alternative Jugendliche in den letzten Jahren im Bezirk Marzahn–Hellersdorf Opfer von Bedrohungen, Einschüchterungen und Angriffen geworden. Diese richteten sich zum Teil gegen einzelne Personen; aber auch gegen die entsprechenden Einrichtungen, die von den Jugendlichen besucht werden.

Interviewte haben beschrieben, dass entweder die durchs Outfit vermittelte „offenkundige" Einstellung zum Anlass eines Angriffs genommen wurde, oder explizite politische Symbolik gegen Rechtsextremismus.

„Also von der Linie 8 und 18 habe ich gehört, dass da Jugendlichen, die äußerlich deutlich als Linke zu erkennen sind, Aufnäher mit durchgestrichenen Hakenkreuzen oder wo Hakenkreuze in einen Papierkorb geworfen werden, mit Rechten zusammengestoßen sind, mit ‚Glatzen'. Bzw. dass die von den Rechten provoziert und angegriffen wurden und das Ding vom Rucksack plötzlich abgerissen wurde. Es gibt Fälle, wo das dann ohne Gewalt abging, also nur Anschreien."

Solche Darstellungen konnten dann auch im Gespräch mit betroffenen Jugendlichen bestätigt werden, die außerdem weitere Erlebnisse berichteten.

So komme es auch aktuell noch – trotz der Dezimierung einer quantitativ zusammenhängenden rechtsextremen Szene - zu wiederholten Angriffen an öffentlichen Plätzen, in Verkehrsmitteln oder eben auch im Umfeld von Schule und Nachbarschaft.

Aus einem Gesprächsprotokoll:

„SchülerInnen aus Marzahn berichteten z.B., dass die Marzahner Promenade, der Bürgerpark und eben auch die Umgebung des „Sojus"/Elisabethstr. besonders bedrohliche Orte seien. Dort seien Freunde der Jugendlichen wegen ihrer linken Einstellungen geschlagen worden. Ein Jugendlicher sei von rechtsextremen Personen gezwungen worden, auf einer befahrenen Straße stehen zu bleiben. Als ein

anderer Jugendlicher sich eingemischt habe, sei auch dieser daraufhin geschlagen worden. Erzählt wurde in diesem Gespräch auch ein Vorfall aus einer Straßenbahn im Herbst 2003: Ein Freund einer Interviewten sei von einem Rechtsextremen aufgefordert worden, mit ihm auszusteigen. Als er sich weigerte, wurde er fast hinausgezogen, bekam in der Tür Schläge ins Gesicht und trug eine Platzwunde davon. Andere Passagiere hätten nicht reagiert."

Bei solchen Vorfällen handelt es sich teilweise um Alltagserfahrungen. Es gibt auch alternative Jugendliche, die mehrere Male zu Opfern von Angriffen wurden. So berichtete die taz die Geschichte eines jungen Punks, der, nachdem er mehrere Male in Marzahn angegriffen wurde, schließlich mit seiner Familie aus dem Bezirk wegzog.

Für viele der Betroffenen werden die Orte des Geschehens zu Angsträumen; eine eingeschränkte Bewegungsfreiheit ist unmittelbare Konsequenz der Bedrohungen und Angriffe.

**Zivilgesellschaftlich aktive Personen des öffentlichen Lebens und Einrichtungen**

Auch Personen des öffentlichen Lebens, die aktiv gegen Rechtsextremismus sind und Einrichtungen, die als demokratiefördernd wahrgenommen werden, sind in der Vergangenheit bedroht und angegriffen worden.

Ein Interviewter erzählt über einen Abgeordneten der PDS, der persönliche Drohungen erhalten hat:

„Das ist jetzt drei vier Wochen her, da hat sich der Bezirksverordnete Björn Thielebein mit einer freien Kameradschaft angelegt, worauf dann eine Art Steckbrief von ihm veröffentlicht wurde wo dann auch ans Kino „Kiste" Plakate geklebt wurden mit der Aufschrift: „Björn T., wir kriegen Dich!" Das gleiche wurde am La Casa auch gemacht. Da wurde dann die Polizei eingeschaltet, der Staatsschutz, und da wurde auch ermittelt. Was ich halt sehr krass finde, ist dieses sehr offensive und zur Gewalt aufrufende, was dann da gezeigt wird."

Deutlich wird an dieser Szene, dass die Bedrohungen auch eine einschüchternde Wirkung auf Dritte haben.

Ein anderer Bezirkspolitiker hat selbst einen Angriff erlebt:

„Ein Beispiel habe ich selbst erlebt. Das war als ich mit meiner Frau einmal abends das Haus verlassen habe und wir in unserem Hinterhof von sechs Rechtsextremen angegriffen wurden. Die hatten da auf uns schon gewartet. Davon waren zwei aus der Kameradschaft Hellersdorf und der Rest eher so Hooligans. Der Fehler war, dass ich mich mit denen beim Vorbeilaufen noch auf ein Gespräch eingelassen habe. Danach haben die uns aber auch richtig körperlich attackiert. Man muss sagen, dass wir Glück hatten, weil ein Kollege aus der BVV die Szene aus dem Fenster beobachtet hatte und uns mit einem Holzstock zur Hilfe eilte und die Rechtsextremen regelrecht „in die Flucht schlagen musste". Später kam dann auch die Polizei und stellte gegen uns Strafanzeige wegen Körperverletzung, weil einer der Angreifer das eingeleitet hatte. Das Verfahren wurde aber schnell eingestellt. Insgesamt kann man von keinem rühmlichen Verhalten der Polizei sprechen."

Neben konkreten engagierten Personen haben auch Einrichtungen der Jugendarbeit und Schule, die sich mit Projekten einer Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus stellen, in den letzten Jahren Erfahrungen mit Bedrohungen und (geplanten) Angriffen gemacht. Diese Bedrohungen fanden z.B. durch gezielte Sprühereien mit Drohungen als Inhalt statt oder auch, in dem wie bei der Einrichtung „Sonneneck", eine große Gruppe der rechtsextremen Szene auf der Suche nach Opfern in der Einrichtung auftrat. Auch aus dem Schulbereich wurde uns derartiges berichtet. So haben noch vor einigen Jahren Schulen, die den Ruf hatten, sich sensibel mit rechtsextremen Erscheinungen zu befassen, das Problem gehabt, ins Visier rechtsextremer Bedrohung zu geraten. Insbesondere richtete sich das natürlich gegen dortige Schüler. Ein Rückblick:

„Das einzige Mal, wo wir hier etwas hatten, wurde es uns angekündigt: Wir haben den Ruf, als Schule, nicht rechts zu sein. Da hatten sie sich mal ausgeguckt, sich die Schule vorzunehmen."

Frage: „Wer?"

„Rechte."

Frage: „Organisierte?"

„Es schien so. Das war richtig geplant. Wir konnten das hier beobachten, sie haben sich auf dem Spielplatz getroffen, waren vielleicht 15 Leute und wollten die Schule aufmischen, also richtig kaputtmachen. Sie hatten auch angefangen, sich bewaffnet mit Steinen, da wussten wir aber schon Bescheid und die Polizei war schon da. Das war nachmittags. Der Direktor war verschanzt in seiner Schule.

Frage: „Wann war das?"

„Das ist vielleicht anderthalb Jahre her. Da gab es noch zwei oder drei Anläufe, aber die Polizei war dann permanent hier und in der Nähe der Schule und das war es dann..."

Oder aus einem anderen Szenezuammenhang berichtet:

„Wir hatten Fälle, dass vor der Schule Herren mit einschlägiger Kleidung und dem passenden Haarschnitt dazu, mit Baseballschläger in der Hand auf Schüler gewartet haben, um die in der großen Pause zu kontaktieren, aus welchen Gründen auch immer. Das findet nicht mehr statt.

Frage: „Haben Sie selbst schon eine Bedrohungssituation miterlebt?"

„Sicher, bin ich schon bedroht worden. Wenn hier Schüler ankommen, die sagen, da draußen stehen zwei Kameraden und wollen mich verprügeln, dann ist es meine Pflicht, mit dem einzigen, was ich habe, dem Handy, runterzugehen und zu sagen, dass das freie Deutschland an diesem Schultor endet. Sprich, hier habe ich Hausrecht, da können Sie nicht machen, was sie wollen. Dann kommt es dazu, dass Menschen mir sagen: „Vorsicht, hier!" Ich sage dann: "Das Land Berlin wird mich schützen. Seid Ihr vorsichtig." Unsere Konrektorin wurde auch schon bedroht, Lehrer wurden bedroht.

„Von Mitgliedern der rechten Szene?"

„Die so aussehen. Es gab aber keine Bedrohungen wegen meiner politischen Anschauungen, ich bin nicht als Mensch bedroht worden, sondern als Schulleiter, als Schutz von Schülern oder Lehrern."

Auch interkulturelle Projekte in Marzahn–Hellersdorf sind Zielscheibe von Bedrohungen und Angriffen geworden. Ein Beispiel ist das Haus Babylon von Babel e.V.. Die Einschüchterung von dort aktiven Personen fanden einerseits symbolisch vermittelt statt – z.B. durch Hakenkreuzsprühereien – aber auch in Form direkter Gewalt. Eine Sozialarbeiterin berichtet:

„Also ich kenn das von den Schilderungen von dem Geschäftsführer von Babel e.V., der mal Opfer geworden ist, weil er wahrscheinlich auch schwarzer Hautfarbe ist. Aber seltsamerweise konnte er den Täter auch noch erkennen, das war nämlich ein Praktikant, der bei ihm mal in der Einrichtung gearbeitet hat. Und da war dann die Konfrontation da: „Warum tust Du das", „Du weißt doch, was wir hier arbeiten!" Und für den Angreifer war das dann ein ganz anderer Fall: „Ach Sie sind das!" Die Jugendlichen machen anscheinend Unterschiede zwischen dem, den sie kennen und zwischen dem ‚anderen Ausländer'."

Frage: „Gab es auch mal Verfolgungsjagden hier im Bezirk?"

„Von Verfolgungsjagden haben wir voriges Jahr auch einige Male gehört. Wo man dann Grüppchen verfolgt hat, quer durch den Stadtteil, wo dann die OGJ und die Polizei hinterher ist, wo se dann auch vermutet haben, dass sie im Haus Babylon einfallen, aber da waren se dann nicht."

**Die besondere Situation von Gewerbetreibenden mit Migrationshintergrund**

Neben den bisherigen Analysen zu potenziellen Opfern rechter Angriffe ist hervorzuheben, dass sich auch Gewerbetreibende mit Migrationshintergrund in einer besonderen Situation befinden. In jüngster Zeit war auch immer wieder von verbalen Aggressionen gegenüber MigrantInnen zu hören, die als selbständige Kleinunternehmer im Bezirk tätig sind: So seien beispielsweise zwei türkische Gemüsehändler im November 2003 am S-Bahnhof Kaulsdorf von rechtsextremen Personen beleidigt und angegriffen worden Wirft man einen Rückblick ins Jahr 2002 ist sicherlich der Brandanschlag auf einen türkischen Imbiss in Hellersdorf ein besonders schwerwiegendes Ereignis.

**Übergang von Beleidigungen zu Bedrohung und Gewalt**

Neben den Gewalttaten spielen die Beleidigungs- und Bedrohungsdelikte eine wichtige Rolle. Diese sind schwerer zu fassen, da die Opfergruppen sich meist aus Angst nicht wehren und die Bedrohungssituationen sehr subjektiv empfunden werden. Die Bedrohung beginnt hier bereits bei bloßem Auftreten und Gestus rechtsextremer Jugendlicher.

Ein junger Bürger aus Hellersdorf:

„Und meine Mutter, die sieht auch sehr südländisch aus und die is einmal zum Kaulsdorfer Seengebiet gefahren und da wurde sie von Jugendlichen angemacht. Meine Mutter ist oft in so ne Situation gekommen. Da wurde sie angemacht von den Jugendlichen: REDE!!! Weil die dachten, das ist ne Ausländerin: „REDE!! SAG WAS!!", die sollte beweisen mit ihren Sprachkenntnissen, dass sie Deutsche ist. Da war meine Mutter erst mal sehr ängstlich, aber die hat dann doch mit den Jugendlichen geredet. Oder in der S-Bahn ist so was passiert, da sind zwei Jugendliche reingekommen in die S-Bahn, als sie nach Mahlsdorf gefahren ist und haben sich ganz demonstrativ vor sie gesetzt. Da hat sie Angst bekommen und hat sich weiter weg gesetzt und da sind die Jugendlichen hinterhergegangen, die wollten sie irgendwie immer provozieren. Da hat sie ihre Angst aber überwunden und hat gesagt: Was wollt ihr von mir! Warum macht ihr mich an? Das ist doch feige, was ihr macht! Nee, das machen wir nicht, wir sind anständige Deutsche, kam dann. Weil die auch dachten, das ist ne Ausländerin und so. Wir sind anständige Deutsche, wir tun keiner deutschen Frau was! "

Wirft man einen genaueren Blick auf die bekannt gewordenen und mitgeteilten Vorkommnisse wird deutlich, dass der Übergang von verbalen Beleidigungen über Gewaltandrohungen bis hin zur direkten Gewaltausübung oftmals sehr fließend ist. Auch verbale Aggressionen, die sich auf einer rassistischen Basis bilden, sind in ihrer die Hemmschwelle senkenden Wirkung nicht zu unterschätzen. Es ist oftmals nicht zu unterscheiden, wo die Bedrohung endet und die Gewalt beginnt, da bereits die Bedrohung Gewalt sein kann. Eine Unterscheidung kann lediglich strafrechtlich vorgenommen werden.

**Propagandadelikte**

Zusätzlich zu ihrer strafrechtlichen Relevanz sind auch Propagandadelikte in einem breiteren Kontext zu analysieren. Die sogenannten Propagandadelikte sind ein großer Bereich innerhalb rechtsextremer Delikte. Juristisch betrifft dies hauptsächlich § 86 a des Strafgesetzbuches (STGB).

Wie schwierig es ist umfassende statistische Erhebungen auch zu diesem Deliktbereich zu machen, zeigt folgender Ausschnitt aus einem Interview mit einem Polizeibeamten:

„Ich habe eben über die Gesamtzahl der begangenen Delikte gar keinen Überblick. Weil z.B. diese Propagandadelikte nach 86a das ist also auch ein irgendwo gegen die Hauswand geschmiertes Hakenkreuz, das kriege ich ja nicht zwangsläufig mit. Ich bekomme Taten in der Regel erst mit, wenn's welche aus unserem Bereich sind. Und deswegen muss ich darauf verweisen, dass die sachlich zuständige Dienststelle dazu eventuell eine Aussage trifft, das kann ich einfach nicht, das wäre unredlich."

Propagandadelikte sind im rechtsextremen Spektrum sehr weit verbreitet. Neben der Verherrlichung von verbotenen Organisationen und Gruppierungen bietet die Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole die Möglichkeit, sich niedrigschwellig zu einer politischen Richtung zu bekennen, ohne diese argumentativ im Detail vertreten zu müssen. Gerade durch die relativ einfache Möglichkeit sich als „zugehörig" zu bekennen, wird ein Einstieg in die rechtsextreme Szene erleichtert und von bereits in der Szene verhafteten Personen gezielt ausgenutzt.

Bedenklich ist hier, dass die nach §86a verbotenen Symbole – z.B. Hakenkreuze - oftmals nicht ernst genommen werden, als Protest oder Spaß von Jugendlichen angesehen werden oder lediglich als Erscheinungen, die das Empfinden der Bürgerinnen von Ordnung und Sauberkeit beeinträchtigen. Diese Symbole sind jedoch nicht nur in ihrer strafrechtlichen oder ordnungspolitischen Relevanz zu analysieren, sondern auch in ihrer klimatischen Wirkung im sozialen Raum: auf potenzielle Opfer die sich bedroht und auf potenzielle Sympathisanten, die sich dadurch gestärkt fühlen können.

Wie sehr die Verwendung verbotener NS-Symbolik immer wieder akut wird, wie schwer es ist, dafür Erklärungen zu finden und einen Umgang damit zu entwickeln beschreiben folgende Beispiele:

„Wir haben gegenüber unserer Schule einen Schülerclub für die ab der 11. Klasse, 11.,12.,13. Die gehen da in den Pausen hin. Und da haben wir eine Party gefeiert und da habe ich auch gesehen, dass auf den Tresen ein Hakenkreuz gemalt war. Und das war krass, weil bei den ganzen Leuten, die da waren, dachte ich, die kenne ich eigentlich und kann das einschätzen. Es war auch nicht gerade klein - Und es war erschreckend, solche Leute im Umfeld zu haben, ich dachte, ich kenne die."

„Wir haben auch junge Erwachsene mit Hakenkreuztätowierungen. Bei der Zimmerkontrolle stelle ich fest, wie die Reichskriegsflagge auf dem Zimmer hängt. Und es gibt rassistische Äußerungen durchaus."

Zu betonen ist, dass es auch Propagandaaktionen aus der rechtsextremen Szene heraus gibt, in denen unter Einsatz nationalsozialistischer Symbolik politische Ziele verdeutlicht werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Besprühung des Sowjetischen Ehrenmals auf dem Städtischen Friedhof in Marzahn zu sehen. Hier wurden neben der Setzung von Hakenkreuzen auch Grabsteine umgestoßen.

Unabhängig davon, ob der Einsatz solcher Symbole nun aus einer ideologischen Überzeugung, oder einer latent wirksamen Identifikation mit einer im Alltag noch ungenügend aufgearbeiteten Geschichte resultiert - der Verharmlosung wird mitunter dadurch Vorschub geleistet, dass verantwortliche Erziehungs- oder Betreuungspersonen zu Hause oder in der Schule den Konflikt scheuen darüber zu diskutieren und diesen Erscheinungen nicht wirklich auf den Grund gehen.

Zu all diesen Aspekten kommt als sehr relevanter Aspekt noch hinzu, dass die Verwendung solcher Symbole und propagandistischen Elemente einen Effekt der Einschüchterung bei potenziellen Opfern rechtsextremer Gewalt zum Ziel hat und damit auch durchaus erfolgreich ist:

In diesen Zusammenhang sind auch die rechtsextremen Symbole an den Einrichtungen

„Haus Babylon", „Sonneneck", „Kiste" und „La Casa" einzuordnen. Es wird eine zunächst symbolische Drohkulisse aufgebaut und die Angst vor konkreten Gewaltangriffen aktiviert:

Eine Interviewte schreibt über das Haus Babylon:

„Wir hatten mal das Problem beim Haus Babylon, wo sich die vielen Aussiedler und Ausländer aufhalten, dass da die Fensterscheiben jedes Wochenende mit Hakenkreuzen ‚zugetagt' wurden."

Und über eine Jugendeinrichtung heißt es:

„Wir haben hier im Haus ja auch Bands, Punks, aber auch Redskins, die also mal aufgesucht wurden von rechten, rechtsorientierten Jugendlichen, wo die Polizei rechtzeitig angerufen wurde, vor der Schlägerei. Und dann kamen ne ganze Weile ein paar Bedrohungen schriftlicher Art, Flugblätter und dann kriegten wir immer alles mit Aufklebern tapeziert und nun ist wieder Ruhe, wo wir auch nicht rauskriegen warum, warum sind die denn plötzlich zum Ziel geworden."

Interessanterweise wird auf solche Symbole offenbar penibler reagiert, als auf verbale oder körperliche Angriffe. Ein Interviewter aus dem Bereich der Polizei deutete an, dass insbesondere dann, wenn sich solche Symbole an Häuserwänden oder im Hauseingang befinden, die Mieter und Eigentümer schnell die Ermittler einschalten.

Um gegen solche Symbolik anzugehen, gab es auf Initiative der Jugend-BVV eine Kampagne um von bezirklicher Seite bei neonazistischen Schmierereien im Stadtbild, die Erlaubnis zu haben, diese sofort überstreichen zu können. In der BVV wurde darüber verhandelt, mit Hinweis auf die geltende rechtliche Situation, in der ein Übermalen einer Parole ebenfalls eine Sachbeschädigung sei, wurde die Anregung jedoch alsbald wieder verworfen. Das Zurückziehen auf die juristische Situation half, nicht mehr über das Thema reden zu müssen, da die Rechtslage klar sei.

**Zivilcourage? Reaktionen der Bevölkerung**

Wie im Kapitel „Rassismus" ausgeführt wurde, ist das Ignorieren von rassistischen Vorfällen und das Nichteinschreiten bei Bedrohungssituationen und Gewaltanwendung ein weit verbreitetes Phänomen. Die Angst selbst Opfer zu werden oder sich plötzlich in einer Situation zu sehen, in der man thematisch politisch Partei ergreifen muss oder die stillschweigende Duldung und Akzeptanz sind Hauptgrund einer ständigen Bedrohungssituation.

Eine Bürgerin beschreibt:

„Und sie versuchen eine gewisse Dominanz auszuüben, so nach dem Motto: „Uns gehört hier die Haltestelle." Die machen sich lautstark breit in öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Erwachsenen widersprechen da nicht, sondern zucken eher zusammen, die meisten verziehen sich eher."

Ein anderer Bezirkspolitiker meint:

„Wir haben ja im Bezirk öfters mit der Tatsache zu tun gehabt, dass ältere Menschen weggeguckt haben bei Übergriffen, was aus meiner Sicht durchaus eine Tendenz ist. Dass man diese Menschen [die Rechtsextremen] ablehnt, nichts mit Ihnen zu tun haben will, aber auch keinen Opferbezug hat. Ich glaube aber, dass es eine schweigende Mehrheit gibt, die das nicht billigen, nicht gut finden, die es aber dabei belassen, das verbal zu werten. Und zum anderen denke ich, dass so ein latenter Rassismus in der Bevölkerung auch vorhanden ist."

Von Seiten der OGJ wird darauf hingewiesen, dass Angriffe oft situationsbedingt erfolgen und schwer „präventabel" seinen, umso mehr müsse auch von Bürgern und Bürgerinnen Zivilcourage geübt werden, denn auch das Installieren von Überwachungskameras sei nicht der Weisheit letzter Schluss und könne auch solche Taten nicht verhindern:

„Das ist schwierig, gerade dieses Phänomen der Übergriffe. Das erfordert im Grunde einen Druck durch die Gesellschaft also ein generelles Umdenken. Die Menschen also solche müssen einfach ein bisschen Zivilcourage zeigen, es ist natürlich die Frage inwieweit sie selber dazu in der Lage sind, aber im Grunde ist ja jedem zuzumuten, dass er das tut, was er kann. Also entweder, wenn ich groß und breit bin, kann ich mich dazwischen stellen und sagen: Leute lasst das! Wenn ich klein und schmächtig bin, kann ich zumindest das Handy rauszaubern und um Hilfe rufen. Solche Delikte sind schwer vorhersehbar und damit auch nicht präventabel. Insofern ist es durchaus wichtig da die Bevölkerung zu sensibilisieren. Die Frage ist die ob der tatsächlichen Durchführbarkeit. [...] Wenn man das Bewusstsein der Bevölkerung erreicht, dass jeder sich da berufen fühlt einzuschreiten, das wäre sicherlich schon mal hilfreich. Ansonsten gibt es Möglichkeiten und die sind natürlich politisch-moralisch umstritten, wie man dann im Nachgang Schaden vermeiden kann – Stichwort wäre z.B. für die Straßenbahn ne Videoüberwachung. Es erleichtert dann zumindest im Nachgang die Täter zu fassen und sie folgerichtig auch abzustrafen."

Der Ruf nach der Zivilcourage verhallt jedoch dort, wo dem bestimmte Einstellungen entge-

genstehen. In die Reflektion einzubeziehen ist auch, dass nicht nur Ängste, selbst zum Opfer zu werden, Menschen vom Eingreifen abhalten, sondern auch ein Empathiemangel für Opfer und die Situation, Identifizierungen mit den TäterInnen und damit zusammenhängend Entschuldungskonstruktionen, die sich mit den Begriffen der Abwiegelung, Täter-Opfer-Umkehr, Entpolitisierung etc. umschreiben lassen.

Aufklärung wird wohl in solchen Fällen – wenn die Opferperspektive nicht ernst genommen wird – kaum weiterführen, um die Sicherheitslage zu verbessern.

**Reaktionen aus dem Ausland**

Rassistisch motivierte Gewalt und Bedrohung und die gesellschaftliche Reaktion darauf, führen nicht nur dazu, dass die Bewegungsfreiheit der Opfer und potenzieller Opfergruppen beeinträchtigt wird, weil diese gezwungen sind, sich an den entsprechenden Orten vorsichtiger zu bewegen oder diese Orte zu meiden. All dies führt auch dazu, dass über Marzahn–Hellersdorf hinaus und selbst im Ausland davor gewarnt wird, den Bezirk zu besuchen:

Ein Interviewter erzählt:

Ich kenne Unternehmen, die davor warnen nach Marzahn-Helersdorf zu gehen, wenn sie denn Berlin besuchen mögen sie bitte Marzahn-Hellersdorf meiden, es gibt Empfehlungen des schwedischen Bildungsministeriums doch nicht unbedingt Marzahn-Hellersdorf zu besuchen, weil es ein Zentrum rechtsextremer Gewalt sei und das sind konkret Dinge, die wir über unsere Gäste erfahren, die dann doch letztendlich zu uns kommen."

In der Tat bewegen sich Gastgeber mit internationalen Gruppen an bestimmten Orten nur mit großer Vorsicht in Marzahn Hellersdorf.

Die nachvollziehbaren Bemühungen, Marzahn-Hellersdorf in der Öffentlichkeit als einen sicheren und lebenswerten Ort erscheinen zu lassen – möglichst auch international – führen dazu, dass gerade auch das Problem eines aggressiven Rassismus mitunter verleugnet wird. Von verschiedenen Seiten war in den Gesprächen zu hören, man müsse ans Image denken:

„Man hat eine Verantwortung für das Image des Bezirkes. Ich nehme immer wieder wahr, dass unser Bezirk durch die Presse stigmatisiert wird. Ich weiß ja nun, was am rechtsextremistischem Potenzial wirklich da ist und das steht in keinem Verhältnis dazu. Die steigende Gewaltbereitschaft unter Jugendliche ist in unserem Bezirk nicht höher als anderswo."

Sicherlich ist es richtig ans Image zu denken, nur stellt sich hier die Frage, für wen denn der Bezirk zukünftig lebenswert sein soll: für eine Weiße, deutschsprachige Mehrheit oder für alle Menschen? Ein Klima umfassender Gewaltfreiheit und Anerkennung, lässt sich nur schaffen, wenn auch die existenten Probleme ernst genommen werden. Das dies manchmal schwierig ist, zeigen Eindrücke von Interviewten, man werde schnell als „Nestbeschmutzer" betrachtet, wenn man rassistische Gewalt als Problem thematisiere.

Sich dem Problem zu stellen, dazu gehört aber auch, es in seiner Differenziertheit zur Kenntnis zu nehmen.

## 6.10. Gesamtfazit

Die Analyse rechtsextremer Erscheinungen und Tendenzen verweist auf folgende Problemlagen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf:

**Hohe Wahlergebnisse für rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien im Berliner Vergleich**

Insbesondere die NPD ist in den letzten Jahren in der Lage gewesen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf die meisten Wählerstimmen im Berliner Vergleich für sich zu mobilisieren. Insbesondere die nördlichen Stadtteile (Marzahn-Nord und Hellersdorf-Nord) aber auch andere Sozialräume und Wohngebiete in den Stadtteilen der Großsiedlung verweisen auf eine hohe Bereitschaft in Teilen der Wohnbevölkerung rechtsextrem zu wählen.

Auch für die rechtspopulistische PRO (bzw. Schill-Partei) gab es in der Vergangenheit im Berliner Vergleich hohe Wahlergebnisse. Insgesamt sind – ausgehend von der Bundestagswahl 2002 - die Wahlergebnisse der rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien in Marzahn–Hellersdorf die höchsten in allen Berliner Bezirken. Aber die prozentualen Ergebnisse sind nur ein Indikator für ein tieferliegendes Problem: Sie lassen nicht auf das tatsächliche rechtsextreme Einstellungspotenzial schließen. Die reine Fokussierung auf Wahlergebnisse führt oftmals dazu, dass die entsprechenden Einstellungspotenziale unterschätzt werden.

**Rechtsextreme Parteien**

Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf gibt es eine lange Geschichte aktiver NPD/JN-Strukturen, diese wandelten sich über die Jahre hinweg. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Bedeutung der NPD im Bezirk nach wie vor groß ist, auch wenn ihr Kreisverband eine zeitlang weniger öffentlich wahrnehmbar war. Phasen, in denen NPD oder JN im Bezirk nicht so präsent sind, sollten jedoch nicht irritieren. Es kann sein, dass sich die Organisation gerade in einer Neustrukturierung befindet, was mit einem Rückblick auf das 2003 eingestellte Verbotsverfahren und angesichts momentaner Konflikte in der Berliner Führungsebene der NPD wahrscheinlich ist. Die Geschichte der NPD/JN im Bezirk Marzahn-Hellersdorf zeigte und zeigt, dass diese durchaus in der Lage war, sich zu modernisieren, d.h. ihre Methoden und Strategien bei gleichbleibenden politischen Zielen an aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen anzupassen. Gerade diese Anpassungsbemühungen machen die NPD/JN nach wie vor attraktiv, obwohl sie innerhalb des rechtsextremen Spektrums natürlich nicht unumstritten sind.

**Kameradschaften**

Die zunehmenden Aktivitäten der Berliner Kameradschaftsszene, ihre Wiederbelebung nach einer Stagnationsphase, spiegeln sich auch in Marzahn-Hellersdorf wieder.

Es besteht die Gefahr, dass der Versuch der Kameradschaftsszene, Themen wie die soziale Lage von Jugendlichen zu besetzen und Aktionsformen zu kopieren, die auch in der linken/alternativen Szene lange Zeit praktiziert wurden, auch im untersuchten Bezirk zum Tragen kommt. In Marzahn-Hellersdorf konzentrierte sich das Wirken der beiden hervorgehobenen Kameradschaften „Tor" und „Autonome Nationalisten Berlin" bisher auf die Anti-Antifa-Arbeit. Insbesondere seitens der Kameradschaft Tor gibt es jedoch durch kulturelle Aktivitäten und eine Nähe zur JN auch Kontakte in den Bezirk. Es besteht Grund zur Sorge, dass sich rechtsextrem orientierte Jugendliche, die bisher das Klientel der JN darstellten, auch von im Bezirk agierenden Kameradschaften faszinieren lassen. Insbesondere dürfte dies der Fall sein, wenn die Kameradschaftsszene jugendgemäß die „soziale Frage" (gegen Sozialabbau etc.) versucht zu besetzen. Übergreifende Kampagnen z.B. für ein „nationales und soziales Jugendzentrum" oder die Werbung für einen „nationalrevolutionären" Block auf der rechtsextremen 1.Mai-Demo knüpfen auch an den Stimmungen und Bereitschaften eines Teils der Heranwachsenden im Bezirk an. Hier gibt es ein Potenzial, welches schwer zu quantifizieren ist.

**Rechtsextremismus und Jugendliche/rechtsextreme Erscheinungen und Familiendynamik**

Die Studie zeigt, dass pädagogische Einrichtungen und Institutionen, die mit Jugendlichen arbeiten, mit folgenden Phänomenen konfrontiert waren und es bis heute in sich wandelnder Form sind:

- Übergänge von einer rechtsextrem orientierten Jugendkultur zur rechtsextremen Szene, wobei organisierte Akteure eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten.

- Jugendliche mit Haltungen der Ungleichwertigkeit, sowie einer Gewaltakzeptanz/Gewaltbereitschaft, wobei hier Rassismus, Homophobie, Sexismus und andere Formen der Abwertung/Diskriminierung und manifesten Unterdrückung in unterschiedlichem Maße eine Rolle spielen. Dies erstreckt sich bis in die sogenannte alternative oder/und nichtrechte Jugendkultur. Es gibt nach wie vor einen starken Bedarf an Konzeptentwicklung im

Umgang mit rechtsextrem orientierten und rechtsextremen Jugendlichen. Dieser bezieht sich nicht nur auf die Arbeit mit Gruppen, sondern auch auf die Arbeit mit Einzelnen und vor allem auf die Auseinandersetzung mit dem Weltbild. Dies stellen wir so stark in den Vordergrund, weil sich an der Phänomenologie der Szene in den letzten Jahren sehr viel geändert hat

Problematisch ist, dass durch Stiländerungen der Kleidung die Präsenz und Dominanz rechtsextremer sowie rechtsextrem-orientierter Jugendlicher in der Öffentlichkeit als rückläufig empfunden wird Rechtsextreme Szene und rechtsextrem orientierte Jugendkultur unterliegen in ihren Erscheinungsbildern einem dynamischen Wandel, der auch in den Interviews beschrieben worden ist.

Trotz wechselnder Moden bleiben rechtsextreme und rassistische Einstellungspotenziale jedoch bestehen. Insgesamt lässt sich die These formulieren, dass das äußere Erscheinungsbild auch mit einer Art Generationenwandel und mit einer fortschreitenden Pluralisierung von Stilen verbunden ist.

Besonders zu berücksichtigen für ein Verständnis der aktuellen Entwicklungen sind Fragen des Verhältnisses von Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern – Generationenverhältnisse im weitesten Sinne - die sich auch auf die Haltungen und Einstellungsmuster auswirken.

Herausforderungen aus den Analyseerkenntnissen ergeben sich sowohl für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, als auch mit Erwachsenen und Familien.

**Stadtteile – Sozialräume - Wohngebiete**

Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf spiegeln sich rechtsextreme Erscheinungen in den sozialräumlichen Kontexten unterschiedlich wieder. Je nach konkreter Dynamik vor Ort ergibt sich auch ein unterschiedlicher Handlungsbedarf. Hervorzuheben ist, dass in einigen Sozialräume von einer Überlagerung demokratiedistanzierter Stimmungen, einem alltäglichen Rassismus, Ethnisierungsprozessen sowie dem Auftreten und Handeln rechtsextrem orientierter Jugendcliquen, in einzelnen Fällen organisierter Rechtsextremer (z.B: aus Kameradschaften oder JN) geprägt ist. Je nach Kombination verschiedener Faktoren kann von einer sich verschärfenden oder zumindest bedenklichen Situation gesprochen werden. Ein besonderer Handlungsbedarf zeichnet sich für Hellersdorf-Nord und Marzahn-Mitte ab, wobei auch Marzahn-Nord nicht aus dem Blick verloren werden sollte.

**Rassistisch/rechtsextrem motivierte Gewaltdelikte und Opfergruppen**

In Marzahn-Hellersdorf fanden im Jahr 2002 insgesamt 41 % aller Berlinweit verübten Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund statt. Von polizeilicher Seite wird im Jahr 2003 eine Verschiebung des Schwerpunktes rechter Gewalt von Marzahn-Hellersdorf nach Treptow-Köpenick, Pankow und Neukölln wahrgenommen.

Die vorliegende Analyse macht sowohl auf das hohe Dunkelfeld fremdenfeindlicher Straftaten, auf das nach wie vor unzureichende Anzeigeverhalten und auf die mit einer polizeilichen Schwerpunktsetzung verbundenen Ermittlungserfolge (z.B. im Südosten Berlins und nicht in Marzahn-Hellersdorf) aufmerksam. Aufmerksam gemacht wird ebenfalls auf die u.E. nicht ausreichend gelöste Herausforderung der Motivationsanalyse bei erfolgten Straftaten, die einen potenziell „rechten" Hintergrund haben könnten.

Die vorliegende Analyse des empirischen Materials zeigt, dass im Bezirk Marzahn-Hellersdorf verschiedene gesellschaftliche Gruppen als potenzielle Opfergruppen rechtsmotivierter Straf- und Gewaltdelikte betrachtet werden müssen. Dazu gehören: Angehörige sozialer, ethnischer und kultureller Minderheiten: Dies können insbesondere MigrantInnen, auch AussiedlerInnen, Asyl Suchende, linke/alternative Jugendliche oder auch zivilgesellschaftlich aktive Personen sein. Für einen Teil dieser Personengruppen sind auch in Marzahn–Hellersdorf Angriffe und insbesondere Übergriffe unterhalb der Schwelle direkter körperlicher Gewaltanwendung bekannt geworden. Dazu gehören Beleidigungen, Bedrohungen und symbolische Drohkulissen durch rechtsextreme Propaganda. Die Betroffenen sind sowohl erwachsene Personen, als auch Jugendliche und in einem uns bekannt gewordenen Fall ein Kind. All dies verweist auf ein beträchtliches Dunkelfeld. Obwohl eine Gewichtung große Probleme mit sich bringt, ist darauf hinzuweisen, dass insbesondere deutsche Schwarze oder Schwarze MigrantInnen zu den häufigsten Opfern gehören.

Angesichts immer wieder hervorgehobener Bemühungen um eine Aufwertung des bezirklichen Images in der bundesweiten und internationalen Öffentlichkeit, stellt sich hier die Frage, für wen denn der Bezirk zukünftig lebenswert sein soll: für eine Weiße, deutschsprachige Mehrheit oder für alle Menschen? Ein Klima umfassender Gewaltfreiheit und Anerkennung lässt sich nur schaffen, wenn auch die existenten Probleme ernst genommen werden. Besonders hervorzuheben ist bei den Bemühun-

gen um eine Eindämmung dieser Problemlagen, dass insbesondere im Falle von rechtsmotivierten Straf- und Gewaltdelikten der Einsatz von Polizei und Justiz nur ein Mittel neben vielen anderen und kein Ersatz für zivilgesellschaftliche Verantwortungsübernahme ist.

# 7. RASSISMUS

## 7.1. Begriffsdiskussion -Ressentiments, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit

Im Folgenden soll untersucht werden, was unsere InterviewpartnerInnen an ausgrenzenden Erscheinungen gegenüber Minderheiten im Bezirk wahrnehmen. Dabei interessierte uns vor allem, welche subjektiven Begriffe sie zur Beschreibung solcher Phänomene verwendeten, welche Minderheiten aus ihrer Perspektive von Ausgrenzung betroffen und welche Bilder der Betroffenen ihrer Einschätzung nach im Bezirk verbreitet sind.

**„Ressentiments gegenüber anderen Kulturen"**

In einigen Fällen wurde berichtet, dass es im Bezirk „Ressentiments", eine „Abwehrhaltung" bzw. „ablehnende Haltung" gegenüber „anderen Kulturen" gebe. Diese ist für unsere InterviewpartnerInnen jedoch weniger an konkreten „Beschimpfungen" erkennbar, sondern äußere sich für sie vielmehr in einem „unangemessenen", „unnormalen Verhalten" oder/ und dem „Unwillen" sich mit Angehörigen einer anderen Kultur auseinander zu setzen. Erklärt wurde sich dieses Verhalten meistens mit der Unsicherheit vieler EinwohnerInnen, die den Umgang mit „anderen Kulturen" nicht gewöhnt wären. Das Resultat sei infolge dessen eine deutliche Distanz zwischen Deutschen und Menschen, die als nicht Deutsch wahrgenommen werden.

In den Augen einiger InterviewpartnerInnen sei die Annäherung noch dadurch erschwert, dass viele EinwohnerInnen fürchten, durch ein „falsches Verhalten" in der Auseinandersetzung (mit der eigenen Abwehrhaltung) mit dem Vorwurf des Rassismus konfrontiert zu werden.

**„Fremdenfeindlichkeit"**

Ein größerer Teil der interviewten Personen sprach im Kontext von Ausgrenzungserscheinungen von „Fremdenfeindlichkeit". Daneben wurde auch eine „Ablehnung alles Fremden" bzw. eine „Abneigung gegenüber dem Fremden" erwähnt. Alle InterviewpartnerInnen, die sich dazu äußerten, bezogen sich auf „die Angst vor dem Fremden" als Erklärung für dessen Ablehnung. In den meisten Fällen wurde diese Angst als eine Art urmenschliche Eigenschaft dargestellt. Hier ein Interviewauszug, in dem von der interviewten Person, die in der kirchlichen Gemeindearbeit tätig ist, ein Bezug zur Wohnsituation hergestellt wurde:

„Also der Mensch im Allgemeinen – und das bestätigt sich für mich in Hellersdorf hier immer wieder – hat Angst vor dem was fremd ist, nicht weil es fremd ist, sondern weil er es nicht kennt und ist daher distanziert. So 'ne gewisse Schwellenangst vor dem Anderen, und statt das was anders ist neugierig zu betrachten, schottet man sich ab. Nun kommt diese große Bedrängnis gerade in den Ecken wo Menschen sehr dichte bei einander wohnen, also da wo 10Geschosser stehen, da potenziert sich das noch. Das ist in den niedrigen Häusern, hier vorne und in der Umgebung nicht so (...) die fühlen sich dann sehr schnell in ner Minderheitensituation und sagen wo sind wa denn jetzt hier? Das ist doch unsers hier! Wir sind doch schon länger hier! Das ist wie am Strand, wer zuerst sein Handtuch da hinlegt."

Die sogenannte „Angst vor dem Fremden" verschärft sich nach Meinung einiger Interviewpersonen jedoch nicht nur durch die Wohnsituation, sondern auch dadurch, dass viele zu DDR-Zeiten wenig mit „Fremden" zu tun hatten und sich nun (nach der Wende) mit deren Präsenz vielerorts gewissermaßen überfordert fühlen. Auffällig war, dass auch im Wesentlichen diese InterviewpartnerInnen explizit formulierten, dass in den östlichen Bezirken Berlins wie Marzahn-Hellersdorf „Fremdenfeindlichkeit eine große Akzeptanz in der Bevölkerung" finde.

Einige der InterviewpartnerInnen, die den Begriff der „Fremdenfeindlichkeit" verwendeten, wiesen darauf hin, dass diese sehr subtil zu Tage trete, da sie bei „vielen Menschen" „unter der Oberfläche schlummere" und man sie oft nur in alltäglichen Andeutungen von Erwachsenen und Jugendlichen erkennen könne. In der Wahrnehmung dieser InterviewpartnerInnen scheint also der Kreis derer, die im Bezirk „fremdenfeindlich" sind, schwer abgrenzbar.

Interessant war, dass auch im Falle der „Fremdenfeindlichkeit" viele InterviewpartnerInnen glaubten, die Angst vor dem „Rassismus-Vorwurf" sei das grundlegende Hemmnis für die Auseinandersetzung damit.

Auffallend war in den Interviews außerdem, dass „das Fremde", (denn in den seltensten Fällen wurde von dem oder der Fremden gesprochen), sofern es überhaupt mit konkreten Personengruppen identifiziert wurde, immer wieder „der Ausländer" war. Lediglich ein Interviewpartner, der mit MigrantInnen arbeitet, setzte „das Fremde" mit dem Begriff des „Migranten" gleich.

**„Ausländerfeindlichkeit"**

Der weitaus größte Teil unserer InterviewpartnerInnen verwendete den Begriff der „Ausländerfeindlichkeit", um Ausgrenzung und Diskriminierung gegenüber vermeintlich nichtdeutschen Minderheiten zu benennen. Auch hier wurde von mehreren interviewten Personen - ähnlich der Argumentation über „Fremdenfeindlichkeit" - konstatiert, dass es gerade in den Ostbezirken wie Marzahn-Hellersdorf, eine „große Ausländerfeindlichkeit" gebe, da die ehemaligen DDR-Bürger nie den Umgang mit „den Ausländern" erlernt hätten und ihnen daher mit Misstrauen und Feindseligkeit begegnen würden. So skizzierte eine Interviewpartnerin, die schon zu DDR-Zeiten im Bezirk lebte und in der Sozialarbeit tätig ist, ein Erlebnis im Bekanntenkreis und machte entsprechende Schlussfolgerungen deutlich:

„Ich kann das auch persönlich bei mir beobachten, was meinen unmittelbaren Bekanntschaftskreis anbelangt, ich hab ja in Marzahn-Mitte zufällig mal gewohnt, das war letztens auf ner Geburtstagsfeier in meinem alten Haus, ich war erschrocken, ich war ganz dolle erschrocken, wie Leute, die ich seit 20 Jahren teilweise kenne, wie die sich über andere Ausländer äußern, da war ich erschrocken muss ich dir wirklich sagen, das ist genau das, was ich immer vermutet habe, dass das in der DDR nicht anders war als in Bundesdeutschland, dass es durch Staatsgewalt einfach nur unterdrückt wurde, dass es sich halt nie stark entwickelt hat auf dem Territorium der ehemaligen DDR und dass die DDR-Bürger nie gelernt haben damit umzugehen - mit so ner Art Multikulturalität überhaupt nicht umgehen wollen - auch nicht. Das erschreckt mich und ich erschrecke auch manchmal an mir selber."

Ebenso deutlich wurde meist von dem selben Teil unserer InterviewpartnerInnen darauf hingewiesen, dass das Besondere bei dieser „Ausländerfeindlichkeit", wie sie sie auch im Bezirk wahrnehmen, der paradoxe Umstand sei, dass es sie gibt, obwohl kaum „Ausländer" in Marzahn-Hellersdorf leben. Hier ein beispielhafter Auszug aus einem Interview mit einem Lehrer:

„Das Problem ist hier ja, dass es Ausländerfeindlichkeit gibt ohne Ausländer in Größenordnungen. Das hängt damit zusammen: In der DDR fand das ja so statt, dass die ausländischen Arbeiter in Pseudo-Gettos separiert wurden, so dass die normale, einheimische Bevölkerung gar nichts mit denen zu tun hatte."

Weiterhin wurde die Einschätzung geteilt, dass die (aufgrund der DDR-Geschichte) ohnehin schon „große Ausländerfeindlichkeit" noch dadurch manifester würde, weil es wegen der niedrigen Zahl von im Bezirk lebenden „Ausländern" zu keiner Auseinandersetzung mit dem Thema käme. Auch hier der Auszug aus einem Interviews mit einer sozialarbeiterisch tätigen Frau.

„Ja. Wir haben keine Ausländer. Das ist auch das Problem in Hellersdorf. Es gibt keine, oder noch keine. Sie kommen ja jetzt langsam. Es findet gar keine Auseinandersetzung statt, sondern es wird dumm dahergeredet, wie es in Brandenburg usw. auch ist. Da, wo es keine Ausländer gibt, ist die höchste Ausländerfeindlichkeit, weil es keine Auseinandersetzung damit gibt."

Ein geringer Teil unserer InterviewpartnerInnen vertrat hingegen die Gegenthese, dass es gerade wegen der kaum wahrnehmbaren Existenz von „Ausländern" im Bezirk auch keine „Ausländerfeindlichkeit" geben könne. Ihrer Meinung nach ist also das Entstehen von „Ausländerfeindlichkeit" an das sichtbare Vorhandensein von „Ausländern" gekoppelt oder kurz gesagt: Ohne Ausländer auch keine Ausländerfeindlichkeit. In dem Fall einer Gruppendiskussion mit jugendlichen Gymnasiasten ging die Argumentation so weit, daraus zu schließen, dass es daher auch keine „Rechten" im Bezirk geben könne – dass also „Rechte" ( in diesem Fall waren gewaltbereite rechtsextreme Jugendliche gemeint) nur bei gleichzeitiger Anwesenheit von „Ausländern" vorhanden wären und nur „Rechte" „ausländerfeindlich" sein könnten.

Dieser Meinung war allerdings die Mehrheit unserer InterviewpartnerInnen, die den Begriff „Ausländerfeindlichkeit" benutzten, nicht. Vielmehr wurde einige Male in unterschiedlichen Interviews darauf hingewiesen, dass es sowohl Jugendliche als auch Erwachsene wären, die „ausländerfeindlich" sein könnten. Weiterhin wurde in keinem anderen Fall „Ausländerfeindlichkeit" ausschließlich mit rechtsextremen oder rechts-orientierten Personen in Verbindung gebracht. Sehr viel öfter wurde geäußert, dass es sich bei dieser „Einstellung" um eine „Grundhaltung" handle, die „viele" – unabhängig von ihrer politischen Meinung - „verinnerlicht" hätten. Mehrere unserer InterviewpartnerInnen sprachen explizit von einer „latenten", „unbewussten" und „unterschwelligen" „Ausländerfeindlichkeit" und meinten, dass die meisten Leute sich ihrer Einstellung gar nicht „bewusst" seien bzw. „bestimmte Äußerungen" nicht in „böser Absicht" oder im Wissen um die tatsächliche Aussage gemacht würden. An dieser Stelle nun der Auszug aus einem Interview mit der Mitarbeiterin eines sozialen Vereins:

„Ich halte diese Grundhaltung durchaus für recht verbreitet. Zum Teil sogar unbewusst in Äußerungen. Das ist keine bewusste Ausländerfeindlichkeit in diesem Sinne, aber schon über die Schuldzuweisungen: Eigentlich sind die ja Schuld, wenn die nicht da wären, hätte ich Arbeit, das merkst Du, das hörst Du in verschiedenen privaten Diskussionen - vielleicht nicht immer so deutlich (...)da hast Du schon so ein bisschen ne Abwehrhaltung. (...)Aber da würde ich sagen, ist zum Teil die Unwissenheit nach wie vor groß.(...) Da sind anscheinend auch ein paar Haltungen, die sind so verinnerlicht."

Allerdings formulierte ein kleiner Teil unserer InterviewpartnerInnen auch sehr deutlich, dass diese „latente Ausländerfeindlichkeit" ihrer Meinung nach doch nicht ganz so „latent" wäre, wie es schiene. In Frage gestellt wurde unter anderem, ob sich die entsprechenden Personen tatsächlich nicht der Botschaft ihrer Äußerungen bewusst seien.

Einige InterviewpartnerInnen meinten außerdem, dass die von ihnen wahrgenommene „Ausländerfeindlichkeit" (wobei sie hier nicht „latent" und „offen" unterschieden) unter Umständen auch in „körperliche Aktivität" – wie es eine Interviewpartnerin, die mit einkommensschwachen Menschen arbeitet, beschrieb – „ausarten" könne.:

„Ich denke auch, man kann nicht sagen, es sind nur die Jugendlichen. Auch die schon im mittleren und auch schon etwas älteren Alter, wenn sie sich zu ausländischen Mitbürgern äußern, dass kann es verbal schon ziemlich aggressiv werden. In wie weit diese verbale Aggressivität auch irgendwann mal in körperliche Aggressivität umschlägt und irgendwann mal zu Gewaltakten kommt, das kann ich nicht sagen, weil wenn wir hier drauf eingehen, dann nehmen sie sich ja meistens auch zurück. Aber wie das natürlich in einer Konfliktsituation auf der Straße aussieht, das kann ich nicht beurteilen. Aber ich könnte mir vorstellen, dass es zumindest zu einem Gewaltproblem werden kann, dass wenn nicht weiterhin soziale Vereine auch aktiv daran arbeiten, und wenn auch die Politik in den Bezirken nicht darauf ausgerichtet ist zu integrieren und zwar in allen Richtungen zu integrieren, dann kann das zu einem Gewaltproblem werden.

Insgesamt fiel in den Interviews, die sich auf den Begriff der „Ausländerfeindlichkeit" bezogen, auf, dass die Opfergruppe der „Ausländer" selten näher beschrieben wurde. Im Wesentlichen wurde nur vom „Ausländer" (auch hier wieder ausschließlich die maskuline Form) gesprochen.

**Wie wird über „den Ausländer" gesprochen?**

Die Frage, die sich stellte, war die nach den Stereotypen und Vorurteilen mit denen die Ausländerfeindlichkeit argumentativ unterfüttert ist. Beinahe alle InterviewpartnerInnen, die sich zu „Ausländerfeindlichkeit" äußerten, meinten, dass vor allem das Bild vom „Sozialhilfe-schmarotzenden Ausländer" in der bezirklichen Bevölkerung – vor allem unter Sozialhilfempfängern – weit verbreitet sei. Ebenso existiere das Bild vom „Ausländer, der den Deutschen die Arbeit" wegnähme. Erklärt wurden sich diese stereotypen Bilder „des Ausländers" mit „finanziellem Neid" oder der Angst, etwas an staatlichen Leistungen „weggenommen" zu kriegen bzw. auf dem Arbeitsmarkt nicht an erster Stelle zu kommen. Dabei fiel auf, dass die interviewten Personen, die dieses Erklärungsmuster vorstellten, formulierten, dass es in erster Linie die sozial schwächeren Bevölkerungsteile seien, die so denken würden und entsprechend auch „ausländerfeindlich" seien. So meinte ein Interviewpartner, der in der beruflichen Praxis mit einkommensschwachen Menschen arbeitet:

„Die Menschen hier haben ganz viel Not, weil es ist (...) einfach so, dass wir ganz viele Menschen haben, die alleinstehend sind, oder alleinerziehend sind mit Kindern, ganz viele, die von Sozialhilfe leben, oder einfach ein Ventil brauchen, ihre eigenen Sorgen loszuwerden, oder auch vielleicht ihre Wut auf die Politik, und die dann meinen, die Schwächeren sind die Ausländer, also bin ich erst mal gegen die Ausländer, um mich wenigstens ein bisschen höher einzustufen, um zu sagen, ich bin mehr wert. Das ist schlimm. (...) Vor allen Dingen haben wir solche Probleme mit Sozialhilfeempfängern, die im Sozialamt sitzen, stundenlang, und ganz wenig Geld bekommen. Und dann ihren vermeintlichen Frust auch, den sie haben, weil sie so wenig Geld bekommen, und dann auf die ausländischen Mitbürger, die ebenfalls da sitzen und warten, ablassen. (..) Dass sie immer wieder sagen, "die Ausländer, die kriegen mehr und ich nicht!" (...) Dieser finanzielle Neid, der völlig unberechtigt ist, und auch dieses, "ich bin zwar ohnmächtig in diesem Staat, aber ich trete jetzt mal ein Stück nach unten, weil ich denke, ich kann den Ausländern verbal noch irgendwie mit etwas begegnen"."

Weiterhin wurde in mehreren Interviews erzählt, dass auch stereotype Bilder verbreitet seien, die „den Ausländer" mit „Kriminalität" in Verbindung brächten. In diesem Zusammenhang würde dann des öfteren Kreuzberg als Beispiel erwähnt, um deutlich zu machen, dass angeblich an Orten, in denen viele Menschen

nicht-deutscher Herkunft leben, auch „die Kriminalitätsrate" sehr vieler höher läge. Hier die Aussage einer 20jährigen Gymnasiastin:

„Also, Sprüche wie „Die Kriminalität steigt und das sieht man ja grad an Kreuzberg.", so was höre ich ganz oft, dass Leute sagen, in Kreuzberg, und da leben ja nun mal viele Ausländer und deswegen, das muss ja irgendnen Zusammenhang haben (...) dann übernehmen das die Kinder ganz schnell."

In verschiedenen Interviews wurde darauf hingewiesen, dass es gerade solche „ausländerfeindlichen Sprüche" seien, die relativ breite Akzeptanz in der Bevölkerung fänden. Insofern meinten mehrere unserer Gesprächspartner, sie könnten sich gut vorstellen, dass „rechte Parolen", in denen eine stark ablehnende Haltung gegenüber „Ausländern" zur Geltung komme beim „Durchschnittsbürger" auf fruchtbaren Boden falle.

Für die meisten unserer InterviewpartnerInnen, die sich auf das Problem der „Ausländerfeindlichkeit" bezogen, war besonders auffällig, mit welchen diffamierenden Begriffen Menschen, die man/frau als „Ausländer" betrachtet, tituliert werden. Besonders häufig wurde das Schimpfwort „Kanacke" zitiert, mit dem meist „türkisch oder arabisch aussehende" Personen beleidigt würden. Beinahe ebenso oft fiel der Begriff „Fidschi", der sich meistens auf Menschen mit vermeintlich vietnamesischem Hintergrund bezieht und den einige unserer InterviewpartnerInnen auf Grund seiner weiten Verbreitung und häufigen Verwendung nicht eindeutig in die Reihe diskriminierender Bezeichnung einordnen wollten. Mehrere sprachen auch das Wort „Neger" an, dass in ihrer Wahrnehmung vor allem aus den Mündern von Jugendlichen oder „alten Leuten" zu hören sei und von denen die meisten unserer Interviewpartner überzeugt waren, dass es eine eindeutige Diskriminierung Schwarzer Menschen darstellen würde.

Auffällig waren auch Äußerungen, dass es einige Mensche gebe, die nach Beobachtung unserer InterviewpartnerInnen deutliche Unterschiede machen würden zwischen „den Ausländern und dem Ausländer, den sie kennen". Bei einem Jugendlichen ging die Kategorisierung so weit, dass dieser im Interview festlegen wollte, wer „noch ein Ausländer" sei und wer nicht mehr. Er bezog sich dabei jedoch weniger auf freundschaftliche Beziehungen als Kriterium seiner Einordnung, sondern orientierte sich an den „ausländischen Anteilen" einer Person, das heißt, ob ein oder beide Elternteile Ausländer seien usw. Trifft das eine oder das andere zu, spreche er vom „ganzen" oder „halben Ausländer". Interessant war dabei der Umstand, dass er sich selber in diesem paradoxen Versuch einer Einteilung so weit reflektierte, dass er den Begriff des „Ausländers" („das hört sich irgendwie böse an.") hinterfragte, dennoch aber nicht von seiner Einteilung Abstand nahm, noch diese in Frage stellte.

In einer kleinen Zahl von Interviews äußerten InterviewpartnerInnen selber deutliche Vorbehalte gegenüber den sogenannten „Ausländern". So meinten zwei interviewte Personen, die sozialarbeiterisch tätig sind, dass es oft „ausländische Mitbürger" seien, die „Sozialhilfe schmarotzen" würden. Und mehrere jugendliche Teilnehmer einer Gruppendiskussion äußerten, dass die „Ausländer", die auf „(ihre) Kosten leben", sich auch „korrekt verhalten" müssten – Schließlich sollten sie „froh sein", überhaupt in Deutschland „leben zu können".

**Wer ist „der Ausländer"?:**

Es stellte sich die Frage, wen unsere Interviewpartner als das Ziel der vorhandenen „Ausländerfeindlichkeit" einschätzten - wer also ihrer Wahrnehmung nach am häufigsten mit ablehnendem und ausgrenzendem Verhalten konfrontiert sei und wie dieses Verhalten konkret aussehe. Kurz gefragt also: Wer ist nach Meinung der interviewten Personen „der Ausländer"?

Aus den Interviews lässt sich schließen, dass der überwiegende Teil unserer Gesprächspartner vor allem (vermeintliche) „Vietnamesen", „Türken" und AussiedlerInnen mit dem Begriff des „Ausländers" identifiziert. Die Frage, ob es sich bei den wahrgenommen Personen tatsächlich um Menschen vietnamesischer oder türkischer Herkunft handelt bzw. ob die wahrgenommen „Ausländer" tatsächlich Nicht-Deutscher Herkunft sind, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. (Im Folgenden werden daher beide Begriffe in Anführungszeichen gesetzt: „Vietnamesen", „Türken"). Fakt ist jedoch, dass es aus der Perspektive unserer InterviewpartnerInnen in erster Linie diese drei Gruppen von Personen sind, die potenzielle und tatsächliche Opfer von „Ausländerfeindlichkeit" würden.

**„Vietnamesen" als Opfer von „Ausländerfeindlichkeit":**

In den Interviews wurde deutlich, dass „Vietnamesen" beinahe ausschließlich mit dem so genannten Zigarettenhandel in Verbindung gebracht werden. Mehrere interviewte Personen waren der Meinung, dass diese auf Grund ihrer sichtbaren Präsenz als Zigarettenverkäufer besonders gefährdet seien, „ausländerfeindliche" Übergriffe zu erleben. So meint ein Jugendlicher:

„Na, ich kann mir vorstellen, dass die Vietnamesen, die hier Zigaretten verkaufen, auch ab und zu Prügel abkriegen."

In mehreren Interviews kam es tatsächlich zur Schilderung einer Reihe von Angriffen auf „Vietnamesen", bei denen verschiedene InterviewpartnerInnen laut ihren Aussagen Zeuge gewesen waren oder helfend eingegriffen hatten. Hier zwei Beispiele:

A: „Doch, ich hab schon mal auf jeden Fall gesehen, dass ein Nazi – also, da war einfach nen Nazi, der hatte nen Hakenkreuz auf seiner Schulter da und der ist nem Zigarettenverkäufer hinterher gerannt."

B: Ja, ganz unmittelbar habe ich einen Vietnamesen unterstützt gegen rechtsgerichtete Jugendliche, weil der Vietnamese ihnen keine Stange Zigaretten gegeben hat, sondern nur ne Schachtel, wollten sie den zusammenschlagen. Da bin ich aber eingeschritten. (...) Es waren drei Jugendliche, die auch von der Statur her etwas kräftiger waren, ausgestattet mit Springerstiefeln, etwas angetrunken, die wollten ganz einfach mehr Zigaretten von ihm erpressen, dann kams zu Handgreiflichkeiten, wo der Vietnamese sich ganz einfach gewehrt hat und als ich da so rumstand habe ich einen anderen Passanten gebeten, die Polizei zu rufen und habe mich dann zu dem Vietnamesen gesellt, damit konnte ich dann das, was sich handfest dort auftat etwas verhindern."

Meistens wurden die Angreifer als rechtsorientierte oder auch rechtsextreme Jugendliche beschrieben. Ebenso oft kam es in diesem Zusammenhang zu Äußerungen, dass „die Vietnamesen sich schon zu helfen wüssten" und die entsprechenden Angreifer „privat verfolgen". Ein Interviewpartner, der sich laut eigener Aussage seit der Wende mit dem Thema „Ausländerfeindlichkeit" beschäftigt, meinte sogar, dass es „ein riskantes Unterfangen für die Rechten" sei, „gegen die Vietnamesen" vorzugehen.:

„Die Vietnamesen mag man nicht besonders, obwohl man dagegen nicht vorgeht. (...)Also, es ist für die Rechten ein sehr riskantes Unterfangen, dagegen vorzugehen. Ja, weil sehr viele Kontakt zu den Zigarettenmafias haben und die sind ziemlich gut organisiert. Ja, da haben sie doch mal ein bisschen Angst, dagegen einzuschreiten."

Bilder vom „Vietnamesen", der als Zigarettenhändler in mafiöse Strukturen verstrickt sei, kamen in Interviews immer wieder zur Geltung und machten deutlich mit welchen Stereotypen Menschen vietnamesischer Herkunft im Bezirk konfrontiert sind.

Vereinzelt wurde die Meinung geäußert, dass es „mit den Vietnamesen wenig Ärger" gebe, wobei nicht ausformuliert wurde, wer hier das „Ärgernis" sei. Argumentiert wurde meist damit, dass „die Vietnamesen sehr praktisch" seien, denn bei ihnen gebe es immer „billig was zu kaufen" und auch die Rechten würden oft bei ihnen stehen. Insgesamt ließ sich feststellen, dass unsere InterviewpartnerInnen „ausländerfeindliches Verhalten" gegenüber Menschen (mutmaßlich) vietnamesischer Herkunft meistens mit rechts-orientierten bis rechtsextremen Jugendlichen in Verbindung brachten.

Allerdings wurde auch in einigen Interviews auf die diskriminierende Bezeichnung „Fidschi" verwiesen, die nicht nur unter dieser Gruppe von Jugendlichen Verwendung fände, sondern viele EinwohnerInnen wie eine alltägliche Sprachformel gebrauchten. Sowohl Jugendliche als auch Erwachsene hätten dieses Wort inzwischen so sehr verinnerlicht, dass einige GesprächspartnerInnen meinten, die entsprechenden Personen wüssten nicht mal, dass es kein wertfreier Begriff sei. In einem Interview mit zwei Frauen (A, B), die schon seit mehreren Jahren im Bezirk arbeiten und leben, wurde diese Beobachtung illustriert. So begann eine kurze Diskussion darüber, ob „Fidschi" eine diskriminierende Bezeichnung ist. Beide waren sich sehr unsicher. Hier ein Auszug aus dieser Interviewpassage:

A: „Ist nen "Fidschi" ein Schimpfwort? Das hört man ja nun ganz viel - das ist doch eigentlich, das ist doch von vielen, die das Wort verwenden, die holen von denen Zigaretten, die meinen das doch nicht als Schimpfwort, obwohl das sich eigentlich nicht schön anhört, ich vermeide das zu sagen. (...) Weil es wäre mir nicht angenehm."

B: „Das ist einfach eine Vereinfachung, was soll man immer sagen, "die Vietnamesen, die an der Ecke stehen", vielleicht sind es auch keine, ich denke das hat sich einfach so eingebürgert."

Ein großer Teil der InterviewpartnerInnen schätzte diese Bezeichnung jedoch als eindeutig „diskriminierend" ein und wies auf die für sie „erschreckend" weite Verbreitung in der Bevölkerung hin.

**„Türken" als Opfer von „Ausländerfeindlichkeit"**

In vielen Interviews wurden neben „Vietnamesen" auch „Türken" als Opfer von „Ausländerfeindlichkeit" im Bezirk genannt. Mehrere InterviewpartnerInnen berichteten, dass Menschen mit (vermeintlich) türkischen Hintergrund als das „Negativbild des Ausländers

schlechthin" gesehen würden. Ein Interviewpartner, der in seiner Arbeit u.a. MigrantInnen und Flüchtlinge unterstützt, sagte sehr deutlich, dass seiner Meinung nach viele EinwohnerInnen, „alles, was nicht Deutsch" sei, „als Türke abstempelt(en)".

Besonders häufig wurde Kreuzberg erwähnt. Viele BürgerInnen würden diesen Bezirk als ein beliebtes Beispiel verwenden, um die Gefahr „zu vieler Ausländer" – das heißt in erster Linie „zu vieler Türken" - zu illustrieren. In Interviews wiesen mehrere interviewte Personen auf das im Bezirk verbreitete Klischee hin, nach dem Kreuzberg gewissermaßen von „den Türken" übernommen worden sei. Ein junger Erwachsener äußerte im Interview darüber hinaus seine Überzeugung, nach dem die Stadt Berlin „den Ausländern nen eigenen Bezirk zugewiesen" habe, in den sich nun kein Deutscher mehr trauen könnte, weil „alles voll von Türken" sei. Marzahn wurde in diesem Fall zu einer Art beruhigenden Gegenentwurf.

Mehrere interviewte Personen waren überzeugt, dass viele Marzahner/ Hellersdorfer starke Vorurteile gerade gegenüber der Gruppe der „Türken" empfänden. Ihrer Wahrnehmung nach würden viele EinwohnerInnen diese ausschließlich mit „Pöbeln", „Frauen anmachen und angrabschen", „Unterdrückung von Frauen", „Kriminalität", „Brutalität", „Mafia", „Geldgier", „Unordnung", „Unsauberkeit", „Fehlendem Benehmen", „Egoismus" und „Undankbarkeit" in Verbindung bringen. Hier Äußerungen von dem jugendlichen Besucher einer Freizeiteinrichtung, der im Interview ähnliche Vorurteile verlautbaren lässt.:

"Naja, das kommt doch nicht von ungefähr, das die nicht mitten in der Stadt wohnen oder äußerlich, also hier in Marzahn gibt's z.B. kaum Türken, sondern, dass die alle ihren eigenen kleinen Bezirk haben wo se dann eben ihre zweite kleine Türkei aufbauen können (...) Ich war schon mal in der Türkei und die Türken dort, denen ist es. total peinlich, wenn ihre Verwandtschaft aus Kreuzberg in die Türkei kommt, die trauen sich mit denen nicht auf die Strasse, weil die überhaupt gar kein Benehmen haben. Als ich in die Türkei gefahren bin dachte ich: Ach du Scheiße, ob die so sind wie in Kreuzberg?, weil die ja auch gerne rumpöbeln und so, und dann war ich da gewesen und das sind die liebsten Menschen, also es war wirklich krass gewesen. Dieser enorme Unterschied, das was sie hier abspielen, weil sie denken: "Ich bin hier Einsiedler, ich kann hier machen was ich will", oder ob sie nun da sind und da arbeiten gehen und alles Mögliche machen, also ich will jetzt nicht sagen, dass die hier nicht arbeiten gehen, um Gottes Willen! Aber ich schätze mal, dass Viele auch sagen : "Ich bin her gekommen, ich hab ein ordentliches Geld bekommen, das ich her gekommen bin und das ist schön, da kann ich mir erst mal nen Bunten mit machen". Das soll jetzt aber nicht verurteilend klingen".

Einzelne InterviewpartnerInnen waren überzeugt, dass es für Menschen, die als „Türken" wahrgenommen werden bzw. tatsächlich einen türkischen Hintergrund haben, sehr schwer sei, sich gegen diese Vorurteile zu wehren oder gegen sie anzukommen. Vielmehr müssten die Betroffenen sehr auf ihr „Benehmen achten", und sich darum sorgen, keines der Vorurteile zu bestätigen. In einem Interview wurde das Beispiel einer türkischen Familie skizziert, die ein Grundstück im Bezirk kaufen will. Nach Einschätzung der InterviewpartnerIn würde diese Familie wahrscheinlich gegrüßt – allerdings erst dann, wenn die anderen „deutschen Familien" sich längere Zeit zuvor davon überzeugen konnten, dass das Benehmen dieser Familie „tadellos" sei.

Eine große Befürchtung einiger Marzahner/ Hellersdorfer sei nach Einschätzung von interviewten Personen daher, Marzahn könne sich durch einen vermehrten Zuzug von „Türken" (bzw. „Ausländern") in eine Art zweites Kreuzberg verwandeln.

Auffallend war, dass es im Gegensatz zu Schilderungen der Situation von „Vietnamesen" in Interviews kaum Hinweise auf Übergriffe von rechts-orientierten bis rechtsextremen Jugendlichen gegenüber „Türken" gab. Im Gegenteil: „Ausländerfeindliches Verhalten" gegenüber „Türken" wurde fast ausschließlich im Zusammenhang mit diskriminierenden Äußerungen und Ansichten von „Normalbürgern" gesehen.

Insgesamt muss festgehalten werden, dass leider in beiden Fällen (1.„Vietnamesen", 2. „Türken" als Opfer von sogenannter „Ausländerfeindlichkeit") die eigentlich Betroffenen nicht befragt werden konnten. Vor allem aus Angst vor eventuellen negativen Reaktionen nach Veröffentlichung der Studie, zum Teil aus Misstrauen uns (einer Gruppe von ihnen unbekannten Menschen) gegenüber oder einfach wegen mangelnder Zeit waren sie zumeist zu keinem Interview bereit. Daher können wir nur sehr beschränkt Aussagen zu dem tatsächlichen Erleben von Diskriminierung und Ausgrenzung machen.

**AussiedlerInnen als Opfer von „Ausländerfeindlichkeit"**

In Interviews wurden wiederholt Äußerungen zur Wahrnehmung von AussiedlerInnen als „Ausländer" gemacht. Ein großer Teil unserer InterviewpartnerInnen sprach von ihnen als „den Russen". Es wurde deutlich, dass sie auf

Grund ihrer Sprache und der Tatsache, dass sie „Zugezogene" aus Gebieten der ehemaligen Sowjetunion sind, erhebliche Probleme mit diskriminierenden Praxen im Alltag haben, die von unseren InterviewpartnerInnen „Ausländerfeindlichkeit" genannt wurde. Da aber das Material zur bezirklichen Wahrnehmung von AussiedlerInnen so umfangreich und das Thema so komplex ist, haben wir beschlossen an anderer Stelle einen längeren Exkurs dazu zu geben. Wir möchten daher auf das anschließende Kapitel verweisen.

**Fazit**

Wie in den Interviewaussagen deutlich wurde, gibt es im Bezirk eine Reihe von Begriffen, die die Ausgrenzung und Abwertung von sogenannten Minderheiten beschreiben. Festzuhalten bleibt, dass „Fremdenfeindlichkeit" und vor allem „Ausländerfeindlichkeit" im Sprachgebrauch am weitesten verbreitet sind. Unsere InterviewpartnerInnen waren überwiegend davon überzeugt, dass es eine „Angst vor dem Unbekannten", „dem Fremden" sei, die zu feinseligen Einstellungen ihnen gegenüber führe, wobei „das Fremde" meist sehr verschwommen blieb und nicht näher beschrieben wurde. (Wer ist warum „fremd" und für wen?) Nur im Falle der „Ausländerfeindlichkeit" wurden konkrete Opfergruppen identifiziert: vermeintliche „Vietnamesen", „Türken" und AussiedlerInnen. Dass im Bezirk aber auch andere Gruppen von Menschen von diskriminierenden und feindseligen Verhaltensweisen betroffen sind, wurde kaum reflektiert. Die Frage, ob es sich bei den Opfern von sogenannter „Ausländerfeindlichkeit" tatsächlich um „Ausländer" handelte, blieb meistens unberührt. Ebenso kam es nur vereinzelt zu einer in Fragestellung der Begriffe „das Fremde" und „der Ausländer". Ob die vermeintlichen „Vietnamesen" und „Türken" tatsächlich „Ausländer" waren, das heißt keinen deutschen Pass und einen vietnamesischen oder türkischen Hintergrund hatten, spielte in den Interviews ebenfalls keine Rolle. Vielmehr zeigte sich, dass die benutzten Begriffe („Fremdenfeindlichkeit", „Ausländerfeindlichkeit") subjektiv mit bestimmten Bildern „vom Fremden" oder „vom Ausländer" gefüllt waren und die Gültigkeit der entsprechenden Bilder unhinterfragt blieb. Die Gefahr, welche in diesen Bildern liegt, ist unter anderem die, dass mit ihnen Vorurteile transportiert und manifestiert werden können: der-/diejenige, den man/frau als „Vietnamesen" wahrnimmt, wird also immer „der Vietnamese" und „Ausländer" bleiben, unabhängig davon, ob er einen deutschen Pass hat, hier lebt und/oder hier aufgewachsen ist.

Eine Frage, die sich allerdings mit Blick auf die verwendeten Begriffe stellt, ist die, wie Übergriffe auf Deutsche zu nennen sind, die (beispielweise) auf Grund ihrer äußeren Erscheinung (zum Beispiel Deutsche mit Mosambikanischen oder Vietnamesischen Eltern) oder auf Grund ihrer Sprache (wie bei AussiedlerInnen oft der Fall) regelmäßig Diskriminierungen und Ausgrenzung erfahren, wie sie auch mit den Begriffen der „Fremdenfeindlichkeit" und „Ausländerfeindlichkeit" beschrieben wurden. Hier zeigt sich deutlich der reduzierende Charakter der Begriffe „Ausländerfeindlichkeit" und „Fremdenfeindlichkeit". Sie vermögen nicht, die Gesamtheit der Realitäten von Ausgrenzungs- und Abwertungserscheinungen gegenüber verschiedenen Gruppen von Menschen zu erfassen.

## 7.2. Rassismusdefinition

An dieser Stelle möchten wir den Begriff des „Rassismus" einführen. Wir meinen, dass dieser angemessener ist, um die von unseren InterviewpartnerInnen beschriebenen Beobachtungen und Erfahrungen zu benennen und zu erklären:

Menschen auf Grund ihres Aussehens und/oder ihrer Herkunft für höher- bzw. minderwertig zu halten, stellt einen Grundprinzip rassistischen Denkens dar. Durch die Annahme einer natürlichen Ungleichwertigkeit wird gesellschaftliche Ungleichheit legitimiert. So wird es möglich, bestimmte soziale Gruppen, denen das Prädikat der Minderwertigkeit anhaftet, zu kategorisieren, zu diskriminieren und auszuschließen. „Rassismus" beschreiben wir daher auch als Prozess der systematischen Abwertung und Abwehr von Menschen, denen Akzeptanz, Anerkennung und gesellschaftliche Teilhabe auf Grund physischer (Bsp: Hautfarbe) oder kultureller Merkmale (Bsp: Sprache; mutmaßlich „andere Abstammung") verwehrt wird.

Wir ziehen den Begriff „Rassismus" dem der „Fremdenfeindlichkeit" und „Ausländerfeindlichkeit" vor, weil er dazu geeignet ist, ähnliche Erfahrungen unterschiedlicher Menschen zu benennen, ohne sie jedoch erst einteilen, zergliedern oder kategorisieren zu müssen. Ihnen das Prädikat „Fremder" oder „Ausländer" überzustülpen, ist nicht mehr notwendig, da mit dem Begriff „Rassismus" die Lebenswirklichkeiten einer Reihe von Menschen beschrieben werden kann.: Zu seinen Opfern zählen unter anderem Flüchtlinge, Migranten, Schwarze Deutsche (etc.) – alles Gruppen also, die sich nur schwer mit Wörtern wie

„fremd" oder „ausländisch" verallgemeinern lassen. Dass was sie jedoch alle gemeinsam haben, ist die Tatsache, dass sie sich von einer (Weißen, Deutschen) Mehrheit auf Grund der Herkunft, der Sprache, der Hautfarbe usw. unterscheiden. Diese Tatsache kann dazu führen, dass sie in vergleichbarer Weise als „nicht dazu gehörend" wahrgenommen werden und man/frau ihnen feindselig bzw. rassistisch begegnet. „Rassismus" scheint uns daher der geeignete Begriff zu sein, um ähnlich geartete Erfahrungen unterschiedlicher Menschen beschreiben und erklären zu können.

Interessant war in Interviews die Beobachtung, dass vor allem Betroffene diesen Begriff benutzten, während der Großteil der Nicht-Betroffenen von „Fremdenfeindlichkeit" und „Ausländerfeindlichkeit" sprach.

## 7.3. Rolle der ‚Opferperspektive` in der Analyse

Wir sind der Meinung, dass die potentiellen und tatsächlichen Opfer von rechtsextremer und/oder rassistischer Gewalt besonders stark gegenüber solchen Erscheinungen sensibilisiert sind. Da sie diese Form der Gewalt (ob nun verbal oder tätlich) am ehesten trifft, sind auch sie diejenigen, die sehr viel genauer und intensiver wahrnehmen. Für sie geht es nicht darum, ob sie wahrnehmen wollen oder können: Vielmehr müssen sie die Anzeichen solcher Erscheinungen wahrnehmen, beobachten und auswerten. Sie haben keine andere Wahl, denn ihre Aufmerksamkeit ist oft der einzige Schutz und die einzige Möglichkeit im Fall des Falles vorbereitet zu sein. In vorangegangenen Studien hat sich diese Beobachtung immer wieder bestätigt.

Darüber hinaus bietet die direkte Einbeziehung der ´Opferperspektive` auch eine Möglichkeit, auf der Grundlage individueller Erfahrungen das Ausmaß gerade von rassistischen Erscheinungen im Alltag nachvollziehbar und (wenn auch begrenzt) beschreibbar zu machen.

Im Folgenden Kapitel ´Situation Schwarzer Deutscher` haben wir daher unseren Schwerpunkt auf die Opferperspektive gelegt. Mit Hilfe der so genannten Opferperspektive sollte untersucht werden, wo Rassismus in den Augen der interviewten Betroffenen (der Experten) anfängt, wie und wo ´er` sich zeigt und welche gesellschaftlichen Reaktionen seinem offenen Auftreten folgen. Weiterhin hoffen wir, einen kleinen Einblick in die Lebenswirklichkeit von Menschen geben zu können, die von rassistischer Diskriminierung betroffen sind und deren Erleben der Wirklichkeit nur selten ein Forum findet.

## 7.4. Situation Schwarzer Deutscher

### Begriffsdefinition

In dem folgenden Abschnitt wurde empirisches Material ausgewertet, das sich auf die Situation von im Bezirk lebenden und/oder arbeitenden Schwarzen Deutschen bezieht**.** Wir haben uns auf diese Gruppe potenzieller bzw. tatsächlicher Opfer beschränkt, weil bei ihr der reduzierende Charakter beider Begriffe („Ausländerfeindlichkeit" und „Fremdenfeindlichkeit") besonders prägnant ist. Es schien uns also sinnvoll, Menschen zu interviewen, die Deutsche (Deutsche Staatsangehörigkeit; ständiger Wohnort in Deutschland) sind und deren negative Erfahrungen sich keineswegs mit Begriffen der „Fremdenfeindlichkeit" oder „Ausländerfeindlichkeit" fassen lassen.

Wenn wir an dieser Stelle den Begriff „Schwarze Deutsche" benutzen, so geht es uns nicht um die phänotypische Einordnung einer Gruppe von Menschen anhand der Hautfarbe, sondern um die Beschreibung ihrer soziopolitischen Gemeinsamkeit. Daher wird „Schwarz" in Abgrenzung zur Farbbezeichnung „schwarz" auch groß geschrieben. Wenn wir in dieser Studie von Schwarzen Deutschen sprechen, so meinen wir Menschen mit deutschem Pass, die selbst oder deren Elternteil (eins oder beide) einen afrikanischen (oder afro-amerikanischen, afro-britischen, afro-französichen, etc) Hintergrund haben. Gemeinsam ist ihnen, dass sie aufgrund der sozialen Konstruktion einer Weißen Norm von einem Teil der Menschen als abweichend wahrgenommen und zu „Fremden" im eigenen Land deklariert werden. Insofern machen sie im Alltag ähnliche Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen..

Für die Studie haben wir sowohl Einzelinterviews als auch Gruppendiskussionen mit „Schwarzen Deutschen" Erwachsenen und Jugendlichen (13-19 Jahre) durchgeführt. Darunter waren sowohl Männer als auch Frauen. Alle von ihnen leben und/oder arbeiten schon seit mehreren Jahren im Bezirk. Wir sind dankbar für das umfangreiche Interviewmaterial, dass nur durch die Offenheit und die Kooperationsbereitschaft der InterviewpartnerInnen möglich gemacht wurde. Es erlaubt uns, an dieser Stelle die Situation von Betroffenen aus ihrer eigenen Perspektive zu beschreiben.

### Verharmlosung

In den Interviews wurde wiederholt eine allen InterviewpartnerInnen gemeinsame Erfahrung

beschrieben. Sie soll an dieser Stelle genannt werden, weil es unserer Meinung nach Sinn macht, die danach folgenden Aussagen unter Berücksichtigung dieser Erfahrung zu lesen: Alle InterviewpartnerInnen erlebten in der Vergangenheit, dass sie auf Schilderungen eigener Erlebnisse mit diskriminierenden und rassistischen Verhaltensweisen, Sätze wie „Sei nicht so empfindlich.", „Nimm das nicht so ernst.", „Sei nicht so sensibel." oder „Du übertreibst schon wieder." zu hören bekamen. In den Interviews wurde deutlich, dass diese Reaktionen als Verharmlosung verstanden wurden. Ebenso wurde aus Sicht der Betroffenen mit diesen Sätzen vermittelt, dass sie in ihrer Wahrnehmung nicht ernst genommen werden (müssen). Unsere InterviewpartnerInnen machten deutlich, dass sie diese Reaktionen auf die Beschreibung erlebter Verletzungen äußerst verstörend empfanden und noch immer empfinden. Hier Beispiele aus zwei Interviews (´A` ist eine junge Erwachsene; ´B` ein Erwachsener mittleren Alters):

A: „... da sagen sie: „ X, da hast du jetzt aber wirklich übertrieben, gerade bei dieser Negerkussdebatte.". Ich sag dazu jetzt gar nichts mehr, weil irgendwie, mich kotzt es auch irgendwie an, ständig das wieder neu aufzurollen.(...)Aber da sagen sie dann auch „Du übertreibst es jetzt total, X", Und „das war doch gar nicht gegen dich gerichtet.", wobei dann nie jemand Rücksicht darauf nimmt, ob ich mich damit jetzt angesprochen fühlen könnte."

B: „Das ist eine wichtige Sache, die die Deutschen noch nicht begriffen haben – diesen Alltagsrassismus. Die verstehen das nicht: „Du bist so empfindlich.", sagen sie. Ich kann einmal diskriminiert werden - ich sage nichts, zwei mal – das kann passieren, drei mal – das auch, aber nicht immer - in meinem ganzen Leben möchte ich das nicht haben. Ja, also warum soll ich nicht „empfindlich" sein für solche Geschichten, für solche Themen? Warum nicht? Es ist doch mein Leben, mein Leben, meine Familie, meine Frau, die mit mir auf der Straße geht, die wird beschimpft als „Negerhure". Ja also, warum soll ich nicht „empfindlich" sein? Es ist schon passiert in der DDR, da wurde ich auch verprügelt, weil ich mit meiner Frau auf der Straße war, ja. Das gab's – in der DDR gab es das auch. „Ihr Afrikaner, ihr wollt uns unsere Frauen wegnehmen." Sie kamen zu mir mit der Faust und dann haben sie mich geschlagen. Das gab es. Und dann soll ich das mein Leben lang erleben und meine Familie erlebt das noch alltäglich. Warum soll ich nicht „empfindlich" sein, finde ich?" (...) „Ja also, das ist ganz normal – das ärgert mich, wenn jemand zu mir sagt: „Ach, sei nicht so empfindlich." Ich bin nicht so „empfindlich"."

**Vorurteile**

Alle InterviewpartnerInnen beschrieben, dass es vor allem allgemeine Vorurteile gegen AusländerInnen wären, mit denen sie regelmäßig im Marzahner/Hellersdorfer Alltag konfrontiert würden. Begleiterscheinungen seien oft, dass die Betroffenen „seltsam angeguckt" oder „blöde Bemerkungen" ihnen gegenüber fallen gelassen würden. Vor allem bei den interviewten Schwarzen Jugendlichen fiel auf, dass sie diese Vorurteile mit einer „Angst gegenüber dem Anderen" oder dem „was anders aussieht" in Verbindung brachten. Anzumerken ist hier, dass es meistens zu einer Identifikation mit dem, was „anders" ist und was Angst macht, kam. Im Fall einer Gruppendiskussion mit fünf TeilnehmerInnen ging die Internalisierung dieser Bilder soweit, dass sich alle Anwesenden als „Ausländer" bezeichneten und dies, obwohl alle fünf in Deutschland geboren und aufgewachsen waren. Auf den Hinweis der interviewführenden Person, dass sie doch gar keine AusländerInnen seien, antworteten sie wie folgt:

A: „Ja, aber die meisten Leute sagen das – man wird halt als Ausländer gesehen. Denn wenn man nicht Weiß ist, dann ist das halt die falsche Seite. Ich kann damit auch leben. (...)Na ja, aber für die (bezieht sich hier auf Weiße Deutsche, Anm.d.V.) bin ich schon einer."

C: „ja, aber ich mein (...), ich werd als Ausländer gesehen hier."

D: „Manche sagen, ooh, ich möchte auch ein Ausländer sein, aber die wissen gar nicht, was wir durchmachen."

Nur in einem Interview kam es zu einer deutlichen Abgrenzung von dieser Bezeichnung. Die Interviewpartnerin erklärte, dass es ihr wichtig wäre, Leute, die sie als eine „Fremde" bzw. eine „Ausländerin" wahrnähmen, davon zu überzeugen, dass sie „genauso hier hingehöre wie sie". Allerdings zeigte sich, dass dieser Überzeugungswillen für die Betroffene eine recht große Kraftanstrengung bedeutet:

„Na dann erklär ich, ich bin hier geboren, ich hab hier meine Freunde, meine Familie lebt hier, ich hab zwar auch Familie woanders, aber ich weiß nicht, ob ich mich in dem Land überhaupt zurechtfinden kann, ich kann die Sprache nicht, die Kultur kenn ich nur über Erzählungen, ich hab sie zwar auch miterlebt, aber nicht so intensiv, dass ich sagen könnte, ja da fühl ich mich jetzt wohl, dass ich da auch leben kann oder wohnen kann."(...)„Ja. Es ist zwar jedes Mal anstrengend, weil ich mir denke, das hab ich jetzt schon tausend Mal erzählt, aber ich versuch, ich denk, dass man so viele Leute

wie möglich überzeugen muss, dass ich mich hier genauso wohl fühle wie sie und dass ich hier genauso hingehöre wie sie."(...)„Also, ich find's auch unfair, aber irgendwie hab ich noch den Wunschtraum, Menschen überzeugen zu können von der Guten Sache sozusagen."

**Ältere/alte Leute**

Im Großteil der Interviews wurde die Erfahrung geteilt, dass Schwarze Deutsche im Bezirk regelmäßig mit Fragen umgehen müssen, die ihnen von Fremden zu privaten Angelegenheiten gestellt würden. Vor allem die jugendlichen interviewten Personen erlebten häufig, dass sie zu ihren Deutschkenntnissen und der eigenen Familie befragt werden. Fragen wie „Woher kannst du denn so gut Deutsch?", „Warum ist denn dein Papa nicht wieder zurückgegangen?" , „Was wollte der denn hier?", „Warum ist dein Vater noch hier?" oder „Findest du, dass das deine Heimat ist?", hören sie am Häufigsten. Diese Art der Fragen wurden vor allem mit älteren bzw. alten Leuten in Zusammenhang gebracht. So äußerte eine Jugendliche zum Beispiel: „dass das bei älteren Leuten noch mehr passieren kann als bei jüngeren". Ebenfalls prägnant war, dass mehr als drei Viertel der interviewten Schwarzen Jugendlichen wahrnahmen, dass ältere Leute scheinbar oft Angst vor ihnen hätten. Zwei Beispiele:

A: „Also zum Beispiel ist das so, wenn ich in der U-Bahn (U5) sitze und mir sitzt ne ältere Frau gegenüber, dann kommt das halt automatisch, dass die dann so da sitzt und ihre Tasche umklammert aus Angst, ich könnte jetzt rüberkommen und die ihr wegnehmen. Ich weiß nicht, ob das so unbedingt so gemeint ist."

B: „Hm, also das mit den älteren Leuten, dass die Angst haben, wir würden klauen. Also vor zwei Wochen oder so, da bin mit der U-Bahn gefahren und hab mit ner Freundin rumgealbert. Und da kamen wir dann auf die Plattform und da hat sich so ne ältere Frau voll erschrocken und hat ihre Tasche weggezogen."

Trotz der Irritation, die bei den betroffenen Jugendlichen zurückgeblieben ist, meinte der Großteil, dass sie dieses Verhalten von Weißen älteren und alten Leuten nicht unbedingt als „gewollten Rassismus", wie es ein Gruppendiskussionsteilnehmer bezeichnete, einschätzen würden. Ebenso wenig glaubte der Großteil der interviewten Jugendlichen, die sich zu diesem Thema äußerten, dass es der erwähnten Gruppe von Leuten darum ginge, zu verletzen bzw. die an den Tag gelegten Verhaltensweisen auch tatsächlich „böse zu meinen". Eine interviewte Person erklärte sich diese Reaktionen damit, dass vor allem Weiße ältere Menschen über die Jahre hinweg bestimmte Bilder und Stereotypen von Schwarzen Menschen so „verinnerlicht" hätten, dass sie quasi kaum anders könnten. Dennoch wurde bei allen interviewten Jugendlichen auch deutlich, dass sie trotz eigener Erklärungsansätze das besprochene Verhalten als „verletzend", „enttäuschend", „extrem" und „indirekt rassistisch" empfanden.

**Stereotype gegenüber Schwarzen Menschen**

Neben den schon erwähnten Erfahrungen mit allgemeinen Vorurteilen hatten bezeichnenderweise alle interviewten Personen auch Diskriminierungen auf der Grundlage spezifischer Stereotype gegenüber Schwarzen Menschen gemacht. Hier eine Aufzählung der am häufigsten in Interviews erwähnten abwertenden Bilder, mit denen Betroffene in ihrem Alltag konfrontiert sind :„Ja du bist ja immer so dusslig, ich glaub, das liegt daran, dass dein Papa aus Afrika kommt. Da sind doch alle Menschen dusslig."/„Du hast doch Tanz im Blut hier, Rhythmus im Blut und du kannst ja so toll singen, das ist dir im Blut."/ „Du musst ja wild im Bett sein." Eine 20jährige Interviewpartnerin beschrieb, dass sie oft „ganz viel Kraft" rein stecken müsste, um Vorurteile gegenüber sich abzubauen. Hier ein kurzer Auszug aus dieser Interviewpassage:

„Es ist sogar verdammt anstrengend, Menschen zu überzeugen, dass es eigentlich Blödsinn ist, was se reden. (...) Da hat mir mal jemand gesagt „Du bist ja schließlich Schwarz.", also da weiß ich auch nicht, ob ich da jetzt lachen soll, weil ich das für ne total dumme Bemerkung halte oder ob ich da jetzt ausflippen sollte. Also, ich bin da immer in so nem Zwiespalt."

Gerade bei den jüngeren der interviewten Schwarzen Jugendlichen wurde deutlich, dass sie Probleme haben, mit dieser Art von Stereotypen umzugehen und sich dagegen zu wehren.

**Blicke**

Ein weiteres Problem, mit dem Schwarze Deutsche im bezirklichen Alltag konfrontiert sind, seien – wie es in mehreren Interviews beschrieben wurde – „seltsame Blicke". Es war interessant, bei der Auswertung zu sehen, dass in beinahe allen Interviews übereinstimmend von einer derart subtilen Art der Ausgrenzung berichtet wurde. Außerdem fiel auf, dass in unabhängig voneinander geführten Interviews bestimmte „Blicke" von den Betroffenen mehrere Male mit direkten körperlichen Angriffen oder als deren möglicher Auftakt verglichen wurden. Hier beispielhafte Auszüge

aus Interviews mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen:

A: „Also, es hat sich verbessert. Früher wars extremer gewesen. Da wurde ich ständig komisch angeguckt, (...) Aber ich find, jetzt ist es nicht mehr so schlimm, also, es geht, aber ein großer Teil, nicht der Großteil, ein großer Teil ist noch mit Vorurteilen behaftet.

B: „Na ja, ist doch halt so, wenn ich mit meinen Kumpels durch Hellersdorf laufe, dann ist es doch so, dann gucken einen halt auch alle Leute an."

C: „Manche gucken auf alle Fälle ängstlich." – Frage von der interviewführenden Person: „Ängstlich, als hätten sie Angst vor dir?" - C: „Ja oder halt allgemein Angst vor Leuten, die anders aussehen. Und dann gibt's halt durchaus Leute, die nicht ängstlich gucken, sondern mehr wie Hass."

D: „Also mich interessiert das ja eigentlich gar nicht, aber trotzdem kriegt man das halt mit. Also, ich lauf jetzt auch nicht durch die Straße und guck, ääh, wer guckt mich jetzt ängstlich an. Aber man merkt das halt trotzdem.(...) Na ja, was soll man da machen. Dann könnt ich den genauso angucken, wie er mich anguckt, dann kommts vielleicht zu ner Schlägerei, aber davon hab ich dann auch nichts."(...) „Also, ich weiß nicht, ich bin halt nicht drauf aus, mich mit Leuten zu schlagen. Ich bin dann eigentlich so, ich ignorier das, ich achte nicht oder guck da nicht so genau hin oder guck die dann noch so an."

E: „Es gibt Gegenden in Hellersdorf, da wird man mehr angeguckt und an anderen weniger."(...) „Also zum Beispiel da oben in Helle Mitte, da werd ich oft angeguckt. (...) Na ja, also, ich halte mich schon da auf – es ist mir eigentlich egal, wie die Leute mich angucken, ich kanns ja eh nicht ändern."

F: „Und du bist da einfach da und wirst angeguckt. Irgendwie wie so Angriffe."

**Schimpfwörter**

Als besonders demütigend werden Schimpfwörter empfunden - mit denen die InterviewtpartnerInnen zum Teil schon seit frühster Kindheit diffamiert wurden. In den Interviewsituationen war es erstaunlich, wie viele verschiedene dieser Verunglimpfungen die Betroffenen aus ihrer Erinnerung wiedergeben konnten. Hier einige Beispiele aus Interviewpassagen:

A: „meistens natürlich Neger, meistens mit irgendnem noch ganz fiesen Wort verbunden: Negerhure, oder irgendwie so was in der Art."

B: „Bimbo wird ganz oft gesagt."

C: „immer der Vergleich mit den Affen, also mich mit nem Affen in Verbindung setzen."

D: „früher als kleines Kind, als jüngeres Mädchen, da hab ich auch noch gehört „Die hat sich so mit Kacke eingeschmiert, also das kam ganz, ganz oft."

Vor allem aus den Mündern von Kindern und Jugendlichen seien rassistische Beschimpfungen am häufigsten zu hören. Eine Interviewpartnerin, die nicht nur selbst solche Beleidigungen erfährt, sondern die auch miterleben muss, wie ihre jungen Geschwister derart erniedrigt werden, sagte dazu:

„Also, das sieht man zum Beispiel, wenn kleine Kinder „Neger" rufen oder „Bimbo" oder „Affe", wenn ich irgendwo lang gehe – das ist wahnsinnig verletzend, gerade wenn es Jüngere sagen. Das hat dann immer so – also nicht dass ich ne Autoritäts- oder Respektperson bin – aber der Respekt fehlt einfach, den man allen Menschen gegenüber eigentlich bringen sollte." Auf die Frage, wie dann die Eltern reagieren würden, meint sie: „Na, die sagen entweder so „Pscht, Pscht" oder sie fahren weg. Also, ich hab noch nie erlebt, dass ne Mutter oder nen Vater sagt, „Na, das ist doch genauso jemand wie du oder ich.", oder so."(...)„Also, meistens vertuschen sie das dann, also wahrscheinlich haben die Kinder ja das von ihnen, weil Kinder das ja so eigentlich nicht wahrnehmen, dass Leute anders aussehen als sie."

In allen Interviews, in denen sich Schwarze Deutsche zu Beschimpfungen bzw. verbalen Beleidigungen äußerten, zeigte sich, dass damit für sie eine Grenze des tolerierbaren Verhaltens ihnen gegenüber überschritten wurde. Während bei den zuvor genannten Phänomenen wie Blicken, Stereotypen gegenüber Schwarzen Menschen oder allgemeinen Vorurteilen in den Interviews versucht wurde, sich dieses Verhalten erklärbar zu machen und die erfahrene Ablehnung oder Ungleichbehandlung von einem „gewollten" oder „direkten" Rassismus abzugrenzen, wurden Beschimpfungen wie die aufgezählten als eindeutig „rassistisch" und „feindselig" bezeichnet. Hier ein Beispiel aus dem Interview mit einem Erwachsenen:

„Also, die die beschimpfen, beleidigen, die kann ich nur als feindlich bezeichnen, mehr nicht (...) Wenn jemand mich sieht und mir gegenüber was äußert, den kann ich nicht als etwas anderes bezeichnen als einen Rassisten, als ausländer- und fremdenfeindlich. Ich kann den nicht gleichzeitig als rechtsextrem bezeichnen, aber der ist rassistisch. Meine Tochter wurde, wurde als Negerhure bezeichnet, beim Laufen auf der Straße, ja: „Du Negerhure."

Auf die Frage nach den Reaktionen anderer Passanten auf solche verbalen Übergriffe, kam in allen Interviews, in denen sich unsere GesprächspartnerInnen dazu äußerten, die Antwort, dass es in den meisten Fällen zu überhaupt keiner Reaktion der Umstehenden gekommen wäre. Was bei denen zurück blieb, die diese Art des Nicht-Helfens erfahren hatten, war ein Gefühl, der „Traurigkeit", „Enttäuschung" und des „Unverständnis", wie es ebenfalls in den Interviews vermittelt wurde. So meinte eine Jugendliche, die wiederholt rassistische Übergriffe (in Form von Beleidigungen, Gewaltandrohung) erlebt hat:

„Gar nicht, also es reagiert nie, also ich hab noch nie erlebt, dass wirklich mir jemand geholfen hat in solchen Situationen. Also, ich hab ja so was schon so oft erlebt, dass ich glücklich gewesen wär, wenn wenigstens nen kurzen – also ich weiß nicht, dass sich jemand zu mir stellt. Also, das hätte mir schon gereicht. Aber das ist mir noch nie passiert. Entweder die Leute drehen sich wirklich um, wies wirklich in den Filmen, dass sie sich umdrehen und einfach die Situation wegschieben, oder es ist eben so, dass es brutale Menschen sind, die mich da grad blöd anmachen. Ich kann verstehen, dass andere da Angst kriegen, aber wenn da jemand etwas sagen würde, die würden den nicht auf der Straße angreifen, wenn viele Menschen dabei sind – schon gar nicht, wenns jemand ist, der ihnen, na ja, der genauso aussieht wie er. Also, das find ich toll, wenn Menschen sich einsetzen, die nicht genauso nen Opfer sind wie derjenige, der da grad blöd angemacht wird, sondern, dass das eben außenstehende Personen sind, die das eben objektiver auch sehen können. Also, das hab ich nur mit Freunden, nur, wenn ich mit Freunden unterwegs bin, die mir dann zur Seite stehen sozusagen und sich dann auch so mit einsetzen. (...)Also, manchmal versteh ich die Gründe nicht, wenns wirklich jemand ist, vor dem man keine Angst vor haben braucht, also jemand, der viellicht ein bisschen größer ist als ich, aber vielleicht doch schmächtig, also, wenn da nen dicker Mann daneben steht, der mir helfen könnte, dann finde ich das nur traurig und ich versteh gar nicht, warum da keiner hilft."

**Räume**

Gerade für die interviewten Jugendlichen sind die Schule und das direkte Wohnumfeld, die Räume, in denen sie ihrer Erfahrung nach am häufigsten mit rassistischem Verhalten anderer konfrontiert sind. Das ist um so beunruhigender, wenn man sich vor Augen führt, dass gerade Schule und Wohnumfeld diejenigen Räume sind, in denen junge Menschen den Großteil ihrer Zeit verbringen und in denen sie sich eigentlich geschützt – zumindest aber wohl fühlen sollten. Der Großteil der Interviewten rekapitulierte jedoch, dass er in der Schule, teilweise sogar schon im Kindergarten aufgrund der dunkleren Hautfarbe „drangsaliert" worden wäre. So äußerte ein 16jähriger Interviewpartner:

„Also, ich muss mal sagen, dass so in den Kindergärten und in den Schulen, dass das eigentlich normal ist, aber, dass die Schwarzen Kinder auch mal so „iih, nen Neger" angesprochen werden. Das auf jeden Fall."

Eine andere Interviewpartnerin sagte, dass es nur „ganz wenige LehrerInnen" gegeben habe, die ihr bei rassistisch verbalen Angriffen oder Diskussionen von Mitschülern geholfen hätten. Eine weitere Jugendliche erzählte über die Situation ihres Bruders, der auch Schwarzer Deutscher ist und in seiner Oberschule regelmäßig rassistische (verbale und körperliche) Übergriffe anderer Schüler erfährt:

„Da gibt's auch ständig Diskussionen und da gibt's nur eine Lehrerin, die sich permanent für ihn einsetzt und die sagt: „Das ist alles Schwachsinn, was ihr hier erzählt und er ist genauso ein Schüler von mir wie ihr und der hat nicht anders behandelt zu werden als andere. Das einzige, was anders ist, ist seine Hautfarbe und wenn ihr euch im Sommer in die Sonne legt, dann habt ihr auch ne andere Hautfarbe als die, die sich nicht gebräunt haben... also sie weist auf Äußerlichkeiten hin."

An anderer Stelle wurde von der Interviewten geschildert, auf was für heftige Widerstände und welches Unverständnis sie dabei stieß, als sie anderen Schülern und vor allem den LehrerInnen immer wieder zu erklären versuchte, dass die Begriffe „Neger" oder „Negerkuss" für sie - die davon betroffen ist - Schimpfwörter wären. Ihre Ohnmacht und Verzweiflung als Reaktion auf die Gleichgültigkeit und Ignoranz der betreffenden LehrerInnen wird in der folgenden Passage deutlich:

„Auch wenn eine Lehrerin zu mir sagt „Ich hab damit kein Problem, Neger zu sagen.", und wenn sie nen Problem damit habe, dann sage sie's. Also da war ich 8. Klasse oder so und ich wusste überhaupt nicht, was ich darauf entgegnen sollte. Negerkuss - also für ihn stellt dieser Begriff einfach kein Problem dar. Andere Lehrer haben, dann aus nem Buch, aus dem Duden rausgesucht, dass „Negerkuss" ne normale Bezeichnung ist (...) - die haben mir eigentlich nie die Chance gelassen, selbst zu entscheiden, ob ich verletzt bin oder ob nicht. Es hieß immer „X, du übertreibst es. Dann darf man auch nicht mehr „Schwarz- und Weißbrot" sagen.", was irgendwie völlig schwachsinnig ist."

Als besonders kennzeichnend für das Verhalten vieler LehrerInnen wurde von einigen Schwarzen Jugendlichen erlebt, das diese versuchen, rassistische Äußerungen „objektiv" zu sehen. Die meisten LehrerInnen, würden sich bei „so nen Diskussionen meistens im Hintergrund halten.", so eine Interviewpartnerin. Deutlich wurde an dieser Stelle auch, dass die Schwarzen Jugendlichen, die dieses Lehrerverhalten ansprachen, es äußerst unverständlich oder - um es mit den Worten eines interviewten Jugendlichen auszudrücken - „ziemlich schwachsinnig" fanden und es bei ihnen wie ein Akt der Entsolidarisierung ankam. Nur selten versuchten die derart alleingelassenen Jugendlichen, sich zu beschweren – meistens aus Angst, nicht ernst genommen zu werden und zu hören „du interpretierst das falsch" oder „du überinterpretierst das schon wieder", so eine Interviewpartnerin, die den Versuch der Klage bzw. der Beschwerde schon mehrmals erfolglos unternommen hat. Bei ihr führte dies schließlich dazu, bei jeder Äußerung nun darauf zu hoffen, Zeugen benennen zu können, die die ‚Richtigkeit` ihrer Wahrnehmung untermauern.

Auch im näheren Wohnumfeld erlebten Jugendliche wie erwachsene InterviewpartnerInnen negative Reaktionen ihrer Mitmenschen, die sich ihnen gegenüber verbal rassistisch äußerten. In zwei Interviews wurde von konkreten Problemen mit den Nachbarn berichtet. In einem Fall meinten diese beim Einzug einer Schwarzen Familie: „Wenn die Neger da einziehen, dann sinkt ja der Wert der Wohnung." In einem anderen Fall wurde von Hakenkreuzen und rassistischen Sprüchen, die Unbekannte an die Wohnungstür geschmiert hatten, erzählt. Darüber hinaus käme es immer wieder zu rassistischen Diffamierungen auf der Straße. So schilderte eine junge Schwarze Deutsche, wie sie von anderen Passanten beleidigt wurde, als sie mit ihrem Weißen Freund unterwegs war. Dieser wurde unter anderem gefragt, wie er sich traue, mit ihr auf die Straße zu gehen. Für beide sei dieses Erlebnis emotional „ganz schön zerstörend" gewesen. In einigen Interviews wurden auch rassistische Angriffe auf Familienmitglieder oder Freunde im Beisein der Interviewten beschrieben. Dabei fiel auf, wie sehr sich die InterviewpartnerInnen für die meist verbalen Angriffe verantwortlich fühlen und wie belastend die Ohnmacht und Hilflosigkeit ist, die sie noch immer empfinden. Ein besonders prägnantes Beispiel für einen solchen Übergriff wurde von einem Schwarzen Jugendlichen erzählt, der während der Schilderung dieses Falls nicht aufhören konnte zu zittern. Hier ein kurzer Auszug:

„... und meine (Weiße) Mutter hat auch wahnsinnige Probleme, wenn sie mit mir oder mit meinem (Schwarzen) Bruder unterwegs ist – dann muss sie - also dann find ich's noch schlimmer als wenn ich alleine unterwegs bin, weil dann wird sie auch oft als „Negerschlampe" oder „Hure" oder irgendwie so bezeichnet und dann kommt so was wie „das hätten wir dir auch machen können", oder irgendwie so was. Also das ist schon ganz schön extrem.(...) Ja, gerade wenn wir dabei sind, weil ansonsten kennen ja sonst kaum Leute meine Mama und wissen, dass sie mit nem Schwarzen verheiratet ist, aber so ne Sprüche kommen dann auch ganz oft. (...) also da kann man nichts machen. Wenn das so kommt, wenn ich mit meiner Mama unterwegs bin, dann sind das meistens so aggressive Typen, dass man sich wirklich gar nichts traut irgendwie was zu sagen. Die sind dann meist auch in Gruppen und da sind auch welche, die bei uns in der Nähe wohnen und die wissen, wo wir wohnen, das heißt, wir begegnen uns auch ständig und im Winter beschmeißen sie mich dann mit Schneebällen und beleidigen meine Mutter oder beschmeißen uns alle mit Schneebällen. Seltsame Aktionen."

In einem anderen Interview erzählte ein Vater von seiner Angst um seine Schwarzen Kinder:

„Ich möchte nicht, dass meine Kinder geschlagen werden. Das Schlimme ist, man kann es nicht vermeiden. Das gibt es. Aber ich möchte wirklich nicht körperlich verletzt werden oder meine Kinder. Das möchte ich nicht. Das haben wir erlebt, auch erfahren eine Reihe von Beleidigungen. (...) ich habe immer noch Angst. Ich habe keine Sicherheit, meine Kinder haben keine Sicherheit, sie haben auch Angst. (...) ich erlebe doch das. Wenn meine Kindern mit mir rausgehen, sie werden dann beschimpft oder auch ganz seltsam angeguckt oder auch dann richtig beleidigt. Ja also, das gibt es noch, das gibt es noch.(...) Ja, also, man kann nicht Leuten ganz sachlich sagen: „Das gibt's nicht.", aber ich möchte auch nicht mit meiner Aussage die Menschen erschrecken."

Auch anhand von Auszügen aus anderen Interviews lässt sich nachzeichnen, was für einer enormen Belastung Schwarze Familien auf Grund rassistischer Erfahrungen ausgesetzt sein können. So schilderten in Interviews besonders Schwarze Jugendliche Übergriffe auf ihre Eltern, beschrieben, mit welcher Bestürzung und Hilflosigkeit die Eltern auf Übergriffe gegenüber den Kindern reagieren, und skizzierten, welche Sorge und (nicht einlösbaren) Beschützungsinstinkt sie gegenüber jüngeren Geschwistern empfinden. Nachdem eine Interviewpartnerin von den rassistischen Erfahrun-

gen ihrer Mutter und ihres Vaters erzählt hatte, beschrieb sie eindrucksvoll ihre Empfindung:

„Also zurückschreien möchte ich in jeder Situation. Also, ich möchte eigentlich permanent schreien, wenn mein Vater mir erzählt, jemand, der in seinem Haus gewohnt hat, wollte ihn verprügeln bis er mitgekriegt hat, dass mein Vater weiß, wo er wohnt und ihn kennt und dann doch von ihm ablässt. Also da, da krieg ich immer innere Wut, die eigentlich gar nicht beschreibbar ist. Also ich kann's gar nicht Hass nennen, aber es ist ne ganz schlimme Wut, die sich in mir aufbaut." (...)„Ja. Also das berührt mich emotional mehr als wenn ich selber angegriffen werde, weil da hab ich immer das Gefühl, ich kann mich selbst verteidigen, aber wenn ich höre, dass da irgendwie so ne Aktionen mit verprügeln vor sich gegangen sind, dann verletzt mich das vielmehr als wenn mit mir selbst was ist oder so."

Trotz Aufzählungen negativer Erfahrungen wurde in vielen Interviews auch Wert darauf gelegt, dass nicht alle Mitmenschen so seien und dass man nicht allgemein verurteilen wolle. Alle interviewten Schwarzen Deutschen Jugendlichen und Erwachsenen haben Freunde und Bekannte im Bezirk, die sie in ihrer Wahrnehmung ernst nehmen und unterstützen. Dennoch können diese es kaum leisten, die negativen Erfahrungen wett oder vergessen zu machen.

**Einschränkungen**

Eine Frage, die sich zweifelsfrei stellen musste, war die nach den Empfindungen, mit denen Betroffene auf die gemachten Erfahrungen reagieren. Es ließ sich unter anderem feststellen, dass gerade Schwarze Jugendliche eine große Unsicherheit gegenüber Weißen Deutschen empfinden. Hier ein beispielhafter Interviewauszug:

S: „Also früher war ich ja nur unter Weißen, also ich mein unter weißen Deutschen – da hab ich mich immer irgendwie gefühlt, weiß ich nicht, so ganz komisch. Wenn du unter Weißen Deutschen die einzige bist, die dunkel ist, das ist komisch, und hier ist es so, da gibt's drei oder fünf (Schwarze Deutsche), da fühlt man sich wohler, also da fühlt man sich sicherer. Wenn da nen Angriff kommt, da weiß ich, dass ich nicht alleine dastehe, dass da noch welche sind, die wissen wie sich das anfühlt und die dann mit mir reden."

Die interviewten Schwarzen Erwachsenen hingegen sprachen zwar auch von Unsicherheiten und Misstrauen, machten aber gleichzeitig deutlich, dass sie sich von diesem Gefühl in der Interaktion mit anderen Menschen nicht kontrollieren lassen wollen. Mehrmals wurde von ihnen darauf hingewiesen, dass sie viele Weiße Freunde und Bekannte im Bezirk hätten und sich in ihren Kontaktmöglichkeiten nicht beschneiden lassen wollten.

Ein Punkt, in dem alle InterviewpartnerInnen – sowohl Jugendliche als auch Erwachsene – übereinstimmten, war die Einschränkung des eigenen Bewegungsradius als Folge von Erfahrungen mit rassistischen Übergriffen oder aus der Angst heraus, angegriffen zu werden. Viele beschrieben, dass sie sich vor allem abends nicht allein im Bezirk bewegen würden, dass sie außerdem keine Discos, Bars, Jugendclubs besuchten und auch nicht mehr nach Anbruch der Dunkelheit – vor allem am Wochenende - die öffentlichen Verkehrsmittel nutzten. Darüber hinaus wurden mehrere Orte wiederholt in Interviews als besonders bedrohlich geschildert, entweder weil die InterviewparnerInnen dort selbst schlechte Erfahrungen gemacht hatten oder sie dort des öfteren ihnen gegenüber feindlich eingestellte Personen wahrnahmen. Dazu gehört die kleine Region gegenüber Kaufland, die Gegend um den U-Bahnhof Cottbusser Platz, Kaufpark Eiche und der S-Bahnhof Springpfuhl.

Eine interviewte Jugendliche schilderte, welchen Stress das von ihr wahrgenommene Bedrohungspotenzial im öffentlichen Raum bedeutet und mit welcher Anspannung sie sich oft im Bezirk bewegt:

„Ja, also, wenn ich mit dem Bus fahre, bin ich immer drauf vorbereitet, weil ich dann meistens wirklich mit seltsamen Personen an der Bushaltestelle stehe und die irgendwelchen Blödsinn über mich erzählen oder mich blöd anmachen, aber da ich jetzt meistens mit dem Auto fahre, brauch ich mich nicht mehr drauf vorbereiten, aber es ist wirklich extrem, dass man in der U-Bahn aufpasst, wo man sich hinsetzt, wo mehr so Leute, na, wo so große Gruppen von Männern sind, so ziemlich aggressiv oder Prolls, nenn ich sie mal – wenn ich die schon sehe, dass die so zusammensitzen, dann vermeide ich es, mich da in die Nähe zu setzen."

In Gruppendiskussionen und Interviews wurde weiterhin deutlich, dass der überwiegende Teil unserer Gesprächspartner nicht daran glaubt – und das obwohl sie dies täglich ´praktizieren` - sich durch eine vermehrte Aufmerksamkeit und tatsächliche Einschränkung des Bewegungsradius schützen zu können: „Nee, geht ja gar nicht. Man kann doch nicht wissen, was passiert, wenn man draußen ist."

**Vergleich mit anderen Bezirken**

Im Vergleich mit anderen Bezirken wurde von allen InterviewpartnerInnen konstatiert, dass sie in ihrem Bezirk mehr Fälle von alltäglicher Ausgrenzung erlebten als woanders. (Natürlich ist diese Feststellung im Zusammenhang damit zu sehen, dass sich die Betroffenen den Großteil ihrer Zeit auch im Bezirk aufhalten.) Besonders die Jugendlichen beschrieben, dass sie Marzahn-Hellerdorf im Vergleich zu (gerade) den Innenstadtbezirken wie Mitte und Prenzlauer Berg als bedrohlicher wahrnehmen und sie hier – obwohl sie teilweise seit der Geburt im Bezirk leben – mehr Angst vor rassistischen Übergriffen haben als in anderen Bezirken. Insofern war es auch nicht verwunderlich, dass der überwiegende Teil von ihnen an anderer Stelle auf die Frage, ob sie nach Beendigung der Schule im Bezirk bleiben wollten, mit „Nein" antworteten. Eine Jugendliche formulierte sogar sehr deutlich: „Das wär schrecklich." Auf die Frage, warum das denn „schrecklich" sei, meinte sie: „Na, weils schrecklich ist. Wenn man zum Beispiel kleine Kinder hat, dann kannste de die nicht einfach auf der Straße rumlaufen lassen, weil de Angst hast, dass denen was passiert. Ich mein, das ist bei deutschen Kindern vielleicht auch so, aber nicht so schlimm wie da, bei nicht deutschen Kindern."

Eine Interviewpartnerin, die ebenfalls erzählt hatte, nach der Schule wegziehen zu wollen, revidierte an anderer Stelle im Interview diese Position und beschrieb frühere Diskussionen in ihrer Familie zum Thema Wegzug:

„Ja, es gab schon öfters die Überlegung wegzuziehen, und irgendwann haben wir uns dann gesagt, na ja wir sind jetzt hier zur Schule gegangen, haben hier unsere Freunde – und eigentlich ist es nen Kampf, wir sind eigentlich hier, um zu kämpfen, um auch zu zeigen, dass wir uns nicht verdrängen lassen, weil Menschen denken, sie können uns schaffen. Ich glaub, dann bestätigt man die Leute, wenn man von hier wegzieht. Also, ich find's gut, dass wir geblieben sind und es ist zum Glück noch nie so drastisch geworden, dass wir nen Grund hatten, wegzuziehen."

Von allen interviewten Erwachsenen war eine ähnliche Position zu hören. So meinten diese mehrfach, dass es notwendig wäre, im Bezirk wohnen zu bleiben und den Platz nicht „bestimmten Leuten" zu überlassen. Hier die Aussage Interviewpartners, der schon mehrfach erleben musste, dass er oder Teile seiner Familie zur Zielscheibe von rassistischen Angriffen wurden:

„Ich möchte eigentlich, dass dieser Bezirk nicht ausländerfeindlich sondern –freundlich ist. Ja, man muss doch was dafür tun, um den Bezirk besser zu machen, ansonsten geht es nicht. Ich kämpfe und ich versuche auch, vom Hintern aufzustehen, wenn ich gefallen bin. (...) Ja, deshalb möchte ich gerne hier leben, ich versuch's und alle fragen „Warum? Was hast du da in Marzahn-Hellersdorf? Warum kommst du nicht nach Mitte?", nee ich bleibe hier erst mal. Wenn ich umziehe und auch andere Migranten davon ziehen, dann haben wir doch das nur für bestimmte Leute, die nationalistisch eingestellt sind, den Bezirk einfach überlassen. Ich versuche, hier auch Leute zu kriegen, die auch dann mit mir gemeinsam kämpfen (...): Man kann nicht einen Ort für bestimmte Gewalttäter überlassen, man muss dagegen etwas tun. Deshalb habe ich vorhin auch gesagt, dass der Bezirk etwas tun muss. (...) Wir können nicht einen Platz einfach für die lassen."

**Fazit**

Was in den Interviews deutlich wurde, ist die Tatsache, das Schwarze Deutsche eine Vielzahl von Abwertungs- und Ausgrenzungserfahrungen im Alltag machen. Die Betroffenen erklärten sich das damit, dass sie auf Grund ihrer dunkleren Hautfarbe von vielen ihrer Mitmenschen als „anders", „fremd" oder „ausländisch" wahrgenommen würden. Vor allem im Fall der interviewten Schwarzen Jugendlichen fiel auf, welche Irritationen dadurch in der Identitätsbildung und Selbstbehauptung verursacht werden können.

Weiterhin stellten wir fest, dass der Großteil der interviewten Personen große Probleme hat, die gemachten negativen Erfahrungen zu thematisieren, ohne sofort abwehrende Reaktionen zu erhalten wie die der Verharmlosung, des Nicht-Ernst-Nehmens oder der Negation. Für die Betroffenen wird es dadurch noch schwerer, das Erlebte anzusprechen. Die ohnehin schon vorhandene Hemmschwelle – etwa Situationen der Demütigung und Erniedrigung zu erzählen – wird zusätzlich durch die Angst erhöht, mit diesen Reaktionen konfrontiert zu werden. An dieser Stelle möchten wir auf die Meinung einiger Weißer InterviewpartnerInnen hin weisen, die meinten, dass Probleme wie „Fremdenfeindlichkeit" oder „Ausländerfeindlichkeit" meist deshalb nicht thematisiert würden, weil man/frau im Bezirk Angst hätte, den „Rassismus-Vorwurf" zu hören. Das diese „Angst" oft zwingend zu einer Abwehr der Perspektive von Opfern rassistischer Unterdrückung und zu deren zweiter Diskriminierung führt, wurde nur in Ausnahmefällen reflektiert.

Es stellt sich also die Frage, wo sich entsprechende Befürchtungen von der offenen Thematisierung rassistischer Diskriminierung trennen

lassen und wie Potenziale der Annährung zwischen Opfergruppen und Nicht-Betroffenen gestärkt werden können.

Es bleibt festzuhalten, dass die interviewten Schwarzen Deutschen deutlich Abstand davon nahmen, zu pauschalisieren, allgemein zu verurteilen oder den Begriff Rassismus ´inflationär` zu gebrauchen. Vielmehr ließ sich feststellen, dass zumeist sehr viel Wert darauf gelegt wurde, stark zu differenzieren und wiederholt darauf hinzuweisen, dass „natürlich nicht alle so" wären. Leider zeigte sich dennoch, dass Erfahrungen mit Rassismus keine Ausnahmen oder Einzelfälle sind, sondern für Viele so sehr zum Alltag gehören, dass sie sich an Einschränkungen beispielsweise in der Bewegungsfreiheit oder der Kontaktaufnahme mit anderen Menschen gewöhnt haben. Bei großen Teilen der Schwarzen Jugendlichen führte das zu einer Art grundsätzlichem Misstrauen gegenüber Weißen Mitmenschen.

Ein großes Problem bei der Verarbeitung (so weit dies möglich ist) von rassistischen Übergriffen war der Umstand, dass alle der davon Betroffenen in der Vergangenheit erleben mussten, dass ihnen niemand zur Hilfe kam. Dementsprechend kamen zu den erlebten Verletzungen noch Gefühle des Unverständnis, der Enttäuschung und Frustration gegenüber den Zuschauenden und Anwesenden. Im schlimmsten Fall wurde dieses Nicht-Helfen von den Opfern als Zustimmung bewertet, im besten Fall als Zeichen der Gleichgültigkeit oder Angstreaktion. Unabhängig von der Bewertung fühlten sich die interviewten Personen durch das Unterlassen jeglicher Hilfeleistung jedoch in allen Fällen von ihren Mitmenschen allein bzw. im Stich gelassen.

Besonders auffällig war die Aussage des überwiegenden Teils Schwarzer Jugendlicher, die deutlich formulierten, nach Beendigung der Schule aus Marzahn-Hellersdorf auf jeden Fall wegziehen zu wollen. Nur eine Jugendliche distanzierte sich im Laufe des Interviews von dieser Position und erklärte – ähnlich wie die interviewten Erwachsenen – dass es notwendig sei, im Bezirk wohnen zu bleiben, gewissermaßen die Stellung zu halten und „zu kämpfen". In mehreren Aussagen wurde zwar ein Interesse an der Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation deutlich, allerdings zeigte sich auch, dass nach Meinung der Interviewten diese Verbesserung nur durch das zähe Bekämpfen sehr realer Widerstände (von Menschen, die ein Problem im Zusammenwohnen mit Schwarzen Deutschen haben) erreicht werden könne. An dieser Stelle drängte sich uns die Frage auf, wie lange das Bekämpfen solcher Wiederstände im Alltag durchgehalten werden kann und ab wann die Lebensqualität darunter zu leiden beginnt.

Natürlich sind die hier vorgestellten Ergebnisse Ausschnitte der Wirklichkeit aus einer bestimmten Perspektive (in diesem Fall aus einer Schwarzen Deutschen Perspektive). Natürlich können wir keine allgemeingültigen Aussagen über das Erleben von rassistischer Ausgrenzung machen, wo und wann sie grundsätzlich stattfindet und wer sie grundsätzlich ausführt. Aber wir können dokumentieren, wie die von uns interviewten Personen Ausgrenzung und Abwertung auf der Grundlage rassistischer Verhaltenweisen in ihrem Bezirk erleben. Was deutlich wurde, ist der Umstand, dass sich ihre Erfahrungen zum überwiegenden Teil gleichen, ebenso ihre Interpretationen der Erlebnisse und das, was sie an Verletzungen von diesen zurückbehalten haben. Diese Gemeinsamkeiten sind unserer Meinung nach kein Zufall, sondern verweisen darauf, dass sich für eine bestimmte Gruppe von Menschen die bezirkliche Realität ähnlich gestaltet. In ihrer Perspektive spiegelt sich deren Realität wider: Sie hat Gültigkeit und verdient es, ernst genommen zu werden.

# 8. Migration – Rassismus– Perspektiven von Interkulturalität

## 8.1. AussiedlerInnen

In einer sich verändernden und ausdifferenzierenden Gesellschaft entwickeln sich eigendynamisch die unterschiedlichsten Lebensstile. Obwohl die Marzahn-Hellersdorfer Gesellschaft im Vergleich zu anderen Stadtgesellschaften sehr homogen ist, ist dies auch hier deutlich wahrnehmbar. [107]

Sozialisations- und Migrationserfahrungen, Lebensperspektiven und aktuelle Situationen prägen den Lebensstil, ebenso wie das alltägliche soziale Umfeld.

Menschen, die von einer Gesellschaft in die andere ‚umziehen', entwickeln – mitunter durchaus kreativ – für sie zufriedenstellende oder weniger zufriedenstellende Lösungen für die neue Situation. Durch die Migration werden tradierte Lebensstile umgeworfen, modifiziert und nur zum Teil aufrecht erhalten. Während für die einheimische Gesellschaft (fast) alles beim Alten bleibt, gilt das ganze Gegenteil für MigrantInnen. Insofern ist die Reaktion der Aufnahmengesellschaft, ihre Offenheit oder ihr Entgegenkommen, wesentlich für soziale Integrationsprozesse. Diese können letzten Endes nur wechselseitig sein.

Auch in unserer Studie haben wir immer wieder danach gefragt, wie sich das Verhältnis von „Einheimischen" und „Zugezogenen" gestaltet. Wie sind die Sichtweisen aufeinander und die Erfahrungen miteinander? Hier wurden positive und problematische Aspekte dargestellt, die im folgenden reflektiert werden.

Dabei beziehen wir uns in diesem Kapitel fast ausschließlich auf das Verhältnis von „AussiedlerInnen" und „Einheimischen", also deutschen StaatsbürgerInnen mit und ohne Migrationshintergrund.

An anderer Stelle in dieser Studie wurde bereits dargelegt, dass es nach Marzahn-Hellersdorf in den 90er Jahren bis in die Gegenwart eine kontinuierliche und stadtteilbezogen starke Zuwanderungsbewegung deutscher StaatsbürgerInnen aus den Nachfolgestaaten der GUS gab. So hat Berlin seit 1993 insgesamt rund 39 000 Spätaussiedler aufgenommen. Etwa 42 Prozent seien jünger als 24 Jahre gewesen, sagte Jugend- Staatssekretär Thomas Härtel auf eine parlamentarische Anfrage. Schätzungsweise mehr als die Hälfte der Familien habe in den Plattenbauten des Bezirks Marzahn-Hellersdorf ein neues Zuhause gefunden.[108] Die Stadtteile, in denen sich Aussiedler Wohnungen gesucht haben sind primär Marzahn-Mitte und Marzahn-Nord, zunehmend aber auch Hellersdorf-Nord und Hellersdorf-Süd.

### Sichtweisen von Einheimischen auf die Migration der AussiedlerInnen

Interessant ist, wie dieser Migrationsprozess von einigen GesprächspartnerInnen reflektiert wird.

Tatsächlich sind die Hintergründe der konstruierten Identität ‚AussiedlerInnen' den wenigsten bekannt. Dass auch die Gruppe dieser MigrantInnen, die durch ihre Eltern oder Großeltern, die in der Sowjetunion als Deutsche definiert wurden, die Chance bekommen haben, ohne Einschränkungen in der BRD leben zu können, alles andere als homogen ist, ist fast keinem unserer GesprächspartnerInnen präsent. Die Motivation, diese Möglichkeit der Migration wahrzunehmen, sind so unterschiedlich, wie die Menschen selbst; die Geschichte, die ‚deutsche' Familien in der Sowjetunion und den Nachfolgestaaten der GUS erlebt haben, ist kompliziert.

Umso mehr macht die Art der Darstellung dieser Migrationsprozesse nachdenklich, wie sie von vielen Einheimischen vorgenommen wird. Denn das Phänomen des Rassismus, wie es im vorhergehenden Kapitel beschrieben und definiert wurde, manifestierte sich bei den Gesprächen im Bezirk vornehmlich an den sogenannten AussiedlerInnen. Oft werden im Gespräch rassistische Konnotationen offen verwendet oder – wenn dies nicht der Fall ist - eine Verunsicherung artikuliert und ein starkes Bedürfnis nach Geregeltheit: Oft ist herauszuhören, es möge doch alles etwas „sortierter" und „besser verteilt" sein. Es wird auch die Forderung aufgestellt, der Staat solle in die freie Wahl des Wohnortes eingreifen. Insbesondere die Signalisierung von ‚Zumutbarkeitsgrenzen' (ausgehend von als zu hoch wahrgenommenen Migrationszahlen) ist sehr problematisch und bietet durch die rassistische Grundlage Anknüpfungspunkte an rechtspopulistische Diskurse.

All dies regt an, genauer nachzufragen, was hier eigentlich geschieht und so haben wir unsere Interviewten auch darum gebeten, Alltagssituationen zu beschreiben.

[107] So hat Marzahn-Hellersdorf mit
3,1 Prozent den niedrigsten Ausländeranteil in ganz Berlin.
Knapp 8.000 Bürger des Bezirkes haben einen ausländischen Pass in der Tasche.

[108] Berliner Morgenpost, 12.08.03

## 8.2. Rassismus und soziale Konflikte

Grundsätzlich ist zu vernehmen, „die AussiedlerInnen" hätten ja „einen ganz anderen Lebensrhythmus", den sie auch „beibehalten werden" und daraus würden Probleme resultieren.

Und weit verbreitet ist auch, dass die Aussiedler seitens vieler Einheimischer nicht als „Deutsche" anerkannt werden, obwohl sie das faktisch sind:

„Es wird kaum akzeptiert, dass die Aussiedler zurückgewanderte Deutsche sind. Diese Akzeptanz gibt es überhaupt nicht. Sobald sich durch die Sprache was unterscheidet, sind das für die [Jugendlichen im Stadtteil] keine Deutschen."

Im Grunde ist die Definition „nicht deutsch" ja nicht problematisch, wenn sie nicht mit der rassistischen Zuschreibung: „nicht-deutsch=minderwertig" versehen wird. Es ist auffällig, dass mittels dieser unterschwelligen Haltung ganz alltäglichen und sozialen Konflikten plötzlich ein sehr großes Gewicht eingeräumt wird:

„Die Russen über uns, die sind ja immer so laut. Die machen ja nur Lärm" - solche Beschwerden werden von Anwohnern geäußert, meinte eine Mieterberaterin. „Die Neuen nehmen keine Rücksicht" beklagen sich einheimische Anwohner.

Auch auf Kochgewohnheiten und Kindererziehung wird klagend und in beleidigendem Ausmaß von AnwohnerInnen Bezug genommen:

„Das stinkt immer nach Knoblauch", beschweren sich manche oder dass „die Kinder nachts um zwölf noch durchs Haus rennen".

Dieses Beispiel zeigt im Kontrast zu einer Beobachtung aus einem anderen Gespräch, wie extrem eingeengt die Wahrnehmung eines Teils der einheimischen Bevölkerung in Konfliktsituationen mit Nicht-Deutschen funktioniert: Ein Gesprächspartner der Polizei, der seit 1989 im Bezirk tätig ist, merkte mit Nachdruck in einem anderen Zusammenhang an, dass es ein alarmierender Normalzustand in manchen Stadtteilen des Bezirks sei, dass um Mitternacht noch regelmäßig fünfjährige Kinder auf der Strasse zu finden seien, während ihre Eltern in der nächsten Gaststätte ihren Feierabend genossen. Hier war explizit von Weißen deutschen Eltern und Kindern ohne Migrationshintergrund die Rede.

Kinder, die also zu spät noch herumrennen, werden bemerkt, wenn ein Migrationshintergund vermutet wird. Wenn kein solcher Hintergrund vermutet wird, wird diese Tatsache ausgeblendet und steht auch offensichtlich nicht mehr zum Vergleich zur Verfügung.

Auf der Suche nach Erklärungen war dementsprechend nicht selten zu hören, „natürlich" müsse es „in solchen Gegenden" („wo sich das ballt") „auch zu Auseinandersetzungen kommen aufgrund der „unterschiedlichen Kulturen". Konflikte seien „vorprogrammiert". Zugrundegelegt wird ein Negativbild einer Nationalkultur, das sich dann anhand sozialer Konflikte bestätigt, in denen sich ein Teil der Einheimischen als ‚Opfer' verortet.

Eine historisch und soziologisch orientierte Erklärung formuliert folgender Gesprächspartner:

„Das Problem ist hier ja, dass es Ausländerfeindlichkeit gibt ohne Ausländer in Größenordnungen. Das hängt damit zusammen: In der DDR fand das ja so statt, dass die ausländischen Arbeiter in Pseudo-Gettos separiert wurden, so dass die normale, einheimische Bevölkerung gar nichts mit denen zu tun hatte... Es sind ja auch fürchterliche, diffuse Ängste bei unseren Schülern da."

Deutlich ist auch, dass es einem Teil der Einheimischen schwer fällt, die Perspektive zu wechseln und zu versuchen, sich in die Situation von MigrantInnen hineinzudenken. Das trifft auch auf einen Teil unserer Interviewten zu.

Fatalerweise nehmen viele Opfer von rassistischen Zuschreibungen die Interpretationsfolien ihrer dominanten Umgebung – oft aufgrund mangelnder Alternativen – an.

So erzählt eine bereits sehr lange in Marzahn lebende Aussiedlerin:

„Das Eingewöhnen aneinander läuft nicht immer so glücklich ab. Die Menschen haben Probleme mit den Aussiedlern. Ich kenne diese Probleme, dass sie z.B. viel kochen, dass es im Treppenaufgang immer nach Essen riecht. Oder dass sie viel feiern. Aber dass kann man erklären: Essen jeden Tag vorzubereiten, ist sehr preiswert. Feiern ist eine Phase der Euphorie, die sie durchmachen, wenn sie nach Deutschland kommen. Sie haben hier Verwandtschaft. Das wird aber nicht dauern, wenn sie erst schwer arbeiten, werden sie die Energie nicht mehr haben."

An diesem Beispiel, welches fast wie eine Rechtfertigung klingt, wird deutlich, wie wichtig alternative Interpretationsrahmen für Menschen mit Migrationshintergrund sind.

Das folgende Zitat veranschaulicht noch einmal die Hemmungen der einheimischen Bevölkerung, sich mit anderen Menschen auseinanderzusetzen.

„Freiwillig geht keiner auf den anderen zu. Vielleicht ist es die Angst ich kann mich sowieso nicht verständigen. Ich verstehe sie nicht und die reden womöglich über mich, dieses Misstrauen, wo dann von vornherein so'ne gewisse Aggression sogar schon dran ist, die brauchen gar nicht über einen gesprochen haben aber es könnte ja sein... Die können ja über mich reden, das ist ja auch oftmals die Angst. Und die können mich verstehen, aber ich kann sie nicht verstehen..."

Dass diesen Ängsten der einheimischen Bevölkerung oftmals der Versuch der AussiedlerInnen gegenüber steht, sich vor den alltäglichen diskriminierenden Verhaltensweisen und suggestiven Erwartungshaltungen der anderen BewohnerInnen zu schützen, ist vielen etablierten BewohnerInnen des Bezirkes nicht klar. Diese Form der Rückzugs- und Vermeidungsstrategien haben wir bereits im letzten Teilkapitel beschrieben.

## 8.3. Dominanz, ‚Nationale Leitkultur' und ‚Etabliertenvorrechte'

Ein Teil unserer interviewten hob hervor, dass es seitens eines Teils der einheimischen Wohnbevölkerung paradoxe Forderungen und Erwartungen gegenüber den Aussiedlern (und anderen MigrantInnen) gebe. So werde einerseits eine Konformität im Lebensstil gefordert und andererseits Zugehörigkeit, vor allem jedoch Anerkennung, verweigert.

Verbreitet seien z.B. Haltungen, die sich mit folgender Situationsbeschreibung veranschaulichen lassen:

„In manchen Aufgängen gibt es auch Auseinandersetzungen nach dem Motto: Macht Euch doch erst mal eine Gardine vor die Fenster!"

Die Metapher der „Gardine" steht exemplarisch – es geht um die Erwartung von Konformität; seitens eines Teils der Einheimischen wird implizit durch solche Metaphern gefordert, die MigrantInnen/AussiedlerInnen sollten sich anpassen und sich an einer vermeintlichen nationalen ‚Leitkultur' orientieren oder diese gar übernehmen.

Der eigene Lebensstil und im weiteren Sinne die eigene Kultur mit all ihren Normen und Werten wird als Definitionsmacht und Orientierungsmaßstab gesetzt. Auch „Ordnung" und ein spezifisches Sozialverhalten gehören dazu, wie folgendes Beispiel zeigt:

„Bei mir dort in der Ecke..., diese russischen Mitbürger, man begegnet ihnen ja permanent da auf der Straße, ich hab noch nie erlebt, selbst wenn man freundlich grüßt, dass man zurückgegrüßt wird. Das ist einfach so. Ja und wenn ein Deutscher mich nicht grüßt, dann werde ich ihn irgendwann auch nicht mehr grüßen. Sicherlich ist es immer leicht zu sagen "die Russen". Mach ich mich nicht frei von, wenn dann eben an den Mülltonnen alles herumliegt und man gesehen hat, vorher war die Babuschka mit ihrem Kopftuch unten und hebt das eben nicht auf, dann ist man immer geneigt zu sagen "naja, die Russen". Wenn das ein Deutscher macht, reagiert man genauso sauer. Ich meine, diese Zuordnung, wer ist schon dagegen gefeit. Ich nicht, sag ich ganz ehrlich, also mir rutscht das auch immer wieder raus, ist doch ganz klar."

Werden solche Normen von den MigrantInnen, z.B. den AussiedlerInnen, die hier im Sinne eines Ungleichwertigkeitsverhältnisses als „russische Mitbürger", andererseits als „die Russen" und „Babuschka mit dem Kopftuch" bezeichnet werden, nicht eigenständig als richtig erkannt und übernommen, fühlen sich manche ‚Etablierten' narzistisch gekränkt und per selbsternannter Autorität berechtigt erzieherisch einzuschreiten. Die Mechanismen dieses Ungleichwertigkeitsverhältnisses entsprechen alltäglichem Rassismus.

Davon, dass ein Teil der Einheimischen sich „abschottet", ist bei manchen GesprächspartnerInnen die Rede:

„Statt das, was anders ist, neugierig zu betrachten, schottet man sich ab. Nun kommt diese große Bedrängnis gerade in den Ecken wo Menschen sehr dichte bei einander wohnen, also da wo Zehngeschosser stehen, da potenziert sich das noch. Das ist aber ein Phänomen, was die Leute in den Wohnblocks entwickeln und wenn da plötzlich beobachtet wird, dass da Leute kurzfristig oder länger in den Wohnblocks angesiedelt werden und das nimmt zu, dass da plötzlich ein ganzer Block ist, wo nur Russlanddeutsche in die Wohnblocks reingezogen werden, dann bedrängt das die anderen."

Interessanterweise fühlen sich gerade diejenigen, die dann möglicherweise rassistisch agieren oder nur argumentieren bedroht. Sie „fühlen sich dann sehr schnell in ner Minderheitensituation und sagen wo sind wa denn jetzt hier? Das ist doch unsers hier! Wir sind doch schon länger hier! Das ist wie am Strand, wer zuerst sein Handtuch da hinlegt..."

Es geht also eher um Interessenkonflikte bzw. die Konkurrenz um (vermeintlich) knappe Ressourcen und um imaginierte Bedrohungsszenarien, sowie um die damit verbundene Frage nach der Festlegung gesellschaftlicher Ordnung und Unterordnung. Es handelt sich um

demokratierelevante Dominanzkonflikte, die seitens eines Teils der Einheimischen mittels einer impliziten Berufung auf ‚Etabliertenvorrechte'[109] ausgetragen werden.

Weit verbreitet scheint die Vorstellung zu sein, dass die ‚Neuen' (nicht-deutschen) den ‚Etablierten' (deutschen) etwas ‚wegnehmen' könnten, die – sicherlich in vielen Fällen gekoppelt mit Verhaltensunsicherheit - zur „Abschottung" und weiteren negativen Haltungen und Verhaltensweisen führt.

Bedenklich ist, dass dieser negative Zuschreibungsmodus als sehr verbreitet dargestellt wurde in den Gespräche und Interviews. Oft wird an solchen Stellen auch der Begriff der ‚Fremdenfeindlichkeit' oder ‚Xenophobie/Fremdenangst' und Rassismus ins Spiel gebracht.

Ebenso bedenklich ist, dass sich Respekt vor diesen zugewanderten Mitmenschen, verbunden mit Neugier und der Annahme, dass diese möglicherweise nicht notwendig nur Negatives einbringen oder erschaffen, wenig verbreitet war.

Einzelne Interviewten bezogen sich auf die künstlerischen, intellektuellen und wissenschaftlichen Potenziale innerhalb der AussiedlerInnen-Gruppe, die selbstverständlich vorhanden sind.

Eine Initiative von AussiedlerInnen hat den Versuch unternommen, den BewohnerInnen in Marzahn-Hellersdorf diese Potenziale zu zeigen:

„Wir haben festgestellt, dass wir die Akzeptanz von den einheimischen Bewohnern sehr wohl kriegen können, durch verschiedene kulturelle Aktivitäten, dass wir versuchen die Stadtteilbewohner zu überzeugen, dass die Migranten jetzt nicht nur ein Nachteil sind für den Stadtteil, indem verschiedene Künstler, die als Migranten nach Nordwest kommen mit ihrer Kunst überzeugen: das sind nicht nur Säufer oder soziale Problemfälle..., sondern hochbegabte hochgebildete Leute, die ein Gewinn für den Stadtteil sind. Und das ist auch so, dass viele kulturelle Veranstaltungen ohne russlanddeutsche Künstler gar nicht mehr denkbar sind im Stadtteil."

Doch weit verbreitet sind Negativzuschreibungen, die sich auch durch solche Strategien nur schwer oder mitunter überhaupt nicht auflösen lassen. Diese sind in den Einstellungen und in den Verhaltensweisen eines Teils der einheimischen, deutschen Bevölkerung durchaus manifest.

Die Gründe für die Abwertung und Nicht-Anerkennung der AussiedlerInnen durch einen Teil der Wohnbevölkerung können nur in Aspekten der ‚einheimischen' Alltagskultur, in deren Geschichte des Rassismus und den dort entstandenen Mechanismen der Deutung und Interpretation sozialer Situationen liegen.

Aus diesem Grund gehen wir im Folgenden näher auf die in der Alltagskultur kursierenden Bilder und rassistischen Zuschreibungen ein, von denen die AussiedlerInnen betroffen sind und beziehen auch Wirkungen dieser Zuschreibungen auf die MigrantInnen ein, indem wir der Opferperspektive Raum geben

**Zuschreibungen**

Eine Interviewte zählte auf:

"Die kassieren Sozialhilfe. Das sind unsere Steuergelder. Das ist das übliche, das muss ich nicht sagen, das kursiert wirklich überall. Sozialschmarotzer... Die kriegen ja ganze Prachthäuser hingestellt, wenn es nach dem Hörensagen geht... und Diskussionen mit diesem Sozialhilfe ausnutzen und sich bereichern...also das sind so'ne Klischeebilder einfach."

Ein Gesprächspartner aus der Nachbarschaftsarbeit beschreibt:

„Darüber hinausgehende Erfahrungen sind aber die, dass Menschen ohne Kontakt zu ihren Nachbarn zu haben, dass die aber dann beobachten: Aha: die gehen nicht arbeiten, die jungen Leute sitzen einfach unten rum, die fahren alle ihr eigenes Auto, unsere Kinder können sich mit 18 noch kein eigenes Auto leisten, - die haben irgendwo ne Schrottkiste gekauft und fahren damit rum, die Russlanddeutschen z.B. – Aha: Die haben Sozialhilfe, wir müssen arbeiten! Die haben ein Auto, wir nicht! Die haben Markenklamotten, wir nicht! Dass die aber alle bloß eine Hose und ein paar Markenschuhe haben, das nimmt natürlich wiederum der Deutsche nicht wahr. Der sieht bloß: Von der Sozialhilfe können se sich mehr leisten als wir, wo wir arbeiten müssen! Das ist sehr plakativ beschrieben, so nehmen die das wahr, das geht ganz fix! Da kommt man gar nicht so schnell dazwischen."

Die Vorstellung von ‚Etablierenvorrechten' verknüpfen sich hier mit materiellen Wertvorstellungen, die zudem eine rassistische Komponente erhalten: etwas, was einem ‚Deutschen' zusteht, steht einem ‚Nicht-Deutschen' nicht zu. Diesen Vorstellungen wird große Bedeutung eingeräumt und mit der Unfähigkeit/oder dem Unwillen verknüpft, die Perspektive zu

[109] „Etabliertenvorrechte umfassen die von Alteingesessenen beanspruchte raum-zeitliche Vorrang- und Vormachtstellung gegenüber ‚Neuen', ‚Zugezogenen' und solchen, die sich noch nicht angepaßt haben. Heute sind Positionen sichtbar, die die Aufkündigung gleicher Rechte beinhalten, ganz gleich ob es sich um Aussiedler, neue oder zahlenmäßig kleine Minderheiteh oder (anerkannte) Flüchtlinge handelt." (vgl. Heitmeyer 2002:20)

wechseln. Verkürzte und verallgemeinernde Schlussfolgerungen stellen Impulse für weitere Abwertungen dar.

Auch mit anderen Bildern sind Angehörige der AussiedlerInnen konfrontiert. Weit verbreitet sind z.B. die Zuschreibungen der prinzipiellen Gewaltbereitschaft, des exzessiven Alkoholkonsums und des Vandalismus und bei Frauen die sexistische Komponente der Prostitution und Pornographie.

Ein Aussiedler erzählt:

„Man wird immer stigmatisiert, jetzt kommen die her, nehmen uns die Arbeit weg, die kriegen Sozialhilfe, tun nichts, bringen den ganzen Müll hierher, die Russen können sich nicht benehmen, schlagen sich untereinander, saufen und alles so was."

Beispielsweise stellte eine Mutter dar, wie sie angesichts einer Gewalttat rätselte, wer der Täter gewesen sein könne:

„Meine Tochter ist ja auch mal überfallen worden da in Alt-Marzahn und es sind auch Freunde von mir richtig dolle krankenhausreif geschlagen worden, dass sie heimkam und sagt: das waren die Russen. Wo ich sage, woher weißt Du das das Russen waren? Haben die russisch gesprochen? Sie sagte: Das müssen Russen gewesen sein, wer macht das denn sonst? Da war ich erschrocken. Jedenfalls bemerke ich das aber an mir selber auch manchmal, dass – ist wieder was vorgekommen – dass man sagt: Warn wieder die Russen! Oder so was."

Und über ihre Wahrnehmungen der Stereotypen bei Heranwachsenden berichtet eine Sozialarbeiterin:

„Es ging immer um die platte Geschichte „die Ausländer nehmen uns die Arbeit weg, ‚sie' sind die ‚Russen'. Die Mädchen erzählten, wie sie von irgendwelchen Russen angemacht worden sind, auf der Straße, und wie unverschämt das ist. Es ist schon latent vorhanden. Es braucht nur einen kleinen Stubs, um in die oder die Richtung zu gehen"

Interessant ist, wie massiv solche Negativzuschreibungen auch in Marzahn-Hellersdorf auf AussiedlerInnen bezogen werden.

Relevant ist jedoch, die Frage nach den historischen Bezügen solcher Zuschreibungen zu stellen. Diese können hier nicht ausreichend analysiert werden, sollen aber wenigstens kurz angerissen werden mit folgenden Zitaten:

„Das ist sehr subtil, diese Fremdenfeindlichkeit, von Leuten, die harmlos, gutmütig erscheinen, die wie wir alle aussehen, aber in dieser Hinsicht gibt es offenbar etwas, was unter der Oberfläche schlummert und ganz schnell da ist. Also in dem Projekt waren auch zwei Spätaussiedlerinnen beschäftigt, Frauen um 50, die in ihrem Land richtige anerkannte Berufe hatten und froh waren, wieder etwas nützliches tun zu können, und von zwei Frauen wurde da versucht, regelrecht zu mobben. Und zwar immer mit gehässigen, abwertenden Bemerkungen, die im Grunde ihre ideologischen Wurzeln in der Nazizeit hatten. Menschen, die weniger Wert sind, der deutsche schlimme Antikommunismus. Das hat mich erschreckt. Es waren nämlich gelernte DDR-Bürgerinnen, sogenannte...damit muss man immer rechnen. Die in den in den ABM-Projekten beschäftigten deutschen DDR-Frauen hatten offenbar das Gefühl, es muss noch jemand unter ihnen sein. Und ich bin besser. Mit diesem Phänomen wird man sicherlich im Alltag sowohl bei Jugendlichen als auch bei Erwachsenen in Hellersdorf und Marzahn zu tun haben. Obwohl es niemand zugibt. Ich ja nicht, ich bin ja nicht so."

Eine andere Interviewte sieht ebenfalls Bezüge auf die DDR-Zeit:

„Frage: Wie weit würden denn die Leute gehen?"

„Na, das sind die Russen! Ich war ja in dieser Runde wirklich erschüttert, wie die sich zurückentwickelt haben, bestimmte Leute, die so in meinem Alter sind, die überhaupt nicht mehr hinterfragen, warum die hierherkommen. Für die sind das Wirtschaftsflüchtlinge, das sind Assis, das sind Leute, die abhauen, weils dort nischt zu essen gibt und die hier glauben, es ist alles superklasse, die können nischt,... ich hab das in der Runde dann auch gelassen, zu sagen: Woher nimmst Du die Gewißheit dass die Leute nichts auf dem Kasten haben, die hierher kommen? Und woher weißt du nicht, dass das Leute sind, die teilweise ne höhere Bildung haben als du selbst?"

## 8.4. Die Perspektive von Aussiedlerinnen/ ‚Opferperspektive'

In Gesprächen mit AussiedlerInnen wurde mitunter das Problem aufgeworfen, dass die einheimische Medienlandschaft zu wenig über die Hintergründe der Migration der AussiedlerInnen informiert habe. Dies sei ein wesentlicher Beitrag zur Förderung von Ressentiments und Ablehnung in Teilen der einheimischen Bevölkerung. Ein Mitarbeiter eines sozialen Projekts meint

„Irgendwie hat man so das Gefühl, dass über Aussiedler nur Negatives berichtet wird, in der Presse und das wird seinerseits auch die öf-

fentliche Meinung prägen, das Verhältnis zu den Aussiedlern, wie man die Aussiedler aufnimmt [...] und das ist das [...] was dann das auch prägt, das Nebeneinanderleben von den Einheimischen und den Aussiedlern."

Oder:

Beschrieben wurde auch, wie feindliche Haltungen und Ressentiments auf Erwachsene und Jugendliche wirken.

„Das sind solche Alltagsgeschichten.. ich hab das so, Rechtsextremismus, dass jetzt diese Glatzen auf mich eingeschlagen haben, nicht erlebt. Das ist mir erspart geblieben. Aber solche Alltagsgeschichten, wo man als Fremder behandelt wird, als derjenige, der .... Die Reaktion ist immer so: ‚Wir haben so toll gearbeitet, haben einen tollen Staat aufgebaut, haben einen Tisch gedeckt für uns, mit viel Kuchen und jetzt kommen da welche und wollen von unserem Kuchen was abhaben!' Du bist doch nicht wegen des Kuchenessens, du bist doch rübergekommen zu arbeiten, was zu tun und sich eine neue Existenz aufzubauen. Das machen ja auch die meisten. [....] Das man immer gleich pauschalisiert, die kommen alle rüber um was wegzunehmen...!

Frage: „Können Sie mal beschreiben, wie die verschiedenen Gruppen unter den Aussiedlern mit dieser Situation umgehen, welches Spektrum der Verhaltensweisen gibt es da?"

„Viele der Aussiedler kommen ja von den Dörfern, da im Dorf wurde immer geachtet, man soll nicht schlecht über einen anderen reden. Das, was jetzt so in der modernen Gesellschaft verloren geht... In der Anonymität der Städte kannst Du lügen und keiner kann dich überführen. Die (Älteren) haben dann eben eigene Vorstellungen von Moral und Nachrede und wenn sie dann in so eine Gesellschaft reinkommen und nicht angenommen werden, als Schmarotzer die dahergekommen sind, die tun da sehr empfindlich reagieren, fühlen sich sehr verletzt, sehr ungerecht behandelt, besonders schlimm ist das bei der älteren Generation..."

Jugendliche würden anders damit umgehen, erzählt der Interviewte. Entweder würden sie sich verbal und in manchen Fällen auch körperlich gegen solche Stigmatisierungen zur Wehr setzen. Problematisch sei, dass sich dies dann auch als Zuschreibung einer allgemeinen und quasi-selbstverständlich hohen Gewaltbereitschaft in den Medien und im Alltagsdiskurs wiederspiegele. Es werde sofort die gesamte Gruppe der AussiedlerInnen negativ charakterisert – der von uns schon beschriebene klassische rassistische Reflex.

Hinzu kommt, dass neben den im Alltag kursierenden Stereotypen auch weitere, z.B. aggressive Verhaltensweisen der Einheimischen das Nicht-Verhältnis prägen.

In verschiedenen Interviews war wahrzunehmen, dass es eine hohe Bereitschaft in Teilen der Bevölkerung gibt, die normalen sozialen Konflikte – die auf der Grundlage einer rassistisch angelegten Interpretationsfolie beobachtet, erlebt und gedeutet werden - repressiv zu lösen. Zum Beispiel wurde berichtet, dass sich einheimische Hausbewohner mietrechtlich beraten ließen, um gegen ihre Nachbarn vorzugehen.

„Das sind schon Bemerkungen, die kommen dann manchmal schon rüber, insbesondere wenn sich dann Leute an uns wenden, und sagen: Wir brauchen eine Beratung zum Mietrecht. Da komme ich dann mit den Leuten ins Gespräch, warum sie denn Probleme zum Mietrecht haben. Dann sind es oftmals auch nachbarschaftliche Streitigkeiten, wenn man z.B. ich sag mal die laute Musik hat oder so: Ja und die Neuen, die nehmen keine Rücksicht: Und wenn man dann nachfragt dann ist es oftmals eine Aussiedlerfamilie. Das ist ein Stück weit Rassismus, dass ich mit dem, der da eben aus Kasachstan kommt oder wo auch immer her, ich dann einfach auch mal nicht so glücklich bin."

Von anderen GesprächspartnerInnen wurde erzählt, dass Teile der Einheimischen vergleichsweise schnell nach den Instanzen „Polizei" und „Wachschutz" rufen, um Konflikte des Lebensalltags zu regeln:

„...und dann kommt die Polizei und sagt: Passt mal auf, entweder hört ihr auf, oder wir machen hier Schluss. Es ist nicht abhängig von den Aussiedlern, ja selbstverständlich, wenn die laute russische Musik hören kommt es eher zum Ärger als wenn die Einheimischen das machen."

Neben diese Verhaltensweisen wurden auch aggressive Szenen und Handlungen gegenüber AussiedlerInnen im öffentlichen Raum beschrieben. Das betrifft sowohl den Wohnbereich als auch das Wohnumfeld:

„Wenn so eine Familie einzieht, sind die Leute sind verwundert oder unzufrieden. Manchmal vergeht das von alleine, aber manchmal ist es so, dass die Familien ihre Wohnung verlassen und ein anderes Haus suchen. Zum Beispiel, wenn sie sich nicht mehr trauen, auf den Balkon zu gehen. Wenn sie dann irgendwelche Beschimpfungen oder Beleidigungen hören. Oder wenn Zigarettenkippen geschmissen werden. Ich rede jetzt von einem ganz konkreten Fall. Das sind zwei Mädchen, Eltern und sie mussten flüchten. Diese Nachbarn waren sehr laut und aggressiv, haben auch selbst in der

Wohnung gestritten und ihren Ärger an jedem Menschen abgelassen. Ganz konkret: „Russenschweine!"

Ein anderer Interviewter spricht von Beleidigungen gegenüber Familien, die stark bedrohlichen Charakter annehmen:

„Also es gibt schon Beispiel, wo man das auch persönlich mitbekommt, dass der Frust von erwachsenen Menschen gegenüber den Spätaussiedlern relativ groß ist. Also es gibt viele Fälle, wo ich persönlich beobachtet habe, also so vor Einkaufsstellen, wo unsere deutschen Mitbürger sich ja darauf eingerichtet haben, dort ihr Bier aus Büchsen zu trinken, und wenn dann Aussiedler einkaufen gehen, was sie ja meistens in kleinen Gruppen machen, wo man sie von der Straße her schon erkennt, dass es Aussiedler sind, also da kommt es schon zu verbalen Auseinandersetzungen. Nach dem Motto: „Macht Euch nach Hause", „Was wollt Ihr hier", „Ihr nehmt uns unsere Arbeit weg", also das ist mir selber persönlich och schon oft passiert. Und da fragt man sich natürlich, was muss ich denn jetzt machen, muss ich da dazwischen gehen, aber meistens bleibt's beim verbalen Schlagabtausch und die laufen dann weiter und die anderen pöbeln weiter."

**Zwischenfazit:**

Solche Verhaltensweisen wurzeln in den rassistischen Projektionen und Bildern eines Teils der Einheimischen. Oft schwingt die Annahme einer „Zumutbarkeitsgrenze" im Raum, der stereotype kulturelle Vorstellungen zugrunde liegen, als könnte ein Mensch für einen anderen eine Zumutung darstellen. Hier wird deutlich, dass allenfalls in einem historisch festgelegten Dominanzverhältnis der dominante Part, hier also manche Einheimische, eine Zumutung für die als ungleichwertig Betrachteten sind, die Dominanz ertragen müssen. Der Wunsch nach „Sortierung", „Verteilung" hat seine Basis im Bedürfnis andere zu ordnen und zwar *unter* zu ordnen. Ein relevanter Teil der Einheimischen hält weiterhin an der Vorstellung von ‚Etabliertenvorrechten' fest und geht davon aus, einer bestimmten – Weißen und einheimisch-deutschen – Bevölkerungsgruppe anzugehören, die berechtigt sei, die Erziehung anderer (weniger deutscher) Menschen anhand einer ‚Leitkultur' vorzunehmen. Angenommen wird, dass z.B. die Migration der AussiedlerInnen nur manifeste Nachteile bringt. Dass Migration eine Chance für den gesellschaftlichen Fortschritt in all seinen Facetten sein könnte, wird meist nicht erkannt.

**Assimilationsforderungen**

Ein wenig paradox angesichts solcher Prozesse ist es, dass dennoch immer wieder die Erwartung und Forderung artikuliert wird, die AussiedlerInnen sollten sich „integrieren".

„Sie [die Aussiedler] sagen, ich komm hier her, aber ich integriere mich nicht. Und da kommt dann bei vielen die Frage auf, warum kommen sie hierher? Und dann haben wir wieder den Punkt, wo wir sagen, na ja, die Migranten bekommen ja auf dem Sozialamt viel mehr Geld als wir. Denen geht es ja hier auch viel besser. Da spielen diese Probleme mit rein, einmal dass es Unverständnis ist, auf Seiten der deutschen Sozialhilfeempfänger, aber auch die andere Seite, dass sie es täglich erleben, dass sie sich nicht integrieren wollen. Nicht einmal in der Straßenbahn reden sie deutsch, sie reden überall russisch."

Es werden immer wieder grundsätzliche Fragen über die ‚Integrationsbereitschaft' der MigrantInnen aufgeworfen – der paradoxe Aspekt dabei ist, dass vielfach jedoch die Anerkennung seitens der Einheimischen verweigert wird. Und ausgeblendet wird dabei, dass die AussiedlerInnen bereits beträchtliche Integrationsleistungen von ihrer Seite erbringen, indem sie sich auf die Aufnahmegesellschaft, ihre Strukturen und Geflogenheiten einstellen.

Insbesondere der Gebrauch einer weiteren Sprache – für viele Menschen oft eine zweite, zusätzliche Identität, die nicht in eine andere Sprache übersetzbar also übertragbar ist– wird von Einheimischen als Angriff verstanden, der nicht gestattet ist.

Die wahrzunehmenden Haltungen verweisen auch auf ‚Assimilationsforderungen', die das Verschwinden einfordern. Von den Zuwanderern, den AussiedlerInnen wird erwartet, dass sie sich in der Mehrheitskultur ‚auflösen' und damit so gut wie unsichtbar werden. Ein starker Homogenitätszwang wird deutlich – Vielfalt scheint es nicht zu geben dürfen.

„Ne gute Bekannte von mir kommt aus Russland. Sie lebt aber schon 10 Jahre hier. Sie spricht perfekt deutsch, gut sie ist auch mit einem Deutschen verheiratet und trotz allem...bei Familienfeiern usw. die ist hier in Deutschland auch froh und glücklich, wenn sie russische, ehemals russische Mitbürger kennenlernt mit denen sie auch privat verkehrt, dann kann sie nach Herzenslust russisch reden und ... fühlt sich pudelwohl."

Insbesondere in den Gesprächen im ‚Siedlungsgebiet' ist uns aufgefallen, wie stark entweder Vorstellungen von ‚Separation' oder von ‚Assimilation' vertreten sind:

Im Siedlungsgebiet sei die „Welt noch in Ordnung" war zu hören.

A: „Solange ich nicht daneben wohne...Solange sie mir nicht über den Weg laufen...Ich bin nicht gegen Ausländer, aber sie sollen weit weg sein..."

B: „Soweit würde ich nicht gehen. Aber sie sollen sich, wenn sie dann hier wohnen, anpassen, und sollen sich ordentlich benehmen, ich denke dass ist der Grundtenor. Und ob das jetzt ok ist?"

A: „Soweit kann es auch nicht gehen. Es gibt ja hier keine Ausländer. Die Konfrontation ist ja nicht da [...]"

B: „Wenn sich eine türkische Familie ein Haus und ein Grundstück kauft und die ziehen ein, ja dann werden die bestimmt auch gegrüßt und...

B: Aber nur, wenn sie sich "entsprechend" benehmen."

## 8.5. Dimensionen von Integration

Sehr deutlich wird in diesen Schilderungen noch einmal, wie eindimensional das Verständnis von Integration und wie wenig etabliert ein Verständnis von interkultureller Entwicklung oftmals ist. Aus diesem Grund fügen wir an dieser Stelle einen kleinen theoretischen Exkurs ein, der deutlich macht, welche Ebenen von Integration eigentlich in der Wissenschaft zur Zeit differenziert werden.

| Integrationstyp | Integrationsaspekt | Ebene |
|---|---|---|
| Institutionell funktionale Systemintegration | Gleiche Staatsbürgerliche Rechte | EU/Nation |
| Individuell-funktionale Systemintegration | Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt, sowie zu Bildungseinrichtungen (ökonomisches und institutionalisiertes kulturelles Kapital | Stadtregion |
| Kommunikativ-interaktive Sozialintegration | Teilhabe an öffentlichen Angelegenheiten, Sicherung der Grundnormen | Stadtregion/Quartier |
| Expressiv-kulturelle Sozialintegration | Binnenintegration in Gemeinschaften und Anerkennung dieser Gemeinschaften (soziales Kapital) | Quartier |
| Kognitive Individualintegration | Sprache, Fertigkeiten, Verhaltenssicherheit, Normenkenntnis und Situationserkennung in der Aufnahmegesellschaft (kulturelles Kapital der Aufnahmegesellschaft) | Individuum |
| Identifikative Individualintegration | Überwindung der ausschließlich eigenethnischen und Akzeptanz der fremdethnischen zugehörigkeitsdefintion sowie Loslösen von eigenethnischen Bräuchen und Akzeptanz fremdethnischer Bräuche (Akzeptanz ethnisch-spezifischen kulturellen Kapitals) | Individuum |

Integrationsebenen (nach Anhut & Heitmeyer 2000/ Dangschat 2000)

Das Schema verdeutlicht die relevanten Ebenen und sollte als wechselseitig interpretiert werden. Integration ist immer eine Herausforderung für alle beteiligten Seiten, im Grunde jedoch am stärksten für die etablierte westliche Gesellschaft, für die ihre tradierten rassistischen Einstellungspotentiale – sofern damit keine Auseinandersetzung erfolgt – ein langfristiger Standortnachteil sein werden.

**Fazit**

Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf stehen AussiedlerInnen vor den Problemen des alltäglichen und manifesten Rassismus und vor verschiedenen anderen Problemlagen. Zunächst einmal vermittelt sich der Eindruck, dass relevante Teile der einheimischen Bevölkerung AussielderInnen mittels rassistischer Erklärungen ablehnen. Dabei wird Integration einerseits als Assimilation verstanden und andererseits abgelehnt. Es sind deutliche Trends einer Separierung in den Sozialräumen und Nachbarschaften bzw. einer rassistische Unterlegung von Konflikten mit starren Zuschreibungen wahrnehmbar.

Solche Prozesse sind als prinzipielle Verhinderung für das demokratische und friedliche Zusammenleben im Bezirk zu betrachten. Besonders gefährlich ist die immer wieder auftretende Formulierung von ‚Zumutbarkeitsgrenzen', die unter anderem in eine Anhängerschaft für populistische (Wahl-)propaganda münden kann.

Besonders bedenklich ist, dass Kinder und Jugendliche mittlerweile in eine Lebenswelt hineinwachsen, die von diesen alltäglichen Rassismus und seinen Prozessen gekennzeichnet ist, der generationenübergreifend und im konkreten Verhalten vermittelt wird.

# 9. Sozialpolitische Dimensionen – Sichtweisen auf Demokratie - Alltagskultur

## 9.1. Theoretische Einleitung

**Rechtsextremismus als Resultat der dynamischen Interaktion verschiedener Faktoren - Ein Diskussionsvorschlag.**

Rechtsextremismus hat verschiedene Erscheinungsformen und komplexe Ursachen. Beiträge zu den Phänomenen und den ihnen zugrundeliegenden Ursachen gibt es aus den Politikwissenschaften, der Soziologie, aus Psychologie und Kulturwissenschaften. Durch repräsentative Studien und Fallstudien wurden in der Vergangenheit ausschnittartig zahlreiche Einzelaspekte beleuchtet. Die Reichweite des Erklärungsgehaltes der vorliegenden wissenschaftlichen Analysen ist sehr unterschiedlich. Hervorzuheben ist jedoch, dass es in den Sozialwissenschaften mittlerweile eine grundsätzliche Einigkeit gibt, dass Rechtsextremismus als „Resultat einer dynamischen Interaktion" verschiedener Faktoren zu begreifen ist. Benannt werden dabei längerfristig und situativ wirkende Faktoren.

Zu den ersteren gehören z.B. „antidemokratische Elemente in der politischen Kultur", „das Fort- und Nachwirken des Nationalsozialismus", „Auswirkungen des sozialen Wandels". Als situative Faktoren werden „Umbruchsituationen im ökonomischen, sozialen oder politischen Bereich" genannt, aktuelle politische Konstellationen, öffentliche Debatten und das Handeln politischer Akteure. (vgl. Funke 1995; Stöss 1994; Kemper/Klier/Funke 1998; Heitmeyer 1993)

Durchgängig werden als ein zentraler Faktor auch die Eigenaktivitäten rechtsextremer Akteure genannt, wie sie in dieser Studie bereits analysiert worden sind.

Auch die Kommunalanalysen des Zentrum Demokratische Kultur haben sich in der Vergangenheit vorrangig mit den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in ihrem konkreten sozialen Kontext befaßt.

Für folgendes Kapitel wählen wir einen Ansatz, der bisher in unseren Kommunalanalysen eher wenig ausgearbeitet wurde. Es handelt sich daher um eine Anregung zur Diskussion, die gerne auch kritisch reflektiert werden kann und soll.

Erfahrungen zeigen, daß es für Prozesse der Demokratieentwicklung hilfreich und wichtig sein kann, den Blick – ausgehend von den unmittelbaren Phänomenen – ein wenig in die Tiefe zu lenken und sich die Frage zu stellen: Wie kommt es eigentlich zu dieser Situation? Welche Bedingungen, Faktoren und Voraussetzungen tragen dazu bei? Erst in jüngster Zeit werden im Rahmen quantitativ angelegter Forschungsprojekte politikwissenschaftliche, soziologische und sozialpsychologische Erklärungskonzepte und Zusammenhänge systematisch geprüft. Es zeigt sich deutlich, daß es ausgesprochen kompliziert ist, tragfähige Antworten zu finden.

Anspruch des folgenden Kapitels ist es nicht, allgemeingültige Antworten zu geben, sondern wir wollen uns dem Problem der Bedingungsgefüge und Zusammenhänge annähern, die in der Entwicklung von Rechtsextremismus zur Geltung kommen.

Wir werden Fragen stellen und Hypothesen zur Dynamik von Alltagskultur und gesellschaftlichen Prozessen in Marzahn-Hellersdorf entwickeln. Über diesen Weg kann es möglich werden, auch einige Erkenntnisse herauszuarbeiten, die für ein Verständnis der Bedingungen von Rechtsextremismus relevant sind.

Bevor wir diese Herausforderung angehen, möchten wir wiederum Transparenz über unsere Methode schaffen:

Die grundlegende These, daß Rechtsextremismus das „Resultat einer dynamischen Interaktion" verschiedener Faktoren sei, liegt der Auswertung des empirischen Materials zugrunde. Ausgehend davon entwickeln die AutorInnen eigene Hypothesen und berücksichtigen auch subjektive Theorien ihrer GesprächspartnerInnen. Zwischenfazits werden im Text als solche gekennzeichnet und partiell werden auch Erkenntnisse vorliegender Studien herangezogen, um die Hypothesenentwicklung zu fundieren.

## 9.2. Sozialer Wandel und Migration

*„Wir haben hier das größte Plattenbaugebiet Europas, das ist also wirklich zweigeteilt, im Süden das Siedlungsgebiet und im Norden Plattenbau."*

In den Interviews wurden einige Aussagen zu grundlegenden sozialstrukturellen Entwicklungen von den 90ger Jahren bis in die Gegenwart vorgenommen. Dieser starke soziale Wandel resultiert für Bürger und Bürgerinnen in die Notwendigkeit einer Flexibilisierung der Lebensplanung und in weitreichende Veränderungen sozialer Beziehungen:

Ein in der Bezirkspolitik aktiver Interviewter resümiert:

„Wir mußten feststellen in der letzten Zeit, daß wir noch immer sehr starke Wegzugs- und Zuzugsbewegungen haben. Wegzug von Familien, die es sich – oberflächlich betrachtet – leisten können wegzuziehen, die ins Siedlungsgebiet ziehen oder aus dem Bezirk rausziehen oder eben auch zur Arbeit ziehen. Wir haben nach wie vor hier keine Wirtschaft, keine Industrie, keine Arbeitsplätze, keine Ausbildungsplätze. Also junge Menschen gehen eben auch dahin, wo die Arbeit ist. Wir haben einen Zuzug von Familien mit vielen Kindern, von sozial geschwächten Familien aus anderen Stadtbezirken, aus anderen Bundesländern."

Ein anderer Bezirkspolitiker meint:

„Es gibt immer zwei Wege: entweder Sie haben sich soviel Geld angespart, dass Sie in das Siedlungsgebiet ziehen und sich dort ein Haus bauen, oder in den Speckgürtel gehen, weil dort die Grundstückspreise besser sind. Oder der zweite Weg ist dann, im Bezirk umzuziehen. Die Wohnungsbaugesellschaften, die machen ja auch viel, um das Wohnen im Bezirk attraktiver zu machen."

Im Sozialindex des Bezirkes ist ein in Teilen gravierendes sozioökonomisches Nord-Süd-Gefälle festzustellen. Interviewte hoben hervor, daß sich die „wirtschaftliche Gesamtsituation" in Biesdorf, Mahlsdorf und Kaulsdorf „nicht so bemerkbar" mache. Vergleicht man die Plattenbaugebiete mit den Siedlungsgebieten könne derzeit noch davon ausgegangen werden, daß dort materiell bessergestellte Teile der Bevölkerung leben.

Etwas pointiert erzählt eine Sozialarbeiterin über die Lehrkräfte an ihrer Schule:

„Die Leute, die Geld haben, ziehen weg. Das sieht man an den Lehrern hier. Die haben alle ihre Häuschen, sind alle am Bauen, haben keine Zeit, etwas anderes zu machen."

Und ähnlich pointiert, meint ein Interviewter über die Reaktionen vieler Bezirkspolitiker, wenn Probleme des Bezirks angesprochen werden:

„Ich quatsch halt mit Leuten, dann sagen die wirklich: Ihr macht den Bezirk schlecht etc. Das Problem dabei ist natürlich auch, dass die Bezirkspolitiker alle im Siedlungsgebiet wohnen. Klar, ist natürlich etwas besser!"

Verschiedene GesprächspartnerInnen deuteten an, dass es eine starke Identifikation eines Teils der Bevölkerung mit ihrem jeweiligen Stadtteil gibt.

„Die identifizieren sich mit einzelnen Stadtteilen. Marzahner, Biesdorfer, Hellersdorfer, Mahlsdorfer und Kaulsdorfer. Und das hängt vor allem damit zusammen, dass die zum Teil schon Generationen hier wohnen."

Andere Interviewte beschreiben das Lebensgefühl im Siedlungsgebiet ein wenig detaillierter:

„Ein Vergleich der Siedlunggebiete mit anderen Gebieten des Bezirkes, wie Hellersdorf, ist nicht möglich. Die Menschen, die hier wohnen, kennnen sich alle untereinander. Es kennen sich sowohl die Alten als die Jungen, weil sie alle zusammen hier.gross geworden sind. Neue, die dazugezogen sind, die hier ihre Häuser haben, kommen aus der Stadt. Sie wollen ihre Ruhe haben...Also, ja, es wohnen viele Familien hier, wo die Welt irgendwo noch in Ordnung ist. Man muss sich auch nicht mit der Aussenwelt auseinandersetzen. Man lebt in seinem Gärtchen und was aussen herum passiert, geht einen nichts an."

Über die Identitfikation mit dem Wohnort oder dem Stadtteil meinten andere Interviewte aber auch, daß diese kaum noch existiert:

„Die Leute haben das Gefühl, dass da kein Zusammenspiel mehr ist. Jeder verfolgt nur noch seine eigenen Interessen, mit denen er am meisten Schlagzeilen machen kann."

Dennoch wird immer wieder angedeutet, daß insbesondere der älteren Teil der Bevölkerung, der den Bezirk wachsen sah, sehr sensibel auf negative Veränderungen reagiert.

Interviewte Fachexperten signalisierten auch, daß „Nord" und „Süd" in Zukunft vermutlich gleichzusetzen sein werden: auch im Siedlungsgebiet seien stärkere soziale Belastungen zu erwarten und vielleicht gebe es sogar einen Rückzug in die Großsiedlung mit ihrem teilweise günstigeren Mietspiegel.

Ein interviewter Bezirkspolitiker geht auf aktuelle und zukünftige Problemlagen ein:

F: „Was würden Sie sagen, was sich für neue Problemfelder in der nächsten Zeit für den Bezirk abzeichnen?"

A: „Es gibt Kieze, die entmischen sich sozial so furchtbar, dass da eben richtige Sozial-Problem-Kieze entstehen. Das ist aber für einige Gebiete schon einige Jahre lang im Gange."

F: „Welche Kieze sind denn das"

A: „Marzahn-Nord ganz stark, Marzahn-West ganz stark. In Hellersdorf, vermute ich, kommt diese Entwicklung zeitverzögert, etwas später, aber sie kommt hier auch. Das ist ein Problem, was zunehmen wird, verbunden mit Wohnungsleerstand, der ja so ungefähr bei 15 Prozent liegt, mit steigender Tendenz. Da laufen

ja schon einige Abriss- und Umbauprojekte, was auch dazu beiträgt, dass viele denken: ‚Die Platte hat keine Zukunft!', was psychologisch unter Umständen auch noch dazu beiträgt: ‚Wir ziehen hier weg!'"

Für Marzahn-Nord wird der Wandel in der sozialen Struktur von einer Sozialarbeiterin wie folgt konkretisiert:

F: „Haben Sie Vorstellungen von der Zukunft des Stadtteils? Welche Problemlagen könnten sich verschärfen? Wie sieht es in 5 Jahren aus? Was sieht positiv aus?"

A: „Viel hängt vom Stadtumbau ab. Der Stadtteil hat ein Viertel seiner Bevölkerung verloren. Der Trend lässt sich nicht aufhalten. Besserverdienende ziehen weg. Familien mit großen Problemen ziehen aus Innenstadtgebieten her. Viele wohnen gerne hier. Der Stadtteil hat viele Ressourcen, z.B. das viele Grün. Ich denke aber, es wird schwieriger werden. Auch das Geld ist weniger geworden .Es gibt weniger Angebote für Kinder und Jugendliche."

Und aus dem Bereich einer Freizeiteinrichtung ist für diesen Stadtteil folgendes zu vernehmen:

F: „Marzahn Nord hat ja viel Wegzug. Merken Sie das hier in der Einrichtung?"

A: „Aus meiner Sicht wird unsere Einrichtung von Kindern aus finanzschwachen Familien besucht. Unsere Angebote sind zum großen Teil kostenlos. Ich denke, dass es ein Wegzug der Besserverdienenden ist. Die, mit denen wir zu tun haben, werden hierbleiben, weil die Mieten im Vergleich zu anderen Stadtbezirken günstiger sind."

F: „Bekommen Sie auch mit, dass neue Leute hier in die Gegend ziehen?"

A: „Ja, aus dem Prenzlauer Berg haben wir eine Familie, aus Kreuzberg... Aber das sind oft ‚Mietflüchtlinge'. Das ist wirklich so ein Ausdruck, den ich ganz furchtbar finde. Die wurden aus ihren Wohnungen rausgeklagt oder dort wurde luxussaniert. Sie haben viele Kinder. Das ist wichtig für diese Region: Es gibt hier noch Familien, die 5,6,7 bis 13 Kinder haben. Dafür ist dieses Gebiet bekannt."

Der Umgang mit sozialen Problemen sei sehr ambivalent, heben manche Interviewten hervor. So ließen sich viele Leute sehr stark von kollektiven Negativstimmungen leiten, während es auch ein allgemeines „Festhalten" am Bild des „Vorzeigebezirks" gebe:

„Marzahn Hellersdorf sollte so ein Vorzeigebezirk in der DDR sein: Plattenbauten, alle waren glücklich. Das wurde immer so fortgeführt. Also da merkt man, wie stark das immer noch ein Vorzeigebezirk sein soll, in dem es eigentlich keine Probleme gibt. Und daraus resultiert eben, dass man das auch nicht wirklich wahrhaben will, dass man hier mehr Probleme hat als woanders."

Doch natürlich hat sich auch die sozialkulturelle Struktur in den letzten 10 Jahren sehr ausdifferenziert. Ein Jugendlicher meint humorvoll:

„Es gibt halt verschiedene Realitäten. Also es ist in Teilen sehr miefig, irgendwie, wenn dann der Sachse der früher, naja beim Dienst war, in seinem Neubau, in seinem schönen Plattenbau wohnt und da auch nicht mehr weg will, weil er glücklich ist. Also es gibt so die 40-50jährigen, noch vom Osten, so Überbleibsel, die sehr sehr bürgerlich sind. Und dann gibts halt sone alternative Jugendszene, so Bands etc."

Bezüglich sozialer Lebenslagen gebe es mittlerweile auch zwischen den einzelnen Sozialräumen (also innerhalb der Stadtteile) starke Unterschiede:

Für Marzahn-Mitte skizziert eine Sozialarbeiterin:

„Es gibt verschiedene Sozialräume im Stadtteil, die sehr unterschiedlich sozial belastet sind. Das ist auffällig. So ein Gefälle von oben nach unten."

Konkret heißt es weiter:

„Marzahn Mitte ist einer der größten Stadtteile mit ner starken Besiedelung. Es gibt dort noch nicht solchen Leerstand, wie in anderen Stadtteilen, mit nem andauernden Zuzug der letzten zwei Jahre, Neuzuzug von Aussiedlerfamilien aber auch von jungen Leuten, die mal weggezogen sind von ihren Eltern, die zurückkehren in den Kiez. Das ist ne sehr bemerkenswerte Sache."

Unter den Zurückziehenden seien auch viele alleinerziehende Mütter.

Für manche Stadtteile zeigt sich eine starke Differenzierung der Mietspiegel: sanierte Gebiete mit höheren Mieten würden durch unsanierte oder wenig sanierte mit geringeren Mieten abgelöst. Auch Veränderungen in den Mieten tragen zu sozialstrukturellen Ausdifferenzierungen und deutlicher werdender sozialer Polarisierung in den Stadtteilen bei:

Aus Hellersdorf-Nord heißt es auf die Frage:

F: „Sehen Sie für die nächsten Jahre neue Problemfelder, die hier in Hellersdorf akut werden könnten?"

A: „Absolut. Es wird eine Verslumung stattfinden. Mit hundertprozentiger Sicherheit. Die

Leute, die Geld haben, ziehen weg. Es ziehen zunehmend Leute zu, die [anderswo] in ihre sanierten Wohnungen nicht mehr rein können, weil sie es einfach nicht mehr bezahlen können. Es sind ja [hier] keine Sozialwohnungen, aber es werden auf die Dauer welche werden. Sie gehen schon mit den Mieten unheimlich runter. Sie geben schon Mietbindungen auf 5 Jahre."

Verschiedene Interviewte deuten die Herausbildung „sozial privilegierter Inseln" an; Orte, von denen aus die soziale Polarisierung nicht so wahrnehmbar ist.

Pointiert meint eine Bürgerin:

„Landsberger Tor - da wohnen ja sozial Privilegierte, das ist ne Insellage, wo du sowas nicht mitkriegst."

In anderen Interviews wurde verdeutlicht, daß die Entwicklung mancher sozialen Räume zu „Brennpunkten" das „individuelle Lebensgefühl natürlich auch prägt". Eng damit verknüpft ist die Frage nach sozialer Infrastruktur:

F: „Welche Probleme würden Sie denn so nennen, die Ihnen bei Ihrer Arbeit hier im Bezirk begegnen?"

A: „Also, das Hauptproblem ist die Finanznot. Das betrifft natürlich die gesamte Stadt Berlin, aber das ist hier im Bezirk noch etwas extremer. Und da gibt es ein Problem, weil alle Kultur- und Jugendeinrichtungen – ich überspitze das mal – im Prinzip geschlossen werden, nicht viel übrigbleiben wird und das kann schon zu zusätzlichen Problemen führen im Bereich der Jugend. Bildungsmäßig, wenn die Bibliotheken schließen, ist das auch ein Problem."

Interessant ist jedoch, daß einzelne Interviewte hier auch Chancen drin sahen. Beispielsweise hiess es

„Durch das Wegbrechen von Infrastruktur werden die Leute hier mobiler." Und: „Ich denke auch diese Mobilität - das ist auch demokratiefördernd, weil man ja auch neue Gebiete erforscht, weil man selber irgendwo geschützt werden will und dadurch auch mehr Verständnis für andere entwickelt."

**Migrationsbewegungen**

In geringem Umfang seit der DDR und in wachsendem Maße seit den 90ger Jahren hat es auch durch Migrationsprozesse eine Pluralisierung der Bevölkerungsstruktur gegeben. In der der Bevölkerung gibt es verschiedene MigrantInnengruppen:

Ein in der Migrationsarbeit Aktiver resümiert:

„Man geht davon aus - weil die Aussiedler ja gleich die deutsche Staatsbürgerschaft kriegen und nicht in einer besonderen Statistik geführt werden - dass es ungefähr 20 000 Migranten aus der ehemaligen SU gibt: die Aussiedler. Die zweitgrößte Gruppe sind die russischsprachigen Ausländer, die mit den Aussiedlern mitkommen und die aus der ehemaligen SU als Eheleute rübergekommen sind nach Deutschland oder als jüdische Kontingentflüchtlinge. Die drittgrößte Gruppe sind die Vietnamesen, die als Gastarbeiter in die ehemalige DDR gekommen sind. Man geht von 900 bis 1200 aus im ganzen Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Und dann kommen die Gruppen aus Polen, aus Bulgarien, aus Kuba, ehemalige Exilanten aus Chile.... mit der Zeit auch türkische Migranten..."

Die quantitativ größte Minderheit der Migranten sind in Marzahn-Hellersdorf also die Aussiedler, von denen sich viele in Marzahn-Nord und Marzahn-Mitte niedergelassen haben.

**Zwischenbemerkung**

In der Auswertung des Materials zeigt sich, dass der Bezirk in den 90ger Jahren von rapiden sozialstrukturellen Veränderungsprozessen gekennzeichnet war - von Abwanderungs- und Umzugsbewegungen - die teilweise noch immer andauern.

Innerhalb der Stadtteile, wie auch im Nord-Süd-Verhältnis (Siedlungsgebiete-Großsiedlungen) ist eine soziale Spaltung deutlich wahrnehmbar. Bezüglich des Anteils nicht-deutscher Personen liegt Marzahn-Hellersdorf mit 3,1 % weit unter dem MigrantInnenanteil anderer Berliner Bezirke. Allerdings sind die SpätaussiedlerInnen als deutsche Staatsbürger statistisch nicht erfaßbar. Auch sie befinden sich aufgrund der Migrationssituation in einer spezifischen Lebenslage, die auch mit Verunsicherungen einhergeht. Anzunehmen ist außerdem, dass diese Wandlungsprozesse auch bei einem erheblichen Teil der ‚einheimischen' Bevölkerung' mit Umstellungsanforderungen verbunden sind. Auch ihnen werden im Alltag nun „interkulturelle Kompetenzen" abverlangt.

## 9.3. Soziale Lagen – Anerkennung - Demokratievertrauen

Auf die Frage nach wesentlichen Problemen im Leben ihrer jeweiligen Zielgruppe haben die Interviewten durchgängig soziale Probleme hervorgehoben, wie z.B. die Erfahrung von zeitweiligem oder dauerhaftem Ausschluß vom Arbeitsmarkt, die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, eine abnehmende soziale Si-

cherheit, die Verschlechterung des Lebensstandards etc.. In einigen Sozialräumen manifestieren sich solche Probleme besonders stark.

Aus Hellersdorf Nord ist zu hören:

„Was sich sehr verändert hat ist der Lebensstandard, d.h. auch durch den Euro sind die Familien ärmer geworden und man merkt das auch."

Nur selten wurde von den Interviewten allerdings darauf eingegangen, dass sozial prekäre Lebensverhältnisse sowohl Teile der einheimischen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund als auch viele MigrantInnen betreffen:

F: „Was sind nach Ihrer Auffassung in Zukunft die Probleme in diesem Bereich, die eine große Rolle spielen werden?"

A: „Also das Problem, das das gravierendste für alle ist, das ist die Arbeitslosigkeit. Und die soziale Entwicklung...Sozialgesetzgebung, die die unteren Schichten immer mehr zur Kasse bittet. Und hier in diesem Stadtteil wohnen schon viele Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose. Denen wird es noch schlechter gehen. Und die werden noch mehr isoliert werden. Wenn ich nicht mal mehr das Geld habe, zum Arzt zu gehen, weil ein Arztbesuch 15 Euro kostet... Es gibt viele Menschen hier im Bezirk, die hätten das Geld nicht. Das wird neue soziale Probleme und Unzufriedenheiten schaffen. Ich würde hier keinen Unterschied mehr machen zwischen Migranten und Deutschen. Mittlerweile, gucken Sie, die aus Jugoslawien kommenden Menschen, die leben schon Jahre hier. Die Russlanddeutschen sind schon Jahre hier. Die sind dabei sich zu integrieren. Die sind da, die leben mit uns. Die werden genauso getroffen sein, wie alle anderen Bürger auch, die hier leben. Das Hauptproblem wird sein, dass es allen schlechter gehen wird, sozial schlechter."

Ein Hellersdorfer Bürger merkt jedoch kritisch an, dass sich viele Menschen durch Negativstimmungen leiten ließen:

„Es gibt ein großes soziales Gefälle im Bezirk. Das Durchschnittseinkommen im Bezirk ist ziemlich hoch. Gleichzeitig kriegen so viele Leute Sozialhilfe und haben viele Kinder. Und vom Gefühl denken die Leute dann: Uns geht's schlecht. Das wird ja auch jeden Tag in den Nachrichten verbreitet: Uns geht's schlecht. Sowas färbt ab: Stimmungsmache und dann Vorurteile: Hellersdorf und sein Image: Die Eltern sind zu arm, ihrem Kind ein Essen zu kochen. Und man glaubt das dann auch. Sicherlich sind manche Eltern nicht in der Lage ihrem Kind ein Essen zu kochen, aber das liegt nicht daran, dass sie zu arm sind."

Festzuhalten ist dennoch, dass viele Menschen von den aktuellen sozialpolitischen Entwicklungen stark betroffen sind und dass es dabei Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gibt. Eine Interviewte aus Marzahn-Mitte schildert ihre aktuelle Wahrnehmung von Aussiedlerfamilien und meint, dass sich hier die besonderen Belastungen durch den Migrationsprozess mit sozialen Lagen verknüpfen:

„Die Familien werden sozial immer schwächer. Das ist für alle Seiten nicht leicht, vor allem für die Kinder. Manchmal bleiben Elternteile dort [in der ehemaligen Heimat, Anm.d.V.), weil sie nicht nach Deutschland wollen. Das ist eine Zerreißprobe, die die Kinder kaum verkraften."

F: „Dass die Familien sozial schwächer werden, bezog sich das speziell auf die Aussiedler?"

A: „Das habe ich gemeint. Aber die Struktur ändert sich auch bei den Einheimischen. Es gibt immer mehr Sozialhilfeempfänger oder Arbeitslose. Was die Aussiedler angeht, ist das schon fast normal. Normal sollte man nicht sagen... Die mobilsten, die Leute, die flexibel sind, sind schon lange weg [aus Rußland/GUS, Anm.d.V.]. Jetzt kommen diejenigen, die lange gezögert haben, die sich nicht sicher waren, ob sie das wollen, aber auch, ob sie das finanziell können."

Für ein differenziertes Verständnis der Entwicklungen im Bezirk und der darauf bezogenen Verarbeitungsweisen in der Bevölkerung ist darauf hinzuweisen, dass ein Teil der hier lebenden Erwachsenen wesentliche Sozialisationserfahrungen in der DDR gemacht hat. Für einen Teil dieser Menschen war die Zeit der Wende und Nachwende nicht nur mit einem Zugewinn an Freiheit, sondern auch mit der Entwertung der eigenen Berufsbiographie verbunden, sowie mit einem Verlust von sozialer Sicherheit. Sie sind insofern mit einer ambivalenten Situation konfrontiert.

Mit der Verunsicherung hinsichtlich der Zugangschancen zu gesellschaftlich relevanten Teilsystemen (Arbeit, Bildung etc.), den wahrgenommenen Risiken sozialen Abstiegs und der Ungewißheit über die Zukunft konstruktiv umzugehen, sei eine Anforderung, der viele Menschen nicht gewachsen seien. Kompetenzen in diesem Bereich hängen ganz wesentlich von den biographisch erworbenen Selbstwirksamkeitsüberzeugungen ab. Hier gibt es wenige ‚Traditionen'.

Einige Bezirkspolitikerin spricht die daraus resultierenden Herausforderungen direkt an:

„Wir haben eben nicht die starke Familie, sondern die Familie mit DDR-Sozialisation, die

erstmal mit Unsicherheit und Angst vor Verlust von Arbeitsplatz umgehen lernen muß."

Als Kontrast dazu sei die Position eines interviewten Abgeordneten genannt, der Eigeninitiative und Selbstverantwortung von den betroffenen BürgerInnen fordert:

„Ich sage mir schon: Eigeninitiative ist Pflicht! Also jetzt, wo der Sozialstaat sein wahres Gesicht zeigt und uns immer weniger bieten wird, führt am Weg der Eigeninitiative überhaupt nichts vorbei!"

Einschränkend ergänzt der Interviewte dann jedoch:

„Aber natürlich setzt „Sollen" immer „Können" voraus und wir haben nicht immer Leute, die aufgrund ihres Bildungsniveaus auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden. Und um solche Personen und andere sich zu kümmern, ist natürlich notwendig."

Angedeutet wird im Material ein hohes Maß an Enttäuschung bei den „Einheimischen":

„Viele Leute hier sind frustriert. Die sehen keine Perspektive für die Zukunft mehr. Sie haben mal hier nen Beruf gelernt und sie hatten vorher ne Arbeit, dann kam die Wende und sie hatten auf einmal keine Arbeit mehr. Oder sie waren ungelernt, haben ne Unmschulung gemacht, nach der Umschulung haben se nicht mal nen neuen Job bekommen oder sie arbeiten heute für 80% wo andere eben 100% kriegen. Und das ist unfair für sie."

Das verweist auch auf einen Mangel an Anerkennung, der sich im Lebensgefühl wiederspiegelt. Bei solchen Betrachtungen geht jedoch oft unter, dass Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund an vielen Punkten ebenso und oft noch viel stärker von Ungerechtigkeit betroffen sind. Für den Umgang mit sozial prekären Lebenslagen sind die angebotene Struktur und die Verhaltensweisen der Aufnahmegesellschaft besonders relevant: gibt es eine Anerkennung oder nicht? Ein Interviewter aus einem Beratungsprojekt schilderte Beobachtungen aus seinen Begegnungen mit Aussiedlern:

„Viele Migranten leiden darunter, dass sie hier nicht die gleiche Anerkennung finden, wie in ihrem eigentlichen Land, wo sie herkommen sind. Es gibt ganz viele Ärzte z.B., die aus der ehemaligen Sowjetunion gekommen sind und hier nicht wieder in ihrem ärztlichen Beruf arbeiten dürfen, weil entweder die Ausbildung nicht anerkannt wurde oder die Sprachkenntnisse nicht ausgereicht haben und die dann zum Teil noch mal nachweisen müssen, dass sie überhaupt medizinisch ausgebildet sind. Und das hat bei vielen psychische Probleme hervorgerufen, dass sie hoch ausgebildet aus dem einen Teil Europas gekommen sind und hier angekommen sind - alles Deutsche, ‚Kommt nach Hause!' - und dann aber: ‚Arbeiten dürft Ihr hier nicht, jedenfalls nicht in Eurem Beruf.' Das sind ganz viele Probleme, alleine dadurch, dass sie nicht anerkannt sind, dass sie merken, dass sie nicht unbedingt willkommen sind, zumindest bei einem Teil der Bevölkerung nicht."

Das Stichwort „Anerkennung" ist insofern auch für die MigrantInnen sehr relevant. Ein Interviewter betont:

„Die Soziale Situation der Aussiedler ist eher schlecht - auch eine Folge davon ist es, dass sie sich eng zusammenschließen."

Andere Interviewte haben beschrieben, dass insbesondere durch die Migration der Aussiedler viele Ressourcen und Kompetenzen im Bezirk vorhanden seien. Hervorgehoben wird z.B. die Idee eines „Hauses der osteuropäischen Kultur": „Ich würd es super finden, wenn wir da in Marzahn-Mitte, bei diesem hohen Anteil and der Bevölkerung dort wirklich für'n Bezirk so ein osteuropäisches Kultur-, Wissenschafts-, Freizeithaus schaffen würden. Das würd' ich ganz super finden und da ist Marzahn-Mitte ein geeigneter Standort."

Ein Jugendlicher meinte:

„Dass die alle nach hier kommen, ist ja auch nett! Soll'n se machen! Dann gibt's jetzt hier auch russische Pralinenläden. Da schmeckt es. Also die Pralinen: is voll toll!"

Die Situation ist – mit all ihren schwierigen, positiven und auch humorvollen Aspekten - also sehr differenziert.

Dennoch wird an diesen Analyseschritten deutlich, dass in Marzahn-Hellersdorf – wie auch in anderen Teilen der Gesellschaft – Prozesse sozialer Desintegration stattfinden. Diese sollten nicht ausgeblendet bleiben, wenn es um Fragen der Demokratieentwicklung geht.

Darin enthalten ist die Frage nach der Qualität des Zusammenlebens und der Identifikation mit der Demokratie.

Interviewte Fachkräfte veranschaulichten, dass den politischen Parteien zunehmend weniger Problemlösungsfähigkeit zugeschrieben werde. Für sein Umfeld schildert einer der Interviewten beispielhaft:

„Von der Tendenz her gibt es immer stärker eine Politikverdrossenheit, die ganz einfach daher rührt, dass das Vertrauen in Politik weiter abnimmt. Ich finde sowohl im Bekanntenkreis als auch in Diskussionsrunden kaum noch jemanden, der wirklich der Auffassung ist,

dass es eine politische Gruppierung gibt oder Partei, die die Probleme, die zur Zeit in Deutschland sind, überhaupt lösen kann. Da muß man gar nicht so weit gehen: Berlin, Marzahn-Hellersdorf... Es greift weiter um sich, angesichts des sozialen Kahlschlags der jetzt passiert, gerade auch die Schließung der Einrichtungen hier in Marzahn-Hellersdorf, ein Zwang der über den Senat ausgeübt wird. Nun ist das aber ein rot-roter Senat..."

Demokratiezweifel in der Bevölkerung speisen sich aus mehreren Quellen. Zum einen ist es die Politik- bzw. Politikerverdrossenheit und zum zweiten die Frage des Outputs, also der Leistungsfähigkeit des Systems zur Lösung von Problemen.

Zukunftspessimistische Stimmungen begleiten dies:

„Irgendwo eine positive Entwicklung wird von kaum jemandem gesehen, es kommt immer nur ein Stückchen Hoffnung: Na vielleicht kommts nicht ganz so schlimm!"

Auch die weit verbreitete Entscheidung zur Nichtwählerschaft wird von Interviewten in diesen Zusammenhang gestellt. Eine Sozialberaterin meint:

F: „Und wie schätzen Sie so hier im Umfeld der Einrichtung die Stimmung allgemein ein?"

A: „Also, zu uns kommen ja unterschiedlichste Altergruppen, unterschiedlichste Sozialschichten. Und genauso unterschiedlich sind auch die Situationen der Menschen. Wir wissen schon aufgrund von vielen Gesprächen, die trotzdem auch stattfinden, dass die Bewohner sich sehr stark von der Politik allein gelassen fühlen. Das wirkt sich aus, das wirkt sich in Desinteresse in jeglicher Hinsicht aus, nach dem Motto: ‚Ich kann eh nichts mehr ändern!' Oder sie werden bei der nächsten Wahl anders wählen, ob das nun die Kommunalwahlpolitik ist oder die Bundespolitik. Es ist eindeutig so. Wir merken es ja auch in den Diskussionen, die wir führen. Es sind ja nicht nur Gespräche zu den Personen. Manchmal ergibt sich das ja auch einfach, dass man dann vom kleinen privaten Problem zur großen Politik übergeht, weil es sich ja nicht trennt, weil man ja schon weiß, dass Arbeitslosen- und Sozialhilfe demnächst eine Tüte sind. Wir merken schon, dass die Leute wesentlich mehr von Desinteresse geprägt sind an der Kommunal- und großen Politik."

Nicht ausszuschließen ist jedoch, dass Hoffnungslosigkeit/Apathie und extreme Verhaltensweisen garnicht so weit auseinanderliegen. Der Zusammenhang, dass sowohl Nicht-Wählen, als auch die Wahl von extremen Parteien Folgen von politischer Unzufriedenheit und Entfremdung sind, ist auch aus der politischen Wahlforschung bekannt.

**Zwischenbemerkung**

Das politische System, seine Verläßlichkeit und Leistungsfähigkeit werden anhand wachsender sozialer Spaltung wachsamer in Augenschein genommen. Vertrauen in die Demokratie, die Identifikation mit der Demokratie, sind offenbar eng verknüpft mit ihrer sozialstaatlichen Orientierung bzw. der wirtschaftlichen Situation und wahrgenommenen Risiken. Dieser Zusammenhang der auch häufig durch die politische Kulturforschung nachgewiesen wird und im übrigen nicht nur für Ostdeutschland gilt, gibt auch bezogen auf den Bezirk Marzahn-Hellersdorf Anlass zur Sorge. Das empirische Material verweist auf die Gefahr, dass mit der subjektiven Erfahrung von sozialer Spaltung und Gefühlen relativer Deprivation Zweifel an der Demokratie und schließlich schwer rückgängig zu machende Distanzierungen/ Entfremdungen vom politischen System einhergehen können.

## 9.4. Wahrnehmung von Demokratie und Demokratiezweifel

### Weitere Aspekte des Verhältnisses von Bürgern und Bürgerinnen zur Demokratie

Das allgemeine Verhältnis von Bürgern und Bürgerinnen in Marzahn-Hellersdorf zur aktuellen Politik, den demokratischen Parteien, ist von vielfältigen Faktoren geprägt. Übergeordnete Prozesse – z.B. Bundes- und Landespolitik, inklusive der dort geführten demokratischen oder demokratiegefährdenden Debatten - aber auch die unmittelbare Wahrnehmung der Parteienpolitik im Bezirk beeinflussen dieses Verhältnis. Die Qualität der Demokratie wird stark durch Anschauung und Interpretation des wahrgenommenen Bildes mitbestimmt, das die Bürger sich selbst von den Schwächen und dem Wünschbaren machen. Die Praxis der Mandats- und Amtsträger ist dabei ein wesentlicher Aspekt, der die Wahrnehmung der Demokratie beeinflußt. Die Interpretationsmuster der BürgerInnen wiederum sind durch eine historisch gewachsene Alltagskultur geprägt.

Darstellungen, wie folgende, sind vor diesem Hintergrund einerseits ernst zu nehmen aber auch nicht ohne Ambivalenz zu analysieren:

F: „Können Sie mal beschreiben, wie Sie so das Verhältnis zwischen demokratischen Parteien und BürgerInnen wahrnehmen?"

A: „Wahrgenommen wird über die Nachrichtensendungen und die Presse die Regierungs-

und Oppositionsarbeit im Bundestag. Es wird wahrgenommen, dass se sich um Dinge streiten, die der eine oder andere sowieso nur so machen kann, wie er se gerade macht und der andere, der in der Opposition ist, mault dann rum. Das empfindet die Masse als Schauspiel, als nicht der Wirklichkeit angemessen. Es traut den Großen niemand zu, dass die die Probleme wirklich langfristig in Griff kriegen. Und was die Parteien vor Ort anbelangt, das ist ja unser Bereich hier, da merken die [Bürger] überhaupt nicht, wie die Parteien sich zu den großen Problemen äußern. Das wäre – finde ich – dran."

Die Ambivalenz liegt darin, dass es in der Tat ein Problem ist, wenn Zweifel an der Problemlösungsfähigkeit des politischen Systems dadurch genährt werden, dass die politischen Parteien in eigenständigen Positionen gegenüber Land und Bund kaum erkennbar für BürgerInnen sind. Andererseits ist obiges Zitat auch nicht unkritisch zu nehmen, denn es verweist auf Stimmungen, bei denen die Politik der Parteien, z.B. im Bundestag als „Quasselbude", als „Schauspiel" abqualifiziert und lächerlich gemacht wird. Dies jedoch ist ein originäres Verdikt rechtspopulistischer Potenziale.

Im folgenden möchten wir noch weitere Aspekte, die von Interviewten genannt wurden und die das Verhältnis von Alltag, Politik und politischem System anschaulich werden lassen, einer differenzierten Deutung zugänglich machen. Auf die Problematik eines rechtspopulistischen Potenzials wird später eingegangen.

In den Interviews werden beträchtliche Glaubwürdigkeitsprobleme angedeutet. Exemplarisch heißt es über die regierenden Politiker im Allgemeinen:

„Man trauts den Personen nicht zu, dass sie das, was sie sagen und tun, wirklich so meinen. Das ist ein Glaubwürdigkeitsproblem den Politikern gegenüber."

Ein anderer Interviewter aus einem Kulturprojekt spricht aus seinem persönlichen Empfinden heraus das Problem einer politischen Ethik an, die vorhanden sein müsse, damit Glaubwürdigkeit entsteht – die aber kaum erkennbar sei:

„Ich hab das Gefühl, der Politik ist nichts mehr peinlich, das ist einfach ein menschliches Problem: es ist einem peinlich, dass man etwas versprochen hat, was man nicht mehr halten kann und wenn diese Peinlichkeit sich auflöst, dann sind alle Grenzen offen! Dann ist alles offen und das passiert hier im Moment. Und man versteckt sich dahinter, ja weil man, weil man kein Geld hat. Ich glaube, dass viele Politiker ihre Peinlichkeit verloren haben. Denen ist nichts mehr peinlich und damit kann man nicht mehr arbeiten. Das ist schlecht und sie schieben alles auf die Finanzen, alles!"

Werden bei Teilen der Politik demokratische Prinzipien und Werte nicht glaubhaft vertreten oder scheinen diese nicht gefestigt, liegen hier auch Beiträge zur Demokratieentleerung in der Gesellschaft. Dies resultieren u.a. darin, dass sich BürgerInnen von der Politik abwenden:

„Wir merken es auch am Trägerverein, der einmal im Monat kommunalpolitische Foren anbietet, wo die Stadträte, der Bürgermeister, regelmäßig Rede und Antwort stehen. Die sind relativ schwach frequentiert. Eigentlich müsste man ja meinen, wenn es ihnen [den BürgerInnen, d.V.] so richtig auf den Nägeln brennt, dann sollte man sich doch diesen Punkt suchen, wo man die Möglichkeit hat, ins Gespräch zu kommen."

Verschiedene Interviewte schilderten eigene Wahrnehmungen vom Auftreten politischer Repräsentanten. Bei folgendem Beispiel, welches ein Interviewter aus der Nachbarschaftsarbeit als ‚Schlüsselerlebnis' präsentierte, verknüpfen sich Fragen nach der politischen Kompetenz im Umgang mit komplexen Konflikten und Fragen der Achtung gegenüber „mündigen" BürgerInnen:

„Ich habe ein, zwei Mal im Zusammenhang mit [einem bezirksspezifischen Problem, d.V.] Frau [SPD] und Herrn [PDS] auf dem Podium gesehen. Da ist eine katastrophale Spannung zwischen Frau [SPD] und Herrn [PDS] zu spüren gewesen. Und das kommt ganz schlecht an, wenn die [Konflikte] so nach außen tragen. Die denken noch, die könnten für ihre Partei Wahlkampf machen. Aber das schadet nur dem Ansehen überhaupt. Innerhalb einer dreiviertel Stunde hat Frau [SPD] dreimal Hüh und dreimal hott gesagt. Das war ne Katastrophe. Die Leute haben gelacht darüber. Da waren über 100 [Personen, d.V.] gewesen; ein solches Forum dermaßen zu unterschätzen statt froh zu sein endlich mal Kompetenz zeigen zu können vor soviel Leuten! Und das merken die nicht und blamieren die politische Klasse dermaßen!"

Ein anderer Interviewter stellt dar, was passiere, wenn BürgerInnen eigene Konzeptvorschläge zur Lösung von Problemen entwickeln:

„Es ist aber niemand da, der diese Konzepte auch in geeigneter Form aufnimmt und sich damit befaßt und daran arbeitet mit denen zusammen. Das ist das Problem. Die Leute haben Ideen - die Politiker nehmen se nicht auf."

Ein Mangel an wechselseitiger Kommunikation und politischem Alltagsbezug wird angedeutet:

„Also die politische Mitte, die Liberalen, sind [im Alltag, d.V.] fast nicht erkennbar. Die trifft man sehr, sehr selten. Vielleicht mal an Parteiständen oder so etwas. Sonst fallen die an und für sich überhaupt nicht auf."

Ein anderer Interviewter meint: „Die Gefahr für die Demokratie besteht in der Teilnahmslosigkeit an den Alltagsphänomenen bei den Demokraten."

Und ein weiterer Interviewter deutet eine sichtbare Konsequenz an:

„Die Leute erwarten nicht mehr von den Politikern hier in der Region..."

In anderen Interviews wurden von den Gesprächspartnern weitere Aspekte hervorgehoben, die das Verhältnis zwischen BürgerInnen und politischen Parteien prägen. Berührt wurden Themen, wie „Transparenz", „Qualifizierung von Politik und BürgerInnen", „Diskussionskultur".

Ein interviewter Abgeordneter meint auf die Frage:

F: „Was wäre ein sinnvoller Weg, um auch einen Demokratiebildungsprozess zu fördern?"

A: „Also erst mal müssen die Parteien ihre Rolle besser spielen. Sie müssen offener wirken. Es kann nicht nur um Stimmvieh gehen. Bei Politikern sind mehr Fachkenntnisse von Nöten und nicht nur das simple Organisieren von Macht."

Die Frage nach Kompetenz und qualifiziertem Handeln wurde immer wieder aufgeworfen. Beispielsweise wurde ein Mangel an „Komplexitätskompetenz" konstatiert:

„Die Kompetenz für Komplexität ist nicht vorhanden. Die Politiker scheinen die Welt nur ausschnittsweise wahrzunehmen und sind dann gerade nur mit dem beschäftigt, was sie gerade vor sich haben. Sie können ihre Kompetenz auch den Leuten gegenüber nicht darstellen. Beklagenswert."

Von verschiedenen Seiten wird eine Qualifizierung von EntscheidungsträgerInnen und BürgerInnen angesichts komplexer Herausforderungen für die Entwicklung des Bezirkes für notwendig gehalten.

Ein weiterer Abgeordneter meint:

„Ich bin der Meinung, bei dem, was auf kommunaler Ebene entscheiden werden darf und auch soll, wir haben ein Haushaltsvolumen von 300 Millionen Euro, das ist alles kein Klacks. Da sind wir an die Grenzen unserer Möglichkeiten gekommen. Entweder man reduziert den Umfang der Politik, was ich in unserer Fraktion mache, oder aber man verbessert die Qualifizierung der Entscheinungsträger. Ich meine, dass wir da aktuell einen Fehler im System haben."

Bedenkliche Erfahrungen mit dem Bildungs- und Informationsstand von BürgerInnen stellt ein weiterer Bezirkspolitiker dar:

F: „Und mit der Politikvermittlung insgesamt, was nehmen Sie da so wahr?"

A: „Ja, der Normalbürger weiß gar nicht, dass es eine Bezirksverordnetenversammlung gibt. Das haben wir an unseren Ständen häufig erlebt. Das ist aber ein Grundproblem, dass man als Normalbürger – das ist immer so blöd, wenn ich vom „Normalbürger rede" – aber ein Teil der Durchschnittsbürger durchschaut das politische System überhaupt nicht. Also dass es Ebenen gibt, Kommunalpolitik, Landespolitik, Bundespolitik."

F: „Hat das dann auch was mit Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit zu tun, theoretisch?"

A: „Das hat was damit zu tun. Diese Politikerkritik, dieser Slogan: „Wir können ja sowieso nichts machen, die machen, was sie wollen", das ist so eine weitverbreitete Haltung, die natürlich mit unserer Demokratie ein bisschen zu tun hat, weil ja viele Vorgänge so kompliziert sind, dass ich ehrlich sagen muss, dass kann ich nicht von Jedem verlangen."

An anderer Stelle heißt es aus dem politischen Raum, man müsse vom ‚mündigen Bürger' ausgehen - es wird Engagement und Beteiligung eingefordert - und jedoch wiederum das Kompetenzproblem in der Frage der Partizipation angesprochen:

„Kann denn ein Bürger an Entscheidungen der Politik teilnehmen? Muss er nicht zusehen, dass er sich weiterbildet, die Kinder an eine Schule bringt, lebenslanges Lernen etc. Sich beteiligen wollen, heißt immer auch, sich eine Information anzueignen und die ist mit Zeit verbunden."

Auch interviewte BürgerInnen schilderten ihren Eindruck und ihre Erfahrungen mit der Kommunikations- und Streitkultur bzw. mit dem Verhältnis mancher Abgeordneten gegenüber BürgerInnen. Zu vernehmen war die Erfahrung:

„Also die Kooperation in der Politik ist gerade sehr schlecht. Die fetzen sich ohne Ende. Dieser Machtkampf manifestiert sich dann im Jugendhilfeausschuss. Da sind drei junge Männer, einer von der SPD, einer von der CDU und einer von der PDS. Wenn das da auf ein bestimmtes Thema kommt, verlässt das jede Sachlichkeit. Wir haben auch schon mal aus Protest einen Jugendhilfeausschuss verlassen.

Ab und zu wird dann so die Bemerkung gemacht: „Nehmt's nicht krumm, hier wird Politik gemacht!"

Und auch ein Abgeordneter thematisiert solche Aspekte kritisch:

„Also wenn der Ausschussvorsitzende zur Eröffnung sagt: „Dann lassen Sie uns das mal schnell hinter uns bringen", dann geht das nicht. Auch Endlosdebatten sind schwierig, manche Leute hören sich gerne reden. Wenn der Bürger da dann so die Verfahren mitbekommt, wie „Abbruch der Debatte" und so etwas erzwungen wird, ist das eher verunsichernd."

Zwischenfazit

Aus dieser Materialanalyse läßt sich die Konsequenz ziehen, dass das Verhältnis von BürgerInnen und Demokratie einer sensiblen Aufmerksamkeit bedarf, denn Gefährdungen im Sinne von Glaubwürdigkeitskrisen, Politikerverdrossenheit bzw. Demokratiezweifeln/Demokratiedistanzierung zeichnen sich ab, die im gesamtgesellschaftlichen Kontext stehen und auch im Bezirk ihren Ausdruck finden. Fast scheint es so, als könne all dies auch als eine Tendenz zur „Abkoppelung" von Politik und Alltag bezeichnet werden. Um Demokratie zu sichern und zu entwickeln wäre eigentlich ein gegenteiliger Prozess notwendig: eine wechselseitige Ermahnung sich an den demokratischen Grundwerten zu orientieren, eine entsprechende Konfliktkultur und Anerkennung; ein ständiger Dialog...

Wichtig Schritte im Bereich der Verwaltung gibt es sicherlich und wurden von Abgeordneten hervorgehoben. Sie sollen hier nicht ausgeblendet bleiben. Würdigend meinte ein Bezirkspolitiker:

„Die Rolle der Verwaltung finde ich recht vorbildlich. Mehr Transparenz macht es leichter Strukturen einzusehen, z.B. öffentliche Sitzungen der BVV und öffentliche Ausschusssitzungen. Da muss von den Politikern aber auch eine Note ehrenamtliches Engagement mit einfließen."

Die Auseinandersetzung mit Fragen, wie Transparenz, Kommunikatonskultur, Bürgernähe, Komplexitätskompetenz und Qualifizierung kristallisieren sich ausgehend von der empirischen Analyse für den Bereich der demokratischen Parteien im Bezirk als wesentliche Fragen heraus.

## 9.5. Etabliertenvorrechte – Autoritarismus - Rechtspopulistische Potenziale

In allen Interviews haben wir nach dem Verhältnis von BürgerInnen Marzahn-Hellersdorfs mit und ohne Migrationshintergrund gefragt. Wesentliche Aspekte davon wurden bereits ausgewertet, einen spezifischen Zusammenhang möchten wir hier aber nochmal aufgreifen:

Es fällt auf, dass sich ausgrenzende Einstellungsmomente angesichts sozialer Desintegrationserfahrungen oder –befürchtungen thematisch fokussieren. Abwehrende und feindliche Haltungen gegenüber Menschen mit (vermutetem oder tatsächlichem) Migrationshintergrund intensivieren sich vor der Annahme einer (vermuteten) Konkurrenz um (knappe) Ressourcen. Mitunter wird dies auch als „sozioökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit" (Stöss) beschrieben. Der Soziologe Heitmeyer bringt hier jedoch den Begriff der „Etabliertenvorrechte" ins Spiel: „Etabliertenvorrechte umfassen die von Alteingesessenen beanspruchte raum-zeitliche Vorrang- und Vormachtstellung gegenüber ‚Neuen', ‚Zugezogenen' und solchen, die sich noch nicht angepaßt haben. Heute sind Positionen sichtbar, die die Aufkündigung gleicher Rechte beinhalten, ganz gleich ob es sich um Aussiedler, neue oder zahlenmäßig kleine Minderheiten oder (anerkannte) Flüchtlinge handelt."[110] Auch Menschen, die aufgrund objektiver oder zugeschriebener Merkmale als „Fremde" betrachtet werden, sind vom Ungleichwertigkeitsdenken im Kontext amgenommener Etabliertenvorrechte betroffen, z.B. Schwarze Deutsche.

Auf die Frage nach im Alltag auffälligen diskriminierenden Haltungen meinten Interviewte:

„Klassisches Beispiel: ‚Die Ausländer nehmen uns die Arbeit weg'. ‚Die kassieren Sozialhilfe. Das sind unsere Steuergelder'. Das ist das übliche, das muss ich nicht sagen, das kursiert wirklich überall. ‚Sozialschmarotzer'."

„Es fängt an bei Diskussionen wie ‚Die Ausländer nehmen uns die Arbeit weg!' und auf dem Sozialamt höre ich da immer ‚Die Ausländer kriegen mehr Geld und haben mehr Rechte in Deutschland, haben schönere Wohnungen!'

„Die Parolen sind gerade weit verbreitet, dass man die ‚Grenzen dicht machen' soll, ‚Arbeit für Deutsche'."

Inwieweit der Mechanismus verbreitet ist, die eigene Unzufriedenheit abwertend an scheinbar Schwächeren abzuarbeiten, stellt folgende Gesprächspartnerin aus der Beratungsarbeit dar:

[110] vgl. Heitmeyer 2002:20

„... und es ist wirklich so, dass die Migranten hier in der Bevölkerung auch wirklich einen sehr schlechten Stand haben. Sicherlich unberechtigt, aber es ist einfach so. Die Menschen hier haben ganz viel Not und [brauchen] einfach ein Ventil, ihre eigenen Sorgen loszuwerden oder auch vielleicht ihre Wut auf die Politik und meinen dann, die Schwächeren sind die Ausländer, also bin ich erst mal gegen die Ausländer, um mich wenigstens ein bisschen höher einzustufen, um zu sagen, ich bin mehr wert. Das ist schlimm, denn man muss mit den Leuten wirklich im individuellen Gespräch daran arbeiten, dass das überhaupt nichts miteinander zu tun hat. Aber es ist ganz schwierig."

Interessant ist mit Blick auf diesen Mechanismus, dass es mittlerweile empirisch nachgewiesene Zusammenhänge zwischen „Autoritarismus" und „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit" gibt. Autoritarismus, so der Soziologe Heitmeyer, könne dieses Syndrom in hohem Maße erklären: „Je deutlicher jemand autoritäre Überzeugungen vertritt, desto eher stimmt er auch fremdenfeindlichen und rassistischen Äußerungen zu. Auch Etabliertenvorrechte werden von autoritär Eingestellten in hohem Maße eingefordert."[111]

Solche ablehnenden oder feindseligen Haltungen basieren im wesentlichen auf symbolischen Vorstellungen, Bildern der ‚Anderen', ‚Fremden'. Ein Realitätsgehalt fehlt ihnen. Dass es dabei auch historische Bezüge gibt, wird von einzelnen Interviewten angedeutet:

„Große Akzeptanz findet in der Bevölkerung Fremdenfeindlichkeit. Das ist wahrscheinlich in unseren Bezirken, östlichen Bezirken, die ja zu DDR-Zeiten wenig mit Ausländern zu tun hatten, stärker. ‚Sie nehmen uns die Arbeit weg, Sozialschmarotzer, die lungern nur rum.' ‚Die Russen', sagt man zu den Spätaussiedlern, ‚sind Kravallverursacher'. Das ist eine der Äußerungen, eine sehr gefährliche Sache."

Die Auswertung des empirischen Materials macht nicht nur deutlich, daß es Entfremdungsprozesse von der Demokratie gibt und eine starke Verankerung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen, sondern verweist auf rechtspopulistische Potenziale. Eine besondere Bedrohung tritt ein, wenn individuelle demokratiefeindliche Einstellungen und Verhaltenstendenzen nicht mehr ‚privat' bleiben, sondern politisch gebündelt werden, indem alte oder neue Parteien sie für einen Machtgewinn ins Kalkül ziehen. Rechtspopulismus wird dabei als Mobilisierungsstrategie verstanden, in deren Zentrum es steht, Stimmungen gegenüber Schwächeren zu erzeugen, um über erzielte Wahlerfolge dann mittels demokratisch erworbener Macht die Gesellschaft autoritär umzubauen.

Aktuell gibt es zwar keine Partei in Berlin, die in der Lage wäre, dieses Potenzial in der Bevölkerung für sich zu mobilisieren. Das ändert aber nichts an der faktischen Existenz rechtspopulistischer Mobilisierungspotenziale. Natürlich war es uns im Rahmen der Kommunalanalyse nicht möglich, verläßliche Erkenntnise über den Umfang dieses Potenzials im Bezirk Marzahn-Hellersdorf zu gewinnen. Sehr deutlich gehen jedoch von Interviewten beschriebene Stimmungsbilder in diese Richtung:

Einige Ausschnitte:

„Ich halte diese Grundhaltung durchaus für recht verbreitet. Das ist keine bwußte Ausländerfeindlichkeit in diesem Sinne, aber schon über die Schuldzuweisungen: Eigentlich sind die ja Schuld! Wenn die nicht da wären, hätte ich Arbeit! Das hörst Du in verschiedenen privaten Diskussionen, vielleicht nicht immer so deutlich: Guck Dir den an, der fährt ein großes Auto! Und dann impliziert das sofort: Und ich hab nicht mal Arbeit! Die Haltung hab' ich nicht nur hier im Hause, sondern die spielt sich auch hier im Kiez selber ab und da hast Du schon so ein bißchen ne Abwehrhaltung. Es braucht nur in der Zeitung erscheinen: Sozialhilfebetrug! ‚Guck Dir diese Ausländer an!' Es wird sofort in die Breite gezogen... Und alles Menschliche und alles, was an netten Dingen passiert ist, auch in der Vergangenheit, gerät dann nach hinten, das wird ganz einfach überspült. Und angesichts der Haushaltsnotlagen und sonstiger Dinge kommen genau solche Fragen - und sei es zum Teil nur die Fragestellung – ‚Ist es nicht wirklich die Ausländerpolitik, die da auch ein Stückchen mit Schuld dran ist, dass wir in Deutschland so viele Arbeitslose haben?' Erstmal nur der Zweifel: ‚Da muß doch was dran sein!' Und das reicht größtenteils schon aus. Und wenn sich zwei solche treffen, die Zweifel haben, ergibt sich dann nach dem Gespräch: ‚Das ist der Fakt!' Und daraus resultierend kommet wahrscheinlich auch so ne Quelle für bestimmte Haltungen, für Extreme zumindestens: ‚Man muß RADIKAL entwas ändern!' Wer würde etwas radikal ändern? Was würde das heißen...?"

F: „Wie lassen sich diese Extreme denn beschreiben von ihrem Inhalt her?"

A: „Das eine Extrem, was wir im Hause und um das Haus herum ganz konkret haben, ist das, was Ausländerfeindlichkeit betrifft. Das heißt, ich fokussiere alle Probleme: ‚Es sind zuviele Ausländer da! Wenn die Ausländer nicht wären, 10% der Bevölkerung oder wie auch immer, dann hätten wir die Probleme

[111] vgl. Heitmeyer 2002:63

nicht.' ‚Es könnte so schön sein, also muß ich da durch!' ‚Das kann ich eigentlich nur mit einem starken Mann!' Und da sind wir eigentlich an dem Punkt, wo ich alles andere, was nicht deutsch ist ablehne, dann bin ich bei rechtsextremisitischen, rassistischen, nationalistischen, bin ich bei solchen Haltungen: alles das, was nicht deutsch ist, lehne ich ab, weils eigentlich nur behindert..."

Eine andere Interviewte sieht ähnliche Anzeichen und befürchtet mit Blick auf die Öffnung des europäischen Arbeitsmarktes dass sich dann eine „andere Sichtweise auf Aussiedler, Ausländer, Migranten" entwickeln könne und

„...dass dann einfach mal so eine Zuspitzung der Situation erfolgen kann. Und das führt dann einfach auch dazu, da denk ich mal ohne hellseherische Fähigkeiten zu haben, dass dann der Deutsche sagt: ‚Ja was wollen die denn hier? Sollen sie doch zurückgehen, wo sie herkommen!' Also das kann ich mir schon vorstellen, dass bei einer Zuspitzung der sozialen Situation - es würde nicht knallen, das glaub ich nicht, also so eine Situation wie 89 glaub ich nicht, dass es so krass kommt -aber da kann ich mir schon vorstellen, dass noch mal so ein soziales Pulver, so eine Zündung explodieren, sich entwickeln könnte. Einfach weil, diese Schere klafft einfach so stark auseinander... Aber wenn jetzt mal da ein Großteil sich von der einen jetzigen Regierungspartei abwendet.., die anderen machen es ja auch nicht besser, können es gar nicht anders, weil die Situation nun mal so ist. Da gibt es dann so Brennpunkte, die sich anspitzen."

Solche Wahrnehmungen stehen zwar erstmal als Einzelwahrnehmungen im Raum, dennoch sind sie sehr ernstzunehmen, was sich insbesondere dann bekräftigt, wenn man sie in den Zusammenhang mit Wahrnehmungen über das Lebensgefühl von Bürgern und Bürgerinnen im Bezirk sieht und Erkenntnisse aus repräsentativen Studien hinzuzieht.

Eine politisch aktive Interviewte gibt das „Lebensgefühl" von BürgerInnen in Marzahn-Mitte plastisch wieder:

F: „Was nehmen Sie denn so wahr innerhalb der Wohnbevölkerung an Stimmungen gegenüber der Politik und den demokratischen Parteien gegenüber? Wie ist denn die Motivation der Bürger, sich damit zu befassen?"

A: „Also was mir zur Zeit überhaupt nicht gefällt, weder im Privatleben noch im Job, dass jeder immer nur jammert wie schlecht das alles ist. Ganz stark auf der Bezirksebene nehm ich das wahr. Und das läßt mich auch relativ verzweifeln. In jeder Runde, wo ich bin, ob das ne Bürgerinitiative ist, wo ich bin oder bei Freunden und Bekannten, dass die Marzahner vor allen Dingen, für sich nur Nachteile erleben bei der Bezirksfusion... Die wissen teilweise nichtmal wie unser Bürgermeister heißt, dass ihnen das scheißegal ist, welche Partei das letzten Endes ist, obwohl sie ja bei den Kommunalwahlen auch irgendwas ankreuzen offensichtlich, dass sie sehen, daß sich in Marzahn angeblich mehr zurückentwickelt hat als in Hellersdorf, dass es ganz bewußt ist, dass der Marzahner Großraum plattgemacht wird von unserer politischen Führung, die ja fast alle aus Hellersdorf sind, dass diese ganze kulturelle Infrastruktur in Marzahn plattgemacht wurde. Also es kommt immer wieder gerade auch von älteren Leuten, dass sie sagen: ‚Also das ist bewußt, dass Marzahn platt gemacht wird!', dass sie sich sehr stark eben mit ihrem Kiez weiter identifizieren und dass sie sich von Politik so verlassen fühlen, ist gerade – Berlin sowieso – aber auch in bezug auf den Bezirk sehr stark."

Auch in der vorliegenden Studie zeigen Teile des empirischen Materials, dass bei einem Teil der BürgerInnen die Demokratiezweifel mit autoritären Verarbeitungsmechanismen und Schlußfolgerungen gepaart sind: Demokratie, demokratische Prozesse, werden als Gegensatz zum Alltag begriffen; die Politik der demokratischen Parteien wird als ‚Schauspiel' und als ‚Farce' diskreditiert, als lächerlich und schwach verurteilt. Die Forderung nach „Law and Order", einer gesellschaftspolitischen Stärkedemonstration, wird von Einigen aufgegriffen, verbunden mit der Suche nach jemandem, der für „Aufruhr" sorgt, der ‚Volkes Stimme' bündelt. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Hypothese, daß sich die Verbindung von feindseligen Haltungen gegenüber Minderheiten und Autoritarismus möglicherweise verstärkt, wenn die Verunsicherung durch tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel hinzukommt Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang darauf, daß „Rechtspopulismus" überdurchschnittlich häufig in Gruppen mit erhöhten Desintegrationsgefahren auftrete bzw. in Gruppen, die Enttäuschung über die gesellschaftliche Entwicklung artikulieren.[112] Die Art und Weise, wie sozialpolitische Probleme verarbeitet werden, wurzelt auch in der geschichtlich gewachsenen Alltagskultur. Verschiedene tradierte Mechanismen der Alltagskultur bieten Anknüpfungspunkte für Rechtspopulismus.

Interessant in diesem Zusammenhang ist ein Blick auf vorliegende empirische Erhebungen:

[112] Vgl. Heitmeyer 2002:127

*„Berlin-Brandenburg-Bus 2002. Politische einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg*"

von: Oskar Niedermayer/Richard Stöss; FU Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften; Otto Stammer Zentrum (Arbeitssstelle für Empirische Politische Soziologie)[113]

1995 Befragte (darunter 1906 Wahlberechtigte)

*Die Studie zeigt, dass im Osten von Berlin 23% einem „traditionell-sozialistischen Einstellungspotenzial" zuzuordnen sind.*

Dieses Potenzial stimmt z.B. folgenden Statements zu:[114]

- Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
- Der amerikanische Imperialismus ist die eigentliche Gefahr für den Weltfrieden.
- Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt.
- Die Bundesrepublik entwickelt sich immer mehr zu einem faschistsichen Staat.
- Was uns fehlt, ist eine wirklich linke Partei, die konsequent die Interessen der Arbeiterklasse vertritt.
- Die Arbeitnehmer sollten in den Betrieben genau so viel zu sagen haben wie die Unternehmer.

*Desweiteren zeigt die Studie, daß in Berlin Ost insgesamt 12% einem rechtsextremen Einstellungspotenzial zuzuordnen sind.*

Sie befürworten folgende Statements:

- Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.
- Bei der Anstellung von Arbeitskräften sollten Deutsche grundsätzlich Ausländern vorgezogen werden.
- Deutschland sollte wieder eine führende Rolle in der Welt übernehmen.
- Ohne Judenvernichtung würe man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.
- Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.
- Ausländer sollten so schnell wie möglich Deutschland verlassen.

*Traditionalistischer Sozialismus und Rechtsextremismus im Vergleich:*

Zwischen beiden Einstellungsmustern, so zeigte die Untersuchung, bestehen gewisse Übereinstimmungen.

Die 14-17-jährigen sind überdurchschnittlich für Rechtsextremismus und erst recht für traditionalistischen Sozialismus anfällig. Sage und schreibe 52 % von ihnen befürworten traditionalistischen Sozialismus und 20% Rechtsextremismus.

Weiterhin neigen Arbeitslose und einfache Arbeiter besonders zu beiden Einstellungsmustern; Facharbeiter nur zum Rechtsextremismus. Beide Einstellungsmuster blühen vor allem bei Personen, die der Unterschicht zuzuordnen sind.

Überprüft wurde auch, wie Rechtsextremismus und traditionalistischer Sozialismus mit der Links-Rechts-Selbsteinstufung zusammenhängen:

- In Berlin erwiesen sich 4% der sich selbst als links einstufenden Personen als rechtsextrem eingestellt. Und von den Befragten, die sich selbst der linken Mitte zuordnen waren in Berlin 9 % rechtsextrem orientiert.
- Erstaunlich fielen auch die Ergebnisse beim traditionalistischen Sozialismus aus. In Berlin bekennen sich 20% der sich selbst als rechts bezeichnenden Personen zum Sozialismus. Von den Linken tun das in Berlin 29%. Das bedeutet, daß die Linke zwar stärker zum traditionalistischen Sozialismus tendiert als die Rechte. Aber traditionalistischer Sozialismus stellt nicht das prägende Merkmal der Befragten dar, die sich links einstufen. Und: Traditionalistischer Sozialismus genießt auch bei der Rechten ziemlich hohes Ansehen.
- Das wird noch deutlicher, wenn die Gesamtheit der rechtsextrem Eingestellten betrachtet werden. Unter ihnen verfügt insgesamt 25 % auch über eine traditionell sozialistische Mentalität.
- Umgekehrt beträgt der Anteil der Rechtsextremen am traditionssozialistischen Einstellungspotenzial in Berlin 14%.

Die Verknüpfung von linker und rechter Systemkritik wurde in dieser Deutlichkeit empirisch bislang noch nicht festgestellt. Sie ist im Osten von Berlin stärker als im Westteil ausgeprägt und in Brandenburg am stärksten.

Nach Niedermayer/Stöss hängt dieses Phänomen eng damit zusammen, daß Rechtsextremismus und traditionalistsicher Sozialismus

[113] www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm

[114] Gefragt nach ihren Wahlabsichten optiierten jeweils rund 30 % für SPD (32) und PDS (28). Der Berliner CDU wollen nutr 5% ihre Stimme geben, der märkischen CDU demgegenüber 16%. Die Vermutung, daß sich dieses Potenzial in erster Linie an der PDS orientiert, bestätigt sich nicht.

weithin Unterschichtsphänomene darstellen und besonders bei Befragten zu beobachten sind, die zukunftspessimistisch sind, ihren Status bedroht sehen oder sich als Modernisierungs bzw. Einigungsverlierer betrachten. [115]

Einige weitere Ausschnitte aus dem Material:

Inwieweit solche Potenziale mit aktuellen Problemen verknüpft sind und in Wahlbereitschaften münden können, stellt ein anderer Interviewter dar, der danach gefragt wurde, wie das vergleichsweise hohe Wahlverhalten der NPD im Stadtteil (5-7%) zu erklären sei:

F: „Aber was motiviert denn die Leute [hier im Stadtteil, Anm.d.V.] dazu, NPD zu wählen?"

A: „Was bewegt einen Einzelnen NPD zu wählen? Also wenn sie sich unsere gesellschaftliche Struktur anschauen und merken, dass für den Einzelnen immer weniger bleibt, für den Normalbürger, und welche Perspektive er für sein eigenes Leben hat... Wie viele Leute haben in unserer Region mit dem Leben abgeschlossen und sagen: ‚Es gibt keine Perspektive mehr für mich, also gibt es auch für meine Kinder keine Perspektive mehr. Da hilft nur eines: Extrem zu wählen!' Was ändert sich denn für die Familien heute? Also ich denke, da muß man viel weiter zurückgehen... Sehn se mal den Euro: Der Euro hat es geschafft, die Lebensmittel um ungefähr 20 % zu erhöhen. Ich hab 30 % Mehrkosten [im Projekt]. Warum? Weil der Euro der Teuro war! Und jetzt gucken se sich mal nen normalen Sozialhilfeempfänger an, der genauso viel Geld zur Verfügung hat wie vorher und mit dem gleichen Geld auskommt, obwohl für ihn die Preise wahnsinnig gestiegen sind. Irgendwann hat er die Nase voll! Dann werden die Kindergartengebühren erhöht, also ist er schon wieder verunsichert. Beim Sozialhilfeempfänger gibt's vielleicht diese Staffelpreise noch, wenns die denn gibt. Dann werden die Erholungsmaßnahmen gestrichen für Kinder aus Sozialhilfefamilien, dass die mal irgendwo hin fahren können. Dann muß Nachhilfe bezahlt werden, das zahlt auch kein Sozialamt, die schulische Nachhilfe. Versetzen Sie sich mal in solche Familien rein! Die sind natürlich arbeitslos, haben den ganzen Tag nichts zu tun, schalten den ganzen Tag den Fernseher an, gucken sich die ganzen Talkshows an... Da werden se auch nur berieselt mit irgendwelchen Schwachsinnsthemen. Dann haben se Kinder. Die Kinder gehen zur Schule, bringen vielleicht noch schlechte Noten mit nach Hause und dann... was sollen die Leute machen? Ich denke, man muß die Sache wirklich von zwei Seiten betrachten. Nicht nur: Warum wählt jemand PDS oder NPD! Viele Leute sind frustriert. Die sehen keine Perspektive für die Zukunft mehr. Und dann sehen sie eben oder hören sie von den Ausländern, die eben... - ich sag das mal so wie sie's denken – viel in den Arsch geschoben kriegen. Und dann entwickeln sie eben auch ne Meinung, die gegen Ausländer ist, obwohl die meisten, die gegen Ausländer sind haben noch nie'n Ausländer kennengelernt. Die haben doch garnichts damit zu tun gehabt. Das ist ne Frustration und die Frustration, die wird zunehmen. Wenn Sie sich die Entwicklung der letzten zwei Jahre anschauen in dem Bereich, ich nenn ihn mal „Armut", wie das zugenommen hat! Unwahrscheinlich!"

Rechtsextremes und rechtspopulistisches Potenzial hängen insofern zusammen, als dass das rechtsextreme Potenzial dem rechtspopulistischen Potenzial in der Regel zustimmt und es insofern radikalisiert, als zu den massiven Ungleichwertigkeitsdispositionen noch die Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft hinzukommt. Rechtspopulistische Konzepte verschaffen sich nicht selten über alltagskulturelle Milieus und durchaus auch organisierte Gruppen eine Resonanz.[116]

Äußerst bedenklich ist die Unterschätzung solcher Problemzusammenhänge bei politischen Parteien und innerhalb eines Teils der PDS. So meinte eine in der PDS aktive Interviewte:

„Aber da muss ich ganz ehrlich gestehen, ich hab die NPD Wahlergebnisse auch analysiert und nur weil die NPD wählen, heißt das noch lange nicht, dass sie selbst jemanden aus der NPD kennen oder selbst in diesen Zusammenhängen sind. Sondern es ist einfach... Die wollen provozieren, sie wollen bewußt provozieren, weil sie sind von Politik im Moment massiv enttäuscht sind und zwar von allen etablierten Parteien in diesem Bezirk und im Land Berlin! Und wählen dann ganz bewußt ne andere Partei! Wenn dort stehen würde ‚Partei der Bierfreunde' oder so, würden se die vielleicht wählen. Dort steht aber dann REP und NPD und die Kenntnis von Parteienstrukturen ist ihnen nicht vertraut. Aber NPD ist geläufig.... Also wird dann bei der Mehrheit derer die NPD wählen aus Provokation das Kreuz da gemacht... nicht weil sie jetzt bewusst NPD wählen, nein, was sie bewusst tun wollen, ist provozieren!"

[115] Modernisierungsverliererthese ist kritisch zu betrachten: So weist Heitmeyer darauf hin, daß zwar Personen mit Hauptschulabschluß signifikant überdurchschnittlich (63,8%) innerhalb des rechtspopulistischen Potenzials vertreten seien, daß es aber zu berücksichtigen gilt, daß „jedes Verhalten in eine spezifsiche Situationsdynamik eingebunden ist , die – bildungsunabhängig – von Interessen, Nutzenkalkülen etc. bestimmt wird." So würden einige Erhebungen die weit verbreitete Überzeugung wiederlegen, daß allein schon hohe Bildung vor Rechtspopulismus bewahre. (2002:127)

[116] vgl. Heitmeyer 2002:124

Bedenklich ist es auch, wenn Bürger und Bürgerinnen selbst keine Kenntnisse über rechtsextreme Inhalte und Wahlkampfstrategien haben, so dass es mitunter zu der katastrophalen Situation kommt, dass rechtsextrem orientierte Jugendliche argumentativ in Schutz genommen werden.

Deutlich wird das an folgendem Zitat einer Sozialarbeiterin:

„Wenn Jugendliche sagen: ‚Das, was die Rechten in ihr Programm schreiben, das finde ich eben toll!'. Wenn da eben drinne steht "Arbeit für alle"... Ja was will man denn dagegen einwenden? ‚Arbeit für alle!', ‚Gleiches Geld für gleiche Arbeit!'. Es unterscheidet sich ja nicht so unbedingt, also der Wahlkampfslogan unterscheidet sich nicht so unbedingt von anderen Parteien. Das erkennen doch Jugendliche nicht. Für die ist klar, also die sagen, "Arbeit für alle", da bin ich mit dabei. Das die PDS oder die SPD nichts anderes sagen, das sehen die dann nicht."

Ein interviewter Bezirkspolitiker befürchtet auch folgendes:

„Ich habe das Gefühl, dass diese Extremform Rechtsextremismus zunehmen wird. Ich habe zwar gesagt, dass ich das Gefühl habe, dass er *momentan* im Bezirk nicht zunimmt, aber gesamtgesellschaftlich denke ich, wird er zunehmen und zwar befördert durch zurückgehende Sozialleistungen, dadurch dass, vielleicht im Zuge der Globalisierung, der Durchschnittslebensstandard weiter sinken wird und der Neid zunehmen wird und insbesondere man es anders aussehenden oder Ausländern, Migranten immer weniger gönnen wird, irgendetwas von diesem Staat zu bekommen. Das wird wahrscheinlich aus diesen Gründen noch zunehmen. Und dann, wenn es zunehmen wird, wird es auch in diesem Bezirk gewaltig zunehmen. Die anderen genannten Komponenten, soziale Entmischung, und und und, da wird es in diesem Bezirk einen fruchtbaren Nährboden geben."

Eng verwoben ist also mit der Zukunft des Bezirkes die gesellschaftliche Gesamtentwicklung. Auch Prozesse der Globalisierung wirken hier mit hinein.

**Zwischenfazit**

Soziale Unzufriedenheit korrespondiert in Teilen der Bevölkerung mit einem partikularistischen Demokratieprinzip, welches auf der Vorstellung von ‚Etabliertenvorrechten' basiert: Jene, die ‚schon immer' da sind, seien zu bevorteilen gegenüber MigrantInnen, die sich mit weniger zufrieden geben sollten. Mitunter wird dieses ‚Politikverständnis' in ein völkisches Demokratieprinzip überführt – soziale Leistungen sollten nur oder fast ausschließlich den kulturell ‚Deutschen' zustehen. Vorstellungen einer Ungleichwertigkeit verbunden mit der Bereitschaft entsprechende politische Forderungen zu stellen, sind durchaus verbreitet.

# 10. SOZIALISATIONSBEDINGUNGEN VON KINDERN UND JUGENDLICHEN IN MARZAHN-HELLERSDORF

Die geschilderten gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse wirken sich auch auf die Lebensbedingungen der Heranwachsenden aus. Daher werfen wir im folgenden einen Blick auf einige Aspekte der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen. Eine besondere Beachtung finden dabei der familiäre Kontext und das Generatio-nenverhältnis. Es sind vor allem die außerschulischen Sozialisationsprozesse, die exemplarisch in den Blick genommen werden, denn ein großer Anteil des Lernens findet im Alltag statt.[117]. Im Kapitel werden Fragen zu den Bedingungen und Voraussetzungen des Erwerbs demokratierelevanter Kompetenzen aufgeworfen, die vor allem als Diskussionanregung verstanden werden sollten.

## 10.1. Soziale Desintegration in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen

In den Interviews wurde sehr deutlich, dass sich die soziale Polarisierung der Gesellschaft und die damit verbundene Dynamik der Chancenungleichheit auch unter den Kindern und Jugendlichen wiederspiegelt.

Über jugendliche GymnasiastInnen meint ein Sozialarbeiter auf die Frage:

F: „Wie sehen die Jugendlichen ihre Zukunft, ihr Leben? Sie sagten, hier kommen auch Jugendliche vom Gymnasium her?"

A: „Unter denen (vom Gymnasium) ist die Zukunftsangst deutlich geringer als bei anderen und auch als bei Leuten, die früher im Club waren. Heute hat fast jeder einen Plan und viele nutzen die Möglichkeit, sich ausprobieren. Die gehen nach dem Gymnasium nicht gleich arbeiten, also machen nicht gleich ein Studium, sondern gehen erstmal ins Ausland oder machen ein Praktikum und probieren, was geht. Das ist sehr beeindruckend, welche Initiativen entwickelt werden. Das ist auch eine Form von Freiheit, sowas zu machen."

Und ein anderer Interviewter beschreibt, wie er als Lehrer HauptschülerInnen wahrnimmt:

F: „Was waren in den 10 Jahren die größten Veränderungen, die Sie hier in Ihrem Arbeitsfeld hatten?"

A: „Die Leistungsbereitschaft hat abgenommen, überhaupt, der Wille, Abschlüsse zu erwerben. Das hängt auch damit zusammen, dass gerade im Hauptschulbereich die Perspektive für viele Schüler, auch wenn sie einen guten Abschluss hinlegen, so blendend nicht ist. Dementsprechend ist die Demotivation hier ein fortschreitender Prozess. Es ist schwierig, dagegen zu steuern, wenn 80% eines Jahrgangs keine Lehrstelle kriegen."

Die Wiederspiegelung sozialer Ungleichheit in Form sozialer Diskriminierung beschreibt eine weitere Sozialarbeiterin:

„Zu bemerken ist [in der Gegend hier] ein extrem soziales Gefälle: Kinder aus sozial extrem schwachen Familien, aber auch Kinder, die sozial besser gestellt sind. Wir hatten von dieser Gruppe der etwas besser verdienenden Kinder einige, die - und das ist für mich auch eine Diskriminierung - die haben Kinder der Einrichtung angegriffen, wo schon erkennbar ist, dass sie aus einer sozial schwachen Familie kommen. Beleidigungen der Eltern, „Guck dich an!", „Läuse!"... und dann wurden die Läuse, die irgendwann durch Zufall bei demjenigen oder derjenigen aufgetreten sind in der Grundschule, ins Spiel gebracht und damit verglichen. Das ist auch eine Diskriminierung. Das war ein Fall, der krass war."

Eine sich verschärfende soziale Ungleichheit ist also nicht nur in der Erwachsenenwelt präsent, sondern auch für die Heranwachsenden. Ihre Umgangsweisen bzw. Voraussetzungen kompetent auf die eigene Situation zu reagieren sind sehr unterschiedlich. Bevor wir darauf tiefer eingehen, werden einige quantitative Daten zur altersgruppenspezifischen Sozialhilfedichte genannt, die wir dann mit qualitativen Bildern untermauern und so in die Diskussion einfließen lassen:

Kinder und Jugendliche als EmpfängerInnen Betroffene von Sozialhilfe in Marzahn-Hellersdorf[118]

- Von der Gesamtzahl der SozialhilfeempfängerInnen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf sind 39% Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Weitere 18% sind im Alter zwischen 18<25 Jahren. Im Verhältnis zum Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung des Bezirks, sind die auf Sozialhilfe angewiesenen Heranwachsenden stark überproportional vertreten.
- Alarmierend hoch ist der Anteil von Kindern unter 7 Jahren. Jedes vierte Kind unter 7 Jahren im Bezirk ist auf Sozialhilfe

[117] Mit dieser Herangehensweise wollen wir Schule und schulischem Lernen nicht die Bedeutung absprechen, vielmehr geht es darum, schulischer Pädagogik zu ermöglichen, sich mehr mit dem Alltag von Kindern und Jugendlichen zu befassen.

[118] Folgende Zahlen und Zitate aus: vgl. Sozialhilfebericht 2002 des Bezirks Marzahn-Hellersdorf

angewiesen. Daran werde deutlich, daß es sich primär um „Kinderarmut" handle, „Altersarmut" spiele im Bezirk keine Rolle.

- „Ein Vergleich mit der Entwicklung der Einwohnerzahlen nach Altersgruppen zeigt, daß trotz stark sinkender Einwohnerzahlen bei Familien mit Kindern (7<15jährige und dazugehörige Elterngeneration), die Zahl der HilfeempfängerInnen in diesen Altersgruppen stark steigt. Dies stützt die Vermutung, daß einkommensstarke Familien vermehrt den Bezirk verlassen und Zuzüge bzw. nachwachsende Familien häufig einkommensschwach sind."[119] Die durchschnittliche bezirkliche Sozialhilfedichte stieg im Jahr 2002 auf 5,9% im Vergleich zu 4,8 % im Jahr 2001.
- Insbesondere bei den jungen Menschen sind Frauen stärker betroffen. Es läßt sich der Schluß ziehen, dass junge Frauen aufgrund eigener Kinder häufig auf Sozialhilfe angewiesen sind.
- Bildungs- und Qualifikationsstruktur: Fast ¾ der HilfeempfängerInnen zwischen 18 und 25 Jahren verfügen über keinen beruflichen Abschluß und stehen auch nicht in beruflicher Ausbildung.
- Die meisten der SozialhilfeempfängerInnen leben im nördlichen Teil der Großsiedlung: in Marzahn Mitte, Marzahn-Nord und Hellersorf-Nord. In diesen drei Stadtteilen wohnen knapp 2/3 aller HilfeempfängerInnen.
- Sozialhilfedichte im Stadtteil- und Sozialraumvergleich:[120] Der Anteil der SozialhilfeempfängerInnen an den EinwohnerInnen in den einzelnen Stadtteilen schwankt zwischen 12,4 % in Marzahn Nord und 0,6% in Mahlsdorf. Der bezirkliche Durchschnitt liegt bei 5,9%.
- Altersspezifische Sozialhilfedichte im Stadtteilvergleich:
- 0-7 Jahre: In Marzahn-Nord, Marzahn-Mitte und Hellersdorf Nord liegt die Sozialhilfedichte bei den unter 7-jährigen bei über 30%, d.h. dort lebt jedes dritte Kind dieser Altersgruppe in einem Haushalt, der auf laufende Sozialhilfe angewiesen ist.
- 7-15 Jahre: Bei dieser Altersgruppe liegt die Sozialhilfedichte vor allem in den Stadtteilen der Marzahner Großsiedlung deutlich über dem bezirklichen Durchschnitt. (ca.13-19%)
- 15-18 Jahre: Die Sozialhilfedichte in dieser Altersgruppe ist insbesondere in Marzahn-Nord und Marzahn-Mitte hoch. (8-9%)

Einige Ausschnitte aus dem Material, die zur Diskussion anregen sollen:

LehrerInnen einer Marzahner Schule haben folgendes festgestellt:

„Wir haben hier an der Schule 25 % Sozialhilfeempfänger. Das ist jeder 4. Das haben wir anhand dieser Büchersache rausgekriegt. Vorher wußten wir das ja auch garnicht. Die Sozialhilfe und Wohngeldempfänger kriegen die Bücher nach wie vor kostenlos."

„Wir hatten schon vor den Ferien eine Anmeldung von 25%. Das sind wohl noch mehr geworden. Wenn ich mir dann überlege, dass da ganz viele Langzeitarbeitslose drunter sind, das kriegt man hier schon gut mit, was in dieser Gesellschaft so los ist."

Mitarbeiter aus der Jugendarbeit betonten:

„Wir erleben immer mehr Kinder, die zu Hause Klotz am Bein sind, wo zu Hause zu den Kindern gesagt wird: ‚Raus mit Euch, heute abend kommt ihr wieder!'"

Ein Teil dieser Heranwachsenden wird dann in den Stadtteilen von den dortigen Einrichtungen wahrgenommen:

„Wir beobachten in jeder Einrichtung, dass zunehmend die Kinder also auch zeitiger in die Einrichtungen kommen, teilweise schon vor den Einrichtungen stehen, wenn die noch garnicht aufhaben."

Oder:

„Also wenn man so um 23/24.00 Uhr immer noch Fünfjährige auf der Straße hat, dann kann das ja auch nicht mehr so normal sein. In der [XY]-Straße baut sich da so ne komische Mischung auf, schon die ganzen Sommermonate."

Zunehmend seien es Heranwachsende aus Familien in sozial prekären Lebenslagen, die in die Einrichtungen kommen. Aus Marzahn-Mitte ist zu hören:

„Wir stellen fest, dass zunehmend immer mehr Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien kommen. Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, vor allem auch Alleinerziehende, wo die Eltern relativ jung sind und überfordert mit der Erziehung ihrer Kinder."

F: „Erzählen die Kinder das, oder sehen Sie das irgendwie?"

[119] Ebenda S.11

[120] „Die Sozialehilfedichte bezeichnet den Anteil der SozialhilfeempfängerInnen an allen EinwohnerInnen in einem Gebiet. Die Sozialhilfedichte stellt einen unmittelbaren und auch sehr weitreichenden Gradmesser für die ‚soziale Belastung' eines Gebietes dar, sowohl hinsichtlich des mit der Sozialhilfe im Kontext stehenden administrativen Interventions- und Handlungsbedarfs als auch für ein erhöhtes Risiko, von weiteren Leistungen der Verwaktung abhängig zu sein." ebd. S.30

A: „Beides. Also die Kinder erzählen das und wir sehen das einfach, sowas wie ich vorhin erzählte mit dem Essen, wenn de dann einfach mitkriegst, dass die sich ne Woche lang ausschließlich von Döner ernähren oder: ‚Ach, 2 Euro hat mir Mutti gegeben...' und dann bei uns am Tresen ihre Mittagsmahlzeit mit Gummitieren bestreiten."

Ein Projekt aus Hellersdorf-Nord beschreibt:

„Wir haben ja auch dieses kostenlose Mittagessen für Schüler, die aus verschiedenen sozialen Gründen auf ihr Mittagessen verzichten müssen, und wo der Trend auch gestiegen ist: immer mehr Kinder und Jugendliche kommen."

Angedeutet wurde in einigen Interviews, dass seitens vieler Eltern kaum eine angemessene Begleitung und Unterstützung der Heranwachsenden in ihren alterspezifischen Fragen und in der Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt stattfindet. Partiell ist von einer expliziten Vernachlässigung in den physischen und emotionalen Bedürfnissen die Rede.

F: „Was ist für die Jugendlichen hier in der Gegend bezeichnend?"

A: „Auffällig ist, dass viele Jugendliche ein sehr desolates Elternhaus haben, dass sie sehr wenig Kontakt zu ihren Eltern haben. Man hat bei ihnen das Gefühl, sie sind geduldet, aber nicht gewollt. ‚Lass mich in Ruhe! Kauf dir was zu essen, aber sprich mich nicht an!'"

Ein Teil der Interviewten signalisierte, dass viele Eltern deutlich überfordert in der „Erziehung" seien: „...wenn man die Eltern sieht, dann muß man sagen, die können das garnicht leisten" ist zu hören oder: Die Eltern hätten in der Bewältigung ihres Alltags „soviel zu tun", „dass die Kinder hinten runter fallen": „Die lieben und mögen ihre Kinder, sie haben aber keine Kraft für ihre Kinder..."

Signalisiert wurde auch, dass Eltern ihre Kinder in den pädagogischen Einrichtungen „abgeben", und selbst „in Ruhe gelassen" werden möchten.

F: „Wie hoch ist das Engagement unter den Eltern?"

A: „Anfangs des Jahres gab es Unterschriftenaktionen gegen die Schließung von Einrichtungen, wo sie sich dran beteiligt haben und hier deshalb anriefen. Es gab schon Versuche und Überlegungen, Elternabende zu machen oder die Eltern zum Tag der offenen Tür einzuladen. Da kamen auch Anwohner, die sich interessierten, aber nicht die Eltern der Kinder aus der Einrichtung. Es ist schwierig. Mir ist aufgefallen, dass hier es hier vielen Leuten in dem Bereich wichtig ist, dass sie in Ruhe gelassen werden, dass sie ihr Leben haben und sehr wenig nach rechts und links schauen. Sie möchten auch nicht angepöbelt werden, es stört sie, wenn die Jugendlichen im Hof Lärm machen. Sie sind aber wenig bereit, sich außerhalb ihrer Arbeit zu engagieren."

Eine Mutter erzählt: „Also meine Tochter hat dann gleich [nach dem Umzug, d.V.] ne Jugendeinrichtung aufgesucht und da bin ich auch erstmal hin und hab mir angeguckt, was da läuft. Und hab mich mit der (Mitarbeiterin) da unterhalten und die sagte: ‚Sie sind die erste Mutti, die hier ankommt!' Ups!, dachte ich, na gut, da waren dann eben auch 5 oder 6 Kinder in der Familie, wo Vati oder Mutti überhaupt nicht gucken, wo die bleiben."

Häufig wurde das defizitäre Kommunikationsverhältnis zwischen Eltern und Heranwachsenden als Ausdruck belasteter sozialer Beziehungen beschrieben:

„Das ist auch so mein Thema ein bißchen, wenn ich Elternabende mache: [Wenn eine Mutter meint:] ‚Meine Tochter erzählt mir gar nichts mehr!' Da sage ich: ‚Na wann hat denn das aufgehört?' Das muß ja vorher schon von der anderen Seite aufgehört worden sein mit dem Sprechen, dass man keine Zeit sich nimmt, dass man sagt: der ist jetzt alt genug, der muß jetzt allein laufen."

Von einzelnen GesprächspartnerInnen wurde der empirische Zusammenhang soziale Belastung, problematischer Beziehungen und diskriminierender Haltungen in den Familien in einen historischen Kontext gestellt:

„Also da, wo das sozial nach unten gegangen ist nach der Wende, ist der Boden dafür da, entweder dass sich nicht mehr auseinandergesetzt wird zu Hause - die reden da auch nicht mehr viel miteinander - oder daß eben da auch Ablehnung gegen Fremde und Aussiedler auch ist, praktisch gegen alles, was ihnen irgendwat wegnehmen könnte."

Deutlich stellt sich die Frage, welche sozialen Zusammenhänge sich Jugendliche suchen oder aufbauen, wenn der unmittelbare Kontext von Eltern/Familie nicht tragfähig ist.

Über einen Sozialraum in Hellersdorf stellten Interviewte beispielsweise dar, dass dort

„...relativ viele Kinder und Jugendliche zwischen 11 und 16" und

„auch immer mehr kleine Kinder" auf der Straße seien, die

„häufig nicht nach Hause gehen oder nach der Schule sofort auf der Straße sind, wo sie den Großteil ihrer Zeit verbringen und sich sanktionsarme Räume suchen, wo sie selbst ihre

Regeln aufstellen können, weil sie sonst niemanden haben, der ihnen die Regeln zeigt."

Und in einem anderen Interview verlautet von einer Sozialarbeiterin über den gleichen Sozialraum:

„In der [XY]-Straße hat sich die Wohnungsbaugesellschaft schon einen Wachschutz zugelegt. Da gibt es eine komische Mischung, was mit rechten Erwachsenen zu tun hat, mit Anführertum, mit Rekrutierung, was aber auch mit Vernachlässigung von Jugendlichen zu tun hat."

In diesem Zusammenhang möchten wir folgendes Fallbeispiel, welches uns von einer Schulsozialarbeiterin erzählt wurde, zur Diskussion stellen:

*Die Geschichte von Alexander:*

„Mir fällt noch eine Geschichte ein, der Alex. Wir hörten, dass Alex nicht mehr nach Hause geht. Das erzählte er nur nebenbei, dass er zwei Nächte nicht zu Hause geschlafen hat. Da haben wir nachgeforscht und da stellte sich heraus, dass er in irgend so einem Keller geschlafen hat. Und da haben sich Rechte richtig behütend seiner angenommen. Wir mussten hier ein Konkurrenzunternehmen aufmachen, um Alex auch wieder behütend aufnehmen zu können. Wir hatten das verpennt und haben das nicht mitgekriegt. Man sah ihm auch nichts an.

F: Wie alt war der denn?

A: Das war vor zwei Jahren, er war 14, 15. So ein Junge, immer heiter, wo man gar nicht... Er erzählte erst peu à peu. Die haben ihm wirklich erst mal was Warmes zu trinken gegeben am Abend, die haben ihn richtig gefunden und wollten ihn offensichtlich aufbauen. Da haben wir das Rennen gewonnen, indem wir gesagt haben: ‚Mensch, komm, mach doch hier....' und auch die Vermittlung mit den Eltern wieder anzugehen. Dann hat er auch wieder zu Hause gepennt. Aber da war eine deutliche Gefährdung, das habe ich mitgekriegt, dass die sehr gezielt auf die Jugendlichen zugehen... Wenn jemand ins Schleudern kommt, den sich dann zu greifen...

Ich höre immer wieder, dass es wohl eine sehr gezielte Bewegung gibt, sehr spezifisch, sehr menschenfreundlich sozusagen. Dieses „Einfangprinzip" zu machen, mit einer gewissen sozialen Betreuung verbunden."

**Zwischenbemerkung**

In den zentralen Bezugssystemen eines Teils von Kindern und Jugendlichen im Bezirk wirken soziale Desintegrationsprozesse, wobei sich ein besonderer Focus auf deren sozial-emotionale Aspekte ergibt. Das empirische Material verweist hier auf verschiedene Indikatoren: eine Unzuverlässigkeit, Instabilität sozialer Beziehungen; Tendenzen sozialer Verwahrlosung bzw. einen beeinträchtigten sozial-emotionalen Rückhalt im familiären Kontext. Kinder und Jugendliche sind vermittelt über ihre Bezugspersonen oder direkt selbst von den vielfältigen Auswirkungen sozialer Umbrüche betroffen. Die Schwierigkeiten ihrer Eltern und ihres Umfeldes in der Bewältigung prekärer Lebenssituationen, politische Stimmungen und Wertungen, erfolgreiche und gescheiterte Handlungsstrategien sind auch für sie unmittelbar erfahrbar. Eine Begleitung und Unterstützung dieser Heranwachsenden in ihren altersspezifischen Fragen und Problemen findet oftmals kaum statt – die Überforderung der Bezugspersonen in der Bewältigung der eigenen Anforderungen, ihre Entwertungserfahrungen und ihr privater Rückzug wird zur – im jüngeren Alter wohl kaum reflektierbaren – Schlüsselerfahrung.

Die Umgangsweisen der Heranwachsenden mit diesen Problemen sind vielfältig. Zur Diskussion gestellt, sei die Annahme der Gefahr, dass sich – vermittelt über weitere Einflußfaktoren – außerhalb von Elternteil/Familie - demokratiedistanzierte, desintegrierte Milieus als sozialisierende Bezugssysteme anbieten und angenommen werden. Hier ist auch eine Brücke zur rechtsextrem orientierten Jugendkultur und Szene, die als soziale Kontexte auch deshalb attraktiv sind, weil sie vermeintlichen Bedürfnissen entgegenkommen (z.B. nach Anerkennung).

**Weitere Aspekte des Generationenverhältnisses –**

**Aggressivität, Abwertung, autoritäre Stile**

Zusätzlich zu den obigen Punkten zeigt die Materialauswertung weitere relevante Aspekte: Nach ihrer allgemeinen Wahrnehmung des Verhältnisses von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gefragt, haben einige unserer Interviewten darauf hingewiesen, dass es ein beträchtliches Potenzial an Abwertung und Aggressivität seitens erwachsener Personen gegenüber Kindern und Jugendlichen gebe:

Eine Sozialpädagogin berichtet:

„Was mir so an Aggressionen auffällt, sind diese Generationenkonflikte. Heute ist diese Schwelle für Aggressionen sehr niedrig und ich erlebe zunehmend Aggressionen von Erwachsenen gegen Kinder und Jugendliche. Das beunruhigt mich sehr stark."

Und aus dem Schulbereich ist zu hören:

„Was mir wirklich Sorge macht, ist überhaupt diese Mißachtung untereinander. Also ich finde, dass Schüler von Erwachsenen nicht geachtet, nicht beachtet werden, niedergemacht werden. Das ist, glaube ich, ja meistens so der Ansatzpunkt wo sich die Schüler dann eben wenn wir Pech haben ne andere Gruppe suchen, wo se glauben daß se akzeptiert werden und wo genau dann auch die Ansätze sind: Naja, dann suche ich mir jemand anders, den ich halt niedermachen kann."

Ein Bürger aus Marzahn beschreibt:

„Hier wird von Fenster zu Fenster sehr ordinär hin und her geschimpft, was da wie zu sein hat. Ob es darum geht, dass einem das Äußere des anderen nicht gefällt oder ähnliches. Neu ist, dass die Haltung älterer Menschen gegenüber Jugendlichen sich verschlechtert hat und man oft hört: ‚Na, lern Du erst mal etwas!' oder: ‚Werd Du erst mal erwachsen und dann kannst Du mich ansprechen!'"

Eine andere Interviewte deutet eine geringe Offenheit gegenüber Vielfalt und Differenz in den Lebensstilen an. Sie bezieht Erfahrungen mit Erwachsenen aus Mahlsdorf ein:

„In Mahlsdorf, ich sag immer Mahlsdorfer Urgestein, das ist sehr fest in gewissen Ansichten: Also bei irgendjemandem mit Strähnchen in den Haaren [wird gesagt:]: ‚O Gott, o gott o gott!'"

F: „Was ist denn solchen Leuten in Mahlsdorf wichtig, worauf legen die besonderen Wert?"

A: „Also wichtig sind eben wirklich diese alten Werte: Ordnung, Sauberkeit...."

Hier gibt es Hinweise auf eine Orientierung an Konformität, ein Festhalten an konventionellen Werten, die in eine Abwehr von Phantasie und Kreativität münden.

Und eine interviewte Sozialarbeiterin spricht direkt von „Jugendfeindlichkeit":

„Also insgesamt gibt es gegenüber Jugendlichen eine verschlechterte Tendenz, wie die eingeordnet werden. Wir haben eine hohe Nicht-Akzeptanz gegenüber Jugendlichen. Das kann man vor allem für Marzahn-Süd sagen, was ja einer der ältesten Stadtbezirke überhaupt ist. Das fängt damit an, dass überhaupt alles stört, was jugendlich ist: also Präsenz im öffentlichen Raum, Musik.. Das hat noch nicht mal was mit rechts zu tun, sondern nur Jugendfeindlichkeit zum Teil. Das sind dann diese Begriffe, dass die ‚auf der Strasse liegen', ‚die sollen doch `was sinnvolles machen!'"

Hier wird angedeutet, wie sich Erwachsene auf Kosten Jugendlicher aufwerten.

Dargestellt wird, wie ein Teil der erwachsenen Bevölkerung die eigenen – sicherlich nachvollziehbaren - Interessen nach Ruhe und Ordnung mit den ihnen zur Verfügung stehenden Machtmitteln durchsetzt.

„Wenn die [Anwohner] eben darum kämpfen - mit ihren Vermietern zusammen – die Innenhöfe zuzumachen, darum kämpfen, dass sie die Bolzplätze zurückbauen, damit se Ruhe haben.... Dieses Bedürfnis nach Ruhe wird aus meiner Sicht immer stärker...., und dass die gegen Spielplätze kämpfen die Anwohner und die Kinder aus dem öffentlichen Raum verdrängen.... Also das beunruhigt mich stark. Diese Tendenz ist sehr stark."

Ein anderer Interviewter problematisiert jedoch auch eine wechselseitige Entsolidarisierung zwischen den Generationen:

„Also ich glaube, dass insgesamt der Egoismus wächst und auch nicht am Bezirk Marzahn-Hellersdorf vorbei zieht und so erlebt man auch, dass die Generationen in Marzahn-Hellersdorf, also Jung und Alt, nicht besonders gut miteinander harmonieren, dass es da oft heißt die „Alte", der „Alte", dass ich da schon wenig Hilfsbereitschaft verspüren kann."

Mittels eines selbst erlebten Beispiels aus dem nachbarschaftlichen Wohnumfeld wirft einer der Interviewten die Frage auf, auf welche Weise denn Demokratie im Alltag – auch zwischen den Generationen – realisiert werden könne. Dass Prozesse der Konfliktaustragung, die von Machtkämpfen und Abwertung gekennzeichnet sind, dafür kontraproduktiv sind, versteht sich von selbst:

*„Das ist ein Zweirechtesystem plötzlich! Ganz schwierig!"*

„Die Wohnungsbaugesellschaften sind natürlich daran interessiert gut zu vermieten und ihren Mietern, die sie haben eine gute Wohnqualität zu bieten. Dazu gehört vor allen Dingen, dass Belästigungen durch Lärm und durch Graffitti entfallen. Und da sind vor allen Dingen die Jugendlichen im Visier, und da werden private Sicherheitsdienste beauftragt, die Hausordnungen durchzusetzen, wobei ich verblüfft bin... dass die Wohnungsbaugesellschaften also die Hausordnungen schon in den öffentlichen Raum ausdehnen, also auf die Bürgersteige zum Beispiel. Oder auf die Höfe, wo eben Bolzplätze sind... Es ist z.B. ein seltsames Phänomen, wenn Eltern in ihrem Mietvertrag unterschreiben, dass ab 20 Uhr Ruhe sein muß, können die, wenn ihre Kinder auf dem Bolzplatz ab 20 Uhr Lärm machen und das wiederholt passiert, gekündigt werden, während einer der nicht da in dem Wohngebiet wohnt und nach 20 Uhr Lärm macht, da kann

überhaupt nichts passieren, weil die ja nicht die Hausordnung anerkannt haben. Das ist ein Zweirechtesystem plötzlich! Ganz schwierig!"

„Und dass Jugendliche dann in Cliquen abrutschen und wenn dann welche kommen und sagen hier bei uns kannste stark sein, bei uns kannste'n richtiger Mann werden, da muß man sich nicht wundern! [Es sind] rechtsfreie Räume, die entstehen, wo die Leute sich nicht wehren können. Die wissen gar nicht zu wem se noch gehen können."

Der Interviewte hat auch die Erfahrung gemacht, dass „die NPD das sehr wohl mitgekriegt hatte, dass da auf den Höfen was ist, wo die Kids informelle Gruppen bilden. Da sind auch deren Anhänger und deren Leute hingegangen und haben da gesprochen. Das habe ich in der Jugendarbeit dann gemerkt, dass da die Aufnahmeanträge kursierten unter den Jugendlichen."

„Die Gefahr ist, dass die Demokraten die Leute sich selber überlassen in ihrer Hilflosigkeit. Die wollen ihre Wohnung nicht verlieren; die Jugendlichen werden belauert von den Wachschützern; die Wachschützer fühlen sich belauert von den Jugendlichen, fühlen sich provoziert und so. Da entstehen rechtsfreie Räume in der Alltagserfahrung, jeden Abend und es ist nicht ein Politiker da, der sich darum kümmert! Wir haben hier nen Jugendhilfeausschuss. Die beschäftigen sich mit Zahlen, wo se Geld kürzen können und sowas, und das Leben hat längst diese ganzen Dinge überholt. DAS ist das eigentliche Drama, was hier abläuft."

**Zwischenbemerkung**

Bevor wir darauf eingehen, wie Jugendliche und peer-groups in ihrer sozialen Dynamik wahrgenommen werden, einige Zwischenbemerkungen.

Deutlich wird im zitierten empirischen Material, dass das Generationenverhältnis partiell durch Prozesse der Abwertung, Mißachtung und Demütigung gekennzeichnet ist, die durchaus von Teilen der Erwachsenenwelt ausgehen.

Es stellt sich die Frage, inwiefern aggressiv-autoritäre Stile, die von einigen Interviewten beschrieben wurden, Teil der Alltagskultur sind und durch aktuelle gesellschaftliche Umbrüche aktualisiert werden. In diesem Zusammenhang ist auch die These in Betracht zu ziehen, daß ein Teil der Erwachsenenwelt eigene Verunsicherungen bewältigt, indem normale Alltagskonflikte zwischen den Generationen zum Ausgangspunkt genommen werden, eigene Autorität auf oben beschriebene Weise zu demonstrieren. Unabhängig von den zugrunde liegenden Motivationen stellt sich dann vor allem die Frage, wie die Heranwachsenden mit solchen Formen der Konfliktaustragung umgehen.

Wie werden solche von Abwertung gekennzeichneten Erfahrungen etc. verarbeitet? Wie repräsentieren sich diese Erfahrungen dann in den Jugendmilieus? Sofern keine korrigierenden Erfahrungen in sozialen Bezugssystemen möglich sind, kann sich all dies auch in den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen z.B. als Suche nach scheinbar ‚starken' (durchaus auch rechtsextrem orientierten/rechtsextremen) Gruppen wiederspiegeln. Die Frage, woher alternative Erfahrungen gewonnen werden können, ist daher für sämtliche pädagogischen Kontexte relevant.

**Weitere Aspekte der Wahrnehmung von Jugendlichen und Jugendgruppen**

Im folgenden richten wir noch einen kurzen Blick auf weitere Teilaspekte, wie einheimische deutsche Jugendliche und ihre Bezugsgruppen seitens interviewter Erwachsener wahrgenommen werden.

Eine Interviewte beschreibt, wie sie Kinder im Alter von 10-14 wahrgenommen hat, die nach dem Schließen einer sozialen Einrichtung vor allem auf den öffentlichen Raum verwiesen waren.

F: „Wie würden Sie denn die Gruppen, Cliquen von Jugendlichen hier in der Gegend charakterisieren?"

A: „Also am schwierigsten fand ich Anfang des Jahres eigentlich unsere Lückekinder. Die waren richtig böse drauf, ziemlich grob, ziemlich brutal, haben sich gegenseitig abgezogen. Viele waren richtig entsetzt, dass so junge Kinder so miteinander umgehen, sich unterdrücken. Warum? Keine Ahnung! Das kann nicht nur mit [der Einrichtung] zusammengehangen haben, die da weggebrochen ist. Ich denke auch, dass Jugendliche, Kinder insbesondere, weil sie schneller reagieren auf irgendwelche Umstände, dass die einfach mal Ansprechpartner, Bezugspersonen und einfach Angebote brauchen. Und da reagieren sie auch zum Teil drauf. Ich meine, vielleicht, am Jahresanfang, als diese Brutalität untereinander da war, war es vielleicht auch ne Art Reaktion auf nen Konsumverlust. So würde ich das einschätzen. Sie hatten sonst ihre Ansprechpartner untereinander, sie haben bestimmt auch viel Zuwendung von den Projekten bekommen. Das war auch irgendwo ein Stück selbstverständlich... Und wenn da irgendwas anders ist, reagieren Kinder massiver und schneller als unsere Generation."

Ein Lehrer beschreibt Schüler im Hauptschulbereich:

„Das Permanentbeispiel ist, wie Schüler miteinander umgehen. Der Ton wird immer rüder, das Rechtsempfinden geht den Bach runter, was richtig ist und was nicht, wie man andere behandelt. Ich will nicht unterstellen, dass da vieles mit Absicht passiert, aber in manchen Bereichen ist ein regelloser Zustand erreicht. Man könnte von geistiger oder sozialer Verwahrlosung sprechen. Die Ursachen sind sehr komplex."

Und ein interviewter Migrant gibt einen Eindruck davon, wie er Jugendliche und ihre Gruppen wahrnimmt:

„Das Hauptproblem bei den Jugendlichen, was mir so Angst macht, bei der Generation die nach uns kommen wird..., ich glaube das ist ein Problem jeder wohlhabenden Gesellschaft. Das Problem ist, dass die jungen Menschen aufwachsen ohne große Verantwortung übernehmen zu müssen, mit viel Freiheit aber ihre Pflichten vergessen und vergessen, dass man verantwortlich handeln muß, dass man nicht nur machen darf, was man will, sondern es gibt auch andere, auf die man Rücksicht nehmen muss. Die einheimischen Jugendlichen, da ist es so, dass sie jemanden anpöbeln oder jemanden anmachen, nicht weil ihnen was fehlt oder weil sie reagieren, sondern weil sie das Gefühl haben, sie sind die Größten, keine Grenze mehr kennen, wissen, dass man nicht alles darf, dass es auch bestimmte Grenzen gibt, wo man nicht weiter gehen darf. Irgendwie hat man das Gefühl sie können alles machen. [...] Bei den deutschen Jugendlichen hab ich so den Eindruck, die glauben, dass es überhaupt keine Regeln gibt, keine Gesetze. Dem sein Gesicht gefällt mir nicht, also tu ich ihn mal anmachen: Du Arschgesicht, Affengesicht und so, du scheiß Ausländer, du Nigger und so. Das ist so mein Eindruck, dass die Gesellschaft es nicht geschafft hat, der heutigen Jugend beizubringen, dass sie nicht allein auf dem Planeten leben, es gibt ja auch Nachbarn, es gibt ja auch andere und die haben ja auch so ihre Bedürfnisse."

Von hier läßt sich auch eine Beziehung herstellen zu den im Rechtsextremismus-Kapitel analysierten Phänomenen von Chauvinismus, autoritärer Aggression und Dominanzkultur unter Heranwachsenden.

Einen klaren Entwicklungsbedarf im Bereich sozialer Kompetenzen und ethischer Fragen hebt eine Interviewte für den Schulkontext hervor:

„Schule läßt viel zu wenig Raum für offene Debatten, für offene Diskussionen für Normen, Werte. Also manchmal kommt mir das vor, wie so eine Maschinerie für Wissensvermittlung und diese Vermittlung eben auch immer nur auf Stoff bezogen, auf Inhalte bezogen, garnicht mal so sehr auf Erziehung als solches bezogen: Erziehung zu Toleranz, Erziehung zu Werten, Normen, Humanismus..."

**Prekäre Lebensverhältnisse – Zukunftsperspektiven – Kompetenzentwicklung?**

Einige der Interviewten haben sich in ihren Beschreibungen auch auf Aspekte des Lebensgefühls Heranwachsender bezogen bzw. sind auf psychosoziale Aspekte eingegangen, die Resultate der komplexen Dynamik in den sozialen Lebensverhältnissen sind.

Auch wenn es sich hier um Ausschnitte handelt, die eigentlich nur im Rahmen einer stärkeren Kontextualisierung – z.B. durch Fallstudien - verstehbar sind, möchten wir diese Aspekte nicht völlig ausblenden, zumal sie auch für das Verständnis sozialkognitiver und sozialemotionaler Lernprozesse wichtig sind.

Zu den Auswirkungen des Lebensgefühls der Eltern meint eine Interviewte:

„Wir stellen immer wieder fest, dass eine Perspektivlosigkeit bei den Eltern da ist, die sich oft in den Kindern wiederspiegelt. Wenn ich ein 15-jähriges Mädchen höre, die mir erzählt: ‚Ich möchte auch mal so leben wie meine Eltern, von Sozialhilfe!', dann bin ich schon entsetzt."

Skizziert wurde in einigen Interviews, dass Kindern und Jugendlichen von der Erwachsenengeneration frühzeitig vermittelt werde, daß das Leben eigentlich keinen echten „Sinn" habe. Ein Interviewter beschreibt den „Trott", in dem er manche Heranwachsenden wahrnimmt, wie folgt:

„Ich find sowieso keine Arbeit, warum strenge ich mich eigentlich in der Schule an?"

Täglich werde vermittelt, daß „die Zeiten schlechter werden", daß es „immer weniger Ausbildungsplätze" und „immer mehr jugendliche Sozialhilfeempfänger" gebe. Die Heranwachsenden würden auf diese Weise eher entmutigt, sich diesen Problemen zu stellen, als motiviert:

„Das ist ja auch das was sie von zu Hause hören: Du kannst nichts, du bist nichts, du erreichst sowieso nichts, weil diese Gesellschaft nichts bringt. Da frustrieren die Jugendlichen schon..."

Einige der Interviewten gingen auf die Verknüpfung von familiären Milieus, sozialer Probleme und der Dimension Schulbildung ein:

F: „Sehen Sie Probleme, die in den nächsten Jahren wichtiger werden?"

A: „Die Schulbildung. Es gibt sehr große Unterschiede bei den Kindern, wie sie Sätze bil-

den können, wie sie sprechen können. Oft ist das eine Kette, fünf oder sechs Kinder. Die älteste Tocher ist meistens die Mutter oder der Mutterersatz, die Mutter sitzt zu Hause vor dem großen Fernseher. Da geht das los, über die Schiene sieht man den Abfall in der Leistung. Wenn man sie als 5-8jährige erlebt hat, lagen sie noch relativ gut im Rennen. Als 10,11jährige haben sie einen Abfall gehabt, weil mit der Schule, mit den Eltern was passiert. Die kümmern sich nicht. Da sehe ich große Probleme. Die , die ich hier kenne, haben im Gegensatz zu denen, die vor drei Jahren noch regelmäßig hier im Hause waren, einen ganz starken Abfell in der Leistung, im Wissen, im Umgang, im Niveau insgesamt."

Aus dem Hauptschulbereich ist zu vernehmen:

„Wir versuchen, Schüler einzubeziehen, aber das ist in der Mittelstufe schwierig. Im Hauptschulbereich haben die Schüler ein relativ schwaches Selbstbewusstsein haben. Es kostet sie unheimliche Überwindung, irgendwo anzurufen."

Und aus dem Realschulbereich:

„Die Eigenständigkeit, die Selbständigkeit läßt hier irgendwo zu wünschen übrig." und: „Ich denke sie loten sich insgesamt nicht aus, das ist das heutige Problem. Sie könnten alle viel besser sein."

Sowohl Schuldistanz, als auch geringes Selbstvertrauen und „Lernschwächen" seien weit verbreitet: „Viele haben Lernbehinderungen oder Lernschwächen. Bei den 10-12jährigen ist das ganz stark erkennbar." Oder: „Der Anteil der Kinder, die keine Lust haben, zur Schule zu gehen steigt, immer mehr Kinder haben Lernschwierigkeiten."

Betont wird von Gesprächspartnern, daß es neben einer „materiellen Verarmung" auch eine „emotionale Verarmung" bzw. „Verrohung" gebe. Eine andere Interviewte, die zuvor das Verhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern beschrieben hatte, meint über Kinder:

„Sie sind auch untereinander aggressiv, obwohl sie sich eigentlich mögen. Insgesamt ist ein aggressives Verhalten erkennbar, mit steigender Tendenz."

Und in einem anderen Interview heißt es:

„Ich bin immer wieder entsetzt, wie wenig sozialisiert die sind. Es fängt damit an, dass sie ganz normale Formen des Zusammenlebens nicht beherrschen. Z.B. beim Essen achtet man nicht darauf, dass der andere auch etwas auf dem Teller hat, sondern man fährt seinen Ego-Trip. Wie gewaltbereit auch schon jüngere Kinder sind! Beim Raufen gibt es keine Hemmschwelle, da wird zugetreten und zugeschlagen."

Eine Interviewte aus dem Bezirksamt hebt hervor, daß es „zunehmend" Kinder mit psychosozialen Auffälligkeiten gebe, die eigentlich zusätzliche „Betreuung" nötig hätten:

„Aber wenn ich mir hier die Entwicklung anschaue und wir gucken dann auch jedes Jahr genau auf die Untersuchungsergebnisse der Einschulungsuntersuchung. Wie viele Kinder hier aufwachsen mit Verhaltensauffälligkeiten, wie viele Kinder wir haben die zum Teil schon mit typischen Erwachsenenkrankheiten wie Migräne, Asthma aufwachsen, dann macht mir das schon Sorgen, weil natürlich hier irgendwann Jugendhilfe immer der letzte Torhüter bleibt!"

**Zwischenbemerkung**

Durch die Einbeziehung der bisher diskutierten Faktoren deutet sich für einen Teil der Heranwachsenden im Bezirk Marzahn-Hellersdorf ein ungünstiges Bedingungsgefüge für soziale Lern- und Entwicklungsprozesse an.

Insbesondere die Problematik desintegrationsgefährdeter Milieus, in denen Ressourcen von Bildung und Kompetenz zu gering ausgeprägt sind, um erfolgreich mit schwierigen Lebenssituationen umzugehen, ist hier hervorzuheben. Möglicherweise zeichnet sich hier ein zukünftiger Negativtrend ab. Dieser betrifft dann unter Umständen auch die Entwicklung von demokratierelevanten Kompetenzen, wie Empathie (sozial-affektiv) und Perspektivenwechsel (sozial-kognitiv).

Deutlich wird auch, daß die Feststellung von Schuldistanz und mangelnder Schulmotivation bzw. die Feststellung von „Lernschwierigkeiten" als indviduellem Problem lediglich die Spitze des Eisberges erfaßt. Ursachen für eine geringe Schulmotivation und Schuldistanz sind jedoch vielfältig. Zu vermuten ist, daß gesellschaftliche Faktoren mit innerschulischen (Schule attraktiv als Lern- und Lebensort?) und persönlichen Faktoren der Schüler und Schülerinnen (subjektive Verarbeitung der eigenen Lebenssituation etc.) in engem Zusammenhang stehen. Angedeutet wurde von einigen Interviewten auch, dass Schule mitunter als lebensfremd empfunden werde: als „Drangsalierung", – sicherlich auch, weil es ihr noch zu wenig gelingt, die realen Lebenssituationen und –probleme der Heranwachsenden mit in das Bildungsgeschehen einzubeziehen oder diese im besten Fall zum Ausgangspunkt des Bildungsprozesses zu machen, was am einfachsten Motivation schaffen dürfte.

### 10.2. Außerschulisches Lernumfeld und Mobilität

Viele unserer Interviewten betonten, dass viele Kinder und Jugendliche kaum aus ihrem direkten Umfeld herauskommen:

„Die Kinder hier kommen aus ihrem Stadtteil nicht raus, weil das Fahrgeld nicht da ist oder die Eltern es dafür nicht ausgeben wollen."

Oder:

„Also die älteren Jugendlichen oder die aus sozial total schwachen Familien: die haben stellenweise ein Problem, von hier zum Alexanderplatz zu fahren. Also diese Phänomene, diese Unterschiede, diese Kluften zwischen Jugendlichen gibt es auch! Also aus ihrem gewohnten Umfeld raus, aus Hellersdorf raus, ist für die wie: hinter Hellersdorf beginnt ne andere Welt. Wir sind hier am Stadtrand, dass darf man nicht vergessen."

Neben sozioökonomischen Faktoren ist hier bereits anzudeuten, dass mitunter auch Ressentiments der Eltern bzw. des familiären und Freundeskreises gegenüber Stadtteilen mit einer anderen soziokulturellen – z.B. von Migration geprägten - Struktur dabei eine Rolle spielen. So begegneten uns im Rahmen der Studie einige Jugendliche, die meinten, daß es ihnen ihre Eltern nicht gestatten, aufgrund von Vorbehalten in die westlichen Bezirke Berlins, z.B. nach Kreuzberg oder Neukölln, zu fahren.

Anlaufziele außerhalb des unmittelbaren Umfeldes sind vor allem Ausbildungseinrichtungen, kommerzielle Freizeiteinrichtungen oder Einkaufsmöglichkeiten.

F:„Und wenn die Jugendlichen ihre Freizeit nicht hier verbringen, fahren sie dann auch mal in andere Bezirke?"

A: „Die Älteren schon. Wir haben ja auch Auszubildende, die sind relativ selbstständig, kommen nur, um sich auszutauschen, oder wenn sie Probleme haben. Die fahren da schon hin, in Diskotheken. Aber bei den 15-17-jährigen ist es eigentlich so, dass sie nur dorthin kommen, wenn sie mit uns irgendwelche Projekte machen. Vor Jahren traf ich hier ein Mädchen, die war 13 oder 14 und hatte mir erzählt, dass sie noch nie am Alexanderplatz war. Da bin ich schon verstört. Das ist oft der finanziellen Not geschuldet, dass die Eltern nicht die Möglichkeit haben, mit ihren Kindern freizeitmäßig was zu gestalten. Oder es wollen – ich würde es nicht nur auf das Geld schieben."

Das unmittelbare soziale Umfeld ist also der wesentliche Orientierungspunkt; Kontext informellen Alltagslernens.

Hinzu kommt, dass es vielen Kindern und Jugendlichen, die nicht entsprechende Rahmenbedingungen haben, schwer fällt, sich ein differenziertes Bild ihrer Gesellschaft zu machen, ihre Realität adäquat einzuschätzen, Entwicklungen (politische und soziale Prozesse) wirklich zu begreifen und darauf dann kompetent zu reagieren.

Im Interview heißt es, die gesellschaftlichen Prozesse seien „nicht mehr so klar abgrenzbar, sondern viel zu verworren für die Jugendlichen, als daß sie ein Bild ausmachen" können."

Oder es heißt:

„Es ist zur Zeit eine Unruhe vorhanden, eine Unzufriedenheit, da weiß ich gar nicht so richtig, wo das enden kann."

Bedenklich sind in diesem Zusammenhang Beobachtungen, die aus dem Bereich der Jugendarbeit und Straßensozialarbeit gehäuft geäußert worden sind: Heranwachsende, insbesondere die Lückekinder seien sehr zugänglich für ideelle (oder durchaus auch materielle) „Angebote charismatischer Personen" – nicht nur, aber auch aus dem rechtsextremen Spektrum.

### 10.3. Bestätigung von Alltagsrassismus in Nachbarschaft und Wohnumfeld

Auch außerhalb des familiären Kontextes bzw. der Eigengruppe finden Alltagsrassismus und autoritäre Aggression gegenüber als ungleichwertig betrachteten Minderheiten Bestätigung. Einen Blick auf Szenen aus dem Alltag:

A: „Es gibt hier sehr viele, die einen Hass auf die Russlanddeutschen, gegen Ausländer, Aussiedler haben. Man merkt es auch im Umgang mit den älteren Jugendlichen und mit vielen Erwachsenen."

F: „Wie äußert sich das? Haben Sie ein konkretes Beispiel im Kopf?"

A: „Ja. Sie lehnen sie [die Aussiedler] ab, wollen nichts mit denen zu tun haben. Da drüben im Innenhof ist es so, dass sich da im Sommer immer ein riesengroßer Pulk, der sich um den Spielplatz bildet. Frauen, Kinder, Jugendliche. Auf der anderen Seite haben sich seit diesem Jahr immer jüngere Russlanddeutsche angesiedelt. Immer bewaffnet mit einem Kasten Bier. Da gibt es keine Annäherung, keine Beziehung, nur Hass: „Die saufen ja sowieso bloß, schmeißen ihren Dreck hier hin und wir haben das.„ Die jüngeren Jugendlichen, die wir im Haus haben, sind nicht das Problem, die 15-18jährigen. Eher die älteren, die mit dabei sind, viele, die keine Arbeit haben, die auch

noch nie gearbeitet haben. Sie sind ziellos und irritiert von dem, was hier geschieht, sie haben keine Orientierung im weitesten Sinne und haben damit ein großes Problem. Sie suchen bei den Ausländern ein Ventil. Davon sind sehr viele betroffen."

Oder:

„Wir haben Jugendliche, die dieses Haus mit Steinen beschmeißen, durchaus gehört das auch mit zum Alltag, [es wird gesagt:] ‚hier wohnen sowieso bloß Verbrecher und Alkoholiker!"

F: „Wer sagt das?"

A: „Die Jugendlichen selbst. Wenn Roma-Frauen aus unserem Hause, die auf dem Fahrrad unterwegs sind, um einzukaufen mit Steinen beworfen werden von ... das sind noch nicht einmal Jugendliche... 11-12jährigen; wenn hier draußen Jugendliche, die im Endeffekt nur mitkriegen, dass nicht überall deutsch gesprochen wird, diese dann als Verbrecher und Alkoholiker titulieren, ist das ganz zielgerichtet, oder wir haben ältere Frauen, die dann hier vorbeikommen: Guck Dir mal diese Türken an! Aber wir haben keine Türken hier. Als Türke wird alles das abgestempelt, was... es ist nicht deutsch und eigentlich von der Kultur her abzulehnen: Aber da würde ich sagen, ist zum Teil die Unwissenheit nach wie vor groß. Obwohl wir die Möglichkeit bieten zu Gesprächen, sind da anscheinend auch ein paar Haltungen, die sind so verinnerlicht."

Haltungen, wie diese, die sich sowohl bei erwachsenen Generationen, aber auch bei Heranwachsenden entwickeln, führen oftmals zu einer deutlichen Ablehnung und Distanz gegenüber potenziellen interkulturellen Lernprozessen.

### 10.4. Jugend und Politik –

### Das Verhältnis zur Demokratie und politischen Parteien

In einem Teil der Interviews haben wir auch nach dem Verhältnis von Jugendlichen gegenüber der aktuellen Politik und den demokratischen Parteien gefragt. Anzunehmen ist, dass sowohl die Stimmungen im unmittelbaren Umfeld als auch eigene Erfahrungen der Heranwachsenden eine Rolle spielen, wie sich dieses Verhältnis gestaltet. Einige Ausschnitte aus dem Material:

Allgemein wurde von Interviewten betont, es gebe einerseits ein deutliches Desinteresse an der Politik der Parteien, sofern es um die ganz eigenen Belange gehe, sei aber sowohl ein Interesse als auch eine gewisse Handlungsbereitschaft wahrzunehmen.

Grundsätzlich sei das Gefühl nichts ändern zu können aber sehr verbreitet:

„Wenn man die Jugendlichen fragt: Interessierst Du dich für Politik? Um Gottes Willen! Um Gottes Willen! Da mach ich mir doch nicht den Kopf, die Politiker können schon nichts mehr verändern, Politik ist doch scheiße!"

Die Auswirkungen von Stimmungslagen in den Familien beschreibt ein anderer Interviewter:

„Die Jugendlichen, auch die Kinder setzen sich damit überhaupt nicht auseinander, die schimpfen auch auf Schröder und selbst auf Klett hier im Bezirk, aber dass sie selber sich ne politische Meinung bilden oder wenn sie 18 sind, dann auch wählen, da sagen sie: Nee ich wähle nicht. Warum soll ich wählen gehen? Damit setzen sie sich überhaupt nicht auseinander. Ich denke die allgemeine Stimmung ist, ich kann ja sowieso nichts ändern, auch mit meiner Stimme nicht, das wird ja auch nicht besser."

Immer wieder wird jedoch von Interviewten hervorgehoben, daß es durchaus eine aktive und gut informierte Minderheit unter den Jugendlichen gebe. Diese stünden nicht selten den Jugendorganisationen der Parteien nahe oder seien deren Mitglieder. Ein Interviewter beschreibt dies als „demokratieförderndes" Engagement:

„Na, ich will mal vorsichtig sagen: Ich glaube, dass ein Teil dieser Arbeit auch in politischen Jugendorganisationen gemacht wird. Ich denke mal, dass die Jusos hier im Bezirk, die sind auch relativ aktiv, dann die PDS-Jugendorganisation „Solid" und die seit zwei Jahren vorhandene Grüne Jugend. Da läuft schon einiges, aber so weit ich das sehe, ist das immer ein ganz, ganz geringer Prozentsatz, der da erreicht wird. Und soweit, wie ich das sehe, sind das eher intellektuelle Jugendliche, also Jugendliche, die auf dem Gymnasium sind, insgesamt eine Minderheit. Also das würde ich mal als einen Punkt sehen, wo man sich austauscht und auch was tut."

Oder:

„Ich kenne viele Jugendliche, die zum runden Tisch gekommen sind, die wirklich sehr intensiv sich mit Politik beschäftigt haben. Da gibt es auch sehr interessante Leute."

„Es gibt vielleicht noch eine Gruppe, die sehr in diese Grüne Richtung gehen. Aber so richtig sich mit Politik auseinandersetzen, das machen nur sehr wenige"

„Also ich persönlich würde sagen, die Mehrheit der Jugendlichen mischt sich nicht ein und sagt: Ich kann sowieso nichts verändern. Das interessiert mich nicht."

Möglicherweise spiegeln sich hier auch die sozialen Voraussetzungen, Bildungschancen und Gruppenzugehörigkeiten wieder, wenn die Rede davon ist, dass diese engagierten Jugendlichen eher „intellektuell" seien.

Ein Interviewter schlägt die Brücke von der Situation der ihm bekannten Hauptschüler zu diesen Formen der politischen Teilhabe, insbesondere der Jugend-BVV:

A: „Den Entscheidungsträgern in unserem Land ist es egal, was hier abgeht. Im Bereich Bildung ist gerade in Berlin nur eins wichtig: Gymnasialbildung. Was in der Grundschule oder der Sek I passiert, interessiert keinen."

F: „Ist es für die Schüler auch im Alltag ein Problem, nicht ernst genommen zu werden?"

A: „Sie erleben permanente Ohnmachtszustände. In vielen Fällen wünschen Schüler sich Anderes, was wir nicht realisieren können, weil wir die Möglichkeiten nicht haben. Es gibt ja in Hellersdorf jetzt dieses Jugendparlament. Da wird ein Riesenaufwand betrieben, mit Wahlen. Und dann setzen sich Schüler in ihrer Freizeit zusammen, die sehr engagiert sind und wahrscheinlich noch glauben, sie können hier irgendwas reißen. Meiner Meinung nach wird da eine Demokratiefarce gespielt. "Ihr seid alle wichtig, wir nehmen euch alle ernst." In der Endkonsequenz interessiert hier in Berlin, in Hellersdorf sowieso nur die Finanzierbarkeit. Da kann man die tollsten Vorschläge machen. [Politiker XY] zieht den Stift und macht einen roten Haken dahinter. Und dann möchte ich mal abwarten, wie lange die da mitmachen. Irgendwann kommt der Frust. Und dort sitzen auch nur Gymnasiasten."

F: „Ist das so?"

A: „Denke ich schon. Ich weiß es aber nicht genau. Hier an unserer Schule war das Echo plus minus null."

Viele Interviewte deuten an, daß insbesondere für jüngere Heranwachsende und Jugendliche mit geringerem Bildungshintergrund sowohl die Formen der Parteienpolitik, als auch die Prozesse und inhaltlichen Fragen schwer zu begreifen sind. Es gebe eine große Schwierigkeit Politik zu verstehen:

„Wir sind über „Politik im Kreuzverhör„ mit den Politikern von Marzahn-Hellersdorf im Gespräch. Da sind die Jugendlichen sehr aktiv. Die Jugendlichen haben große Probleme damit, zu deuten, was die [Politiker] in den Runden von sich geben. Wir versuchen, das im Nachhinein aufzuarbeiten, um vorbereitet in die nächste Runde zu gehen."

Auch von Ängsten und Unsicherheiten in der Beschäftigung mit Politik, die familiär vermittelt werden, ist die Rede:

F: „Was denken Sie, wie die Kinder und Jugendlichen Politik wahrnehmen? Welches Image hat Demokratie?"

A: „Ich finde oft, dass es so eine Politikverdrossenheit ist. Wir haben uns auch immer an Projekten beteiligt, z.B. gab es eine Veranstaltung „Ich mache Politik". Da ging es darum, wie Kinder und Jugendliche sich einbringen können. Das ist immer viel zu hoch angebunden. Da haben unsere Kinder und Jugendlichen Angst, weil sie sich oft sprachlich nicht so gut ausdrücken können. Man muss wirklich im Kleinen anfangen, in der Schule, in der Familie so eine Politik zu üben. „Ich darf meine Meinung sagen". Das muss nebenher auch in Jugendfreizeiteinrichtungen geübt werden. Oft ist auch eine Egal-Stimmung da. Wenn es sie ganz persönlich betrifft, gibt es Diskussionen. Aber das große Drumherum, das interessiert eh niemanden. Wir haben auch schon mit ihnen gemeinsam die Zeitung gelesen und analysiert. Wir haben immer wieder festgestellt, dass das im Elternhaus oft nicht stattfindet."

F: „Wie schätzen Sie das bei den Eltern ein?"

A:„Perspektivlosigkeit, die Meinung „Ich kann jetzt sowieso nichts verändern". Ich denke, dass sie – bis auf Parolen, die sie hören und an ihre Kinder weitergeben – sich nicht viel mit Politik beschäftigen."

Auch andere Interviewte aus Schule und Jugendarbeit haben die Erfahrung gemacht, dass die Mehrheit der Jugendlichen sich im Alltag kaum mit politischen Prozessen und Problemen befaßt. Die inhaltliche Kompetenz und Argumentationsfähigkeit sei sehr gering ausgeprägt:

„Aber der Großteil denke ich, ist viel zu unpolitisch. Die einzige Politisierung, die ich in der letzten Zeit erlebt habe, war im Zusammenhang mit dem Irakkrieg. Von daher war das mal ein Anlass, sich über Krieg und Frieden auseinander zusetzen. Da hat man auch gemerkt, dass sie einfach keinen Boden haben, wo sie sich auseinandersetzen können und dass sich da viel zu viele raushalten."

Oder:

„Also, ich erlebe das in manchen Klassen, dass die unbedingt wollen, dass man seine eigene Meinung sagt, um dann weiterzudiskutieren. Oder dass sie überhaupt erst einmal Informationen haben wollen. Und dann muss man eben sehr vorsichtig damit umgehen, was man

ihnen aus der eigenen Meinung überhaupt rübergibt. Aber eigentlich sind sie eben auch sehr wenig informiert."

Und:

F: „Wie sind denn die Sichtweisen der Schüler auf die politischen Parteien?"

A: „Wenn das nicht gerade Unterrichtsstoff ist, gibt's wenig Anhaltspunkte, dass die sich dazu äußern. Das ist auch Nichts, was sie aufregt."

Die Parteien würden als undifferenziert wahrgenommen, als ununterscheidbar und von daher wenig anregend zur Auseinandersetzung. Hervor gehoben wird jedoch auch, dass sich ein Interesse an der inhaltlichen Auseinandersetzung durchaus aktivieren lässt. Insbesondere dann, wenn unmittelbar eigene Interessen berührt sind, kann Engagement sich entwickeln.

In Marzahn-Hellersdorf gehörten in diesen Bereich u.a. die Proteste gegen Kürzungen und Einsparungen im Jugend- und sozialbereich. Ein Teil der Jugendlichen, die auch die entsprechenden Einrichtungen besuchen, sei aktiv geworden und habe sich auch nicht so leicht demotivieren lassen. Die Erfahrungen mit diesen Protesten werden von Interviewten wie folgt beschrieben:

„Ja, ich denke, die Jugendlichen, die sich zum Jahresbeginn intensiv an den Protesten beteiligten, haben natürlich leider auch die Erfahrung gemacht, zwar öffentlich den Protest artikulieren zu können. Aber an der Entwicklung lässt sich nichts ändern. Ich fürchte, dass das für einen bestimmten Teil schon bedeutet, dass sozusagen Politik was Unglaubwürdiges, Unbeeinflussbares ist."

„Da gibt es viele Irritationen: Die Aussagen sind aufgrund der finanziellen Lage im Bezirk und des fehlenden Engagements vieler Politiker, auf die Projekte bezogen. Da wird viel versprochen, aber die Jugendlichen bekommen das natürlich mit. Das ist bitter für sie. Aber man kann nicht sagen, dass es dazu geführt hat, dass sie jetzt resignieren oder völlig aufgeben. Sie sind immer wieder bereit, in eine neue Runde zu gehen. Es ist allerdings weniger geworden, denn die Demonstrationen Anfang des Jahres haben nicht so viel gebracht."

Die Beteiligung an solchen Aktionen und Demonstrationen sagt natürlich wenig über die damit verbundenen politischen Tendenzen oder Orientierungsmuster aus – unabhängig wie kohärent oder diffus diese sein mögen.

Festzustellen war in diesem Zusammenhang auch, daß viele Jugendliche überhaupt keinen Bezug zu Begriffen, wie „rechts" oder „links" haben. Solche Begriffe werden nicht inhaltlich gefüllt. Eine Selbstzuordnung erfolgt oft lediglich aus der Gruppendynamik heraus, aus Tendenzen im Umfeld oder einem diffusen Lebensgefühl.

Ein interviewter Lehrer meint auf die Frage, ob es unter seinen Schülern politische Positionierungen gebe:

„Ansätze gibt es schon. Wir versuchen auch, uns auf Diskussionen einzulassen und erschrecken oft, wenn wir sehen, wieso das so ist. Ob das "Rechtsradikale" sind, denen man dann die Frage stellt: "Wenn du diese Einstellung hast, dass Ordnung, Sauberkeit, Fleiß etc. super sind, warum kommst du dann jeden Tag zu spät? Warum hast du nie deine Sachen dabei?" Dann stehen die da und verstehen die Welt nicht mehr. Genauso wie Schüler die sich offiziell als links outen. Die haben eine diffuse Vorstellung, davon, was links bedeutet. Man ist links, wenn man gegen rechts ist. Links hat was damit zu tun, dass jeder macht, was er will. "Freiheit für alle, macht kaputt, was euch kaputtmacht." Man ist Globalisierungsgegner, auch wenn man gar nicht weiß, was Globalisierung eigentlich bedeutet. Bis hin zu Atomkraftfantasien: "Wir brauchen keine Atomkraftwerke, denn den Strom kriegen wir ja aus der Steckdose." Es sind eher wirre Geschichten."

Folgender Ausschnitt aus einer Gruppendiskussion vermittelt einen weiteren, durchaus bedenklichen, Eindruck davon:

F: „Seid ihr links?"

A1: „Ja, eigentlich schon."

A2: „Also in Anführungszeichen links, überwiegend links, ja, würde ich schon sagen."

F: „Was versteht ihr denn z.B. unter „links sein"? Oder unter irgendwie „alternativ" sein, was habt ihr da für ein Verständnis von?"

A1: „Na das ist es ja, da gibt es keine Definition für, Toleranz, Akzeptanz..."

A3: „Aber wie viele Linke rennen auf der Strasse rum und sagen, ich finde rechts scheiße. Das ist doch auch intolerant!"

A1: „Das mach ich nicht! Ich sag bloß, solange man es gut vertritt, find ich es in Ordnung, aber wenn jemand auf der Strasse rumrennt und Leute zusammen schlägt, ist der nicht mehr akzeptabel. Wenn man etwas mit Gewalt durchsetzen will, dann ist das für mich nicht akzeptabel. Das ist kein Weg."

[...]

F: „Du hast gerade von Toleranz gesprochen."

A1: „Naja, Toleranz, sagen wir mal so, wenn ich jetzt einen Rechten sehe und den erkenne,

dass das ein Rechter ist, dann reagiere ich auch ein bisschen komisch drauf. Also ich gehe dem in erster Linie aus dem Weg, weil ich Angst davor habe, selber. Das Problem ist ja, dass die nur in Gruppen auftreten. Da brauche ich eigentlich nur Angst zu haben, wenn ich einen auf der Strasse sehe. Dann kann ich ohne Bedenken daran vorbei gehen, weil die tun mir eigentlich nichts. Wenn das aber nachher 5-6 Leute sind, ich alleine irgendwo auf der Strasse bin, dann kann ich damit rechnen, dass die mir ein paar aufs Maul hauen, weil die einfach immer diese Gruppenstärke. Aber ... ansonsten Toleranz, naja... das ist nicht dieses eingeschränkte Denken, wie bei den Rechten, naja `alle die jetzt aus dem Ausland kommen, die sind jetzt scheiße` oder so was, sondern einfach darüber nachdenken. Klar, es gibt Ausländer, die sich daneben benehmen, gegen die hab ich vielleicht auch was, aber deswegen hab ich nicht gleich was gegen alle Ausländer und das ist für mich Toleranz."

F: „Ich hab sogar Akzeptanz gehört."

A1: „Das ist doch fast das selbe..."

A3: „Was ich darunter verstehe? Das ich akzeptiere, das es Rechte gibt. Ich akzeptiere es und man muss akzeptieren, dass es auch Rechte gibt. Solange die nicht irgendwen zusammenschlagen oder Sachschäden verursachen, dann ist das für mich alles in Ordnung. Aber das muss eben so sein, dass das auf einer vernünftigen Basis abläuft. Das ist für mich die Akzeptanz. Ich akzeptiere: Sie sind da, nehme es als gegeben hin, toleriere sie, solange sie nicht mehr tun, als mit Worten ihre Meinung zu vertreten."

Auffällig ist hier, dass „links" ausschließlich über die Abgrenzung gegenüber „Rechten" definiert wird, wobei die Jugendlichen „die Rechten" und „Gewaltbereitschaft" weitgehend gleichsetzen. Auffällig ist weiter, dass es kaum einen bezug zu den Menschenrechten, zu gleichen Rechten, Minderheitenschutz oder anderen demokratischen Grundwerten gibt. In vielen Gesprächen mit Jugendlichen – auch denen, die sich selbst als „links" verstehen – ist uns das aufgefallen.

Übereinstimmend mit einem interviewten Lehrer ist sicherlich eine Demokratiepädagogik zu befürworten, in der die Frage nach den Freiheiten, den Rechten und Pflichten der Individuen und ihrer Gesellschaft im Mittelpunkt steht:

„Was zu kurz kommt, ist die gesamte Freiheitsdiskussion. Die persönliche Freiheit des Einzelnen, welche Möglichkeiten das demokratische System dem Einzelnen bietet. Dass viele unserer Schüler da im Moment gar nicht erst eine Chance haben, das ist schwierig zu erklären. Das Entscheidende muss sein, den Schülern, egal in welchem Ausbildungslevel sie stehen, eine Perspektive zu bieten. Denn in vielen Ansichten sind unsere Schüler im positiven Sinne konservativ, was z.B. Familienplanung, Zukunftsplanung betrifft. Die wollen eine Familie gründen, wollen Kinder, eine ordentliche Wohnung haben, in den Urlaub fahren. Man muss ihnen einerseits die Möglichkeit dazu geben und andererseits erklären, wie Demokratie funktioniert. Das machen einige Kameraden uns zur Zeit nicht so einfach, die das im wahren Leben vorleben. Wenn Politik im Wahlkampf viel versprechen und nach der Wahl genau das Gegenteil passiert, dann ist es nicht einfach, einem 14-jährigen zu erklären, warum Demokratie super ist. Die Demokratieerziehung ist wichtig, aber schwierig. Es ist für die Schüler natürlich einfacher, wenn vorne jemand steht und ihnen sagt "so machen wir das jetzt." Wenn jemand sagt: "Jetzt überlegen wir mal, was wir wie machen können", dann wird es schwierig."

# 11. FALLBEISPIELE

## 11.1. Fallbeispiele Rassistische Übergriffe

In mehreren Interviews wurden Situationen rassistischer Diskriminierung, Bedrohung und Übergriffe detailliert beschrieben. Im Folgenden soll es nun um die Darstellung einiger dieser Fallbeispiele gehen. Wir wollen fragen, wie Passanten bzw. Anwesende hätten intervenieren können und welche Formen der Unterstützung gegenüber den Opfern möglich gewesen wären. Dabei geht es uns jedoch nicht um die Formulierung ultimativer Antworten, vielmehr möchten wir kleine Überlegungen anstellen, die zum Weiter- Überdenken und Diskutieren anregen sollen (hierzu siehe auch Kapitel zu Handlungsfeldern).

**1.Fall – Rassismus in der Schule**

Eine Junge Frau schilderte uns die Situation ihres Schwarzen Bruders, der in der Vergangenheit regelmäßig und über einen längeren Zeitraum von Mitschülern auf Grund seiner Hautfarbe beleidigt, bedroht und verprügelt wurde:

Die Hemmschwelle seiner gleichaltrigen Täter war irgendwann so weit gesunken, dass er laut Aussage seiner Schwester in der 7. und 8. Klasse „konsequent Prügel" bekommt. Mehrmals macht er den Versuch, sich zu wehren und „prügelt zurück". In einigen Fällen sieht er sich darauf hin mit Ermahnungen von Lehren konfrontiert, die meinen, er sei derjenige gewesen sei, der die Prügelein provoziert hätte. In Situationen, in denen er sich nicht wehrt, greifen LehrerInnen nur selten ein. Laut der Aussagen des Bruders erleben diese jedoch immer wieder, wie er beleidigt und verprügelt wird.

Er ist durch das Verhalten der LehrerInnen verstört. Die ständige Angst vor körperlicher Gewalt in der Schule verbunden mit dem Gefühl, von den LehrerInnen keine Hilfe zu bekommen, führt schließlich dazu, dass der Junge sich während Pausen in verschiedenen Räumen versteckt, um nicht entdeckt zu werden. Schließlich interveniert die Schwester. Sie geht zu diesem Zeitpunkt noch in die selbe Schule und ist überzeugt, dass ihr Bruder von den Lehrerinnen keine Hilfe zu erwarten hat. Daher spricht sie einige ihrer FreundInnen in der Schule an. Zusammen bilden sie gewissermaßen eine kleine „Unterstützergruppe" für den Bruder. Nach konkreten Übergriffen geht diese Gruppe teilweise direkt in den Unterricht der jüngeren Angreifer, um sie auf ihre Taten hin öffentlich anzusprechen. Nach einiger Zeit stoppen die Angriffe auf den Bruder.

Der Bruder zeigte keinen der Angriffe an.

**Überlegungen:**

Der besonders prägnante Aspekt bei diesem Fall ist das beschriebene Verhalten der Lehrer. Warum griffen sie nicht ein und gaben dem Bruder das Gefühl, ihn in seinen Ängsten ernst zu nehmen? Wieso ignorierten sie Hinweise auf konkrete Situationen der rassistischen Beleidigung und Bedrohung? Das alles ist fragenswert, muss jedoch an dieser Stelle unbeantwortet bleiben, da wir ohne Stellungnahme der betroffenen Lehrer nur mutmaßen können.

Was allerdings diskutiert werden kann, sind die Möglichkeiten, die Lehrer in solchen oder ähnlichen Situationen haben. Intervention wäre ohne Frage und ohne großen Aufwand möglich gewesen: zum Beispiel durch das Ansprechen der Täter und ihrer Eltern durch die LehrerInnen. Ein deutliches Signal an das Opfer kann es auch sein, dem/ der Betroffenen zu vermitteln, dass rassistische Diskriminierung – in welcher Form auch immer – nicht geduldet wird. Eine erhöhte Aufmerksamkeit und Sensibilisierung der LehrerInnen kann mittelfristig auch dazu geeignet sein, vor solchen Übergriffen Schutz zu bieten. Längerfristig muss es dann um die Bearbeitung der Ursachen rassistischer Verhaltensweisen in der Schule und ihrem Umfeld gehen..

Bemerkenswert ist bei dem dargestellten Fall das Verhalten der Schwester und älterer Mitschüler, die sich durch ihr Auftreten explizit mit dem Bruder solidarisierten und ihn unterstützten. Nur durch ihre Courage und ihren Aktionismus konnte die Situation positiv verändert werden. Dass diese Solidarisierung jedoch aus einer Art Ernüchterung der Schwester gegenüber dem „Nichts-Tun" der LehrerInnen zustande kam, sollte dabei nicht vergessen werden.

**2.Fall – Bedrohung und Angriffe auf Bahnhöfen und in der S-/U-Bahn**

a)In einem anderen Fall wurde eine Schwarze Familie von Rechtsextremen Jugendlichen in der U-Bahn Richtung Hönow bedroht:

Die vierköpfige Familie sitzt am Abend in einem S-Bahn-Waggon, um von einem Familienbesuch nach Hause zu fahren. Ein paar Meter von ihnen entfernt steht ein junger Mann, der der Familie durch sein Skinhead-Outfit als „rechtsradikal" auffällt. Als er die Familie entdeckt, ruft er „Sieg Heil" und hebt die Hand zum Hitlergruß. Bei der Ankunft des Zuges an einer Hellersdorfer U-Bahnstation steigt der Jugendliche aus und geht einer Gruppe von

jungen Männern entgegen, die dort scheinbar auf ihn und andere wartet. Auch sie sind als „Rechtsradikale" erkennbar. Als sie die Familie sehen, rennen sie zum entsprechenden S-Bahn-Waggon. Sie machen Anstalten in die Bahn zu gelangen, doch diese beginnt langsam loszurollen. Die jungen Männer schlagen, spucken gegen die Tür und das Fenster, grölen rassistische Beleidigungen.

Die Familie fürchtet, die Gruppe könnte es vielleicht doch noch schaffen, die Türen aufzureißen. Die anderen Fahrgäste ignorieren den Vorfall und reagieren nicht. Die S-Bahn wird schneller und den jungen Männern gelingt es nicht mehr, die S-Bahn-Türen zu öffnen. Die Familie ist erleichtert - jedoch auch erschrocken über die scheinbare Gleichgültigkeit der anderen Fahrgäste. Die Mutter sagt noch während der Fahrt zur Tochter, dass „diese Leute die ganze Zeit weggeguckt" hätten und meint, sie glaube nicht, irgendjemand von ihnen hätte geholfen, falls etwas Schlimmeres passiert wäre. Alle Familienmitglieder sind überzeugt, „großes Glück" gehabt zu haben.

Die Familie hat keine Anzeige erstattet.

b)Eine ähnliche Situation beschrieb uns ein Schwarzer Jugendlicher. Auch er wurde auf einem Bahnhof in Hellersdorf von Rechtsextremen bedroht:

An einem Sonntag Nachmittag wartet er auf die U-Bahn (U5). Es ist noch hell und er hat vor, in die Innenstadt zu fahren. Etwas weiter entfernt stehen – wie er erst später erkennt – mehrere rechtsextreme Männer. Er hofft, die Bahn kommt gleich und versucht derweil sich von der Gruppe weiter zu entfernen. Doch plötzlich sie bemerken ihn und schreien mehrere rassistische Beleidigungen zu ihm hinüber. Er überlegt, ob er weglaufen soll. Außer ihm und dieser Gruppe scheint niemand sonst auf dem Bahnhof zu sein. Er ist unsicher, was er tun kann.

Auch in diesem Fall „rettet" ihn die Bahn. Als sie einfährt, steigt er schnell ein – die Gruppe bleibt draußen. Er selber meint im Interview, er hätte „großes Glück" gehabt. Dass die Männer ihn früher oder später angegriffen hätten – da ist er sich ziemlich sicher. Später und zu Hause angekommen, mahnt ihn seine Mutter, nachdem er ihr den Vorfall berichtet hat, er solle besser aufpassen. Er weiß jedoch, dass das nicht wirklich möglich ist.

Der Jugendlicher zeigte die Gruppe nicht an.

c)In einem anderen Fall kann sich die Betroffene nicht mehr retten. Eine junge Schwarze Frau schilderte uns ihren Übergriff an einem Marzahner S-Bahnhof:

Es ist später Samstag Abend (gegen 21.40 Uhr), und die junge Frau will zu Freunden nach Charlottenburg. Die nächste Bahn kommt erst in 10 Minuten, also wartet sie – auf dem Bahnsteig befinden sich noch ca. 8 andere Fahrgäste. Die Bahn fährt schließlich ein. Die junge Frau steigt in einen Waggon, in dem 3 bis 4 andere Leute sitzen: zwei jüngere Männer, ein ältere Mann und eine Frau mittleren Alters. Gerade als sich die junge Frau hinsetzen will, werden alle Türen des Waggons aufgerissen. An jeder steigen mehrere Männer um die zwanzig im Skinhead-Look ein. Insgesamt sind es 12 bis 15, zumeist schwer angetrunken.

Sie bekommt Angst, weiß nicht, ob sie aussteigen, wegrennen soll, denn die Bahn steht noch immer am Bahnsteig. Die Männer kommen zu ihr, beginnen sie mit rassistischen Sprüchen zu beleidigen und umringen sie. Dann schlägt plötzlich einer von hinten auf sie ein. Andere machen es ihm nach. Die anderen Fahrgäste greifen nicht ein oder holen Hilfe. Die Bahn steht noch immer und die junge Frau nutzt die Chance. Sie stößt die vor ihr Stehenden weg und rennt los. Vier von den Angreifern versuchen ihr zu folgen, bleiben aber noch auf dem Bahnhof stehen. Die schwer verletzte Frau kann zu einer Freundin fliehen und diese ruft den Notarzt. Später fragen Freunde und Teile ihrer Familie vorwurfsvoll, warum sie denn überhaupt zu so einer Zeit draußen war. Sie antwortet ihnen, es sei ihr gutes Recht, sich ebenso wie Weiße Deutsche frei und auch zu späteren Uhrzeiten im Bezirk bewegen zu können.

Sie hat Anzeige gegen Unbekannt erstattet, aber die Täter konnten nicht gefasst werden.

**Überlegungen:**

In allen drei Fällen kam es zu bedrohlichen Situationen. Während allerdings die Betroffenen in den ersten beiden Beispielen nach eigener Einschätzung „großes Glück" gehabt hatten, musste die junge Frau im dritten Fall einen massiven körperlichen Angriff erleben.

Insgesamt konnten wir im Verlauf der Interviewphase feststellen, dass auffällig viele unserer InterviewpartnerInnen, die zu potenziellen Opfergruppen (wie linke Jugendliche, Schwarze Deutsche, Aussiedler, Menschen mit Migrationshintergrund) von Rechtsextremen und rechts-orientierten Leuten zählen, Bahnhöfe und öffentliche Verkehrsmittel (insbesondere S- und U-Bahnen) sehr unsicher empfinden und diese zu späteren Uhrzeiten eher meiden. Gründe sind neben der Befürchtung, auf „rechte Jugendliche" zu treffen vor allem die schlechten Fluchtmöglichkeiten auf Bahnhöfen und in Bahnen – wie es auch in den drei geschilderten Fällen deutlich wurde.

In den hier vorgestellten Situationen wäre es für die Betroffenen wichtig gewesen, Hilfe von außen zu erhalten. Auch bei beiden Fällen, in denen es glücklicherweise zu keinem direkten körperlichen Angriff kam, hätten Signale der Unterstützung und Solidarisierung von anderen Fahrgästen viel bewirken können. So wären den Betroffenen Gefühle der Verstörung Enttäuschung und der Wut gegenüber den passiven Fahrgästen erspart geblieben. Ebenso die Unsicherheit und Angst, in ähnlichen Situationen eventuell nur auf sich gestellt zu sein – trotz der Anwesenheit mehrerer anderer. Darüber hinaus hätte ein (wie auch immer geartetes) Eingreifen deutliche Signalwirkung auf die Täter haben können.

Was den dritten Fall angeht, so hat die junge Frau in gewisser Weise ´Glück im Unglück` gehabt: Während die Bahn noch am Bahnsteig stand, konnte sie sich losreißen und wegrennen. Dennoch schlugen zuvor mehrere junge Männer unter rassistischen Beleidigungen auf sie ein – im Beisein von Fahrgästen, die sahen, aber scheinbar doch nicht sehen wollten. Natürlich stellt sich die Frage, ob ein oder zwei Menschen gegen eine Gruppe von 12 – 15 Mann ankommen – aber das wäre gar nicht notwenig gewesen: ein gezielter Anruf mit dem Handy bei der Polizei, bei dem Notarzt, die Verständigung des S-Bahnfahrers hätte sicherlich schon genügt und wäre sehr viel hilfreicher gewesen, als so zu tun, nicht anwesend zu sein. So blieb aber der jungen Frau, die massive Prellungen am Rücken, Verletzungen an der Wirbelsäule und einen schweren Schock davontrug, nichts anderes übrig, als in ihrer Todesangst davon zu rennen und zu hoffen, nicht eingeholt zu werden.

**3.Fall – Verfolgungsjagd im Einkaufszentrum**

Eine Schwarze Schülerin beschrieb uns ihren Nachmittag in einem Hellersdorfer Einkaufszentrum:

Sie ist mit einer Freundin unterwegs. Beide wollen ein wenig shoppen. Es ist Sommer und helllichter Tag, als sie das gut besuchte Einkaufszentrum betreten. Sie kommen an einer Bank vorbei, auf der zwei für sie unscheinbare junge Männer sitzen: Plötzlich hören sie von einem der Beiden einen Schrei: „Guck mal der Neger!" und ein paar andere Beleidigungen. Er steht auf und rennt unvermittelt auf die beiden Mädchen los. Der andere ruft noch: „Lass doch die Schlampe." Die Schwarze Schülerin rennt aus Panik davon. Ihre Freundin bleibt stehen und wird von dem Mann im Vorbeilaufen zu Boden geschubst. Er rennt der andern hinterher, wird schneller, droht ihr laut, sie umzubringen.

Die so Gejagte hat Todesangst, sieht, wie die Einkaufenden zu ihr starren und nicht handeln. Sie fürchtet, er könne sie einholen. Sie weiß nicht wohin. Niemand hilft ihr. Sie rennt aus dem Einkaufszentrum – er ist dicht hinter ihr. Als sie einen Asia-Imbiss sieht, nutzt sie die Chance und läuft rein. Außer Atem schildert sie den drei bis fünf Leuten, dass sie verfolgt wird. Sie bieten ihr Hilfe an. Der Verfolger sieht das und bleibt vor dem Asia-Imbiss stehen. Dann kehrt er um. Das Mädchen wartet noch eine Weile im Imbiss und rennt dann nach Hause.

Sie erstattete keine Anzeige.

**Überlegungen:**

Auch in diesem Fall ist wieder das passive Verhalten der Umstehenden bemerkenswert. Obwohl sich der Vorfall am helllichten Tag in einem gut besuchten öffentlichen Raum ereignete, kam es zu keiner Hilfeleistung anderer Passanten. Aber auch die Geschäftsinhaber und VerkäuferInnen hätten die Möglichkeit gehabt, dem Mädchen Schutz in ihren Verkaufsräumen anzubieten und dem Verfolger deutlich zu signalisieren, das er keinen Zutritt hat. Dazu kam es jedoch nicht. Vielmehr war auch hier die Betroffene darauf angewiesen, sich selbst einen schutzversprechenden Raum zu suchen. Da sie in der Vergangenheit schon einige Male in ähnlichen Situationen erleben musste, dass Weiße Deutsche ihr und ihren Verletzungen scheinbar absolut gleichgültig gegenüber standen und nichts taten, vertraute sie diesmal eher Menschen, die ihrer Mutmaßung nach selbst schon solche Vorfälle erlebt hatten. In diesem Fall fand sie sie in einem Asia-Imbiss (2 Imbissverkäufer mit asiatischem Hintergrund).

**Fazit:**

In allen hier vorgestellten Beispielen ist besonders das passive Verhalten der nicht direkt Betroffenen auffällig. Auch in Interviews mit Weißen Deutschen wurden wiederholt Meinungen geäußert, dass es bei Übergriffen im Bezirk eher den ´Trend` gebe, „weg zu gucken" oder sogar „weg zu gehen". So meint zum Beispiel eine Interviewpartnerin, die in einer Jugendfreizeit-Einrichtung tätig ist: „Und die Bürger an sich - die meisten haben da wahrscheinlich auch nur Interesse, wenn es sie selber betreffen würde. Also so ne Negation; „Was ich nicht selbst gesehen habe, das gibt es nicht!"

Der Großteil der interviewten Weißen Deutschen erklärte sich diese fehlende Zivilcourage mit der Angst, selbst zum Opfer zu werden. Allerdings wurde bei Nachfragen deutlich, dass dieses Erklärungsmuster nicht auszureichen scheint, um Phänomene der absoluten Passivi-

tät (keine Anrufe bei der Polizei, bei dem Notarzt, fehlende Hilfeleistung nach Verschwinden der Täter, keine Bereitschaft sich als Zeuge zur Verfügung zu stellen) nachvollziehen zu können.

Es zeigte sich, dass die interviewten Personen unter ´Zivilcourage` oft das direkte Eingreifen (in vielen Fällen wurde vom Einsetzen eigener körperlicher Gewalt ausgegangen) während des Tathergangs verstanden. Auf der anderen Seite konnten wir feststellen, dass hingegen die potenziellen und tatsächlichen Opfer von rassistischen und/oder rechtsextremen Übergriffen sehr selten in Interviews formulierten, dass einzelne sich direkt und unmittelbar zwischen sie und die Täter stellen sollten. Vielmehr erhoben sie den Anspruch, durch subversivere Methoden der Zivilcourage Unterstützung zu erhalten: dazu kann das Stören der Tat durch laute Hilferufe oder andere den Täter irritierende Handlungen gehören, das Ansprechen des Opfers während oder nach dem Übergriff (der Bedrohung, Beleidigung, etc.), die Benachrichtigung von Polizei, Notarzt (Bahnpersonal, etc) und andere Signale der Solidarisierung mit dem Opfer. Warum jedoch in beinahe allen von uns dokumentierten Übergriffen nicht einmal diese Form von ´Zivilcourage` an den Tag gelegt wurde, sehen wir uns außer Stande zu beantworten. Dies scheint uns aber dennoch fragenswert.

Der zweite bemerkenswerte Punkt ist die Tatsache, dass Betroffene eigentlich überall im Bezirk und zu jeder Tageszeit Opfer von rassistischen Übergriffen werden können. Gerade öffentliche Verkehrsmittel (insbesondere U- und S-Bahnen), auf deren alltägliche Nutzung viele Menschen angewiesen sind, kristallisierte sich in den vorgestellten Fallbeispielen und auch in anderen Interviews mehrfach als ´Raum` heraus, in dem nach Einschätzung und Erfahrung von Betroffenen und Nicht-Betroffenen die Gefahr vergleichsweise hoch ist, angegriffen zu werden. Das ist für uns ein alarmierendes Ergebnis und es stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten es für eine subjektiv als sicher empfundene Beförderung geben kann.

Ebenso fiel auf, dass es für die Opfer kaum eine Möglichkeit gibt, sich zu schützen oder präventiv ein bestimmtes Verhaltensmuster an den Tag zu legen, welches es unwahrscheinlicher macht, zur Zielscheibe von Erniedrigung und Verletzung zu werden. Fallbeispiele 2b und 2c verdeutlichen die Hilflosigkeit Angehöriger und Freunde, die sich durch Ermahnungen wie „Pass besser auf." der Illusion hingeben wollen, es gäbe irgendeine Möglichkeit für die Betroffenen, Einfluss darauf zu nehmen, ob sie zum Opfer werden oder nicht. Die einzige Präventivmaßnahme scheint unserer Meinung nach jedoch nur zu sein, die Bewegung im öffentlichen Raum so weit wie möglich zu vermindern und sich in den privaten Raum zurück zu ziehen. Ob das aber tatsächliche eine praktikable Lösung sein kann, ist äußerst zweifelhaft.

Als drittes muss angemerkt werden, dass in beinahe allen Fallbeispielen keine Anzeige erstattet wurde. Gründe waren nach Aussagen von den Betroffenen „große Angst" vor Rachehandlungen der Täter, fehlendes Vertrauen oder sogar Furcht vor der Polizei, sowie die „Gewöhnung" (!) an verschiedene Formen von Übergriffen. In Bezug auf den letzten Punkt wurde in Interviews von Opfern mehrmaliger rassistischer Übergriffe auf eine Art von ´routiniertem Umgang` damit hingewiesen. Was dabei an enormen Kräften in die Verdrängung und Selbstaufrichtung investiert werden müssen, können wir uns nur ansatzweise vorstellen. Auch hier stellt sich eine Frage, die wir nicht beantworten können – nämlich, wie weit eine „Gewöhnung" möglich ist und wie lange ein mutmaßlicher ´routinierter Umgang` mit rassistischen Praxen durchgehalten werden kann, bevor das Ganze kollabiert.

Was den Ausnahmefall angeht (2c), so äußerte die junge Frau, dass sie eine enorme Wut gegenüber ihren Tätern verspürte und diese Wut sehr viel größer war als die Angst vor ihnen.

Einige Monate zuvor hatten rechts-orientierte Jugendliche sie schon einmal angegriffen und verletzt. Diesen Vorfall zeigte sie jedoch nicht an: im Rückblick schien ihr ihre Angst in diesem ersten Fall größer. Ihre enorme Wut (und damit die Anzeige) nach dem zweiten Übergriff erklärte sie sich damit, dass sie sich immer wieder sagen konnte, stärker als ihre Täter gewesen zu sein (sie hatte sich losreißen und wegrennen können). Infolge dessen sei ihre Angst im Nach hinein nicht so groß gewesen und dafür hatte Wut in ihr mehr Platz eingenommen (so sprach sie im Interview wiederholt davon: „dass diese Schweine nicht das Recht gehabt hätten, sie anzugreifen.").

Insgesamt zählten wir (nur) in Interviews mit Schwarzen Deutschen um die 20 Übergriffe, die die Betroffenen (Kinder, Jugendliche, Erwachsene) erleben mussten. Übergriffe: damit meinen wir rassistische Angriffe in Form von Beleidigungen, Bedrohungen und oft auch körperlicher Gewalt. In der Mehrheit der Fälle kam es zu keiner Anzeige und somit auch nicht zur Aufnahme in die Statistik. Nur bei drei Übergriffen wurde von außen interveniert, indem sich andere mit dem Opfer solidarisierten und Hilfe während oder nach der Tat anboten.

Die hier vorgestellten Fallbeispiele sind lediglich Ausschnitte aus dem Erleben rassistischer Diskriminierung und sollten unserer Meinung nach nicht als Einzelfälle behandelt werden. Vielmehr müssen sie als Beispiele gesehen werden, die illustrieren, womit von Rassismus-Betroffene im Alltag konfrontiert sein können.

## 11.2. Fallbeispiele Öffentlichkeit

### 1. Runder Tisch für Menschenrechte und gegen Gewalt

Der Runde Tisch für Menschenrechte und gegen Gewalt wurde 1999 von der BVV als Initiative gegen Rechts gegründet und existierte unter der Moderation von Pfarrer Wittig bis letztes Jahr. Fast alle Interviewten schätzen den sogenannten Runde Tisch als Versuch einer inhaltlichen Auseinandersetzung ein. Doch woran scheiterte das Projekt? Wo liegen die Gefahren eines politischen öffentlichen Forums?

Ein Teilnehmer erklärt:

„[Mandat der BVV bedeutete] dass dieser runde Tisch eine Veranstaltung der BVV ist: Die Leute in der BVV wollen, dass hier Leute miteinander reden, die sonst nicht miteinander reden, weil se sich sonst nicht miteinander treffen und keine Berührungspunkte in der Öffentlichkeit miteinander haben. Also hier konnte man Politiker treffen aus dem Bezirk, hier konnte man Leute aus Jugendclubs treffen, hier konnte man Vertreter von rechten oder linken Parteien treffen, Jugendliche waren auch da aus den Clubs"

Er verstand den Runden Tisch als „Forum, in dem Ideen, Gedanken Andersdenkender ausgetauscht werden und man die Möglichkeit hat, diese in seine Projekte mitzunehmen, in seine Arbeit."

Eine Gesprächsperson hält fest:

„Aber Interesse ist gering. [...] Da war unser Gedanke, dass Nachbarn mit Nachbarn am Runden Tisch reden können, das war die Idee, aber...[ das hat nicht funktioniert]"

Neben der Absicht, ein Forum zu schaffen, in welchem Akteure aus verschiedenen Bereichen sich mit politischen EntscheidungsträgerInnen austauschen und dann vor Ort besser ‚für Menschenrechte und gegen Gewalt' eintreten könnten, war sicher auch der Wunsch nach einem öffentlichkeitswirksamen Projekt Anlass für die Gründung des Runden Tisches.

„Und die Parteien, die versuchen natürlich nach außen hin im Bezirk einen gemeinsamen Kurs zu fahren, indem sie z.B. von unserer BVV aus den Runden Tisch gegründet haben und versuchen dadurch natürlich nach außen hin zu dokumentieren, dass man gemeinsam etwas gegen rechte Orientierung, gegen Gewalt als Großes und Ganzes tut."

Diese Motivation war Ende der Neunziger Jahre – vor allem bedingt durch die negativen Schlagzeilen, die die Bezirke Marzahn und Hellersdorf mit dem Phänomen Rechtsextremismus machten – stark präsent.

„Wir hatten ja hier voriges Jahr im Sommer so viele Überfälle und, da gab es dann wohl so eine Art Aufbrodeln, da haben sich viel Initiativen gegründet und Netzwerke, wie z.B. Ostkreuz. Aber irgendwie wurde es dann ruhig um alle. Das ist sehr temporär. Das bleibt dann immer irgendwo stecken."

Als der öffentliche Druck nachließ, nahm auch das Interesse an einem öffentlichen Forum wie dem Runden Tisch ab.

Jedoch nicht bei allen PolitikerInnen:

„Der eine oder andere [Politiker] kommt auch ab und an... aber dann gibt es auch immer wieder Politiker, die dann eben nur kommen, wenn Wahlen anstehen. Aber es gibt schon Leute, die auch sehr interessiert sind und da auch wirklich Stammgäste sind...."

Wie wichtig die Beteiligung der BezirkspolitikerInnen genommen wird, zeigt folgendes Zitat:

„Solange war das wirklich ein Forum, wie die Politiker aus dem Bezirk da waren. Als die wegblieben, war es kein Forum mehr, weil plötzlich diejenigen, die Fragen hatten an die Bezirkspolitik, keine Antwortpartner mehr hatten und alle Versuche, die BVV dazuzubringen, sich hier wieder zu engagieren, schlugen fehl."

Das Problem des Runden Tisches war nach Einschätzung unserer GesprächspartnerInnen ein doppeltes: Dadurch, dass die Aufgabe des Forums von einigen wichtigen Teilnehmenden nicht ernst genommen, sondern sozusagen nur zur Demonstration des ‚guten Willens' genutzt wurde, konnten die notwendigen, tiefer gehenden Diskussionen nicht geführt und damit auch keine Lösungsansätze gefunden werden.

Diskussionsforen bergen allgemein die Gefahr, dass, wenn es an Mitteln zur Umsetzung oder an intensiver inhaltlicher Diskussionsgrundlage und –bereitschaft mangelt, Probleme nicht gelöst, sondern eher totgeredet werden.

Den mangelnden Praxisbezug beschreibt eine Interviewpartnerin:

„Es wird nicht konsequent gearbeitet, zu sehr theoretisch, nicht praktisch. Man müsste wirklich vor Ort Bürger mehr ins Boot holen und

auch auf der Ebene der Bürgerbeteiligung mehr machen, die Schulen belehren, wie und wann sie zu reagieren haben. Das meiste ist nur theoretisch und spontan: „Jetzt machen wir mal wieder."

Ein Interviewter aus der Sozialarbeit erklärt:

„Eine wirklich ehrliche Auseinandersetzung mit solchen Fragen wie Rechtsextremismus, das passiert vereinzelt. Anfang des Jahres am Runden Tisch ist das mal geschehen... da gab's diese Auseinandersetzung. Das Problem des Runden Tisches ist aber: der ist wirklich so ein offenes Gremium, ein offenes Diskussionsforum, wo zwar Fachleute hinkommen, aber die eigentlichen politischen Entscheidungsträger lassen sich beim Runden Tisch relativ selten sehen. Der Runde Tisch wurde ja eigentlich mal von der BVV ins Leben gerufen, nur die eigentlichen politischen Entscheidungsträger, die lassen sich ab und zu mal sehen, und dann, wenn es wichtig ist, ist keiner da von der BVV. Man hat es immer vor."

Eine Möglichkeit, die „Entscheidungsträger" der Politik an eine Diskussion zu binden, wurde in der BVV beantragt:

„Man hat dann mal nen Antrag gestellt in der BVV, wir machen jetzt mal den Runden Tisch für Menschenrecht und gegen Gewalt zu nem Ausschuss. Gut, auf der einen Seite ist so ein Ausschuss vielleicht wichtig, wo solche brisanten Themen diskutiert werden und man ein Mitspracherecht in der BVV bekommt, auf der anderen Seite verliert der aber seinen offenen Charakter. Aber wenn ich so einen Antrag stelle, den Runden Tisch zu einem Ausschuss umzuwandeln, dann lasse ich mich doch da mal blicken...!"

Wie wichtig eine intensivere inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen Rechtsextremismus für ein öffentliches Forum ist, wurde deutlich, als eine Gruppe NPD/JN-naher Personen zu Sitzungen des Runden Tisches erschien und Mitspracherecht einforderte.

„Ich habe es mal ne zeitlang erlebt, das waren auch organisierte Jugendliche, aber die sahen gar nicht so aus mit Bomberjacke und Springerstiefeln, sondern sehr gepflegt, mit tollem Haarschnitt, so ein bisschen Zack-Haarschnitt und die hatten eine zeitlang mal den Runden Tisch mit besucht und haben da auch Meinungen vorgebracht, also wo man sich ertappen konnte, so ganz unrecht haben se nicht. Also da muss man nämlich aufpassen, das ist die Organisation."

Das Beispiel zeigt ambivalente Haltungen der Teilnehmenden des Runden Tisches bezüglich der Frage, ob mit organisierten Rechtsextremen und ihrem unmittelbaren Umfeld diskutiert werden solle. Dabei dominierten persönliche Strategien - ein gemeinsames Vorgehen gab es jedoch nicht.

Ein Mitglied des Runden Tisches erinnert sich:

"Ich hab jetzt, wenn ich mich erinnere, so ein paar Frauen im Auge, die Mütter waren, die versuchten sich für die Argumente zu öffnen und versuchten, die erst mal zu verstehen und dann zu argumentieren. Das ist bei den Männern nicht so gewesen, die haben sofort dagegen gehalten oder nachher am Ausgang hab ich das gerade auch von Vertretern linker Parteien gesehen, die zu denen hin gegangen sind und gesagt haben: Wir müssen uns mal in Ruhe unterhalten, eigentlich sind wir gar nicht so weit voneinander entfernt in der Auffassung."

Mangels eines gemeinsamen Konzeptes konnte der Runder Tisch nicht angemessen auf die Präsenz Rechtsextremer reagieren. Gerade die Tatsache, dass diese gezielt Anknüpfungspunkte suchten und – wie oben erwähnt – teilweise auch fanden, hätte Gegenstand einer Diskussion und Grundlage eines Lösungsansatzes sein müssen.

Eine andere ebenso wichtige Problematik ist der Bereich der Opferperspektive.

Eine Teilnehmer erzählt:

„Dann tauchte mal [am Runden Tisch] 'ne junge Frau auf, 'ne junge Schwarze, die eigene bittere Erfahrungen in den U-Bahnhöfen gemacht hat und hat dann aber wahrscheinlich auch erfahren, dass ihr Problem nicht in der von ihr gewünschten Weise von den Anderen, die da am Tisch saßen, aufgenommen wurde. [...] Es gelang nicht an diesem Abend, das in geeigneter Weise anzunehmen, was sie selber erfahren und erlebt hatte, und aufzunehmen mit in die Arbeit des Runden Tisches. Und dann kam se nicht wieder."

Die Akzeptanz der Opferperspektive durch die TeilnehmerInnen des Runden Tisches wäre allerdings notwendig gewesen, nicht nur um den eigenen Anspruch (für Menschenrechte und gegen Gewalt) gerecht zu werden, sondern gerade auch mit Blick auf den Raum, der dem Anliegen Rechtextremer Besucher gegeben wurde. Warum gelingt es einem öffentlichen Forum wie dem Runden Tisch - der Schnittstelle zwischen Bezirkspolitik und Zivilgesellschaft sein will - eher, die Anwesenheit von derartigen Personen zu akzeptieren als die einer von Rassismus und Rechtsextremismus direkt Betroffenen?

**2.Aktion Farbe bekennen – Schülernetzwerk MuT**

Aus dem Schulgremium ‚Eltern-Lehrer-Netzwerk gegen Rechte Gewalt, Rassismus und Antisemitismus' an der Rudolf-Virchow-Oberschule, das im März 2001 gegründet wurde, entstand das SchülerInnennetzwerk „MuT" – Menschlichkeit und Toleranz. Dieses Netzwerk rief 2002 die Aktion Farbe bekennen ins Leben.

Damit reagierten die Schülerinnen und Schüler auf die starke Präsenz rechter Parolen und Symbole an den Hauswänden des Bezirkes.

Neben der Frage, welche Wirkung oder Bedeutung die rechten Symbole im öffentlichen Raum entwickeln, ist die Frage nach der Einschätzung der (politischen) Motivation der TäterInnen und die Frage nach möglichen Gegenstrategien wichtig.

***Präsenz im öffentlichen Raum***

Auf fast keinem Gebiet waren sich unsere GesprächspartnerInnen so einig, wie auf diesem. Fast alle antworteten auf die Frage, ob sie Symbole im Bezirk wahrnehmen würden und wenn ja, welche Symbole sie erkennen könnten, dass Hakenkreuze überdurchschnittlich oft verwendet werden.

Davon sind beliebige Wohnhäuser ebenso betroffen, wie öffentliche Gebäude, Schulen, Umgebungen von Schulen und auch interkulturelle Einrichtungen, die mit Schmierereien markiert werden.

„Und so etwas haben wir richtig häufig, dass Hakenkreuze irgendwo hingemalt sind, z.B. ist da eine Brücke vor der Schule, über den Bahndamm, und da waren oft Hakenkreuze"

und:

„Hakenkreuzschmierereien, ganz eindeutig. Es gab lange Zeit selbst an meinem eigenen Haus diese Hakenkreuzschmierereien ... das hat man also tagtäglich, dass man solchen Symbolen begegnet."

Über den Verein Babel e.V. berichtet eine Interviewte:

„Wir hatten mal das Problem beim Haus Babylon, wo sich die vielen Aussiedler und Ausländer aufhalten, dass da die Fensterscheiben jedes Wochenende mit Hakenkreuzen ‚zugetagt' wurden, dass man da rigidere Maßnahmen ergreifen musste. Und natürlich sieht man so etwas vereinzelt auch in der Wohnbebauung."

Dass das Anbringen rechtsextremer oder nationalsozialistischer Symbolik Ausdruck einer rechten Dominanz sein kann, zeigte das Beispiel einer Schule, an der rechte sukzessive Boden gewannen.

Ein Mitglied des LehrerInnenkollegs erzählt:

„Dann hatten sie [die Rechten] gewonnen. Plötzlich hatte man das Gefühl, dass etwas rausgelassen wird, was vorher nicht bemerkbar war: Die Rechten. Plötzlich waren Hakenkreuze an der Schule, was wir noch nie hatten."

***Rechtsextreme Symbole im öffentlichen Raum***

Eine Motivation, rechte Symbole zu zeichnen, ist dementsprechend, einen öffentlichen Bereich symbolisch zu besetzen.

Eine andere Interpretation für das Markieren bestimmter Objekte mit derartigen Symbolen, wird von Interviewten geäußert:

Frage: „Habt Ihr eine Vermutung, warum gerade Hakenkreuze von Leuten gemalt werden? Was ist daran attraktiv, ein Hakenkreuz zu malen? Habt ihr euch darüber schon Gedanken gemacht?"

„Es ist einfach so eindeutig. Da kann man gleich ausdrücken, was man meint."

„Ich glaube, es hat was damit zu tun, dass es verboten ist, dass niemand sich das traut und dass man sich selber stark fühlt, wenn man es malen kann. In der Gruppe wird es dann zum Spaß oder lustig, wenn man so mutig ist, es irgendwohin zu machen. Aber ich würde schon sagen, dass jedem bewusst ist, was er da tut."

Eine Gesprächsperson fasst zusammen:

„Viele .. versuchen das zu verallgemeinern, nach dem Motto: „Die Jugend ist heute so, die muss alles beschmieren." Die verallgemeinern das insgesamt auf die Jugend, da ist das nicht eine Gruppe, sondern allgemein die Jugend, die mache sowieso alles kaputt und schmiere alles zu. Also das herrscht sehr stark vor."

Tatsächlich finden sich im Vergleich zu anderen Bezirken verhältnismäßig viele rechtsextreme und kaum andere Symbole (wie etwa das Peace-, das Frauen- oder das bei Jugendlichen sonst sehr beliebte Anarchie-Zeichen) nicht nur an den Hauswänden, sondern auch in den Gebäuden.

„Oder auch auf unseren Tischen --- ich kann nicht sagen, wer das ist, aber es gibt so Sachen wie Hakenkreuze. Ich könnte niemanden bestimmen, weil sich ja niemand offiziell dazu bekennt. Ich kann nicht sagen, dass es ein Spaß ist, weil es ist kein Spaß.

und:

„wenn ich in der dritten Etage Notausgang ein Hakenkreuz und Heil Hitler finde, ins Glas geritzt, das ist zwar nicht häufig aber es sind

Einzelfälle, die eben auch durchaus stattfinden."

Die Durchdringung des öffentlichen Raumes geht bis zur Besetzung gemeinsam genutzter PCs:

„Wir hatten im Computer mal irgendwelche Hakenkreuz-Geschichten, irgendeine Grafik, wenn man den Computer hochfuhr,, sah man das Hakenkreuz"

Von der Seite der Polizei sind unterschiedliche Einschätzungen zu hören. Während auf der einen Seite die provokative Komponente gegenüber der politischen Motivation hervorgehoben wird, sind von anderer Seite Einschätzungen zu hören, dass die Auswahl bestimmter Symbole schon eine politische sei. So oder so entfalten diese ihre Wirkung im öffentlichen Raum.

Das SchülerInnen-Netzwerk MuT setzte an dieser Stelle an: die Wirkung der Symbole auf nicht-rechte BewohnerInnen und BesucherInnen des Bezirkes. Schon im Vorfeld gingen einzelne Personen im Bezirk dazu über, die Schmierereien auf eigene Faust zu entfernen, was nicht immer einfach war und zudem juristische Schwierigkeiten bot:

„Ich bin dann auch hin , mit meinem Deo und habe das weggemacht. (...), aber: Ich weiß noch, dass (...) Hakenkreuze manchmal eingeritzt sind, so dass man sie nicht wieder wegkriegt, mit Zirkelspitze oder so."

Die Aktion der MuT-SchülerInnen arbeitete mit der örtlichen Polizei zusammen, da es sich bei der Entfernung von rechtsextremen Symbolen um die ‚Vereitelung bei der Verfolgung einer Straftat' handelt. Ob die Straftat allerdings tatsächlich verfolgt wird, hängt im einzelnen von den BesitzerInnen der Häuser ab.

Konkret lief die erste Aktion ‚Farbe bekennen' dementsprechend holprig ab:

„Also es wurde auch dokumentiert - von Seiten der Polizei. Es darf nicht entfernt werden, weil es Vereitelung bei der Verfolgung einer Straftat ist [...] Die erste Aktion im November, es war richtig schön bitterkalt, und wir hatten Telefonnummern, Ansprechpartner bei der Polizei, und die bewegte sich nicht, wir standen 15-20 Minuten da und es kam keiner, es hieß, ja, es muss dann vor Ort aufgenommen werden und dann dürfte das entfernt werden."

Öffentlich sind durch die Aktion von MuT weitaus weniger Hakenkreuze präsent, auch ist das geschlossene Auftreten einer großen Gruppe Jugendlicher gegen rechte Dominanz in seiner Wirkung (auf andere Jugendlichen und auch über den Bezirk hinaus) nicht zu unterschätzen. Das Engagement und die kontinuierliche Beschäftigung der SchülerInnen mit dem Problem können also als Erfolg gewertet werden.

### 3. Selbstbilder

Ein weiteres wichtiges Thema, das schon im Beispiel des Runden Tisches angesprochen wurde, ist die Relevanz von Klischees, die in der Öffentlichkeit vom Bezirk kursieren und in so fern ein häufiges Ärgernis für politische Repräsentanten sind, die versuchen, Marzahn-Hellersdorf in ein besseres Licht zu rücken.

Inwiefern der Rechtsextremismus, der das Image Marzahn-Hellersdorf nachhaltig prägte, nach Einschätzung unserer InterviewpartnerInnen tatsächlich existiert., wurde in dieser Studie dargelegt. Welche Rolle öffentlichkeitswirksame Aktionen wie der Runde Tisch oder die Aktion Farbe bekennen hier übernehmen können und sollen, welche Ressourcen im Bezirk existieren und genutzt werden können, wird Gegenstand der Handlungsfelder sein.

An dieser Stelle soll es nun darum gehen, welche Klischees von unseren GesprächspartnerInnen wahrgenommen werden und welchen Umgang sie damit entwickelt haben.

In unseren Interviews wurde wiederholt die Angst vor einer Stigmatisierung Marzahn-Hellersdorfs als „hässlicher, maroder, abrissreifer" und „rechter Bezirk" deutlich.

So meint eine interviewte Person:

„Sobald ich woanders bin, in der Stadt welche kennen lerne und sage, ich komme aus Marzahn, die schlucken schon."

Eine Interviewpartnerin beschreibt zusätzliche Probleme, welche sich für sie in der Auseinandersetzung mit dieser vermeintlichen Stigmatisierung stellen:

„Wir werden oft von Menschen aus anderen Bezirken und Bundesländern konfrontiert: ‚Ihr seid doch die Hochburg als Marzahn-Hellersdorf aller Rechtsorientierung, die es so gibt'. Und eigentlich sind wir dann immer dabei, uns zu verteidigen und zu klären, dass das ja eigentlich gar nicht so schlimm ist, dass es Einzelfälle sind, aber dass man sich trotzdem hier auf die Straße getrauen kann."

Die Reaktion, sich sofort rechtfertigen zu wollen, wurde ebenso angesprochen wie die Bemühung (vor allem von BezirkspolitikerInnen), das Bild vom Bezirk unter großen Anstrengungen zurecht zu rücken:

„Und hätte man damals die Chance genützt, im Diskussionsprozess sich von dem Namen Marzahn-Hellersdorf zu trennen und den Bezirk Wuhletal zu nennen, wären wir nicht mehr in New York bekannt. Weil in New York sind wir dafür bekannt, dass wir Ghettos haben,

Rechtsradikale und die Leute sich gegenseitig verprügeln. Und das ist dieser Bezirk nicht, er ist es wirklich nicht. Er ist lebenswert, er ist wohnenswert, wir haben einen Bezirk - der ist Grün, der ist attraktiv für junge Leute, vor allem was die Mieten betrifft, exzellent angebunden Richtung City, wir haben eine ordentliche soziale Infrastruktur ,und wir können jetzt sogar nachts mit der U5 in die City fahren. Also was will ein junger Mensch mehr."

Ob dieses Bild realistischer ist als jenes vom „rechten Bezirk" – diese Entscheidung ist nicht Gegenstand unserer Studie.

Auffällig ist allerdings die in Interviews feststellbare Tendenz, Tatsachen wie rassistische Übergriffe als bloße Frage der Interpretation abwerten zu wollen. So gab es einzelne Personen in repräsentativen Positionen, die von den öffentlich dokumentierten Übergriffen der letzten drei Jahre nichts wissen wollten und meinten, es hätte in der letzten Zeit „keine Übergriffe" gegeben.

Im Kapitel Rassismus haben wir dargelegt, wie wichtig es für die Betroffenen von Rechtsextremismus und Rassismus ist, in ihrer Perspektive ernst genommen zu werden.Durch die Leugnung oder in Frage-Stellung ihrer Erfahrungen, entsolidarisiert man sich nicht nur mit ihnen, man verspielt auch eine der Möglichkeiten, zu realisieren, wo das Problem liegt, wie es aussieht und wo/ wann es auftritt.

Hat man all das erkannt und ist infolge dessen daran interessiert, dagegen vor zu gehen, sollten Fragen wie die nach der Image-Rettung des Bezirkes nicht mehr an erster Stelle stehen.

## 12. Praxiskapitel – Kommunale Demokratieentwicklung

Nachdem wir uns ausführlich der Problemanalyse gewidmet haben, werfen wir nun einen Blick auf die Frage werfen: Was tun? Wie kann eine wirksame Auseinandersetzung mit demokratiegefährdenden Erscheinungen und Prozessen konkret aussehen?

Ein Teil der LeserInnen dieser Studie wird möglicherweise in diesem Kapitel konkrete Handlungsempfehlungen, Vorschläge oder sogar Lösungsangebote erwarten. Solche Erwartungen können wir nicht erfüllen und wollen es auch nicht. Das hat verschiedene Hintergründe:

Zum einen gibt es ohnehin kein Patentrezept oder ähnliches, wie mit derart komplexen gesellschaftlichen Fragen, wie sie in den vorigen Kapiteln analysiert worden sind, umgegangen werden kann. Außerdem ist die Formulierung von Handlungsempfehlungen oder Vorschlägen immer mit Risiken verbunden, denn die AutorInnen der Studie sind externe Akteure im Bezirk. Die „wahren Experten" sind jedoch immer die Personen, die in ihrem entsprechenden sozialen Kontext leben und diesen damit gestalten. Sicherlich haben wir als von außen Kommende gewisse Vorteile: So haben wir ja diese Studie geschrieben und sind damit aussagefähig in bezug auf viele spezielle Fragen im Bezirk.

Andererseits müssen Veränderungsprozesse letzten Endes von Menschen und Initiativen vor Ort getragen und realisiert werden. Ganz konkret stehen wir auf dem Standpunkt, daß Handlungsansätze in der Auseinandersetzung mit demokratiegefährdungen vor Ort entwickelt werden sollten. Die Kommunalanalyse kann dafür eine zentrale Quelle und Unterstützung sein. Daher bieten wir an Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, in den Stadtteilen und Sozialräumen, über solche Schritte gemeinsam nachzudenken, Strategien zu entwickeln und in ihrer Umsetzung ausgehend von den wissenschaftlichen Erkenntnissen Feedback zu geben. In Kooperation mit Fachinstitutionen vor Ort, z.B. der Mobilen Beratung „Ostkreuz – Netzwerke gegen Rechts" oder der Netzwerkstelle „Miteinander" von FiPP e.V. kann der Prozess der Arbeit mit dieser Studie wirksam und nachhaltig gestaltet werden. Die Vorwegnahme konkreter Handlungsempfehlungen wäre möglicherweise eher kontraproduktiv für eine kreative Entwicklungsarbeit im Bezirk selbst.

Trotzdem möchten wir einige Anregungen geben bzw. zumindest einen Rahmen oder eine Grundlage anbieten, auf der weiter diskutiert und nachgedacht werden kann. Diesem Ziel folgt das anstehende Kapitel.

Darin widmen wir uns zunächst einmal ausführlicher der Frage nach einem Leitbild für kommunale Demokratieentwicklung. Der Begriff der Demokratie wird diskutiert und die Frage nach Möglichkeiten der alltagskulturellen Verankerung von Demokratie aufgeworfen. Dies bezieht sich unmittelbar auf die Vorstellung des Konzeptes der „Zivilgesellschaft". Im Anschluß an diese eher demokratietheoretisch inspirierte Diskussion beziehen wir uns stärker auf die Gegebenheiten im Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Vorgestellt wird ein Modell der Interaktion zur Demokratieentwicklung, in welchem sowohl die Frage nach den Initiativnehmern bzw. Vorreitern für solche Aktivitäten aufgeworfen wird als auch die Frage nach den Rahmenbedingungen und den Deutungsmustern des Problemfeldes Rechtsextremismus und Rassismus, Die entsprechenden Faktoren werden empirisch aufbereitet: Welche zivilgesellschaftlichen Netzwerke und Fachinstitutionen wirken im Bezirk? Welche Rahmenbedingungen beeinflussen zivilgesellschaftliches Engagement und wie positioniert sich die kommunale Politik? Im Anschluss daran beschreiben wir nochmal den Ansatz von Community Coaching als externer Akteur, unser Angebot in der Arbeit mit der Studie und gehen dann auf die folgenden Handlungsfelder ein:

- Bezirkspolitik
- Verwaltung und regionale Dienste
- Jugendfreizeiteinrichtungen und mobile Jugendarbeit
- Kinder, Eltern, Familie
- Schule
- Sport
- Öffentlicher Raum und Sicherheit
- Soziale Stadtteilzentren und Nachbarschaft

Dort wird die Fragestellung der Kommunalanalyse nach Akteuren, Entwicklungspotenzialen und Ressourcen wieder aufgenommen.

Jeweils exemplarisch erfolgt:

- eine Bestandsaufnahme von Maßnahmen, Aktivitäten, Projekte und Konzepte mit dem Ziel der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Minderheitenfeindlichkeit durchgeführt. Diese kann nicht

vollständig sein, wird aber jeweils einen Überblick ermöglichen

- eine Beschreibung von interessanten Praxisbeispielen bzw. Handlungsstrategien stattfinden
- Ein besonderes Augenmerk wird auf die Realität zivilgesellschaftlich-demokratischer Vernetzung gelegt: Wie gestalten sich im Bezirk Kooperationsverhältnisse? Inwiefern spielen verschiedene Deutungen des Problemfeldes eine Rolle bei der Entwicklung einer reaktionsfähigen Stadtgesellschaft?

Hervorheben möchten wir nochmal, daß wir für die Handlungsfelder zwar keine konkreten Lösungsvorschläge oder Empfehlungen geben, aber doch einige Anregungen und Impulse. Dort, wo es hilfreich erscheint, stellen wir Verbindungen her zur aktuellen Fachdiskussion oder zu gesetzlichen Rahmenbedingungen. Im wesentlichen geht es uns darum, die Grundlage für eine fachlich qualifizierte und problemorientierte Kultur der Auseinandersetzung zu schaffen. Sowohl Pointiertheit als auch Differenziertheit in der Aufbereitung der Handlungsfelder sind daher durchaus beabsichtigt.

Nun jedoch einige Worte zum Demokratiebegriff:

**Leitbilddebatte**

Unserer Überzeugung nach reicht es nicht aus, nur gegen etwas zu sein, sondern es muss auch ein Wofür – ein positives Leitbild - geben. Engagement, das lediglich mit einer Antihaltung gegen Rechtsextremismus, Nationalismus, Rassismus, Minderheitenfeindlichkeit etc. verbunden ist, beantwortet nicht die Frage, was Alternativen zu den genannten Phänomenen sein könnten. Oder präziser und dezent provokant formuliert: Gegen das Böse zu sein, sollte eigentlich selbstverständlich sein; aber was ist das Gegenstück zum „Bösen"?

Unser Grundgesetz gibt uns dafür mit dem Bezug auf die Menschenrechte und das Prinzip der Demokratie eine Antwort, auf welcher Grundlage die Gesellschaft agieren sollte – eine Grundlage, die es zu interpretieren und gestalten gilt.

Die Benutzung des Begriffs der Demokratie ist jedoch mit Risiken verbunden. Eine allgemein gültige Definition besteht nicht. Vielmehr schreibt Katz zu Recht: „Es gibt nicht nur eine Demokratie, sondern viele verschiedene Demokratien"[121] und Held ergänzt: „Es gibt nicht nur eine Demokratietheorie, sondern viele verschiedene Demokratietheorien."[122] In der Antike bestand ein anderes Demokratieverständnis als im Staatssozialismus oder in Westdeutschland.[123] Es ist somit unumgänglich, einige definitorische Versuche zu starten, um den Begriff zu klären.

## 12.1. Die pluralistische Demokratie

Die wissenschaftlichen Auffassungen und Konzeptionen[124] zum Demokratiebegriff zeichnen sich oft durch konkurrierende Festlegungen oder unterschiedliche Merkmale aus.[125] Die von uns als relevant erachteten Demokratieauffassungen haben dabei aber einen gemeinsamen Nenner: sie schließen sich im wesentlichen dem von Ernst Fraenkel in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückten **Pluralismuskonzept** an. Pluralismus ist das wesentliche Strukturelement einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die sich dem Erhalt einer heterogenen Gesellschaft verschrieben hat und die Besonderheit jedes Menschen bewusst anerkennt.[126]

> „Sie [die pluralistische Theorie, d. Verf.] nimmt den Umstand, dass es weite Gebiete des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens gibt, über deren Regelung Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Gruppen existieren, nicht nur mit Gleichmut hin, sondern erachtet dies als unvermeidliche, ja geradezu als ein Indiz eines in Freiheit pulsierenden öffentlichen Lebens."[127]

Eine pluralistische Gesellschaft ermöglicht jeder/m Einzelnen einen größtmöglichen Spielraum für die Verwirklichung individueller und gruppenspezifischer Verhaltensweisen. Die wesentlichen Merkmale des Pluralismus sind eng verknüpft mit der Bewahrung der Menschen- und Grundrechte, mit dem Gemeinwohl und Gerechtigkeitssinn und (auf staatlicher Ebene), mit dem positiven Recht (Rechtsstaatlichkeit) sowie den politischen Spielregeln (Parlamentarismus).

Homogene Demokratieauffassungen widersprechen dieser Auffassung und setzten sich,

[121] Vgl. Katz 1997

[122] Vgl. Held 1996

[123] Eine wunderbare Einführung bieten z. B. Peter Massing / Gotthard Breit 2003; Vgl. auch Manfred G. Schmidt 2000

[124] Einen kurzen Überblick gibt Himmelmann, Demokratie lernen, S. 34.

[125] Ohne hier auf die einzelnen theoretischen Ansätze einzugehen sei hier lediglich angemerkt, dass im Sinne einer pluralistischen Wissenschaft diese konkurrierenden Demokratieauffassungen keinen Nachteil darstellen, gerade wenn man sich dem Pluralismus als das elementare Merkmal der Demokratie verschrieben hat. Vgl. Himmelmann, Demokratie lernen, S. 33.

[126] In den 1950er Jahren entwickelte Ernst Fraenkel mit dem Pluralismuskonzept das Modell der „dialektischen Demokratie" weiter, mit dem er sich 1932 für den Erhalt der Weimarer Republik eingesetzt hatte. Vgl. Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Frankfurt/M. [7]1979, S. 297-325.

[127] Vgl. Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, S. 301.

weil sie von einem eindeutig bestimmbaren, vorgegeben Gemeinwohl ausgehen, über das konkrete Wohl der einzelnen Mitglieder hinweg. Sie schränken die Freiheitsrechte des Einzelnen ein und diskriminieren Minderheiten, die in der homogenen Gesellschaft keine Platz haben dürfen. Eine solche Variante kommt z.B. im Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) zum Ausdruck. Darin wird die pluralistische Gesellschaft nicht als Bereicherung angesehen, sondern als kulturlos denunziert.[128] Dass es der NPD um Macht und nicht um Recht geht, zeigt die Forderung nach der Neu-Organisation der Staatsgewalt:

> „Politische Organisationsformen müssen so geordnet sein, dass sie handlungsfähige Organe ermöglichen, die in Übereinstimmung mit den Grundzielen des Volkes handeln. Der Staat hat dabei über den Egoismen einzelner Gruppen zu stehen und die Gesamtverantwortung wahrzunehmen."[129]

Die Demokratieauffassung des NPD-Parteiprogramms ist die des völkischen Staates. Darin wird eine wechselseitige Identifikation von Herrschern und Beherrschten angestrebt, wodurch die gesellschaftliche Aushandlung von politischen Entscheidungen nicht mehr gebraucht wird. Die völkische Gemeinschaft ist eine, in der Konflikte nicht mehr stattfinden. Das aus einer gemeinsamen Wurzel stammende Volk braucht kein Parlament, keine politischen Parteien, keine Interessensverbände und sonstige Zusammenschlüsse. Praktisch bedeutet dies die De-Facto-Herrschaft von Wenigen, welche die Macht haben, alles zu regeln und sich dadurch über das konkrete Wohl der einzelne Mitglieder hinwegsetzten. Es handelt sich um eine autoritäres Demokratiekonzept.

Auch die autoritären Herrschaftssysteme der kommunistischen Länder des Ostblocks, die sich als demokratische Republiken bezeichneten, kennzeichneten eine solche Demokratieauffassung. Die homogene Gesellschaft folgt dabei der marxistisch-leninistischen Vorstellung der Einheit von Demokratie und revolutionärem Subjekt (der Klasse der Arbeiter und Bauern). Homogenität besteht hier nicht aufgrund der Abstammung, sondern durch die vorgeschriebene Identität von Partei- und Volkswillen. Diese Demokratieauffassung betraf jahrzehntelang auch die Ostdeutsche Gesellschaft.

[128] Vgl. Parteiprogramm der NPD, Absatz 1.
[129] Vgl. ebenda, Absatz 3.

**Pluralistische Demokratie und die Grundrechte**

Die pluralistische Demokratie ist die Demokratie der Grundrechte. Dies zeichnet sich im besonderen dadurch aus, dass sich jede/r Einzelne einer allgemeinen Verfügbarkeit des Gemeinwesens im Rahmen der festgeschriebenen Grundrechte entziehen kann. Mehrheitsentscheidungen, die für alle Mitglieder des Gemeinwesens Gültigkeit haben, können, wenn sie den Grundrechten widersprechen, angefochten werden.

Wesentlicher Bestandteil der Grundrechte sind die vor- bzw. überstaatlich festgeschriebenen Menschenrechte. Die Bundesrepublik Deutschland hat eine Vielzahl von völkerrechtlichen Verträgen zum Schutz der Menschenrechte ratifiziert. Diese Verpflichtungen bestehen sowohl im Rahmen der Vereinten Nationen wie auch auf der europäischen Ebene (Europarat und Europäische Union). Daraus resultiert die Pflicht des Staates, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu achten und zu schützen. Das bedeutet, daß er auch Beeinträchtigungen dieser Rechte durch Private zu unterbinden hat (Stichwort: Drittwirkung).[130]

Darum seien hier die wesentlichen im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechte noch einmal erwähnt: An erster Stelle stehen die Freiheitsrechte. Sie umfassen u.a. die Freiheit auf Entfaltung der Persönlichkeit, Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Glaubens- Gewissens und Bekenntnisfreiheit, Meinungs- und Informationsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereins- und Koalitionsfreiheit, Berufsfreiheit, Freizügigkeit sowie die Unverletzlichkeit der Wohnung. Die Gleichheitsrechte bedeuten Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichberechtigung von Männern und Frauen und Diskriminierungsverbote. Dazu heißt es wörtlich:

> „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzug werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden."[131]

Weitere Grundrechte sind Verfahrensrechte. Sie betreffen den Rechtsschutz und Rechtswegegarantien, Garantie des rechtlichen Gehörs und des gesetzlichen Richters sowie das Asylrecht für politisch Verfolgte. Schließlich sind auch institutionelle Garantien für Ehe und Familie, Eigentum, Erbrecht, Ausbildung, Wehr-

[130] Im obigen Absatz beziehen wir uns auf Ausführungen von „Ostkreuz – Netzwerke gegen Rechts", in: Ostkreuz – Netzwerke gegen Rechts (Hrsg.) (2003): Mobile Beratung für menschenrechtsorientierte Demokratie 2003:13f.
[131] Ebenda.

und Dienstpflicht als Grundrechte festgeschrieben.

In der Praxis kommt es jedoch oft zu Konflikten zwischen den politischen Mehrheitsentscheidungen und den Grundrechten des Einzelnen. Diese Konflikte sind zumeist durch ein ungleiches Kräfteverhältnis geprägt: auf der einen Seite steht die Mehrheitsgesellschaft, die sich auf die Institutionen und das Rechtssystem des Staates beruft, auf der anderen Seite der Einzelne, der seine Grundrechte einfordert. In der Praxis zeigt sich, dass die Institutionen die Grundrechte des Einzelnen zumeist erst dann erkennen, wenn diese bereits missachtet worden sind. Es gibt offensichtlich keine Garantie für die dauernde und umfassende Respektierung und Realisierung der Grundrechte.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Ratifizierung der internationalen völkerrechtlichen Verträge zum Schutz der Menschenrechte dazu geführt haben, daß sich die internationale Gemeinschaft um ihre Einhaltung kümmern darf (Menschenrechte als eine Angelegenheit des sog. International Concern). Zu diesem Zweck gibt es eine Reihe von internationalen Überwachungsmechanismen, die damit betraut sind, die Einhaltung der Verpflichtungen und ihre innerstaatliche Umsetzung zu kontrollieren (durch gesetze, aber auch durch die Praxis von Gerichten und Behörden). Das primäre Instrument dieser Überwachung ist eine anlassunabhängige Kontrolle druch regelmäßig zu erstattende Sonderberichte, die von internationalen Ausschüssen mit der Regierung erörtert und anschließend kommentiert werden.Im Rahmen solcher Kommentierungen werden negative und positive Bewertungen vorgenommen und Empfehlungen ausgesprochen, wie an der Verbesserung der Situation zu arbeiten sei. In diesen Empfehlungen wird immer wieder darauf hingewiesen, welcher Stellenwert einer Menschenrechtserziehung für die Abwehr von Rassismus, Fremdenfeindlcihkeit und den Aufbau einer zivilgesellschaftlichen Kultur zukommt. Adressaten solcher Empfehlungen zur Erziehung und Fortbildung sind über den Kreis von Jugendlichen hinaus auch alle Behörden und Verwaltungen. Als Träger hoheitlicher Gewalt sind auch sie an die internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland gebunden. Die Bundesrepublik Deutschland ist völkerrechtlich für das Verhalten jedes öffentlich Bediensteten verantwortlich.

Gemäß Art. 59 Abs.2 Grundgesetz haben die entsprechenden völkerrechtlichen Verträge den Rang von Bundesgesetzen. Sie sind nach Art. 20 Abs. 3 Grundgesetz zu beachten. Beachtung und Anwendung setzt jedoch Wissen voraus. Positive Verwirklichung der Rechtsvorschriften erfordert darüber hinaus, daß sich Rechtsanwender Inhalt und Absicht der Vorschriften zu eigen machen.[132]

Auf der Seite der BürgerInnen heißt bedeutet Demokratiebewußtsein in erster Linie, sich dauerhaft dem Konflikt zwischen den Rechten und Pflichten aus Mehrheitsentscheidungen sowie den Institutionen des Staates auf der einen Seite und den persönlichen Grundrechten auf der anderen Seite bewusst zu sein. Die Würde des Menschen besteht dabei darin, sich von den Institutionen nicht konsumieren zu lassen, sondern diese zu respektieren und zu benützen. Dabei steht jedoch nicht das Wohl der Institution, sondern das Wohl des konkreten einzelnen Menschen im Vordergrund.[133]

**Pluralistische Demokratie und Gemeinwohl**

Die freiheitlich-demokratisch verfasste Grundordnung wird von zwei grundlegenden Demokratieauffassungen geprägt.[134] Das republikanische Modell geht davon aus, dass in der pluralistischen Demokratie die Freiheit darin besteht, durch politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement Einfluss auf die Gestalt des Gemeinwesens zu nehmen.

Diese Vorstellung gründet auf der rationalen Bereitschaft des Einzelnen, individuelle Interessen im politischen Entscheidungsprozess denen des Gemeinwesens unterzuordnen und durch politisches Handeln und Mitbestimmen das Gemeinwesen zu fördern. Ohne diese soziomoralische Vorraussetzung hat das Gemeinwesen keinen dauerhaften Bestand.[135]

Das liberale Modell stellt dagegen die Freiheit des Einzelnen in den Vordergrund. Es schützt die persönlichen Interessen und Entfaltungsmöglichkeiten vor Übergriffen anderer Gesellschaftsmitglieder, den Entscheidungen der politisch Handelnden sowie den Zudringlichkeiten von Institutionen.[136]

Beide Modelle kommen trotz des deutlichen Spannungsfeldes, in dem sie sich gegenüber stehen, letzten Endes nicht ohne ethische Bindungen zwischen Individuum und Gemeinwesen/Gesellschaft aus. Auch in der Diskussion um eine Praxis der Demokratieentwicklung bestehen hier differenzierte Sichtweisen und

[132] Im obigen Absatz beziehen wir uns auf Ausführungen von „Ostkreuz – Netzwerke gegen Rechts", in: Ostkreuz – Netzwerke gegen Rechts (Hrsg.) (2003): Mobile Beratung für menschenrechtsorientierte Demokratie 2003:13f.

[133] Vgl. Holtmann Everhard, Politik-Lexikon, München 1991, S. 75, in: Grundrechte: Informationen zur politischen Bildung, 239 (1998), S. 4.

[134] Die folgenden Ausführungen folgen Herfried Münkler und Skadi Krause, Sozio-moralische Grundlagen der Demokratie, in: Breit/Schiele (Hg.), Demokratie-Lernen, S. 223-240 und Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, S. 58-61.

[135] Vgl. Münkler/Krause, sozio-moralische Grundlage der Demokratie, S. 223.

[136] Vgl. ebenda.

Orientierungsmuster. An dieser Stelle schließen wir uns der Forderung an, dass die pluralistische Demokratie eine spezifische humanistische bzw. bürgerschaftliche Ethik braucht, die sich durch besondere sozio-moralische Merkmale auszeichnet. Dieses Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie bedeutet einerseits, dass die Menschen bzw. Bürger ihre Interessen frei und ungehindert vertreten können, andererseits aber auch das besondere Gewicht des Gemeinwohls gegenüber den Interessen des Einzelnen oder einzelner Interessensgruppen. Das Gemeinwohl ist in dieser Auffassung keine Kategorie der Macht, sondern die des Rechts und der Gerechtigkeit. Dabei ist das Gemeinwohl aber keine soziale Realität, sondern eine regulative Idee.[137] Sie ist durch die Zuversicht gekennzeichnet, das pluralistische Wesen der Gesellschaft zu erhalten und zusammenzuhalten und dabei gleichzeitig dem Einzelnen zum größtmöglichen Wohlbefinden zu verhelfen. Dieser Balanceakt ist ein wesentliches Kennzeichen demokratischer Kultur. Als wesentliche regulative Elemente seien hier genannt:

- Die Freiheit ist das erste Element und betrifft das Wohl des Menschen als autonomes Subjekt. Sie spiegelt die Überzeugung wieder, dass dieses Wohl in der unbefangenen Entfaltung der körperlichen, seelischen und geistigen Anlagen jedes Einzelnen besteht.
- Gerechtigkeit, Solidarität und soziale Gegenseitigkeit kennzeichnen die gemeinsame Verantwortung für das Gemeinwohl und stehen dem Wohl des Einzelnen konfliktreich gegenüber.[138]
- Diskussion und Abstimmung bestimmen die Aushandlung von Konflikten, um zu gemeinsamen Entschlüssen im Sinne des Gemeinwohls zu gelangen.
- Fair Play signalisiert Kompromissbereitschaft, Verständnisfähigkeit, Besonnenheit und Toleranz sowie die Bereitschaft, Differenzen auszuhalten.
- Loyalität meint (im Gegensatz zu Gesinnungs- und Parteitreue) die Achtung der gemeinsamen Regeln und die Achtung gegenüber den Interessen anderer, aber auch die Bereitschaft, für die Gemeinschaft aller Mitbürger Verantwortung zu übernehmen.
- Offenheit kennzeichnet zum einen die Haltung gegenüber anderen Mitgliedern der Gesellschaft (und jenen, die Zuflucht in dieser Gesellschaft suchen[139]), ist bestimmend in der Diskussion (das meint auch, sich persönlich und verantwortungsvoll an öffentlichen Diskussionen zu beteiligen) und macht getroffene Entscheidungen transparent.

Diese (und andere) sozio-moralische Merkmale bestimmen in der pluralistischen Demokratie die Form des menschlichen Zusammenlebens. Sie müssen durch die Selbstbindung des Einzelnen an das Gemeinwesen und die politische Verantwortung für das Gemeinwesen entwickelt werden. Erst dadurch wird gewährleistet, dass jede/r Einzelne die Rechte, die er für sich beansprucht auch jedem anderen Menschen zubilligt und sich für diese Rechte wie für die eigenen einsetzt.

Eine besondere Brisanz bekommt dieser Gedanke der wechselseitigen Anerkennung von Differenz und des wechselseitigen Respektes von Grundrechten und Grundfreiheiten, wirft man einen Blick auf das Verhältnis von Mehrheiten und Minderheiten in der Alltagsrealität. Gerade für Opfer rassistischer oder rechtsextremer Gewalt ist Demokratie nicht immer real erlebbar. Es ist somit nach der konkreten Alltagswirklichkeit und der Verankerung demokratischer Werte im realen Erleben zu fragen. Um an dieser Stelle ansetzen zu können, bedarf es konkreter Akeure, die sich der Aufgabe einer täglichen Realisierung pluralistischer Demokratie stellen und diese erfahbar machen.

## 12.2. Zivilgesellschaft

In den politischen Wissenschaften gehört der Begriff der Zivilgesellschaft zu den schillernsten überhaupt. Er verfügt über eine jahrhundertlange Tradition, verschwand eine Zeitlang im Diskurs und erlebte seine Renaissance mit dem Fall der kommunistischen Systeme in Osteuropa.[140] Dabei wurde er wesentlich von Bürgerrechtlern wie Havel geprägt, die aus der Zivilgesellschaft heraus Potenziale zur Neugestaltung des als verkrustet empfundenen politischen und gesellschaftlichen Systems entwickeln wollten. Obwohl das ZDK an anderer Stelle ausführlich auf den Begriff der Zivilgesellschaft eingeht[141], wollen wir hier doch

[137] Vgl. Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, S. 61.

[138] „Inzwischen wuchsen Generationen heran, für die der Hitler-Staat und der Krieg historische Daten, aber keine Erfahrung mehr waren. Sie entdeckten den Mangel an Gerechtigkeit, ohne jemals die Abwesenheit von Freiheit erfahren zu haben, und es scheint hoffnungslos, ihnen klarzumachen, dass Freiheit ohne Gerechtigkeit ein Übel ist, ein Leben ohne Freiheit aber, auch wenn es materiell keine Wünsche übrig ließe und sozial gerecht zuginge, das Ende menschenwürdigen Existierens bedeutet." Vgl. Gerhard Szczesny, Das sogenannte Gute, Hamburg 1971, S. 10.

[139] „Diese Demokratie hat keinen Bestand, wenn an ihrer Tür geschrieben steht: ‚Geschlossene Gesellschaft'". Willy Brandt in der parlamentarischen Aussprache zur Regierungserklärung von Helmut Kohl, 15.10.1982.

[140] Vgl. einführend Anette Emtmann 1998: 12-46

[141] Vgl. Zentrum Demokratische Kultur 2000

trotzdem eine kurze Skizze wagen. Dabei lehnen wir uns an historisch herleitende Diskurse an, die den Begriff Zivilgesellschaft mit folgenden Denkern verbinden:

1. John Locke: Kerngedanke des Gründers einer liberalen Tradition war der Schutz vor staatlicher Willkür durch die Schaffung einer unabhängigen Sphäre, die dem Machtzugriff des Staates verwehrt bleibt. Die staatliche Autorität sollte diesen Raum maximal beschützen, aber auf keinen Fall beherrschen. [142]
2. Charles Montesqieu: Staatliche Macht sollte begrenzt werden, indem über eine Verteilung von Machtstrukturen, die es untereinander zu vernetzen galt, Gegengewalten aufgebaut wurden, die einen begrenzenden und kontrollierenden Einfluss auf den Staat ausüben sollten. Diese Gegengewalten sollten institutionell verankert werden und nicht alleine auf Werten wie Tugend oder Vertrauen basieren.[143]
3. Alexis de Tocqueville: Unter Zivilgesellschaft verstand er das Vorhandensein einer Reihe von kleinen, nicht-staatlichen Assoziationen. Diese waren für ihn Schulen der Demokratie, in denen über die tägliche Praxis der Umgang miteinander, demokratische Grundwerte und Möglichkeiten der zivilen Konfliktaustragung geübt wurden. Die Zivilgesellschaft stellt damit der Demokratie ein Werte tragendes Potenzial zur Verfügung.[144]
4. Jürgen Habermas: Für ihn ist die Zivilgesellschaft eine freie Sphäre, in der die Interessen unterschiedlicher AkteurInnen artikuliert und sondiert werden können. Sie schafft Öffentlichkeit und Potenziale zur Artikulation von Kritik auch für jene, die zu einer Minderheit gezählt werden. Mittel der Auseinandersetzung sei der Diskurs.[145]

In der Debatte zur Demokratietheorie fließen die verschiedenen hier skizzierten Punkte zusammen. Aus einer ausführlichen Übersichtsdarstellung dieser Debatte heraus entwickelt Bernhard eine Definition der Zivilgesellschaft, die als kleinster gemeinsamer Nenner bezeichnet werden kann. Für ihn ist Zivilgesellschaft:

„ein öffentlicher Raum, der

a) Zwischen der staatlichen und der privaten Sphäre angesiedelt ist, von einer Vielzahl
b) autonomer und
c) vom Staat rechtlich getrennter Organisationen ausgefüllt wird und der
d) den Akteuren innerhalb dieses öffentlichen Raums individuelle und kollektive Freiheiten garantiert, die es ihnen ermöglichen, ihre Interessen zu verfolgen.“ [146]

Konsens besteht auf unserer Seite darin, dass zum Konzept der Zivilgesellschaft auch ein normatives Band von Werten bzw. die Bindung an das Modell der pluralistischen Demokratie gehört. Dieser spezifische demokratische Grundkonsens impliziert automatisch, dass die Zivilgesellschaft keine Sphäre künstlicher Harmonie ist, sondern ein Ort zur Konfliktaustragung und Interessenartikulation. Sie greift den Grundgedanken Cosers auf, nach dem diese Form der Konfliktaustragung eine Schule der Konfliktfähigkeit schaffen kann, die dem gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht abträglich ist, sondern gerade zu ihrer Entwicklung beiträgt.[147]

In eben dieser vorstaatlichen Sphäre agieren auch rechtsextremen Organisationskerne und -strukturen. Sie gehören, da sie das normative Band der Demokratie nicht teilen, ihren pluralistischen Charakter nicht respektieren, sondern bekämpfen, nicht zur Zivilgesellschaft. Strategisches Ziel sollte es sein, im vorstaatlichen Raum eine Hegemonie der zivilgesellschaftlichen Kräfte zu schaffen, die den Wirkungskreis der antidemokratischen Potenziale - welcher Richtung auch immer - so weit einschränkt wie möglich. Leitidee sei, dass man „die Demokratie angesichts irgendwelcher Gefährdungen nur mit weiterer Demokratisierung sichern“[148] kann. Aus der Zivilgesellschaft heraus kann dabei die Kraft zur Weiterentwicklung und Stärkung demokratischer Werte in staatlichen Bereichen erwachsen, die den Handlungsspielraum antidemokratischer Potenziale zu begrenzen wissen.

### Die Bedeutung des Lebenweltbezugs für die Entwicklung von Zivilgesellschaft und demokratischer Kultur

Die pluralistische Demokratie meint vor allem eine besondere Art der demokratischen Kultur, die Konflikte einer heterogenen Gesellschaft zu lösen, ohne dabei ihre Vielfalt in Frage zu stellen. Diese Kultur manifestiert sich in erster Linie als demokratisches Engagement an der Schnittstelle zwischen Staat und Privatsphäre,

[142] Vgl. John Locke 1989
[143] Vgl. Charles Montesquieu 1965
[144] Vgl. Alexis de Tocqueville 1976
[145] Vgl. Jürgen Habermas 1998
[146] Vgl. Bernhardt
[147] Vgl. Coser
[148] Michael Th. Greven 1995: 35

initiiert und getragen von zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Demokratische Kultur ist primär als eine Lebensform mit konkret-lebensweltlichen und individual-moralischen Ansichten und Auswirkungen zu verstehen. Sie ist geprägt von den Merkmalen der regulativen Idee des Gemeinwohls. Demokratische Kultur ist öffentlich und wird durch konkrete Handlungen für jedermann erfahrbar.

Aus diesen Überlegungen folgt die Notwendigkeit weiterer Konkretisierung: Wo sind konkrete Ansatzpunkte für die Förderung von Demokratie? Was heißt „Schnittstelle zwischen Staat und Privatsphäre", „vorstaatlicher Raum" oder „Alltagswirklichkeit und konkrete Erlebbarkeit demokratischer Werte"? Haben Zivilgesellschaft und pluralistische Demokratie als Lebensform einen konkreten Ort? Oder handelt es sich eher um eine Utopie – einen Nicht-Ort? Letzteres ist natrülich nicht der Fall, deutlich wird aber der Bedarf nach dem Prozess der lokalen Verankerung von Demokratieentwicklung zu fragen.

Zivilgesellschaft entwickelt sich nicht im virtuellen Raum, sondern ist das Resultat langfristiger Prozesse vor Ort, in den Lebenswelten, sozialen Räumen oder Stadtteilen. Eine lebensweltliche Orientierung ist sehr wichtig für die Konkretisierung zivilgesellschaftlicher Strategien und die Überprüfung von Wirkungsweisen.

In einer Synpose des „Wirksystems" in der Kommune hat Bernd Wagner einmal eine Unterscheidung in Instanzen, Handlungsfelder und Soziale Räume vorgenommen.

Instanzen:

- Parteien
- Kommunale Vertretung
- Kommunale Verwaltung
- Ausschüsse
- Polizei
- Justiz
- Schule
- Vereine
- Kirchen/ Religionsgemeinschaften
- Unternehmen/ Unternehmerverbände
- Gewerkschaften
- Bürgerinitiativen
- Medien
- Netzwerke
- Betroffenengruppen
- Lebenskulturelle Gruppen
- Einzelbürger

Handlungsfelder:

- Schule
- Freizeit
- Nachbarschaft
- Soziale Arbeit
- Sport
- Innere Sicherheit
- Justiz
- Bewährung/ Wiedereingliederung
- Öffentliche Diskurse
- Medien
- Kultur
- Wirtschaft
- Gewerkschaften
- Kommunale Entwicklung als Sozial- und Wirtschaftsraum
- Kirche/ Religionsgemeinschaften
- Bürgerinitiativen
- Netzwerke
- Vereine
- Betroffenengruppen
- Lebenskulturelle Gruppen

Sozialräume:

- Schule
- Wohngebiete
- Wohnung
- Grundstücke
- Jugendclubs
- Gastronomische Einrichtungen
- Kultureinrichtungen
- Straße, Wege, Plätze
- Zeltplätze
- Kleingartenanlagen
- Kulturelle Veranstaltungsräume
- Firmen

- Kommunale Einrichtungen
- Bahnhöfe
- Einkauscenter
- Kirchen/ Religionsgemeinschaften
- Vereins- und Projekträume
- Gewerkschaftliche Einrichtungen
- Sportstätten

Wagner schreibt: „Im Leben der Kommune kreuzen sich Schnittpunkte der Akteure, Arbeitsfelder, soziale Räume und rechtsextreme Erscheinungen, die einen Gegenstand der Interaktion im demokratisch-zivilgesellschaftlichen Feld darstellen. DAraus ergeben sich unterschiedliche Kombinationen der Vernetzung von Akteuren und Aktivitäten, von Ansätzen und Methoden." (in: Zentrum Demokratische Kultur 1998:6f)

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß es in der Jugendhilfe, der Sozial- und Stadtplanung und auch in der polizeilichen Prävention bzw. Intervention verschiedene Verständnisse davon gibt, was unter Sozialraumorientierung eigentlich zu verstehen ist. Von den einen wird der soziale Raum als reine sozialgeographische Planungseinheit verstanden, von den anderen als Lebenswelt. Als Planungsgröße verstanden ist der Sozialraum ein geographisch beschreibbares Gebiet, für dessen BewohnerInnen charakteristische und besondere sozialstrukturelle Merkmale bestimmbar sind (Wohngebiet, eingrenzbarer Sozialraum, Planungsraum etc.). Manche Autoren sehen als wesentliches Merkmal einer Sozialraumorientierung die Verteilung finanzieller Ressourcen in Sozialraumbudgets. Aus polizeilicher Sicht sind jedoch oft Begriffe, wie „Brennpunkte", „Problemkieze" oder „gefährliche Orte" zu vernehmen, wenn es um Kriminalitätsprävention geht. Als Lebenswelt verstanden ist der soziale Raum vielfach ein mit „Eigenidentität" von BewohnerInnen ausgezeichneter Ort. „Der Sozialraum bezeichnet das, was im Berliner Jargon auch gerne Kiez genannt wird. [...] Zu einem Sozialraum gehören seine Bewohner ebenso wie ansässige Geschäftsleute und Initiativen. Das Leben in einem Sozialraum sucht sich seine eigenen Orte, diese können eine Einkaufsstraße, eine Parkanlage, ein öffentlicher Platz, das Vereinshaus oder auch gastronomische Örtlichkeiten sein. Im Sozialraum findet das alltägliche Leben konkret, überschaubar und identitätsbildend statt, wobei einerseits die Menschen selbst den Sozialraum gestalten, andererseits dieser wiederum die dort lebenden Menschen beeinflusst."[149]

Das Problem besteht darin, dass es keinen einheitlichen, allgemein anerkannten Sozialraumbegriff gibt. Mit den Konzepten der Sozialräumlichkeit geht eine Unübersichtlichkeit einher.

Aus der Perspektive der Kommunalen Demokratieentwicklung sind drei Aspekte der Sozialraumorientierung zentral, die den Begriff des Politischen, die Heterogenität von gesellschaftlichen Gruppen und die Prozessqualität zivilgesellschaftlicher Arbeit betreffen So sollte das sozialräumliche Konzept vielmehr als eine inhaltliche Orientierung betrachtet werden, die die subjektiven Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ins Blickfeld nimmt und damit auch in einem politischen Sinne Fragen nach Aneignungsmöglichkeiten und Teilhabe an der Gestaltung der Umwelt stellt. Tendenzen einer Entpolitisierung der Lebenswelt durch ein eher sozialgeographisches Vrständnis der „Sozialraumorientierung" wird durch Demokratieentwicklung explizit entgegengewirkt. Den sozialen Raum als Alltagswelt auch in seiner politischen Bedeutung – z.B. als symbolischen Interaktionskontext der Aushandlung von Werten und Normen oder als Ort der Teilhabe und Konfliktaustragung -- zu erfassen ist auch Sinn zivilgesellschaftlicher Arbeit. Die im sozialen Raum handelnden und aufwachsenden Subjekte werden in diesem Sinne auch als politische Individuen ernst genommen und nicht nur als Adressaten von Sozial-, Jugendhilfeplanung oder anderer Planungsstrategien eingeordnet.

Politisch wird das Konzept des sozialen Raums in seiner Anwendung beispielsweise dort, wo in der Alltagsrealität festzustellen ist, daß sich in sozialen Räumen dominante Gruppen mit ihren Interessen gegenüber Minderheiten durchsetzen und dadurch homogene Räume entstehen. Verkürzt man Sozialraumorientierung auf ein sozialgeographisches Planungsmuster, so trägt sie in diesen Räumen zur Etnwicklung einer Infrastruktur bei, die sich an den Interessen der dominanten Gruppen orientiert.

„Je homogener die Bevölkerungsstruktur eines Sozialraums ist und je ausgeprägter ein spannungsreiches, intolerantes Verhältnis zuwischen Mehrheiten und Minderheiten ist, desto ausschließender und undurchlässiger gestaltet sich ein solcher Sozialraum, desto weniger offen zeigt sich dieser für Veränderungen und Entwicklungen."[150]

[149] vgl.Ostkreuz – Netzwerke gegen Rechts (Hrsg.) (2003): Mobile Beratung für menschenrechtsorientierte Demokratie (Broschüre S.9f)
[150] ebd. S.10

Besonders deutlich wird der Bedarf einer sozialräumlichen Demokratieorientierung, in deren Mittelpunkt die Menschenrechte und der Minderheitenschutz stehen, wenn sich in sozialen Räumen Dominanzen von rechtsextremen oder/und rassistischen Milieus herausbilden oder anderweitig demokratiefeindliche Stimmungen sich verfestigen.

Fachinstitutionen der Demokratieentwicklung, die sich u.a. mit Rechtsextremismus auseinandersetzen haben sich dieses Problems bereits angenommen. So schreibt „Ostkreuz – Netzwerke gegen Rechts": Sozialräume stellen eine „sinnvolle Bezugsgröße" Mobiler Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus dar." Sozialräume „bieten den Vorteil, daß nicht selten bereits funktionierende Vernetzungen bestehen (z.B. regelmäßige Sozialraum- oder Ortsteilkonferenzen), an die angeknüpft werden kann. Darüber hinaus sind Sozialräume für die Akteure relativ überschaubar und die Beratungsarbeit kann konkret an der Lebenswelt dieser, d.h. an ihren Bedürfnissen und Interessen ansetzen. [...] Sozialräume sind ebenfalls wie Angstzonen gewachsen, dynamisch. hIerin liegt auch ihre Chance auf Veränderung. Diese Prozesse anzuschieben, zu begleiten und zu unterstützen ist zentrale Aufgabe Mobiler Beratung."[151]

Auch Marzahn-Hellersdorf ist im Rahmen der Bezirksfusion von administrativer Seite in 33 Sozialräume eingeteilt wurden.

Eine Interviewpartnerin aus dem Bezirk meinte:

„Was heißt denn für Sie Sozialraumorientierung?"

„Sozialraumorientierung heißt für mich Vernetzung von all dem, was in diesem Sozialraum agiert und zwar immer nur miteinander [...] Schule, Kita und die eine Einrichtung in Freier Trägerschaft, die kommunale Einrichtugn und vielleicht die Tagesgruppe die dort in dem Bereich arbeitet, das Jugendhilfezentrum, das soziale Stadtteilzentrum, die Senioreneinrichtung, die Gruppe von der Volkssolidarität, die Freiwillige Feuerwehr weiß ich.... aber eben auch Wirtschaft, Wohnungsbaugenossenschaft, die in dem Kiez arbeiten, all die, wenn die zusammen was für ihren Kiez auf die Beine stellen dann heißt das doch nichts anderes, als dass man Umfeld, Umwelt, Kiez lebenswert gestaltet und wenn man es lebenswert gestaltet eigentlich optimale Bedingungen für gesundes Aufwachsen für Menschen aller Altersgruppen gewährleistet.... das heißt für mich Sozialraumorientierung... nehmen wir doch mal ruhig Mnord, da läuft das ja mit dem Quartiersmanagment, da sitzen Bürger mit in diesem Beirat drin [....die konkrete Interessen realisieren], das wirklich eine Gruppe von... etwas für diesen Kiez tut, daß sich ein Großteil der Menschen mit seinem Kiez identifizieren kann, dann hat man ganz viel gekonnt...[....] also ich will hier keine ländlichen Strukturen in der Großstadt schaffen, das wird nicht funktionieren, aber einfach ein größeres Miteinander von ganz vielen Menschen für ihren Kiez... Dann sagt eben der Hauptschullehrer Meier zum Sozialarbeiter, horch mal zu, du, Familie Müller ist mir letztens wieder aufgefallen, guck doch mal dahinter, da muß man eben nicht warten bis das Kind geschlagen wird oder mißbraucht wird da kann man rechtzeitig agieren..."

Für die kommunale Demokratieentwicklung in der Auseinandersetzung mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus ist der Sozialraumbezug ein sinnvoller Ansatz. Eine pluralistische Demokratie, wie sie oben skizziert wurde, kann sich hier entfalten und erfahrbar werden als wesentlicher Aspekt der Lebensqualität, vorausgesetzt, daß sich Menschen in ihrer Lebenswelt dafür einsetzen.

[151] ebd. S.12

## 12.3. Handlungsfelder und Potenziale

### 12.3.1. Schule

Im Folgenden werden exemplarisch für das Handlungsfeld Schule Programme, Projekte und Aktivitäten im Bezirk vorgestellt. Dabei werden wir einige Praxisbeispiele ausführlicher beschreiben, außerdem Entwicklungspotenziale herausarbeiten und Anregungen zur Diskussion geben. Besonders intensiv gehen wir auf den Aspekt der Kooperation von Schule und Umfeld ein. Die Materialbasis für dieses Kapitel umfasst sowohl Informationsgespräche, Interviews und Gruppendiskussionen mit SchülerInnen, LehrerInnen, Schulleitungen, Eltern, VertreterInnen der Verwaltung und Träger schulbezogener Projekte. Darüber hinaus wurde mittels Recherche in verschiedenen Medien weiteres Material für die Auswertung gesammelt und das Erfahrungsrepertoire der RAA Berlin einbezogen. Hervorzuheben ist dennoch, dass dieses Kapitel keinen evaluierenden oder bewertenden Anspruch verfolgt, sondern zur Diskussion über Möglichkeiten der Demokratieentwicklung im Schulbereich anregen soll.

Bevor wir zur weiteren Darstellung unserer Ergebnisse übergehen, ist es aufgrund aktueller Entwicklungen sinnvoll, einen Blick auf das Schulgesetz zu werfen. Als Resultat der bildungspolitischen Diskussion infolge der PISA-Studie ist in Berlin am 1.2.2004 ein neues Schulgesetz in Kraft getreten, welches grundlegende und demokratiepädagogisch relevante Veränderungen gegenüber der Fassung aus dem Jahr 1980 enthält.

Zum Einen sind die Bildungs- und Erziehungsziele der Schule wesentlich konkretisiert, zum anderen ist die „Eigenverantwortung der Schulen" erstmals gesetzlich festgeschrieben (§7 bis 9 SchulG) und maßgeblich erweitert worden, „um mehr Qualität, Flexibilität und Profil sowie eine höhere Identifikation aller am Schulgeschehen Beteiligten mit ihrer Schule zu erzielen."[152] Festgehalten ist im neuen Schulgesetz auch, dass sich jede Schule ein Schulprogramm geben muss (§8 SchulG). Darin dokumentiert sie, wie sie den allgemeinen Bildungs- und Erziehungsauftrag unter den Bedingungen an der Schule erfüllt. Hinzu kommt, dass die Mitbestimmungsrechte der SchülerInnen und der Erziehungsberechtigten ausgebaut (§47 und §83 bis 91 SchulG) werden.[153] Besonders relevant ist, dass sich Schulen ab sofort gegenüber ihrem sozialen Umfeld öffnen müssen (§5 SchulG).[154] Außerdem werden die Schulen und auch die Schulaufsichtsbehörde zur Qualitätsentwicklung und –sicherung u.a. durch Maßnahmen der internen und externen Evaluation verpflichtet. (§9 SchulG).[155]

**Problemskizze**

Als Orte des Lernens und Lebens sind Schulen mit allen auch in dieser Studie analysierten Problemlagen konfrontiert. Dazu gehören Rassismus und Diskriminierungsprozesse, Gewalt und Gewaltbereitschaft und rechtsextreme Orientierungen – nicht selten verbunden mit entsprechenden Cliquenbildungen und dem Auftreten organisierter bzw. ideologisch entsprechend gefestigter Heranwachsender.

Oft wurde auch eine starke Politik- und Demokratieverdrossenheit als Herausforderung für die Schule betont, was durch diese Studie bestätigt wird, ebenso wie die Auswirkungen sozialer Desintegration in der Lebenswelt der SchülerInnen, die sich auch auf den Kompetenzerwerb und das Lernen auswirken.

Solche Probleme sind von Schule zu Schule und von Klasse zu Klasse verschieden, prinzipiell ist allerdings sowohl von Seiten der Schulleitungen und Lehrkräfte, als auch seitens schulbezogener Projekte eine kontinuierliche Aufmerksamkeit bezüglich der aktuellen Einstellungspotenziale und ihren Manifestationen im Schulalltag absolut notwendig.

Es ist in diesem Zusammenhang falsch, rechtsextreme Erscheinungen oder Gewalt gegenüber Minderheiten als originäres Problem des Hauptschulbereichs zu definieren. Sicher kann nicht von der Hand gewiesen werden, dass empirische Studien in den letzten Jahren erhöhte Potenziale rassistischer („fremdenfeindlicher"), und rechtsextremer Orientierungen, vor allem jedoch auch eine erhöhte Gewaltbereitschaft im Hauptschul- und Berufsschulkontext festgestellt haben und auch Interviewte aus dem Hauptschulbereich ihre SchülerInnen als „gefährdet" einordnen, wie im folgenden Interview:

[152] Das umfasst neben der Möglichkeit, Lehrerinnen und Lehrer selbst auszuwählen, die Schulleiterin oder den Schulleiter mittels Schulkonferenz selbst zu benennen, einer Personalkostenbudgetierung und der selbständigen Verwaltung von Haushaltsmitteln auch den Auftrag, sich ein Schulprogramm zu geben

[153] Dies geschieht insbesondere, indem die Schulkonferenz zum maßgeblichen Entscheidungsgremium für Fragen im Zusammenhang mit der schulischen Selbständigkeit und Eigenverantwortung wird (z.B. Schulprogramm)" Damit werden die Rechte der SchülerInnen und der Eltern, deren VertreterInnen Mitglieder der Schulkonferenz sind, gestärkt. Die Gesamtkonferenz entscheidet weiterhin über die konkreten pädagogischen Fragestellungen (§79 SchulG)."

[154] Sie sollen vor allem mit den vorschulischen Erziehungs- und BildungsträgerInnen (Kita) zusammenarbeiten und Angebote auch außerhalb der Unterrichtszeit anbieten (§19 Abs. 5 SchulG).

[155] Aufgrund der Relevanz des neuen Schulgesetzes werden einige Auszüge daraus im Anhang an dieses Kapitel zitiert, um auch nicht-schulischen Akteurinnen und AkteurInnen einen Einblick zu ermöglichen.

„Wir haben hier eine Schülerschaft, wo eine latente Gefahr da ist. Ich will nicht sagen, dass sie offensiv rechtsradikal sind und wissen, was sie da tun. Sondern wir haben die dumpfe Mitläuferschaft, die aus Gruppendynamik da mitspielt, weil im Umkreis alle Bekannten so rumrennen...."

Im Laufe der Untersuchung entstand allerdings der Eindruck, als dienten solche Problemlagen manchen AkteurInnen im Kontext von Realschulen oder Gymnasien als Legitimation, sich ‚entspannt zurückzulehnen'. Dabei wurden Erscheinungen von Rassismus/Rechtsextremismus, Ungleichwertigkeitsorientierungen und Diskriminierungsbereitschaft unter der eigenen SchülerInnenschaft relativiert oder sogar mit dem Argument von der Hand gewiesen, man solle sich lieber dem ‚Problemfeld' der Haupt- und Berufsschulen zuwenden. Dies ist unseres Erachtens eher als Verweigerung der inhaltlichen Auseinandersetzung im eigenen Kontext zu verstehen: es ist immer einfacher existierende Tendenzen oder Probleme bei Anderen wahrzunehmen. Formen einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit antihumanen Orientierungen sind im Bereich der Gymnasien oder in der Sekundarstufe II nicht weniger notwendig als an Haupt- oder Realschulen. Das Problem jugendlicher Orientierung an Elementen rechtsextremer Ideologie sogenannten „Bildungsfernen" Sozialgruppen zuzuschreiben ist sowohl demokratiepädagogisch als auch demokratiepolitisch kontraproduktiv, zumal rechtsextreme und rechtspopulistische Orientierungen im universitären Bereich oft auf einem sehr hohen Niveau organisiert sind und entsprechend orientierten Neuankömmlingen aus den Gymnasien uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Die Bedeutung politischer Strukturen an der Universität kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

**„Demokratieentwicklung und Schule" – ein exemplarischer Überblick über Programme, Projekte und Initiativen**

Sowohl im Hauptschul- als auch im Realschul-, Gesamtschul- und Gymnasialbereich gibt es im Bezirk interessante Ansätze zur Förderung demokratischer Orientierungen und Handlungskompetenzen. Allerdings legt ein grober Überblick über diese Ansätze im Schulbereich zunächst einmal folgende Einteilung nahe. Es gibt Schulen, bei denen

A) Eine explizite Positionierung für Demokratie und Menschenrechte – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus oder

B) ein Engagement im Bereich „Soziale Kompetenzentwicklung" oder

C) eine Nicht-Positionierung, Vermeidung oder Abwehr der Positionierung

wahrzunehmen ist. Bei genauerem Hinsehen verlaufen solche Konfliktlinien nicht nur zwischen den Schulen sondern auch innerhalb der Institutionen. Die Art und Weise, wie Schulen von außen wahrgenommen werden, hängt einerseits viel vom Handeln der Schulleitung ab und andererseits von der Existenz von Initiativgruppen. Mitunter sind es einzelne sehr engagierte Lehrkräfte oder SchülerInnen, die durch ihre Aktivitäten den Anschein erwecken als handle es sich um eine in ihrer Gesamtheit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagierte Schule. Hier stellt sich dann die Frage, wie viel Unterstützung die Engagierten in ihrer eigenen Institution bekommen oder ob sie „Einzelkämpfer" sind, denen es immerhin gelingt, die Außenwahrnehmung ihrer Schule zu prägen.

Unabhängig davon gibt es nur eine geringe Anzahl von Schulen im Bezirk, die sich als Gesamtinstitution durch Teilnahme an Programmen oder durch die Außendarstellung des Schulprogramms explizit einer Förderung demokratischer Schulkultur widmen. Relativ verbreitet sind nach wie vor Einzelaktivitäten in Form von kurzen oder längeren Projekten, die sich ganz allgemein in das Themenfeld „Für Demokratie – gegen Gewalt und Rechtsextremismus" einordnen lassen. Projekte sind leider nach wie vor der primäre Ort, an den solche Aktivitäten „verlegt" werden.

Des weiteren sind mittlerweile Aktivitäten recht verbreitet, die sich allgemein eine Förderung sozialer und lernmethodischer Kompetenz der SchülerInnen zum Ziel setzen. Hier gibt es sowohl übergreifende Ansätze (z.B. das Berliner Programm „Pädagogische Schulentwicklung (PSE)" als auch diverse Einzelaktivitäten z.B. in Form von Trainings. Ein Teil der auf diese Weise aktiven Schulen versteht dies als impliziten Beitrag gegen antidemokratische Tendenzen, auch wenn kritisch anzumerken ist, dass

die Stärkung demokratischer Werte im Rahmen sozialer Kompetenzentwicklung sich offenbar für solche Schulen eher als ein erwünschtes „Nebenprodukt" darstellt, während schulische Leistungsfähigkeit im Vordergrund steht.

Als dritter Aspekt kristallisierte sich im Rahmen der Untersuchung heraus, dass es Schulen gibt, bei denen keine Aktivitäten zur Förderung demokratischer Werte und demokratischer Handlungskompetenz wahrzunehmen sind. Hier muss die Frage offen gelassen wer-

den, ob diese Schulen auf demokratiegefährdende Phänomene überhaupt reagieren und wie sie dies tun bzw. auf welchem Wege diese Schulen die entsprechenden Bildungsziele erreichen. Es zeigt sich hier ein besonders dringender Bedarf an Evaluation und kritischer Begleitung bei der Schul(programm)entwicklung.

## A) Explizite Positionierung für Demokratie und Menschenrechte

Im Folgenden werden einige Beispiele, auf welche Weise sich Lehrerinnen und Lehrer oder Schulen als solche mit Fragen der Demokratieförderung auseinandersetzen:

**„Demokratie lernen und leben"**

Vier Schulen (zwei Grund- und zwei Oberschulen) des Bezirks nehmen zurzeit am bundesweiten Schulentwicklungsprogramm der Bund-Länder-Komission „Demokratie lernen und leben" teil, das auf eine Laufzeit von fünf Jahren (2002-2007) angesetzt wurde. In dreizehn Bundesländern beteiligen sich insgesamt etwa 200 allgemeinbildende und berufliche Schulen.

Das Programm verfolgt zwei Hauptziele:

- die Förderung von demokratischer Handlungskompetenz (individuelle Ebene)
- die Entwicklung einer demokratischen Schulkultur (institutionelle Ebene)

Das Programm soll vor allem durch die Demokratisierung von Unterricht und Schulleben die „Bereitschaft junger Menschen zur aktiven Mitwirkung an der Zivilgesellschaft fördern" und versteht sich explizit als „Antwort auf Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen und auf die seit Jahren zunehmende Politik(er)-verdrossenheit und Politikdistanz."

Das Programm setzt an der Tatsache an, dass demokratische Handlungskompetenz, d.h. die Bildung verlässlicher demokratischer Loyalität und die Ablehnung von Gewalt, langfristig angelegte Lernprozesse erfordern, die Erfahrung, Handeln, Wissen und kritisches Urteilsvermögen miteinander verbinden. Demokratie soll als Qualität des gemeinsamen Lebens in der Schule erfahrbar und als Gegenstand des Lernens begreifbar werden.

Alle teilnehmenden Schulen ordnen sich einem der vier Module „Unterricht", „Lernen in Projekten", „Schule als Demokratie" und „Schule in der Demokratie" zu und legen für ihren Entwicklungsprozess thematische Schwerpunkte fest: bspw. „Gewaltprävention", „Peer Mediation" und „Interkulturelles Lernen" o.ä.

In Marzahn-Hellersdorf streben die teilnehmenden Schulen an, Verantwortungsübernahme bzw. Kompetenzen zur eigenverantwortlichen Gestaltung und Leitung von Schulclubs zu generieren, Aushandlungs- und Konfliktfähigkeiten als Bestandteil der Schulentwicklung zu fördern (z.B. mittels Zukunftswerkstätten; Konfliktlotsen/Mediation), ihre Konzeptentwicklung (z.B. als Ganztagsgrundschule) demokratiepädagogisch voranzubringen. Es wird angestrebt, Unterricht, Projektarbeit und sozialpädagogische Arbeit zu verbinden, wobei „Service Learning" eine Schnittstelle darstellt; es geht um die Initiierung jahrgangsübergreifender Unterrichtsprojekte, um die Schulöffnung in den Stadtteil im Sinne gemeinwesenbezogener Erziehung bzw. mit dem Ziel der Entwicklung stabiler Kooperationsstrukturen von z.B. Kinder- und Jugendarbeit und Schule.

Ein Teil der Schulen hat auch bereits vor der Entscheidung am BLK-Programm teilzunehmen verschiedene Aktivitäten entfaltet. Genannt seien Projekte wie Schulclub und Jugendetage, Teilnahme am Programm „Schule ohne Rassismus", demokratiepädagogisch ausgerichtete internationale Austauschprogramme oder die Teilnahme von SchülerInnen am „Peer Leadership Training für Demokratische Bildung und Interkulturelle Kompetenz"

**„Peerleadership Training für Demokratische Bildung und Interkulturelle Kompetenz"**

Auch hier handelt es sich um ein überregionales Programm, an dem Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Schulen aus Marzahn-Hellersdorf teilnahmen. Das Peer Leadership Training (Laufzeit drei Jahre bis Ende 2003) wurde von der RAA im Rahmen mit ca. 50 SchülerInnen verschiedener bundesdeutscher Städte durchgeführt. Das Ziel des Programms ist es, jugendlichen MultiplikatorInnen Schlüsselqualifikationen zu vermitteln, mit deren Hilfe sie eigenständig demokratische Werte und Prozesse in Schule und Schulumfeld fördern.

Das Programm setzt im Sinne der Nachhaltigkeit auf einen „Schneeballeffekt": die jugendlichen Peer Leader aktivieren wiederum andere Jugendliche mittels ihrer persönlichen Kompetenz und ihres Engagements. Den Rahmen des Programms bildeten die selbstorganisierten Projekte der Peer Leader in Schule und Schulumfeld, monatliche regionale Treffen und vierteljährliche Bundesseminare. Die Jugendlichen erwarben einerseits theoretisches Wissen über sozialwissenschaftliche, gruppenpsychologische und politische Zusammenhänge und den

aktuellen Diskussionsstand. Andererseits erprobten und trainierten sie verschiedene Methoden, um Beratungen und Projekte mit Gleichaltrigen durchzuführen und praktische Kompetenzen in den demokratierelevanten Bereichen zu entwickeln. Themen des Ausbildungsprogramms waren „Multikulturalität, interkulturelle Kompetenz und Gendermainstreaming", „Rechtsextremismus und extremistische Ideologien"" „Gruppen: Konflikte, Gewalt und Lösungsstrategien"" „Asyl und Migration", „Diskriminierung und Rassismus", „Demokratie und Zivilgesellschaft", „Globalisierung und Gerechtigkeit".

Entsprechend dem jeweiligen Kenntnisstand und praktischem Know-how agieren die Peer Leader kontinuierlich in ihren eigenen Institutionen, gelegentlich auch in ihren Stadtteilen, um das Demokratieverständnis in Schule und Schulumfeld zu fördern.. Peer Leader aus Marzahn-Hellersdorf haben z.B. ein Anti-Mobbing-Training entwickelt, engagieren sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus, haben wiederum jüngere Klassen zu diesen Themen informiert, haben Kontakte mit Flüchtlingen gepflegt und kulturelle bzw. künstlerischer Aktivitäten initiiert.

Ein Ziel des Programms ist, dass die Jugendlichen sich auch im Schulumfeld gegen Rassismus und Diskriminierung positionieren bzw. durch ihre Sensibilität Veränderungen bewirken. Folgendes Beispiel vermittelt einen Eindruck davon, wie sich Peer Leader z.B. mit diskriminierenden Erscheinungen in ihrem Umfeld auseinandersetzen.

Die Interviewte stellt dar, dass Schimpfworte wie „Neger", „Japse", „Mulatte", „Pole" im Alltag sehr verbreitet seien und erinnert sich, wie sie selbst bei einem „Eisladen" die Initiativen gegen solche Diskriminierungen ergriffen hat: „Mir fällt da noch so ein Eisverkauf-Ding ein: Da wurden „Eisneger" verkauft. Und darunter stand dann „Eis mit Schokoguss. 30.- Cent" Da war ein Schild im Schaufenster. Das ist zwei Jahre her, da hatte ich gerade mit dem Peer-Leader-Ding angefangen und dachte „jetzt musst du was machen". Ich bin hin und alle meine Leute – ich war in einer riesengroßen Gruppe und sagte: „Stellt euch neben mich, dann fühle ich mich wohler." Aber alle sind weggegangen. Und ich musste wirklich ganz alleine dahin gehen und mit dem Verkäufer reden. „Ist ja vielleicht doch ein bisschen negativ und andere können traurig sein, wenn sie das lesen." Dass ein schon ein rassistischer Begriff ist. Er hat gesagt „ich habe für das Schild 100 Euro bezahlt, ich möchte es eigentlich nicht so gerne wegschmeißen." [...)Dann habe ich ihm am nächsten Tag ein neues Schild gebastelt, zu Hause, ganz ordentlich. ‚Eis mit Schokoguss + 30 Cent'. Und das hängt da immer noch. Das war wirklich cool."

Eine gezielte Förderung jugendlicher MultiplikatorInnen für Demokratie und Menschenrechte findet noch viel zu selten statt. In der Verknüpfung von Ansätzen, wie dem „Peer Leadership Training für demokratische Bildung und interkulturelle Kompetenz", der Demokratisierung von Schule als Institution und der Kooperation mit dem Schulumfeld liegen noch deutliche Entwicklungspotenziale.

**Schulclubs und Schuletagen**

An einigen Schulen gibt es Schulclubs oder Schuletagen, die ebenfalls ein wichtiges Element auf dem Weg zu einer demokratische Schulkultur sein können, sofern sie pädagogisch entsprechend gestaltet werden. Träger solcher Einrichtungen sind meist freie Vereine (wie die RAA oder FiPP e.V.) oder schuleigene Träger. Schulclubs gibt es im Bezirk Marzahn-Hellersdorf sowohl an Oberschulen, als auch an Grundschulen. Von der RAA Berlin werden sie wie folgt verstanden: Schulclubs „sind besondere Orte innerhalb der Schule, die speziell für die und vor allem von den dortigen Kindern und Jugendlichen gestaltet werden. Damit sind sie ein sehr wirksames Instrument zur Stärkung der SchülerInnenmitwirkung und zur Öffnung von Schule. Die Clubarbeit hat Einfluss auf andere Bestandteile der Schulkultur, auf die kreative Gestaltung und Öffnung von Unterricht, auf die Kontakte zur Kommune wie auch auf das Schulklima insgesamt." Als wesentliches Moment der Schulclubarbeit werden die „Entwicklung von Toleranz, Gemeinsinn und Zivilcourage im Sinne demokratischer Grundwerte" hervorgehoben. Folgendes Interviewbeispiel mit einer Schulsozialarbeiterin zur pädagogischen Arbeit eines Schulclubs zeigt, wie demokratische Positionen im alltäglichen Umgang vermittelt werden können.

„Mich fasziniert, dass wir immer die Problemfälle hier oben haben. Das ist das Besondere: man hat nicht die Begabtesten, die Künstlerischsten hier, sondern die, die ein Zuhause brauchen und dann kreativ arbeiten. Das finde ich schön, dass wir die greifen, mit denen die Lehrer Probleme haben. [...] Es ist so, dass man unsere Haltung kennt, wir sprechen sehr offen und versuchen jeden Satz zur Kenntnis zu nehmen. [...] z.B. wenn sie Tischtennis spielen und Schimpfworte wie „Itaker„ fallen..."Itaker? Was ist das?„ Ohne das zu werten, einfach um ins Gespräch zu kommen.[...] Die witzigste Sache, die ich hatte, war einer, der hier hoch kam und immer so machte (hält drei Finger hoch) zur Begrüßung. Ich meinte dann: „Was machst du da? Weißt du, wie du mich begrüßt?„ - „Na, Frieden.„ Ich sagte:

„Nee, falsch, das sind die Rechten. Das ist Viktoria (hält zwei Finger hoch). „Was? Das wusste ich gar nicht, meine Freunde machen immer so!" – „Dann guck dir mal deine Freunde genau an!" Über diese simple Geschichte stellte sich für ihn heraus, was ihr Verständigungszeichen war und, dass er voll aufgelaufen war. Das sind so Momente, wo man denkt, das ist ganz schön, dass man so eine Aufmerksamkeit schult. Man muss es nur zur Kenntnis nehmen, nicht mal gleich ausdiskutieren."

Arbeitsansätze der Jugendbildungsarbeit, der Sozial- und Freizeitpädagogik werden mit denen der Schule verknüpft. Schulclubarbeit, das zeigen langjährige Erfahrungen, kann eine wirksame Strategie zur Schuldemokratisierung sein, sofern die pädagogische Kontinuität und die Qualität inhaltlicher Arbeit sowie des Rahmens abgesichert sind. Anstelle in diesen Bereich mit Kürzungen einzugreifen, wäre es eher sinnvoll, die Potenziale der Schulclubarbeit zu nutzen und zu multiplizieren.

**Initiativen und Netzwerke für Demokratie, Interkulturalität und Integration**

An einzelnen Schulen gibt es Initiativen und Netzwerke, die unter der Zielstellung von „Demokratie", „Integration" und „Interkulturalität" arbeiten und in denen sich stabile Kooperationsstrukturen entwickelt haben, die über die Schule hinausgehen. Ein interessantes Beispiel ist das Projekt „Neue Marzahner" an der Thüringen Oberschule in Marzahn-Mitte in dessen Rahmen die Integration junger AussiedlerInnen gefördert wird. Dieses Projekt entwickelte sich aus einer Elterninitiative hin zu einem regionalen Kooperationsverbund, an dem nun auch die Schule als institutioneller Partner, das Deutsche Rote Kreuz (DRK), Träger mobiler Jugendarbeit und weitere AkteurInnen beteiligt sind.

Die Mobile Beratung „Ostkreuz – Netzwerke gegen Rechts" berichtete in ihrem Newsletter, dass das Projekt „Neue Marzahner" im Jahr 2002 mit dem Präventionspreis der Landeskommission Berlin gegen Gewalt ausgezeichnet wurde:

„Ziel des Projektes ist die Verbesserung der Integrationschancen von Aussiedlerjugendlichen in der Schule und beim Übergang in die nachschulische Lebenswirklichkeit. Dazu gehört einerseits die „pädagogische Begleitung beim Einsteigen in das neue Schulsystem, soziales Training für Jugendliche, Betreuung in der Freizeit, Beratung und Hilfe bei Lernschwierigkeiten sowie Begleitung und Unterstützung bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz" und auch die „Förderung der Kommunikation zwischen "alten" und "neuen" Marzahnern durch gemeinsame Freizeitgestaltung", „die Organisation von Fahrten und Exkursionen zum Kennenlernen der neuen Heimat" etc.

Als demokratieförderndes zivilgesellschaftliches Engagement an der Schnittstelle von Schule und Gemeinwesen sei an dieser Stelle auch noch mal das Eltern-LehrerInnennetzwerk gegen Rechtsextremismus und das SchülerInnennetzwerk MuT hervorgehoben. Aktivitäten dieses Netzwerkes sind vielfältig und wurden in dieser Studie auch bereits dargestellt. Als sehr wesentlicher Aspekt der Netzwerkarbeit sei jedoch zusätzlich auf die erfolgreiche Verknüpfung von historisch-politischer Bildung mit selbstorganisierten Aktivitäten der SchülerInnen in der Bearbeitung aktueller demokratiepolitischer Probleme (z.B. Engagement gegen Rassismus) hingewiesen. „Ostkreuz" berichtete im Newsletter:

„77 Schüler aus zwölf Marzahner und Hellersdorfer Schulen besuchten gemeinsam mit zwölf Eltern und Lehrern am 9. Mai 2003 die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, um sich mit Hilfe von Zeitzeugen einen näheren Eindruck von den damaligen Häftlingen und ihrer schweren Lebenssituation zu erarbeiten. Vorbereitet wurde der Besuch vom Eltern-Lehrer-Netzwerk und dem Schülernetzwerk "MuT" (für Menschlichkeit und Toleranz ). "Diese Fahrt war für mich ein Erlebnis" berichtete die Lehrerin S. Bühring, die die Schüler begleitete. Sie habe erlebt, wie die engagierten Schüler die Lehrer völlig ersetzten und in gewählten Projektgruppen eine eigenständige Präsentation mit aufrüttelnden Gedichten, einem beeindruckenden Videofilm, Wandzeitungen, Reportagen und vieles mehr erarbeiteten. Es sei ein unglaublich positives Beispiel für den erfolgreichen Umgang der Jugendlichen in der Auseinandersetzung mit diesem Thema gewesen. Auch die Schüler zeigten sich beeindruckt von den tiefgreifenden Gesprächen und der Möglichkeit zur vielfältigen Auseinandersetzung mit den Themen wie Opfer, Täter, Jugend KZ und heutigem Rassismus. Durch die Befragung der teilnehmenden Schüler sei deutlich geworden, dass sich die Fahrt und natürlich auch die Projektarbeit gelohnt hätten[156]"

Deutlich wird an diesem Beispiel auch, dass Anregungen nicht nur in der thematischen Verknüpfung von historisch-politischer Bildung und aktuellen Problemen liegen, sondern ebenfalls in der Verbindung von Eltern- und

[156]Kontakt: Netzwerk "MuT" (für Menschlichkeit und Toleranz), schuelernetzwerk@gmx.net; und http://www.schuelernetzwerk.de.vu/

Lehrerengagement sowie dem „Demokratie lernen" der SchülerInnen.

**Gremienarbeit – Schulkonferenzen, SchülerInnenvertretungen etc.**

An den meisten Schulen gibt es mittels SchülerInnenvertretungen Möglichkeiten formaler Mitbestimmung an den Entscheidungsprozessen der schulischen Gremien (insbesondere der Schulkonferenz). Das empirische Material verweist darauf, dass diese SchülerInnenvertretungen – unabhängig davon wie eigenständig oder aktiv sie sind – mit unterschiedlicher Unterstützung durch LehrerInnen und Schulleitungen arbeiten. In einigen Fällen war von guter Unterstützung die Rede und partiell von mangelhafter Unterstützung und fehlender Anerkennung. So erzählte eine Interviewte aus der schulbezogenen Projektarbeit, es gebe Schulen, die es SchülerInnen schwer machen, sich zu engagieren, indem z.B. Informationen nicht weitergeleitet werden o.ä.:

„Manche Schulen, da gibt's z.B. einen Vertrauenslehrer der sich dieser Schülervertretung wirklich ganz engagiert widmet. An anderen Schulen, na ja, da ist zwar mal irgendwann jemand bestimmt worden, der das machen soll, aber es passiert nichts, da hat die Schülervertretung nicht mal ein kleines Kästchen im Sekretariat, wo die Post an sie landet, und wenn die Sekretärin nicht weiß wer Schulsprecher ist, dann ist alles sozusagen schon den Bach runter."

Die zentrale Frage, die hier zu stellen ist: Inwiefern räumen formale Partizipationsformen Schülerinnen und Schülern einen substanziellen Einfluss auf die Gestaltung der Schulwirklichkeit ein? Seitens der Bildungsforschung, die sich mit Fragen des Lernen und Lebens von Demokratie in der Schule befasst, wird beispielsweise kritisch angemerkt, die „üblichen Modalitäten der schulischen Mitbestimmung im Rahmen der Schulverfassung" seien „demokratiepädagogisch wenig wirksam", da durch sie gerade dieser substanzielle Einfluss nicht möglich sei, sondern es vor allem um eine formale Partizipation an Verwaltungsentscheidungen ginge. Zukunftsweisend sei vor allem de „Entwicklung von Partizipationsformen mit realem Einfluss" auf die Lebenswirklichkeit, auf die Kultur einer Schule. Ergänzend wird angemerkt: Eine „bloß quantitative Erweiterung der formalen Schülermitbestimmung (SV) bzw. Schülerrepräsentation in den Gremien einer Schule erfüllt nicht die Absichten der hier gemeinten politik- und demokratiepädagogischen Partizipation. Dazu gehört der stets zeit- und energieaufwendige Versuch, reale Mitbestimmung einzuräumen und im Rahmen mikropolitischer Prozesse, im Schutz zu entwickelnder Regeln und Prozeduren und nach Maßgabe von Entwicklungsalter und Funktionsverständnis der Inhaber von Teilhaberechten Macht abzugeben bzw. zu verteilen." Wichtig sei, „eine Vielfalt funktional zweckmäßiger Formen der Teilhabe an Gestaltungsmacht und Mitsprache der an der Schule Beteiligten auf allen Ebenen schulischer Praxis und institutioneller Organisation zu ‚erfinden' und zu fördern."[157]

**Das Verhältnis von Projektarbeit und Schulalltag**

Ein Teil der Schulen führt Aktivitäten durch, die sich im weitesten Sinne mit demokratiepolitisch relevanten Themen oder Fragestellungen beschäftigen. Im Folgenden wird eine exemplarische Übersicht vermittelt, wobei zur Qualität (Konzeptebene, Ergebnis- und Prozessebene) der pädagogischen Maßnahmen an dieser Stelle keine Aussage getroffen werden kann. Durchgeführt wurden Aktivitäten in den Bereichen:

- Gewaltprävention/Zivilcourage
- Abbau von Vorurteilen, Sensibilisierung für Mobbing und Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus
- Multikulturelle Aktivitäten[158]
  - Thematische Workshops/Begegnungen mit MigrantInnen/Länderprojekte/ Wandertage in sogenannte migrationsgeprägte Berliner Stadtbezirke/ Kunstprojekte mit MigrantInnen
- Konfliktbearbeitung/KonfliktlotsInnen/ Schulmediation
- Historisch-politische Bildung (Gedenkstättenfahrten, ZeitzeugInnengespräche)
- Interkulturell orientierte Aktivitäten (z.B. „Interkulturelle Lernspaziergänge nach Kreuzberg")

Ein Interviewter weist auf ungenutzte Potenziale für interkulturelle Bildung hin:

„Und das heißt auch zu den ungenutzten Potenzialen gehören die Potenziale innerhalb einer Stadt. Also wenn ich interkulturelle Kontakte innerhalb internationaler Jugendbegegnungen hab die sind nicht weniger interkulturell, wenn man Kreuzberger und Marzahner zusammenbringt, das ist einfach auch was, was noch sehr ungenutzt ist, weil das ist ne halbe Stunde mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, also für Kindergärten, sich zu besu-

[157] Edelstein 2001:35

[158] Einige Interviewte wiesen darauf hin, dass es z.B. Feste, Parties und Kurse gebe, die von MigrantInnen in Einrichtungen durchgeführt wurden. Oftmals wurden hier „Koch"- und „Tanzkurse" oder Feste zum „Kennenlernen fremder Kulturen" etc. als Projekte angeführt. Hier sollte auf jeden Fall die Frage gestellt werden, inwieweit eine solche Bildungsarbeit rassistische Stereotypen auch fördern kann.

chen das wär' kein Problem im Prinzip, so'ne Potenziale sind vollkommen ungenutzt, also das, was die Stadt schon hergibt, um sich zu begegnen, wird einfach gar nicht genutzt."

- Internationale Begegnungen/Ost-West-Begegnungen[159]/Schulpartnerschaften
- Teilnahme an der U18-Wahl mit entsprechender Vor- und Nachbereitung
- Demokratieorientierte Medienprojekte/Zeitung in die Schule/SchülerInnenzeitungen
- Thematische Ausstellungsprojekte an der Schule oder im Stadtteil (z.B. Comic-Ausstellung gegen Rechtsextremismus)

Diese Aktivitäten sind oftmals im Sinne eines Projekttages kurzzeitig und begrenzt, haben mitunter jedoch auch intensiveren Charakter wie z.B. das Projekt „9-Wochen gegen Rechts", welches an der Erich-Maria-Remarque-Schule von den SchulsozialpädagogInnen entwickelt wurde und interkulturelle Aspekte, demokratiebezogene Bildung und soziale Kompetenzentwicklung verknüpft. Als mehrtägiges interkulturelles und produktorientiertes Projekt sei auch: „Ich seh mich nicht wie du mich siehst." – Selbstbilder und Fremdbilder" genannt, welches vom Medienzentrum Helliwood in Kooperation mit Schulen realisiert wurde.

"Ich seh mich nicht, wie du mich siehst" ist ein CIVITAS-Projekt, das mit Berliner Schulklassen in Marzahn-Hellersdorf umgesetzt wurde. Es entstanden 40 Exponate, die ein-drucksvoll die Auseinandersetzung der Jugendlichen zum Thema Selbst- und Fremdwahrnehmung in Form von Plakaten, Filmen und Animationen widerspiegeln."[160]

Durch Projekte können günstige Bedingungen für demokratiekonstituierende Lernprozesse geschaffen werden; als didaktische Form können sie besonders partizipatorische, handlungsorientierte, erfahrungsbasierte Lernprozesse anregen und einen geeigneten Rahmen für eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus bieten. Dennoch sind einige Fragen zu stellen, die sich auf die institutionelle Einbettung und die Qualität von Projektarbeit beziehen, insbesondere die Frage nach der Transferfähigkeit von Lernerfahrungen aus Projekten.[161]

Innerhalb der aktuellen demokratiepädagogischen Diskussion wird hervorgehoben, dass Projekte im schulischen Lernen und Leben nicht bloß eine „konventionelle Rolle" spielen sollten, „nämlich die eines zwar häufig interessanten doch für das Leben in der Schule eher marginalen zusätzlichen Sonderprogramms (z.B. als Projekttage", sondern Projekte sollten als „didaktische Großform" verstanden werden, „die qualitativ und quantitativ eine Leben und Lernen in der Schule deutlich bestimmende Rolle spielt." Nur so seien demokratiekonstituierende Bildungsprozesse erreichbar, sonst gehe der Aspekt der Nachhaltigkeit verloren.[162]

So wird hervorgehoben, das demokratiepädagogisch wirksame Entwicklungsvorhaben an Schulen folgende gemeinsame Qualitätsmerkmale besitzen: „Sie beschäftigen sich (a) – verständnisintensiv mit demokratiepolitisch relevanten Themen, sie tun dies (b) über den üblichen Unterricht hinaus in handlungs- und projektorientierten Lern- und Arbeitsformen, und sie sind (c) in wesentlichen Bereichen der institutionellen Organisation der Schule verankert – oftmals verbinden sie den Fachunterricht mit Handlungs-, Präsentations- und Aktionsformen, die die Schule als ganze und die Schulumwelt einbeziehen. Im Allgemeinen sind solche Vorhaben nicht durch institutionelle Entwicklungsprogramme „von oben" initiiert worden, sondern durch pädagogische Initiativen, das heißt durch die Entscheidung von Einzelnen oder Gruppen, sich mit bestimmten Problemen praktisch zu befassen."[163]

Eng damit verbunden ist die Frage nach Qualitätsstandards in der Projektdidaktik und -konzeption. Hier ist insbesondere über Partizipationsaspekte und die Zielgruppeneignung nachzudenken, ebenso wie über die Notwendigkeit inhaltlicher Qualitätsstandards (zum Beispiel bezüglich interkulturellen, historisch-politischen Lernens oder mit Blick auf „Begegnungsarbeit") Festzuhalten ist jedoch, dass es Ansätze im Bereich der Projektarbeit im Bezirk gibt, die gute Ausgangspunkte für eine Intensivierung und Weiterentwicklung sein können.

[159] Hier geht es im wesentlichen um die Frage nach der Prozessorientierung: Dienen z.B. internationale Begegnungen vor allem zum Einüben von Sprachkenntnissen oder wird die Ebene der sozialen Beziehungen stärker ins Zentrum gerückt und die Chance interkulturellen Lernens erkannt und wahrgenommen, abseits aller kulturellen oder nationalen Stereotypen.
[160] Aus: Ostkreuz-Newsletter vom November 2003

[161] vgl. Edelstein/Fauser in: Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) (Hrsg.): Demokratie lernen und leben. Heft 96. Gutachten für ein Modellversuchsprogramm. Von Prof. Dr. Wolfgang Edelstein und Prof.Dr. Peter Fauser. 2001

[162] ebd.
[163] Ebd.

## B) Zum Verhältnis von Demokratiepädagogik und sozialem Lernen

Verschiedene Schulen entfalten Aktivitäten mit der Zielstellung soziale und lernmethodische Kompetenzen zu fördern. Dies geschieht zum Beispiel durch die Teilnahme am Schulprogramm „Pädagogische Schulentwicklung" (PSE) und dort vor allem mittels Trainings, in denen Kompetenzen des Lernens (z.B. zur Informationsbeschaffung und –verarbeitung) ebenso vermittelt werden, wie soziale Fähigkeiten/Teamfähigkeit, insbesondere in der Kommunikation.[164] Das Programm „Pädagogische Schulentwicklung", an dem in Berlin bezirksübergreifend zahlreiche Schulen teilnehmen, zielt im Sinne einer „zeitgemäßen Bildung" auf die Vermittlung von Selbständigkeit, Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein und ein verändertes Verständnis von „Lernen als lebenslangem Prozess". Erreicht werden soll dies durch eine Umgestaltung des Unterrichts. „Das eigenverantwortliche Lernen der Schüler/innen steht im Mittelpunkt, die Jugendlichen sind nicht mehr Konsumenten einer Unterrichtsdarbietung, sondern gestalten ihr Lernen selbst."[165]

Obwohl der Ansatz der „pädagogischen Schulentwicklung" kein Ersatz für eine explizite Förderung demokratischer Handlungskompetenzen und die Schaffung entsprechender institutioneller Bedingungen sein kann, ist wertschätzend anzumerken, dass dadurch immerhin einige Grundlagen für demokratiekonstituierende Bildungsprozesse geschaffen werden können. Seitens der Bildungsforschung wird diese These insofern gestützt, als dass spezifische soziale Fähigkeiten eine notwendige (aber nicht ausreichende) Voraussetzung für die Entwicklung demokratischer Handlungskompetenzen seien. Dazu gehören im Kern sozialkognitive und soziomoralische Fähigkeiten. Wolfgang Edelstein schreibt: „Zur aktiven Beteiligung an demokratischen Prozessen, zur konstruktiven Teilhabe an Aushandlungsverfahren und Entscheidungen in Gruppen sowie zur Kooperation im Dienste gemeinsam verhandelter und beschlossener Ziele sind sozialkognitive Kompetenzen (Fähigkeiten im Bereich des sozialen Verstehens) erforderlich." Von der zentralen Fähigkeit zum Perspektivenwechsel würden z.B. weitere sozialkognitive Fähigkeiten abhängen, wie das Verständnis interpersonaler Beziehungen, wie auch schließlich konkrete soziale Handlungskompetenzen. So heißt es weiter: „Erst recht bildet die Förderung der sozialkognitiven Kompetenz eine notwendige Voraussetzung dafür, dass Schüler den Zusammenhang zwischen eigenem Handeln und Prozessen auf der Ebene der politischen Institution und Systeme verstehen können. Dies bildet zugleich eine Voraussetzung für zivilgesellschaftliches Engagement und politische Mündigkeit."[166]

In diesem Zusammenhang betont Heitmeyer jedoch, dass es insbesondere die „Empathiefähigkeit" im Sinne emotionaler Teilnahme sei, die zu einer gewissen Minderung von Diskriminierungsbereitschaft führen würde und somit konstituierend für das demokratische Prinzip der Gleichwertigkeit sei. Empirische Studien haben den Einfluss „empathischer Eigenschaft" auf die Ausprägung „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit" gezeigt: „Je stärker Mitgefühl für andere vorhanden ist, desto weniger tendieren die Befragten zur Diskriminierung von Homosexuellen, Behinderten, Obdachlosen und im besonderen von Juden. Auch Rassismus und das Beharren auf Etabliertenvorrechte sind bei Empathiefähigen weniger stark ausgeprägt." Relativiert wird von dieser Seite der Forschung die Bedeutung rein sozialkognitiver Fähigkeiten: Zwischen der Fähigkeit der Perspektivenübernahme und den Elementen des Syndroms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gebe es überraschenderweise keinen Zusammenhang: „Die Fähigkeit, sich in andere hineinversetzen zu können, hat nach vorliegenden Ergebnissen sogar überhaupt keinen direkten Einfluss auf die Elemente des Syndroms. Ob jemand die Fähigkeit zur Perspektivenübernahme besitzt oder nicht, ist für die Abwertung von Fremdgruppen überraschenderweise irrelevant."[167] Es reicht offenbar nicht aus, sich in andere hineinversetzen zu können. Es muß auch die Fähigkeit zur emotionalen Anteilnahme vorhanden sein.

### Notwendige Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsideologien

Insofern ist die im Schulbereich verbreitete Tendenz, den Erwerb sozialer Kompetenzen als „Allheilmittel" gegen die verschiedensten politischen Probleme heranzuziehen - gegen Gewalt, verschiedene Formen von Ausgrenzung, Diskriminierung bis hin zu rechtsextremen Erscheinungen und Rassismus –nicht unkritisch hinzunehmen. „Soziales Lernen" als Patentrezept zu betrachten, ist unangemessen, weil das Kernproblem auf diesem Wege verdrängt wird: die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsideologien. Sascha Wenzel, Projektleiter des Berliner BLK-Programms, greift diesen Gedanken wie folgt

[164] vgl. www.pse-berlin.de
[165] www.pse-berlin.de

[166] vgl. Edelstein/Fauser in: Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) (Hrsg.): Demokratie lernen und leben. Heft 96. Gutachten für ein Modellversuchsprogramm. Von Prof. Dr. Wolfgang Edelstein und Prof.Dr. Peter Fauser. 2001
[167] 2003:88

auf: „Eine Schule der Demokratie braucht besondere Kompetenzen bei allen Personen, die an ihr beteiligt sind. Diese Kompetenzen im demokratischen Handeln setzen, wie schon erläutert, ein Verständnis der Interessen anderer voraus und motivational die Bereitschaft, diese andere zu respektieren. Für die Entwicklung pädagogischer Programme ist es wichtig zu überlegen, ob nicht-soziales Verhalten von Schülerinnen und Schülern, aber auch von Lehrerinnen und Lehrern Defiziten in der kognitiven oder der motivationalen Dimension geschuldet ist – oder lax gefragt: Können sie oder wollen sie keine Demokraten sein?"

In der Beschäftigung mit Methoden des Demokratielernens und des sozialen Lernens „sollte die Tatsache mitbedacht werden, dass besonders formale Kompetenzen wie etwa die Fähigkeit zur Übernahme und Perspektiven anderer oder ein hohes Selbstwertgefühl verständigungsorientiert, aber auch rein strategisch genutzt werden können. Sie wären damit in einem demokratischen Diskussionsprozess hilfreich, würden aber auch einem rechtsextremen Gruppenführer nutzen."[168]

Insofern liegt das Fazit nahe, dass Bildungsaktivitäten, die sich auf die Förderung sozialer Kompetenzen ausrichten, auch Ungleichwertigkeitsideologien und entsprechende Haltungen mit thematisieren sollten bzw. auch sozialmoralische Fähigkeiten fördern sollten, da sonst die Gefahr besteht, im Sinne einer „Sozialtechnologie" rechtsextrem orientierten SchülerInnen bzw. SchülerInnen mit Ungleichwertigkeitsüberzeugungen unbeabsichtigt Instrumente zur Durchsetzung eigener Positionen und Interessen an die Hand zu geben.

Ansatzpunkte für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten SchülerInnen und die Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsideologien bietet auch hier der Ansatz der „Subversiven Verunsicherungspädgogik" nach Eckart Osborg, der im Bereich Jugendarbeit ausformuliert wird.[169]

## C) Nicht-Positionierung, Vermeidungs- und Abwehrhaltungen

Bei einem Teil der Schulen in Marzahn-Hellersdorf ist nicht wahrnehmbar, ob und inwiefern sie sich mit Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Orientierungen der Ungleichwertigkeit, Diskriminierungs- und Gewaltbereitschaft überhaupt auseinandersetzen. Sicher gibt es auch an diesen Schulen einzelne Engagierte, die Materialbasis bietet hier aber wenige Anhaltspunkte. Vielmehr war bei einigen Kontaktversuchen auffällig, dass es eine Reihe von Abwehr- bzw. Vermeidungshaltungen gibt. So wurde in einigen Fällen signalisiert, dass grundsätzlich keine Probleme wahrzunehmen seien und es daher auch keinen Handlungsbedarf gebe. Oder es wurde argumentiert, dass aufgrund aktuell nicht wahrnehmbarer Gewaltvorfälle auch kein Handlungsbedarf zur Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsideologien (insbesondere Rassismus) bestehe. Partiell hieß es, es gingen keine „ausländischen" SchülerInnen zur Schule und somit auch keine „rechten" SchülerInnen, die Handlungsbedarf erforderten. An mancher Stelle hieß es: „Wir haben soviel um die Ohren, dass wir uns ‚mit so was' überhaupt nicht beschäftigen können."

Insgesamt stellt sich bei einem Teil der Schulen die Frage, auf welchem Wege diese Schulen die letztlich auch im Schulgesetz festgehaltenen demokratiepädagogischen Bildungs- und Erziehungsziele erreichen wollen. Die Notwendigkeit von Qualitätsentwicklung, Evaluation und externer Begleitung bezüglich demokratiekonstituierender Lernprozesse ist hier evident.

Besonders deutlich wird dieser Bedarf wenn Wahrnehmungen und Erfahrungen von Interviewten einbezogen werden, die von außen einen Einblick in den schulischen Alltag haben:

„Wir hören immer wieder ‚es gibt schon so viel, wo man zusammenarbeiten muss', und ‚die Lehrer sind überfordert.", meint eine Interviewte aus dem Bereich der Jugendarbeit und beschreibt an zahlreichen Einzelbeispielen, wie negativ sich das auf die Projektarbeit (u.a. Projekte politischer Bildung) auswirkt. Ein Teil der Interviewten, z.B. aus der Schulsozialarbeit, beklagte auch eine „Einzelkämpfermentalität" bei LehrerInnen, die sich negativ auf Kooperationen auswirke, ebenso wie auf die Fachlichkeit . „Festgefahrene Schulkonstellation aus den Angeln zu heben", koste viel Kraft, Zeit, Geld hörten wir insbesondere von freien Trägern. Eine Sozialarbeiterin meint:

„Ich wusste nicht, dass es so schwer ist, mit Lehrern zu arbeiten. [...] Es ist prinzipiell schwierig... Lehrer sind Einzelkämpfer, die möchten sich nicht in die Karten gucken lassen und möchten ihren Unterricht so machen, wie sie das bestimmen."

Und ein anderer Interviewter aus einem Jugendprojekt beklagt, dass aufgrund individueller „Vorlieben" von FachlehrerInnen gerade sehr wichtige Themen vernachlässigt würden:

[168] vgl. Wenzel, Sascha (2002): Was macht das Programm einer Schule der Demokratie aus? in: Bulletin – Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur (1/2002): Rechtsextremismus heute. Eine Einführung in Denkwelten, Erscheinungsformen und Gege nstrategien, S.61ff.

[169] vgl. Osborg, Prof.Dr. Eckart: Subversive Verunsicherungspädagogik für die sozialpädagogische Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen. Fachhochschule Hamburg. Fachbereich Sozialpädagogik. 2003

„Also politische Bildung natürlich, steht und fällt mit demjenigen ders macht. Wir erleben es an Schulen, dass also die Zeit des Nationalsozialismus aus verschiedensten Gründen nicht behandelt wird. Lehrer sind ja nicht mehr so verpflichtet irgendwelche Lehrpläne durchzuführen, wie das, ich sag mal, in DDR Zeiten war. Jetzt kann man entscheiden, welche Themen im Unterricht vertreten sein werden und welche nicht."

Eine andere Interviewte aus der Beratungsarbeit hat die Erfahrung gemacht, dass es eine viel zu geringere Möglichkeit zur Aneignung von Werten und zur freien Diskussion gebe:

„Schule lässt viel zu wenig Raum für offene Debatten, für offene Diskussionen über Normen, Werte etc. Also manchmal kommt mir das vor wie so eine Maschinerie für Wissensvermittlung und diese Vermittlung eben auch immer nur auf Stoff bezogen, auf Inhalte bezogen, gar nicht mal so sehr auf Erziehung als solches: Erziehung zu Toleranz, Erziehung zu Werten Normen Humanismus..."

Es ist auch davon die Rede, dass auf diskriminierende Äußerungen von SchülerInnen nicht reagiert wird oder selbst LehrerInnen Stereotypen und Vorurteile transportieren. So erzählte eine Interviewte, es gehe im Unterricht „bis dahin, dass die Lehrer vom Hausbau erzählen und von polnischen Arbeitern, die wieder nur saufen." und auf diesem Wege beispielsweise rassistische Vorurteile und Stereotypen verbreiten.

Von externen Interviewten wird immer wieder die Bedeutung des Handelns der Schulleitungen hervorgehoben: „Es kommt ganz viel auf das Umfeld der Schule an... [...] wie reagiert auch die Schulleitung, sind se offen, sind se selber tolerant, also wenn ich dann schon Schulleiter erlebe, die Schüler anschreien: „Du dreckige Sau!", na was soll ich denn erwarten, das setzt sich natürlich nach unten fort ..."

Als problematisch wurde auch hervorgehoben, dass nur eine ungenügende Sensibilität für Opfer von Diskriminierung und Rassismus vorhanden sei. So hätte die Diskussion um die „Aktion Noteingang" vor einiger Zeit verdeutlicht, dass es unter Lehrerinnen und Lehrern keine Selbstverständlichkeit sei, Opfer rassistischer Übergriffe zu schützen:

„Es gab Diskussionen über dieses Schild hier Noteingang. Da wissen wir, dass es an Schulen zum Teil schon, Diskussion in der Richtung gab, dass die gesagt haben, Schule muss doch ein geschützter Raum für Kinder und Jugendliche sein, wir können doch nicht sozusagen einladen um sozusagen ein Ort der Auseinandersetzung zu werden mit vielleicht Rechten die irgendjemanden verfolgen und in die Schule eindringen. [...] Einige Schulen haben das so begründet, dass sie dieses Schild gar nicht mehr wollten. Im Sinne `Schutz für **unsere** Kinder!´"

Andere Interviewte meinten, es sei viel Angst vorhanden, öffentlich als Schule stigmatisiert zu werden, die Probleme mit rechtsextremen Schülern habe. Dies resultiere dann auch darin, dass Schulen die Teilnahme an Projekten ablehnen: Über die U18-Wahl heißt es, dass es „kompliziert" war, „Schulen einzubeziehen [...] offensichtlich war an vielen Schulen die Skepsis, dass dort eventuell Schulbezogenen irgendwelche Auswertungen veröffentlicht werden so groß, dass ganz viele Schulen nicht mitgemacht haben."

Die Kooperation mit Schulen sei generell ausgesprochen schwierig, wurde von der Seite Jugendarbeit, Verwaltung, von freien Trägern und anderen GesprächspartnerInnen angedeutet.

A: „Also die Kooperation generell mit Schule ist schwierig. Die sind auch ganz schwer dazu zu kriegen, dass sie sich in den Vernetzungsrunden äußern oder überhaupt erst mal Interesse zeigen. Es gibt auch Schulen, da klappt das, da finden gemeinsame Projekte statt"

F: „Wie kann man das erklären, das es im Bereich Schule hakt?"

A:„Da gibt's eben Lehrer, die sind aktiv, die wollen was entwickeln und dann gibt's Lehrer, die sagen: „Ich mach hier meinen Stoff und was danach passiert, das ist mir egal." Es gibt auch Lehrer, die kommen dann zu uns und sagen: „Ihr habt größere Räume, lässt sich da nicht bei Euch mal ein Projekt machen, da kommen die Schüler mal raus."

Bei einem Teil der Schulen existiert eine Art „Feuerwehrmentalität":

„An den Schulen ist Interesse [zur Auseinandersetzung mit rechtsextremen Vorfällen] gegeben, wenn da mal was passiert, dann muss man aber mal ganz schnell was machen. Da wird der Kontakt zu einer Einrichtung gesucht, die das Problem dann möglichst sofort völlig beseitigen soll", schildert eine Interviewte aus der Jugendarbeit.

**Unausgeschöpfte Potenziale**

Wie viele unausgeschöpfte Potenziale es innerhalb von Schulen im Bereich von Kooperation und Schulöffnung gibt, haben auch einige Interviewte auf den Punkt gebracht:

„In den Schulen sehe ich nach wie vor ein sehr großes Potenzial, und zwar in allen, auch in Hauptschulen, da ist sozusagen über Lehrer

meiner Meinung nach noch sehr viel mehr machbar, was Zivilcourage betrifft, wie man sich verhält bei bestimmten Situationen, bei Gewaltübergriffen. Und natürlich auch, um die andere Frustschiene mal zu bekämpfen, was Politik betrifft, da bin ich auch der Meinung, dass Schulen da noch sehr viel mehr leisten könnten in PW und wie die Fächer so heißen, um das System besser zu verstehen, damit dann vielleicht nicht soviel Frust entsteht. Aber da bin ich schon skeptisch. Ich will Schulen und Lehrer aber auch nicht überfordern und nicht alles in die Schule parken, was sonst nicht gelingt. Das ist meiner Meinung nach aber der Weg, Menschen überhaupt noch zu erreichen, zu einem Zeitpunkt, wo sie noch nicht festgelegt sind, wo sie noch offen sind."

Mit Bezug auf interkulturelles Lernen äußert ein anderer Interviewter:

„Also was mir auffällt, ist, wie wenig Ressourcen, die innerhalb der Schule vorhanden sind – Lehrer die MigrantInnen sind, Schüler die MigrantInnen sind – wie wenig solche Ressourcen innerhalb der Schule verwertet werden, um die interkulturelle Kompetenz einer Schule zu verbessern, vor allem der Lehrer auch zu verbessern. Mit relativ geringem personellen Aufwand wäre es möglich, sagen wir mal in Form einer ambulanten Hilfe, für einzelne Schulen spezifische Konzepte zu entwickeln, wie die ihre Ressourcen nutzbar machen könnten. Ich glaube dass so was möglich wäre und auch gar nicht so wahnsinnig viel kosten müsste. Also wenn das Interesse daran dauerhaft gegeben wäre."

Optimalerweise bedeutet Schulöffnung im Kontext von „Demokratie lernen und leben" die Erweiterung der Mitwirkung und Partizipation von SchülerInnen auf das kommunale Umfeld der Schule. Es geht darum, den Heranwachsenden einen Zugang zu zivilgesellschaftlich sinnvollen Handlungsrollen zu vermitteln. Verbunden ist damit die Frage nach Orten, an denen eine solche demokratiefördernde Teilhabe erprobt und realisiert werden kann.

**Fazit:**

Ziel dieses Kapitels war es, einerseits Ressourcen und Anknüpfungspunkte für Prozesse des Demokratielernens und -lebens in der Schule herauszuarbeiten und andererseits Anregungen zur Weiterentwicklung und Diskussion zu geben. Deutlich wurde, dass es insbesondere im Bereich der institutionellen Entwicklung der Schule (Schuldemokratisierung), im Bereich des Erwerbs demokratischer Handlungskompetenzen insbesondere durch Projektarbeit und im Bereich der Schulöffnung Ausgangspunkte gibt, um demokratiepädagogische Bildungsziele zu realisieren.

**Schulgesetz für das Land Berlin**

vom 26.Januar 2004

Teil I

**Auftrag der Schule und Recht auf Bildung und Erziehung, Anwendungsbereich**

**§1 Auftrag der Schule**

Auftrag der Schule ist es, all wertvollen Anlagen der Schülerinnen und Schüler zur vollen Entfaltung zu bringen und ihnen ein Höchstmaß an Urteilskraft, gründliches Wissen und Können zu vermitteln. Ziel muss die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freizeit, der Menschenwürde, der Gleichstellung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu gestalten. Diese Persönlichkeiten müssen sich der Verantwortung gegen über der Allgemeinheit bewusst sein, und ihre Haltung muss bestimmt werden von der Anerkennung der Gleichberechtigung aller Menschen, von der Achtung vor jeder ehrlichen Überzeugung und von der Anerkennung der Notwendigkeit einer fortschrittlichen Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie einer friedlichen Verständigung der Völker. Dabei sollen die Antike, das Christentum und die für die Entwicklung des Humanismus, zur Freiheit und zur Demokratie wesentlichen gesellschaftlichen Bewegungen ihren Platz finden.

**§2 Recht auf Bildung und Erziehung**

(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf zukunftsfähige schulische Bildung und Erziehung ungeachtet seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft, einer Behinderung, seiner religiösen oder politischen Anschauungen, seiner sexuellen Identität und der wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Stellung seiner Erziehungsberechtigten.

(2) Die Bestimmungen dieses Gesetzes dienen der Verwirklichung des Rechts auf Bildung gemäß Artikel 20 Abs. 1 der Verfassung von Berlin. Jeder junge Mensch hat entsprechend seinen Fähigkeiten und Begabungen nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen ein Recht auf gleichen Zugang zu allen öffentlichen Schulen. Aus dem Recht auf schulische Bildung und Erziehung ergeben sich individuelle Ansprüche, wenn sie nach Voraussetzungen und

Inhalt in diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes bestimmt sind.

**§3 Bildungs- und Erziehungsziele**

(1) Die Schule soll Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Werthaltungen vermitteln, die die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, ihre Entscheidungen selbständig zu treffen und selbständig weiterzulernen, um berufliche und persönliche Entwicklungsaufgaben zu bewältigen, das eigene Leben aktiv zu gestalten, verantwortlich am sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen und die Zukunft der Gesellschaft mitzuformen.

(2) Die Schülerinnen und Schüler sollen insbesondere lernen

1. für sich und gemeinsam mit anderen zu lernen und Leistungen zu erbringen sowie ein aktives soziales Handeln zu entwickeln,
2. sich Informationen selbständig zu verschaffen und sich ihrer kritisch zu bedienen, eine eigenständige Meinung zu vertreten und sich mit den Meinungen anderer vorurteilsfrei auseinander zusetzen
3. aufrichtig und selbstkritisch zu sein und das als richtig und notwendig Erachtete selbstbewusst zu tun
4. die eigenen Wahrnehmungs-, Empfindungs- und Ausdrucksfähigkeiten sowie musisch-künstlerischen Fähigkeiten zu entfalten und mit Medien sachgerecht, kritisch und produktiv umzugehen,
5. logisches Denken, Kreativität und Eigeninitiative zu entwickeln,
6. Konflikte zu erkennen, vernünftig und gewaltfrei zu lösen, sie aber auch zu ertragen
7. Freude an der Bewegung und am gemeinsamen Sporttreiben zu entwickeln

(3) Schulische Bildung und Erziehung sollen die Schülerinnen und Schüler insbesondere befähigen

1. die Beziehungen zu anderen Menschen in Respekt, Gleichberechtigung und gewaltfreier Verständigung zu gestalten, sowie allen Menschen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen
2. die Gleichstellung von Mann und Frau auch über die Anerkennung der Leistungen der Frauen in Geschichte, Wissenschaft, Wirtschaft, Technik, Kultur und Gesellschaft zu erfahren
3. die eigene Kultur, sowie andere Kulturen kennen zu lernen und zu verstehen, Menschen anderer Herkunft, Religion und Weltanschauung vorurteilsfrei zu begegnen, zum friedlichen Zusammenleben der Kulturen durch die Entwicklung von interkultureller Kompetenz beizutragen und für das Lebensrecht und die Würde aller Menschen einzutreten
4. ihre Aufgaben als Bürgerinnen und Bürger ein einem gemeinsamen Europa wahrzunehmen
5. die Auswirkungen des eigenen und gesellschaftlichen Handelns auf die natürlichen lokalen und globalen Lebensgrundlagen zu erkennen, für ihren Schutz Mitverantwortung zu übernehmen und sie für die folgenden Generationen zu erhalten
6. die Folgen rechtlicher, politischer und ökonomischer Entwicklungen abzuschätzen sowie die wachsenden Anforderungen des gesellschaftlichen Wandels und der internationalen Dimension aller Lebensbezüge zu bewältigen
7. ihre körperliche, soziale und geistige Entwicklung durch kontinuierliches Sporttreiben und eine gesunde Lebensführung positiv zu gestalten sowie Fairness, Toleranz, Teamgeist und Leistungsbereitschaft zu entwickeln,
8. ihr zukünftiges privates, berufliches und öffentliches Leben in Verantwortung für die eigene Gesundheit und die ihrer Mitmenschen auszugestalten, Freude am Leben und am Lernen zu entwickeln sowie die Freizeit sinnvoll zu nutzen

**§4 Grundsätze für die Verwirklichung**

(6) Jede Schule ist für die Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags verantwortlich und gestaltet den Unterricht und seine zweckmäßige Organisation selbständig und eigenverantwortlich. Dazu entwickelt sie ihr pädagogisches Konzept in einem Schulprogramm. Das Schulpersonal, Erziehungsberechtigte sowie Schülerinnen und Schüler wirken dabei zusammen.

**§5 Öffnung von Schulen, Kooperationen**

(1) Die Schulen öffnen sich gegenüber ihrem Umfeld. Zu diesem Zweck arbeiten sie im Rahmen des Bildungs- und Erziehungsauftrags mit den Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe sowie mit außerschulischen Einrichtungen und Personen zusammen, deren Tätigkeit sich auf die Lebenssituation der Schülerinnen und Schüler auswirkt.

(2) Die Schulen können dazu im einvernehmen mit der zuständigen Schulbehörde insbesondere Vereinbarungen mit den Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe und der beruflichen Fort- und Weiterbildung, den Musikschulen, den Volkshochschulen sowie Sport- und anderen Vereinen schließen. Sie nutzen Kooperationsmöglichkeiten mit der Wirtschaft, den Sozialpartnern und anderen einrichtungen, die berufs- oder arbeitsrelevante Angebote machen.

(3) Die Schulen können ihren Kooperationspartnern bei einem pädagogischen Bedarf Räume und technische Ausstattung entgeltfrei zur Nutzung überlassen.

**§8 Schulprogramm**

(1) Jede schule gibt sich ein Schulprogramm. In dem Schulprogramm legt die einzelne Schule dar, wie sie den bildungs- und Erziehungsauftrag und die Grundsätze seiner Verwirklichung ausfüllt. Dabei soll sie den besonderen Voraussetzungen ihrer Schülerinnen und Schüler sowie den besonderen Merkmalen der Schule und ihres regionalen Umfeldes in angemessener Weise inhaltlich und unterrichtsorganisatorisch Rechnung tragen. Das Schulprogramm muss Auskunft geben, welche Entwicklungsziele und Leitideen die Planungen der pädagogischen Arbeiten und Aktivitäten der Schule bestimmen, und muss die Handlungen der in der Schule tätigen Personen koordinieren.

(2) Die Schule legt im Schulprogramm insbesondere fest:

1. ihre besonderen pädagogischen Ziele, Schwerpunkte und Organisationsformen in Unterricht, Erziehung, Beratung und Betreuung
2. ihre Umsetzung der Rahmenlehrplanvorgaben in ein schuleigenes pädagogisches Handlungskonzept,
3. die Ausgestaltung der pädagogischen Schwerpunkte und besonderen Organisationsformen durch die Stundentafel (§14 Abs.4)
4. die Evaluationskriterien, mit denen sie die Qualität ihrer Arbeit beurteilt und die Annäherung an die gesetzten und vereinbarten Ziele misst,
5. die Ziel und besonderen Formen der Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten hinsichtlich der Ausübung der gemeinsamen Verantwortung für die Bildung und Erziehung ihrer Kinder,
6. die Ziele, Inhalte und Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit mit außerschulischen Kooperationspartnern,
7. die Kooperationsformen der Lehrkräfte und der schulischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
8. den Beratungs- und Fortbildungsbedarf sowie die erforderlichen Maßnahmen zur Organisationsentwicklung und zur Personalentwicklung,
9. die finanzielle Absicherung der besonderen pädagogischen Schwerpunkte und Aktivitäten durch das Schulbudget

(3) Die Schule soll bei der Entwicklung ihres Programms die Unterstützung des Berliner Landesinstituts für Schule und Medien (§108) i Anspruch nehmen. Sie ist verpflichte, ihr Schulprogramm den Schulen und einrichtungen der Jugendhilfe, mit denen sie zusammenarbeitet, zur Kenntnis zu bringen und mit ihnen die pädagogischen Ziele und Grundsätze des Schulprogramms abzustimmen.

(4) Das Schulprogramm bedarf der Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn das Schulprogramm

1. gegen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften verstößt,
2. nicht mit dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule vereinbar ist oder
3. die Gleichwertigkeit des Schulischen Angebots in den Bereichen des Unterrichts, der Betreuung und Erziehung nicht gewährleistet, insbesondere die nach den Anforderungen der Bildungsgänge notwendigen Standards nicht sichergestellt werden können.

Äußert sic die Schulaufsichtsbehörde nicht innerhalb von drei Monaten nach Vorlage des Schulprogramms, so gilt die Genehmigung als erteilt.

(5) Die Schule überprüft in regelmäßigen Abständen, spätestens nach drei Jahren, den Erfolg ihrer pädagogischen Arbeit gemäß §9 Abs. 2. Die Ergebnisse der internen Evaluation sind bei der Fortschreibung des Schulprogramms zu berücksichtigen.

**§9 Qualitätssicherung und Evaluation**

(1) Die Schulen und die Schulaufsichtsbehörde sind zu kontinuierlicher Qualitätssicherung verpflichtet. Die Qualitätssicherung schulischer Arbeit erstreckt sich auf die gesamte Unterrichts- und Erziehungstätigkeit, die Organisation der schule, das Schulleben

sowie die außerschulischen Kooperationsbeziehungen. Das maß und die Art und Weise, wie Klasen, Kurse, Jahrgangsstufen und Schulen den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule erfüllen, soll durch Maßnahmen der Evaluation unter Einschluss von Methoden der empirischen Sozialforschung ermittelt werden. Hierzu zählen insbesondere die interne und die externe Evaluation, schul- und schulartübergreifende Vergleiche, sowie zentrale Schulleistungsuntersuchungen.

(2) Die interne Evaluation obliegt der einzelnen Schule und wird von Personen vorgenommen, die der Schule angehören. Bei der Konzeption, Durchführung und Auswertung kann sich die Schule Dritter bedienen. Für die Bereiche und Gegenstände der internen Evaluation sind von der Schule Evaluationskriterien und Qualitätsmerkmale zu entwickeln und anzuwenden. Die Schulkonferenz beschließt auf Vorschlag der Gesamtkonferenz der Lehrkräfte ein Evaluationsprogramm für die Schule. Die Verantwortung für die interne Evaluation hat die Schulleiterin oder der Schulleiter. Die Schule legt der Schulkonferenz und der

(3) Schulaufsichtsbehörde einen schriftlichen Evaluationsbericht vor.

### 12.3.2. Arbeit mit Kindern, Eltern und Familien

Gesellschaftlicher Wandel wirkt sich auch in der Lebenswelt von Kindern aus. Vermittelt über die sozialen Beziehungen zu Erwachsenen, deren Verhaltensweisen und Erzählungen, erfahren Kinder, wie die sie umgebende Gesellschaft strukturiert ist. Sie wachsen in eine sich globalisierende Welt hinein, die ihnen zugleich Möglichkeiten eröffnet, sie aber auch vor Risiken stellt – in eine Gesellschaft, deren demokratischer und ziviler Charakter zunehmend gefährdet ist.

Auch wenn Sozialisationsprozesse im Zusammenhang mit Demokratie und ihren Gefährdungen nicht systematisch untersucht wurden, so zeigt die vorliegende Studie deutlich, dass Kinder durch das Verhalten, die Haltungen oder Erzählungen Erwachsener frühzeitig mit Ressentiments und Ungleichwertigkeitsvorstellungen in Berührung kommen.

Die Schwierigkeiten von Bezugspersonen im Umgang mit Vielfalt und Abweichungen von der gewohnten Normalität und die Unfähigkeit, diese als gleichwertig und gleichberechtigt anzuerkennen[170], wirken sich auch in der kindlichen Alltagswelt aus.

Insbesondere dann, wenn erwachsene Bezugspersonen ihre Forderung nach „Anpassung" und ihre unreflektierten Normvorstellungen, auch auf Heranwachsende beziehen, werden Elemente einer autoritären Alltagskultur zu direkten Einflussfaktoren in der Persönlichkeitsentwicklung.

Es ist davon auszugehen, dass Kinder schon im frühen Alter bei der Herausbildung ihres Selbstbildes und ihrer Haltung anderen gegenüber Unterschiede wahrnehmen und auch bewertende Kategorien entwickeln. Dabei beziehen sie sich immer auf wichtige Bezugspersonen, deren Signale orientierend dafür wirken, welches „Bild" sich Kinder von „anderen" Individuen und Gruppen machen.

Es gibt also eine Gefahr der Weitervermittlung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Zu berücksichtigen ist dabei –das hat die Studie gezeigt – dass die kindliche Lebenswelt von

- Gefahren sozialer Desintegration, inklusive ihrer Erosion von Teilhabe und sozial-emotionalen Bindungen
- Demokratiezweifel und Demokratieentfremdung als sich verfestigender Zustand in der Erwachsenenwelt
- Ethnisierungsprozessen und wenig direkten interkulturellen Beziehungserfahrungen

geprägt ist. Die Auswirkungen dieser Prozesse auf die „normale Sozialisation" von Kindern ist noch sehr wenig empirisch erforscht, wobei ein Defizit in der Verknüpfung von entwicklungspsychologischen Erkenntnissen und demokratiepädagogischen Schlussfolgerungen evident ist.

#### Ausgangspunkte für eine demokratiepädagogische Praxis

Im Land Berlin bietet das von der INA[171] konzipierte „Bildungsprogramm für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen bis zu ihrem Schuleintritt" den wesentlichen formalen Rahmen für Bildungsprozesse zum Erwerb grundlegend demokratierelevanter Kompetenzen in der Kindheit..[172]

Ausgehend von der politischen Debatte, Kindertagesstätten stärker als bisher als „Bildungseinrichtungen" zu verstehen, sind in diesem „Bildungsprogramm" Ausführungen zum Bildungsverständnis, zu Zielen, pädagogisch-methodischen Aufgaben und grundlegenden Bildungsbereichen, sowie zur Kooperation mit Eltern und zum Übergang in die Grundschule formuliert. Die besondere Eignung dieses Rahmenkonzeptes als Bezugspunkt einer frühkindlichen Demokratiepädagogik besteht in der Verknüpfung des Situationsansatzes mit einem konstruktivistisch orientierten interkulturellen Verständnis, wobei beides untrennbar an einen demokratischen Wertehintergrund gebunden ist. Über das Bildungsverständnis heißt es: „Bildung, Erziehung und Betreuung in Krippen, Kindergärten, Horten sollen dazu beitragen, dass jedes einzelne Kind gleiche Rechte und gute Chancen für eine lebenswerte Perspektive in dieser Gesellschaft hat, gleich welchem Geschlecht es angehört, gleich welche soziale und ökonomische Situation seine Eltern haben [...] Unabhängig von der Herkunft soll jedes Kind, die Chance haben seine Bereitschaft, seine Fähigkeiten und seine individuellen Möglichkeiten in die Entwicklung von Gemeinschaft – von Gesellschaft – einzubringen."[173]

Hervorgehoben wird, dass es eine originäre Aufgabe der Bezugspersonen sei, dem Kind zu ermöglichen, sich ein Bild von sich selbst und anderen zu machen – „Weltgeschehen zu erleben und zu erkunden" - wobei die Grundan-

[170] Von Heitmeyer werden solche Prozesse als Heterophobie gekennzeichnet, gl. „Deutsche Zustände", 2002

[171] Internationale Akadamie für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie gGmbH an der Freien Universität Berlin (www.ina-fu.org)

[172] (vgl. http://www.sensjs.berlin.de/bildung/bildungspolitik/berliner_bildungsprogramm/berliner_bildungsprogramm.pdf)

[173] ebd. S.11

nahme ist: „Je differenzierter der intersubjektive Austausch von Deutungen wird, je vielfältiger die Perspektiven werden, die in diesen Austausch eingehen, umso größer wird die Annäherung des Kindes an ein objektives Verständnis von Welt werden können."[174]

Wesentlich sei die Ermöglichung einer kulturell anregungsreichen Umgebung, in der das Spannungsfeld von Gleichheit und Differenz konstituierender Faktor in der aktiven, sozialen und sinnlichen Aneignung der Welt sei. „Je jünger das Kind ist, je weniger das Kind selbst entscheiden kann, mit wem es in Beziehung treten will, umso höher ist die Verantwortung der Erwachsenen, sich selbst zu befragen, welche Erziehung und welche Deutung der Welt sie dem ihnen anvertrauten Kind anbieten. Sie haben dabei die Verantwortung, zu entscheiden, mit welchen anderen Personen sie das ihnen anvertraute Kind in Beziehung bringen, damit diese das Weltbild des Kindes ergänzen und erweitern können." [175]

Hier liegt dann die Brücke zu den Herausforderungen demokratischer Kultur in der Auseinandersetzungen mit ihren Gefährdungen.

Einrichtungen, die mit Kindern arbeiten, müssen <sich auf die neuen Erfahrungshorizonte einlassen und Kinder in der „Konstruktion von Sinnzusammenhängen" kompetent begleiten. Entsprechend stehen pädagogische Einrichtungen, vor der Herausforderung, sich intensiver als bisher mit den Hintergründen und individuellen Lebenssituationen von Kindern und ihren Familien zu befassen. Dies bedeutet insbesondere auch, Wege zu finden, wie auf die besondere Situation von Familien mit Migrations- oder Fluchthintergrund kompetent eingegangen werden kann.

**Anregungen zur Diskussion und Strategieentwicklung in Marzahn-Hellersdorf**

Das Berliner Bildungsprogramm als zentraler Ansatzpunkt für die Weiterentwicklung der in öffentlicher und freier Trägerschaft befindlichen Tageseinrichtungen steht zum einen vor der Herausforderung seiner konkreten Umsetzung und damit auch vor der Herausforderung einer Einbettung in die jeweiligen sozial-(räumlichen) Kontexte, die auch Lebenswelten der Kinder sind, und in denen sich demokratierelevante Probleme wiederspiegeln.

Neben sehr notwendigen Verankerung der Interkulturellen Dimension in den Einrichtungen zeigt sich insbesondere ein Bedarf an der fachlichen Verständigung über pädagogische Perspektiven des Demokratielernens und -lebens im Zusammenhang mit frühkindlicher Bildung. Beide Dimensionen sollten innerhalb des Situationsansatzes, der in Marzahn-Hellersdorf seit geraumer Zeit in Kitas Orientierung gibt[176], verankert und weiterentwickelt werden. Die entsprechenden Entwicklungsprozesse sollten begleitet und fachliche abgesichert sein. Aspekte der Qualitätsentwicklung sind zentral.

Dies wird u.a. daran deutlich, dass es immer wieder – und auch in Marzahn-Hellersdorf – bedenkliche Verkürzungen in der Auffassung interkulturellen Lernens gibt. Besonders kritisch sollte Diskussionsansätzen entgegengewirkt werden, in denen die Dimension interkulturellen Lernens ausschließlich auf eine Sprachförderung reduziert wird. Ganz besonders geht es darum, jeglicher Defizitorientierung entgegenzuwirken mit Blick auf Kinder, die als benachteiligt eingeordnet und mit entsprechenden Zuschreibungen versehen werden. Ideen für eine Praxis „bilingualer Erziehung" (z.B. russisch-deutsch oder englisch-deutsch) sind sicherlich wünschenswert, aber auch hier sei kritisch angemerkt, dass dabei nur ein Teilaspekt interkulturellen Lernens realisiert wird. Vielmehr besteht ein Entwicklungsbedarf und –potenzial in der Vermittlung eines breiten Verständnisses von Interkulturalität, das sämtliche Bildungsbereiche umfassen und

- in der Gestaltung des alltäglichen Lebens zwischen Kindern bzw. Kindern und Erwachsenen
- im Spiel
- in der Planung und Gestaltung von Projekten
- in der Anregungsreichhaltigkeit der Raumgestaltungen
- und schließlich in der Bezugnahme der einrichtungen auf ihr nachbarschaftliches und urbanes Umfeld

realisiert werden sollte.

Dass die in diesem Kapitel angeschnittene bildungspolitische Diskussion sich bereits in der Leitbildentwicklung und Praxis von Kindertageseinrichtungen wiederspiegelt, zeigt ein Teil des empirischen Materials. So sei illustrativ ein Blick auf das Leitbild eines freien Trägers – FiPP e.V. – geworfen, der über seine pädagogi-

[174] ebd. S.12

[175] ebd. S.12

[176] Anzunehmen ist, dass Einrichtungen in Marzahn-Hellersdorf insofern gute Voraussetzung haben, das Bildungsprogramm in die Praxis umzusetzen, als dass zumindest der Situationsansatz – legt man einen entsprechenden Beschluss des Marzahner Jugendhilfeausschusses aus dem Jahr 1998 zugrunde – das bestimmende pädagogische Paradigma für den Alltag in den Einrichtungen sein sollte.

sche Arbeit in der Kita „Hasenburg" schreibt: „1996 hat FiPP die Kita Hasenburg in Berlin-Marzahn übernommen und sie gemeinsam mit den MitarbeiterInnen weiterentwickelt. Sie ist ein Mittelpunkt des sozialen und nachbarschaftlichen Lebens geworden."

Als konzeptionelle Schwerpunkte werden zusammenfassend von FiPP e.V. genannt:

- „Wir orientieren uns am Situationsansatz.
- Wir beachten und respektieren die Besonderheit jedes Kindes und seiner Familie.
- Wir fördern Toleranz und eine faire Auseinandersetzungskultur.
- Wir achten in unseren Einrichtungen darauf, das ein großer Freiraum und herausfordernde Angebote für die Bewegungsentwicklung zur Verfügung stehen.
- Wir unterstützen das Kitateam dabei, das Profil der Kita als Bildungseinrichtung auszubauen.
- Wir fördern die Sprachentwicklung aller Kinder im Rahmen unseres interkulturellen Ansatzes.
- Wir achten auf Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen, von Kindern mit und ohne Behinderung und von Kindern und Familien mit verschiedenen sprachlichen und religiösen Hintergründen.
- Wir sorgen für eine frische und ausgewogene Ernährung.
- Wir behandeln Eltern als gleichberechtigte Partner und fördern ihre aktive Beteiligung am Kitageschehen."[177]

Eine Verknüpfung von Situationsansatz, vorurteilsbewusster und interkultureller Arbeit und der Förderung grundlegender Demokratieerfahrungen (z.B. Partizipation) im konkreten sozialen Kontext von Einrichtung und Umfeld findet hier bereits statt.

Unabhängig von bereits existierenden good practices stellt sich insgesamt für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen die Frage, wie nicht nur einzelne Demokratieerfahrungen ermöglicht werden können, sondern wie ein übergreifender Prozess in Gang gesetzt werden kann, um solche Erfahrungen zu stabilen prodemokratischen Werten verbinden zu können. Dies verweist auf die Notwendigkeit einer abgestimmten Bildungsarbeit in Kita, Hort, Grundschule und Oberschulen, sowie auf die ressourcen- und problemorientierte Einbeziehung von Eltern und Familie.

[177] www.fippev.de/sub-seiten/kitahasenburg/ks.html

### Arbeit mit Eltern – Familie und Demokratie

An verschiedenen Stellen in dieser Studie wurde deutlich, wie wesentlich in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und den alltagskulturellen Kontexten solcher Probleme das Verhalten der Eltern ist.

Eltern können Teil des Problem sein, wenn sie ihren Kindern durch ihre Haltungen und ihr Handeln Ungleichwertigkeitsvorstellungen vermitteln. Sie können aber auch in einem demokratiestärkenden Sinne zu MultiplikatorInnen werden, wenn sie sich in Kita, Schule und Nachbarschaft für ein entsprechendes Klima einsetzen oder sich öffentlich für Demokratie positionieren. Ganz wesentlich ist auch, dass dafür oftmals Impulse notwendig sind. Möglichkeiten der Beratung für Eltern rechtsextremer Jugendlicher oder darauf bezogene Selbsthilfeinitiativen sind mitunter ein erster Schritt zivilgesellschaftliches Handeln zu stärken.

### Notwendigkeit intensiverer Kooperation von Bildungseinrichtungen und Eltern

Allgemein ist die Kommunikation zwischen pädagogischen Einrichtungen und Eltern wenig entwickelt – hier liegen deutliche Potenziale. Bezüglich der frühzeitigen Erkennung von Vorurteilsstrukturen bis hin zu demokratiefeindlichen Haltungen, wie Rassismus, Homophobie, Antisemitismus oder rechtsextremen Weltbildern, liegen in einer stärkeren Kommunikation und einem intensiveren Austausch zwischen PädagogInnen, ErzieherInnen und Eltern klare Notwendigkeiten.

### Praxisbeispiele – good practices

#### Beratung für Eltern

Erfahrungen zeigen, dass Eltern, die bei ihren Jugendlichen rechtsextreme Orientierungen und entsprechende Einbindungen in Gruppen wahrnehmen und Beratung suchen, als KlientInnen von Beratung oftmals schlechte Chancen haben, mit ihrem spezifischen Problem überhaupt angenommen und verstanden zu werden. Oftmals werden sie von Institution zu Institution geschickt, ohne dass sich diese mit den spezifischen Fragen auskennen. Insofern ist es im Bezirk Marzahn-Hellersdorf eine Stärke, dass es ein Angebot gibt, welches Beratung/Hilfe für Eltern rechtsextremer Jugendlicher anbietet und damit auf einen konkreten Bedarf reagiert:

*Die Marzahn-Hellersdorfer Initiative*

*„Eltern helfen Eltern"*

Im Jahr 2002 ist in Marzahn ein zivilgesellschaftliches Beratungsprojekt für Eltern rechtsextremer Jugendlicher entstanden. Die Initiative „Eltern helfen Eltern", die dann 2003 mit dem „Botschafter für Toleranz" des bundesweiten Bündnisses für Demokratie und Toleranz ausgezeichnet wurde, wurde von zwei Müttern gegründet und möchte betroffenen Familien „die Scheu nehmen, über die rechtsextreme Einstellung ihrer Kinder zu reden."„Wer meint, dass sein Kind in der rechten Szene ist, oder fürchtet, dass es reingerät, kann zu uns kommen", sagt eine der Initiatorinnen. Die Initiative bietet alle 14 Tage Sprechstunden an und macht über Faltblätter und bei Elternabenden in Schulen auf sich aufmerksam. Es sollen vor allem Familien angesprochen werden, denen professionelle Angebote des Jugendamtes oder anderer Beratungsstellen bereits zu offiziell sind. Wer sich nicht persönlich in die Gesprächsstunde traut, kann sich bei „Eltern helfen Eltern" auch anonym über eine Telefonhotline Rat holen. Die Kontaktaufnahme und das Gespräch mit betroffenen Eltern stehen im Vordergrund. Wer weitergehende Hilfe möchte, bekommt von „Eltern helfen Eltern" aber auch Fachleute und professionelle Anlaufstellen genannt. Die Initiative versteht sich als Teil des Netzwerkes gegen Gewalt und Rechtsextremismus im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf – eine enge Verbindung besteht zum Schülernetzwerk „MUT" und zum Eltern-Lehrernetzwerk gegen Rechtsextremismus, sowie zu einem Beratungsteam von Schulpsychologen."[178]

*Gründung einer bezirksübergreifenden Elterninitiative in Lichtenberg*

Des weiteren hat sich im Bezirk Lichtenberg, ausgehend von einer Initiative der Netzwerkstelle „Licht-Blicke" von pad e.V. (**p**arents and youngsters **a**gainst **d**rugabuse) im März 2004 eine „Elterninitiative" gegründet, an der sich Eltern beteiligen, die nach Wegen suchen an der Schnittstelle zur Schule möglichst frühzeitig Probleme mit Rechtsextremismus zu erkennen und darauf konstruktiv zu reagieren:

*„Erfolgreiche Gründung der Elterinitiative*

Das erste Treffen von fünf Müttern und einer Lehrerin wurde von den Teilnehmenden als Erfolg bewertet. Die Mütter erzählten über Schwierigkeiten und Unsicherheiten aber auch über Erfolge im Umgang mit rechten Äußerungen und Verhaltensweisen ihrer Söhne und darüber, dass sie sich häufig mit diesem Problem vor allem von der Schule allein gelassen fühlen."[179]

Entwicklungspotenziale liegen darin, die explizite selbsthilfefördernde Beratung im Umgang mit rechtsextremen Erscheinungen bei Jugendlichen mit weiteren Angeboten und Unterstützungsstrukturen zu verknüpfen. Dies betrifft sowohl die Entwicklung und Verteilung von Hintergrundinformationen für Eltern bzw. Material zum Umgang mit rechtsextremen Erscheinungen in der eigenen Familie. Vor allem betrifft dies jedoch die Frage, wie im Bereich der allgemeinen Beratungsdienste, die sich an Familien wenden (insbesondere Erziehungs- und Familienberatungen) mit diesem Thema umgegangen wird. Zivilgesellschaftliche Beratungsangebote für Eltern rechtsextremer Jugendlicher benötigen nicht nur Kooperationspartner im allgemeinen Beratungsbereich, sondern dort auch eine Offenheit und Qualifizierten Umgang mit diesem Thema, da sonst die Gefahr besteht, dass die Betroffenen wiederum die Erfahrung machen, dass ihre Probleme nicht in ihrer Komplexität erkannt und ernst genommen werden.

Es scheint sinnvoll die in diesem Bereich in Berlin Tätigen zu einem Fachaustausch zusammenzubringen. Offen gelassen werden muss an dieser Stelle, wer die Initiative dafür übernehmen könnte.

**Umgang mit Eltern als „Teil des Problems" – rechtsextreme Eltern**

Eine weitere Frage bezieht sich auf den Umgang pädagogischer Einrichtungen (Kita, Schule und Hort, Jugendeinrichtungen) mit rechtsextremen und rechtsextrem orientierten Eltern. Das empirische Material dieser Studie zeigt, dass dieses Problem noch wenig reflektiert wird und dass sich dort, wo es erkannt wird, vielfältige ungeklärte Fragen zum Umgang mit Eltern ergeben, die sich am rechtsextremen Weltbild orientieren und mehr oder weniger strikt auch versuchen, ihre Kinder entsprechend zu erziehen. Mitunter stellte sich den Interviewten hier die Frage, ob sie sich überhaupt gegenüber solchen Eltern positionieren sollen, zumal diese ja die wesentliche Erziehungsverantwortung für ihre Kinder inne haben. Sichtbar wurde eine große Unsicherheit bezüglich pädagogischer Interventionen zur Förderung demokratischer Orientierungen. Grundsätzlich stellt sich daher die Frage wie die politischen Aspekte der Familiendynamik als Gegenstand der Auseinandersetzung aufgegriffen werden können. Spezifische Kennt-

[178] vgl. www.buendnis-toleranz.de/ Anlage12474/Eltern-helfen-Eltern-gegen-Rechtsextremismus.doc

[179] Aus: Newsletter „Lichtblitze" 2/2004 (unter www.licht-blicke.org/html/newsletter)

nisse auf der Ebene inhaltlicher Auseinandersetzung und der methodischen Gestaltung sind hier unabdingbar. Das Potenzial der Öffnung pädagogischer Einrichtungen zu Fachinstitutionen und zivilgesellschaftlichen Netzwerken und das Potenzial, welches in Projektarbeit liegt, ist hier noch sehr unausgeschöpft.

**Eltern als MultiplikatorInnen – zivilgesellschaftlich aktive Eltern**

Die obige Diskussion über Elternberatung und Strukturen der Selbsthilfe hat bereits angedeutet dass es nicht nur darum geht, Eltern als Betroffenen Unterstützungsangebote zugänglich zu machen oder sich mit ihnen nur dann auseinander zu setzen, wenn sie als Träger demokratiefeindlicher oder rechtsextremer Weltbilder ein Teil des Problems sind, sondern dass Eltern in zivilgesellschaftlichen Netzwerken auch im breiteren Sinne Partizipation ermöglicht wird. In Marzahn-Hellersdorf gibt es hier wiederum mit dem Eltern-Lehrernetzwerk einen Rahmen. Insgesamt liegen jedoch in einem demokratiefördernden Engagement von Eltern bzw. Familien in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus sowie in der Förderung einer interkulturellen Gestaltung des Umfeldes noch völlig ungenutzte Ressourcen. Dies bezieht sich auch auf den Bereich des Wohnumfeldes bzw. der Nachbarschaft. Die dort befindlichen Einrichtungen (neben Bildungseinrichtungen auch Stadtteilzentren und Nachbarschaftsprojekte) können einen Rahmen für entsprechende Initiativen bieten und diese fördern.

**Fazit:**

Einrichtungen und Projekte, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, haben gute Voraussetzungen, auch die Eltern (oder sogar Großeltern) zu erreichen, diese einzubeziehen und Aktivitäten zu entfalten, in deren Kontext auch sie neue Erfahrungen machen und Kompetenzen entwickeln können.

Es ist allerdings zu unterscheiden, ob es sich bei den entsprechenden Eltern um Personen handelt, die ein eigenes Anliegen und Beratungsbedarf haben, oder ob es sich hier vielleicht sogar um zukünftige MultiplikatorInnen handelt oder um Eltern, die Teil des Problems demokratiefeindlicher Haltungen sind.

Eine entsprechende Einschätzung erfordert Kompetenz von den pädagogischen Einrichtungen und eine Vorstellungen wie damit umgegangen werden kann.

Gesellschaftspolitisch ist im Zusammenhang mit Bemühungen um eine demokratische Kultur der Blick auf den Kontext „Familie" auch insofern interessant, weil es entsprechende Bemühungen gibt, Familie als Potenzial stärker zu fördern. Die Bundesinitiative der Ministerin Renate Schmidt „Lokale Bündnisse für Familie" illustriert diese Tendenz besonders klar: Ziel sei es „im Lande für ein familienfreundliches Klima zu sorgen", in dem „den Familien die aktive Aufmerksamkeit zukommt", die ihnen zusteht. Aus der Perspektive zivilgesellschaftlicher Bemühungen um eine demokratische Kultur ist hier jedoch anzumerken, dass Familien als Orte der Sozialisation und Erziehung demokratiepolitisch höchst relevant sind, zumal in ihnen Sichtweisen auf die Gesellschaft, das politische System, Wertorientierungen und Haltungen im generationsübergreifenden Kontext geprägt werden.

Daraus ergeben sich auch Herausforderungen für andere Einrichtungen bzw. Orte, an denen mit Familien gearbeitet wird bzw. vermittelt über die Kinder auch Erwachsene erreicht werden können. Dazu gehören Nachbarschaftseinrichtungen, Kieztreffs oder soziale Stadtteilzentren, ebenso wie Kirchengemeinden oder Beratungsdienste, die sich auch für Familien öffnen.

### 12.3.3. Jugendarbeit

Das folgende Kapitel dient der Diskussionsanregung zum Umgang mit antidemokratischen Einstellungen und Verhaltensweisen im Bereich der Jugendarbeit, insbesondere der Jugendfreizeiteinrichtungen. Einrichtungen und Projekte, die mit Jugendlichen arbeiten, sind ein wichtiger Teil der sozialen Infrastruktur der Stadtteile. Im Sinne der Demokratieorientierung sollte es eine zentrale Aufgabe dieser Projekte sein, das Verhältnis ihrer Zielgruppen zur Demokratie wahrzunehmen, die Verankerung demokratischer Werte zu fördern und bei Problemen mit geeigneten pädagogischen Ansätzen darauf einzugehen. Im analytischen Teil dieser Studie wurde herausgearbeitet, dass es dabei insbesondere um den Umgang mit

- rechtsextrem orientierten Jugendlichen bzw. ‚gefährdeten' Jugendlichen, die mit rechtsextremer Ideologie sympathisieren
- Jugendlichen, die Ungleichwertigkeitsvorstellungen z.B. in Form von Rassismus und Homophobie vertreten und gewaltbereit eingestellt sind
- Prozessen der Entfremdung von Demokratie und politischer Partizipation

geht.

Die sozialräumliche Einbettung der Jugendeinrichtungen bringt den Vorteil mit sich, dass diese bzw. ihre MitarbeiterInnen und Träger Einblicke in Transformationsprozesse von Jugendkulturen und den dort dominierenden Weltbildern gewinnen, soziale/politische Konfliktlagen und Tendenzen frühzeitig wahrnehmen und abgestimmt mit anderen lokalen AkteurInnen darauf reagieren können. Eine enge Kommunikation von Streetwork, Jugendfreizeiteinrichtungen, anderen Jugendprojekten, Schulen, Stadtteil- und Nachbarschaftszentren, Polizei, BürgerInnen und lokalen Initiativen stellt hier eine besonders wichtige Grundlage dar.

#### Aktivitäten und Projekte

Ansatzpunkte zur Verstärkung einer Demokratieorientierung in der Jugendarbeit

Eine Auseinandersetzung mit antidemokratischen Einstellungen und Verhaltensweisen kann in der Jugendarbeit in Form von Aktivitäten und Projekten, mittels konzeptioneller Schwerpunktsetzungen der Einrichtungen bzw. im pädagogischen Alltag – in der ‚Beziehungsarbeit' zur Zielgruppe – stattfinden. Optimalerweise verbinden sich diese nur künstlich zu trennenden Dimensionen miteinander.

Für die Jahre 2002 und 2003 zeigt sich auf den ersten Blick trotz einschneidender finanzieller Einsparungen ein relativ breites Spektrum an Projekten und Aktivitäten, die von Jugendeinrichtungen/Trägern bzw. im Rahmen von Kooperationen organisiert wurden und die das Potenzial zur Stärkung demokratischer Werte eingesetzt oder weiterentwickelt haben. Den folgenden Aktivitäten liegt eine eher präventive Zielstellung und weniger die unmittelbaren Auseinandersetzung mit rechtsextremen Orientierungen zugrunde:

- Internationale Jugendbegegnungen (z.B. England, Polen); Empfang von internationalen Gästen; Sportbegegnungen
- Begegnungen in Berlin (bezirksübergreifend z.B. mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund)
- Stadtteilerkundungen im Bezirk/ sozialraumbezogene Projekte mit Kindern/ partizipative Entwicklung von Stadtrundgängen mit jugendlichen MultiplikatorInnen
- Projekte zur politischen Partizipation von Kinder und Jugendlichen (u.a. U-18-Wahl, Diskussionen mit PolitikerInnen etc.) (außerdem Partizipationsansätze in Einrichtungen und Sozialräumen)

  So beschreibt eine Gesprächspartnerin:

  „Wir machen Beteiligungsprojekte, wo es darum geht, den Sozialraum zu gestalten, unter anderem eins, wo es darum geht, im Rahmen des Stadtumbau Ost den Bahnhof Ahrensfelde neu zu gestalten. [...] Dann haben wir an einer Spielplatzgestaltung mitgearbeitet, wo unsere Kinder ihre Ideen mit einbringen konnten. Es gab Veranstaltungen, „Politik im Kreuzverhör", wo wir immer dabei waren, damit die Kinder lernen, sich in solche Prozesse einzumischen, keine Angst davor zu haben."
- ‚multikulturelle'[180] Projekte (z.B. „erlebnisorientierten Lernspaziergänge in Kreuzberg", Projekte zum „Kennenlernen fremder Religionen und Kulturen")
- interkulturelle Projekte (hervorzuheben als Gesamtansatz ist hier der „Lokale Aktionsplan für Demokratie und Toleranz in Marzahn-Nord/West")

[180] Wie schon im Kapitel Schule angemerkt, wiesen einige Interviewte darauf hin, dass es z.B. Feste, Parties und Kurse gebe, die von MigrantInnen in Einrichtungen durchgeführt wurden. Oftmals wurden hier „Koch"- und „Tanzkurse" oder Feste zum „Kennenlernen fremder Kulturen" etc. als Projekte angeführt. Hier sollte auf jeden Fall die Frage gestellt werden, inwieweit eine solche Bildungsarbeit rassistische Stereotypen auch fördern kann.

- Teilnahme an übergreifenden Veranstaltungen (z.B. an der interkulturellen Woche oder am Friedensfest)
- diverse Politische Bildungsseminare und Workshops (z.B. zum Thema „Fremdsein und Vertrautheit – Demokratie"); Gesprächsrunden, Projekte zum Thema „Toleranz"
- Veranstaltungen im Bereich Jugendkultur (z.B. zu Jugendkulturen in der DDR) Historisch-politische Bildung; Gedenkstättenfahrten
- Argumentationstrainings gegen rechtsextreme Ideologie
- Ausstellungsprojekte (selbstorganisierte oder Ausstellungen externer Personen)
- Kiez- und Hoffeste (nachbarschaftliche Kooperationen)

In den Interviews wurde auch danach gefragt, was als Kriterien gelungener Projektarbeit angesehen wird:

Frage: „Was ist für dich ein Kriterium für ein gutes Projekt gegen Rassismus, Rechtsextremismus?"

A: „Es muss den Teilnehmern Spaß machen und an ihren Interessen, ihrer Lebenssituation anknüpfen. Das ist die Voraussetzung. Es muss an Freizeitinteressen ansetzen, nicht so verschult sein. Mir gefallen Projekte, die ein positives Bild vermitteln. Die Kinder und Jugendlichen haben, genug schlechte Erfahrungen. Ich mag Projekte, die den Stadtteil zur Kenntnis nehmen, von ihm ausgehen und dann weitergucken. Die haben eher die Chance, sich weiterzuentwickeln."

Offenheit und Transparenz werden außerdem genannt:

„Auf jeden Fall muss es ein offenes, transparentes Projekt sein. Es muss etwas sein, was den Kindern nicht von oben übergestülpt wird, was von ihnen selber kommt, wo man die Inhalte von ihnen selbst bestimmen lässt. Es muss auswertbar und sehr ergebnisorientiert sein."

Großes Gewicht wird in vielen Gesprächen auf ‚Begegnungsarbeit' gelegt, ‚zusammen arbeiten', ‚zusammen leben' und auf ‚Kontinuität':

„Ich bin überhaupt kein Verfechter von so Einzelaktionen", meint eine Interviewte und eine andere sagt:

„Manchmal habe ich auch das Gefühl, uns steht ein gewisser Aktionismus wirklich bis hier [zeigt mit der Hand an den Hals]. Da werden dann immer noch irgendwelche Familienfeste oder Hofveranstaltungen gemacht, die kein Mensch braucht, wir wollen eigentlich unsere normale Arbeit machen, also unsere Beziehungsarbeit."

Auffällig war jedoch, dass es einige Unsicherheiten gibt, die sich nicht auf allgemeine Kriterien von Projektarbeit beziehen, sondern auf spezielle fachliche Fragen: Unsicherheiten wurden deutlich, was z.B. die Kriterien von interkultureller Arbeit, von Begegnungsarbeit oder historisch-politischer Bildung sein können, oder wie das Verhältnis von Prozess und Ergebnis demokratiefördernder Bildungsarbeit aussehen kann.

**Konzeptionelle Schwerpunkte von JFE**

Deutlich wurde, dass der wesentliche Teil der Einrichtungen einen klaren Schwerpunkt auf die ‚offene' Arbeit legt. Hier geht es den SozialpädagogInnen darum, einerseits einen Raum zur Freizeitgestaltung zur Verfügung zu stellen und andererseits die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme und zu Gesprächen zu schaffen. So erzählt eine Interviewte über ihre Jugendlichen, die primär aus schwierigen Familienverhältnissen kommen, es dominiere das Prinzip der ‚offenen Tür':

„Tür auf, reinlassen. Was sie wollen: spielen, reden, kochen, Photos entwickeln, Tischtennis spielen, je nach dem... Ja aber der Großteil kommt und hängt ab. Bei den Größeren ist es so, viel Unterhaltung, die wollen viel erzählen, also wir sind ein bisschen Elternersatz. Sie kommen von der Schule und wollen erst mal erzählen.. Und die Jüngeren die machen untereinander ganz viel. Die machen nicht viel mit uns. [...] Die sind mit inhaltlichen Angeboten nicht zu packen deshalb sind sie auch bei uns und nicht in anderen Häusern. Das merkt man. Wenn man mit ihnen irgendwas macht, dann können sie sich eine halbe Stunde konzentrieren, dann wurschtelt das auseinander und ist vorbei. Dann sind welche dabei die können überhaupt nicht zuhören." Dass Ziel in der Alltagsarbeit bestehe darin, „soziale Kompetenzen zu fördern, irgendwie hinzukriegen, dass sie lernen sich in einer Gruppe zu verhalten, sich möglichst gewaltfrei Raum zu schaffen."

Die Herausforderung inhaltliche Auseinandersetzungen in den Alltag so einfließen zu lassen, dass die Zielgruppe erreicht wird, zeigt sich hier sehr deutlich.

Einzelne Einrichtungen (insbesondere das FAIR) verbinden kontinuierliche Angebote – ‚Kursarbeit', ‚Arbeitsgemeinschaften', d.h. kulturelle und künstlerische Ansätze – mit der pädagogischen Alltagsarbeit, um „Brücken zu bauen, um Kinder und Jugendliche aufzu-

schließen", sich „intensiver" mit konkreten Themen zu beschäftigen.

Ein Teil der Einrichtungen setzt neben dem „offenen Bereich" methodisch-konzeptionelle Schwerpunkte in der

- musikorientierten Arbeit
- kultur- und medienpädagogischen Arbeit
- sportorientierten Arbeit

Hier sind Ressourcen zu finden, auf denen eine demokratieorientierte Jugendarbeit aufbauen kann.

Der musikorientierte Teil der Einrichtungen bietet z.B. Jugendbands die Möglichkeit zu proben, es finden Konzerte und eine damit verbundene Öffentlichkeitsarbeit statt. Auffällig ist die intensive Vernetzung einiger Einrichtungen untereinander, die auch in gemeinsamen Projekten ihren Ausdruck findet.

So heißt es z.B. in einem Interview, in Marzahn-Hellersdorf habe sich eine „linke Musikszene etabliert", die sich auch mit Solidaritätskonzerten gegen Sozialabbau oder für „das Überleben der Jugendclubs" einsetze.

Manche Einrichtungen arbeiten mit einem allgemeinen kulturellen Schwerpunkt, z.B. finden Theateraufführungen, Filmveranstaltungen oder jugendkulturbezogene Workshops statt, teilweise ist Mediennutzung (Computer/Internet) und inhaltliche Arbeit basierend auf diesen Medien möglich. Beispielsweise gibt es im Bezirk auch ein Angebot der Zeitungsarbeit für Kinder und Jugendliche: „Das haben wir ´95 begonnen. In der Bezirkszeitung Marzahn Hellersdorfer Zeitung, haben wir die Möglichkeit einmal im Monat in einer Ausgabe ne Seite zu füllen, mit Beiträgen die wir mit Kindern und Jugendlichen erarbeitet haben."

Hinzu kommen Einrichtungen, die sportliche Angebote integriert haben. Beispielsweise nutzen JFE Freiflächen oder Turnhallen im Stadtteil für Freizeitsport, hier gibt es auch Ansätze, sportbezogene Angebote mit einer inhaltlichen Arbeit, z.B. mit ‚interkulturellen Begegnung' zu verknüpfen.

Die offene Arbeit im Sinne eines Anlaufpunktes für Gruppen und Einzelpersonen während der Freizeit bleibt in den meisten Einrichtungen natürlich der zentrale Ansatz.

Hervorzuheben ist, dass viele Interviewten ‚Partizipation' als Grundgedanke in der pädagogischen Arbeit hervorhoben und dass es unterschiedliche Formen der Selbstorganisierung gibt: Beispielsweise existieren im Bezirk auch einzelne Jugendclubs, die entweder durch Fördervereine oder sogar in alltäglicher Selbstorganisierung Jugendlicher wesentliche Partizipationsformen realisieren. Ein Gesprächspartner beschreibt z.B.:

„Wir haben ja einen Förderverein [...], da haben die Jugendlichen ein Mitspracherecht. Leute machen hier ihre Veranstaltungen. Wenn Jugendliche eine Party machen wollen, funktioniert das nur, indem sie es selber machen, organisieren."

Andere Einrichtungen beginnen generationsübergreifend zu arbeiten oder insbesondere Kindern Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen.

Hier stellt sich die Herausforderung, die Ressourcen, die es in Form der einrichtungsbezogenen Konzepte gibt - z.B. der jugendkulturellen (musikorientierten, medienorientierten) oder sportorientierten Arbeit oder generationsübergreifende Prozesse – zu nutzen und weiterzuentwickeln, um Ungleichwertigkeitsvorstellungen, Rassismus und rechtsextremen Orientierungen entgegenzuwirken.

### Schlüsselprobleme und zentrale Fragen

Zentrale Fragen, deren Diskussion und Klärung einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung einer Demokratieorientierung in der Jugendarbeit leisten dürfte, beziehen sich auf das Spannungsfeld ‚Offenheit' vs. ‚Stammpublikum', auf die Art und Weise der Beschreibung der eigenen Zielgruppe, Zielsetzungen und Selbstverständnis in der pädagogischen Praxis, auf das Verständnis von „Partizipation", „Interkulturalität", „Integration" und „Minderheitenschutz" bzw. die „Opferperspektive".

### Fragen zum Prinzip der „offenen Arbeit"

Von einem großen Teil der Interviewten wurde das Prinzip der ‚offenen Arbeit' unterstützt, während im gleichen Atemzug darauf hingewiesen wurde, dass es oftmals ein Dominanzverhalten, ein „Platzhirschdenken", in den Einrichtungen gebe. Gemeint ist damit, dass die zum „Stammpublikum" gehörenden Jugendlichen und Jugendgruppen sich Einrichtungen so aneignen, dass es klimatisch und faktisch für ‚Neue' schwer bis unmöglich ist, Zugang zur Einrichtung zu gewinnen. Aus diesem alltäglichen Problem in Jugendfreizeiteinrichtungen leitet sich jedoch die Frage ableitet, ob und wie damit pädagogisch umgegangen wird. Besonders zentral ist diese Frage dann, wenn es sich beim „Stammpublikum" um Heranwachsende handelt, in deren Verhalten bis hin zu rechtsextremen Orientierungen deutlich werden, bzw. Vorstellungen von ‚Etabliertenvorrechten' und Ungleichwertigkeit verankert sind, die

unter Umständen auch aggressiv und gewaltbereit durchgesetzt werden.

Inwieweit besteht unter solchen Bedingungen eine ‚Offenheit' der Einrichtung bzw., inwieweit wird diese ‚Offenheit' pädagogisch abgesichert? Diese Frage sei hier aufgeworfen, ohne dass wir den Anspruch haben, sie beantworten zu können. Im engen Zusammenhang steht die Frage, wie Fachkräfte der Jugendarbeit ihr „Stammpublikum" bezüglich politisch-sozialer Einstellungen beschreiben und damit umgehen.

**Beschreibung der eigenen Zielgruppe – pädagogische Zielsetzung - Selbstverständnis**

Positiv hervorzuheben ist, dass ein Teil der GesprächspartnerInnen aus der Jugendarbeit es als selbstverständlich ansieht, rechtsextreme Tendenzen/Erscheinungen wahrzunehmen und sich damit auseinanderzusetzen. Doch es gibt auch einen anderen Teil, der den Eindruck vermittelt, dies sei eher eine „Verpflichtung" „von Amts wegen". Wie jene, die darin eher eine von außen angetragene Rollenerwartung sehen, damit umgehen, kann hier nicht abschließend geklärt werden. Das dies jedoch nicht unproblematisch ist, wird in folgender Einschätzung einer Gesprächspartnerin deutlich, die einen Außenblick auf Einrichtungen der Jugendfreizeitarbeit hat und Haltungen im pädagogischen Personal im Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen wie folgt differenziert: „Es gibt welche die negieren das, obwohl ich mir sicher bin, dass die da welche drinnen haben. Und es gibt welche, die sehen das, sagen aber, die sind nicht rechtsradikal, sondern haben nur rechte Einstellungen und versuchen auch, mit diesen zu arbeiten." An dieser Stelle sei noch mal daran erinnert, dass es in Marzahn-Hellersdorf eine Geschichte der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Jugendgruppen und Jugendszenen gibt, die sowohl gelungene als auch gescheiterte Ansätze beinhaltet. Daher kann es u.E. nicht darum gehen, die bestehenden Bemühungen der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen pauschal zu kritisieren, sondern Bedenken seien mit Blick auf die Erscheinungen einer Relativierung oder Bagatellisierung von Ungleichwertigkeitsideologien in der Jugendkultur signalisiert. So war beispielsweise häufig von „rechtsorientierten" Jugendlichen die Rede, wo es sich - aus dem Verhalten und dem Kontext zu schließen - durchaus um rechtsextrem orientierte/rechtsextreme Gruppenzusammenhänge handelte. Daher möchten wir die Geeignetheit des weit verbreiteten Begriffs der „Rechtsorientierung" zur Beschreibung von politischen Orientierungen stark in Frage stellen: Umschreibt „Rechtsorientierung" nicht eher konservatives Denken, jene Positionen, die sich rechts von der Mitte einordnen? Was wäre hier der Unterschied zu einem Vertreter der CDU oder Jungen Union? Indem der Begriff der „Rechtsorientierung" zur Kennzeichnung von rechtsextremen Erscheinungen verwendet wird, verschwimmt der inhaltliche Kern der dahinter verborgenen Ideologie – Ungleichwertigkeitsvorstellungen und die Bereitschaft diese u.U. auch mit Gewalt durchzusetzen. Die Frage stellt sich nach der Motivation der Begriffswahl, die hier nicht geklärt werden kann. Möglich ist, dass mangelnde Informationen eine Rolle spielen, Unsicherheiten in der Einschätzung zu einer Begriffsdiffusion führen. Möglich ist in manchen Fällen die Weigerung, sich mit diesen Weltbildern kritisch auseinanderzusetzen und sich von ihnen klar zu distanzieren.

Weit verbreitet ist auch der bagatellisierende Hinweis, es handele sich um „ganz normale Jugendliche" oder Jugendliche, die „sich selbst nicht als rechts einschätzen" würden, oder „neutrale" Jugendliche. So meint eine Sozialarbeiterin: „Diese ‚neutralen' Jugendlichen sind die, die mit sich nicht viel anzufangen wissen. Sie kommen hierher um abzuhängen."

Durch die Kennzeichnung als „neutral" wird die Existenz politischer Einstellungen per se ausgeschlossen, die Notwendigkeit, sich pädagogisch damit weiter zu befassen, erübrigt sich.

Ähnlich sieht es mit der Kennzeichnung „normal" aus – hier handelt es sich um eine ‚subjektive' Einschätzung, die offen lässt, wo die Grenze zu jenen Haltungen oder Verhaltensweisen gezogen wird, die nicht mehr „normal" sind, ob überhaupt eine Grenze gezogen wird bei rassistischen und rechtsextremen Phänomenen, ob eine solche Auseinandersetzung stattfindet, lassen einige der Interviews offen: „Wir waren die beliebtesten Mitarbeiter, weil wir ziemlich tolerant waren und nicht gleich immer Verbote ausgesprochen haben."

Wie wesentlich einerseits die Definition der ‚Grenze' ist und auch das praktisch Vermitteln und Realisieren von Grenzsetzungen zeigt folgender Ausschnitt aus einem Gespräch mit einem Streetworker:

„Schluss ist für mich immer dann, wenn es um organisierte Strukturen geht, dann sind für mich andere Institutionen zuständig. [...] oder wenn immer Rituale wiederkehren [...]. Das ist ein Grundkonzept. [...] Grenzen zeigen ist wichtig, die Regeln müssen klar sein, das es bestimmte politische Symbole nicht gibt, dass die in der Einrichtung nichts zu suchen haben, dass sie hier nichts artikulieren dürfen, dass sie hier niemanden anpöbeln dürfen, die Re-

geln müssen klar sein und die müssen, auch wenn es den Jugendlichen nicht gefällt immer wieder mit ihnen diskutiert werden."

Außerdem stellt sich ausgehend von einem Teil des Materials die Frage nach dem pädagogischen Ziel, wenn es über rechtsextrem orientierte junge Erwachsene heißt: „aber wir haben es wirklich hingekriegt, dass ein Großteil der Leute wieder in der Lage waren sich so zu integrieren, dass die dann Arbeit gekriegt haben, dass sie Familien gründen konnten." Natürlich schließt eine Zielsetzung auf ‚soziale Integration' nicht die Auseinandersetzung mit dem Weltbild per se aus, aber gerade dieser Prozess der inhaltlichen Auseinandersetzung konnte in einigen Gesprächen nicht veranschaulicht werden, während der Focus auf ‚soziale Integration' sich deutlich heraushob.

Deutlich wurde in der Materialanalyse die Wichtigkeit von inhaltlicher Auseinandersetzung mit Jugendlichen, die in Bezug auf rechtsextreme Ideologie als ‚gefährdet' einzuschätzen sind. Sofern eine solche Auseinandersetzung stattfindet, stellt sich die Frage, was in der jeweiligen Alltagsarbeit in den JFE zum Ausgangspunkt genommen wird. Oft bietet erst das manifeste Verhalten in Form von Aggressivität oder Gewalt einen Anlass zur Auseinandersetzung, während subtilere Formen der Abwertung und Ausgrenzung unthematisiert bleiben. Oder anders formuliert: Werden rassistische oder rechtsextreme Orientierungen erst thematisiert wenn es Gewaltvorfälle gibt?

Als Defizit wurde hervorgehoben, dass ein Gesamtbild und ein koordiniertes Handeln in der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Erscheinungen gegenwärtig noch fehle. „Ich würde mir wünschen, dass Handlungskonzepte entwickelt werden". Auf die Frage, wo ein koordiniertes Handeln stattfinden könne wurden mehrere Male die Vernetzungsrunden in den Stadtteilen genannt, deren Potenzial diesbezüglich noch nicht ausgeschöpft sei. Dort seien rechtsextreme Erscheinungen zwar ein Thema, aber meist nur reaktiv, wenn ein Vorfall bekannt werde: „Dann ist ja die Frage, wie reagiert welches Projekt?". Als präventives Instrument sei vor allem der „Aktionsplan Marzahn-Nord/West genannt, der es ermöglicht, sich mit einer höheren Kontinuität mit demokratiegefährdenden und rechtsextremen Erscheinungen zu befassen und Alternativen zu entwickeln.

### Weitere Grundfragen

Im Zusammenhang mit der Frage nach der Offenheit von Jugendfreizeiteinrichtungen und nach der Wahrnehmung politisch-sozialer Einstellungen bei den jugendlichen Zielgruppen steht auch die Frage nach den Begriffen von „Partizipation", „Integration" und „Interkulturalität" und der Einbeziehung der Opferperspektive bei Fachkräften der Jugendarbeit. Dies soll nur kurz angerissen werden:

### Verständnis von Partizipation

Positiv anzumerken ist, dass in vielen Gesprächen sehr stark Prinzipien von Partizipation und Selbstorganisierung als pädagogische Zielsetzungen hervorgehoben wurden. Diese beziehen sich sowohl auf die Teilhabe an der Gestaltung des Programms der Einrichtungen und durchaus auch an der Gestaltung von Sozialräumen. In einzelnen Fällen wurde daher nachgefragt, was unter Partizipation verstanden wird:

Beispielsweise heißt es: „Sich orientieren an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen" oder „die Resonanz der Jugendlichen abfragen und fragen, was wollen die". Eine GesprächspartnerIn meint: „Da nicht für jeden ein Platz da ist in den Einrichtungen muß nach dem Mehrheitsprinzip gegangen werden."

Wir zitieren diesen kleinen Ausschnitt hier, weil sich daraus die Frage ergibt, ob es beim Ansatz der Partizipation ausschließlich um das „Mehrheitsprinzip" bzw. die Interessen und Bedürfnisse der „Mehrheit" geht. Was passiert mit den Minderheiten, die dabei ‚hinten runter' fallen? Oder was passiert mit Jugendlichen, die sich nicht als „Mehrheit" darstellen können, sich vielleicht weniger dominant artikulieren?

Wir denken dabei natürlich insbesondere an Jugendliche, die auch potenzielle Opfer von Rassismus und Diskriminierung sind: z.B. Jugendliche mit Migrationshintergrund, schwarze Jugendliche, schwule und lesbische Heranwachsende (Jugendliche im Coming Out), oder eben auch Mädchen und junge Frauen, die oftmals aufgrund der Dominanz der männlichen Heranwachsenden an den Rand gedrängt werden.

### Verständnis von Integration

Zunächst einmal wurde von verschiedenen Interviewten darauf hingewiesen, dass aufgrund einer starken Gruppenorientierung (oftmals verbunden mit der Aufwertung der eigenen Gruppe und der Abwertung Anderer) gemeinsame Aktivitäten von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund kompliziert seien, oftmals nicht gut gelingen, geschweige denn eine alltägliche interkulturelle Arbeit möglich sei.

Mehrere Male wurde beschrieben, dass Heranwachsende mit Migrationshintergrund aufgrund eines ausgrenzenden Klimas seitens des ‚Stammpublikums' nach einer ersten Annäherung der Einrichtung wieder fernblieben. Ein Beispiel „Es gab immer mal Besuche [von Kindern aus AussiedlerInnenfamilien], aber dadurch, dass wir eine relativ starke Stammgruppe haben, wo Fremdenfeindlichkeit oder Vorurteile immer eine Rolle gespielt haben, dadurch dass sie nicht sofort in die Gruppe aufgenommen wurden, sind sie auch von alleine wieder weggeblieben." Auch ein anderer Interviewter beschreibt, dass sich „die Sache mit den gemeinsamen Projekten" „schwierig gestaltet": „Selbst am Kicker, ich habe es beobachtet, wenn drei von denen [den einheimischen Kindern] und drei Russlanddeutsche spielen, mischen sie sich nicht und wenn es zu Auseinandersetzungen kommt, stehen sie auch auf der einen oder auf der anderen Seite. Dann ist es schwierig." Für die Einrichtungen stellt sich dann die Frage, wie sie gewährleisten können, dass Teilhabe und Gleichwertigkeit/Gleichberechtigung realisiert wird.

Deutlichen Klärungsbedarf gibt es mit Blick auf das Verständnis von Integration. Mitunter wird das Recht jedes Menschen auf Individualität durch ein homogenisierendes Verständnis von Integration ausgegrenzt: „Es gibt einen Jugendlichen aus Kasachstan, der ist aber so gut integriert, dass man weder an Sprache, noch an irgendwelchen Sitten und Gebräuchen merkt, dass er von dort kommt. Wenn dieser Prozess eingesetzt hat, gibt es, denke ich, keine Schwierigkeit der Integration." Kann Integration nur gelingen, wenn sich jene, die ‚anders' sind, soweit anpassen, dass ihre Individualität überhaupt nicht mehr identifizierbar ist? Inwiefern unterstützt pädagogische Arbeit in Jugendeinrichtungen einen Respekt von Individualität und Differenz vor dem Hintergrund der Anerkennung von Gleichwertigkeit und sichert gleichermaßen die Teilhabe von Jugendlichen, die zu Minderheiten gehören?

**Einbeziehung der Opferperspektive?**

Im Zusammenhang mit der Frage nach der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Orientierungen und Ungleichwertigkeitsvorstellungen, sei an dieser Stelle noch auf die ‚Opferperspektive' eingegangen, die auch schon im Kapitel Rassismus ausführlich diskutiert wurde. Interviewte der Jugendarbeit signalisierten zwar, dass es ihnen im Sinne der Förderung demokratischer Prozesse wichtig sei, auf Lebenssituationen und Perspektiven potenzieller Opfer von rechtsextremer Gewalt und Diskriminierungen einzugehen, gleichermaßen wurde deutlich, dass es oftmals schwer fällt, die entsprechenden Erfahrungswelten anzuerkennen.

So war verschiedentlich von pädagogischen Fachkräften der Jugendarbeit zu vernehmen, MigrantInnen bzw. Schwarze BürgerInnen hätten ein „Vorurteil" gegenüber dem Bezirk, wenn sie auf Sicherheitsprobleme für sich selbst hinweisen. Für MigrantInnen sei die Lage „nicht unsicherer als für andere auch", meint eine Gesprächspartnerin, die selbst keine Migrantin ist: „Egal für welche Menschengruppe: abends gibt es im ganzen Bezirk hier ein Unwohlsein. Und es ist eine Frage des Images. Wir haben zu den Projekten immer bewusst auch ausländische Mitbürger eingeladen, und wir haben festgestellt, dass die auch ein Vorurteil hatten: dass sie gesagt haben, hier kommen wir nicht her, weil hier nur die Rechten leben. Das ist ein wichtiges Projekt, Aufklärung zu betreiben."

Die Einschätzung, dass es sich hier um „Vorurteile" handle, verkennt die Perspektive potenzieller Opfer rassistischer Übergriffe. An dieser Stelle können wir nur darauf hinweisen, dass es uns wichtig erscheint, sich mit dieser „Opferperspektive" seitens der Jugendarbeit stärker zu befassen; wie dies geschehen kann wäre zu entwickeln.

Deutlich wird auch an anderen Beispielen, dass es einem Teil der Gesprächspartner schwer fällt, von der eigenen sicheren Lage zu abstrahieren und sich in die Perspektive potenzieller Opfer hineinzudenken. So meint ein männlicher, weißer Sozialarbeiter, für Schwarze Personen sei es in Marzahn nicht unsicherer als im Prenzlauer Berg:

Frage: „Wie schätzt du die Sicherheitssituation in diesem Wohngebiet ein für Leute, die z.B. MigrantInnen sind oder eine Schwarze Hautfarbe haben?"

Antwort: „Ich glaube, es ist nicht unsicherer als woanders. Ich bin in Prenz'lberg auch schon mal von irgendwelchen Hools angemacht worden."

Frage: „Ich habe gefragt, weil an der Station Springpfuhl...(eine Schwarze deutsche Studentin angegriffen wurde)"

Antwort:„[unterbricht] Ja, ich weiß, im September. Ja, gut, das ist eine Geschichte, die richtig breit getreten worden ist, das war auch das Klischee, das zu Marzahn passt."

Frage: "Habt Ihr Euch damit beschäftigt, darüber diskutiert, z.B. mit den Jugendlichen?"

Antwort: „Weniger. Das wird wahrgenommen und mehr auch nicht."

Die Komplexität von alltäglichem Rassismus und rassistischer Gewalt wird hier völlig ausgeblendet und die Opferperspektive verdrängt.

**Fazit:**

Insofern verweist die Kommunalanalyse auf einen Klärungsbedarf verschiedener relevanter Fragen für die pädagogische Arbeit in den Jugendeinrichtungen. Es geht um das Prinzip der „offenen Arbeit", um die Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen und um eine Klärung des Verständnisses von „Partizipation", „Integration", „interkultureller Arbeit", „Minderheitenschutz" bzw. der „Opferperspektive".

**Rahmenbedingungen von Jugendarbeit**

Da wir die Rahmenbedingungen und Ressourcen im Bereich der Jugendarbeit nicht ausblenden wollen, werden wir darauf genauer eingehen. Der Bereich der Jugendarbeit (JFE, Projekte in freier Trägerschaft) war in der jüngsten Vergangenheit mit starken Umbrüchen und Einsparungen konfrontiert, was auch Konsequenzen für die inhaltliche Arbeit hatte. Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Konsequenzen der aktuellen Rahmenbedingungen für demokratieorientierte Jugendarbeit herauszufiltern.

**Allgemeine Rahmenbedingungen**

Immer wieder wurde in den Interviews auf die schwierige Situation der Jugendfreizeiteinrichtungen bezug genommen. Die Rahmenbedingungen seien „sehr schlecht". Von HonorarmitarbeiterInnen durchgeführte Angebote konnten aufgrund von Einsparungen nicht länger gesichert werden können, finanzielle Mittel für Reparaturen fehlten und auch Betriebskosten seien nur partiell gesichert.

Die Deutung eines Umbruchs im Bereich der Jugendarbeit variiert sehr stark: so resümiert ein Interviewter: „Also man hat das nicht Schließung genannt, sondern Verlagerung von Angeboten, also dieses Wischiwaschi und jetzt werden noch mal Einrichtungen zugemacht. Man nennt das alles nicht Schließung, sondern Ressourcenbündelung und Verlagerung von Angeboten... aber in diesem Klima kann wirklich keine Fachdiskussion geführt werden, was letztlich ja auch 'nem bürgerschaftlichen Engagement dient."

Ein Interviewter aus einer kommunalen Einrichtung weist darauf hin, dass freie Träger noch existenzieller von den Einsparungen betroffen sind: „Wir [als kommunale Einrichtung, d.V.] sind insofern betroffen, dass es für inhaltliche Arbeit überhaupt kein Geld mehr gibt. Die Betriebskosten werden bis September reichen. [...]" Frage: „Gibt es Modelle, damit umzugehen?" Antwort: „Ja. Sparen. Das trifft aber freie Träger noch viel schlimmer. Bei freien Trägern heißt das, dass die Leute arbeitslos werden, was bei uns nicht ist. Im öffentlichen Dienst haben wir eine Beschäftigungsgarantie bis 2009. Es gibt die Modelle, mehr mit Vereinen zusammenzuarbeiten, die Kosten übernehmen, dass Partner gesucht werden."

Für den Bereich freier Träger war zu vernehmen, dass viele von Sonderprogrammen abhängig seien und Schwierigkeiten mit der Kontinuität der Finanzierung hätten und in den Interviews gibt es zahlreiche Hinweise auf eine existenzbedrohende Lage: „Die [freien] Träger kriegen keine Finanzierung mehr überhaupt nicht, [...] die Tendenz ist jetzt so, dass wir als Amt nicht mehr in der Lage sind, Zuschüsse zu zahlen."

„Wir können heute auch keine Betriebskostenfreiheit mehr gewähren." Oder: „So dass wir gezwungen waren, diesen Trägern, die in diesen Kitas sitzen, diese Häuser mit allen Rechten und Pflichten zu übertragen. Das hat der [Verein XY] nur geschafft, weil sie ne Genossenschaft gegründet haben."

Aufgrund der schlechten Rahmenbedingungen ziehen sich Träger offenbar auch völlig aus dem Bezirk zurück: „Wir haben aber auch oft das Problem, dass Träger und Personen den Bezirk ganz verlassen und dort hingehen, wo sie besser arbeiten können.

Auswirkungen auf die Qualität der Arbeit seien dort zu bemerken, wo es keine Kontinuität im Personal und in der inhaltlichen Arbeit gebe:

„Die kurzen Bewilligungen [gemeint sind ABM, SAM, die nur über wenige Monate oder wenige Jahre liefen] funktionieren nicht, weil die Sozialarbeit hier Beziehungsarbeit ist, ich kann mit Jugendlichen, wo ich vorhabe, Einfluss zu nehmen, keine Beziehung aufbauen."

Durch die unsichere und oft nur kurzzeitige Finanzierung mittels Sonder- und Modellprogrammen leide auch die Motivation: So meint eine Interviewte, nach einigen Jahren „wird der Stecker gezogen und man guckt zu wie es kaputt geht" Finanzknappheit „macht das Leben sehr schwer" „inhaltlich gibt es immer mal kleinere Sachen, die kann man aber lösen miteinander. Aber diese objektiven Rahmenbedingungen: kein Geld für gar nichts, damit kann man dann schwer umgehen."

Ein freier Träger weist darauf hin, dass auch die Unterstützung von selbstorganisierten Jugendlichen auf diese Weise schwieriger werde:

„Wenn junge Leute kommen und z.B. ein Bandprojekt aufbauen wollen, dann ist es nicht damit getan, dass man sagt: Dort könnt ihr nen Raum nutzen. Das kostet auch alles Geld... Man ist dann als Träger immer dran die Finanzen zu organisieren, damit diese Initiativen die wichtig und gut sind auch arbeiten können... und das wird wirklich von Jahr zu Jahr schwieriger..."

Auch Auswirkungen auf die Straßensozialarbeit wurden deutlich:

„Und dann ist es natürlich auch für uns schwierig als Straßensozialarbeiter, weil: wie soll man arbeiten, wenn es keine vernünftigen Folgeangebote gibt? Wir machen natürlich den Kinder und Jugendlichen Angebote, dass sie überhaupt erst mal in unsere Kontakt- und Beratungsstellen kommen, also wir sind sozusagen der Mittler zwischen den Jugendlichen und den Ämtern und Behörden, wir sind den Jugendlichen behilflich, gehen mal gemeinsam zum Bowlen oder machen irgendwelche Tagesfahrten, aber das ist recht erschöpfend, wenn man keine offenen Einrichtungen hat oder wenn nur sehr wenige da sind..."

**Ressourcen**

Positiv fällt jedoch zunächst auf, dass es in den Stadtteilen des Bezirks sehr gut entwickelte Vernetzungsstrukturen gibt, die von Interviewten als Ressource für ein abgestimmtes Handeln betrachtet werden. Einige Auszüge:

„Es gibt in den einzelnen Stadtteilen Vernetzungsrunden wo die verschiedenen Einrichtungen, Jugendamt, Polizei u.U. dabei sind, Streetworker, manchmal kommt die Jugendgerichtshilfe hinzu, und in so'ner Vernetzungsrunde oder Stadtteilkonferenz, die für verschiedene Sozialräume zuständig sind, da wird so was abgeklärt, wenn's Probleme gibt, dass sich die AkteurInnen vor Ort austauschen und dann unter Umständen Maßnahmen koordinieren. Das ist ein Weg, das wird praktiziert seit Jahren."

Insbesondere mit den Streetworkern werde bei den Vernetzungsrunden über aktuelle Problemlagen in den Austausch getreten. Es sei ein „ständiger Kontakt" zwischen Jugendförderung, Streetwork und anderen sozialräumlichen AkteurInnen da, der sich dann in der Auseinandersetzung mit konkreten Fragen im Alltag fortsetzt.

Oder:

„Es gibt Sozialraumrunden, wo die unterschiedlichsten Leute zusammenstoßen, um dann gemeinsam zu überlegen, was kann man gemeinsam tun, überhaupt im Blick auf Zusammenleben nicht nur im Blick auf rechte Denkweisen, wie kann man das Zusammenleben verbessern."

Oder:

„Vernetzungsrunden sind meistens sehr effektiv, aber es kann Grenzen geben im Einzelfall, wenn es z.B. doch irgendwie Familien gibt, an die man nicht rankommt."

Als ein deutliches Problem wird jedoch die negative Auswirkung von Kürzungen und personeller Diskontinuität auf die Vernetzungspraxis beschrieben:

„Es gibt schon die Leute, die sich um ein Netzwerk oder einen Arbeitskreis kümmern, nehmen wir Frau Marburg als MigrantInnenbeauftragte. Aber die Vereine, die dann da mitwirken sind aufgrund der Finanzierungsstruktur gezwungen fast nur noch mit ABM zu arbeiten, also jetzt alle sechs Monate das Personal komplett auszutauschen, so dass sich dann jedes Mal Leute treffen, die sich gar nicht kennen. Es gibt keine Rahmenbedingungen, keine Kontinuität in irgendeiner Projektarbeit und dadurch kann natürlich auch ein Netzwerk nicht richtig funktionieren. Das geht nur wenn du die Leute auch qualifizieren kannst und sie zumindest über einen mittelfristigen Zeitraum ihre Arbeit machen können. Aber unter diesen Bedingungen ist das wirklich eher ein Abstrampeln, was aber nicht viel bewirken kann."

Neben den Vernetzungsrunden in den Stadtteilen gibt es verschiedene Gremien, in denen ebenfalls eine themenspezifische Zusammenarbeit erfolgen kann. Erfahrungen mit Gremien allgemein wurden jedoch von einigen Interviewten ambivalent geschildert:

„Wenn ich jetzt sage, man verzettelt sich in vielen Arbeitsgemeinschaften, klingt das sehr negativ. Aber es gibt eben sehr viele Arbeitsgruppen, Gremien, in denen auch immer wieder dieselben Menschen sitzen und darüber reden, was sie tun könnten, wenn sie das Geld hätten, aber wo an der Basis immer wenig ankommt."

Sehr kritische Anmerkungen gab es von verschiedenen Seiten dazu, wie der Jugendhilfeausschuss wahrgenommen wird:

„Das ist ein parteipolitisches Hickhack dieser Jugendhilfeausschuss. In Marzahn-Hellersdorf ist er ein Spielball parteipolitischer Interessen geworden, die Schuld für die Misere wird zwischen Bezirk und Senat hin und hergeschoben und da ist wirklich keine fachliche Diskussion mehr möglich, alles nur noch sachfremde Erwägungen."

**Weitere konstruktive Handlungsansätze**

Dennoch zeigt sich, dass seitens vieler Projekte und Träger konstruktive Auswege aus der Situation gesucht werden, die teilweise auch bereits Früchte tragen, auch wenn sie das grundlegende Problem nicht lösen.

So haben sich einige Projekte zu größeren Projektverbünden zusammengeschlossen oder Genossenschaften gegründet, um die grundlegende Ausstattung (Räume, Betriebskosten) zu sichern. Auch neue Kooperationsformen haben sich in jüngster Vergangenheit entwickelt. Besonders hervorzuheben ist hier die Schnittstelle von Quartiersmanagement, Jugendförderung und sozialer Stadtteilarbeit in Marzahn-Nord. Eine Gesprächspartnerin hob hervor:

„Aus meiner Sicht war es sehr wichtig, das Q-Management einzurichten, weil dadurch lokale Träger gestärkt werden konnten, auch finanziell. Unsere Projekte wären anders nicht möglich gewesen." Die Interviewte sagte, dass Quartiersmanagement und Wohnungsbaugesellschaft helfen, freie Träger der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu halten.

Kooperationen finden für die Organisation von Veranstaltungen z.B. mit anderen Teilen der Verwaltung, mit Firmen oder lokalen Unternehmen statt. „Das Spreecenter unterstützt zum Beispiel die Villa ganz doll. Die machen dann zusammen Veranstaltungen, das ist ein geben und nehmen."

Insbesondere die Kooperation mit Wohnungsgesellschaften wird immer wieder als positive Entwicklung angeführt:

„Die Wohnungsbaugesellschaft hat uns auch diese Räume hier zur Verfügung gestellt, wir zahlen keine Miete, nur die Betriebskosten. Auch da sind die immer sehr kulant. [...] Diese Unternehmen sind am Anfang skeptisch und denken, was wollen die, man muss sich erst rantasten."

Oder:

„Die Wohnungsbaugenossenschaft [XY] hat sich bereit erklärt, eine Kooperationsvereinbarung unterschrieben, anteilige Betriebskosten mit zu finanzieren im Gegenzug wird ne Theatergruppe gemeinsam aufgebaut" Und die Räume der Einrichtung können „von den Anwohnern [genutzt werden z.B. für Kieztreffen]. Bis jetzt haben se keine Räume zur Verfügung gehabt und haben eigentlich die [Einrichtung] gar nicht wahrgenommen".

Insgesamt wird ein Trend hervorgehoben, Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft, die bisher auf die Zielgruppe von Jugendlichen ausgerichtet waren auch für die Nachbarschaft zu öffnen.

„Und die Tendenz, die ich persönlich gut finde, dass auch kommunale Einrichtungen von den Trägern nicht mehr nur so eng für Kinder und Jugendarbeit genutzt werden, sondern generationsübergreifend Gemeinwesenarbeit dort gemacht wird in den Zeiten wo Kinder und Jugendliche eh diese Einrichtung weniger stark frequentieren..."

Ein Mitarbeiter einer JFE beschreibt die Perspektive seiner Einrichtung wie folgt:

Frage: „Siehst du neue Tendenzen?"

Antwort: „Das Springpfuhlhaus wird immer mehr zum Bürgerhaus werden, nicht nur von Jugendlichen besucht werden, sondern durch das Internetcafe von allen Bevölkerungsgruppen. Das Haus hat sich in den letzten Jahren immer mehr nach außen geöffnet, hat eine Riesenakzeptanz hier in Wohngebiet, wir machen auch Veranstaltungen draußen auf dem Platz oder im Rathaus, in den Springpfuhlpassagen . Wir machen auch Sachen, die nicht nur für Jugendliche sind, sondern auch für Erwachsene. Das wird total gut angenommen."

Frage: "Woran siehst du das mit der Akzeptanz?"

Antwort: „Feedback von Leuten oder dass Leute mehr Zusammenarbeit mit uns suchen, weil sie merken, dass es gut funktioniert."

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Verknüpfung von Jugendarbeit und sozialer Stadtteilarbeit. Einer Einrichtung im Bezirk gelingt es auch, interkulturelle und generationsübergreifende Aspekte zu berücksichtigen: „Wir haben die Einrichtung „Titanic", die sich speziell mit Aussiedlern und Minderheiten beschäftigt, also Bosnier, Vietnamesen sind jetzt z.T. schon da. Die machen da in der Einrichtung ´was zusammen und man muss sagen, das läuft super, und in Einrichtung haben wir auch von ‚Soziales' ein Stadtteilzentrum und somit ist die Verknüpfung ganz gut, also die Eltern gehen da zur Beratung hin und die Jugendlichen sind eben auch dort. Also, da muss ich sagen, das ist ein positives Beispiel aber wir müssen schauen, dass wir das noch so zwei Jahre halten können, weil die Einrichtung abgerissen werden soll durch diese Stadtumbaumaßnahmen."

Trotz der vielfältigen Probleme sehen einige der Interviewten auch hier unausgeschöpfte Potenziale, die die Arbeit erleichtern könnten:

„Ich denke, dass es gerade in Marzahn Nord ein sehr großes Raumangebot gibt, durch Leerstand von Wohnungen, was punktuell genutzt wird, um Projekte zu machen. Das muss

noch viel mehr Raum gewinnen. Verbundsysteme müssen besser werden durch das bessere Nutzen von materiellen und technischen Ressourcen. Ich finde nicht, dass jeder Jugendclub einen Videobeamer haben muss, sondern dass es einen im Quartier gibt, den alles Einrichtungen nutzen können. Dann gibt es noch die Möglichkeit des Austausches von Personal, das sage ich als Betroffene. Ich habe seit 1998 immer als Alleinkraft mit Ehrenamtlichen und Praktikanten gearbeitet und sehe, dass kommunale Einrichtungen mit 4-6 MitarbeiterInnen arbeiten. Da muss ein unkomplizierter Austausch stattfinden. Und die Verbindung zwischen den Projekten: In unserer Gremienrunden haben wir festgestellt: Eigentlich macht jeder seins. Wen man sich an Projekten nicht beteiligt, gibt es Verstimmungen, man müsste eine gemeinsame Jahresplanung machen, Schwerpunkte festlegen für alle und die Lasten anders verteilen. Aus meiner Sicht müssen Mitarbeiter qualifiziert werden. Sie müssen auf dem Level der Jugendlichen sein. Generell muss ein gesellschaftlicher Umverteilungsprozess stattfinden. Ein Potential ist noch, vom Bezirk her zu gucken, wie man an EU-Mittel kommt, man muss mit Wirtschaftsunternehmen Verhandlungen aufnehmen, in Marzahn-Hellersdorf und darüber hinaus...."

**Ausblick und Anregungen:**

**Demokratieorientierung als Querschnittsaufgabe in den Aktivitäten von Jugendarbeit**

Die vorliegende Studie verweist auf die Notwendigkeit der Weiterentwicklung demokratiefördernder Jugendarbeit mit folgenden Aspekten

A) Unterstützung demokratischer Selbstorganisation von Kindern und Jugendlichen

B) Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen, insbesondere

- Rassismus, sowohl strukturell als auch im Alltag
- Gewalt gegen Unterlegene– ‚Hasskultur'
- Homophobie
- Antisemitismus

Entsprechende Einstellungs- und Verhaltensmomente ziehen sich in unterschiedlichem Maße durch viele Jugendmilieus hindurch und sind teilweise auch bei nichtrechten und sich als alternativ verstehenden Jugendlichen vorzufinden. Die Auseinandersetzung mit ihnen schließt die Frage nach den Prinzipien der Demokratie (ihren Werten, Grundrechten, aktuellen Konfliktthemen) ein. Eine Thematisierung kann im Rahmen der alltäglichen Arbeit und im Kontext politischer Bildung stattfinden. Die konzeptionellen Schwerpunkte in Jugendeinrichtungen (Arbeit mit Musik, Medien, Sport, Kultur etc.) können für die Stärkung demokratischer Werte und Handlungskompetenzen Anknüpfungspunkte bieten. Methodisch zeichnet sich ein Bedarf an Weiterentwicklung von Begegnungsarbeit bzw. interkultureller und historisch-politischer Bildung ab.

Außerdem verweist die Kommunalanalyse auf die Notwendigkeit der weiteren Klärung von Grundfragen und Grundprinzipien in der pädagogischen Arbeit. Dazu gehören vor allem das Verständnis von Teilhabe und Integration, interkultureller Arbeit, Minderheitenschutz und Opferperspektive.

C) Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen

Notwendig scheint auch eine Verständigung über Ansätze der inhaltlichen Arbeit mit Arbeit mit rechtsextrem-orientierten bzw. ‚gefährdeten' Jugendlichen. Dies betrifft vor allem die Ebene der alltäglichen Praxis in Einrichtungen als auch die Frage nach geeigneten Aktivitäten zur Förderung demokratischer Werte. Als ein wertvoller Beitrag in dieser Richtung kann das Konzept der „Subversiven Verunsicherungspädagogik" (nach Eckart Osborg) gelten.

Aus:

„Subversive Verunsicherungspädagogik"

„Für die Präventionsarbeit mit gewaltbereiten und rechtsradikalen Jugendlichen wurde ein Handlungskonzept entwickelt, das rechtsradikales Gedankengut explizit als Gesprächs- und Diskussionsstoff in die Jugendarbeit einbezieht. Ausgangspunkt der Konzeptüberlegungen war, dass der Ansatz der „akzeptierenden Sozialarbeit" als zu begrenzt beurteilt wurde, da er die innere Affinität der gefährdeten Jugendlichen zu nationalsozialistischer Ideologie nicht ausreichend berücksichtige und diese in der Suche nach politischer Identität allein lasse. [...] Das Konzept der Subversiven Verunsicherungspädagogik macht dagegen gerade die Faszination nationalsozialistischer Ideologie zu einem wesentlichen Bestandteil seiner Überlegungen. Danach müssen Handlungsprinzipien der Präventionsarbeit, wie das Setzen von Grenzen, insbesondere bei Gewaltanwendung auch unter Zuhilfenahme der Polizei und die haltgebende Un-

terstützung des Individuums in persönlichen Krisensituationen und ggf. das konkrete Angebot von ‚Aussteigerprogrammen' verknüpft werden mit einer verunsichernden und teilweise provozierend-konfrontierenden Verwicklung in Auseinandersetzungen mit den Widersprüchen ihrer Ideologie. Ziel dieser Provokation ist zunächst die Selbstoffenbarung des Denkens und Fühlens, die sich nicht nur im Inneren des/der Jugendlichen abspielen soll, sondern mit Hilfe eines speziellen methodischen Vorgehens in den Diskurs mit den Pädagogen einbezogen werde. Ein weiteres Ziel sei hierbei, dass der/die Jugendliche seine/ihre eigenen Rationalisierungen durchschaut, seine/ihre Selbstgewissheit verliert, wieder lernfähig wird. Erklärtes Ziel dieser Subversiven Verunsicherungspädagogik stellt die Zerbröselung der politischen Rechtfertigungsideologie und die Rücknahme von Aggressionen auf die zu Feinden stilisierten Personengruppen dar. Erreicht werden soll dies mittels eines veränderten Rollenverständnisses, das z.B. beinhalte. Nicht überzeugen zu wollen: Versuche, die Jugendlichen von ihrer Ideologie abzubringen, führten nur zu einer Kampfbeziehung, in der der Jugendliche immer der Gewinner bleibe. Ziel müsse es vielmehr sein, dass der Jugendliche sich selbst oder die Jugendlichen sich untereinander in Frage stellen. Dazu müsse eine neugierige Grundhaltung eingenommen werden, in der verunsichernde Fragen gestellt werden können. Die Jugendlichen sollen ihre Position erklären, so als ob man sich überzeugen lassen wolle und sie dafür überzeugende (logisch schlüssige) Argumente hätten. Die Macht der Frage soll dabei ausgenutzt werden, um die Jugendlichen mit z.B. Widersprüchen zwischen ihrer Ideologie und ihrem eigenen Verhalten oder zwischen unterschiedlichen Gruppierungen der rechten Szene zu konfrontieren."[181]

Modelle einer auf solcher Basis fundierenden Jugendarbeit[182] können zentrale Beiträger zur Entwicklung einer Demokratieorientierung bei Jugendlichen sein. Zweifelsohne bedarf eine solche inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen einer entsprechenden Qualifikation der Pädagogen in Hinsicht auf rechtsextreme Phänomene, Wirkungsweisen und Ideologien; einer strukturellen Absicherung und konzeptioneller Einbindung sowie einer externen Begleitung zur Praxisreflektion.

**Anhang:**

**Auszüge aus der Rahmenkonzeption politische Bildung**

**Rahmenkonzeption für die politische Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen nach SGB VIII**

Im Sinne des Gesetzes trägt das Jugendamt (Fachbereich 1: Allgemeine Förderung von jungen Menschen und Familien) für die Organisation und Umsetzung des Konzeptes die Gesamtverantwortung.

Der Fachbereich 1 ist für die Initiative, Mitorganisation, Koordination, Beratung und Verwaltung aller Maßnahmen der kommunalen Jugendfreizeiteinrichtungen im Rahmen der politischen Bildung zuständig. Der Fachbereich organisiert und führt selbst auch zentrale Veranstaltungen im Rahmen der politischen Bildung durch.

**1. Gesetzliche Grundlagen**

Der gesetzliche Auftrag für die politische Bildung ergibt sich aus § 11, Absatz 3, Satz 1, SGB VIII und § 6, Absatz 3, AG KJHG. Politische Bildung in der Jugendarbeit orientiert sich auch an die UN-Konvention zum Thema Rechte des Kindes vom 1989.

**2. Definition und Ziele der politischen Bildung**

Definition:

Politische Bildung ist Entwicklung und Erziehung von jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. Sie soll sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.

Politische Bildungsarbeit ist als ein übergreifendes Prinzip im Sinne der Verknüpfung und Vernetzung von einzelnen Handlungsfeldern wie z.B. offener Jugendarbeit, Streetwork / Mobiler Jugendarbeit, Jugendkulturarbeit, Jugendsozialarbeit, Interkultureller Bildung, Integrationsarbeit sowie geschlechterdifferenzierter Jugendarbeit zu verstehen.

[181] Vgl. Osborg, Prof.Dr. Eckart: Subversive Verunsicherungspädagogik für die sozialpädagogische Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen. Fachhochschule Hamburg. Fachbereich Sozialpädagogik. 2003 (Einleitung)
[182] Vgl. Zentrum Demokratische Kultur (1999); Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen, Berlin (als Bulletin 1/1999 veröffentlicht)

Politische Bildung ist durchgängiges Arbeitsprinzip im Rahmen der Jugendarbeit. Sie setzt an den Freizeitinteressen von Jugendlichen an und wird in der offenen Kinder- und Jugendarbeit realisiert, dabei hat die Partizipation einen sehr hohen Stellenwert.

Politische Bildung ist auch eine beabsichtigte, organisierte Form des politischen Lernens, das an Lernziele orientiert und auf diese hin didaktisch-methodisch strukturiert ist.

Grundprinzipien politischer Bildung sind der gleichberechtigte Dialog mit den Adressaten und die Freiwilligkeit der Teilnahme.

Ein wesentlicher Aspekt der politischen Bildung ist die Erziehung zur Toleranz, die Entwicklung einer lebendigen Streitkultur sowie die Förderung von Widerspruchsgeist. Sie ist eine Auseinandersetzung mit sich selbst und der Gesellschaft. Die politische Bildungsarbeit ist ein Bestandteil des sozialen Lernens und darauf gerichtet, Kindern und Jugendlichen klare, glaubwürdige und lebensweltorientierte Handlungskonzepte zum Erleben, Anfassen und zur Partizipation zu vermitteln.

Politische Bildung ist Teil politischer Sozialisation und Politikvermittlung in Zusammenarbeit mit anderen Sozialisations- und Politikvermittlungsinstanzen wie Familie, Schule, Arbeit, Institutionen politischer Kultur, Medien und Freizeit.

Politische Bildung ist heute in der Hauptsache ein Angebot zur Orientierung, zur Kommunikation, zum Dialog und zur Bewältigung von politischen Umbrüchen und den Folgen tiefgreifenden sozialen und kulturellen Wandels. Dieser gesellschaftliche Wandel betrifft junge Menschen in ihrer persönlichen Lebensführung, ihren sozialen und politischen Meinungen, Urteilen, Einstellungen und ihrem Verhalten.

Sie sollen ihn nicht passiv erleiden, sondern aktiv mitgestalten.

Politische Bildung trägt der Notwendigkeit Rechnung in globalen Zusammenhängen zu denken und zu handeln. Sie, als internationales Projekt und gestaltete Begegnung, kann eine Basis sein, auf der der schwierige Balanceakt zwischen Akzeptanz und Verstehen von Fremdheit einerseits und dem Geltenlassen von Unverstandenen andererseits gelingt. Dies ist die Grundlage für ein friedliches Miteinander von Nationen, Gesellschaften, Kulturen und Menschen. [...]

Politische Bildungsarbeit mit ihren Handlungsfeldern kann nicht dazu genutzt werden, um kurzfristig Orientierungen, Meinungen oder Verhaltensmuster von Jugendlichen zu verändern, sondern sie muss Mädchen und Jungen durch langfristige und kontinuierliche Beziehungsarbeit für demokratische Prinzipien und gewaltarme Formen der Konfliktbewältigung gewinnen. Deshalb muss sie auch immer persönliche und soziale Unterstützung anbieten und bei den Interessen und Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen ansetzen. [...]

Verdeckter oder offener Rassismus machen es wichtiger denn je, gerade Jugendliche zur Auseinandersetzung mit Fremden anzuleiten, ihre Neugier zu wecken, ihnen ihre Vorurteile als solche kenntlich zu machen und diese, wenn möglich, abzubauen. Jugendarbeit hat sich durchgängig mit Fragen interkultureller Bildung zu beschäftigen, ohne dabei berechtigte Ängste von Jugendlichen zu überspielen und Konflikte zu vermeiden. Die Fremdheit des jeweils anderen soll nicht vorbehaltlos verstanden und akzeptiert werden.

**Ziele der politischen Bildung:**

- Hauptziel: Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie. Schaffung von Lebensgrundlagen für die Demokratie
- Förderung von Partizipation sowie Handlungs- und Einmischungsbereitschaft
- Entwicklung von Werten und Orientierungen sowie Moral und Verantwortungsbewusstsein
- Sensibilisierung der Jugendlichen für die Erfüllung und Einlösung des Geschlechter- und Generationsvertrages
- Vermittlung von positiver Bestimmung der Begriffe von Toleranz (aktives Auftreten gegenüber Intoleranz), von Pluralität und von Vieldeutigkeit und Widersprüchlichkeit
- Schaffung von europäischer Identität, Internationalität, Offenheit bei gleichzeitiger Klärung und Definition eigener nationaler, regionaler und kultureller Identität
- Erziehung zum Engagement für Friedenssicherung
- Förderung der inneren Vereinigung von Ost- und Westdeutschland
- Vermittlung von positiver Bestimmung des zivilen und demokratischen Deutschlands
- Erziehung zur Gegenkraft gegen die Alleinherrschaft des Konsums
- Förderung zum aktiven Eintreten für Menschen- und Grundrechte
- Erziehung zum innovativen Denken und gedanklicher Vergegenwärtigung von Zukunft

- Förderung von demokratischem Verhalten, Berücksichtigung von Individualität und soziales Empfinden, Zivilcourage.
- Durchsetzung eigener Interessen und Bewusstmachung von Gruppeninteressen
- Befähigung zur Einsicht in demokratische Prozesse und Schaffung von Transparenz
- Einblick in Verwaltungsabläufe

**Prinzipien und Arbeitsformen**

Wesentliches Prinzip politischer Bildung ist „Freiwilligkeit". Als Arbeitsformen werden genannt, die „Alltags- und Lebensweltorientierung", „Erlebnis- und Prozessorientierung statt reiner Wissensvermittlung", „Förderung der Konfliktfähigkeit in verschiedensten Lebenslagen", „Selbstorganisierung, Eigenverantwortlichkeit und Unabhängigkeit, Vielfalt im Einsatz und in der Nutzung von Medien

### 12.3.4 Stadtteil- und Nachbarschaftsarbeit

Ein besonderes Augenmerk wird nun auf die sozialen Stadtteilzentren, das Quartiersmanagement und die Akteurspotenziale in Wohnumfeld und Nachbarschaft gelegt, denn auch hier zeigen sich Ausgangspunkte und Entwicklungspotenziale demokratiefördernder Aktivitäten.

#### Soziale Stadtteilzentren

Soziale Stadtteilzentren sind in allen Marzahn-Hellersdorfer Stadtteilen eine wesentliche Komponente der sozialen Infrastruktur. In Berlin geht die Entwicklung sozialer Stadtteilzentren ursprünglich auf den Senatsvertrag „Stadtteilzentren" zurück, der in einer ersten Phase von 1999-2002 umgesetzt wurde und sich seit 2002 in einer zweiten Phase befindet.

Die Stadtteilzentren dienen der bedarfsgerechten Absicherung von Betreuungs-, Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil. Sie werden aus sozialpolitischer Perspektive als „kleinräumiges und bedarfsorientiertes System sozialer Grundversorgung" betrachtet.

In ihnen sind Ressourcen der Nachbarschafts- und Selbsthilfearbeit gebündelt: Stadtteilzentren werden als Träger, Orte und Verbundstrukturen beschrieben, in denen Angebote und Einrichtungen zur Unterstützung von Selbsthilfe, Nachbarschaftsarbeit, Familien, Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen verbindlich zusammenarbeiten.

Zum Aspekt der Grundversorgung ist jedoch ein grundlegend demokratiepolitischer Aspekt hinzuzufügen.

So sind die sozialen Stadtteilzentren als Rahmenbedingungen zur Förderung von „zivilgesellschaftlichem Engagement" initiiert worden, worunter die Entwicklung „freiwilliger selbstbestimmter gemeinwesenorientierter Aktivitäten von Menschen, um ihre Probleme zu bewältigen, ihre Lebenssituation zu verbessern oder anderen Menschen zu helfen" verstanden wird.[183]

Durch ihre Infrastruktur, soll die Möglichkeit eröffnet werden, zivilgesellschaftliches Engagement zu aktivieren und zu unterstützen.

In der nun folgenden Diskussion wird daher ein Votum für eine Verstärkung der „Demokratieorientierung" in der Praxis der Stadtteilzentren gegeben, wobei die AutorInnen zur Grundlage nehmen, dass diese „Demokratieorientierung" bereits in Grundzügen in der übergeordneten Konzeption der sozialen Stadtteilarbeit angelegt ist.

Der Bezirk hat ein eigenes Konzept entwickelt, das an die konkreten Bedarfslagen angepasst wurde und sich inhaltlich am Senatskonzept orientiert. Im Rahmen einer Verbundstruktur sichert in jedem Stadtteil ein Stadtteilzentrum in Kooperation mit anderen Trägern die Nachbarschafts- und Gemeinwesenarbeit. In diese Verbundstruktur wurden vorhandene Einrichtungen der Nachbarschafts- und Gemeinwesenarbeit integriert (z.B. Nachbarschaftshäuser und -treffpunkte, Selbsthilfeeinrichtungen), ebenso wie die senatsgeförderten Einrichtungen.

Als explizites Ziel für die Stadtteilzentren ist in Marzahn-Hellersdorf festgelegt, dass sie „der Entwicklung von sozialer Verantwortung" für „das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Generationen, Geschlechter, Weltanschauungen, Herkunft und sozialer Lage" dienen sollen.

Interessant ist an diesem Punkt, dass im seit 2003 gültigen Folgevertrag des Landes Berlin mit dem Partitätischen Wohlfahrtsverband als Dachorganisation ein detailliertes Aufgabenprofil vereinbart worden ist:

- Vernetzung und Integration im Stadtteil
- BürgerInnenbeteiligung, Quartiersentwicklung und Verbesserung der Lebensqualität
- Selbsthilfeförderung und -unterstützung
- Stärkung des zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements
- Förderung von Nachbarschaftsbeziehungen und gegenseitiger Hilfe
- Generationsübergreifende und interkulturelle Arbeit
- Angebote im Rahmen von Maßnahmen und Konzepten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus[184]

#### Problemaufriss

Dies ist insofern grundlegend, als dass inhaltlich also auf die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus Bezug genommen wird, ebenso wie auf die Dimensionen interkultureller Arbeit und Integration. Die Auseinandersetzung mit de-

[183] vgl. Sozialstrukturatlas 2004, S. 221

[184] vgl. datenbank.spinnenwerk.de/cms2/publikationen/ folgvert/folgvert.PDF. (Zielsetzung und Vertragsgegenstand unter §1

mokratiegefährdenden Phänomenen, wie sie in dieser Studie beschrieben wurden und die Suche nach Möglichkeiten der Stärkung einer demokratischen Kultur sind somit eine originäre Aufgabe der Stadtteilzentren.

Mit einem Blick auf das empirische Material seien daher folgende Fragen aufgeworfen:

Wie reagieren Stadtteilzentren in ihrer Innen- und Außenwirkung auf demokratierelevante Herausforderungen zu denen neben Rechtsextremismus, auch

- Rassismus und rassistisch motivierte Gewalt,
- Demokratiezweifel und Demokratiefeindlichkeit in Teilen der Bevölkerung
- Generationsübergreifend verankerte Ungleichwertigkeitsvorstellungen und ein Festhalten an der Vorstellung von „Etabliertenvorrechten" bei Teilen der Wohnbevölkerung

gehören.

Das empirische Material beinhaltet Hinweise darauf, dass einzelne Stadtteilzentren Aspekte dieser Probleme zu erkennen und zu bearbeiten beginnen, dass aber von einer durchgängigen Demokratieorientierung noch nicht gesprochen werden kann.

Eine solche „Demokratieorientierung" müsste Interkulturalität als Querschnittsaufgabe stärker herausstellen, ebenso wie eine Wertorientierung, in der das demokratische Wertrepertoire (insbesondere Gleichwertigkeit und Minderheitenschutz) stärker repräsentiert ist. Außerdem würde dies eine deutlichere Positionierung in der Öffentlichkeitsarbeit, Angebotsstruktur und Raumgestaltung gegen Rechtsextremismus und demokratiefeindliche Tendenzen beinhalten. Hinzu käme eine Verstärkung von Praxisansätzen zum Empowerment von Angehörigen sozialer und kultureller Minderheiten.

Im Zeitraum der Kommunalanalyse waren zwar immer wieder Veranstaltungsangebote wahrzunehmen, die im weitesten Sinne unter die Zielstellung der Demokratieförderung einzuordnen waren – zum Beispiel im Rahmen der „Interkulturellen Woche" –, es gab jedoch auch bedenkliche Positionierungen. So deutete eine Mitarbeiterin eines Stadtteilzentrums in einem Gespräch an, dass ein Informationsstand auf einem interkulturell orientierten Kiezfest schließlich ausreichen müsse, um die interkulturelle Arbeit (Teil des Aufgabenprofils) nachzuweisen. In einem anderen Interview wurden Ressentiments gegenüber MigrantInnen deutlich und die Notwendigkeit von Integrationsprozessen grundsätzlich in Frage gestellt. Und in einem weiteren Gespräch konnte nicht nur keine Auskunft über das potenzielle Vorhandensein rechtsextremer Erscheinungen im Stadtteil gegeben werden, sondern das Thema wurde grundsätzlich abgewehrt mit dem Verweis, dass dringendere Sorgen anstünden.

Insgesamt vermittelte sich in einem Teil der Gespräche der Eindruck als würde das Engagement für „Demokratie und Interkulturalität – gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus" als ‚Nebenaufgabe' verstanden, die mit einer Veranstaltung oder ähnlichen kleinen Aktionen ‚abgerechnet' werden könne.

Es ist jedoch anzumerken, dass es trotz dieser Hinweise auf einen Bedarf an stärkerer Auseinandersetzung mit den demokratierelevanten Fragen, auch positive Beispiele gibt.

Dazu gehören in einem Fall ein konstruktives und beispielhaftes Zusammenwirken von interkulturell orientierter Jugendarbeit und Stadtteilarbeit, in anderen Fällen gehören dazu fortgeschrittene Erfahrungen im Bereich der Integration von Einheimischen und AussiedlerInnen und in anderen Fällen ist eine Offenheit und ein Interesse an der Diskussion der Ergebnisse der Studie artikuliert worden, um weiterzuüberlegen, was dies für die Arbeit im Stadtteil heißen könnte.

**Anregungen – Entwicklung einer Demokratieorientierung im Bereich Stadtteilarbeit**

A) Ebenso stark, wie in den Bereichen Schule und einigen Jugendeinrichtungen stellt sich die Klärung von Grundfragen für die Stadtteilarbeit dar.

   Dazu gehören Klärungen des Verständnisses von Interkulturalität, Integration und Partizipation, ebenso wie eine Klärung des Demokratiebegriffs und der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus/ Verständnis demokratiegefährdender Phänomene.

B) Entwicklung von Handlungsstrategien zur Förderung von demokratischer Kultur ausgehend von den Schlüsselproblemen vor Ort (lokale Demokratieförderung):

- Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus und Demokratiezweifeln
- Auseinandersetzung mit rechtsextremen, völkischen Argumentationsstrategien/Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsideologien
- Berücksichtigung demokratierelevanter Themen in der Angebotsstruktur (Veran-

staltungen etc.)/ Etablierung und Moderation entsprechender Themen

- Eigene Positionierung bei demokratierelevanten Konflikten im Stadtteil
- Nutzung der eigenen Bekanntheit und Nutzung von Stadtteilmedien zur Positionierung

C) Weiterentwicklung Interkultureller Arbeit als Querschnittsorientierung der Stadtteilarbeit

D) Weiterentwicklung von Methoden der Aktivierung von BürgerInnenengagement bzw. zur demokratischen Selbstorganisation von BürgerInnen mit und ohne Migrationshintergrund, sowie Angehörigen von Minderheitengruppen

**Quartiersmanagement**

In einem der Marzahn-Hellersdorfer Stadtteile, in Marzahn-Nord, stellt das Quartiersmanagement einen wesentlichen Akteur dar. Marzahn-Nord ist einer von 17 Berliner Stadtteilen, in denen 1999 ein Quartiersmanagement eingerichtet wurde, da sich für dieses Gebiet ein „besonderer Entwicklungsbedarf" zeigte. Wie in anderen Quartiersmanagement-Gebieten auch, sind die Problemlagen sehr komplex. Es handelt sich um eine Überlagerung von lokalen sozialen, wirtschaftlichen, städtebaulichen, infrastrukturellen, ökologischen und gesundheitlichen Problemfeldern.

Die originäre Aufgabenstellung eines Quartiersmanagements ist es, sich dieser Komplexität anzunehmen und eine „Aufwertung" des Quartiers zu realisieren. Daher ist der Ansatz auch ressortübergreifend angelegt. Quartiersmanagement ist eine gemeinsame Aufgabe der Politikfelder Wohnen, Soziales, Bildung, Jugend, Wirtschaft, Arbeit und auch Sicherheit.

Auch hier wird davon ausgegangen, dass nur eine aktive Einbeziehung der BewohnerInnen die erfolgreiche Bewältigung der vielfältigen Aufgaben und Probleme möglich macht. So formuliert die Quartiersagentur in Marzahn Nord/West:

„Die Quartiersagentur will gemeinsam mit den Bewohnern, Gewerbetreibenden, Vereinen, Schulen, Wohnungsunternehmen und Initiativen Strategien zur Weiterentwicklung des Stadtteils erarbeiten sowie Wege und Mittel finden, diese umzusetzen. Besonders wichtig ist, Vorschläge von KiezbewohnerInnen aufzugreifen und sie am weiteren Prozess zu beteiligen. Die Quartiersagentur bietet mehrere Foren und Gesprächskreise, in denen sich engagierte Bewohner und AkteurInnen an der Stadtteilentwicklung beteiligen und damit aktiv zu einer Imageverbesserung beitragen können."[185]

Mittlerweile ist mit dem Quartiersmanagement ein Bewohnerbeirat assoziiert und ein selbstorganisiertes Forum von MigrantInnen bzw. AussiedlerInnen.

Bezüglich der mit dem Quartiersmanagement verbundenen Zielstellung der BewohnerInnenaktivierung wird mitunter jedoch auch Kritisches angemerkt. So heißt es bei Petra Brangsch, einer Mitarbeiterin der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus, in einem Artikel zur „Stadtteil- und Kiezarbeit": „Bürgerschaftliches Engagement auf Stadtteilebene wurde bisher nur dann gefördert, wenn Sonderprogramme (Quartiersmanagement, Stadtumbau-Ost etc.) aufgelegt werden, die dies als Voraussetzung/Bedingung für eine Finanzierung haben. Aber selbst dann ist bürgerschaftliches Engagement auf Stadtteilebene bestenfalls von Politik und Verwaltung geduldet. Seinen Ausdruck findet dies in den von Politik und Verwaltung vorgegebenen Rahmenbedingungen, die nach Einschätzung der AkteurInnen vor Ort bürokratisch und reglementierend sind. Typisches Beispiel dafür sind die im Rahmen des Quartiersmanagements von der Senatsverwaltung für Stadtverwaltung vorgegebenen Geschäftsordnungen für Bürgerjurys und Abrechnungsverfahren, die mehr der Verhinderung als der Förderung bürgerschaftlichen Engagements dienten."[186]

Relativierend merkt Brangsch jedoch an: „Trotz dieser Hemmnisse sind zahlreiche Initiativen der Einwohner/innen und lokalen Akteur/innen entstanden, wurden viele Ideen und Projekte umgesetzt. Insgesamt kam es zu einer Aktivierung der Einwohner/innen. Die Bereitschaft der Einwohner/innen, sich für ihren Stadtteil zu engagieren, ist z.B. im Rahmen des Quartiersmanagement gestiegen, v.a. weil sie über ein eigenes Budget – insgesamt 500.000 € - verfügten und selbst entschieden, welche Projekte umgesetzt werden. In dem Zusammenhang ist interessant zu wissen, dass ein ziel- und wirkungsorientierter Einsatz der finanziellen Mittel das entscheidende Kriterium bei der Entscheidung über ein Projekt war. Fazit: Bürgerschaftliches Engagement wird befördert, wenn Einwohner/innen selbst über Vorhaben in ihrem Stadtteil entscheiden können. Voraussetzung dafür ist, dass Politik und Verwaltung Entscheidungsmacht abgeben."[187]

In Marzahn Nord/West sind solche Prozesse der Einwohnerbeteiligung, der selbstorgani-

[185] www.marzahn-nordwest-quartier.de
[186] www.pds-berlin.de/partei/projekt/ bezirke/030123brangsch.rtf
[187] (ebd.)

sierten Projektkonzipierung und –realisierung mittlerweile sehr deutlich:

In Marzahn Nord/West existiert als zentrales Medium der Kommunikation seit längerer Zeit ein Internetportal[188], welches ein Beispiel der Information und Einbeziehung von BürgerInnen, Projekten und der Vernetzung im Stadtteil ist. In anderen Stadtteilen des Bezirks gibt es vergleichbare Ressourcen bisher nicht. Dieses Portal ist der „virtuelle Mittelpunkt" des Quartiers, heißt es auf der Website. Es gibt Aktuelle Meldungen, einen Veranstaltungskalender. BürgerInnen finden dort Infos, Zahlen und Fakten zum Quartier und zur Marzahner Geschichte. Vor allem jedoch stellen Einrichtungen und Initiativen dort aktuelle Projekte, ihre Arbeit und ihre Angebote vor. Ausgewählte Artikel der jeweils neuesten Stadtteilzeitung sind einsehbar. Das Portal dient auch als Diskussionsform von BürgerInnen für BürgerInnen: „Jeder kann und soll mitmachen: Kleine Reportagen für die Kiezgeschichten schreiben oder im Gesprächsforum einfach nur seine Meinung sagen..."[189]

Bezüglich der Förderung von Projekten und Aktivitäten gab es in allen 17 Quartiersmanagement Gebieten – so auch in Marzahn-Nord/West - im baulichen Bereich zahlreiche Projekte zur Platz- und Grünflächenverbesserung, im Bereich Qualifizierung und Beschäftigung Projekte für jugendliche Arbeitslose im Bereich Integration und Zusammenleben unterstützende Sprach- und Kulturprojekte sowie im Aktivitäten im Bereich BewohnerInnenaktivierung und BürgerInnenbeteiligung.

In Marzahn Nord/West war die Förderung von Projekten durch einen Quartiersfonds möglich, der im wesentlichen von BürgerInnen verwaltet wird.

Unter „Quartiersmanagement-Projekte" findet sich im Kiezportal dann auch eine Übersicht, die von Stadtumbau und Stadtteilgestaltungsprojekten, über Medienarbeit (z.B. deutsch-russischer Zeitung, Stadtteilzeitung, Journalismusprojekt), Feste, Sport und Kunstaktionen und Theateraktionen bis hin zu Projekten mit dem Ziel der Integrationsförderung, Toleranzentwicklung reicht.

Freie Träger der Jugendarbeit wiesen darauf hin, dass das Quartiersmanagement dazu beiträgt, sie im Stadtteil zu halten und dass wesentliche Projekte durch die Förderung des Quartiersmanagements ermöglicht werden konnten.

Ein aktuelles Gutachten belegt, dass es in allen Quartiersmanagement-Gebieten „Stabilisierungstendenzen" gebe, die es nun zu „verstetigen" gelte. Gleichermaßen wird hervorgehoben, wie schwierig es ist, BürgerInnen zu aktivieren, wenn es starke soziale Desintegrationsprozesse gibt.

**Verstärkung der Demokratieorientierung in der Auseinandersetzung mit Rassismus, Ungleichwertigkeitsideologien und Demokratieablehnung**

Trotz dieser positiven Prozesse möchten wir auch hier einige Brücken schlagen zu den in dieser Studie analysierten Demokratieproblemen. Ebenso wie für Stadtteilzentren, Jugendfreizeiteinrichtungen, Schulen oder Kindereinrichtungen ist auch für Quartiersmanagement eine Auseinandersetzung mit demokratiegefährdenden Phänomenen, insbesondere Rechtsextremismus und Rassismus, eine Herausforderung.

Am Beispiel des Quartiersmanagements eröffnet sich jedoch ein zentraler Konflikt, der u.E. offen diskutiert werden sollte. Einerseits zielt QM auf „Imageverbesserung" und „Aufwertung" des Quartiers und andererseits sind die in der Untersuchung beschriebenen Problemlagen eine sehr deutlich Handlungsaufforderung: Die Entwicklung eines Quartiers kann nicht getrennt von politischer Alltagskultur, Werten bzw. den politischen Einstellungspotenzialen der im Quartier lebenden Bevölkerung betrachtet werden.

Die im Jahr 2003 durchgeführten Kommunalanalysen in Berlin (Bezirke Mitte, Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf) machen jedoch deutlich, dass es im Kontext von Quartiersmanagement sehr unterschiedliche Umgangsweisen mit der Anforderung der Sicherung und Entwicklung einer demokratischen Kultur in der Auseinandersetzung mit ihren Gefährdungen gibt. Während ein Teil der Quartiersmanagement-Projekte sich das Ziel der Imageverbesserung und der Konsensfähigkeit im Quartier zum obersten Handlungsprinzip erkoren hat, findet durch einen anderen Teil der Projekte durchaus eine Förderung demokratischer Kultur statt.

Meist jedoch werden rechtsextreme und rassistische Erscheinungen nicht offensiv auf die öffentlich zu diskutierende Agenda gesetzt.

Wirft man einen Blick auf die Handlungsstrategie des QM in Marzahn Nord/West ist positiv anzumerken, dass es deutliche Unterstützung für die Selbstorganisierung und Interessenartikulation von MigrantInnen im Stadtteil gibt – Empowermentprozesse im weitesten Sinne – und dass auch Projekte der Bildungs- und Kulturarbeit zur Auseinandersetzung mit Rassismus und Intoleranz gefördert und unterstützt

[188] www.marzahn-nordwest-quartier.de
[189] vgl. www.marzahn-nordwest-quartier.de

wurden. Zu nennen ist hier noch einmal der „Aktionsplan für Demokratie und Toleranz in Marzahn Nord/West‟:

**Schnittstelle Jugendförderung und Quartiersmanagement**

Der Aktionsplan gibt als strategische Entwicklungsziele die „Entwicklung und Unterstützung von demokratischen Bewusstsein (Stärkung von Politik- und Demokratieglaube bei den Jugendlichen), die- Integration jugendlicher Aussiedler in das Gemeinwesen, die- Stärkung unterschiedlicher Jugendkulturen im Stadtteil‟ Angibt. Außerdem werden als Entwicklungsziele „die Stärkung von sozialem Engagement, - Abbau von Gewalt, Aggression und Vandalismus, - Abbau von Vorurteilen über die jeweilig andere Herkunftskultur, verbunden mit der Auseinandersetzung, der daraus resultierenden anderen Weltanschauungen und Religionen, - Entwicklung von Spaß an Ungewöhnlichem, von Neugierde auf ungewohnte Situationen, andere Lebensweisen, unbekannte Kulturen‟ formuliert.

Über einen längeren Zeitraum hinweg wurden sowohl in den Bereichen

A. Fortbildung
B. "Die andere Welt ist nebenan" Projekte zwischen Jugendlichen aus Marzahn Nord und Neukölln Nord (Zusammenarbeit mit Schule)
C. Kleinteilige und übergreifende Projekte und Veranstaltungen in Marzahn Nord/West

Aktivitäten durchgeführt.

Der Aktionsplan kann als Inspiration für die demokratiefördernde Arbeit in anderen Stadtteilen des Bezirks Marzahn-Hellersdorf gelten. Er ist einerseits wegweisend, macht aber auch auf die oben skizzierte Frage aufmerksam, ob eher „Probleme benannt‟ oder „Konstruktives betont‟ werden solle. Nach Ansicht der AutorInnen dieser Studie handelt es sich hier jedoch um eine künstliche Trennung. Wer sich für Demokratie und Toleranz einsetzt, kann konkrete Problemlagen mit Rechtsextremismus, Rassismus und Ausgrenzung nicht ausblenden. Umgekehrt ist es jedoch ebenso wenig nützlich, nur an den Problemen zu arbeiten, ohne eine Vorstellung von den Inhalten und Werten der Demokratie zu vermitteln.

**Fazit**

Was den Bereich des Quartiersmanagement anbelangt, stellt sich die Frage, wie eine Demokratieorientierung – auch in der Auseinandersetzung mit Rassismus und Demokratiefeindlichkeit - stärker zur Geltung kommen kann. Wir möchten eine Diskussion anregen, inwiefern Quartiersmanagement als Ansatz kommunaler Demokratieentwicklung verstanden und als solcher weiterentwickelt werden kann.

### 12.3.5. Wohnen und Nachbarschaft – Perspektiven eines demokratischen BürgerInnenengagements

Den Stadtteilen als größeren sozialen Kontexten stehen Sozialräume bzw. Quartiere und Wohngebiete gegenüber, in denen sich ein wesentlicher Teil des alltäglichen Lebens, darunter demokratiegefährdende Problemlagen, wiederspiegeln. Entsprechend stellt sich auch für den unmittelbaren Bereich von Wohnen und Nachbarschaft die Frage, wie demokratische Werte gesichert und eine auf dieser Basis kulturübergreifende soziale Integration gestaltet werden kann.

**Konkretisierung von demokratiegefährdenden Erscheinungen im Bereich Wohnumfeld und Nachbarschaft**

- Tendenzen oder Manifestationen von Ungleichwertigkeitsvorstellungen in Teilen der einheimischen Bewohnerschaft, Vorstellungen von „Etabliertenvorrechten" bezüglich eines privilegierten Zugangs zu Ressourcen und Entscheidungsprozessen
- Rassismus: Artikulation von in der Alltagskultur vorhandenen rassistischen Bildern; Manifestierung von rassistischem Verhalten bei sozialen Konflikten im Wohnbereich; in einigen Fällen rassistische Stimmungsmache im Wohnhaus und rassistisch motiviertes Mobbing im Wohnblock
- Rechtsextreme Erscheinungen: In einigen Fällen Trefforte rechtsextrem orientierter MieterInnen in Wohnblocks (z.B. in Hauskellern) oder Wohnumfeld (z.B. auf Freiflächen), Orte werden von potenziellen Opfern gemieden
- Hasskultur gegenüber Minderheiten/Unterlegenen: An einigen Orten Manifestierung gewaltbereiter, feindbildorientiert und aggressiv auftretender Jugendcliquen im Zusammenhang mit rassistisch motivierter Gewalt
- Offenheit eines Teils der einheimischen MieterInnen gegenüber rechtspopulistischen Politikstilen, die einen autoritären und rassistischen Umgang mit Konflikten im Umfeld vorschlagen

Vom Ansatz her können soziale Stadtteilzentren und Quartiersmanagement übergreifend förderliche Rahmenbedingungen für die Unterstützung und Aktivierung von zivilgesellschaftlichem Engagement sein.[190]

Um sich der Frage nach Perspektiven demokratischer Kultur in der Nachbarschaft im Detail anzunähern, ist es sinnvoll, sich die in den Wohngebieten vorhandenen Akteurspotenziale zu vergegenwärtigen, das heißt, diejenigen AkteurInnen zu identifizieren, die im Bereich Wohnen und Nachbarschaft relevant und ansprechbar für konstruktive Veränderungen sind. Neben Bürgerinnen und Bürgern selbst sind dies Wohnungsgesellschaften, freie und öffentliche Träger mit ihren Einrichtungen und Projekten, Institutionen, wie Schulen, aber auch die ans Wohngebiet angebundene Infrastruktur, z.B. Gewerbetreibende bzw. DienstleisterInnen, Einkaufszentren, Imbisse, Kneipen und Gaststätten. Das Handeln all dieser AkteurInnen wird sich wesentlich auf die Qualität des Zusammenlebens, die Beziehungen und Kommunikationsformen im Alltag und Formen der Konfliktaustragung auswirken. Hier liegen Potenziale Rassismus entgegenzuwirken und Formen eines demokratischen und interkulturellen Zusammenlebens zu entwickeln, die noch nicht in Ansätzen ausgeschöpft sind.

**AkteurInnen:**

**a) Wohnungsgesellschaften**

Angedeutet wurde in dieser Untersuchung bereits an verschiedenen Stellen, dass es positive Entwicklungen bezüglich der Kooperation von Wohnungsgesellschaften, Jugendförderung, freien Trägern und lokalen AkteurInnen zur Gestaltung der Lebensqualität im Wohnumfeld gibt. Meist geht es hier um die Sicherung oder Schaffung von Räumen für Jugendarbeit, Kiezkultur, Treffpunkte für BewohnerInnen etc., für die ein Sponsoring vereinbart wird. Dass die Sicherung einer demokratischen Kultur ein wesentlicher Aspekt von Lebensqualität für alle BewohnerInnen ist, wird dabei jedoch noch zu wenig reflektiert. Die Rolle und das Handeln der Wohnungsgesellschaften sollte jedoch stärker eine demokratische Werteorientierung zum Ausgangspunkt nehmen, in der die Frage gestellt werden kann, welche Beiträge sie als Wirtschaftsunternehmen zur Auseinandersetzung mit demokratiegefährdenden Phänomenen leisten können:[191]

[190] Pläne zur Einführung einer Stadtteilbudgetierung, die in Marzahn-Hellersdorf ausgearbeitet vorliegen, aber aufgrund finanzpolitischer Prämissen bisher nicht realisiert werden, könnten besonders förderlich wirken. Ein Blick lohnt hier auch auf den Weg, der im Bezirk Lichtenberg mit der Einrichtung eines Stadtteilmanagements im engen zusammenwirken mit Kiezbeiräten, BürgerInnenvereinen, zivilgesellschaftlichen Initiativen (z.B. der Netzwerkstelle „Licht-Blicke"), Fachinstitutionen (z.B. dem Zentrum Demokratische Kultur) und sozialen Stadtteilzentren gegangen wird.

[191] Die folgenden Überlegungen sind teilweise deckungsgleich mit der Textfassung des ‚Aktionsplans Lichtenberg'. Auch hier haben wir bereits Vorschläge im Handlungsfeld Wohnen und Nachbarschaft entwickelt. Vgl. ZDK: Aktionsplan Lichtenberg

**Leitbildentwicklung und Vermietungspolitik**

Die Art und Weise, wie Wohnungsgesellschaften oder –genossenschaften für die Wohnqualität im Stadtteil werben, ist ein Indikator für die Offenheit oder Geschlossenheit des Bezirks. So kam es in verschiedenen Bezirken (z.B. Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf) in den letzten Jahren vor, dass mit diskriminierender oder zweideutiger Werbung (z.B. „Keine Störung durch kulturelle Verschiedenheit") an die Öffentlichkeit gegangen wurde, wodurch rassistisch orientiere BürgerInnen in ihren Ressentiments bestätigt werden und die Gefahr verstärkt wird, dass Rassismus sich verfestigt wird bzw. entsprechende Verhaltensweisen als Normalität wahrgenommen werden.

Interkulturalität ist für das Leben in einer modernen Gesellschaft eine Chance und keine Störung, die es zu vermeiden gilt. Dies sollte sich auch im Leitbild der Wohnungsbaugesellschaften des Bezirks widerspiegeln und sich in der Eigenwerbung und konkreten Vermietungspolitik manifestieren. Inwieweit Prozesse der sozialen Integration verschiedener gesellschaftlicher Gruppen erfolgreich realisiert werden, prägt auch in Marzahn-Hellersdorf die Zukunftsfähigkeit und Attraktivität als Wohn- und Lebensort. Das Verhalten von Wohnungsgesellschaften und PrivatvermieterInnen in diesem Zusammenhang wird von Bürgerinnen und Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund als Indikator für die Offenheit und Lebensqualität im Bezirk wahrgenommen.

**Umgang mit Rassismus im direkten Wohnbereich**

Die Wohnungsbaugesellschaften und PrivatvermieterInnen haben als Besitzende und Verwaltende vielfältige Möglichkeiten Rassismus entgegenzuwirken, konstruktive Beziehungen und Kommunikation zwischen den MieterInnen zu fördern, die im Rahmen soziokultureller Diversifizierung der Wohngebiete entstehen können. Diese Potenziale gilt es zu nutzen und zu entwickeln.

Dass es hier schon erste Schritte gibt, darauf verweist die Erfahrung einer Interviewten:

„Ich habe einen interessanten Besuch erlebt: Die Leute von der Wohnungsbaugenossenschaft Horizont und Nordlicht waren bei mir und wollten einiges hören, meine Erfahrungen, weil sie gesagt haben: „Wir sehen die Aussiedler als gute Mieter." [...] Sie wollten ein Projekt für die Verständigung der zwei Mietergruppen."

Erste Schritte hin zur spezifischen Berücksichtigung der Lebenssituationen und Interessen von MieterInnen mit Migrationshintergrund gibt es schon. Dies Schritte können in Richtung einer interkulturellen Orientierung für das nachbarschaftliche Zusammenleben ausgebaut werden.

**Prävention und Intervention - Entwicklung von antirassistisch-interkulturellen Handlungsansätzen**

Nicht die Vermeidung einer soziokulturellen Diversifizierung der Wohngebiete tragen zu einer Steigerung der Lebensqualität der Wohngebiete bei, sondern eine konsequente Positionierung gegenüber Rassismus und eine konstruktive Bearbeitung von Konflikten, die durch verschiedene Lebensstile und Lebensgewohnheiten entstehen können. Als sinnvoll erweist sich daher auch in Marzahn-Hellersdorf eine Integration bereits erfolgreicher Instrumente der interkulturellen Konfliktbearbeitung in den Alltag der Wohngebiete und eine Stärkung der von rassistischen Erscheinungen im Wohnbereich Betroffenen.

Zu empfehlen ist in diesem Kontext zunächst eine (Weiter-)Entwicklung von Kooperations- und Vernetzungsstrukturen der Wohnungsbaugesellschaften mit lokalen AkteurInnen aus den Wohngebieten (interkulturellen Projekten und freien Trägern), Hausgemeinschaften und MieterInnenbeiräten (sofern vorhanden), sozialen Stadtteilzentren und Quartiersmanagement sowie zivilgesellschaftlichen Fachinstitutionen.

Ein wesentlicher, wenn auch nicht leicht zu realisierender Ansatz besteht in der Aktivierung von Mietparteien, die sich in der Prävention von Rassismus im Wohnbereich engagieren. In der Einrichtung von MieterInnenbeiräten und in der Gewinnung von sozial kompetenten AnsprechpartnerInnen für die Hausverwaltung liegen entsprechend Potenziale für ein nicht-rassistisches Zusammenleben. MieterInnenbeiräte, in denen die verschiedenen Mietparteien real repräsentiert sind, können auf die Aushandlung allgemein verbindlicher Hausordnungen und Regelungsverfahren im Konfliktfall hinwirken. Bei Hausordnungen ist allerdings besonders der Prozess des Zustandekommens relevant. Demokratische Grundsätze, wie ein Paragraph "Alle MieterInnen sind gleich" in der Hausordnung, können auf diesem Wege in die Hausgemeinschaft kommuniziert werden und zur Verhaltens- und Orientierungsgrundlage im Wohnbereich werden.

Voraussetzung für die Realisierung antirassistisch-interkultureller Handlungsansätze ist es, dass die von Rassismus betroffenen Mietparteien in ihren Erfahrungen ernst genommen werden und in der Inanspruchnahme ihrer Rechte unterstützt werden. Notwendig ist dazu die Bereitschaft des Umfeldes sich deutlich von

Rassismus abzugrenzen, dies beinhaltet auch eine deutliche demokratische Positionierung seitens der Wohnungsgesellschaften gegenüber sich diskriminierend und rassistisch verhaltender Mietparteien. Die Einrichtung von Beschwerdemöglichkeiten für von Mobbing betroffenen MieterInnen, die zu sozialen, kulturellen oder ethnischen Minderheiten gehören, kann ein wichtiges Instrument sein, Rassismus wirksam zu begegnen.

### b) Weitere AkteurInnen Bereich Wohnumfeld und Nachbarschaft

Neben grundlegenden Rahmenbedingungen, wie sie u.a. durch soziale Stadtteilzentren, das Quartiersmanagement, Schulen, Kitas in der Stadtteilen vorhanden sind, gibt es weitere Projekte und Einrichtungen in den Wohngebieten. Dazu zählen an einigen Orten Kirchengemeinden/Gemeindezentren, Sporttreffs (Vereinsräume), kleine Nachbarschaftstreffs oder Frauenprojekte, soziale (Wohn)Projekte, Beratungsdienste oder Kultureinrichtungen (z.B. Bibliotheken).

Kommunale Demokratieentwicklung benötigt „Möglichkeitsräume" – im engeren, wie im weiteren Sinne. Potenziale zur Auseinandersetzung mit Rassismus in der Nachbarschaft und zur Intervention bei Diskriminierung, Ausgrenzung und Übergriffen liegen in der Öffnung, der Kooperation, Vernetzung und Qualitätsentwicklung der im Sozialraum existierenden Einrichtungen. Die genannten Projekte und Einrichtungen können als Element der sozialen Infrastruktur Aktivitäten fördern oder initiieren. Die Herausforderung besteht darin, von dort aus ein interkulturelles und demokratischwertorientiertes Miteinander generationsübergreifend zu entwickeln.

Kulturelle, sportliche aber auch sozioökonomische und künstlerisch-gestalterische Aktivitäten, die unmittelbar in die Nachbarschaften eingebettet sind, können zur Schaffung von Kontakten, zur Vermittlung von Werten und zur Stärkung von Netzwerken beitragen. Eine Atmosphäre der wechselseitigen Anerkennung erweist sich in einer von sozialer Desintegration gefährdeten Stadtgesellschaft als besonders wichtig. Das In-Gang-Setzen sozialer Integrationsprozesse ist notwendigerweise komplex und nur langfristig zu denken.

Einige Anmerkungen seien zur Einbettung kultureller Aktivitäten in den nachbarschaftlichen Kontext formuliert:

In soziokulturellen Aktivitäten liegen Chancen zur Prävention vor und Dekonstruktion von Rassismus. Durch sie kann das interkulturelle Potenzial positiv herausgestellt werden. Das können regelmäßige Feste oder Veranstaltungen sein, bei denen AkteurInnen aus dem Wohn- und Nachbarschaftsbereich, Vereine und Einrichtungen sowie die soziokulturellen Zentren tätig werden. Hier gibt es bereits vielfältige Erfahrungen in den Sozialräumen des Bezirks, auf denen sich aufbauen lässt.

Als positive Illustration sei eine Projektbeschreibung eingefügt, die von einem Interviewten aus der Nachbarschaftsarbeit gegeben wurde. Es wird über ein internationales Jugendcamp erzählt, in dessen Kontext Jugendliche unterschiedlicher sozialer Hintergründe (GymnasiastInnen und Jugendliche mit Schulproblemen, Studierende von der ASFH und Flüchtlinge/MigrantInnen etc.) einen Skulpturengarten unter der Überschrift ‚Lebenslinien' installierten:

> Wir haben vor dem Haus einen Skulpturengarten. Der SG ist Ergebnis eines internationalen Begegnungsprojektes unter der Überschrift Lebenslinien. Es haben 50 Jugendliche aus Spanien und 50 aus Marzahn-Hellersdorf ihre eigenen Lebenslinien gezeichnet unter Anleitung eines Bildhauerehepaares und zwar aus Ton und da haben die Jugendlichen drei, vier Tage hier Erfahrungen und Lebensgeschichten ausgetauscht, um das herauszufiltern, was für sie, was für ihre Lebenslinie wichtig ist, was sie dann auch umsetzen wollen. Sie selbst haben die Modelle entwickelt, die sie selber dann gefertigt haben [...] man sieht dort Musikinstrumente..., eine schwangere Frau, ein Karl-Marx-Kopf, eine Moschee und da haben wir sehr viel erreicht...[...] es war auch spannend, was da alles zusammengekommen ist und auch die Arbeit in dem Werk... und das glaube ich ist ein konkretes Ergebnis, was wir hier erzielt haben, wo es auch bestimmte Wandlungen gab, sowohl von den Deutschen, die das gesehen haben von den Flüchtlingskindern, die haben natürlich ein paar andere Sichten bekommen als das was ihnen nur aus dritter Hand übermittelt worden ist... Es ist eine differenziertere Sicht ganz einfach auch entstanden zueinander und viele Freundschaften, etwas Weitergehendes, das ist eigentlich ne schöne Sache...

Soziokulturelle Aktivisten im Bereich Wohnumfeld und Nachbarschaft müssen jedoch nicht aufwendig sein. Auch in ihrer Einfachheit können Lebensgefühl und Stimmungen, derjenigen, die dadurch erreicht werden, nachhaltig geprägt werden. Im Prinzip geht es darum, Signale zu setzen und somit die Hürde zu ausgrenzendem und rassistischen Verhalten zu erhöhen.

Die Auswertung des empirischen Materials hat gezeigt, dass sowohl entsprechende Angebote

(z.B. Film- oder Theaterveranstaltungen, Lesungen oder Ausstellungen) als auch Eigeninitiative und Kreativität anregende Ansätze sehr wirkungsvoll sein können. Letzteres trifft z.B. auf Ansätze zu, bei denen eine Gestaltung des öffentlichen Raums gelingt und Kreative Methoden zum Diskurs anregen.

**Aktivierung von demokratischem zivilgesellschaftlichem Engagement in Wohnumfeld und Nachbarschaft**

Während der empirischen Untersuchung zeigte sich, dass in der Aktivierung von demokratischem BürgerInnenengagement in Wohnumfeld und Nachbarschaft im Bezirk Marzahn-Hellersdorf bisher ungenutzte Potenziale liegen. Lediglich im Stadtteil Marzahn-Nord gibt es in der Verknüpfung mit dem Quartiersmanagement bereits weitreichende Entwicklungen dieser Art.

Ein Blick auf den Nachbarbezirk Lichtenberg verdeutlicht, dass sich hier ein Modell lokalen BürgerInnenengagements bereits entwickelt. So gibt es in einigen Stadtteilen entweder BürgerInnenvereine oder Kiezbeiräte oder BewohnerInneninitiativen, die sich für die Lebensqualität in ihrem Umfeld engagieren. Eine enge Kooperation erfolgt in Lichtenberg mit dem Stadtteilmanagement, welches sich als eine geeignete Struktur erweist, entsprechende Aktivierungs- und Qualifizierungsprozesse zu ermöglichen und zu begleiten. Petra Brangsch schreibt:

„In Lichtenberg wurde mit der Umsetzung des bezirklichen „Stadtteilkonzepts" begonnen. [...] Stellen für Stadtteilmanager/innen wurden ausgeschrieben, sind seit Dezember 2002 besetzt, und die Stadtteilmanager/innen haben ihre Arbeit aufgenommen. Den Zwischenberichten des BA ist zu entnehmen, dass die Stadtteilmanager/innen mit Initiativen, Vereinen, Kiezbeiräten zusammenarbeiten. Sie leisteten Unterstützung bei kiezbezogenen Veranstaltungen (Gesundheitskonferenz in Friedrichsfelde, Kiezforen der Seniorenvertretung, Straßenfest der Evangelischen Gemeinde Karlshorst, Bürgerversammlungen zu städtebaulichen Planungsvorhaben). In Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden bemüht sich das Stadtteilmanagement, durch thematische Sprechstunden oder Kieztreffen eine größere Akzeptanz und Bürgerbeteiligung zu erreichen. In Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen wurden eine Reihe von konkreten Maßnahmen und Projekten umgesetzt."

„Kiezbeiräte" oder BürgerInnenvereine, sofern sie für demokratische Grundwerte und interkulturelle Fragen sensibilisiert sind, können einerseits demokratische „Diskurstragende" und wichtige AnsprechpartnerInnen in den Nachbarschaften und Quartieren für die Gestaltung sozialer Beziehungen, und Verständigung über Konfliktaustragung sein. In diesen demokratisch zu konstituierenden Strukturen sollte sich die Zusammensetzung der AnwohnerInnenschaft wiederspiegeln, was bedeutet, dass natürlich auch MigrantInnen und AussiedlerInnen einbezogen werden müssen.

Die Kiezbeiräte und BürgerInnenvereine sollten im Sozialraum ihr Potenzial entfalten, frühe Signale von Rassismus und Diskriminierung zu erkennen, nicht zuletzt durch Kooperation mit Betroffenen. Es sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass es gerade diese zivilgesellschaftlichen Vereine sind, die im Sinne nichtrassistischer interkultureller Entwicklungen, weitere Einrichtungen und BürgerInnen zu aktivieren vermögen.

**Qualifizierung demokratischen BürgerInnenengagements in der Nachbarschaft.**

Die Sicherung demokratischer Grundwerte bzw. die Auseinandersetzung mit alltäglichem Rassismus und Demokratieverdrossenheit bzw. –ablehnung erfordert spezifische Kompetenzen bei denjenigen, die sich damit befassen. Dies betrifft sowohl Fachkräfte aus den verschiedenen Einrichtungen und Institutionen, aber auch zivilgesellschaftlich aktive Jugendliche und Erwachsene. So ist es in diesem Bereich langfristig wünschenswert, dass die Engagierten sich in Bezug auf

- Erkennung, Analyse und demokratischen Bearbeitung von Nachbarschaftskonflikten
- im Bereich der interkulturellen Kompetenz
- in der Rassismusprävention und -dekonstruktion
- in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Erscheinungen (u.a. Argumentationskompetenz) ausgehend von demokratischen Werten und unter Berücksichtigung Opferperspektive engagieren

Die Qualifizierung von demokratischem Engagement, die Gewinnung von MultiplikatorInnen, kann somit ein wichtiger Schritt in der Gestaltung eines lebenswerten Nachbarschaftsklimas sein. Solche AkteurInnen können sowohl BürgerInnen unterschiedlichen Alters, MieterInnen verschiedener Zugehörigkeiten aber auch HausmeisterInnen oder Angestellte der Wohnungsgesellschaften und sozialen Einrichtungen sein.

Als Weg in diese Richtung, sei ein Projekt der Nachbarschaftsmediation aus Marzahn-Nord zur Illustration herangezogen. In der Marzahner Stadtteilzeitung „NordWest" (17/2004) stand:

„ [...] Seit Oktober vergangenen Jahres gibt es auch eine Gruppe [Mediatoren] in Marzahn-Nord/West. Viel zu tun haben sie noch nicht. „Jeder, der sich an uns wendet, bekommt zuerst ein Beratungsgespräch, in dem er den Fall schildern kann und wir uns dann gemeinsam die nächsten Schritte überlegen", beschreibt Jochen Kramer, Koordinator der Gruppe, ihre Arbeitsweise. „Manchmal ist das schon die Lösung des Problems", fährt er fort. „In einem Fall haben wir geraten, sich erst mal gemeinsam hinzusetzen und über den Konflikt zu sprechen. Das half, bei einer Tasse Kaffee haben sich die streitbaren Nachbarngütlich geeinigt." Das klappt leider nicht immer. In einem anderen Fall war die Gegenseite nicht einmal zu einem Gesprächbereit. Da können auch die besten Mediatoren nichts ausrichten. Um auch in schwierigeren Streitfällen zu vermitteln, knüpften die Mediatoren schon Kontakte zum Präventionsbeauftragten der Polizei im zuständigen Abschnitt und zum Schiedsmann des Bezirksamtes. Ebenso wollen sie in engen Erfahrungsaustausch zu den anderen, bereits existierenden Mediatorengruppen in Berlin treten, um voneinander zu lernen...."[192]

Angedeutet sei aber, dass es oftmals bereits eine schwierige Entscheidung ist, welches Mittel zur Bearbeitung oder zur Intervention in Konflikten das geeignete sein könnte. Dort, wo es um asymmetrische Konflikte, um Ungleichwertigkeitsideologien und Stereotypen – bzw. um Rassismus und autoritäre Strukturen – geht, sind sicherlich andere Ansätze als Mediationsverfahren notwendig, zumal diese auf wechselseitige Bereitschaft und ein gewisses Machtgleichgewicht angewiesen sind.

Wesentlich scheint es daher zu sein, Methoden ausfindig zu machen, durch die bei MultiplikatorInnen in der Nachbarschaft bzw. Im Wohngebiet ein Bewusstsein über demokratische Werte, Prozesse und Konfliktverläufe gefördert werden kann, um schließlich auch zu einer Auswahl geeigneter Handlungsstrategien zu kommen.

Als mögliches Bildungskonzept bietet sich hier das „Miteinander-Konzept" an:

*Miteinander – Erfahrungen mit Betzavta*

Wege demokratischer Konfliktregelung

Das Bildungskonzept Betzavta (dt. »Miteinander«) wurde vom Jerusalemer Adam Institute for Democracy and Peace entwickelt und in den neunziger Jahren für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit in Deutschland adaptiert. Mittels vielfältiger Übungen ermöglicht das Konzept, im Gruppenkontext an Konfliktsituationen zu arbeiten, wie sie täglich in einer Demokratie auftreten. Die Übungen des Betzavta-Konzeptes unterstützen auf der kognitiv-emotionalen Ebene bei allen Beteiligten persönliche Lernprozesse in der Auseinandersetzung mit Grundfragen der Demokratie. Es geht um:

- Demokratische Prinzipien
- Das Verhältnis von Mehrheiten und Minderheiten
- Grundrechte –Rechte als BürgerIn– Menschenrechte
- Gleichheit vor dem Gesetz
- Wege demokratischer Entscheidungsfindung

Angeregt wird durch Betzavta die Herausbildung eines »qualitativen Demokratieverständnisses«, in dessen Zentrum die Überzeugung steht: Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Freiheit. Die Sensibilisierung für gewaltfreie Konfliktregelung und das Kennenlernen konkreter Wege der demokratischen Entscheidungsfindung nimmt im pädagogischen Prozess breiten Raum ein.[193]

**Notwendigkeit von Anerkennung und Einflussmöglichkeiten**

Eine wichtige, jedoch nicht abschließend zu diskutierende Frage ist, wie ein demokratisches BürgerInnenengagement im Wohnumfeld nachhaltig gestaltet werden kann. Dies lässt sich nur in der Praxis herausfinden, Erfahrungen aus anderen Orten zeigen jedoch, dass insbesondere Formen der Anerkennung (insbesondere bei Ehrenamtlichen) und die Möglichkeit vor einem interkulturellen und demokratisch-wertorientierten Hintergrund substanziell Einfluss nehmen zu können und in Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden, dabei eine wichtige Rolle spielen.

[192] Gruppe Nachbarschaftsmediation, Marzahn-Nord/West, im Stadtteilzentrum des Kiek in e.V. Berlin, 12689 Berlin, Rosenbecker Str. 25-27

[193] Miteinander – Erfahrungen mit Betzavta; ein Praxishandbuch auf der Grundlage des Werks »Miteinander « von Uki-Maroshek-Klarman, Adam Institut, Jerusalem/ in der Adaption von Susanne Ulrich, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung
Weitere Informationen: www.adaminstitute.org.il

## 12.3.6 Öffentlicher Raum und Sicherheit

Im vorigen Kapitel wurde im Wesentlichen diskutiert, wie in den Nachbarschaften und Sozialräumen ein Umfeld geschaffen werden kann, das verhindert, dass es zur Verfestigung von Rassismus oder zur Herausbildung lokaler rechtsextrem-(orientierter) Szenen im Stadtteil kommt. Eine interkulturelle Orientierung und demokratisch-wertorientiertes BürgerInnenengagement in den Wohngebieten zeigen sich dabei als ein Aspekt der Prävention rechtsextremer Erscheinungen.

Neben diesem Aspekt der Prävention stellt sich jedoch auch die Frage nach den Reaktions- und Umgangsweisen mit rechtsextremer und rassistisch motivierter Gewalt. Fragen der Gestaltung des öffentlichen Raumes sind auch unter dem Aspekt der Gewährleistung von Sicherheit als Merkmal demokratischer Grundwerte (Recht auf physische und psychische Integrität) zu diskutieren.

Diese Problematik möchten wir noch zur Diskussion aufbereiten.

**Problemaufriss**

Die Studie zeigte folgende Vorkommnisse u.a.

- Vorfälle rechtsextrem und rassistisch motivierte Gewalttaten, die oftmals aus der Gruppe heraus verübt werden
- Beleidigungen, Bedrohungen (Übergriffe unterhalb der Schwelle direkter Gewalt)
- Drohkulissen durch rechtsextreme Propaganda (z.B. Hakenkreuz-Graffitis oder Anti-Antifa-Slogans)

In der empirischen Untersuchung wurde deutlich, dass es sowohl spontane Übergriffe als auch geplant und gezielt ausgeführte Gewalttaten oder Einschüchterungen gibt. Opfer sind sowohl Schwarze Deutsche/Schwarze MigrantInnen, als auch MigrantInnen/AussiedlerInnen; alternative Jugendliche und zivilgesellschaftlich aktive Personen. Als Orte wurden vor allem Kontexte des öffentlichen Nachverkehrs - S-Bahn/U-Bahn (Bahnhöfe), Straßenbahn und Bus –, aber auch öffentliche Kulturereignisse (z.B. das Erntefest), kulturelle Zentren in den Abendstunden (bei u.a. Discos) erwähnt. Besondere Aufmerksamkeit sollte auch dem öffentlichen Raum in Wohngebieten gewidmet werden, wo es mitunter Orte gibt – z.B. bei manchen Imbissen, Einkaufszentren, manche Parks oder Plätze - die von rassistisch orientierten Gruppen frequentiert werden. Dies können Cliquen Jugendlicher oder desintegrierte Sozialmilieus Erwachsender sein, die auch minderheitenfeindlich sind. Die Studie zeigt, das es für potenzielle manifeste Räume der Verunsicherung und Angst im Bezirk gibt. Der Grad der Generalisierung ist hierbei unterschiedlich.

Eine weitere Herausforderung, die sich für Aktivitäten gegen Rassismus und Rechtsextremismus darstellt, bezieht sich auf die Situation mancher Gewerbetreibenden mit Migrationshintergrund, die auch eine potenzielle Opfergruppe darstellen und von denen einige aufgrund ihrer konkreten Situierung im öffentlichen Raum einer besonders prekären Situation ausgesetzt sind.

**Beispiel für einen gelungenen Erfahrungsaustausch über Strategien gegen Rassismus und Rechtsextremismus**

Als positives Element einer Auseinandersetzung mit solchen Problemlagen können zivilgesellschaftliche Veranstaltungen genannt werden, bei denen nicht nur Fachkräfte aus Einrichtungen oder Institutionen (per definierter Rolle) zusammenkommen, sondern zivilgesellschaftlich engagierte BürgerInnen, Betroffene/Angehörige potenzieller Opfergruppen bzw. Fachinstitutionen, Polizei und soziale Projekte. Für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf sei an dieser Stelle der „Open Space ‚Miteinander Mitmischen'" als Beispiel herangezogen, denn dort gab es Raum, auch über Perspektiven des Umgangs mit rassistischer Bedrohung im jeweiligen sozialräumlichen Kontext zu sprechen.

**Open-Space**

"Miteinander mitmischen" lautete das Motto der Open-Space-Veranstaltung, die Ende August von der Netzwerkstelle Marzahn-Hellersdorf und dem mobilen Beratungsteam

"Ostkreuz" organisiert wurde. Über die zwei Tage hinweg fanden sich insgesamt 60 bis 70 AkteurInnen in der Freizeiteinrichtung FAIR in Marzahn ein, um gemeinsam über Rechtsextremismus im Bezirk zu diskutieren und zivilgesellschaftliche Gegenaktivitäten zu planen. Neben den MitarbeiterInnen verschiedener Jugendfreizeiteinrichtungen und Streetworker-Teams, Projekte, der Kommunalverwaltung, Vertretern unterschiedlicher Minderheitengruppen usw. waren des weiteren Einzelpersonen aus den Bereichen "Schule" und "Polizei" vertreten. So konnten zum Open-Space unterschiedliche Perspektiven zusammengebracht werden.

Hervorzuheben ist, dass die TeilnehmerInnen die methodische Offenheit der Veranstaltung

nutzten und selbständig die Inhalte und Diskussionen der Arbeitsgruppen bestimmten.

Dabei kam auch die Perspektive von Minderheiten und (potenziellen) Opfern rassistischer Diskriminierung und rechter Gewalt gleichberechtigt mit der Perspektive engagierter AkteurInnen aus der Mehrheitsbevölkerung zur Geltung. Zur Konkretisierung der Diskussionen am zweiten Tag trug nicht nur der Vortrag von Prof. Osborg über konfrontierende Verunsicherungspädagogik bei, sondern auch der Umstand, dass die reale Situation im Stadtteil durch eine "Kurzvisite" rechtsextrem orientierter Jugendlicher bzw. junger Erwachsener deutlich illustriert wurde, die bspw. lautstark gegen den "roten Judenstaat" wetterten und einen Teilnehmer als "Schwuchtel" bezeichneten. Insofern gab es für die Arbeitsgruppe "Wohin mit den Rechten" eine recht anschauliche Problemschau. In der Diskussion wurde schließlich deutlich, dass der Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen und dem "Extremismus der Mitte" als deren soziokulturellem Hintergrund nicht allein von der Jugendsozialarbeit bewältigt werden kann, sondern als allgemeines gesellschaftliches Problem im Gemeinwesen von Jugendsozialarbeitern, den Bewohnern und Geschäftsleuten im Sozialraum, mit der Polizei, den Schulen und der BVV gemeinsam angegangen werden muss. Neben einem Impuls zur fachübergreifenden Vernetzung, zur prozessbegleitenden Beratung und gemeinwesenorientierten Strukturarbeit gab dieser Vorfall auch eine weitere Anregung, über "Angstzonen" für Minderheiten im Bezirk nachzudenken. Diese Anregung verweist wiederum - da es eben immer wieder auch um Tram, S- und U-Bahn geht - nicht zuletzt auf die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit von Bezirk, Polizei und BVG.

Am Ende der Tagung wurden viele konkrete Vorschläge zum weiteren gemeinsamen Vorgehen gesammelt und darüber hinaus auch konkrete Verabredungen zur Umsetzung der Vereinbarungen getroffen. Insofern ist zu erwarten, dass vom Open-Space wichtige Impulse für eine weitere Zusammenarbeit im Bezirk ausgehen werden. Die Netzwerkstelle und das mobile Beratungsteam werden dem angestoßenen Prozess weiterhin begleitend und den AkteurInnen vor Ort unterstützend zur Seite stehen. Eine Dokumentation mit den Ergebnissen der Tagung kann bei "Ostkreuz" bestellt werden.[194]

Mit Blick auf konkrete soziale Räume, Wohngebiete aber auch angegliederte Zentren ist anzunehmen, dass nur mittels einer kooperativen Abstimmung verschiedener AkteurInnen eine Zurückdrängung rassistischer Aggressivität, potenzieller Gewalt und Mobbing stattfinden kann. Entsprechende Handlungsstrategien können in den Vernetzungsrunden und in lokalen Diskussionsrunden entwickelt werden. Grundsätzlich geht es darum, eine übergreifende Sensibilisierung zu erreichen: AkteurInnen aus den Nachbarschaften sollten ebenso einbezogen werden, wie Gewerbetreibende, Polizei, Streetwork, Opferberatung und aktive BürgerInnen. Auch hier stellt sich eine Entwicklung lokaler zivilgesellschaftlicher AkteurInnenpotenziale (als Unterstützungsstrukturen für Betroffene und als PartnerInnen) als wünschenswert dar, denn diese Initiativen oder Gruppen können sich explizit positionieren und durch kleinteilige Aktionen das Klima an den konkreten versuchen zu verändern (z.B. durch Gespräche mit GeschäftsinhaberInnen).

Für die **Zukunft** seien folgende Anregungen zum Umgang mit rechtsextremer und rassistisch motivierter Bedrohung und Gewalt zur Diskussion gestellt:

1. Erfahrungen der letzten Zeit zeigen, dass es einen nach wie vor großen Bedarf an der Sensibilisierung für Rassismus, Kontexte von Rassismus und Folgen rassistischer Gewalt gibt. Insbesondere die ambivalente und teilweise ablehnenden Haltungen gegenüber der im Bezirk durchgeführten „Aktion Noteingang" zeigen dies. So lehnten Einrichtungen das Anbringen des Aufklebers mit der Begründung ab, dass sie keinen Unterschied machen zwischen Opfern, die aus rassistischen Motiven angegriffen werden und Opfern z.B. ‚normaler Schlägereien'. Wichtige Aspekte ideologischer Motive bzw.- der Einstellungsdimension werden hier entweder nicht erkannt und anerkannt oder abgewehrt. Interessante Schritte zur Herstellung von Bewusstsein über Rassismus und die Erzeugung von Handlungsbereitschaft sind Veranstaltungen, wie „Rassismus im Alltag. Talk mit Babel...", wie sie in der ASFH stattfinden. Dort kann öffentlichkeitswirksam ein Verständnis von Rassismus und die Betonung der Relevanz einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Problem gefördert werden.
2. Deutlich ist aber auch, dass es grundlegende Herausforderungen gibt, für Gewaltübergriffe und Aggressivität, wie sie im öffentlichen Raum stattfinden, Bewertungen und bewertungsadäquate Handlungsstrategien zu entwickeln. Insbesondere die weit verbreitete „Hasskultur" gegenüber Min-

[194] Ostkreuz Newsletter Nr.7 (September 2002)

derheiten bzw. jenen Menschen, die seitens einer chauvinistisch und aggressiv auftretenden Jugendszene zu Zielobjekten von Übergriffen werden, erfordern eine intensive Auseinandersetzung in den Stadtteilen und sozialräumlichen Kontexten. Wo sind die Überlagerungen dieser „Hasskultur" bzw. Gewaltbereitschaft gegenüber Minderheiten hin zum Rassismus und hin zur rechtsextremen Ideologie. Diese schwierig zu diskutierenden Fragen erfordern eine anhaltende Auseinandersetzung in denjenigen Kontexten, wo solche Übergriffe stattfinden. Die Vernetzungsrunden in den Stadtteilen können Ausgangsorte sein, in denen eine Diskussion beginnt, in die dann auch BürgerInnen, potenzielle Betroffene und weitere AkteurInnen einbezogen werden.

3. Ähnliche Herausforderungen stellen sich bezüglich des Umgangs mit kommerziellen Orten, die von „Mischszenen", wie zwischen Rechtsextremen und Hooligans besucht werden bzw. Personen, die im Übergangsbereich von rechtsextremer Szene und gewaltbereiter Jugendkultur einzuordnen sind. Hier gibt es diverse Orte im Bezirk, die von kommerziellen Kultureinrichtungen, über Gaststätten und Imbisse bis hin zu ‚Szeneläden' reichen. In der städtischen Öffentlichkeit werden solche Orte aufgrund eines aggressiv minderheitenfeindlichen Klimas, Dominanzkultur und rechtsextremer Orientierung zu „Angstzonen" für potenzielle Opfer. Auch hier erweist sich eine kooperative Diskussion von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, lokalen Trägern und Einrichtungen sowie Polizei und Verwaltung als wünschenswert um zu tragfähigen Umgangsweisen bzw. -absprachen zu gelangen.

4. Zur Reaktion auf rechtsextrem und rassistisch motivierte An- und Übergriffen ist ebenfalls ein Verständigungsbedarf ersichtlich. Wenn Gewalttaten geschehen sind, ist eine politische Positionierung und Solidarisierung mit den Opfern unbedingt notwendig, wie wir schon ausführlich im Rassismuskapitel dargestellt haben. Diese sollte nicht nur in einer verbalen Bekundung bestehen, sondern für die Betroffenen praktisch spürbar sein. Eine Verständigung zum Umgang mit entsprechenden Vorfällen und Dynamiken kann bezirksübergreifend oder – besser noch – in den jeweiligen Stadtteilen geführt werden. Zum einen geht es darum, sich ausgehend von der konkreten Lage vor Ort, stärker mit der Perspektive der Opfer zu befassen. Dies kann durch eine Intensivierung der Kommunikation und Kooperation zwischen Opferberatung („Reach Out"), lokalen AkteurInnen (Streetwork, Jugend- und sozialer einrichtungen, Nachbarschaftseinrichtungen), Polizei, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Bezirkspolitik erreicht werden. Mit bezug auf die Situation in Stadtteilen bzw. Sozialräumen, können geeignete Handlungsweisen ausfindig gemacht werden, die einen präventiven Effekt auf die Eindämmung von Rassismus haben oder als Interventionsmittel eingesetzt werden können, wenn z.B. Übergriffe stattgefunden haben. Dass es interessante Ansätze zivilgesellschaftlichen Handelns in der Auseinandersetzung mit Rassismus, rassistischen Übergriffen und unter Einbeziehung der Opferperspektive gibt, die ausgesprochen wirksam im Sozialraum sein können, zeigt z.B. eine „Aktion" der Initiative gegen Rechtsextremismus in Lichtenberg, bei der in unterschiedlichen Sprachen Handzettel mit Unterstützungsangeboten bei rassistischen Vorkommnissen oder Bedrohungen an HändlerInnen und Gewerbetreibende mit Migrationshintergrund verteilt wurden. Auf diesem Wege konnte ein vertrauensvoller Kontakt aufgebaut werden und sich die Initiative als AnsprechpartnerInnen in einem sonst schwierigen Terrain vorstellen. Dies zeigt, dass es je nach lokaler Situation unterschiedliche Handlungsstrategien geben kann. Um diese Handlungsstrategien präventiver und intervenierender Natur zu entwickeln, bieten sich sowohl mit den Vernetzungsrunden in den Stadtteilen, aber auch durch die Angebote der Fachinstitutionen (Netzwerkstelle Miteinander von FiPP e.V.; Mobile Beratung „Ostkreuz – Netzwerke gegen Rechts" und „Reach Out") gute Grundlagen. Um wirksam und nachhaltig in diesem Bereich zu arbeiten, ist die Einbeziehung der Erfahrungen und Perspektiven der Angehörigen potenzieller Opfergruppen ein wichtiges Kriterium.

5. In eine Lageeinschätzung bezüglich rechtsextremer und rassistischer Gewalt sollten neben den polizeilichen Erkenntnissen verstärkt auch die Bewertungen von zivilgesellschaftlichen Fachinstitutionen (insbesondere Ostkreuz als mobiler Beratung) eingehen.

Empfehlenswert ist u.E. ein gemeinsamer Workshop von MigrantInnenbeauftragter, interkulturellen Projekten, Polizei (LKA und OGJ, sowie lokaler Dienststellen), zivilgesellschaftlicher Fachinstitutionen und Betroffenenvertretungen zur Wahrnehmung von rechtsextremer und rassistischer Gewalt, zur Verständigung über die Folgen (Opferperspektive) und zur

Vereinbarung von Kooperationsformen präventiver, vor allem jedoch intervenierender Natur.

### 12.3.7. Bezirkspolitik und Zivilgesellschaft

Zur Stärkung demokratischer Kultur in den Stadtteilen und Lebenswelten sind in Marzahn-Hellersdorf sowohl Ressourcen und Fachkompetenzen vorhanden. Es existieren jedoch auch deutliche Entwicklungspotenziale und zum Teil schwierige Rahmenbedingungen.

Positiv hervorzuheben sind kontinuierlich arbeitende zivilgesellschaftliche Netzwerke, wie das Eltern-Lehrer-Netzwerk gegen Rechtsextremismus, welches aus dem Standpunkte-Projekt hervorgegangen ist. Es gibt ein aktives SchülerInnen-Netzwerk „Für Menschlichkeit und Toleranz", eine selbstorganisierte nichtrechte Jugendszene, die sowohl mittels kultureller Veranstaltungen und Musik-Events eigene demokratische Positionen vermittelt und eigene Interessen artikuliert. Außerdem gibt es wenige - aber aktive - interkulturell orientierte Projekte (insbesondere das „Haus Babylon" von Babel e.V. in Hellersdorf Nord) und erfahrene Fachinstitutionen, wie „Ostkreuz- Netzwerke gegen Rechts" der Stiftung SPI und die Netzwerkstelle „Miteinander" von FiPP e.V., die im Bezirk verankert sind. Berlinweit agierende Träger, die viel Erfahrung mit Demokratieentwicklung einbringen, sind auch in Marzahn-Hellersdorf verankert, genannt sei die RAA (Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugend und Schule). Hinzu kommen engagierte BürgerInnen und Fachkräfte aus unterschiedlichen Bereichen (Jugendsozialarbeit, Kirchengemeinden, Kulturprojekten, Stadtteilzentren, Quartiersmanagement, Schulen, politischen Parteien etc.)

Explizit hervorzuheben ist die entwickelte Kooperation von Projekten der MigrantInnenarbeit und interkulturellen Projekten mit der MigrantInnenbeauftragten, Frau Marburg, die gemeinsam mit dem MigrantInnenbeirat eine wichtige Ansprechpartnerin im Bezirk ist. In Form von öffentlichen Veranstaltungen (z.B. in der ASFH) findet eine wirksame Lobbyarbeit für Interkulturalität und für demokratieförderndes Engagement ‚von unten' statt. Dies manifestiert sich besonders im „Fachkonzept für interkulturelle Arbeit", welches 2003 von der BVV beschlossen wurde. Daran werden intensive Bemühungen um eine interkulturelle Öffnung des Bezirks und der sozialen Dienste deutlich.

*Öffentliche Foren/Vernetzungsstrukturen*

Außerdem verfügt der Bezirk über entwickelte Vernetzungsstrukturen, die von Seiten der Jugendförderung betreut werden (stadtteilbezogene Vernetzungsrunden/Stadtteilkonferenzen) und eine gute Grundlage für eine koordinierte Auseinandersetzung mit demokratiegefährdenden Erscheinungen/demokratiefeindlichen Bestrebungen in den Stadtteilen bietet. Die Vernetzungsrunden sind als Foren zu verstehen, bei denen die im jeweiligen Stadtteil tätigen Einrichtungen und Projekte bzw. ihre VertreterInnen zusammenkommen und über aktuelle Probleme und Fragen diskutieren sollten. Hier sind also auch geeignete Ausgangspunkte, Erkenntnisse über demokratiegefährdende Erscheinungen zu vermitteln, diese zu diskutieren und auch gemeinsam Ansätze für stadtteilbezogene Strategien ausfindig zu machen. Aus solchen Vernetzungsrunden heraus können sich thematische Arbeitsgruppen bilden, die sich mit weiteren stadtteil- und sozialraumbezogenen Detailfragen befassen.

*Langfristige Projekte*

Sowohl im Bereich der sozialen Stadtteilzentren, im Bereich von Schule, Sport, Kinder- und Jugendarbeit, Familienarbeit etc. liegen aber noch ungenutzte Entwicklungspotenziale bezüglich der Gestaltung eines menschenrechtlichen Klimas in den jeweiligen Lebenswelten. Nur ein geringer Teil der aktuell vorhandenen Einrichtungen entfaltet langfristige Aktivitäten in der Auseinandersetzung mit demokratiegefährdenden Phänomenen (z.B. durch die Teilnahme an demokratiepädagogischen Programmen und Netzwerken). Als besonders Orientierung vermittelndes Beispiel kann hier noch einmal der „Aktionsplan für Demokratie und Toleranz" in Marzahn-Nord genannt werden, der in Kooperation von Jugendförderung, lokalen Trägern und Quartiersmanagement entwickelt und realisiert wurde. Seine Langfristigkeit ist vorbildlich. Ähnlich langfristig sind einige Praxisansätze im Bereich Schule, meistens komplexe Kooperationen mit freien Trägern, Eltern und Umfeld, die soziale Integration und Interkulturalität fördern oder wie das BLK-Programm unter dem Aspekt "Demokratie lernen und leben", Rahmenbedingungen für die politische und demokratische Wertesozialisation Jugendlicher schaffen.

*Sichtbarkeit, Öffentlichkeit und prinzipielle Konzeption*

Tatsächlich ist eine Alltagspraxis, die demokratische Werte zu fördern versucht, nicht immer unbedingt sichtbar, das gilt insbesondere für die inhaltliche Auseinandersetzung mit rechts-

extrem orientierten Jugendlichen im Bereich Jugendfreizeiteinrichtungen und Streetwork.

Hier muss kritisiert werden, dass es trotz intensiver Bemühungen von zivilgesellschaftlicher Seite und umfangreicher Zuarbeit der genannten Fachinstitutionen (MBT/Netzwerkstelle) noch immer kein bezirkliches Konzept zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Bezirk gibt.

Ein solches bezirkliches Konzept, eine analytisch untermauerte Situationsbeschreibungen oder eine Auseinandersetzung in bezirklichen Gremien mit den – sicherlich nicht ausschließlich ostdeutschen – Erscheinungen von Rechtsextremismus haben inzwischen sämtliche Ostberliner Bezirke vorgenommen.

So haben sich die Bezirke Pankow und Lichtenberg im Jahre 2002 bei der Berliner Landeskommission gegen Gewalt um die Erstellung eines „Aktionsplanes für Demokratie und Toleranz gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus" beworben, der Bezirk Lichtenberg hatte bereits im Jahr 2000 eine Kommunalanalyse zu diesen Problemlagen anfertigen lassen. Und der Bezirk Treptow-Köpenick widmet sich – nicht zuletzt aufgrund der dort ansässigen Bundeszentrale der NPD – mittels eines Runden Tisches für Demokratie, welcher stabil von Seiten des Bürgermeisters und des Bezirksamtes getragen wird, sowie mit der Planung eines Zentrums für Demokratie (in Kooperation mit der CIVITAS-Netzwerkstelle „Anspiel") einer Auseinandersetzung mit der Problematik. Auch der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat sich als Bezirk auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Analyse des Spektrums von Demokratiegefährdungen positioniert.

Dem steht in Marzahn-Hellersdorf eine Situation gegenüber, die zwar durch die Existenz der genannten zivilgesellschaftlichen Potenziale und durch viele – kleine und große – Bemühungen im Alltag von Einrichtungen und Projekten bestimmt ist, - es ist aber eine Situation, die davon gekennzeichnet ist, dass das einzige bisher existierende zivilgesellschaftlich-politische Gremium „Der Runde Tisch für Menschenrechte und gegen Gewalt" auch wegen einer mangelhaften Teilnahme von Bezirkspolitikern als Diskurspartner im September 2003 sein Engagement einstellte und das ihm einst übertragene Mandat an die BVV zurückgab[195].

Seit einigen Monaten gibt es insofern kein Diskussionsforum von Zivilgesellschaft, engagierten EinzelbürgerInnen und Politik mehr, auf welchem mehr oder weniger breit aktuelle Fragen der Demokratie und ihrer Gefährdungen im Bezirk diskutiert werden könnten!!

Wo kann im Bezirk Marzahn-Hellersdorf ein übergreifend zivilgesellschaftlich-politischer Diskurs über die Zukunft einer demokratischen Kultur, kulturübergreifende Integration, die Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus stattfinden?

Die Geschichte des Runden Tisches zeigt, dass es hier auch nicht immer um die expliziten Formen des organisierten Rechtsextremismus gehen muss, sondern dass es auch um Fragen eines interkulturellen Zusammenlebens um andere demokratiepolitisch relevante Themen gehen kann. Das Beispiel Treptow zeigt, dass ein solches Modell eigentlich funktionieren kann. Von dort gingen Veranstaltungen aus, Informationen wurden gebündelt, Kontakte konnten geknüpft werden. Natürlich hängt vieles von der lokalen politischen Kultur ab.

Unabhängig davon, was ein geeignetes Modell des Diskurses von Politik und Zivilgesellschaft sein kann – Runder Tisch ist nur eine Variante von vielen – gehört die Wiedereinrichtung, das Wieder „Erfinden" eines Diskussionsforums von Politik und Zivilgesellschaft, BürgerInnen etc. zu einer der drängendsten Desiderata, die im Bezirk anstehen.

Aufgegriffen werden sollten auch die bereits existierenden aber nun einige Zeit zurückliegenden Ansätze eines bezirklichen Konzeptes gegen Rechtsextremismus. Grundsätzlich geht es darum, die Bearbeitung der demokratiegefährdenden Probleme und demokratierelevanten Konflikte konzeptionell zu fassen und durch einen bezirklichen Rahmen (im besten Fall BVV Beschluss) zu sichern. Es kann sich also auch um ein bezirkliches Konzept zur „Stärkung demokratischer Kultur und gegen Rassismus und Antisemitismus" oder ähnliches handeln.

Wesentlich ist der bezirksübergreifende Charakter, die politische Absicherung (Willensbekundung), die fachliche Fundierung durch die Beratung der Fachinstitutionen und die Möglichkeit ein solches Konzept auf die Stadtteile und im besten Fall Sozialräume runterzubrechen (dies wäre dann eine kooperative Leistung der jeweils Engagierten und vernetzten AkteurInnen, Einrichtungen, und Institutionen).

Natürlich wäre eine Verknüpfung der beschlossenen Konzepte zur „Interkulturellen Arbeit", zur Stadtteilarbeit und zur politischen Bildung grundlegend. An dieser Stelle sei jedoch die sicherlich streitbare Einschätzung erlaubt, dass die Notwendigkeit einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus

[195] Siehe hierzu das Fallbeispiel des Runden Tisches im Kapitel Fallbeispiele Öffentlichkeit dieser Studie

und der Erosion der Unerstützung für das demokratische System eines eigenen – zivilgesellschaftlich und politisch diskutierten - Handlungskonzeptes bedürfen, auch wenn es natürlich starke und notwendige Überschneidungen zur interkulturellen Öffnung des Bezirkes, zur sozialen Stadtteilarbeit und politischen Bildung gibt.

Auch „Kommunale Demokratieentwicklung" ist in der Endkonsequenz eine „Querschnittsaufgabe" für alle Handlungsfelder und bezirklichen Ebenen.

Das alles setzt jedoch eine politische Debatte, Klärung unter den politischen Parteien voraus. Entwicklungspotenziale liegen in Marzahn-Hellersdorf eindeutig auf der bezirkspolitischen Ebene, insbesondere bei den politischen Parteien und in den politischen Gremien. Besonders wichtig für die Zukunft erscheint eine – nicht nur ereignisabhängige - Positionierung der Bezirkspolitik und des Bezirksamtes bezüglich zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus und für Demokratie. Eine demokratiepolitisch nachhaltige Positionierung setzt eine Verständigung und Klärungsprozesse innerhalb der politischen Parteien des Bezirks voraus. Dies bezieht sich vor allem auf die Frage, welche Deutungsmuster rechtsextremer und demokratiefeindlicher Erscheinungen bezirkspolitisch produktiv und welche kontraproduktiv sind für Bemühungen zur Stärkung einer demokratischen Kultur.

## 12.4. Möglichkeiten und Anregungen zur Arbeit mit der Kommunalanalyse in Marzahn Hellersdorf

Doch wie nun kann die Arbeit mit der Studie konkret in Marzahn-Hellersdorf aussehen? Im folgenden entwickeln wir einige Ideen, Vorschläge und Angebote, die vor Ort aufgegriffen werden können. Wir sind aber auch offen, für ganz andere Herangehensweisen und verständigen uns gerne mit engagierten BürgerInnen, Einrichtungen, Projekten, Initiativen über gemeinsame Schritte in diesem Prozess.

**Community Coaching –**

**Vom Diskurs zur Praxis**

Der eigentliche Coaching-Prozess, der im Allgemeinen nach der Fertigstellung der Studie beginnt, beinhaltet verschiedene Phasen und Schritte. Im Folgenden eine etwas idealtypische Skizze:

Nach der Fertigstellung der Studie, werden die Ergebnisse der Analyse einer möglichst breiten Öffentlichkeit vorgestellt und von ihr möglichst intensiv diskutiert. Verschiedene Partner können dabei zusammenwirken und eigene Perspektiven einbringen.

Community Coaching fördert einen öffentlichen Diskurs, der folgenden Zielen dient:

- der Sensibilisierung derjenigen, die bisher keine und oder nur unzureichende Wahrnehmungen bezüglich der Thematik hatten
- einer möglichst breiten Verständigung über die realen Problemsituationen
- einer Stärkung derjenigen, die sich auch bisher schon für Demokratie und Menschenrechte engagiert haben (Empowerment)

Ein solcher Diskurs kann aktivierend, inspirierend und als Katalysator für Veränderungen auf verschiedenen Ebenen wirken. Community Coaching ist es in dieser Phase ein zentrales Anliegen, dass sich eine Diskurskultur entfalten kann, in der Perspektivenwechsel möglich sind und Kontroversität. Demokratie ist streitbar und sollte es auch vor Ort sein können.

Jugendliche und Erwachsene, kommunale Akteure und Fachkräfte aus verschiedenen Bereichen bekommen die Gelegenheit, ihre bisherigen Wahrnehmungen zu erweitern und sich mit der Erfahrungswelt anderer Menschen auseinanderzusetzen, die Angehörige von Ausgrenzung betroffener Minderheiten oder Opfer rechtsextremer Gewalt sind. Im besten Fall erreicht dieser Diskurs nicht nur eine Stärkung derjenigen Personen, die bisher schon an der Thematik gearbeitet haben, sondern führt auch zur Anerkennung der Erfahrungsrealität der betroffenen Minderheiten und zur Verbreiterung der zivilgesellschaftlichen Aktionsbasis für demokratische Kultur in der Kommune.

Community Coaching versucht, langfristige Handlungsstrategien anzuregen und auch das Nachdenken über Leitbilder und Visionen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu stimulieren. Auf diesem Weg soll die Basis für die Gestaltung einer breiten und pluralistischen Zivilgesellschaft gelegt werden.

Um konstruktiv einen solchen Prozess voranbringen zu können, ist uns die Betonung unserer Unabhängigkeit und die Rolle als externer Partner wichtig. Dies gibt uns die Freiheit, Probleme auch dann zu benennen, wenn ihre Formulierung im Bezirk nicht immer gerne gehört wird. Und sie verwahrt uns vor dem potenziellen Vorwurf, einseitig interessegeleitet oder parteipolitisch abhängig zu sein. Parteiisch sind wir bewusst nur in zwei Punkten:

1. In der strikten Ablehnung rechtsextremer, menschenverachtender oder anderer antihumanistischer geistiger Strömungen und Erscheinungsformen
2. in der Befürwortung demokratischer Wertvorstellungen

## 12.5. Öffentlicher Diskurs – Fachdiskussion – lokaler Bezug

Unser Angebot, die Studie im Detail zu diskutieren richtet sich an alle Interessierten in Marzahn-Hellersdorf und im Berliner Raum. Als AutorInnen sind wir bereit dazu und auch interessiert daran, die Studie in vielfältigen Gremien, Einrichtungen, Arbeitskreisen, Gesprächsrunden vorzustellen. Wir können über die inhaltlichen Ergebnisse, den konzeptionellen und methodischen Ansatz und die perspektivischen Möglichkeiten der Arbeit mit der Kommunalanalyse berichten. Ausgehend davon ist es möglich, in den entsprechenden Kontex-

ten gemeinsam in eine zukunftsbezogene Diskussion zu gehen und auch zu überlegen, welche Schlußfolgerungen aus den Analyseergebnissen gezogen werden können.

Im folgenden geben wir einen Überblick über das Spektrum der Kontexte, in denen eine solche Diskussion möglich wäre - die Liste ist mit Sicherheit nicht vollständig:

- Bezirkspolitik/Demokratische Parteien und ihre Jugendorganisationen
  - CDU
  - Grüne
  - SPD
  - PDS
  - Jugend-BVV
- Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Abgeordnetenhauses von Berlin mit Wahlkreis in den Schwerpunktbezirken
- BVV/Ausschüsse der BVV, z.B.
  - Bildung
  - Gesundheit und Soziales
  - Integration und Migration
  - Jugendhilfeausschuss
  - Kultur
  - Sport
  - Wirtschaft und Arbeit
- Bezirksamt – Verwaltung
  - Bezirksamtskollegium
  - Beauftragte (Migrantenbeauftragte, Gleich-stellungsbeauftragte, Behindertenbeauftragte)
  - Ämter, Fachbereiche und Regionale Dienste
- Lehrer, Schüler und Eltern, sowie deren Gremien; Landesschulamt/ Außenstelle Landesschulamt; schulbezogene Projekte
- Jugendsozialarbeit (Jugenfreizeiteinrichtungen und Straßensozialarbeit)
- Projekte der Arbeit mit Kindern und Familien
- soziale Zentren/Nachbarschaftseinrichtungen; SeniorInnenprojekte
- Kultur- und Bildungseinrichtungen
- Beratungsdienste; lokale Interessensgemeinschaften und Vereine
- Sportvereine und sportbezogene Projekte
- Kirchengemeinden und Glaubensgemeinschaften
- Wirtschaft, Wirtschaftskreis und Wirtschaftsunternehmen
- Wohnungsgesellschaften
- Projekte der Ausbildungsförderung, arbeitsmarktbezogene Projekte
- Polizei
- Justiz (Bewährungshilfe u.a.)
- Lokale Medien
- Fachhochschulen (ASFH u.a.) Kommunale Netzwerke, lokale (Basis-)Initiativen und Projekte, sowie engagierte Einzelpersonen und Gruppen

Formen der Diskussion sind flexibel und können gemeinsam vereinbart werden. Während sich manchmal eher eine Dienstberatung anbietet, ist es mitunter sinnvoller die Form eines Workshops oder einer Fortbildung o.ä. zu wählen.

### 12.6. Stadtteil und Sozialraumbezug - Angebot der Diskussion vor Ort

Ebenso relevant, wie die Diskussion der Studie in den politischen und fachlichen Gremien, in Einrichtungen oder Institutionen ist eine zivilgesellschaftliche Diskussion vor Ort. Auch diese dient der Sensibilisierung und der Entwicklung von Handlungsstrategien. Thematische Vernetzung und die Stärkung von Kooperationen sind beabsichtigte und gewünschte Effekte in diesem Prozess. Seitens des Projektbereichs Community Coaching besteht daher das Angebot, in den

- Stadtteilen
- Sozialräumen
- Nachbarschaften/Quartieren

die Kommunalanalyse vorzustellen.

Dem liegt die Überzeugung zugrunde, daß eine Verknüpfung von lebensweltlichem Bezug und Demokratieorientierung notwendig ist. Für den Prozess in Marzahn-Hellersdorf wäre sinnvoll, wenn die Studie einerseits in den Vernetzungsrunden, aber auch in Bürgerversammlungen oder offenen Foren, die z.B. durch lokale Einrichtungen und Projekte organisiert werden, diskutiert werden kann. Besonders produktiv kann dieser Schritt sein, wenn diejenigen Akteure sich beteiligen können, die vor Ort leben und mit den konkreten Problemen konfrontiert sind. Das schließt natürlich Menschen, die selbst von Rassismus, Rechtsextremismus oder „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit" betroffen sind und ihre Perspektive ganz klar ein.

## 13. LITERATUR

**Abendroth, Wolfgang** (1988); Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis 1933, 2. Auflage, Heilbronn

**Adorno, Theodor W.** (1971); Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute, in: ders.; Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft, Frankfurt, S. 105-133

**Adorno, Theodor W.** (1995); Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt

**Alemann, Ulrich von** (1995); Politikwissenschaftliche Methoden, Opladen

**Angenendt, Steffen** (2003); Einwanderung und Rechtspopulismus. Eine Analyse im europäischen Vergleich, in: Internationale Politik, Nr. 4, S. 3-12

**Arendt, Hannah** (1986); Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, München / Zürich

**Backes, Uwe** (1989); Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen

**Backes, Uwe / Jesse, Eckhard** (1993); Politischer Extremismus im vereinten Deutschland, Bonn

**Bayer, Jozsef** (2002); Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 31, S. 265-280

**Beck- Gernsheim, Elisabeth** (1994); Auf dem Weg in die postfamiliale Familie – Von der Notgemeinschaft zur Wahlverwandtschaft, in: Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.); Riskante Freiheiten, Frankfurt

**Beck, Ulrich** (1986); Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt

**Beck, Ulrich** (1997); Was ist Globalisierung?, Frankfurt

**Beck, Ulrich / Beck- Gernsheim, Elisabeth** (1994); Individualisierung in modernen Gesellschaften, in: Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.); Riskante Freiheiten, Frankfurt

**Beck, Ulrich / Erdmann, Ulf** (1997); eigenes Leben. Ausflüge in die unbekannte Gesellschaft, in der wir leben, München

**Bentley, Arthur F.** (1908); The Process of Government. A Study of Social Pressures, Evanston

**Benz, Wolfgang / Bergmann, Werner (Hrsg.**) (1997) Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus, Bonn

**Berg, Heinz Lynen von / Roth, Roland (Hrsg.) (2003);** Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen, Opladen

**Bernhardt, Michael** ( 1996); Civil Society after the First Tranistion. Dilemmas of Postcommunist Democratization in Poland and Beyond, in: Communist and Post Communist Studies, 29.3

**Betz, Hans Georg** (2002); Rechtspopulismus in Westeuropa. Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 31, S. 254-264

**Birsl, Ursula / Lösche, Peter** (2001); (Neo-)Populismus in der deutschen Parteienlandschaft. Oder: Erosion der politischen Mitte, in: Loch, Dietmar / Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.); Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt, S. 346-377

**Bobbio, Norberto** (1994); Rechts und links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin

**Borstel, Dierk (2003)**: Community Coaching – eine Einführung. (Arbeitstitel. Erscheint demnächst in: Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) (2003): Community Coaching. Bulletin – Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur Berlin im Klett Schulbuch Verlag)

**Bracher, Karl Dieter** (1976); Zeitgeschichtliche Kontroversen um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München

**Brähler, Elmar / Niedermayer, Oskar** (2002); Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Leipzig

**Bundesministerium des Inneren (Hrsg.)** (2003); Texte zur Inneren Sicherheit -Islamismus, Berlin

**Butler, Judith** (1991); Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt

**Butterwegge, Christoph** (1996); Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt

**Butterwegge, Christoph** (1997); Entwicklung, gegenwärtiger Stand und Perspektiven der Rechtsextremismusforschung, in: ders., u.a. (Hrsg.);Rechtsextremismus in Parlamenten. Forschungsstand. Fallstudien. Gegenstrategien, Opladen, S. 9-53

**Butterwegge, Christoph u.a.** (2002); Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demographischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen

**Cammann, Alexander** (2003); Auf der Sonnenallee gen Westen. Eine kurze Geschichte der östlichen Integrationsliteratur, in: Tanja Busse / Tobias Dürr (Hrsg.); Das neue Deutschland. Die Zukunft als Chance, Berlin, S. 282-294

**Coser, Lewis** (1979): The social Functions of Colflict, New York

**Czempiel, Ernst-Otto** (2002); Weltpolitik im Umbruch, Bonn

**Dahrendorf, Ralf** (2003); Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch, München

**Dangschat, Jens (1998):** Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen: Leske und Budrich

**Decker, Frank** (2000); Populisten auf dem Vormarsch. Die neuen Rechtspopulisten in den westlichen Demokratien, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft Nr. 4

**Decker, Frank** (2001); Was Schill bedeutet, in: Berliner Republik, Nr. 6, S. 6-8

**Decker, Frank** (2004); Der neue Rechtspopulismus, 2. Auflage, Opladen

**Devereux, Georges (1967)**: Angst und Methode in den Verhaltenswissenschaften. Frankfurt/M.

**Druwe, Ulrich / Mantino, Susanne** (1996); Rechtsextremismus. Methodologische Bemerkungen zu einem politikwissenschaftlichen Begriff, in: Falter, Jürgen W. / Jaschke, Hans Gerd / Winkler, Jürgen R. (Hrsg.); Rechtsextremismus. Rgebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen, S. 66-80

**Dubiel, Helmut** (1994); Das Gespenst des Populismus, in: derselbe; Ungewissheit und Politik, Frankfurt, S. 186-207

**Dubiel, Helmut** (2002); Die Stunde der Verführer, in: Die ZEIT , 5. September

**Emtmann, Anette** (1998); Zivilgesellschaft zwischen Revolution und Demokratie. Die „samtene Revolution" im Licht von Antonio Gramscis Kategorien der „societa civile", Hamburg

**Finke, Bastian** (2003); SÜB-Bericht 2003, Berlin

**Flick, Uwe** (1998); Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Reinbek

**Flick, Uwe (2000)**: Triangulation in der qualitativen Forschung. In: Flick, Uwe/ von Kardorff, Ernst/ Steinke, Ines (2000): Qualitative Sozialforschung. Ein Handbuch. Reinbek.

**Flick, Uwe / Kardoff, Ernst von / Steinke, Ines** (Hrsg.) (2000); Qualitative Forschung. Ein Handbuch, Reinbek

**Fraenkel, Ernst** (1979); Deutschland und die westlichen Demokratien, Frankfurt

**Fraenkel, Ernst** (1991); Möglichkeiten und Grenzen politischer Mitarbeit der Bürger in einer modernen parlamentarischen Demokratie, in: ders.; Deutschland und die westlichen Demokratien, Frankfurt

**Frankenberg, Ruth** (1996); White Women, Race Matters: The social Construction of Whiteness, London

**Friedrich, Carl J. / Brzezinski, Zbigniew** (1957); Totalitäre Diktatur, Stuttgart

**Frindte, W. /Neumann, J** (2001); Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus deutscher Jugendlicher, In: Freudenberg-Stiftung: Demokratie lernen und leben – eine Initiative gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Band I. Weinheim

**Fülberth, Georg** (1993); Der große Versuch. Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten, Köln

**Funke, Hajo** (2001): Rechtsextremismus 2001: Eine Zwischenbilanz. Verwahrlosung und rassistisch aufgeladene Gewalt – Zur Bedeutung von Familie, Schule und sozialer Integration. In: Freudenberg-Stiftung: Demokratie lernen und leben – eine Initiative gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Band I. Weinheim

**Funke, Hajo / Brumlik, Micha, Rensmann, Lars** (2000); Umkämpftes Vergessen. Walser Debatte, Holocaust Merkmal und neuere deutsche Geschichtspolitik, Berlin

**Geertz, Clifford (1994)**: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt/ M.

**Geissler, Birgit / Oechsle, Mechthild** (1994); Lebensplanung als Konstruktion: Biographische Dilemmata und Lebenslauf-Entwürfe junger Frauen, in: Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.); Riskante Freiheiten, Frankfurt

**Geißler, Reinhard** (1992); Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen

**Giddens, Anthony** (2001); Entfesselte Welt. Wie die Globalisierung unser Leben verändert, Frankfurt

**Grebing, Helga** (1973); Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 4. Auflage, München

**Greven, Michael Th.** (1995); Demokraten fallen nicht vom Himmel, in: Klein, Ansgar (Hrsg.); Wertediskussion im vereinten Deutschland, Köln

**Grübel, Niels / Rademacher, Stefan (Hrsg)** (2003): Religion in Berlin, Berlin

**Guehenno, JeanMarie** (2000); Die neue Machtfrage. Wie die Demokratie auf die Globalisierung reagieren kann, in: Assheuer, Thomas / Perger, Werner A. (Hrsg.); Was wird aus der Demokratie?, Opladen, S. 67-75

**Habermas, Jürgen** (1985); Die Neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt

**Habermas, Jürgen** (1998); Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt

**Habermas, Jürgen** (2001); Euroskepsis, Markteuropa oder Europa der (Welt-)Bürger, in: ders.; Zeit der Übergänge, Frankfurt, S. 85-103

**Heitmeyer, Wilhelm** (1987); Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, München / Weinheim

**Heitmeyer, Wilhelm** (1989); Jugend und Rechtsextremismus. Von ökonomisch-sozialen Alltagserfahrungen zu rechtsextremistisch motivierten Gewalt-Eskapaden, in: Paul, Gerhard (Hrsg.); Hitlers Schatten verblaßt, Bonn

**Heitmeyer, Wilhelm** (1993); Gesellschaftliche Desintegrationsprobleme als Ursachen von fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralysierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 2-3,

**Heitmeyer, Wilhelm** (2002); Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse, in: ders. (Hrsg.); Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt, S. 15-36

**Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.)** (2003); Deutsche Zustände. Folge 2, Frankfurt

**Heitmeyer, Wilhelm/Anhut, Reimund (Hg.) (2000)**: Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim: Juventa.

**Held, David** (1996); Models of Democrazy, Cambridge / Oxford

**Helms, Janet E.** (1990); Black and White Racial Identity, New York

**Hensel, Jana** (2002); Zonenkinder, Reinbek

**Herzinger, Richard** (2002); Hauptsache dagegen, in: Die Zeit 25. Juli

**Heydemann, Günther / Oberreuter, Heinrich** (Hrsg.) (2003; Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen, Bonn

**Himmelmann, Gerhard** (2002); Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform, in: Breit, Gotthard / Schiele, Siegfried (Hrsg.); Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung, Bonn, S. 21-39

**Hitzler, Ronald / Honer, Anne** (1994); Bastelexistenz. Über subjektive Konsequenzen der Individualisierung, in: Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.); Riskante Freiheiten, Frankfurt

**Hobsbawm, Eric u.a.** (1998); Das Manifest heute – 150 Jahre Kapitalismuskritik, Hamburg

**Hofmann, Jan** (2001); Lernbedingungen für Demokratie in den Neuen Bundesländern. In: Freudenberg-Stiftung: Demokratie lernen und leben – eine Initiative gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Band I. Weinheim

**Holtmann, Everhard** (1991), Politik Lexikon, München

http://www.bundestag.de/mdhome/geis_noO/eheundfamilie.htm

http://www.velspol-bw.de/geis-sel.htm

**Hufer, Klaus Peter** (2000); Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, Schwalbach

**Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG)**: Ergebnisdarstellung des Surveys „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" (Im Internet unter: www.uni-bielefeld.de/Universitaet/Einrichtungen/Zentrale%20Institute/IWT/FWG/Feindseligkeit/OstWest.html)

**Jaschke, Hans Gerd** (1990); Die Republikaner. Profile einer Rechtsaußenpartei, Bonn

**Jaschke, Hans Gerd** (1994); Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Opladen

**Jonker, Gerdien** (2002); Eine Wellenlänge zu Gott. Der Verband der Islamischen Kulturzentren in Europa, Bielefeld

**Katz, , Richard S.** (1997); Democrazy and Elections, New York

**Keupp, Heiner** (1994); Ambivalenzen postmoderner Identität, in: Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.); Riskante Freiheiten, Frankfurt

**Klein, Markus / Ohr, Dieter** (2002); Der Richter und seine Wähler. Ronald B. Schills Wahlerfolg als Beispiel extremer Personalisierung der Politik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1, S. 64-79

**Kleining, Gerhard** (1982); Umriss zu einer Methodologie qualitativer Sozialforschung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 34, S. 224-253

**Kößler, G./Mumme, P**.(2000); Konfrontationen – Bausteine für die pädagogische Annäherung an Geschichte und Wirkung des Holocaust. Frankfurt/Main.

**Lamnek, Siegfried** (1995); Qualitative Sozialforschung, Band 1, Methodologie, Weinheim

**Legewie, Heiner (1998/1999)**: Feldforschung als Basismethode. Skript einer Vorlesung an der TU Berlin. (Im Internet unter: www.tu-berlin.de/fak8/ifg/psychologie/legewie/VL-Skripte/2_vl.htm)

**Leggewie, Claus** (1990); Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an, Berlin

**Leggewie, Claus** (2003); Die Globalisierung und ihre Gegner, München

**Locke, John** (1989); Zwei Abhandlungen über die Regierung, Frankfurt

**Löwenthal, Leo** (1990); Falsche Propheten. Studien zur faschistischen Agitation, in: ders.; Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus, Frankfurt, S. 11-160

**Löwenthal, Leo** (1990a); Vorurteilsbilder. Antisemitismus unter amerikanischen Arbeitern, in: ders.; Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus, Frankfurt, S. 177-240

**Lüders, Christian (2000)**: Beobachten im Feld und Ethnographie. In: Flick, Uwe/ von Kardorff, Ernst/ Steinke, Ines (2000): Qualitative Sozialforschung. Ein Handbuch. Reinbek. 384-401

**Markowitz, Andrei S, / Gorski, Philip S.** (1997); Grün schlägt rot. Die deutsche Linke nach 1945, Hamburg

**Massing, Peter** (2003); Ernst Fraenkel; in: ders. / Gotthard Breit (Hrsg.); Demokratie-Theorien. Von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn

**Massing, Peter / Breit, Gotthard (Hrsg.)** (Von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn

**Meinefeld, Werner (2000)**: Hypothesen und Vorwissen in der qualitativen Sozialforschung. In: Flick, Uwe/ von Kardorff, Ernst/ Steinke, Ines (2000): Qualitative Sozialforschung. Ein Handbuch. Reinbek. S. 265-275

**Miles, Robert** (1999); Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie des Begriffs, Frankfurt

**Minkenberg, Michael** (1998); Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland, Opladen

**Minkenberg, Michael** (2002); Die radikale Rechte in den Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas. Konzepte, Konturen und Kontext, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 33, S. 305-323

**Montesquieu, Charles** (1965); Vom Geist der Gesetze, Stuttgart

**Mooser, Josef** (1983); Abschied von der „Proletarität". Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive, in: Conze, Werner / Lepsius, Rainer (Hrsg.); Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart

**Münkler, Herfried / Krause, Skadi** (2002); Sozio-moralische Grundlagen der Demokratie, in: Breit, Gotthard / Schiele, Siegfried (Hrsg.); Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung, Bonn

**Naumann, Michael** (Hrsg.) (2002); „Es muss doch in diesem Lande wieder möglich sein …". Der neue Antisemitismus-Streit, München

**Neugebauer, Gero** (2000); Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hrsg.); Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 13-37

**Nolte, Ernst** (1966); Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung des Faschismus, München

**Nolte, Ernst** (Hrsg.) (1967); Theorien über den Faschismus, Köln

**Otto, Hans Uwe / Merten, Roland** (Hrsg.) (1993); Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch, Bonn

**Pfahl-Traughber, Armin** (1993); Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wende, Bonn

**Pfahl-Traughber, Armin** (1994); Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa, Bonn

**Pfahl-Traughber, Armin** (2002); Antisemitismus in der deutschen Geschichte, Opladen

**Poliakov, Leon** (1988); Geschichte des Antisemitismus, 8 Bände, Frankfurt

**RAA Berlin (Hrsg.)** (2000); Alles unter einem Dach – Dienstleistungen für Demokratie, Berlin

**Rippl, Susanne** (Hg.) (2000): Autoritarismus : Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung. Opladen.

**Rommelspacher, Birgit** (1995); Dominanzkultur, Berlin

**Ross, Andreas** (2002); Vereint gegen Europa, in: Zeit Dokument, Nr. 4, S. 31-32

**Rotbuch Taschenbuchverlag** (Hrsg.) (1993); Sie bewegt sich doch. Ein Weltbilder Lesebuch, Berlin

**Rupp, Hans Karl** (1970); Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln

**Rupp, Hans Karl (1970);** Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln

**Rusch, Claudia** (2003); Meine freie deutsche Jugend, Frankfurt

**Sartre, Jean Paul** (1971); Betrachtungen zur Judenfrage, in: ders. Drei Essays, Zürich, , S. 108-190

**Scherr, Albert** (1994); Sind Jugendliche individualisiert?, in: Gegenwartskunde, Nr. 2

**Schmidt, Manfred G.** (2000); Demokratietheorien, 3. Auflage, Opladen

**Schmitt, Carl** (1963); Der Begriff des Politischen, 3. Auflage, Berlin

**Schmitt, Carl** (1988); Die Diktatur. Von den Anfängen des modernen Souveränitätsgedankens bis zum proletarischen Freiheitskampf, Berlin

**Schmitt, Carl** (1989); Verfassungslehre, Berlin

**Schroeder, Klaus (2004);** Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich, Paderborn / München / Wien / Zürich

**Schwagerl, H. Joachim** (1993); Rechtsextremes Denken. Merkmale und **Methoden, Frankfurt**

**Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.)** (2003); Arbeitshilfen 172: Christen und Muslime in Deutschland, Bonn

**Speit, Andreas** (2002); Ronald Schill - Der Rechtssprecher, Hamburg

**Spuler-Stegemann, Ursula** (2002); Muslime in Deutschland. Nebeneinander oder Miteinander? 3. Aufl., Herder Spektrum, Freiburg

**Stöss, Richard (1994):** Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick. In: Kowalsky, Wolfgang/Schroeder, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus – Einführung und Forschungsbilanz. Opladen. S.23-66.

**Stöss, Richard** (1994); Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick, in: Kowalsky, Wolfgang / Schröder, Wolfgang (Hrsg.); Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen, S. 23-66

**Stöss, Richard** (2000); Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, 3. Auflage, Berlin

**Stöss, Richard/Niedermayer, Oskar (2002)**: Politische Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg. (Im Internet als Download unter: www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm#BBBUS2002)

**Straub, Jürgen/Rüsen, Jörn** (Hg.) (1998): Die dunkle Spur der Vergangenheit. Psychoanalytische Zugänge zum Geschichtsbewußtsein. Frankfurt/M. S.101-131

**Tocqueville, Alexis de** (1976); Über die Demokratie in Amerika, München

**Ulrich, Susanne; Henschel, Thomas R.; Oswald, Eva** (1999); Miteinander - Erfahrungen mit Betzavta. Ein Praxishandbuch auf der Grundlage des Werks „Miteinander" von Uki Maroshek-Klarmann, Adam Institut, Jerusalem. Gütersloh, 2. Auflage

**Voegelin, Eric** (1993); Die politischen Religionen, München

**Wagner, Bernd** (1998a): Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern. Bulletin. Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur. Berlin

**Wagner, Bernd** (1999a): Rechtsextreme Entwicklungen in „normalen" Jugendszenen der Städte und Gemeinden in Ostdeutschland. In: Dünkel, Frieder; Geng, Bernd: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien. Mönchengladbach 1999. S. 193-205

**Wagner, Bernd** (1999b): Rechtsextreme Milieus im Osten. In: Mecklenburg, Jens (Hg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft. Berlin. S.238 – 267

**Weber, Max** (1991a); Die „Objektivität" sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: ders.; Schriften zur Wissenschaftslehre, Stuttgart, S. 21-101

**Weber, Max** (1991b); Der Sinn der „Wertfreiheit" der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften, in: ders.; Schriften zur Wissenschaftslehre, Stuttgart, S. 176-236

**Weizsäcker, Richard von** (1992); Im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger, Frankfurt

**Wenzel, Sascha** (2001); Abschlussbericht der Vorbereitungsphase eines Projektes „Demokratie leben im Elementarbereich". RAA Berlin. 2001

**Winkler, Heinrich August** (2000); Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, Bonn

**Winkler, Jürgen R.** (1996); Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren, in: Falter, Jürgen W. u.a. (Hrsg.); Rechtsextremismus, Opladen, S. 25-48

**Wippermann, Wolfgang** (1989); Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt

**Wippermann, Wolfgang** (1997); Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt

**Witt, Harald** (1997); Welche Forschung ist normal, oder: Wie normal ist qualitative Sozialforschung, In. Zeitschrift für Politische Psychologie, Nr. 3-4, S. 251-269

**Wolff, Stephan (2000):** Clifford Geertz. In: Flick, Uwe/ von Kardorff, Ernst/ Steinke, Ines (2000): Qualitative Sozialforschung. Ein Handbuch. Reinbek. 84-95

**Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) (1999)**: Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Bulletin – Schriftenreihe des ZDK. Berlin

**Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) (1999/2000):** Rechtsextreme Erscheinungen und Erfordernisse demokratischen Handelns in Berlin-Hohenschönhausen. Eine Pilotuntersuchung im Auftrag des Bezirksamtes Berlin-Hohenschönhausen.

**Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) (2000)**: Zivilgesellschaft und Barbarei – Positionen und Akteure im Spannungsfeld zwischen Rechtsextremismus und Demokratie. Bulletin – Schriftenreihe des ZDK. Berlin

**Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) (2002)**: „... dann hab' ich mir das Hitlerbärtchen abrasiert". Exit - Ausstieg aus der rechtsextremen Szene. Bulletin – Schriftenreihe des ZDK 2/2002. Berlin

**Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) (2002)**: Rechtsextremismus heute – Ein Einführung in Denkwelten, Erscheinungsformen und Gegenstrategien. Bulletin - Schriftenreihe des ZDK. 1/2002. Berlin.

**Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) (2003):** Lokaler Aktionsplan Lichtenberg „Für Demokratie und Toleranz – Gegen

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus"

**Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.)** (2000); Zivilgesellschaft und Barbarei. Positionen und Akteure im Spannungsfeld zwischen Rechtsextremismus und Demokratie, Berlin

**Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.)** (2003); Demokratiegefährdende Phänomene in Friedrichshain – Kreuzberg und Möglichkeiten der Intervention, Berlin

**Zentrum Demokratische Kultur/Community Coaching (Hg.) (2001/2002)**: Rechtsextremismus und demokratische Kontexte unter besonderer Berücksichtigung jugend- und sicherheitspolitischer Aspekte. Eine Kommunalanalyse im Landkreis Dahme-Spreewald.

**Zentrum Demokratische Kultur/Community Coaching (Hg.) (2003):** Demokratiegefährdende Phänomene und Möglichkeiten der demokratischen Intervention im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. (Im Internet als pdf-Dokument unter www.mut-gegen-rechte-gewalt.de)

**Zoll, Rainer (Hrsg.)** (1999); Ostdeutsche Biographien, Frankfurt

**Zürn. Michael** (2001); Politische Fragmentierung als Folge gesellschaftlicher Denationalisierung? In: Loch, Dietmar / Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.); Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt, S. 111-139